

UB Braunschweig 84



2302-760-4

DIE
BRAUNSCHWEIGISCHEN
AUSFÜHRUNGSGESETZE

ZU DEN
REICHS-JUSTIZGESETZEN.

MIT DEN
REGIERUNGSMOTIVEN UND EINZELNEN ERLÄUTERUNGEN

HERAUSGEGEBEN
VON
W. MANSFELD,
Landgerichts-Präsident.

BRAUNSCHWEIG,
DRUCK UND VERLAG VON FRIEDRICH VIEWEG UND SOHN.
1880.

DIE

**BRAUNSCHWEIGISCHEN
AUSFÜHRUNGSGESETZE**

ZU DEN

REICHS-JUSTIZGESETZEN.

DIE

BRAUNSCHWEIGISCHEN

AUSFÜHRUNGSGESETZE

ZU DEN

REICHS-JUSTIZGESETZEN.

MIT DEN

REGIERUNGSMOTIVEN UND EINZELNEN ERLÄUTERUNGEN

HERAUSGEGEBEN

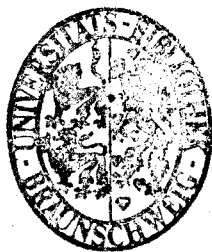
VON

W. MANSFELD,
Landgerichts-Präsident.

BRAUNSCHWEIG,
DRUCK UND VERLAG VON FRIEDRICH VIEWEG UND SOHN.

1879.

Alle Rechte vorbehalten.



FRIEDR. VIEWEG & SOHN
BRAUNSCHWEIG

V O R W O R T.

Die vorliegende im Auftrage des Herzoglichen Staatsministeriums veranstaltete Ausgabe der im Herzogthum Braunschweig erlassenen Ausführungsgesetze zu den Reichs-Justizgesetzen verdankt ihre Entstehung zunächst einem von der Landesversammlung bei Berathung der betr. Gesetzentwürfen mehrfach geäußerten Wunsche und in weiterer Richtung der Erwägung, dass das Verständniss und die richtige Handhabung der zahlreichen auf die Verfassung der Gerichte und das Verfahren vor denselben bezüglichen, häufig aber auch in das Privatrecht eingreifenden Landesgesetze durch eine Veröffentlichung der Regierungsmotive und des wesentlichen Inhalts der landständischen Berichte und Verhandlungen erheblich werde gefördert werden.

Bei der Bearbeitung dieser Ausgabe war das Bestreben massgebend, die Gesetze und die damit zusammenhängenden ausführenden Verordnungen und Regierungserlasse ebensowohl, als das zu deren Erläuterung dienende gesetzgeberische Material in leicht über-

sichtlicher Weise zur Anschauung zu bringen; es sind daher, abweichend von dem bei der Ausgabe der Grundbuchgesetze beobachteten Verfahren, die Motive und Anmerkungen nicht zwischen die Gesetzesparagraphen, auf welche sie sich beziehen, eingereiht, sondern am Schlusse jedes einzelnen Gesetzes hinzugefügt. Die Motive selbst, deren Bearbeitung s. Z. dem Unterzeichneten obgelegen hat, sind mit Vorwissen des Herzogl. Staatsministeriums theilweise einer nochmaligen Ueberarbeitung unterzogen, und in die mit Cursivschrift gedruckten Anmerkungen sind die durch die landständischen Verhandlungen herbeigeführten Aenderungen der bezüglichen Gesetzentwürfe, sowie sonstige für die richtige Interpretation des Gesetzes geeignet scheinende Punkte aufgenommen.

Schliesslich wird noch bemerkt, dass das Forststrafgesetz vom 1. April d. J., sowie die auf die Ausübung der Jagd und Fischerei bezüglichen Polizeistrafgesetze einer besonderen binnen Kurzem erscheinenden Ausgabe vorbehalten sind.

Braunschweig, im September 1879.

Der Herausgeber.

INHALTSVERZEICHNISS.

I. Ausführungsgesetz zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze. Vom 1. April 1879. No. 11.

	Paragraphen	Seite
Erster Abschnitt. Gerichtsverfassung.		
Erster Titel. Richteramt	1 bis 9	3 bis 5
Zweiter Titel. Gerichtsbarkeit	10 „ 16	6 u. 7
Dritter Titel. Amtsgerichte.		
A. Bestimmungen über die streitige und nicht streitige Gerichtsbarkeit	17 „ 19	8 u. 9
B. Besondere Bestimmungen für die Sachen der nicht streitigen Gerichtsbarkeit	20 „ 25	9 bis 11
Vierter Titel. Schöffengerichte	26 „ 28	11 u. 12
Fünfter Titel. Landgerichte	29 „ 36	13 bis 15
Sechster Titel. Schwurgerichte	37 „ 39	15 u. 16
Siebenter Titel. Kammer für Handelssachen	40	16
Achter Titel. Oberlandesgericht	41 bis 50	16 bis 18
Neunter Titel. Reichsgericht	—	19
Zehnter Titel. Staatsanwaltschaft	51 bis 58	19 bis 21
Elfter Titel. Gerichtsschreiber	59 „ 64	21 u. 22
Zwölfter Titel. Zustellungs- und Vollstreckungsbeamte	65 „ 69	22 u. 23
Dreizehnter Titel. Rechtshülfe	70	24
Vierzehnter Titel. Oeffentlichkeit und Sitzungs- polizei	71 u. 72	24 u. 25
Fünfzehnter Titel. Gerichtssprache	73	25
Sechzehnter Titel. Berathung und Abstimmung	74	25
Siebzehnter Titel. Gerichtsferien	75	26
Zweiter Abschnitt. Justiz-Verwaltung	76 bis 86	27 bis 30
Dritter Abschnitt. Schlussbestimmungen	87 „ 96	31 „ 34
Anhang I. Vertheilung der Geschäfte:		
A. unter die Richter des Amtsgerichts Braun- schweig		I bis III
B. unter die Richter des Amtsgerichts Wolfen- büttel		III „ V
C. unter die Richter bei den mit zwei Amts- richtern besetzten Amtsgerichten		V u. VI
Anhang II. Vereinfachte Zustellungen		VII „ VIII
Motive zu dem unter I. erwähnten Gesetze		35 bis 90

	Paragraphen	Seite
II. Gesetz, die Bildung des Gerichtshofs zur Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten und das Verfahren vor demselben betreffend. Vom 1. April 1879. No. 16	1 bis 21	93 bis 99
Motive zu vorstehendem Gesetze		100 „ 110
III. Gesetz, die Ausführung der Deutschen Processordnungen betreffend. Vom 1. April 1879. No. 12.		
Erster Titel. Zur Ausführung der Deutschen Civilprocessordnung	1 bis 11	113 bis 117
Zweiter Titel. Zur Ausführung der Deutschen Strafprocessordnung	12 „ 15	118 u. 119
Dritter Titel. Zur Ausführung der Deutschen Concursordnung	16	119
Vierter Titel. Schlussbestimmungen	17 u. 18	120 u. 121
Motive zu vorstehendem Gesetze		122 bis 143
IV. Gesetz, die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen betreffend. Vom 10. Juli 1879. No. 37.		
I. Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen	1 bis 17	147 bis 151
II. Abschnitt. Zwangsversteigerung.		
I. Titel. Verfahren bis zur Vertheilung.		
1. Zulässigkeit	18	152
2. Antrag auf Beschlagnahme	19 bis 22	152 bis 154
3. Beschlagnahme	23 „ 36	154 „ 157
4. Weitere Beschlagnahme	37 „ 39	157 u. 158
5. Verwaltung	40 u. 41	158 „ 159
6. Zeit und Ort der Versteigerung	42	159
7. Versteigerungsart	43 u. 44	159 u. 160
8. Bekanntmachung der Versteigerung	45 „ 46	160 „ 161
9. Versteigerungsbedingungen	47 bis 50	161 bis 163
10. Versteigerung	51 „ 60	163 „ 166
11. Aufhebung des Zuschlags	61 „ 64	166 „ 168
12. Wiederversteigerung	65 „ 69	168 u. 169
13. Adjudicationsurtheil	70 „ 73	169 bis 171
II. Titel. Vertheilungsverfahren.		
1. Einleitung des Vertheilungsverfahrens und Rangordnung	74 „ 83	171 „ 175
2. Verfahren im Vertheilungstermine	84 „ 88	176 u. 177
3. Abschluss und Ausführung des Vertheilungsplans	89 „ 93	177 bis 179
4. Fälle, in welchen ein Vertheilungsverfahren nicht stattfindet	94 u. 95	179 u. 180
III. Abschnitt. Zwangsverwaltung.		
1. Zulässigkeit und Einleitung der Zwangsverwaltung	96 u. 97	181 u. 182

	Paragraphen	Seite
2. Vollzug der Zwangsverwaltung . .	98 u. 99	182 u. 183
3. Rechte und Pflichten des Verwalters	100 bis 104	183 „ 184
4. Weitere Beschlagnahme	105 u. 106	184 „ 185
5. Vertheilungsverfahren	107 bis 110	185 „ 186
IV. Abschnitt. Besondere Bestimmungen.		
I. Titel. Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen im Falle eines Concurses.		
I. Fortsetzung des bei Eröffnung des Concurses anhängigen Zwangsvollstreckungsverfahrens	111	187
II. Beantragung d. Zwangsvollstreckung durch einen absonderungsberechtigten Gläubiger	112 u. 113	187 u. 188
III. Betreibung der Zwangsvollstreckung durch den Concursverwalter	114 „ 115	188
II. Titel. Besondere Bestimmungen in Beziehung auf Bergwerke . .	116 bis 118	189
V. Abschnitt. Schlussbestimmungen .	119 u. 120	190
Motive zu dem vorstehenden Gesetze.		
Einleitung		191 bis 195
I. Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen		195 „ 205
II. Abschnitt. Zwangsversteigerung . .		205 „ 250
III. Abschnitt. Zwangsverwaltung . . .		250 „ 255
IV. Abschnitt. Besondere Bestimmungen		255 „ 259
V. Abschnitt. Schlussbestimmungen . .		259
V. Gesetz, betreffend das Verfahren bei Trennung der Ehe aus landesherrlicher Machtvollkommenheit. Vom 23. Juni 1879. No. 33	1 bis 10	263 bis 266
Motive zu vorstehendem Gesetze		267 „ 274
VI. Gesetz, betreffend die Uebergangsbestimmungen zu der Deutschen Civilprocessordnung, der Deutschen Strafprocessordnung und in nichtstreitigen Rechtssachen. Vom 1. April 1879. No. 13.		
Erster Titel. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten	1 bis 28	277 bis 285
Zweiter Titel. Strafsachen	29 „ 41	286 „ 290
Dritter Titel. Nichtstreitige Rechtssachen	42 u. 43	290 u. 291
Vierter Titel. Allgemeine Bestimmungen	44 „ 45	291 „ 292
Motive zu vorstehendem Gesetze		293 bis 318
VII. Gesetz, die juristischen Prüfungen und den Vorbereitungsdienst der Rechtscandidaten betreffend. Vom 1. April 1879. No. 14	1 bis 17	321 „ 325

	Paragraphe	Seite
1. Verordnung, den Vorbereitungsdienst der bisherigen Auditoren betreffend. Vom 1. April 1879. No. 15	1 bis 4	326 u. 327
2. Verordnung, die Instruction für die Gerichte, Staatsanwälte, Verwaltungsbehörden und Rechtsanwälte hinsichtlich der Beschäftigung der Referendare während des Vorbereitungsdienstes betreffend. Vom 18. August 1879. No. 49		328
Instruction für den Vorbereitungsdienst der Referendare	1 bis 7	329 bis 331
3. Verordnung, die Instruction für die Herzogliche juristische Prüfungs-Commission betreffend. Vom 18. August 1879. No. 50	1 u. 2	332
Instruction für die Herzogliche juristische Prüfungs-Commission.		
Allgemeine Bestimmungen	1 bis 7	333 u. 334
Besondere Bestimmungen		
A. für die erste Prüfung	8 „ 16	335 bis 338
B. für die zweite Prüfung	17 „ 26	338 „ 341
Schlussbestimmung	27	341
Transitorische Bestimmung	28	341
Motive zu dem unter VII. bezeichneten Gesetze		342 bis 350

VIII. Ausführungsgesetz zum Deutschen Gerichtskostengesetze und zu der Deutschen Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher und für Zeugen und Sachverständige. Vom 11. Juli 1879. No. 40.

Titel I. Zur Ausführung des Deutschen Gerichtskostengesetzes.

Erster Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen	1 bis 8	353 bis 356
Zweiter Abschnitt. Gebühren in streitigen Rechtssachen		
1. Für Forststrafsachen	9	356
2. Für Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen	10	357
3. Haftkosten	11	357
Dritter Abschnitt. Gebühren in nichtstreitigen Rechtssachen		
A. Im Allgemeinen	12 bis 15	357 bis 359
B. Insbesondere		
1. Für Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit	16 „ 19	359 u. 360
2. Für Vormundschaftssachen	20	360 „ 361

	Paragrafen	Seite
3. Für Anmeldungen und Eintragungen in das Handelsregister und für nichtstreitige Handelssachen	21 bis 23	361 u. 362
4. Für landesherrliche Ehetrennung	24	362
5. Für Leistung der Rechtshülfe an nicht Braunschweigische Gerichte	25	362
Titel II. Zur Ausführung der Deutschen Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher	26 bis 33	363 bis 365
Titel III. Zur Ausführung der Deutschen Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige	34	365
Titel IV. Schlussbestimmungen	35 u. 36	365 bis 368
Anlage A. Gebührentarif für Zwangsvollstreckungen in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen		369 u. 370
Anlage B. Gebührentarif für Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit		371 bis 376
Anlage C. Gebührentarif für Vormundschafts- und Curatelsachen		377 „ 379
Anlage D. Gebührentarif für Anmeldungen und Eintragungen in das Handelsregister		380 u. 381
Motive zu dem unter VIII. erwähnten Gesetze		382 bis 408
 IX. Gesetz, die Verwaltung der Straf- und Gefangenenanstalten betreffend. Vom 27. Januar 1880. No. 2		
	1 bis 8	411 u. 412
Motive zu vorstehendem Gesetze		413 bis 416
 X. Gesetz, das Gerichtskassenwesen betreffend. Vom 25. Juni 1879. No. 35		
	1 „ 3	419 u. 420
Motive zu vorstehendem Gesetze		421 „ 422
1. Verordnung, die Gerichtskassen betreffend. Vom 16. August 1879. No. 48	1 „ 22	423 bis 432
2. Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung, die Einnahmen der Gerichtssportelkasse und die Führung der Sportelregister betreffend. Vom 3. September 1879. No. 56.		

	Paragraphen	Seite
I. Feststellung der Gebühren, Vorschüsse und Auslagen	1 bis 3	433 u. 434
II. Zahlungsaufgabe		
A. bezüglich der Gebühren, Vorschüsse und Auslagen	4 „ 11	434 bis 437
B. bezüglich erkannter Geldstrafen, verhängter Ordnungsstrafen und bezüglich der Kosten der in den Amtsgefängnissen erfolgten Strafvollstreckung	12 „ 14	437 u. 438
III. Sportelregister	15 „ 21	438 bis 440
IV. Erhebungslisten	22 „ 27	440 „ 442
V. Contoregister	28 „ 43	442 „ 446
VI. Controle- und Sicherungsmassregeln	44 „ 47	446 „ 448
VII. Armenrecht und Armenregister	48 „ 51	448 u. 449
VIII. Uebergangsbestimmungen bezüglich der vor dem 1. October 1879 anhängig gewordenen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Concurse	52 „ 55	449 „ 450
Formulare		451 bis 480
3. Instruction für die Gerichtskassen. Vom 16. Aug. 1879.		
I. Sportelkassen	1 „ 18	481 „ 486
II. Gerichtsverwaltungskassen	19 „ 23	487 u. 488
III. Gemeinschaftliche Bestimmungen	24 „ 35	489 bis 492
Formulare		493 „ 536
4. Rescripte des Herzogl. Staatsministeriums vom 5. Januar 1880, betr. die Einziehung von Gerichtskosten, Geldstrafen etc. auf Requisition auswärtiger Behörden		537 „ 539
XI. Geschäftsordnung für die Gerichtsschreiberen der Herzogl. Braunschweigischen Gerichte. Vom 12. September 1879.		
I. Allgemeine Bestimmungen	1 „ 13	543 „ 550
II. Vertheilung der Geschäfte unter mehrere Gerichtsschreiber und deren Gehülfen	14 „ 20	551 „ 554
III. Vertretung und Aushilfe	21 „ 23	554 u. 555
XII. Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung, die Dienst- und Geschäftsverhältnisse der Gerichtsvollzieher betreffend, und Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher des Herzogthums Braunschweig. Vom 12. September 1879. No. 63.		
1. Gerichtsvollzieherordnung. Vom 12. September 1879.		

	Paragraphen	Seite
I. Gerichtsvollzieher	1 bis 12	559 bis 562
II. Vertretung der Gerichtsvollzieher . .	13 „ 16	562 u. 563
III. Hilfsgerichtsvollzieher	17 „ 19	563 „ 564
Schlussbestimmung	20	564
2. Geschäftsanweisung für die Ger- ichtsvollzieher. Vom 12. Septem- ber 1879.		
Erster Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen	1 bis 16	565 bis 568
Zweiter Abschnitt. Einzelne Geschäftszweige.		
I. Zustellungen.		
1. Allgemeine Bestimmungen . .	17 u. 18	569
2. Zustellungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten	19 bis 38	570 bis 576
3. Zustellungen in anderen gericht- lichen Angelegenheiten	39 „ 42	576 „ 578
4. Zustellungen in nicht gericht- lichen Angelegenheiten	43	578
II. Behandlungen mit Beur- kundung	44	579
III. Besorgung von schrift- lichen und mündlichen Mit- theilungen, Erkundigun- gen und dergleichen Auf- trägen	45	580
IV. Zwangsvollstreckungen in bürgerlichen Rechtsstreit- igkeiten.		
1. Allgemeine Bestimmungen . .	46 bis 61	580 bis 587
2. Zwangsvollstreckung in beweg- liche körperliche Sachen	62 „ 88	587 „ 603
3. Mitwirkung bei der Zwangsvoll- streckung in Forderungen . .	89 „ 93	603 „ 605
4. Zwangsvollstreckung zur Erwir- kung der Herausgabe von Sachen	94 „ 95	605 „ 607
5. Zwangsvollstreckung zur Erwir- kung der Herausgabe von Per- sonen	96	607
6. Zwangsvollstreckung zur Besei- tigung des von dem Schuldner gegen die Vornahme einer von ihm zu duldenden Handlung geleisteten Widerstandes	97	608
7. Zwangsvollstreckung durch Haft	98 bis 100	608 bis 610
8. Vollziehung von Arrestbefehlen	101	610
9. Vollziehung von einstweiligen Verfügungen	102	611
10. Hinterlegung	103	611

	Paragraphe	Seite
V. Vollstreckungen in Strafsachen und anderen Angelegenheiten ausserhalb der Zwangsvollstreckung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.		
1. Verhaftungen	104 bis 106	612
2. Durchsuchungen	107	613
3. Vollstreckung von Geldstrafen	108	613 u. 614
4. Vollstreckung von Bussen	109	614
5. Wegnahme eingezogener Gegenstände	110	615
VI. Aufnahme von Wechselprotesten	111 bis 113	615 u. 616
VII. Freiwillige Mobiliarversteigerungen	114 „ 117	617 „ 618
VIII. Siegelungen, Entsiegelungen, Inventuren	118	618
IX. Sitzungsdienst	119	618
Dritter Abschnitt. Gebühren	120 bis 123	619 bis 621
Vierter Abschnitt. Registratur.		
1. Register	124 „ 136	621 „ 629
2. Acten	137 „ 142	629 „ 631
Fünfter Abschnitt. Gerichtsvollzieher kraft Auftrags und Hilfsgerichtsvollzieher	143	631
Formulare:		
A. zum allgemeinen Dienstregister		633 bis 635
B. zum Register für Zwangsvollstreckungen und freiwillige Mobiliarversteigerungen		637 „ 639
Zusätze		640
Sachregister		641 bis 656

Erklärung der wesentlichsten Abkürzungen.

- D. G. V. G. = Deutsches Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877.
 E. G. z. D. G. V. G. = Einführungsgesetz zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze vom 27. Januar 1877.
 D. C. P. O. = Deutsche Civilprocessordnung vom 30. Januar 1877.
 E. G. z. D. C. P. O. = Einführungsgesetz zur Deutschen Civilprocessordnung vom 30. Januar 1877.
 D. St. P. O. = Deutsche Strafprocessordnung vom 1. Februar 1877.
 E. G. z. D. St. P. O. = Einführungsgesetz zur Deutschen Strafprocessordnung vom 1. Februar 1877.
 D. C. O. = Deutsche Concursordnung vom 10. Februar 1877.
 E. G. z. D. C. O. = Einführungsgesetz zur Deutschen Concursordnung vom 10. Februar 1877.
 D. G. K. G. = Deutsches Gerichtskostengesetz vom 18. Juni 1878.
 G. E. G. = Grunderwerbsgesetz vom 8. März 1878. No. 10.
 G. B. O. = Grundbuchordnung vom 8. März 1878. No. 11.
 R. Str. G. B. = Reichsstrafgesetzbuch vom 15. Mai 1871.
 C. P. O. de 1850 = Braunschweigische Civilprocessordnung vom 19. März 1850.
 G. V. O. = Gerichtsvollzieherordnung vom 12. September 1879. No. 63.
 Anw. = Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher vom 12. September 1879.

Berichtigungen.

Seite	15	Zeile	8	von	unten	lies	„vorliegen“	statt	„vorliegen“.
„ 75	„	14	„	oben	„	„der letzteren“	statt	„des letzteren“.	
„ 170	„	1	„	unten	„	„selbst“	„	„selbt“.	
„ 230	„	6	„	„	„	„herrschte“	„	„herrscht“.	
„ 267	„	11	„	„	„	„dieselben“	„	„dieseben“.	
„ 279	„	8	„	„	„	„Landgerichte“	„	„Landgerichte“.	
„ 283	„	2	„	oben	„	„welches“	„	„welcher“.	
„ 295	„	9	„	unten	„	„den“	„	„der“.	
„ 354	„	4	„	oben	„	„Wagen“	„	„Wann“.	
„ 398	„	1	„	„	ist	das erste Wort	nicht zu streichen.		
„ 430	„	1	„	unten	lies	„1879“	statt	„1779“.	
„ 486	„	4	„	oben	„	„§. 18“	„	„§. 81“.	
„ 511	oben		„	„	„	„D“	„	„B“.	

I.

Ausführungsgesetz

zum

Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze.

d. d. Braunschweig, den 1. April 1879 (No. 11).

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm,

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg p. p.

Wir erlassen zur Ausführung des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes mit Zustimmung der Landesversammlung das nachfolgende Gesetz.

Erster Abschnitt.

G e r i c h t s v e r f a s s u n g.

Erster Titel.

R i c h t e r a m t.

§. 1.

Die Bestimmungen über die Prüfungen, durch deren Ablegung die Fähigkeit zum Richteramt (zur Staatsanwaltschaft, Rechtsanwaltschaft und zum Notariat) erlangt wird, sowie über den Vorbereitungsdienst der Rechtskandidaten sind in dem hierneben erlassenen Gesetze, die juristischen Prüfungen und den Vorbereitungsdienst der Rechtskandidaten betreffend, enthalten.

§. 2.

Von den in der zweiten Prüfung bestandenen Referendaren wird der Landesfürst eine dem Bedürfniss entsprechende Zahl auf Vorschlag der Landesjustizverwaltung zu Gerichtsassessoren ernennen.

4 Ausführungsgesetz zum D. Gerichtsverfassungsges. §§. 3 u. 4.

Die Gerichtsassessoren sind nicht als wirkliche Staatsdiener zu betrachten. Die Dienst- und Geschäftsverhältnisse derselben bestimmt die Landesjustizverwaltung, insoweit die Gesetze oder landesherrlichen Verordnungen keine ausreichende Vorschriften enthalten. Sie werden von der Landesjustizverwaltung einem Amtsgerichte, und zwar in der Regel dem Amtsgerichte Braunschweig, dauernd zugewiesen und nach vorgängiger Beeidigung durch Uebertragung richterlicher Arbeiten in Gemässheit näherer Anordnung der Landesjustizverwaltung beschäftigt. Sie haben die ihnen übertragenen Arbeiten selbstständig unter eigener Verantwortlichkeit zu erledigen.

Dieselben sind verpflichtet, auf Anordnung der Landesjustizverwaltung bei einem Landgerichte oder bei einem Amtsgerichte, welchem sie nicht dauernd zugewiesen wurden, als Hülf Richter Aushilfe zu leisten, sowie die Stellung eines Hülfarbeiters bei der Staatsanwaltschaft, insbesondere auch die Besorgung der den Rechtsanwälten obliegenden Geschäfte zu übernehmen.

In diesen Fällen ist ihnen eine nach allgemeinen Grundsätzen festzusetzende Entschädigung und Ersatz der Reisekosten zu gewähren.

Nach Beendigung des ihnen ertheilten Auftrages sind sie berechtigt, ihre Beschäftigung bei demjenigen Amtsgerichte aufzunehmen, welchem sie vor dem erhaltenen Auftrage dauernd zugewiesen waren.

§. 3.

Die Amts- und Landrichter sind verpflichtet, die Vertretung eines Mitgliedes des Oberlandesgerichts zu zeitweiliger Aushilfe, wie zu einzelnen Sitzungen oder Geschäften zu übernehmen.

Ebenso haben die Amtsrichter die Verpflichtung, bei einem anderen demselben landgerichtlichen Bezirke angehörigen Gerichte, sowie bei dem Landgerichte, in dessen Bezirke sie angestellt sind, der an sie ergehenden Berufung sowohl zu einzelnen Sitzungen oder Geschäften, als auch dann, wenn die zeitweilige Ernennung eines Hülf Richters erforderlich wird, Folge zu leisten¹⁾.

§. 4.

Die Landrichter sind verpflichtet, auf Anordnung der Landesjustizverwaltung die aushülfweise Besorgung einzelner einem Amtsgerichte ihres Bezirks obliegenden Geschäfte der nicht streitigen

¹⁾ Vgl. §§. 19 und 42.

Ausführungsgesetz zum D. Gerichtsverfassungsges. §§. 5 bis 9. 5
Gerichtbarkeit, sowie die dauernde Besorgung derartiger Geschäfte
bei dem Amtsgerichte ihres Wohnsitzes zu übernehmen.

§. 5.

In wie weit die Richter verpflichtet sind, bei der Justizverwaltung
unentgeltlich mitzuwirken, ist im zweiten Abschnitte dieses Gesetzes
(cf. §§. 76 folgende) bestimmt.

§. 6.

Die Richter einschliesslich der Handelsrichter werden vom
Landesfürsten ernannt.

Die Ernennung erfolgt auf Vorschlag der Landesjustizverwaltung
und nach vorgängigem Gutachten des Herzoglichen Staats-Ministe-
riums. Bei Ernennung der Handelsrichter ist auch der gutachtliche
Vorschlag des zur Vertretung des Handelsstandes berufenen Organs
dem Landesfürsten vorzulegen.

§. 7.

Die Verleihung der etatmässigen Gehalte und Gehaltszulagen
an die Richter erfolgt nach Massgabe der Bestimmungen des Civil-
Staatsdienst-Gesetzes und des gesetzlichen Normal-Etats.

In welche Gehaltsklasse eine im Justizdienste des Landes bis-
lang nicht beschäftigte Person (§§. 2 bis 5 des Deutschen Gerichts-
verfassungsgesetzes) bei ihrer Ernennung zum Richter einzutreten
hat, bestimmt der Landesfürst auf Vorschlag der Landesjustizver-
waltung unter Berücksichtigung ihrer seitherigen Beschäftigung.

§. 8.

Die Gehalte der Mitglieder der Landgerichte und der Amts-
richter sind nach gleichen Grundsätzen zu bemessen.

§. 9.

Andere Vergütungen als die auf Gesetz beruhenden Gehalte und
Entschädigungen dürfen den Richtern für richterliche Geschäfte nicht
gewährt werden.

Unterstützungen in Fällen eines ausserordentlichen Bedürfnisses
werden von dieser Vorschrift nicht betroffen.

Zweiter Titel.

Gerichtsbarkheit.

§. 10.

Es werden errichtet:

24 Amtsgerichte, nämlich:

ein Amtsgericht für den Bezirk des bisherigen Stadtgerichts Braunschweig mit dem Sitze in der Stadt Braunschweig,

ein Amtsgericht für die Bezirke des bisherigen Stadtgerichts Wolfenbüttel und des bisherigen Amtsgerichts Wolfenbüttel mit dem Sitze in der Stadt Wolfenbüttel, und je ein Amtsgericht für jeden der übrigen bisherigen 22 Amtsgerichtsbezirke mit Beibehaltung dieser Bezirke und der bisherigen amtsgerichtlichen Sitze;

2 Landgerichte, nämlich:

ein Landgericht für die Kreise Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt und Blankenburg mit dem Sitze in der Stadt Braunschweig, und

ein Landgericht für die Kreise Holzminden und Gandersheim mit dem Sitze in der Stadt Holzminden;

ein Oberlandesgericht für das Herzogthum mit dem Sitze in der Stadt Braunschweig.

§. 11.

Das bisherige Obergericht, die bisherigen Kreisgerichte nebst dem bisherigen Handelsgerichte und die bisherigen Stadt- und Amtsgerichte werden aufgehoben. Auch erlischt die Zuständigkeit des ersten Senates des Obergerichts als Oberappellationsgerichts für das Fürstenthum Schaumburg-Lippe.

§. 12.

Durch die im §. 10 genannten Gerichte wird die ordentliche streitige Gerichtsbarkheit in Gemässheit des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes ausgeübt.

Die Ausübung der nicht streitigen Gerichtsbarkeit geht auf die gedachten Gerichte nach Massgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes über.

§. 13.

Die Gerichte sind zuständig zur Verwaltung der bei ihnen deponirten Gegenstände und Gelder.

Die Verwaltung wird bei den mit mehreren Richtern besetzten Gerichten von zwei Richtern, bei den nur mit einem Richter besetzten Amtsgerichten von diesem und dem Gerichtsschreiber geführt.

Im Uebrigen bleiben die über das gerichtliche Depositenwesen bestehenden Vorschriften bis auf Weiteres in Gültigkeit.

§. 14.

Die künftige Zusammensetzung des Gerichtshofes zur Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden sowie das Verfahren bei diesem Gerichtshofe ist durch das hierneben erlassene Gesetz geregelt¹⁾.

§. 15.

Die Vorschrift des §. 18 Abs. 1 der Verordnung No. 10 vom 29. October 1821, dass auf stempelpflichtige Verhandlungen, zu denen der gesetzliche Stempel überhaupt nicht oder nicht im richtigen Betrage verwendet worden, vor Ergänzung dieses Mangels und vor Bezahlung der verwirkten Geldstrafe nicht verfügt werden dürfe, wird aufgehoben. Die bestehenden Vorschriften rücksichtlich der von den Kreisgerichtsdirectoren zu führenden Controle über das von den Notaren zu verwendende Stempelpapier werden gleichfalls aufgehoben.

Weitere Bestimmungen über Ordnung des Stempelwesens bleiben vorbehalten.

§. 16.

Die §§. 32 und 33 des Gesetzes No. 29 vom 20. Mai 1858 und der §. 12 des Gesetzes No. 11 vom 28. März 1874, durch welche die daselbst erwähnten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten der Entscheidung durch Schiedsmänner überwiesen sind, werden aufgehoben. Die gedachten Rechtsstreitigkeiten sind fortan von dem zuständigen ordentlichen Gerichte in dem durch die Deutsche Civilprocessordnung geordneten Verfahren geltend zu machen.

¹⁾ S. das unter II abgedruckte Gesetz Nr. 16 vom 1. April 1879.

Dritter Titel.

Amtsgerichte.

A. Bestimmungen für die streitige und nicht streitige Gerichtsbarkeit.

§. 17.

Die Abhaltung von periodischen Gerichtstagen ausserhalb des Gerichtssitzes kann durch die Landesjustizverwaltung angeordnet werden.

§. 18.

Bei den mit mehreren Richtern besetzten Amtsgerichten werden die Geschäfte unter die Richter von der Landesjustizverwaltung vertheilt. Die Vertheilung erfolgt nach örtlich abgegrenzten Bezirken oder nach einzelnen Geschäftszweigen oder nach Bezirken und Geschäftszweigen ¹⁾.

Die Gültigkeit der Handlung eines Amtsrichters wird dadurch nicht berührt, dass die Handlung nach der Geschäftsvertheilung von einem der anderen Amtsrichter vorzunehmen gewesen wäre.

§. 19.

Mehrere Richter desselben Amtsgerichts vertreten sich gegenseitig. Befinden sich bei einem Amtsgerichte mehr als zwei Richter, so wird die nähere Bestimmung über die Reihenfolge der Vertretung von der Landesjustizverwaltung getroffen.

Die Vertretung der Amtsrichter durch Richter benachbarter Amtsgerichte kann von der Justizverwaltung im Voraus angeordnet werden. Eine solche Anordnung muss erfolgen bei Amtsgerichten, welche nur mit einem Richter besetzt sind ²⁾. Diese Vertretung erstreckt sich nicht auf die Fälle, in welchen der §. 36 der Deutschen Civilprocessordnung oder der §. 15 der Deutschen Strafprocessordnung Anwendung findet.

Der Eintritt des Vertreters erfolgt regelmässig auf Berufung durch den Präsidenten des Landgerichts, in dessen Bezirke das Amtsgericht belegen ist. In eiligen Fällen genügt die Benachrichti-

¹⁾ S. die von der Landesjustizverwaltung durch Rescript vom 20. Aug. 1879 getroffenen Bestimmungen hinter S. 34 (Anhang I).

²⁾ S. Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung vom 20. Aug. 1879 No. 51. Danach tritt zunächst der etwa neben dem behinderten Amtsrichter sich befindende Hilfsrichter, event. das benachbarte Amtsgericht ein (für Thedinghausen Braunschweig, für Harzburg Wolfenbüttel, für Calvörde Vorsfelde, für Hasselfelde Blankenburg, für Walkenried Hasselfelde, für Greene Gandersheim, für Ottenstein Holzminden).

gung durch den behinderten Richter oder den Gerichtsschreiber, vorbehaltlich der dem Präsidenten des Landgerichts nachträglich zu erstattenden Anzeige. Beruht die Nothwendigkeit des Eintritts eines Vertreters auf einer gesetzlichen Bestimmung, so bedarf es weder der Berufung desselben durch den Landgerichts-Präsidenten, noch der nachträglichen Anzeige an den Letzteren ¹⁾.

B. Besondere Bestimmungen für die Sachen der nicht streitigen Gerichtsbarkeit.

§. 20.

Die Amtsgerichte sind, wie die bisherigen Stadt- und Amtsgerichte, die zuständigen Behörden für sämtliche Geschäfte der nicht streitigen Gerichtsbarkeit, insoweit deren Ausführung durch die Gerichte zu erfolgen hat und in diesem Gesetze keine anderweite specielle Bestimmung getroffen ist.

Insbesondere gehören zu der Zuständigkeit der Amtsgerichte:

- 1) die freiwillige Gerichtsbarkeit einschliesslich der Annahme, Aufnahme und Eröffnung von Testamenten und sonstigen letztwilligen Verfügungen;
- 2) das Grundbuchwesen;
- 3) die Vormundschafts- und Curatelsachen einschliesslich der nach den Gesetzen der Obrigkeit obliegenden Sorge für einen vacanten Nachlass, sowie dessen Ver- und Entsiegelung;
- 4) die Ausstellung von Erbbescheinigungen;
- 5) die Todeserklärung Verschollener.

Ferner sind die Amtsgerichte zuständig

- 6) für die auf die Führung der Handelsregister, einschliesslich der Zeichenregister, der Genossenschaftsregister und der Musterregister bezüglichen Geschäfte ²⁾;

¹⁾ In diesem Falle hat, wenn das Amtsgericht, dessen Richtern die Vertretung obliegt, mit mehreren Richtern besetzt ist, oder wenn neben dem Richter ein Hilfsrichter sich befindet, der die allgemeine Dienstaufsicht führende Amtsrichter den Richter bzw. Hilfsrichter zu bestimmen, welcher die Vertretung zu übernehmen hat (Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung vom 20. Aug. 1879 No. 51 sub 3).

²⁾ In Betreff der Vorschriften über die Führung der einzelnen Register vgl. die auf S. 54 citirten Gesetze, und hinsichtlich der Musterregister die Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 8. Sept. 1879 (No. 59). An Stelle des durch §. 8 der Instr. vom 4. Sept. 1863 (G. und V. O. S. No. 32) vorgeschriebenen Formulars C für das Actiengesellschafts-Register ist nunmehr das durch die Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 8. Sept. 1879 No. 61 angeordnete Formular zu benutzen.

- 7) für die in dem Handelsgesetzbuch und in dem Einführungsgesetze zu demselben, sowie in dem Reichsgesetze vom 4. Juli 1868, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften den Gerichten zugewiesenen, von den Deutschen Processordnungen nicht betroffenen Angelegenheiten.
- 8) Endlich haben die Amtsgerichte bis zum etwaigen Erlass anderer Bestimmung in Gemässheit der Bekanntmachung vom 9. September 1875 No. 74 die in den §§. 11, 14 und 66 des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenstandes etc. den Gerichten erster Instanz übertragenen Geschäfte zu besorgen.

§. 21.

Gegen die Entscheidungen, Beschlüsse und Verfügungen der Amtsgerichte in Sachen der nicht streitigen Gerichtsbarkeit steht den Betheiligten das Rechtsmittel der Beschwerde an das Landgericht zu ¹⁾.

§. 22.

Der für die Richter, Secretaire, Registratoren und besoldeten Schreiber, sowie für deren Angehörige durch das Gesetz No. 50 vom 29. August 1858 in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit angeordnete Gerichtsstand fällt in Zukunft weg.

§. 23.

Ist ein Amtsrichter in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit von der Vornahme einer amtlichen Handlung aus gesetzlichen Gründen ausgeschlossen, so muss er sich in der betreffenden Angelegenheit jeder amtlichen Thätigkeit enthalten und das Erforderliche durch nicht ausgeschlossene Beamte des Amtsgerichts oder deren Vertreter besorgen lassen.

Als gesetzlich ausgeschlossen ist der Amtsrichter namentlich anzusehen, wenn die Sache ihn selbst, seine Ehefrau, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht, einen sonstigen Angehörigen oder eine Person betrifft, deren Vertreter der Amtsrichter ist, oder zu welcher er bezüglich des Gegenstandes in dem Verhältnisse eines Mitberechtigten, Mitverpflichteten oder Schadensersatzpflichtigen steht.

Angehörige sind die Personen, mit denen der Amtsrichter in gerader Linie verwandt, verschwägert oder durch Adoption verbunden, in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert ist, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht.

¹⁾ Vgl. §§. 34, 35, 44 bis 48.

§. 24.

Wenn in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit

1) Streit oder Ungewissheit über die örtliche Zuständigkeit mehrerer Amtsgerichte obwaltet,

2) nach den bestehenden Vorschriften ein gemeinschaftlicher Gerichtsstand zu bestellen ist,

so erfolgt die Bestimmung des zuständigen Gerichts durch das zunächst höhere gemeinschaftliche Gericht.

Eine Anfechtung des Beschlusses, welcher das zuständige Gericht bestimmt, findet nicht statt,

§. 25.

Das Oberlandesgericht ist ermächtigt, eine bei einem Amtsgerichte anhängige Vormundschaft oder Curatel auf Antrag der Betheiligten aus Rücksichten der Zweckmässigkeit einem anderen Amtsgerichte des Landes zu übertragen.

Soll eine solche Vormundschaft oder Curatel auf eine nicht braunschweigische Behörde übertragen werden, so ist die erwähnte Ermächtigung nur mit Genehmigung der Landesjustizverwaltung zu erteilen.

Dasselbe gilt, wenn eine bei einer nicht braunschweigischen Behörde anhängige Vormundschaft oder Curatel auf ein Amtsgericht des hiesigen Landes übertragen werden soll.

Insofern die bestehenden Staatsverträge abweichende Bestimmungen enthalten, behält es bei denselben sein Bewenden.

Vierter Titel.

Schöffengerichte.

§. 26.

Im Fall der Besetzung eines Amtsgerichts mit mehreren Richtern hat der mit der allgemeinen Dienstaufsicht betraute Amtsrichter, in dessen Behinderung ein anderer Amtsrichter nach der Reihenfolge

12 Ausführungsges. zum D. Gerichtsverfassungsges. §§. 27 u. 28.

des Dienalters die in Tit. IV. §§. 39, 40 und 45 bis 47 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes dem Amtsrichter überwiesenen Geschäfte zu besorgen¹⁾).

§. 27.

Die Vertrauensmänner des Ausschusses (§. 40 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes) werden für den Bezirk des Amtsgerichts Braunschweig von der vereinigten Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten zu Braunschweig, für die Bezirke der übrigen Amtsgerichte von den Kreisversammlungen gewählt²⁾).

Die Vorschriften der §§. 32 bis 35 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes über die Berufung zum Schöffen- und Geschworenennamen finden auf die zu wählenden Vertrauensmänner entsprechende Anwendung.

Die Wahl erfolgt nach der absoluten Mehrheit der Stimmen.

§. 28.

Den Vertrauensmännern und Schöffen werden, sofern sie ausserhalb ihres Aufenthaltsortes einen Weg von mehr als zwei Kilometern zurückzulegen haben, an Reisekosten gewährt:

- 1) bei Reisen, welche auf Eisenbahnen gemacht werden können, für jedes angefangene Kilometer des Hinweges und des Rückweges zehn Pfennig;
- 2) bei Reisen, welche nicht auf Eisenbahnen zurückgelegt werden können, für jedes angefangene Kilometer des Hinweges und des Rückweges zwanzig Pfennig;

im Ganzen jedoch mindestens drei Mark.

¹⁾ Ueber die für jedes Amtsgericht erforderliche Zahl der Haupt- und Hülsschöffen vgl. D. G. V. G. §. 43 und Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung v. 17. Mai 1879 Nr. 30.

²⁾ In Betreff des als Mitglied des Ausschusses fungirenden Staatsverwaltungsbeamten (D. G. V. G. §. 40) s. V. O. No. 21 vom 19. April 1879.

Fünfter Titel.

Landgerichte.

§. 29.

Die Zahl der bei den Landgerichten zu bildenden Civil- und Strafkammern bestimmt die Landesjustizverwaltung¹⁾.

§. 30.

Die Landgerichte sind in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes ausschliesslich zuständig:

- 1) für die Ansprüche der Staatsbeamten gegen den Landesfiscus aus ihrem Dienstverhältnisse;
- 2) für die Ansprüche gegen den Landesfiscus wegen Verfügungen der Verwaltungsbehörden und wegen Aufhebung von Privilegien;
- 3) für die Ansprüche gegen den Landesfiscus wegen Verschulden von Staatsbeamten;
- 4) für die Ansprüche gegen öffentliche Beamte wegen Ueberschreitung ihrer amtlichen Befugnisse oder wegen pflichtwidriger Unterlassung von Amtshandlungen;
- 5) für die Ansprüche gegen den Landesfiscus in Betreff der Verpflichtung zur Entrichtung öffentlicher Abgaben.

Die Vorschriften über die Voraussetzungen der Zulässigkeit des Rechtsweges für diese Ansprüche bleiben unberührt.

§. 31.

Die Bestimmung in den §§. 6, 16, 22, 27 des Gesetzes No. 113 vom 22. December 1870, und im §. 4 der Anlage zum Gesetze No. 114 vom 22. December 1870, wonach über die Entlassung von Beamten der 2. oder 3. Senat des Obergerichts in 1. Instanz, der 1. Senat dieses Gerichts in der Revisionsinstanz zu entscheiden hat, kommt in Wegfall.

Insoweit die Civilgerichte nach den bestehenden Gesetzen über die Suspension oder Entlassung öffentlicher Beamten zu erkennen

¹⁾ Nach der Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung vom 20. Aug. 1879 No. 53 sollen bei dem Landgerichte Braunschweig zwei Civilkammern, eine Kammer für Handelssachen (siehe Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung vom 12. Juli 1879 No. 41) und eine Strafkammer, bei dem Landgerichte Holzminden eine Civilkammer und eine Strafkammer bestehen.

14 Ausführungsges. zum D. Gerichtsverfassungsges. §§. 32 bis 34.

haben, kommen in Bezug auf die Zuständigkeit und auf das Verfahren die Bestimmungen des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes und der Deutschen Civilprocessordnung zur Anwendung.

§. 32.

Ferner kommen in Wegfall die Bestimmungen:

- 1) im §. 140 der revidirten Städteordnung vom 19. März 1850 und im §. 83 der Landgemeindeordnung vom 19. März 1850 über das gerichtliche Revisionsverfahren in Gemeinderechnungssachen;
- 2) im §. 22 des Gesetzes vom 11. October 1832, die Organisation etc. des Herzoglichen Finanz-Collegiums betreffend, über das gerichtliche Revisionsverfahren gegen die von dem Finanz-Collegium bei der Abnahme der Rechnungen erlassenen Entscheidungen;
- 3) im §. 49 der Verfügung Fürstlicher Regierungscommission vom 3. Februar 1814 No. 27 und im §. 8 des Gesetzes No. 7 vom 23. Februar 1837 über die Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Gerichte bei Abnahme der Vormundschafts- und Curatelrechnungen.

Bis zur anderweiten Regulirung dieser Verhältnisse bleibt den Betheiligten die Beschreitung des ordentlichen Rechtsweges vorbehalten.

§. 33.

In Vormundschafts- und Curatelsachen ist bei Verfügungen über unbewegliche Güter und Capitalien die Genehmigung, welche von den bisherigen Kreisgerichten ertheilt werden musste, in Zukunft von dem Landgerichte zu ertheilen.

Den Betheiligten steht gegen die Verfügung des Landgerichts die Beschwerde an das Oberlandesgericht zu.

§. 34.

In sämmtlichen Angelegenheiten der nicht streitigen Rechtspflege sind die Landgerichte für das Rechtsmittel der Beschwerde über Entscheidungen, Beschlüsse und Verfügungen der Amtsgerichte zuständig.

Die Einlegung der Beschwerde muss innerhalb Monatsfrist, von der Zustellung oder der Verkündung angerechnet, erfolgen.

Bei Versäumung der Frist ist die Wiedereinsetzung zu ertheilen, wenn die Sachlage dies gestattet und die Partei glaubhaft macht,

Ausführungsges. zum D. Gerichtsverfassungsges. §§. 35 bis 37. 15
dass sie ohne ihr Verschulden zu der Innehaltung der gesetzlichen
Frist ausser Stande gewesen sei.

Auf das Verfahren finden die Vorschriften der Deutschen Civil-
processordnung §§. 532 bis 538 entsprechende Anwendung.

Gegen die Entscheidungen der Landgerichte findet das Rechts-
mittel der weiteren Beschwerde an das Oberlandesgericht statt.

§. 35.

Die in den §§. 33 und 34 erwähnten Angelegenheiten werden
von einer Civilkammer des betreffenden Landgerichts erledigt.

Betrifft jedoch die Beschwerde eine amtsgerichtliche Verfügung
in den im §. 20 unter den Nummern 6 und 7 bemerkten Angelegen-
heiten, so ist, wenn bei dem betreffenden Landgerichte eine Handels-
kammer gebildet ist, diese letztere für Erledigung der Beschwerde
zuständig.

Die Bestimmungen des §. 23 finden entsprechende Anwendung.

§. 36.

Die gerichtliche Beglaubigung amtlicher Unterschriften zum
Zwecke der Legalisation im diplomatischen Wege erfolgt durch den
Präsidenten des Landgerichts.

Sechster Titel.

Schwurgerichte.

§. 37.

Das Schwurgericht tritt, insofern Sachen zur Entscheidung vor-
iegen, in jedem Vierteljahre zusammen.

Bei eintretendem Bedürfniss kann der Strafsenat des Ober-
landesgerichts auf Antrag des Oberstaatsanwalts ausserordentliche
Sitzungen des Schwurgerichts anordnen¹⁾.

¹⁾ In Betreff der Zahl der für jedes Schwurgericht erforderlichen Ge-
schworenen und deren Vertheilung auf die einzelnen Amtsgerichtsbezirke
vgl. D. G. V. G. §. 86 und Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung vom
17. Mai 1879 No 30.

§. 38.

Der für die Sitzungsperiode ernannte Vorsitzende des Schwurgerichts bestimmt den Beginn der Sitzungen und macht denselben öffentlich bekannt. Die Bekanntmachung ist 3 Wochen vor dem wirklichen Beginn der Sitzungen zu erlassen.

§. 39.

Den Geschworenen werden Reisekosten nach Massgabe der Vorschriften des §. 28 gewährt.

Siebenter Titel.

Kammer für Handelssachen.

§. 40.

Der Vorsitzende der Kammer für Handelssachen und dessen Vertreter wird mindestens auf die Dauer eines Geschäftsjahres durch die Landesjustizverwaltung bestimmt.

Achter Titel.

Oberlandesgericht.

§. 41.

Die Zahl der bei dem Oberlandesgerichte zu bildenden Civil- und Strafsenate bestimmt die Landesjustizverwaltung ¹⁾.

§. 42.

Die Einberufung der im §. 3 bezeichneten Vertreter erfolgt durch die Landesjustizverwaltung auf vorgängigen Antrag des Präsidiums des Oberlandesgerichts.

¹⁾ Die Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung vom 20. Aug. 1879 No. 53 verfügt die Bildung zweier Civilsenate und eines Strafsenats.

Die Einberufung ist nur dann statthaft, wenn die Vertretung des verhinderten Mitgliedes durch ein Mitglied des Oberlandesgerichts nicht möglich ist.

§. 43.

Bei Gesuchen um Niederschlagung der eingeleiteten Untersuchung wird das erforderliche gerichtliche Gutachten von dem Strafsenate des Oberlandesgerichts erstattet.

§. 44.

Das Oberlandesgericht ist zuständig für die Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Beschwerde in den zur Zuständigkeit der Landgerichte gehörigen Vormundschafts- und Curatelsachen (§. 33).

Wegen der Einlegungsfrist gelten die im §. 34 getroffenen Bestimmungen.

Auf das Verfahren finden die Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung §§. 532 bis 538 entsprechende Anwendung.

Eine Anfechtung der vom Oberlandesgerichte getroffenen Entscheidung findet nicht statt.

§. 45.

Das Oberlandesgericht ist in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit zuständig für die Verhandlung und Entscheidung über das im §. 34 bezeichnete Rechtsmittel der weiteren Beschwerde gegen die in der Beschwerdeinstanz ergangenen landgerichtlichen Entscheidungen.

Für dieses Rechtsmittel gelten die nachstehenden Vorschriften (§§. 46 bis 48).

§. 46.

Die weitere Beschwerde kann nur darauf gestützt werden, dass die Entscheidung auf einer Verletzung des Gesetzes beruhe. Die Vorschriften der §§. 512 und 513 der Deutschen Civilprocessordnung finden entsprechende Anwendung.

§. 47.

Die weitere Beschwerde wird bei dem Gericht eingelegt, von welchem die angefochtene Entscheidung erlassen ist, sie kann in dringenden Fällen auch bei dem Oberlandesgericht eingelegt werden.

18 Ausführungsges. zum D. Gerichtsverfassungsges. §§. 48 bis 50.

Die Einlegung erfolgt durch Einreichung einer Beschwerdeschrift oder durch Erklärung zu Protocoll des Gerichtsschreibers.

Im ersteren Falle muss die Beschwerdeschrift von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Oeffentliche Behörden, sowie Personen, welche zum Richteramt befähigt sind, können die Beschwerde schriftlich ohne Zuziehung eines Rechtsanwalts einlegen.

Die Beschwerde muss die Bezeichnung der verletzten Rechtsnorm enthalten. Eine unrichtige Bezeichnung der verletzten Rechtsnorm ist unschädlich.

§. 48.

Die Vorschriften über die Frist des gegen die Entscheidung erster Instanz zulässigen Rechtsmittels (§. 34) gelten auch für die weitere Beschwerde.

Für das weitere Verfahren finden die Vorschriften der §§. 535 bis 538 der Deutschen Civilprocessordnung entsprechende Anwendung.

Die Entscheidung des Oberlandesgerichts unterliegt keiner weiteren Anfechtung.

§. 49.

Wenn in Sachen der nicht streitigen Gerichtsbarkeit das Landgericht eine Entscheidung trifft, oder eine Verfügung erlässt, welche nach Ansicht des betreffenden Amtsrichters die landgerichtliche Zuständigkeit überschreitet oder einem gesetzlichen Gebote oder Verbote widerstreitet, so bleibt es diesem unbenommen, unbeschadet der Folgeleistung in dringenden Fällen, von Amtswegen das Oberlandesgericht davon in Kenntniss zu setzen und dessen Entscheidung zu erwirken.

Bei der Entscheidung des Oberlandesgerichts, welche sowohl dem Amtsgericht, als dem Landgericht von Amtswegen mitzutheilen ist, hat es sein Bewenden. Die Entscheidung ist normgebend für das weitere Verfahren.

§. 50.

Die in den §§. 24, 25, 44 bis 49 dem Oberlandesgericht zugewiesenen Angelegenheiten werden von einem Civilsenate desselben erledigt.

Die Bestimmungen des §. 23 finden entsprechende Anwendung.

Neunter Titel.

R e i c h s g e r i c h t.

— — — — —

Zehnter Titel.

S t a a t s a n w a l t s c h a f t.

§. 51.

Der Beamte der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht führt den Amtstitel „Ober-Staatsanwalt“. Die Beamten der Staatsanwaltschaft bei den Landgerichten führen den Amtstitel „Staatsanwalt“. Sind bei einem Landgerichte mehrere Staatsanwälte angestellt, so führt der erste Beamte den Amtstitel „Erster Staatsanwalt“.

§. 52.

Der Ober-Staatsanwalt ist ein nicht richterlicher Beamter.

Derselbe wird vom Landesfürsten auf Vorschlag der Landesjustizverwaltung ernannt. Mit dem Vorschlage ist auch das Gutachten des Herzoglichen Staatsministeriums dem Landesfürsten vorzulegen.

§. 53.

Das Amt der Staatsanwälte wird auf Grund eines dauernden, aber jederzeit widerruflichen Auftrags ausgeübt. Der Auftrag kann nur denen ertheilt werden, welche bereits ein ständiges Richteramt bekleiden oder gleichzeitig mit der Beauftragung ohne Anweisung einer bestimmten Richterstelle zu Richtern ernannt werden. Die Staatsanwälte sind richterliche Beamte, und kann ihnen für die

20 Ausführungsges. zum D. Gerichtsverfassungsges. §§. 54 bis 57.

Dauer des Auftrags eine Functionszulage neben ihrem richterlichen Gehalte gewährt werden.

Die Ertheilung und Zurücknahme des Auftrags erfolgt durch den Landesfürsten auf Vorschlag der Landesjustizverwaltung.

Zur Annahme des Auftrags sind die Richter nicht verpflichtet. Die einmal erfolgte Annahme kann nicht zurückgezogen werden.

§. 54.

Die Staatsanwälte stehen auf dem Besoldungsetat der bei den Land- und Amtsgerichten angestellten Richter und rücken mit diesen nach den gesetzlich bestimmten Grundsätzen im Gehalte auf.

Sie können auf die Unversetzbarkeit der Richter keinen Anspruch machen.

§. 55.

Wird der Auftrag zurückgenommen, so ist den Staatsanwälten die Stelle eines Richters bei einem Amts- oder Landgericht anzuweisen.

Bis zu erfolgter Anweisung verbleibt dem betreffenden Beamten sein gesetzlicher Gehalt, jedoch unter Wegfall der Functionszulage.

§. 56.

Die Amtsanwälte werden auf Widerruf ernannt.

Die Ernennung der Amtsanwälte und ihrer Vertreter erfolgt durch die Landesjustizverwaltung.

Sollen Beamte, welche einem anderen Zweige der Staatsverwaltung angehören, zu Amtsanwälten ernannt werden, so ist das Einvernehmen des betreffenden Ressortchefs erforderlich.

Werden bei einem und demselben Amtsgerichte mehrere Amtsanwälte ernannt, so erfolgt die Geschäftsvertheilung durch die Landesjustizverwaltung nach örtlich abgegrenzten Bezirken oder nach einzelnen Geschäftszweigen oder nach Bezirken und Geschäftszweigen.

Den Amtsanwälten kann von der Landesjustizverwaltung eine Remuneration bewilligt werden.

§. 57.

Im Falle der Verhinderung eines Beamten der Staatsanwaltschaft ist für Geschäfte, welche keinen Aufschub gestatten, nöthigenfalls von dem Vorstande des Gerichts ein Vertreter zu bestellen.

Zu der Uebernahme einer solchen Vertretung sind die Beamten des Gerichts, einschliesslich der Richter, verpflichtet.

§. 58.

Mit der einstweiligen Wahrnehmung von Geschäften der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht und den Landgerichten können nur zum Richteramte befähigte Personen beauftragt werden¹⁾.

Elfter Titel.

Gerichtsschreiber.

§. 59.

Die Gerichtsschreiber werden vom Landesfürsten auf Vorschlag der Landesjustizverwaltung ernannt und bestimmt Letztere die Geschäftsverhältnisse derselben.

Die Vertreter und Gehülfen ernennt die Landesjustizverwaltung.

§. 60.

Die zur Eintragung in das Handelsregister, einschliesslich des Zeichenregisters, in das Genossenschaftsregister oder in das Musterregister zu erklärenden Anmeldungen einschliesslich der Zeichnung

¹⁾ In Betreff der zu *Hülfsbeamten der Staatsanwaltschaft* bestimmten Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes vgl. D. G. V. G. §. 153 und Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung vom 21. April 1879 No. 22. Danach gelten als solche Hülfsbeamte:

1. die Sergeanten, Corporale und Mannschaften des Polizeimilitärs;
2. die Amtsvoigte; ausserdem
3. in der Stadt Braunschweig: die Polizeicommissäre, der Polizei-inspector, die Polizei-Wachtmeister und Polizei-Sergeanten;
4. in der Stadt Wolfenbüttel: der Vorstand der Orts-Polizei und der Polizeicommissair;
5. in den übrigen Städten: die Vorstände der Ortpolizei;
6. in den Landgemeinden: die Orts-Vorsteher und deren Vertreter;
7. in den Gemarkungen: die für dieselben bestellten Polizeibeamten;
8. rücksichtlich der Feldwroten: die Feldhüter;
9. rücksichtlich der Uebertretungen der Forst-, Jagd- und Fischereigesetze: die mit dem Forst- und Jagdschutze beauftragten Beamten und die zu eben diesem Schutze sowie zum Schutze der Fischereien angestellten und beedigten Aufseher.

22 Ausführungsges. zum D. Gerichtsverfassungsges. §§. 61 bis 65.
von Firmen und Unterschriften können vor dem Gerichtsschreiber erfolgen.

§. 61.

Die Gerichtsschreiber bei den Amtsgerichten sind zuständig, Wechselproteste aufzunehmen, sowie Siegelungen, Entsiegelungen und Inventuren vorzunehmen.

Sie sollen sich solchen Geschäften nur auf Anordnung des Richters unterziehen.

§. 62.

Die Gerichtsschreiber bei den Amtsgerichten sind verpflichtet, in gerichtlichen Angelegenheiten, welche von den deutschen Processordnungen nicht betroffen werden, Gesuche zu Protocoll zu nehmen. Das Protocoll ist erforderlichen Falls der zuständigen Stelle zu übersenden.

§. 63.

Die Bestimmungen des §. 23 finden bei den Gerichtsschreibern entsprechende Anwendung.

Die Anordnung der Vertretung erfolgt durch den Vorstand des Gerichts.

§. 64.

Die Landesjustizverwaltung kann anordnen, dass bei dem Gericht beschäftigte Schreiber vereidet und zur Protocollführung und Leistung sonstiger Aushilfe in den Geschäften des Gerichtsschreibers verwendet werden.

Zwölfter Titel.

Zustellungs- und Vollstreckungsbeamte.

§. 65.

Die Landesjustizverwaltung ernennt die Gerichtsvollzieher und bestimmt die Dienst- und Geschäftsverhältnisse derselben ¹⁾.

¹⁾ S. Bekanntm. der Landesjustizverwaltung vom 12. Sept. 1879 (No. 63), die Dienst- und Geschäftsverhältnisse der Gerichtsvollzieher betreffend.

§. 66.

Die Gerichtsvollzieher sind zuständig:

- 1) Wechselproteste aufzunehmen;
- 2) freiwillige Versteigerungen von Mobilien, von Früchten auf dem Halme, von Holz auf dem Stamme und von Gebäuden auf Abbruch vorzunehmen;
- 3) Siegelungen, Entsiegelungen und Inventuren im Auftrage des Gerichts oder des Concursverwalters vorzunehmen.

§. 67.

Zustellungen und Zwangsvollstreckungen in gerichtlichen Angelegenheiten, welche zu der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit nicht gehören, erfolgen unter entsprechender Anwendung der Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung.

Die Landesjustizverwaltung ist ermächtigt, für die Zustellung in den erwähnten Angelegenheiten, bezw. deren Nachweis, anderweite Vorschriften zu erlassen ¹⁾.

Die Zustellungen in diesen Angelegenheiten sind regelmässig von Amtswegen anzuordnen.

§. 68.

Die Vorschriften des §. 156 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes finden in den durch die Deutschen Processordnungen nicht betroffenen Angelegenheiten entsprechende Anwendung.

§. 69.

Die Ernennung der Gerichtsvollzieher kann in der Weise erfolgen, dass denselben ein jährliches Minimal-Einkommen garantirt wird.

¹⁾ S. die Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung vom 12. Sept. 1879 No. 62, betreffend einfachere Formen für den Nachweis der Zustellungen in Strafsachen und in den der nichtstreitigen Rechtspflege angehörigen Angelegenheiten (hinter S. 34, Anhang II).

Dreizehnter Titel.

Rechtshülfe.

§. 70.

Die Gerichte haben sich auch in den Angelegenheiten, welche zu der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit nicht gehören, Rechtshilfe zu leisten.

Die Leistung der Rechtshilfe erfolgt unter entsprechender Anwendung der Vorschriften in den §§. 158 bis 160, 162, 164, 167 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes.

Eine Anfechtung der Entscheidung des Oberlandesgerichts findet in keinem Falle statt.

Vierzehnter Titel.

Oeffentlichkeit und Sitzungspolizei.

§. 71.

Die Vorschriften der §§. 177 bis 185 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes über die Aufrechterhaltung der Ordnung finden in den gerichtlichen Angelegenheiten, welche zu der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit nicht gehören, entsprechende Anwendung.

Sofern in diesen Angelegenheiten eine nach den Vorschriften der Deutschen Processordnungen vorzunehmende mündliche Verhandlung stattfindet (cf. §§. 34, 44, 48), erfolgt dieselbe öffentlich nach den Bestimmungen der §§. 170 bis 176 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes.

§. 72.

Die Richter, die Beamten der Staatsanwaltschaft, die Rechtsanwälte und Gerichtsschreiber tragen in den öffentlichen Sitzungen

Ausführungsges. zum D. Gerichtsverfassungsges. §§. 73 u. 74. 25
der Landgerichte und des Oberlandesgerichts eine Amtstracht, über
welche die näheren Bestimmungen durch Landesherrliche Verordnung
getroffen werden ¹⁾).

Dasselbe gilt für die Amtsrichter bezüglich der öffentlichen
Sitzungen der Schöffengerichte.

Fünftehnter Titel.

G e r i c h t s s p r a c h e.

§. 73.

Die Bestimmungen der §§. 186 bis 193 des Deutschen Gerichts-
verfassungsgesetzes finden auf Angelegenheiten der nichtstreitigen
Gerichtsbarkeit entsprechende Anwendung.

Sechszehnter Titel.

Berathung und Abstimmung.

§. 74.

In gerichtlichen Angelegenheiten, welche zu der ordentlichen
streitigen Gerichtsbarkeit nicht gehören, erfolgt die Berathung und
Abstimmung nach den Vorschriften der §§. 194 bis 199 des Deutschen
Gerichtsverfassungsgesetzes.

¹⁾ Vgl. V. O. No. 27 vom 5. Mai 1879.

Siebenzehnter Titel.

G e r i c h t s f e r i e n .

§. 75.

Auf die Angelegenheiten der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit sind die Gerichtsferien ohne Einfluss.

Der Feriensenat, welcher bei dem Oberlandesgericht, und die Ferienkammern, welche bei den Landgerichten gebildet werden können, haben auch die Angelegenheiten der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit zu erledigen.

Die Vertheilung der Mitglieder des Gerichts in den Feriensenat bzw. in die Ferienkammer erfolgt durch das Präsidium des Gerichts.

Den Vorsitzenden ernennt die Landesjustizverwaltung, insofern die betreffenden Präsidenten und Directoren sich darüber nicht zu verständigen vermögen.

Zweiter Abschnitt.

J u s t i z - V e r w a l t u n g .

§. 76.

Für die sämmtlichen nach den Gesetzen der Landesjustizverwaltung obliegenden Geschäfte ist das Justiz-Departement des Herzoglichen Staatsministeriums die zuständige Stelle.

§. 77.

Die Vorstände der Gerichte und der Staatsanwaltschaften sind bezüglich ihres Geschäftskreises nach näherer Bestimmung der Landesjustizverwaltung die Organe derselben bei den Geschäften der Justizverwaltung. Sie können bei Erledigung dieser Geschäfte die Mitwirkung der ihrer Aufsicht unterstellten Beamten in Anspruch nehmen.

Ueber die Mitwirkung der Gerichte und der Staatsanwaltschaft bei dem Gefängniswesen wird ein besonderes Gesetz erlassen werden.

§. 78.

Die Gerichte und die Staatsanwaltschaften sind verpflichtet, auf Verlangen den Aufsichtsbehörden über Angelegenheiten der Gesetzgebung und der Justizverwaltung Gutachten abzugeben.

§. 79.

Das Recht der Aufsicht steht zu:

- 1) der Landesjustizverwaltung hinsichtlich sämmtlicher Gerichte, Staatsanwaltschaften und Notare;
- 2) dem Präsidenten des Oberlandesgerichts hinsichtlich dieses Gerichts;

- 3) dem Präsidenten des Landgerichts hinsichtlich dieses Gerichts, sowie der Gerichte und Notare des Bezirks;
- 4) dem Amtsrichter hinsichtlich des Amtsgerichts;
- 5) dem Ober-Staatsanwalt und dem Ersten Staatsanwalt hinsichtlich der Staatsanwaltschaften ihres Bezirks.

Ist bei einem Landgerichte nur ein Staatsanwalt angestellt, so steht diesem das Aufsichtsrecht hinsichtlich der Staatsanwaltschaften des Bezirks zu.

Ist ein Amtsgericht mit mehreren Richtern besetzt, so steht das Recht der Aufsicht hinsichtlich desselben demjenigen Amtsrichter zu, welchem von der Landesjustizverwaltung die allgemeine Dienstaufsicht übertragen ist.

§ 80.

Das Recht der Aufsicht erstreckt sich auf alle bei den bezeichneten Behörden angestellten oder beschäftigten Beamten

§. 81.

In dem Recht der Aufsicht liegt die Befugniß, gegenüber nicht richterlichen Beamten die ordnungswidrige Ausführung eines Amtsgeschäfts zu rügen und die Erledigung eines Amtsgeschäfts durch Ordnungsstrafen bis zum Gesamtbetrage von Einhundertundfunzig Mark zu erzwingen. Der Feststellung einer Strafe muss die Androhung derselben vorangehen.

Ob und in welchem Umfange gleichartige Befugnisse gegenüber richterlichen Beamten einschliesslich der Notare zur Anwendung gelangen, bleibt der Bestimmung des Disciplinargesetzes vorbehalten ¹⁾.

¹⁾ Vgl. Provisorisches Ges. No. 17 v. 1. April 1879, die Disciplinarverhältnisse der Richter und sonstigen Justizbeamten betr.

§. 1.

„Bis zu der anderweiten gesetzlichen Regelung der Disciplinarverhältnisse der Richter und sonstigen Justizbeamten wird in Bezug auf sämtliche bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften angestellten oder beschäftigten Beamten einschliesslich der Notare die Disciplinargewalt nach Massgabe der bisherigen, einstweilen in Gültigkeit bleibenden gesetzlichen Vorschriften ausgeübt.“

§. 2.

„Der Präsident des Ober-Landesgerichts, der Senats-Präsident dieses Gerichts und der Präsident des Landgerichts Braunschweig bilden die Disciplinarbehörde für sämtliche Gerichte und die Notare.

In Behinderungsfällen eines Mitgliedes tritt der Präsident des Landgerichts Holzminde als Vertreter ein.“

§. 82.

Die im §. 81 bezeichnete Befugniß steht ferner zu:

- 1) den Staatsanwaltschaften bei dem Oberlandesgericht und bei den Landgerichten hinsichtlich derjenigen Beamten des Polizei- oder Sicherheitsdienstes, welche Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft sind, mit Ausnahme solcher Beamten, welche ihr Amt als Ehrenamt versehen²⁾;
- 2) hinsichtlich der Gerichtsvollzieher den durch die Justizverwaltung zu bestimmenden Aufsichtsbeamten (cf. §. 65).

§. 83.

Gegen die im Aufsichtswege erlassenen Verfügungen kann eine einmalige Beschwerde an die vorgesetzte Stelle verfolgt werden und zwar:

§. 3.

„Handelt es sich um Disciplinarvergehen der bei den Staatsanwaltschaften angestellten oder beschäftigten Beamten, so besteht die Disciplinarbehörde aus den im §. 2 erwähnten beiden Präsidenten des Ober-Landesgerichts und dem Ober-Staatsanwälte.“

„In Behinderungsfällen tritt für einen der gedachten Präsidenten der Präsident des Landgerichts Braunschweig, für den Ober-Staatsanwalt der Erste Staatsanwalt eben dieses Landgerichts als Vertreter ein.“

§. 4.

„Den Vorsitz führt der Präsident des Ober-Landesgerichts.“

§. 5.

„Die in den §§. 2 und 3 bezeichnete Behörde übt die Disciplinargewalt auch über die bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften beschäftigten Gerichtsassessoren, sowie über die im Vorbereitungsdienst befindlichen Referendare aus.“

§. 6.

„Werden Polizei-, Forst- oder sonstige nicht der Justiz, sondern einem anderen Verwaltungszweige angehörige Beamte als Amtsanwälte bestellt, so hat lediglich die für den betreffenden Verwaltungszweig bestehende Disciplinarbehörde die Disciplinargewalt über diese Beamten auszuüben.“

§. 7.

„Der Präsident und Senats-Präsident des Ober-Landesgerichts, die Präsidenten der Landgerichte, sowie der Ober-Staatsanwalt stehen unmittelbar unter der Disciplinargewalt des Herzogl. Staatsministeriums.“

§. 8.

„Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze in Kraft.“

²⁾ S. §. 58 Anm. 1.

30 Ausführungsges. zum D. Gerichtsverfassungsges. §§. 84 bis 86.

- a) gegen Verfügungen des Ersten Staatsanwalts an den Ober-Staatsanwalt,
- b) gegen Verfügungen der Amtsrichter an den Präsidenten des Landgerichts,
- c) gegen Verfügungen des Ober-Staatsanwalts sowie der Präsidenten des Oberlandesgerichts und der Landgerichte an die Landesjustizverwaltung.

Gegen die Verfügungen der Letzteren ist nur Vorstellung bei Herzoglichem Staats-Ministerium gestattet.

§. 84.

Beschwerden der Betheiligten, welche Angelegenheiten der Justizverwaltung, insbesondere den Geschäftsbetrieb und Verzögerungen betreffen, werden im Aufsichtswege und in dem im §. 83 angegebenen Instanzenzuge, jedoch ohne Beschränkung auf die dort bestimmte Instanz erledigt.

§. 85.

Wegen Vertretung des Fiskus in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, welche Angelegenheiten der Justizverwaltung betreffen, wird, insoweit nicht gesetzliche Bestimmungen vorhanden sind, das Erforderliche durch die Landesjustizverwaltung bestimmt.

§. 86.

Das Geschäftsjahr beginnt mit dem 1. Januar und endet mit dem 31. December.

Das erste Geschäftsjahr beginnt jedoch mit dem Inkrafttreten des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes und umfasst den Zeitraum bis zum 31. December des folgenden Jahres.

Dritter Abschnitt.

Schlussbestimmungen.

§. 87.

Die Gerichtsbarkeit für die Verhandlung und Entscheidung der vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bei den aufgehobenen Gerichten anhängig gewordenen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen wird durch ein besonderes Gesetz geregelt¹⁾.

§. 88.

Behuf Erledigung der im §. 87 bezeichneten Angelegenheiten können bei dem Oberlandesgericht Hülfsenate und bei den Landgerichten Hülfskammern gebildet werden.

Ueber die Nothwendigkeit der Bildung von Hülfsenaten und Hülfskammern sowie über die Zutheilung der Geschäfte an dieselben bestimmt das nach §. 87 vorbehaltene Gesetz und, insoweit dessen Anordnungen nicht ausreichen, die Landesjustizverwaltung.

Mit der Wahrnehmung der richterlichen Geschäfte in den Hülfsenaten und Hülfskammern können auch die zur Verfügung der Landesjustizverwaltung bleibenden Richter (§. 95) beauftragt werden.

Die Ernennung des Vorsitzenden und der Auftrag an die vorbezeichneten Richter erfolgt durch die Landesjustizverwaltung.

Sind zur Mitwirkung in den Hülfsenaten und Hülfskammern auch Räte des Oberlandesgerichts und Mitglieder der Landgerichte nach Ablauf des ersten Geschäftsjahres erforderlich, so erfolgt die Bezeichnung derselben durch das Präsidium des Gerichts. Die Ernennung des Vorsitzenden bleibt auch in diesem Falle der Landesjustizverwaltung vorbehalten.

¹⁾ S. Ges. No. 13. v. 1. April 1879 §§. 9 bis 11, 29.

§. 89.

Die bei den bisherigen Gerichten und bei der Staatsanwaltschaft etatmässig angestellten Beamten müssen sich ihre anderweite Verwendung nach Massgabe der in den §§. 90 bis 95 enthaltenen Vorschriften gefallen lassen.

§. 90.

Die Rätthe des Obergerichts, die Kreisgerichtsdirectoren und der Handelsgerichtsdirector sind, insofern sie nicht zum Senatspräsidenten des Oberlandesgerichts oder zu Präsidenten der Landgerichte ernannt werden sollten, als Rätthe des Oberlandesgerichts oder als Directoren der Landgerichte anzustellen.

§. 91.

Die Kreis-, Stadt- und Amtsrichter, sowie die Staatsanwälte, insofern sie nicht ferner mit der Besorgung staatsanwaltschaftlicher Geschäfte beauftragt werden, sind als Richter bei den Land- oder Amtsgerichten anzustellen.

§. 92.

Die Gerichtssecretaire, insofern sie nicht als Richter oder Beamte der Staatsanwaltschaft angestellt werden, sind als Gerichtsschreiber anzustellen, jedoch kann das Letztere nur mit ihrer Einwilligung geschehen.

§. 93.

Die sonstigen im Justizdienste angestellten Beamten sind ihren bisherigen Verhältnissen, ihren Fähigkeiten und ihrem Dienstalter thunlichst entsprechend anzustellen.

§. 94.

Diejenigen Beamten, für welche es an einer geeigneten Verwendung im Justizdienste fehlt, werden pensionirt.

§. 95.

Der Landesfürst kann jedoch anordnen, dass die in den §§. 90 und 91 erwähnten Beamten und diejenigen für das Richteramt völlig geeigneten Gerichtssecretaire, welche nicht sofort anderweit ange-

stellt werden können, statt der sofortigen Pensionirung während eines Zeitraums von 3 Jahren zur Verfügung der Landesjustizverwaltung bleiben und erst nach Ablauf dieses Zeitraums in den Ruhestand treten, falls sie nicht inzwischen eine anderweite Anstellung erlangen oder wegen sonstiger Gründe — 50 jähriges Dienstalter, 70 jähriges Lebensalter, geistige oder körperliche Schwäche — pensionirt werden.

So lange die erwähnten Beamten in obiger Weise zur Verfügung bleiben, beziehen dieselben ihren bisherigen vollen Gehalt, sowie den gesetzlichen Wohnungsgeldzuschuss, haben sich aber nach Anordnung der Landesjustizverwaltung der zeitweiligen Wahrnehmung solcher Aemter zu unterziehen, zu deren dauernder Uebernahme sie nach Vorschrift der §§. 90 und 91 verpflichtet sein würden. Die zur Verfügung bleibenden Gerichtssecrétaires sind verpflichtet, die Geschäfte der Amtsanwälte zu übernehmen.

Für die zur Verfügung stehenden Beamten wird ein besonderer Etat geführt.

§. 96.

Die erforderlichen Vorschriften wegen Ablieferung der Acten und dergleichen an die neu errichteten Gerichte werden von der Landesjustizverwaltung erlassen.

Das gegenwärtige Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze in Kraft. Sämmtliche Bestimmungen dieses Gesetzes, welche sich auf die vorbereitenden, zur Ausführung der Gerichtsverfassung erforderlichen Massregeln beziehen, erlangen jedoch sofort mit dessen Publication Gültigkeit.

Von diesem Zeitpunkte an verlieren das Gesetz No. 35 vom 21. August 1849, die Gerichtsverfassung betreffend, und die zur Erläuterung, Ergänzung und Abänderung desselben erlassenen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere

- 1) das Gesetz No. 40 vom 7. August 1850, die Declaration resp. Erweiterung einiger Bestimmungen des G. V. G. betreffend,
- 2) das Gesetz vom 28. December 1850 (No. 3 de 1851), die Errichtung eines Handelsgerichts betreffend,
- 3) das Gesetz No. 24 vom 4. Juli 1851, die Einführung allgemeiner Gerichtsferien betreffend,
- 4) das Gesetz Nr. 38 vom 5. Juli 1853, die rechtliche Wirkung der Entscheidungen des Cassationshofes betreffend,
- 5) das Gesetz Nr. 7 vom 9. Februar 1855, die gerichtliche Competenz bei politischen Verbrechen betreffend,

- 6) das Gesetz No. 25 vom 4. Mai 1858, die Zuständigkeit des Criminalsenats des Obergerichts in Strafsachen und des Schwurgerichts betreffend,
 - 7) das Gesetz No. 19 vom 28. März 1861, betr. Aenderungen im System der Rechtsmittel, sowie bezüglich der Entscheidungs-Competenz über Recusationen etc.,
 - 8) das Gesetz No. 15 vom 4. April 1867, Abänderungen des Gesetzes vom 28. December 1850 wegen Errichtung eines Handelsgerichts betreffend,
 - 9) das Gesetz No. 68 vom 15. August 1867, Veränderungen in der Organisation des Herzogl. Kreisgerichts und des Herzogl. Amtsgerichts Blankenburg betreffend,
 - 10) das Gesetz No. 71 vom 10. August 1867, Abänderungen des Gesetzes vom 28. December 1850 über die Errichtung eines Handelsgerichts betreffend,
 - 11) das Gesetz No. 9 vom 17. Januar 1870, die Besetzung des 1. Senats des Herzogl. Obergerichts, sowie die dienstliche Stellung der staatsanwaltschaftlichen Beamten betreffend,
 - 12) die §§. 3 bis 9 des Gesetzes No. 122 vom 22. December 1870, Veränderung der Competenz der Gerichte etc. betreffend,
 - 13) das Gesetz No. 61 vom 12. December 1872, die anderweite Regelung der Competenz der Schwurgerichte und der Kreisgerichte in Strafsachen betreffend,
- sowie alle sonstigen entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen ihre Wirksamkeit.

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und begedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 1. April 1879.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

W. Schulz. Trieps. Graf Görtz-Wrisberg.

A n h a n g I.

(Siehe Seite 8, Note 1.)

Vertheilung der Geschäfte.

A. Unter die Richter des Amtsgerichts Braunschweig.

- 1) Es werden behuf Erledigung der Geschäfte vier Abtheilungen gebildet:
 - a. für die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten mit Ausnahme der Zwangsvollstreckungen in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen;
 - b. für die Strafsachen;
 - c. für das Grundbuchwesen;
 - d. für die Vormundschaften und Curatelen einschliesslich der nach den Gesetzen der Obrigkeit obliegenden Sorge für einen vacanten Nachlass sowie dessen Ver- und Entsiegelung.
- 2) Ein Mitglied der Abtheilung für das Grundbuchwesen (1 c) hat zugleich die auf Führung der Handelsregister einschliesslich der Zeichenregister, der Genossenschaftsregister und der Musterregister bezüglichen Geschäfte zu besorgen.
- 3) Die Mitglieder der Abtheilung für die Vormundschaften und Curatelen haben zugleich zu erledigen:
 - a. die sämmtlichen Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit;
 - b. die Concourse;
 - c. die Zwangsvollstreckungen in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen.
- 4) Für die drei Abtheilungen sub 1 a, b und c werden je zwei Richter, für die vierte Abtheilung sub 1 d vier Richter bestimmt.
- 5) Behuf der Vertheilung der Geschäfte unter die Mitglieder der Abtheilungen werden nach Bezirken Unterabtheilungen gebildet, welche der Zahl der Mitglieder entsprechen.

- 6) In den mit zwei Richtern besetzten Abtheilungen werden die beiden Unterabtheilungen nach Massgabe der Verordnung vom 10. August 1874 §. 2 gebildet.

In der Abtheilung für die Vormundschaften und Curatelen bildet jeder der vier städtischen Polizeibezirke eine Unterabtheilung.

- 7) Für jede Unterabtheilung wird ein Mitglied bestimmt, welches die in derselben vorkommenden Geschäfte der Abtheilung, jedoch unbeschadet der Verpflichtung zu gegenseitiger Aushilfe (cfr. No. 11), zunächst zu erledigen hat.

Dies gilt auch für die Geschäfte, welche die Mitglieder der Abtheilung 1 d nach No. 3 ausser den Abtheilungsgeschäften zu besorgen haben.

Dagegen liegt die Führung der Handelsregister u. s. w. (cfr. No. 2) einem zu bestimmenden Mitgliede der Abtheilung für das Grundbuchwesen allein ohne weitere Unterabtheilung ob.

- 8) Die Verwaltung des Depositenwesens wird zwei Amtsrichtern übertragen, welche der Landgerichtspräsident nach Anhörung des die allgemeine Dienstaufsicht führenden Amtsrichters zu bestimmen hat.
- 9) Der die allgemeine Dienstaufsicht führende Amtsrichter hat zu erledigen:

- a. die sämtlichen diese Dienstaufsicht und die Justizverwaltung betreffenden, namentlich auch die im §. 26 des Gesetzes No. 11 vom 1. April 1879 erwähnten Geschäfte;
- b. die sämtlichen übrigen dem Amtsgerichte obliegenden Geschäfte, insofern diese nicht anderen Amtsrichtern übertragen sind. Insbesondere hat derselbe die im Gesetze No. 11 vom 1. April 1879 §. 20 unter den Nummern 4, 5, 7 und 8 erwähnten Geschäfte zu erledigen.

- 10) Die Ersuchungsschreiben sind von demjenigen Amtsrichter zu erledigen, in dessen Geschäftskreis der Gegenstand nach obiger Geschäftsvertheilung gehört.

- 11) In Behinderungsfällen wird der die Dienstaufsicht führende Amtsrichter durch den dem Dienstalder nach ältesten Amtsrichter vertreten.

Die Richter, welche derselben Abtheilung angehören, haben sich gegenseitig zu vertreten, und zwar auch bezüglich der unter No. 2 und 3 erwähnten Geschäfte.

In der Abtheilung 1 d wird

die erste Unterabtheilung	von der zweiten,
„ zweite	„ „ „ „ dritten,
„ dritte	„ „ „ „ vierten,
„ vierte	„ „ „ „ ersten

Unterabtheilung vertreten.

Ist auch der Vertreter behindert, so bestimmt der die Dienstaufsicht führende Amtsrichter, wenn er nicht selbst die Vertretung übernehmen will, welcher Richter einzutreten hat.

Als ein Fall der Behinderung ist auch der Fall anzusehen und zu behandeln, wenn ein Richter bei ungewöhnlichem Geschäftsandrang die Masse der von ihm zu erledigenden Geschäfte nicht zu bewältigen vermag.

- 12) Die Landesjustizverwaltung bestimmt die Richter für die einzelnen Abtheilungen.

Die bestimmten Richter haben, wenn sie wegen der Uebernahme der einzelnen Unterabtheilungen einig sind, hiervon dem die Aufsicht führenden Amtsrichter Anzeige zu machen. Im Mangel eines solchen Einverständnisses trifft der Letztere die erforderliche Bestimmung.

Dasselbe gilt, wenn bezüglich der Uebernahme der Unterabtheilungen ein Wechsel stattfinden soll.

- 13) Ergeben sich im Laufe eines Geschäftsjahres Unzuträglichkeiten, welche die Aenderung der obigen Geschäftsvertheilung nothwendig oder zweckmässig erscheinen lassen, so kann jeder Richter zu dem Ende Aenderungsvorschläge bei dem die Dienstaufsicht führenden Amtsrichter stellen. Der Letztere hat diese Vorschläge mit seinem Gutachten sowie die Anträge, die er selbst stellen zu müssen glaubt, im November dem Landgerichts-Präsidenten zu überreichen, welcher dieselben mit seinem eigenen Gutachten und mit den seinerseits etwa zu stellenden Anträgen zur Beschlussnahme an die Landesjustizverwaltung einsendet.
- 14) Die Bestimmungen unter No. 13 finden entsprechende Anwendung bei Vorschlägen und Anträgen, welche einen Wechsel im Personalbestande der Abtheilungen bezwecken.
- 15) Die Landesjustizverwaltung bleibt befugt, jeder Zeit bezüglich der obigen Geschäftsvertheilung die von ihr für nothwendig oder zweckmässig befundenen Aenderungen anzuordnen, sowie die Richter aus der einen Abtheilung in eine andere zu versetzen.

B. Unter die Richter des Amtsgerichts Wolfenbüttel.

- I. Der die allgemeine Dienstaufsicht führende Richter hat zu erledigen:
- a. die sämmtlichen diese Dienstaufsicht und die Justizverwaltung betreffenden, namentlich auch die im §. 26 des Gesetzes No. 11 vom 1. April 1879 erwähnten Geschäfte;
 - b. die das Grundbuchwesen betreffenden Geschäfte;
 - c. die Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit;
 - d. einen Theil der Vormundschafts- und Curatelsachen;
 - e. die Zwangsvollstreckungen in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen;

- f. die sämmtlichen übrigen dem Amtsgerichte obliegenden Geschäfte, insofern diese nicht einem anderen Amtsrichter zugewiesen oder, wie die Verwaltung der Depositen, mitübertragen sind.
- II. Der zweite Richter hat zu erledigen:
- a. die sämmtlichen Strafsachen;
 - b. einen Theil der Vormundschafts- und Curatelsachen.
- III. Der dritte Richter hat zu erledigen:
- a. die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten mit Ausnahme der Zwangsvollstreckungen in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen;
 - b. die Concurse;
 - c. die auf die Führung der Handelsregister einschliesslich der Zeichenregister, der Genossenschaftsregister und der Musterregister bezüglichen Geschäfte;
 - d. Die in dem Handelsgesetzbuche und in dem Einführungsgesetze zu demselben sowie in dem Reichsgesetze vom 4. Juli 1868, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften den Gerichten zugewiesenen, von den Deutschen Processordnungen nicht betroffenen Angelegenheiten.
- IV. Die Verwaltung der Depositen wird den beiden ältesten Richtern übertragen.

Bemerkungen.

- 1) Die Ersuchungsschreiben sind von demjenigen Amtsrichter zu erledigen, zu dessen Geschäftskreise der Gegenstand nach obiger Geschäftsvertheilung gehört.
- 2) Die Vertheilung der Vormundschafts- und Curatelsachen (s. oben I d und II b) unter den ersten und zweiten Amtsrichter erfolgt durch den Landgerichts-Präsidenten, welcher vor der Feststellung die beiden Amtsrichter zur Ueberreichung ihrer Vorschläge aufzufordern hat.

Bis zu dieser Feststellung wird die fr. Vertheilung, insofern unter den beiden Amtsrichtern kein Einverständniss vorhanden ist, durch den die allgemeine Dienstaufsicht führenden Amtsrichter bestimmt.

- 3) Wenn sämmtliche Amtsrichter eine bestimmte Modification der obigen Geschäftsvertheilung für nothwendig oder zweckmässig halten, so können sie die gewünschte Aenderung bei dem Landgerichts-Präsidenten beantragen.

Abweichungen bezüglich der Kategorien Ia, b und e, IIa und IIIa und b sind ohne Genehmigung der Landesjustizverwaltung unzulässig; im Uebrigen genügt die Genehmigung des Landgerichts-Präsidenten.

- 4) Die Landesjustizverwaltung kann jeder Zeit die für nothwendig oder zweckmässig erachteten Aenderungen der bestehenden Geschäftsvertheilung vornehmen.

C. Unter die Richter bei den mit zwei Amtsrichtern besetzten Amtsgerichten.

I. Der die allgemeine Dienstaufsicht führende Amtsrichter hat zu erledigen:

- a. die sämmtlichen, diese Dienstaufsicht und die Justizverwaltung betreffenden, namentlich auch die im §. 26 des Ausführungsgesetzes vom 1. April 1879 (Verordnungs-Sammlung No. 11) erwähnten Geschäfte;
- b. die Strafsachen, insoweit diese nicht dem andern Amtsrichter überwiesen sind (cfr. No. II c);
- c. die das Grundbuchwesen betreffenden Geschäfte;
- d. die Zwangsvollstreckungen in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen;
- e. die freiwilligen Subhastationen;
- f. einen Theil der sonstigen Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit;
- g. einen Theil der Vormundschafts- und Curatelsachen;
- h. die sämmtlichen übrigen dem Amtsgerichte obliegenden Geschäfte, insofern diese nicht dem andern Amtsrichter zugewiesen oder wie die Verwaltung der Depositen mit übertragen sind.

II. Der andere Amtsrichter hat zu erledigen:

- a. die sämmtlichen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten mit Ausnahme der Zwangsvollstreckungen in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen;
- b. die Concurse;
- c. im Strafverfahren:
 - die amtsgerichtlichen Strafbefehle, falls nicht durch etwaigen Einspruch die Sache zur Hauptverhandlung vor dem Schöffengerichte gelangt;
 - die im Vorbereitungsverfahren erforderlichen Massregeln und Entscheidungen;
 - die dem Amtsgerichte übertragenen Voruntersuchungen;

- d. die auf die Führung der Handelsregister einschliesslich der Zeichenregister, der Genossenschaftsregister und der Musterregister bezüglichen Geschäfte;
- e. die in dem Handelsgesetzbuche und in dem Einführungsgesetze zu demselben sowie in dem Reichsgesetze vom 4. Juli 1868, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften den Gerichten zugewiesenen, von den Deutschen Processordnungen nicht betroffenen Angelegenheiten;
- f. einen Theil der Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit mit Ausnahme der Substationen;
- g. einen Theil der Vormundschafts- und Curatelsachen.

Bemerkungen.

- 1) Die Ersuchungsschreiben sind von demjenigen Amtsrichter zu erledigen, zu dessen Geschäftskreise der Gegenstand nach obiger Geschäftsvertheilung gehört.
- 2) Die Vertheilung der Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie der Vormundschafts- und Curatelsachen (cfr. oben I f und g und II f und g) erfolgt durch den Landgerichts-Präsidenten, welcher vor der Feststellung die beiden Amtsrichter zur Ueberreichung ihrer Vorschläge aufzufordern hat.

Bis zu dieser Feststellung wird die fragliche Vertheilung, insofern unter den beiden Amtsrichtern kein Einverständniss vorhanden ist, durch den die allgemeine Dienstaufsicht führenden Amtsrichter bestimmt.

- 3) Wenn beide Amtsrichter eine bestimmte Modification der obigen Geschäftsvertheilung für nothwendig oder zweckmässig halten, so können sie die gewünschte Aenderung, bei dem Landgerichts-Präsidenten beantragen.

Abweichungen bezüglich der Kategorien Ia bis c und II a bis c sind ohne Genehmigung der Landesjustizverwaltung unzulässig; im Uebrigen genügt die Genehmigung des Landgerichts-Präsidenten.

- 4) Die Landesjustizverwaltung kann jeder Zeit die für nothwendig oder zweckmässig erachteten Aenderungen der bestehenden Geschäftsvertheilung bezüglich sämmtlicher oder einzelner Amtsgerichte vornehmen.
- 5) In Bezug auf das Depositenwesen hat es bei der Vorschrift im §. 13 des Gesetzes No. 11 vom 1. April 1879 sein Bewenden.

A n h a n g II.

(Siehe Seite 23, Note 1.)

Vereinfachte Zustellungen.

Auf Grund und zur Ausführung der Bestimmungen im

§. 39 der Deutschen Strafprocessordnung,

§. 50 des Forststrafgesetzes No. 18 vom 1. April 1879,

§. 67 des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze No. 11 vom 1. April 1879,

§. 24 Absatz 1 der Deutschen Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher,

§. 26 Absatz 2 und §. 31 Absatz 1 des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtskostengesetze No. 40 vom 11. Juni 1879,

werden hiermit von der Landesjustizverwaltung die nachstehenden Anordnungen getroffen:

A.

Für den Nachweis der Zustellungen, welche

- a. in dem die öffentliche Klage vorbereitenden Verfahren oder in der Voruntersuchung,
- b. in dem Verfahren bei der Strafvollstreckung von Amtswegen angeordnet werden, kommen die nachstehenden einfacheren Formen zur Anwendung:

- 1) Eine Abschrift der Zustellungsurkunde wird bei der Zustellung nicht übergeben.
- 2) In der Zustellungsurkunde des Gerichtsvollziehers kann die Bezeichnung des Auftraggebers unterbleiben.
- 3) An die Stelle der Urschrift, auf welche die Zustellungsurkunde zu setzen oder mit welcher dieselbe zu verbinden ist, kann ein schriftlicher Auftrag treten, in welchem das zuzustellende Schriftstück bezeichnet ist.

Dieser Auftrag kann, wenn es sich um gleichzeitige Ausführung mehrerer Akte, z. B. um Ladungen von Zeugen handelt, auch in tabellarischer Form ertheilt werden.

Der Gerichtsvollzieher hat alsdann die Zustellungsurkunde auf das Schriftstück, beziehungsweise auf das Verzeichniss zu setzen, durch welches der Auftrag ertheilt wird, oder auf einem mit diesem Schriftstücke beziehungsweise Verzeichnisse zu verbindenden Bogen.

- 4) Erfolgt die Zustellung durch die Post, so ist:

- a. auf den Briefumschlag der Vermerk zu setzen: „Vereinfachte Zustellung“;

- b. ist der Gerichtsvollzieher mit der Zustellung beauftragt, so kann derselbe die geschehene Uebergabe an die Post auf dem unter No. 3 erwähnten Schriftstücke beziehungsweise Verzeichnisse bezeugen;
- c. wenn hingegen der Gerichtsschreiber unmittelbar die Post um Bewirkung der Zustellung ersucht, so hat derselbe zu bescheinigen, dass er die zuzustellenden Schriftstücke Behufs der Beförderung zur Post dem Gerichtsdienere übergeben habe. Die Bescheinigung geschieht durch einen Vermerk auf den bei den Akten befindlichen Concepten oder Urschriften, nöthigenfalls durch eine besondere zu den Akten zu nehmende kurze Registratur;
- d. wird wegen einer von der Staatsanwaltschaft angeordneten Zustellung die Post unmittelbar von einem Bureaubeamten der Staatsanwaltschaft um die Bewirkung ersucht, so finden die Vorschriften sub c. entsprechende Anwendung:

B.

In Bezug auf die Forststrafsachen hat es bei den in der Bekanntmachung vom 30. August 1879 (Verordnungs-Sammlung No. 55) getroffenen Bestimmungen sein Bewenden.

Ausdrücklich hervorgehoben wird, dass auch in diesen Sachen bei der Zustellung eine Abschrift der Zustellungsurkunde nicht zu übergeben ist.

Erfolgt die Zustellung durch die Post, so finden die vorhin unter No. 4 getroffenen Bestimmungen entsprechende Anwendung.

C.

Werden in den der nichtstreitigen Rechtspflege angehörigen Angelegenheiten von Amtswegen Zustellungen angeordnet, so gelten für dieselben die unter A. gegebenen Vorschriften.

D.

An Gebühren für die sub A., B. und C. bemerkten Zustellungen hat der Gerichtsvollzieher, wenn er selbst die Zustellung vornimmt,

40 \mathfrak{A}

zu berechnen.

Erfolgt die Zustellung durch die Post, so beträgt die Gebühr des Gerichtsvollziehers beziehungsweise des Gerichtsschreibers

20 \mathfrak{A} .

Braunschweig, den 12. September 1879.

Herzogl. Braunsch.-Lüneb. Staats-Ministerium.

Departement der Justiz.

Trieps.

Motive

zu

dem Ausführungsgesetze zum Deutschen Gerichts-
verfassungsgesetze.

Einleitung.

Das Deutsche Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877 hat einen fragmentarischen Character. Seine Bestimmungen über die Organisation und die Zuständigkeit der Gerichte beziehen sich nur auf die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit, d. h. auf die Ausübung der Jurisdiction der ordentlichen Gerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen. Dagegen ist Alles, was zur nichtstreitigen Gerichtsbarkeit gehört, dem Reichsgesetze fern geblieben, und selbst innerhalb seines eigentlichen Gebietes hat dasselbe keineswegs erschöpfende Bestimmungen gegeben, sondern sich darauf beschränkt, nur die durchaus nothwendigen Grundlagen zur gleichmässigen Anwendung der Processordnungen zu schaffen. Es fiel daher der Landesgesetzgebung zu, nach beiden Richtungen ergänzend einzugreifen, zugleich aber auch die Ausführungsbestimmungen für diejenigen Gegenstände der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit zu treffen, welche die Processordnungen ausdrücklich oder stillschweigend der Regelung durch die Landesgesetzgebung überlassen haben. Zu diesen Ausführungsbestimmungen gehört insbesondere:

- 1) die Regelung der Vorschriften über die juristischen Prüfungen und den Vorbereitungscursum der Rechtscandidaten;
- 2) die Organisation des Gerichtshofs zur Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten und die Ordnung des Verfahrens vor demselben;

- 3) die Regelung des Verfahrens über die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen;
- 4) die Regelung des Verfahrens in Forstrügesachen;
- 5) die Ordnung anderer zur Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte gehörigen Angelegenheiten, für welche die Processordnungen ein besonderes Verfahren gestattet haben, z. B. des Aufgebotsverfahrens;
- 6) die Ordnung der Uebergangsbestimmungen für die ordentlichen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen.

Für alle diese Gegenstände sind aus Gründen der Zweckmässigkeit besondere Gesetzentwürfe ausgearbeitet. Die Aufgabe des gegenwärtigen Gesetzes ist es, die nothwendigen Ergänzungen zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze zu geben, also theils solche, welche auf die Rechtsprechung der Gerichte in Civilprocess- und Strafsachen Bezug haben, theils und vor Allem diejenigen, welche die nicht streitige Gerichtsbarkeit berühren. In letzterer Hinsicht kam es zunächst darauf an, die sachliche Zuständigkeit der neugeschaffenen Gerichte für die in das Gebiet der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit fallenden Angelegenheiten festzustellen, wobei das Gesetz sich im Allgemeinen thunlichst an das bestehende Recht angeschlossen hat; es war zugleich aber auch erforderlich, in einigen Beziehungen Vorschriften über das Verfahren in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit zu geben, namentlich das Rechtsmittelsystem in angemessener Weise zu ordnen.

Was die systematische Anordnung des Gesetzes betrifft, so zerfällt dasselbe in drei Abschnitte, von denen der erste die Gerichtsverfassung betrifft und getreu seinem Character als Ergänzungsgesetz zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetz auch äusserlich an die einzelnen Titel dieses Reichsgesetzes sich anschliesst, um die Vergleichung mit letzterem, sowie die Uebersichtlichkeit des Gesetzes zu erleichtern, während der zweite Abschnitt die nothwendigen Bestimmungen über die Justizverwaltung, und zwar sowohl in Beziehung auf die streitige als auf die nichtstreitige Gerichtsbarkeit, der dritte Abschnitt aber einige Schlussbestimmungen enthält, welche namentlich für die demnächstige Unterbringung der bei den aufgehobenen Gerichten angestellt gewesenen Beamten von Wichtigkeit sind.

Indem im Uebrigen auf die specielle Begründung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzes und auf die dort gegebenen Erläuterungen für das Verhältniss desselben sowohl zu der bisherigen Gesetzgebung, als zu den einschlagenden Vorschriften des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes verwiesen wird, erübrigt es nur noch, schon hier hervorzuheben, dass die auf dem ausserordentlichen Landtage von 1877/78 mit der Landesversammlung in Betreff der künftigen Organisation der Gerichte vereinbarten Beschlüsse, der getroffenen Uebereinkunft entsprechend, dem gegenwärtigen Gesetze einverleibt sind, und dass dem letzteren in allen

wesentlichen Punkten, soweit nicht Abweichungen durch die besonderen Verhältnisse des Landes geboten waren, das unterm 24. April 1878 publicirte Preussische „Ausführungsgesetz zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetz“ (Ges. S. S. 230) zur Norm gedient hat¹⁾.

Zu §. 1. Im §. 2 des D. G. V. G. sind in Betreff der Prüfungen behuf Erlangung der Fähigkeit zum Richteramt — beziehungsweise zur Staatsanwaltschaft, Rechtsanwaltschaft und zum Notariat — und hinsichtlich des Vorbereitungsdienstes der Rechtsandidaten Bestimmungen getroffen, welche zum Theil von den im Herzogthum geltenden Normen abweichen. Auch erscheint es im Hinblick auf die gesteigerten Anforderungen, welche die neuen Processordnungen an Richter und Rechtsanwälte stellen, wünschenswerth, die durch das Gesetz No. 8 vom 5. März 1850 geordneten juristischen Prüfungen, namentlich die erste, umzugestalten und mit den in Preussen bestehenden Vorschriften möglichst in Einklang zu bringen. Da nun das Reichsgesetz nur die Hauptgrundsätze festgestellt, deren nähere Ausführung aber der Landesgesetzgebung überlassen hat, und da die sowohl in der Wissenschaft vertheidigte, als auch von den Landtagen einzelner Bundesstaaten, namentlich dem Preussischen Abgeordnetenhause aufgestellte Forderung auf Erlass eines Reichsgesetzes behuf Regelung sowohl des Prüfungswesens als des Vorbereitungsdienstes für das Richteramt für jetzt noch ihrer Erfüllung harret, so war es nothwendig, ein neues Landesgesetz über die juristischen Prüfungen und den Vorbereitungsdienst der Rechtsandidaten zu erlassen, auf dessen nähere Begründung hier verwiesen werden darf.

Zu §. 2. Das Deutsche Gerichtsverfassungsgesetz, indem es in §. 2 ff. die Bedingungen für die Bekleidung eines dauernd, auf Lebens-

¹⁾ Der der Landesversammlung mittelst Schreibens vom 13. Dec. 1878 vorgelegte Gesetzentwurf ist auf Grund des von der Justizcommission am 7. Febr. 1879 erstatteten Berichts (Landt. Verh. Anl. 29) in den Sitzungen der Landesversammlung vom 13., 14. und 15. Febr. dess. Jahres (Prot. 9 bis 11) berathen. Nachdem die dort gefassten, in dem Schreiben vom 18. dess. Mon. (Anl. 40) niedergelegten Beschlüsse laut Erwiderungsschreibens des Herzogl. Staatsministeriums vom 14. März (Anl. 54) nicht vollständig die Billigung der Landesregierung gefunden hatten, ist über die abweichenden Punkte in der Sitzung vom 21. März 1879 (Prot. 18) nochmals berathen und ist nunmehr dem Entwurfe mit den regierungsseitig gebilligten Abänderungen die verfassungsmässige Zustimmung ertheilt (Schreiben der Landesvers. vom 25. März 1879, Anl. 73).

zeit, verliehenen Richteramts regelt, hat in §. 10 die landesgesetzlichen Bestimmungen über die Befähigung zu zeitweiliger Wahrnehmung richterlicher Geschäfte — soweit nicht besondere Ausnahmen, wie nach den §§. 122 und 134 beim Oberlandesgericht und Reichsgericht, getroffen sind — unberührt gelassen. Demgemäss schreibt der §. 2 des Preussischen Ausführungsgesetzes im Anschluss an das frühere Preussische Recht vor, dass Referendare, welche im Vorbereitungsdienste seit mindestens zwei Jahren beschäftigt sind, im Falle des Bedürfnisses durch die Justizverwaltung mit der zeitweiligen Wahrnehmung einzelner richterlicher Geschäfte bei den Amtsgerichten, ausgenommen die Urtheilsfällung, die Aufnahme letztwilliger Verfügungen und gewisse wichtigere Geschäfte bei Verwaltung der Strafrechtspflege, beauftragt werden können. Für das Herzogthum bestehen derartige Vorschriften im Sinne des §. 10 cit. nicht; auch ist gegenwärtig kein Bedürfniss für selbstständige Heranziehung der Referendare zu richterlichen Functionen vorhanden, da ein Mangel an Richterkräften bisher nicht eingetreten, und noch immer ein mehr als ausreichendes Personal vorhanden ist, um vacant werdende Richterstellen auf lange Zeit hinaus definitiv besetzen zu können*). Was im Uebrigen die Berechtigung anbetrifft, Referendare in unselbstständiger Weise zu einzelnen minderwichtigen richterlichen Geschäften zu verwenden, so wird darüber in dem Gesetz über den Vorbereitungsdienst der Rechtscandidaten, beziehungsweise in der über diesen Punkt zu erlassenden Instruction das Nähere bestimmt werden.

Dagegen war es erforderlich, in dem gegenwärtigen Gesetze die Grundsätze über die Verwendung derjenigen Referendare aufzustellen, welche nach bestandener zweiter Prüfung, ohne in den Anwaltstand einzutreten, sich der Richtercarriere widmen wollen. Dieselben sind ohne Zweifel zur Wahrnehmung richterlicher Geschäfte befähigt; um aber auch dazu befugt zu sein, müssen sie von der Landesjustizverwaltung einem Gerichte entweder zu dauernder Beschäftigung zugewiesen oder als Hilfsrichter beigegeben sein.

1. Der Entwurf bestimmt, dass von den Referendaren, welche die zweite Prüfung bestanden haben, eine dem Bedürfniss entsprechende Zahl zu Gerichtsassessoren ernannt und von der Landesjustizverwaltung einem Amtsgerichte, regelmässig dem Amtsgerichte Braunschweig, zu selbstständiger, jedoch unentgeltlicher Beschäftigung zugewiesen werden soll. Dass nicht jeder Referendar nach bestandenen zweiten Examen, wofern er nicht den Anwaltstand ergreift, zum Gerichtsassessor ernannt und einem bestimmten Gerichte beigegeben wird, folgt unmittelbar aus der

*) Während die Zahl sämmtlicher Richterstellen, einschliesslich der Staatsanwaltschaft, nach der neuen Organisation auf etwa 90 sich belaufen wird, giebt es zur Zeit (October 1878) 42 Auditoren, welche demnächst die zweite juristische Prüfung zurücklegen werden, und fast eben so viele Landeseinwohner, welche sich des juristischen Studiums halber auf den Universitäten aufhalten.

veränderten Organisation. Denn da die Gerichtsschreiberei nicht, wie bisher das Secretariat, eine Durchgangsstelle für das Richteramt bilden, sondern selbstständig, und zwar in erster Linie von solchen Personen versehen werden wird, welche, ohne juristisch geschult zu sein, nur die nöthige Geschäftsgewandtheit besitzen, wird es in Zukunft nur eine sehr beschränkte Anzahl von Richterstellen sein, welche aus der Zahl derjenigen, die das zweite Examen bestanden haben, besetzt werden können. Alle Candidaten zu diesen Stellen bis zu dem Zeitpunkte, wo ihnen etwa ein Richteramt übertragen werden kann, den Gerichten zuzuweisen, lediglich zu dem Zwecke, um ihnen die Möglichkeit weiterer Ausbildung und entsprechender Beschäftigung zu gewähren, ist der Staat nicht in der Lage und selbstverständlich noch weniger verpflichtet; für letzteren kann und darf nur das eigene Bedürfniss, nur das massgebend sein, was dem Amte am zuträglichsten ist; der Staat hat nur ein Interesse daran, über eine gewisse Anzahl von Candidaten zum Richteramte behuf deren Verwendung zu Hülfsrichtern allezeit disponiren zu können, und nur diesem Interesse hat das Gesetz in geeigneter Weise Rechnung zu tragen. Daher wird die Landesjustizverwaltung aus dem Kreise derer, welche die zweite Prüfung bestanden haben, die nöthige Anzahl, und zwar die Tüchtigeren, auswählen und diese, neben Verleihung des Titels „Gerichts-assessor,“ durch zeitweilige Beschäftigung bei den Gerichten in die Lage versetzen, dass sie, falls das Bedürfniss es erfordert, aushülfsweise bei den Gerichten oder bei der Staatsanwaltschaft zu verwenden sind, um demnächst bei eintretender Vacanz zu ständigen Richtern ernannt werden zu können. Diese Einrichtung wird dazu beitragen, dem Richterstande, welcher in Zukunft mehr als je die volle Hingebung an das Amt erfordert, tüchtige Kräfte zuzuführen, sie wird zugleich für die angehenden Juristen der Sporn zu einem gründlichen Studium der Wissenschaft sein¹⁾. Die Gerichtsassessoren sind nicht, wie die jetzigen Assessoren,

¹⁾ Die Justizcommission hatte beantragt, dass alle Referendare nach bestandener zweiter Prüfung auf ihren Antrag bei einem Amts- oder Landgerichte zur ferneren Beschäftigung behuf Vorbereitung auf den Justizdienst zugelassen werden könnten. Sie war dabei von der Ansicht ausgegangen, dass das der Regierungsvorlage zu Grunde liegende Princip, nur eine dem Bedarf des Justizdienstes nach Aushülfskräften entsprechende beschränkte Anzahl von Gerichtsassessoren zu ernennen, alle übrigen Referendare aber auf den Anwaltsweg zu verweisen, dem Bedürfniss des Staates bezüglich der Ausbildung des Nachwuchses für den Richterstand nicht genüge, dass insbesondere die Zulassung zur Anwaltschaft bei unzulänglicher Beschäftigung des Zugelassenen keine Gelegenheit zur juristischen Ausbildung gewähre, und dass ohnehin der Landesjustizverwaltung die Möglichkeit fehle, bei einer lediglich auf die Ergebnisse der zweiten juristischen Prüfung gestützten Auswahl die tüchtigeren Kräfte in den Justizdienst hinüberzuziehen. Dieser Antrag wurde jedoch regierungsseitig wesentlich aus den in den Motiven hervorgehobenen Gründen bekämpft und von der Landesversammlung abgelehnt (Verh. der Landesvers. auf dem 16. ord. Landt. S. 53 bis 60).

welche diesen Titel erhalten, wenn ihnen entweder in ihrer Eigenschaft als Amtsgerichtssecretairen das richterliche Votum verliehen wird, oder wenn sie den Verwaltungsbehörden als Hilfsbeamte beigegeben werden (V. O. No. 17 vom 2. März 1857 §. 1), wirkliche Staatsdiener im Sinne des Civilstaatsdienstgesetzes; sie sind nur Exspectanten auf ein demnächst vacant werdendes Richteramt. So lange sie, zur Disposition der Landesjustizverwaltung stehend, den Gerichten beigegeben sind, haben sie nach vorgängiger Beedigung auf das Richteramt die ihnen übertragenen richterlichen Arbeiten selbstständig unter eigener Verantwortlichkeit zu erledigen; eben deshalb können sie, da bei den Landgerichten eine selbstständige Beschäftigung der überzähligen Gerichtsassessoren reichsgesetzlich nicht gestattet ist, nur einem Amtsgericht zugetheilt werden, und zwar empfahl es sich, als Regel die Zutheilung an das Amtsgericht Braunschweig auszusprechen, da bei diesem, als dem grössten unter den Amtsgerichten des Landes, voraussichtlich immer Gelegenheit zu dauernder Beschäftigung vorhanden sein wird, während Ausnahmen nach dem Ermessen der Landesjustizverwaltung nur da zugelassen werden können, wo der Wunsch des Gerichtsassessors, aus besonderen Gründen einem anderen Amtsgerichte beigegeben zu werden, dem Interesse der Rechtspflege entspricht.

2. So lange die Gerichtsassessoren dem Amtsgericht Braunschweig, eventuell einem anderen Amtsgericht des Landes zu dauernder Beschäftigung beigegeben sind, haben sie keinen Anspruch auf Entschädigung, da ihre Beschäftigung bei dem Gerichte wesentlich nur im Hinblick auf ihre eigene weitere Ausbildung erfolgt. Eine Entschädigung durch Tagegelder (oder Remuneration) und durch Ersatz der Reisekosten nach Massgabe der bestehenden Gesetze sollen sie nach dem Entwurf, welcher insoweit mit den §§. 3 und 4 des Preussischen Ausführungsgesetzes übereinstimmt, erst dann erhalten, wenn sie zu Hilfsrichtern oder zu Vertretern von Beamten der Staatsanwaltschaft bestellt werden. Diese Bestellung erfolgt durch die Landesjustizverwaltung, deren Anordnungen, soweit es sich um den Posten eines Hilfsarbeiters bei der Staatsanwaltschaft, insbesondere um die Besorgung amtsanwaltlicher Geschäfte handelt, keinen Beschränkungen unterliegen, während hinsichtlich der Bestellung der Gerichtsassessoren zu Hilfsrichtern durch das Reichsgesetz selbst die Schranke gezogen ist, dass dieselben beim Oberlandesgericht überall nicht (D. G. V. G. §. 122), beim Landgericht dagegen nur auf Antrag des Präsidiums nach hierdurch constatirtem Bedürfniss zugelassen werden dürfen (l. c. §. 69). Für das Amtsgericht sind allerdings durch das Reichsgesetz besondere Vorschriften über die Voraussetzungen, unter welchen richterliche Beamte zeitweilig bei den Gerichten beschäftigt werden können, nicht getroffen; nur folgt es aus der Natur der Sache, dass ein Gerichtsassessor nicht oder nur in seltenen Ausnahmefällen bei demjenigen Amtsgerichte, welchem er zu dauernder Beschäftigung zugewiesen war, als Hilfsrichter fungiren kann, da die

richterliche Hülfe, welche derselbe diesem Amtsgerichte bei Behinderung eines Richters gewähren könnte, ohnehin schon gewährt wird. Dass endlich der Gerichtsassessor nach Erledigung des ihm ertheilten Specialauftrags wieder in die unentgeltliche Assessoren-Stellung bei dem Amtsgerichte, welchem er zu dauernder Beschäftigung zugewiesen war, zurückzutreten hat, bedarf keiner Rechtfertigung.

Zu erwähnen bleibt noch, dass der §. 69 Absatz 3 des D. G. V. G. allerdings diejenigen landesgesetzlichen Bestimmungen, nach welchen richterliche Geschäfte nur von ständig angestellten Richtern wahrgenommen werden können, unberührt gelassen hat, und es konnte daher in Frage kommen, ob nicht für den Fall, dass Gerichtsassessoren dem Landgerichte als Hilfsrichter beigegeben werden, der Bestimmung in §. 9 Absatz 4 des Gesetzes No. 122 vom 22. December 1870, wonach in denjenigen kreisgerichtlichen Strafsachen, welche eine nothwendige Vertheidigung erfordern (vergl. D. St. P. O. §. 140), drei ordentliche Richter zugezogen werden sollen, entsprechende Anwendung für die Hauptverhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts zu geben sei. Der Entwurf hat jedoch von Aufnahme einer derartigen Bestimmung Abstand genommen, weil der Gerichtsassessor, welcher als Hilfsrichter in das Landgericht eintritt, alle Geschäfte desjenigen, als dessen Vertreter er fungirt, zu übernehmen berechtigt ist, ohnehin auch der Grund, welcher vorzugsweise zu der gedachten Vorschrift geführt hat, nicht weiter zutrifft, sobald die D. St. P. O. ins Leben getreten ist. Demgemäss würde an sich kein rechtliches Bedenken vorhanden sein, den Gerichtsassessor auch zu den Sitzungen der Schwurgerichte zuzuziehen; die sich hieraus unzweifelhaft ergebenden Inconvenienzen zu vermeiden, wird dem pflichtmässigen Ermessen des Präsidenten des Landgerichts, welcher für das zu bildende Schwurgericht den Stellvertreter des Vorsitzenden, sowie die richterlichen Mitglieder ausser dem Vorsitzenden aus der Zahl der Mitglieder des Landgerichts zu bestimmen hat (D. G. V. G. §. 83 Absatz 2), überlassen bleiben dürfen.

Zu §. 3. Für die Landgerichte ordnet das D. G. V. G. in §. 62 an, dass jedem ständigen Mitgliede einer einzelnen Kammer vor Beginn des Geschäftsjahres ein regelmässiger Vertreter beigegeben werden soll, desgleichen in §. 66, dass im Falle der Verhinderung des regelmässigen Vertreters ein zeitweiliger Vertreter — und zwar, wie bei richtiger Interpretation angenommen werden muss, aus der Zahl der Mitglieder des Landgerichts — durch den Präsidenten zu bestimmen ist. Diese Vorschriften haben nach §. 121 des D. G. V. G. auch für das Oberlandesgericht Geltung. Daneben spricht der §. 69 l. c., welcher jedoch nur auf die Landgerichte Anwendung findet, den allgemeinen Grundsatz aus, dass, soweit die Vertretung eines Mitgliedes des Landgerichts nicht durch ein Mitglied desselben Gerichts möglich sei, die Vertretung sowohl aus ständigen wie aus nichtständigen Richtern auf bestimmte oder unbestimmte

Zeit erfolgen könne, während nach §. 122 l. c. zu Hülfsrichtern beim Oberlandesgericht nur ständig angestellte Richter berufen werden dürfen. Dagegen enthält das Reichsgesetz keine Bestimmung darüber, ob etwa die dem Collegium des Oberlandesgerichts beziehungsweise der Landgerichte nicht angehörigen ständigen Richter berechtigt sind, ihre Berufung als Hülfsrichter zu zeitweiliger Aushilfe in das Oberlandesgericht beziehungsweise das Landgericht abzulehnen. In dieser Hinsicht hat der §. 3 eine ergänzende Bedeutung, indem er die Land- und Amtsrichter verpflichtet, beim Oberlandesgericht, die Amtsrichter, bei dem Landgerichte ihres Bezirks und — was gleichfalls ausdrücklicher Festsetzung bedurfte — auch bei einem andern demselben landgerichtlichen Bezirke angehörigen Amtsgerichte als Hülfsrichter einzutreten, wobei übrigens die Verpflichtung zur Aushilfe eben nur auf die Landrichter (nach dem Sprachgebrauche des D. G. V. G. §§. 58, 61 bis 63 et passim „die Mitglieder“ des Landgerichts) beschränkt wird, da die Directoren der Landgerichte nach der ihnen zu Theil gewordenen Stellung zur Aushülfleistung wider ihren Willen nicht wohl herangezogen werden können.

Abgesehen von diesen Bestimmungen, welche eine Hülfleistung auf längere Zeit im Auge haben, kann nun aber auch das Bedürfniss der Heranziehung eines fremden ständigen Richters zu einzelnen Sitzungen oder Geschäften der Landgerichte und des Oberlandesgerichts eintreten. Namentlich bei schwach besetzten Landgerichten kann aus der auf die Bildung der Schwurgerichte bezüglichen, bei §. 2 am Schluss erwähnten Bestimmung des D. G. V. G. §. 83 Absatz 2 in Verbindung mit den ferneren Vorschriften dieses Gesetzes §. 77 und der D. St. P. O. §. 23 Absatz 2 und 3, wonach die Strafkammer des Landgerichts in der Hauptverhandlung mit 5 Richtern besetzt sein muss, der Untersuchungsrichter aber, sowie derjenige Richter, welcher bei der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens Berichterstatte war, an dem Hauptverfahren vor der Strafkammer nicht mitwirken dürfen, leicht ein ernstlicher Uebelstand entstehen. Ebenso würde durch das zeitweilige Fehlen auch nur eines einzigen Richters in Folge von Tod, Krankheit, Urlaub etc. namentlich zur Zeit der Gerichtsferien, eine augenblickliche Geschäftsstockung herbeigeführt werden können, wenn nicht in anderer Weise die Möglichkeit einer Aushilfe geboten wäre. Der §. 3 verpflichtet daher zugleich die Amts- und Landrichter, bei dem Oberlandesgerichte beziehungsweise bei dem Landgerichte ihres Bezirks Aushilfe für einzelne Sitzungen oder Geschäfte zu leisten; auch dehnt derselbe diese Verpflichtung, soviel die Amtsrichter betrifft, auf die einem anderen demselben Landgerichtsbezirke angehörigen Amtsgerichte aus, da im Fall plötzlicher Erkrankung oder sonstiger Behinderung eines Amtsrichters, namentlich bei den nur mit Einem Richter besetzten Gerichten, dem Bedürfniss nach einer Vertretung für einzelne Sitzungen oder Geschäfte (z. B. Wahrnehmung von Schöffensitzungen, Besorgung eiliger Grundbuchsachen) Rechnung getragen werden muss.

Die näheren Bestimmungen über die Voraussetzungen, unter welchen die Berufung des Vertreters zu erfolgen hat, sowie über die Behörde, von welcher die Berufung ausgeht, gehörten nicht hierher, sondern haben für die Amtsgerichte und das Oberlandesgericht (hinsichtlich der Landgerichte entscheidet §. 69 Absatz 1 des D. G. V. G.) in den betreffenden Titeln Aufnahme gefunden; vergl. §§. 19 und 42.

Ueber die frühere Stellung der Stadt- und Amtsrichter als der zum Personale des Kreisgerichts gehörigen und daher ohne Weiteres auf Anordnung des Vorsitzenden des Kreisgerichts zur Theilnahme an den diesem Gericht obliegenden Geschäften berufenen Richter vergl. §. 10 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 21. August 1849.

Zu §. 4. Die Bestimmung des §. 4 hat bereits auf dem ausserordentlichen Landtage von 1877/78 zu Verhandlungen Veranlassung gegeben; ihrer Aufnahme steht, wie auch in den Motiven zu dem Gesetzentwurf, die Organisation der Justiz betreffend (Landtags-Verhandlungen Anlage 11 a S. 14) hervorgehoben wurde, ein gesetzliches Hinderniss nicht entgegen; sie entspricht dem derzeit von der Commission zur Berathung jenes Gesetzentwurfs gestellten, nur aus formellen Gründen nicht zur Abstimmung in der Landesversammlung gelangten Antrage (Landtags-Verhandlungen Anlage 18 bei No. 3 und Prot. 6 auf S. 27) und erscheint namentlich im Hinblick auf das Landgericht Holzminden, das vielleicht durch Ausübung der streitigen Gerichtsbarkeit allein nicht immer genügend beschäftigt werden möchte, wünschenswerth. Dass Collisionen bei Beschwerden über die von Landrichtern in derartigen Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, z. B. in Vormundschaftssachen, getroffenen Verfügungen nicht entstehen, wird der Fürsorge des Vorsitzenden der mit der Beschwerde befassten Kammer überlassen bleiben dürfen.

Zu §. 6. Dass die Ernennung der Richter durch den Landesfürsten erfolgt, ist geltenden Rechts (Civilstaatsdienstgesetz §. 3); das der Landesversammlung bisher zukommende Recht der Präsentation zu zwei Rathsstellen im Obergerichte (N. Ldsch. O. §. 104 vergl. mit Gesetz No. 19 vom 19. März 1850 §§. 1 und 3, und Gesetz No. 9 vom 17. Januar 1870 §. 3) ist durch die Vorschrift des §. 15 des D. G. V. G. von selbst beseitigt. Da der Landesjustizverwaltung nach dem Reichsgesetze weitgehende Befugnisse hinsichtlich der Organisation der Gerichte zustehen, wird es sich rechtfertigen, dass ihr auch das alleinige Vorschlagsrecht für die Stellen der Amts- und Landrichter eingeräumt ist, während der Entwurf bei den höheren Richterstellen zugleich das Gutachten des gesammten Staatsministeriums als Collegialbehörde fordert ¹⁾.

¹⁾ Auf Antrag der Commission ist in Uebereinstimmung mit §. 3 des Civilstaatsdienstges. bei allen Richtern das Gutachten des Staatsministeriums

Die Handelsrichter — abgesehen von den rechtsgelehrten Mitgliedern des Handelsgerichts, deren Ernennung ebenso wie die aller übrigen Richter erfolgte (Gesetz No. 71 vom 10. August 1867 §§. 3 und 4) — wurden bisher, ebenso wie deren Vertreter, nicht vom Landesfürsten ernannt, sondern von der in das Handelsregister eingetragenen Kaufmannschaft des Landes gewählt (Gesetz vom 28. December 1850 [No. 3 de 1851] §. 6. Gesetz No. 15 vom 4. April 1867 §. 1). Durch das D. G. V. G. ist jedoch deren Stellung wesentlich verändert; nach §. 116 l. c. sollen dieselben während der Dauer ihres Amts in Beziehung auf dasselbe alle Rechte und Pflichten richterlicher Beamten haben, nach §. 112 l. c. sollen sie auf gutachtlichen Vorschlag des zur Vertretung des Handelsstandes berufenen Organs für die Dauer von drei Jahren ernannt werden; auch bilden die Kammern für Handelssachen nicht mehr selbstständige Gerichte, sondern blosse Abtheilungen der Landgerichte. Es rechtfertigt sich daher die Bestimmung des Gesetzes, dass auch hinsichtlich ihrer die Ernennung durch den Landesfürsten auf Vorschlag der Handelskammer, als des zuständigen Organs, erfolgen soll.

Eine Vorschrift wegen der Titel für die Mitglieder der Amts- und Landgerichte, wie sie der §. 8 des Preussischen Ausführungsgesetzes enthält, ist in den Entwurf nicht aufgenommen; entweder ergibt sich die Titulatur, wie in Betreff der bei den Amtsgerichten angestellten Richter, von selbst, oder, insofern es hinsichtlich der Mitglieder der Landgerichte zweifelhaft sein könnte, ob die Bezeichnung „Landrichter“ oder „Landgerichtsrath“ den Vorzug verdiene, wird die Entscheidung in jedem einzelnen Falle dem Ermessen des Landesfürsten anheimfallen (Civilstaatsdienstges. §. 11).

Zu §§. 7 und 8. Die §§. 7 und 8 wiederholen im Allgemeinen nur, was im Herzogthum schon bisher geltenden Rechts war. Dass die Verleihung der Gehalte und Gehaltszulagen nach dem Dienstalter zu erfolgen habe, war hinsichtlich der Richter bei den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten durch das Gerichtsverfassungsgesetz vom 21. August 1849 §§. 12 und 17, hinsichtlich der Obergerichtsräthe und der ihnen gleichstehenden Beamten durch den L. T. A. vom 9. September 1858 Artikel 11 No. 1 und 3 ausgesprochen¹⁾. Ebenso sind die Gehalte der Stadt-, Amts- und Kreisrichter auch bisher schon nach gleichen Grundsätzen

gefordert. Der Entw. hatte die Vorlage eines neuen Staatsdienstgesetzes im Auge gehabt, in welchem schärfere Rücksicht auf die einzelnen Ministerialressorts genommen war, während das Gesamtministerium nur bei wichtigeren Entscheidungen eintreten sollte. Die Vorlage ist jedoch bis jetzt nicht erfolgt.

¹⁾ Statt der jetzigen auf Antrag der Commission angenommenen Fassung des §. 7 Abs. 1 verb. „nach Massgabe — — Normal-Etats“ enthielt der Entw. die Worte: „innerhalb des Besoldungsetats nach der durch das Dienstalter bestimmten Reihenfolge“. Hierauf beziehen sich die Motive.

bemessen, eine Bestimmung, deren Aufnahme in das Gesetz in Betreff der Amts- und Landrichter schon um deswillen wünschenswerth erschien, um nicht im Publicum den Glauben aufkommen zu lassen, als ob die Stellung des Landrichters eine höhere sei als die des Amtsrichters.

Einer Festsetzung der für die Bestimmung des Dienstalters massgebenden Grundsätze bedarf es nicht, da nach wie vor für die Berechnung des Dienstalters nicht die Ernennung zum Gerichtsassessor, sondern das Datum des Patents als Richter entscheidend ist. Nur für den Fall der Ernennung eines Rechtsanwalts zum Richter würde die Beibehaltung des Grundsatzes, dass auch hier das Dienstalter lediglich durch die Anstellung als Richter bestimmt werde, zu Unbilligkeiten führen; der Landesfürst soll daher die Befugniss haben, auf Vorschlag der Landesjustizverwaltung, unter Berücksichtigung der Dauer der bisherigen anwaltlichen Thätigkeit des Anzustellenden, die Gehaltsklasse, in welche derselbe einzurücken hat, festzusetzen. In gleicher Weise würde diese Frage eintretenden Falls hinsichtlich der in den diesseitigen Justizdienst aus anderen Deutschen Ländern berufenen Richter zu behandeln sein ¹⁾.

Zu §. 9. Das zur Aufrechthaltung der Unabhängigkeit des Richteramts nothwendige, auch bereits im §. 29 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 21. August 1849 enthaltene Verbot der Verleihung besonderer Entschädigung für richterliche Geschäfte neben dem etatsmässigen Gehalte musste auch im gegenwärtigen Gesetze wiederholt werden. Andererseits war es unentbehrlich, gleichzeitig auszusprechen, dass die Gewährung von Unterstützungen für Fälle eines ausserordentlichen Bedürfnisses, da sie die Selbstständigkeit des Richters nicht gefährden kann, durch jenes Verbot nicht betroffen werde. Ebenso Preussisches Ausführungsgesetz §. 11 Absatz 2.

Eine Veranlassung, dem aus den Mitgliedern des Landgerichts zu bestimmenden Vorsitzenden der Kammer für Handelssachen (D. G. V. G. §. 109) eine Remuneration zu bewilligen, ähnlich wie solche bisher dem neben dem Handelsgerichtsdirector im Handelsgerichte beschäftigten rechtsgelehrten Richter verliehen ist (Gesetz No. 71 vom 10. August 1867 §. 4), war nicht vorhanden, da das Amt des Vorsitzenden der gedachten Kammer nicht wie das des bezeichneten Richters ein Nebenamt bilden, und die damit verbundene Beschäftigung das gewöhnliche Durchschnittsmass der Thätigkeit eines Beamten nicht überschreiten wird.

¹⁾ Während der Entw. nur den speciellen Fall der Ernennung eines Anwaltes zum Richter im Auge hatte, ist die jetzige Fassung auf Antrag der Commission angenommen, um damit auch den Fall zu treffen, wenn z. B. ein auswärtiger Richter, oder ein ordentlicher öffentlicher Universitätslehrer oder ein bisheriger Verwaltungsbeamter, überhaupt eine nach §§. 2 bis 5 des D. G. V. G. zur Bekleidung eines Richteramts befähigte, im Justizdienste des Landes bislang nicht beschäftigte Persönlichkeit, zum Richter ernannt werden sollte.

Dagegen ist allerdings die dauernde Besorgung amtsrichterlicher Geschäfte der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit durch ein Mitglied des Landgerichts (§. 4) als Nebenamt aufzufassen, und demgemäss die Verleihung einer Remuneration ebenso berechtigt (C. St. D. G. §§. 17, 20), als den Forderungen der Billigkeit entsprechend ¹⁾.

Ueber die Gewährung von Functionszulagen an Staatsanwälte und von Remunerationen an Amtsanwälte siehe §§. 53 und 56.

Zu §§. 10 bis 13. Die §§. 10 bis 13 entsprechen den von der Landesversammlung auf dem ausserordentlichen Landtage von 1877/78 gefassten Beschlüssen (vergl. L. T. V. Anlage 11 und 22) und enthalten nur theilweise eine durch die Einfügung dieser Beschlüsse in das gegenwärtige Ausführungsgesetz nothwendig gewordene veränderte Redaction. Die Beseitigung der bisherigen Gerichte folgt zwar schon unmittelbar aus den Bestimmungen des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes; es schien jedoch zweckmässig, deren Aufhebung ausdrücklich auszusprechen (§. 11), namentlich auch, soweit es sich um die Thätigkeit des durch das Gesetz No. 50 vom 8. October 1855 §. 2 zur Rechtsprechung als Oberappellationsgericht für das Fürstenthum Schaumburg-Lippe berufenen ersten Senats des Obergerichts handelt.

Die neugebildeten Gerichte haben die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit nach den Vorschriften des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes, ferner die nichtstreitige nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes (§§. 20, 33, 34, 44, 45) und endlich die gerichtlichen Deposita zu verwalten. Eine Neuregelung des gerichtlichen Depositenwesens liegt zwar in der Absicht der Herzoglichen Landesregierung; bis zur Feststellung des desfallsigen Gesetzentwurfs müssen jedenfalls, wie auch in dem mehrerwähnten auf dem ausserordentlichen Landtage von 1877/78 vereinbarten Gesetze §. 5 Absatz 3 gesagt ist, die bisher bestehenden Vorschriften (namentlich die Circular-Rescripte des Staatsministeriums vom 5. März 1824 No. 9, vom 9. Juni 1839 No. 16, das Gesetz No. 72 vom 20. August 1867 §. 7) in Geltung bleiben. Nur die im §. 20 Absatz 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 21. August 1849 enthaltene Bestimmung, dass bei den mit mehreren Richtern besetzten Localgerichten zwei Richter, bei den übrigen der Richter mit dem Secretair (Gerichtsschreiber) gemeinschaftlich die zu den Sachen ihrer

¹⁾ Demgemäss sollte nach §. 9 Abs. 3 des Entw. die Landesjustizverwaltung „nicht behindert“ sein, „für die im §. 4 erwähnte dauernde Besorgung amtsgerichtlicher Geschäfte eine Remuneration zu bewilligen.“ Der fr. Absatz ist jedoch auf Antrag der Commission gestrichen, weil ein Landrichter zu dauernder Uebernahme jener Geschäfte nur im Stande sein werde, wenn die Erledigung seiner eigentlichen Dienstgeschäfte seine Zeit nicht völlig in Anspruch nehme, in diesem Falle aber kein Grund vorliege, ihn günstiger zu stellen, als andere Richter, die durch ihr Amt bereits vollständig beschäftigt würden.

Zuständigkeit gehörenden Deposita verwalten sollen, hat Aufnahme gefunden.

Zu §. 14. Die Normativbestimmungen des §. 17 des D. G. V. G. hinsichtlich der Bildung besonderer Behörden zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden über die Zulässigkeit des Rechtswegs haben eine Aenderung des Gesetzes No. 19 vom 19. Mai 1851, die Errichtung eines Gerichtshofs zur Entscheidung von Competenzstreitigkeiten betreffend, sowohl was die Zusammensetzung dieses Gerichtshofs, als was das Verfahren vor demselben betrifft, nothwendig gemacht. Es ist dieserhalb ein besonderer Gesetzentwurf ausgearbeitet, und wird auf die Motive zu demselben verwiesen.

Zu §. 15. 1. Nach §. 18 Absatz 1 der Stempelordnung vom 29. October 1821 soll auf stempelpflichtige Verhandlungen, wenn der Stempel gar nicht oder nicht im richtigen Betrage adhibirt worden, nicht eher rechtlich verfügt werden, als bis dieser Mangel ergänzt und die verwirkte Strafe bezahlt ist. Dieser Grundsatz — welcher ohnehin hinsichtlich der Wechselstempelsteuer (Reichsgesetz vom 10. Juni 1869 §§. 18, 21 [Bundesgesetzblatt Seite 196]) und der Erbschaftssteuer (Gesetz No. 38 vom 18. April 1876 §§. 42 und 46) keine Anwendung mehr findet — würde zu einer Sperrung des Rechtsweges führen, auch zugleich den über die Verfolgung strafbarer Handlungen geltenden Vorschriften widersprechen. Die fragliche Bestimmung musste daher aufgehoben werden; doch bleiben die Gerichte, ohne dass es dieserhalb einer ausdrücklichen Bestimmung bedurfte, jedenfalls verpflichtet, die zu ihrer amtlichen Kenntniss gelangenden Zuwiderhandlungen gegen die Stempelgesetze bei der für die Untersuchung und Straffestsetzung zuständigen Behörde zur Anzeige zu bringen.

2. Auch die Vorschrift des §. 22 der Notariats-Ordnung vom 19. März 1850 in Verbindung mit dem Circular-Rescripte des vormaligen Ober-Landesgerichts vom 22. Mai 1845 (Gesetz- und Verordnungssammlung No. 23) in Betreff der durch die Kreisgerichtsdirectoren zu übenden Controle über das von den Notaren zu verwendende Stempelpapier konnte nicht mehr bestehen bleiben, da den Gerichten nach §. 4 des E. G. zum D. G. V. G. zwar wohl Geschäfte der Justizverwaltung, nicht aber andere Gegenstände der Verwaltung, namentlich also auch nicht solche Verwaltungszweige, welche an sich zum Ressort der Steuerbehörden gehören, übertragen werden dürfen.

Die Regelung aller dieser Verhältnisse gehört nicht in das gegenwärtige Gesetz und musste daher vorbehalten werden.

Zu §. 16. Der §. 13 des D. G. V. G. überweist den ordentlichen Gerichten alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, für welche nicht entweder die Zuständigkeit von Verwaltungsbehörden oder Verwaltungs-

gerichten begründet ist, oder reichsgesetzlich besondere Gerichte bestellt oder zugelassen sind. Mit diesem Grundsatz verträgt es sich nicht, wenn das Gesetz No. 29 vom 20. Mai 1858 über die Vererbung der Ritter-, Schrift-, Freisassen- und sonstigen Landgüter in den §§. 32 und 33 Streitigkeiten unter den Erben über die Grösse der Abfindungen, über Deckung vorhandener Schulden, über die näheren Bedingungen hinsichtlich der Zahlung der Abfindungen, oder wenn das Gesetz No. 11 vom 28. März 1874, den bauerlichen Grundbesitz betreffend, in §. 12 Streitigkeiten unter den Betheiligten über das Mass der Leibzucht, der Abfindungen, des dem Anerben zu gewährenden Präcipuums, sowie über andere hiermit zusammenhängende Punkte der gerichtlichen Entscheidung entziehen und einem von den Localgerichten zu leitenden Verfahren vor Schiedsmännern überweisen. Es müssen daher derartige Streitigkeiten, da sie den Character „bürgerlicher Rechtsstreitigkeiten“ im Sinne des §. 13 des D. G. V. G. unzweifelhaft an sich tragen, in dem durch die Deutsche Civilprocessordnung geordneten Verfahren vor den zuständigen Gerichten geltend gemacht und zur Entscheidung gebracht werden, wobei begreiflich nicht ausgeschlossen ist, dass die Betheiligten freiwillig auf Schiedsmänner compromittiren (D. C. P. O. §§. 851 ff.).

Zu §§. 17 bis 25, im Allgemeinen. Der die Amtsgerichte behandelnde dritte Titel enthält in den §§. 17 bis 19 solche Bestimmungen, welche sowohl für Angelegenheiten der streitigen als der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit Geltung haben, in den §§. 20 bis 25 dagegen diejenigen Bestimmungen, welche nur auf Sachen der letztgedachten Art sich beziehen. Die Zuständigkeit der Amtsgerichte für die Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit ist in §. 20 geordnet; in Betreff der durch die Processordnungen betroffenen Angelegenheiten entscheiden die Vorschriften der §§. 23 und 24 des D. G. V. G. *).

*) Anmerkung. Der §. 23 des D. G. V. G. regelt näher die Zuständigkeit der Amtsgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten. Daneben verweist der §. 24 l. c. noch im Allgemeinen auf die ergänzenden und vervollständigenden Bestimmungen der Processordnungen und des Gerichtsverfassungsgesetzes selbst, welche der Uebersicht wegen hier zusammengestellt werden mögen. Danach sind die Amtsgerichte ausser den in §. 23 l. c. speciell aufgeführten Angelegenheiten zuständig:

1) in Civilprocesssachen:

- für die Beweisaufnahme zu ewigem Gedächtniss (D. C. P. O. §. 448);
- für den der Klage vorausgehenden Sühneversuch (l. c. §. 471);
- für den Sühneversuch in Ehesachen (l. c. §. 571);
- für das Entmündigungsverfahren (l. c. §§. 593, 594, 616, 617, 621, 625);
- für das Mahnverfahren (l. c. §. 629);
- für die Zwangsvollstreckung als Vollstreckungsgericht (l. c. §. 684);
- für das Vertheilungsverfahren (l. c. §. 759);

Zu §. 17. Die Abhaltung sogenannter Polizeigerichte ausserhalb der Amtsgerichtssitze, welche in früheren Zeiten allgemein stattfand, ist durch das Ministerial-Rescript vom 15. September 1833 (Bege Rep. IV. S. 125) in dieser Allgemeinheit beseitigt und nur mit specieller Ministerialgenehmigung an solchen Orten gestattet, in welchen es in Berücksichtigung der Localverhältnisse wünschenswerth und zweckmässig erschien.

Demgemäss existiren solche Polizeigerichte gegenwärtig noch zu Bodenburg laut Ministerial-Rescripts vom 4. November 1850 (Bege Rep. VII S. 62), Hessen zufolge der Ministerial-Rescripte vom 7. Mai 1853 (Bege Rep. VIII S. 94) und 3. April 1862 mit der Beschränkung auf vierteljährlich zwei hintereinander folgende Tage, Bisperode zufolge Ministerial-Rescripts vom 21. Juni 1862, monatlich an einem Tage, und Braunlage zufolge der Ministerial-Rescripte vom 12. Juni 1850 und 25. Februar 1876, jährlich achtmal während der Monate Januar, Februar, März, Mai, Juli, September, November und December

für die Anordnung von Arresten und einstweiligen Verfügungen (l. c. §§. 799, 820);

2) in Concursen:

für das Concursverfahren (D. C. O. §. 64);

3) in Strafsachen:

für die Anordnung von Beschlagnahmen vor Erhebung der öffentlichen Klage (D. St. P. O. §§. 98 Absatz 2, 100 Absatz 3);

für den Erlass von Haftbefehlen (l. c. §§. 125, 128, 129, 132) und Strafbefehlen (l. c. §. 447);

für die Vornahme gerichtlicher Untersuchungshandlungen im Verfahren zur Vorbereitung der öffentlichen Klage (l. c. §§. 157, 160, 163, 164);

für die Umwandlung der in einem Strafbescheide der Verwaltungsbehörde festgesetzten Geldstrafe in eine Freiheitsstrafe, wenn für die Urtheilsfällung das Schöffengericht zuständig gewesen wäre (l. c. §. 463);

es kann ihnen die Führung einer Voruntersuchung oder eine sonstige einzelne Untersuchungshandlung übertragen werden (l. c. §§. 171 Absatz 3, 183, 184 Absatz 2);

sie sind Mitglieder des Schöffengerichts und erlassen an Stelle derselben die ausserhalb der Hauptverhandlung erforderlichen Entscheidungen (D. G. V. G. §§. 26, 30 Absatz 2);

es kann ihnen landesgesetzlich die Strafvollstreckung in schöffengerichtlichen Sachen übertragen werden (D. St. P. O. §. 483 Absatz 3);

sie fungiren ausnahmsweise als erkennende Richter ohne Zuziehung von Schöffen (l. c. §. 211 Absatz 2, E. G. zur D. St. P. O. §. 3 Absatz 3);

es liegt ihnen die Theilnahme an der Bildung der Schöffen- und Schwurgerichte ob (D. G. V. G. §§. 38 bis 56, 85 bis 89);

4) in Rechtshülfe-Angelegenheiten:

sie sind die Organe der richterlichen Rechtshülfe (D. G. V. G. §. 158).

abzuhalten. Derartige Gerichtstage, in welchen bisher neben geringeren Strafsachen auch einfache Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, geringe Vormundschafts- und kleinere Civilprocesssachen vorgenommen wurden, sind auch in Zukunft im Interesse des Publicums nicht zu entbehren. Die specielle Anordnung und nähere Einrichtung derselben muss der Landesjustizverwaltung überlassen bleiben.

Zu §. 18. Bei Berathung des §. 22 des D. G. V. G. ist ein Antrag, die Grundsätze über die Geschäftsvertheilung bei den mit mehreren Richtern besetzten Amtsgerichten in das Gesetz aufzunehmen, von der Reichstagscommission abgelehnt; obwohl man die Regelung dieser Frage der Landesjustizverwaltung unbedenklich glaubte überlassen zu können, war man doch in der Mehrheit einverstanden darüber, dass die Geschäftsvertheilung sowohl nach Gattungen als nach Bezirken, als auch endlich theils nach Gattungen, theils nach Bezirken zu geschehen haben werde. (Protokolle der R. T. C. S. 152 bis 154, bei Hahn, Mater. zu den Reichsjustizgesetzen S. 430 ff.) Dieser Auffassung hat sich der Entwurf angeschlossen; er konnte von der Bestimmung des Preussischen Ausführungsgesetzes §. 23, wonach die Vertheilung durch „das Präsidium des Landgerichts — nach den vom Justizminister festgestellten Grundsätzen“ geschehen soll, absehen, weil in einem kleinen Lande der Justizminister am besten in der Lage ist, bei der Geschäftsvertheilung neben Wahrnehmung der Interessen der Bevölkerung auch die Rücksicht auf die Fähigkeiten und die besondere Veranlagung der einzelnen ihm in der Regel bekannten Richter walten zu lassen. Dieser Grund war auch massgebend dafür, die Geschäftsvertheilung nicht, wie in Preussen, „im Voraus auf die Dauer eines Geschäftsjahres“ eintreten zu lassen. Eine derartige Bestimmung ist ohne praktischen Nutzen theils im Hinblick auf die Fälle, wo auch im Laufe des Geschäftsjahrs wegen Veränderung im Personal der Amtsrichter oder wegen Ueberweisung eines Assessors als Aushülfsrichters Aenderungen in der Geschäftsvertheilung nothwendig werden, theils deshalb, weil nach Ablauf des Geschäftsjahres die frühere Vertheilung in der Regel bestehen bleiben wird, wenn nicht in einer für die Bearbeitung der einzelnen Sachen und für die Thätigkeit des betreffenden Richters gleich nachtheiligen Weise in den Geschäftsgang eingegriffen werden soll. Es ist daher von einer Feststellung der Geltungsdauer der Geschäftsvertheilung Abstand genommen.

Der Absatz 2 stimmt mit dem Preussischen Gesetz überein und hat nur die Bedeutung, der Annahme vorzubeugen, als ob die Gültigkeit eines Rechtsacts davon abhängig sein könnte, dass derselbe gerade von dem nach der Geschäftsvertheilung dazu berufenen Richter vorgenommen ist. Es kann daher beispielsweise eine Auffassung nicht deshalb angefochten werden, weil sie vor einem andern als dem nach der Geschäftsvertheilung mit Bearbeitung der Grundbuchsachen beauftragten Richter erklärt worden ist.

Zu §. 19. Nachdem der §. 3 im Allgemeinen die Verpflichtung der Amtsrichter, bei einem Amtsgerichte desselben landgerichtlichen Bezirks die nöthige Aushilfe zu leisten, festgesetzt hat, kam es darauf an, die Grundsätze zu bestimmen, nach welchen die Vertretung behinderter Amtsrichter erfolgen muss. In dieser Hinsicht ist zunächst klar, dass mehrere Richter desselben Amtsgerichts sich wechselseitig zu vertreten haben, wobei, wenn das Amtsgericht mit mehr als zwei Richtern besetzt ist, der Landesjustizverwaltung obliegt, die Reihenfolge der Vertretung näher zu bestimmen. Zweifelhaft wird die Sache nur, wenn sämtliche Richter des Amtsgerichts oder, falls dasselbe nur mit Einem Richter besetzt ist, der Letztere verhindert sein sollte, wenn es sich also um eine Verhinderung nicht des Richters, sondern des Gerichts handelt. Für diesen Fall wird das Verfahren da, wo es sich um Angelegenheiten der streitigen Gerichtsbarkeit handelt, durch die Processordnungen geregelt; insbesondere schreibt der §. 36 No. 1 der D. C. P. O. und der §. 15 der D. St. P. O. vor, dass, wenn das an sich zuständige Gericht in einem einzelnen Falle an der Ausübung des Richteramts rechtlich oder thatsächlich verhindert ist, dem im Instanzenzuge zunächst höheren Gerichte die Bestimmung des zuständigen Gerichts zukomme. Anders ist es für das Gebiet der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit. Man könnte auch hier die Erledigung der Geschäfte einem andern Gerichte als solchem zuweisen und die Bestimmung dieses Gerichts ohne Rücksicht auf den Instanzenzug dem Oberlandesgericht übertragen. Eine solche Anordnung würde aber in eiligen Fällen, z. B. bei Testamentsaufnahmen, dem praktischen Bedürfniss nicht entsprechen und häufig Geschäftsstockungen herbeiführen. Das Gesetz schreibt daher vor, dass den verhinderten Amtsrichtern Richter benachbarter Amtsgerichte zu substituiren sind, und dass die Landesjustizverwaltung bei den nur mit Einem Richter besetzten Gerichten diese Vertretung im Voraus anordnen muss, während sie bei den übrigen Amtsgerichten zu solcher im Voraus erfolgenden Regelung wenigstens befugt ist. An den Regeln über die örtliche Zuständigkeit des verhinderten Gerichts wird hierdurch nichts geändert; der substituirte Richter des benachbarten Amtsgerichts gilt als Richter des verhinderten Gerichts und hat die Geschäfte des letzteren regelmässig an dessen Sitze zu erledigen, mag nun der Grund der Verhinderung ein factischer (z. B. plötzliche Erkrankung) oder ein rechtlicher (z. B. eigenes Interesse oder Verwandtschaft) sein. Sollte eine längere Verhinderung des Gerichts angezeigt sein, so wird von der Landesjustizverwaltung in anderer Weise, namentlich durch Committirung eines Gerichtsassessors, gesorgt werden.

Es kann sich noch darum handeln, von wem die Berufung des Vertreters zu erfolgen hat. Wo der Präsident des Landgerichts dazu im Stande ist, also namentlich dann, wenn die Nothwendigkeit der Vertretung sich im Voraus übersehen lässt, wird die Berufung durch diesen, als den die Aufsicht über die Amtsgerichte seines Bezirks führenden

Beamten (§. 79), erfolgen müssen; erscheint dies jedoch bei der Kürze der Zeit nicht ausführbar, so genügt die Benachrichtigung durch den verhinderten Richter selbst oder, falls dieser dazu nicht im Stande ist, durch den Gerichtsschreiber, und es bedarf dann nur zur Aufrechterhaltung der nöthigen Controle nachträglicher Anzeige an den Landgerichtspräsidenten ¹⁾.

Zu §. 20. Der Paragraph stellt den Grundsatz an die Spitze, dass alle Angelegenheiten der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit, soweit deren Ausführung durch die Gerichte erfolgt²⁾ (also unter Anerkennung der Concurrenz der Notare), und soweit sie von den bisherigen Stadt- und Amtsgerichten besorgt wurden, auf die neugebildeten Amtsgerichte übergehen sollen, wofern nicht in dem gegenwärtigen Gesetze Aenderungen enthalten sind. Diese Aenderungen sind jedoch nicht der Art, dass den Gerichten aus dem Gebiete der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit etwas genommen wäre, was ihnen bisher zukam, als vielmehr der Art, dass ihnen Geschäfte überwiesen sind, welche sie früher nicht zu besorgen hatten. Der Paragraph will nicht alle einzelnen zur freiwilligen Gerichtsbarkeit im weiteren Sinne gehörigen, auf die Amtsgerichte zu übertragenden Angelegenheiten in erschöpfender Weise aufzählen, daher es denn z. B. bei der (nicht ausdrücklich erwähnten) durch §. 20 des Gesetzes No. 35 vom 24. Juli 1837 den Amtsgerichten, ausser in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel, übertragenen Mitwirkung bei der Taxation von Brandschäden bis auf Weiteres auch ferner sein Bewenden hat; derselbe will vielmehr nur die wesentlichsten, der streitigen Gerichtsbarkeit nicht zugehörigen Geschäfte namhaft machen, und zwar theils solche, welche von den Amtsgerichten schon bisher besorgt wurden (No. 1 bis 4, 8), theils solche, welche erst durch den gegenwärtigen Entwurf ihrer Zuständigkeit unterstellt sind (No. 5 bis 7).

A. Zu den Angelegenheiten der ersteren Art gehören

1. Die freiwillige Gerichtsbarkeit in dem Umfange, wie sie bisher (Gerichtsverfassungsgesetz vom 21. August 1849 §. 20) von den Localgerichten gehandhabt wurde. Dieselbe umfasst

¹⁾ Die Commission glaubte, dass von einer Berufung durch den Landgerichts-Präsidenten oder auch von einer Anzeige an denselben in solchen Fällen abgesehen werden könne, wo der Amtsrichter kraft Gesetzes sich der Ausübung des Richteramts zu enthalten habe (D. C. P. O. §. 41, D. St. P. O. §. 22, das gegenw. Ges. §. 23), da hier ein Missbrauch zum Nachtheil des öffentlichen Dienstes nicht zu besorgen sei. Demgemäss ist auf Antrag der Commission ein entsprechender Zusatz dem §. 19 Abs. 3 hinzugefügt.

²⁾ Statt des Wortes „erfolgt“, welches im Entw. gebraucht war, ist auf Antrag der Commission im Gesetze der Ausdruck „zu erfolgen hat“ gewählt, um damit zu bezeichnen, dass nicht der gegenwärtige factische Zustand gesetzlich sanctionirt, sondern den Amtsgerichten von den fraglichen Geschäften dasjenige habe überwiesen werden sollen, was ihnen vermöge rechtlicher Nothwendigkeit obliege.

a. die Aufnahme von Verträgen und Willenserklärungen, einschliesslich der Testamente und sonstigen letztwilligen Verfügungen, sowie die Beglaubigung von Unterschriften (das sogenannte gerichtliche Notariat);

b. die Annahme und Eröffnung von Testamenten und sonstigen letztwilligen Verfügungen (vergl. V. O. No. 29 vom 20. December 1825 §§. 1 bis 3);

c. die Ausser- und Inkurserklärung von Inhaberpapieren (Gesetz No. 27 vom 30. April 1867 §. 3 vergl. mit Gesetz No. 17 vom 19. December 1834 §. 15 und Gesetz No. 72 vom 20. August 1867 §. 13);

d. die Besorgung der mit vorgängiger Sachuntersuchung verbundenen Angelegenheiten, z. B. Arrogationen;

e. die Sicherung der Notariatsurkunden im Fall des Ausscheidens eines Notars (Not. Ordn. vom 19. März 1850 §. 21).

2. Die Führung der Grundbücher (Grundbuchordnung No. 11 vom 8. März 1878 §. 1).

3. Das Vormundschaftswesen (Gerichtsverf. Ges. vom 21. August 1849 §. 20). Demselben ist gleichgestellt auch die Sorge für einen vacanten Nachlass einschliesslich der Ver- und Entsigelung desselben (vergl. V. O. No. 7 vom 26. März 1823 §. 4 No. 7).

4. Die Ausstellung gerichtlicher Erbbescheinigungen nach Massgabe des Gesetzes No. 12 vom 8. März 1878 (§. 2).

5. Die Verwaltung der Depositen, soweit sie in den zur amtsgerichtlichen Competenz gehörigen Sachen (z. B. Vormundschaftssachen, Subhastationen, Konkurse) vorkommen (vergl. §. 13).

6. Die nach der Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums vom 9. September 1875 No. 74 (G. u. V. O. S. S. 316) auf Grund des §. 84 des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875, betreffend die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschliessung, den Amts- und Stadtgerichten übertragenen, in den §§. 11, 14 und 66 des citirten Gesetzes näher bezeichneten Geschäfte.

B. Neu hinzugekommen sind folgende Geschäfte:

1. „Die Todeserklärungen Verschollener“ (Nó. 5). Sie gehören nicht zu den eigentlichen Edictalladungen, da es sich dabei nicht um die öffentliche gerichtliche Aufforderung unbekannter Berechtigter handelt; vielmehr kommt dabei nur die öffentliche Ladung eines bestimmten Individuums in Frage, über dessen Leben und Aufenthaltsort nähere Angaben fehlen. Diese Todeserklärungen geschahen bisher bei den Kreisgerichten (Braunsch. C. P. O. §. 274 No. 2); richtiger gehören sie vor die Amtsgerichte, da es dabei im letzten Endzweck auf die Regulirung einer Erbschaft, also auf einen Act der freiwilligen Gerichtsbarkeit im weiteren Sinne ankommt¹⁾.

¹⁾ Ueber die näheren Modalitäten, unter welchen die fraglichen Todeserklärungen vorzunehmen sind, vergl. Ges. No. 12 v. 1. April 1879, betr. die Ausführung der Deutschen Processordnungen, §§. 8 u. 11.

2. „Die auf die Führung der Handelsregister, einschliesslich der Zeichenregister, der Genossenschaftsregister und der Musterregister bezüglichen Geschäfte“ (No. 6). Die bezeichneten Register sind bisher von dem Handelsgerichte zu Braunschweig geführt; vergl. in Betreff der Handelsregister: Gesetz No. 31 vom 14. September 1863 §. 4, in Betreff der Genossenschaftsregister: V. O. No. 7 vom 15. Januar 1869 §. 1, in Betreff der als besondere Abtheilung des Handelsregisters eingerichteten Zeichenregister: Reichsgesetz über Markenschutz vom 30. November 1874 §. 1 (R. G. Bl. S. 143) und Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 15. Mai 1875 No. 43 §. 1, in Betreff der Musterregister, welche gleichfalls von den mit Führung der Handelsregister beauftragten Gerichtsbehörden geführt werden sollen: Reichsgesetz vom 11. Januar 1876 §. 9 (R. G. Bl. S. 12) und Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 29. Februar 1876 §. 1 (R. Centr. Bl. S. 123). — Nachdem die Handelsgerichte durch das Deutsche Gerichtsverfassungsgesetz für das Gebiet der streitigen Gerichtsbarkeit beseitigt sind, und nach der durch §. 10 des Gesetzes erfolgten Aufhebung des bisherigen Handelsgerichts konnte es sich nur darum handeln, ob die Führung der bezeichneten Register den Landgerichten, beziehungsweise der etwa bei dem Landgerichte Braunschweig zu bildenden Kammer für Handelssachen, oder ob sie den Amtsgerichten übertragen werden sollte. In der That eignen sich aber die damit verbundenen Geschäfte nicht für eine collegialische Bearbeitung. Auch kommt es bei den abzugebenden Entscheidungen über Zulässigkeit einer Eintragung und über Festsetzung einer Ordnungsstrafe wegen Nichtbeobachtung der über Anmeldung zum Handelsregister oder Zeichnung der Firma etc. bestehenden Vorschriften (Gesetz de 1863 cit. §§. 10 bis 19. V. O. No. 7 de 1869 §. 5) nicht sowohl auf Kenntniss des praktischen Handelsverkehrs oder besonderer Usancen, als auf Kenntniss der allgemeinen gesetzlichen Vorschriften an. Es empfahl sich daher, in Uebereinstimmung mit §. 25 No. 1 des Preussischen Ausführungsgesetzes, die Uebertragung der fraglichen Geschäfte auf die Amtsgerichte¹⁾. Dieselben werden dabei im Allgemeinen nach

¹⁾ Die Commission hatte nach dem Vorgang des Bayerischen Ausführungsgesetzes zum D. G. V. G. beantragt, die auf die Führung der Genossenschaftsregister, sowie der Handelsregister über Actiengesellschaften und Commanditgesellschaften auf Actien bezüglichen Geschäfte den Civilkammern der Landgerichte und da, wo eine Kammer für Handelssachen bestehe, dieser zu übertragen. Sie war davon ausgegangen, dass eine Prüfung der Frage, ob die überreichten Gesellschafts- und Genossenschafts-Statuten mit dem materiellen Rechte nicht im Widerspruch stehen, im Interesse des mit der Gesellschaft oder Genossenschaft später in Rechtsverkehr tretenden Publicums unentbehrlich sei, von dem Amtsrichter aber bei der demselben nach der neuen Justizorganisation zufallenden Geschäftslast nicht in genügendem Masse erwartet werden könne, dass überhaupt eine möglichst einheitliche Handhabung der Registerführung, wie sie bisher dem Handelsgerichte

der durch die V. O. No. 32 vom 14. September 1863 ertheilten Instruction — abgesehen von den mit der veränderten Gerichtsorganisation zusammenhängenden Bestimmungen derselben — verfahren. Gegen ihre Entscheidungen findet nach den §§. 34, 35, 45 des gegenwärtigen Gesetzes das bei dem Landgerichte eventuell bei der Kammer für Handels-sachen zu verfolgende Rechtsmittel der Beschwerde, und gegen die darauf abgegebene Entscheidung das jedoch nur wegen Gesetzesverletzungen zulässige Rechtsmittel der weiteren Beschwerde statt, womit die Vorschriften in §. 15 des Gesetzes No. 31 de 1863 und in §. 6 der V. O. No. 7 de 1869 über das Recht der Beschwerdeführung beim Obergericht von selbst beseitigt sind.

Eine besondere auf die Eintragung in das Handelsregister bezügliche Bestimmung befindet sich noch in Titel 11 §. 60.

3. „Die in dem Handelsgesetzbuch und in dem Einführungsgesetz zu demselben, sowie in dem Reichsgesetz vom 4. Juli 1868, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, den Gerichten zugewiesenen, von den deutschen Processordnungen nicht betroffenen Angelegenheiten“ (No. 7). Es gehören hierhin im Wesentlichen folgende Angelegenheiten*):

a. Bei offenen Handelsgesellschaften, Commandit- und Actiengesellschaften kann auf Antrag des Gesellschafters aus wichtigen Gründen

obgelegen, gewünscht werden müsse und sich um so mehr empfehle, als eine Trennung der bislang nicht nach Amtsgerichtsbezirken geführten Gesellschafts- und Genossenschaftsregister nicht ohne grosse Kosten und Weiterungen zu effectuiren sei. Dagegen wurde regierungsseitig hervorgehoben, dass der gemachte Vorschlag dem Geiste der Reichsgesetzgebung zuwiderlaufe, insofern die Landgerichte wesentlich als Spruchgerichte gedacht seien, denen administrative Functionen, wie die Registerführung, nicht übertragen werden könnten, dass eine materielle Prüfung der Richtigkeit der überreichten Statute und Vorträge gar nicht Sache des mit der Registerführung betrauten Gerichts sei, deren formelle Prüfung aber den Amtsrichtern zufolge ihrer juristischen Bildung sehr wohl überlassen werden dürfe, dass endlich eine Zerreissung der Geschäfte der Registerführung, indem man sie theils den Land- theils den Amtsgerichten übertrage, eine von den Einrichtungen im übrigen Norddeutschland abweichende, für das Publicum mit unnützen Kosten und Weitläufigkeiten verbundene Einrichtung schaffe.

Der Commissionsantrag, welcher bei der ersten Lesung die Majorität der Landesversammlung gefunden hatte, wurde darauf bei der zweiten Berathung abgelehnt (Verh. der Landesvers. S. 64 bis 68. 138. 139. Anl. 29 S. 9 bis 12. Anl. 54).

*) Anmerkung. Der §. 42 des Gesetzes No. 31 vom 14. September 1863, wonach in den Fällen der Artikel 348, 365 und 407 H. G. B. die Erneuerung der Sachverständigen in der Stadt Braunschweig von dem Vorsitzenden des Handelsgerichts oder dessen Vertreter, in den übrigen Landestheilen von dem betreffenden Stadt- oder Amtsgericht erfolgen soll, ist in Folge der abändernden Bestimmung des §. 13 Absatz 4 des E. G. zur D. C. P. O. von selbst hinweggefallen.

die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren durch den Richter erfolgen (H. G. B. Art. 133, 134, 172, 244);

b. das Handelsgericht bestimmt in Ermangelung einer gütlichen Uebereinkunft den Gesellschafter oder den Dritten, welchem die Bücher und Schriften der aufgelösten offenen Handels- oder Commanditgesellschaft bzw. der Genossenschaft in Verwahrung gegeben (H. G. B. Art. 145, 172, Reichsgesetz vom 4. Juli 1868 §. 50), bei Actiengesellschaften den Ort, an welchem sie niederzulegen sind (H. G. B. Art. 246);

c. das Handelsgericht kann auf Antrag eines Commanditisten oder stillen Gesellschafters die Mittheilung einer Bilanz oder sonstiger Aufklärungen nebst Vorlegung der Bücher und Papiere jederzeit anordnen (H. G. B. Art. 160, 253);

d. das Handelsgericht kann bei Commanditgesellschaften auf Actien oder bei Actiengesellschaften die Bevollmächtigten zur Processführung gegen die persönlich haftenden Gesellschafter bzw. die Mitglieder des Vorstandes oder gegen die Mitglieder des Aufsichtsrathes ernennen (H. G. B. Art. 195, 226);

e. das Handelsgericht kann den Verkauf von Pfandgegenständen zum Zwecke der Befriedigung des Gläubigers ohne gerichtliche Klage anordnen (H. G. B. Art. 310, 375, 407 Abs. 4, 409 Abs. 2 vergl. mit §. 43 des Gesetzes No. 31 vom 14. September 1863);

f. das Handelsgericht kann auf Antrag eines Kaufmanns, welcher einen erhaltenen Auftrag ablehnt, die vorläufige Niederlegung des Guts in einem öffentlichen Lagerhause oder bei einem Dritten anordnen (H. G. B. Art. 323 Absatz 3);

g. das Handelsgericht hat die Beeidigung der Handelsmakler vorzunehmen, deren Ernennung, Beeidigung und den denselben angewiesenen Geschäftskreis öffentlich bekannt zu machen, deren Tagebuch durch einen seiner rechtsgelehrten Richter beglaubigen zu lassen und solches nach dem Ausscheiden des Handelsmaklers aufzubewahren (H. G. B. Art. 66, 68, 71, 75, §§. 23, 25, 26 des Gesetzes No. 31 vom 14. Sept. 1863);

h. das Gericht erklärt den ausserhalb des Concursverfahrens*) festgestellten Plan über die Vertheilung der von jedem Genossenschafter behuf Befriedigung der Gläubiger zu leistenden Beiträge für vollstreckbar. Es kann die an sich dem Vorstand bzw. den Liquidatoren der Genossenschaft obliegenden Verrichtungen, wenn diese ihre Pflichten nicht erfüllen können oder deren Erfüllung versäumen, auf Antrag eines betheiligten Genossenschafters einem oder mehreren Genossenschaftern oder auch anderen Personen übertragen (Reichsgesetz vom 4. Juli 1868 §§. 59 bis 61);

i. das Handelsgericht hat den Vorstand der Genossenschaft bzw. die Liquidatoren in Gemässheit des §. 66 des Reichsgesetzes vom 4. Juli

*) Anmerkung. Ist Concurs ausgebrochen, so gehören diese Befugnisse zur Zuständigkeit des Concursgerichts, also des Amtsgerichts (Reichsgesetz vom 4. Juli 1868 §§. 52, 54. D. C. O. §. 64. E. G. zur D. C. O. §. 3 No. 1).

1868 zur Befolgung der dort bezeichneten Vorschriften von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzuhalten (V. O. No. 7 vom 15. Januar 1869 §. 5). Wegen Zuständigkeit der Amtsgerichte zum Erlasse von Ordnungsstrafen bei Nichtbeobachtung der Vorschriften über Eintragung in das Genossenschaftsregister s. die Bemerkungen zu §. 20 No. 6 des Gesetzes.

Alle vorstehend unter B. 3 aufgeführten Angelegenheiten gehören nicht zu den bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten im Sinne der D. Civilprocessordnung. Die dabei abzugebenden Beschlüsse und Verfügungen eignen sich, weil vielfach auf Zweckmässigkeitsrücksichten beruhend, zur Erledigung durch den Einzelrichter und durften in Uebereinstimmung mit §. 25 No. 2 des Preuss. Ausf. Ges. den Amtsgerichten um so eher übertragen werden, als letztere in Zukunft auch über Handelsstreitigkeiten, deren Gegenstand den Betrag von 300 Mark nicht übersteigt, zu erkennen haben werden.

Zu §. 21. Der Paragraph spricht nur im Allgemeinen die Zulässigkeit des Rechtsmittels der Beschwerde an das Landgericht in den zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörigen Sachen der nicht streitigen Gerichtsbarkeit aus. Die weitere Regelung dieses Rechtsmittels findet sich in den §§. 34, 35, 44 bis 48. Beschwerden über Gewährung oder Verweigerung der Rechtshilfe in den bezeichneten Sachen werden nach §. 70 des gegenwärtigen Gesetzes nicht von den Landgerichten, sondern vom Oberlandesgericht entschieden.

Zu §§. 22 und 23. In Betreff der Richter, Secretaire, Registratoren und besoldeten Schreiber der Amts- und Stadtgerichte ordnete für die vor diese Gerichte gehörigen Civilprocesssachen der §. 20 der Braunschw. C. P. O. einen besonderen Gerichtsstand an, welcher später durch das Gesetz No. 50 vom 29. August 1858 auch auf alle zur Competenz der Stadt- und Amtsgerichte gehörigen Strafsachen, sowie auf die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und Vormundschaftssachen (vergl. Zeitschrift für Rechtspflege X, S. 123) ausgedehnt ist, insbesondere auch gegenwärtig noch für Grundbuchsachen zu Recht besteht („Grundbuchgesetze des Herzogthums“ S. 136, 138). Diese Bestimmungen sind für Sachen der streitigen Gerichtsbarkeit ohne Weiteres hinweggefallen, da das Deutsche Gerichtsverfassungsgesetz keinen besonderen Gerichtsstand der Amtsrichter, Gerichtsschreiber und deren Angehörigen kennt, daher insoweit die allgemeinen Vorschriften der Processordnungen entscheiden müssen (vergl. für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten: D. C. P. O. §§. 36 No. 1, 41 No. 1, 42, 44 Abs. 2, für Strafsachen: D. St. P. O. §§. 15, 22 No. 1 bis 3, 24, 26 Abs. 2). Aber auch für Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit liegt kein Grund zur Beibehaltung eines besonderen Gerichtsstandes vor. Der Entwurf hebt denselben daher auf und verfügt in §. 23, dass der Richter

in solchen Angelegenheiten, in welchen er kraft Gesetzes ausgeschlossen ist, sich jeder amtlichen Thätigkeit enthalten und für seine Vertretung durch einen nicht behinderten Richter Sorge tragen soll, wobei die gesetzlichen Ausschlussgründe wesentlich in Uebereinstimmung mit der D. C. P. O. §. 41 und D. St. P. O. §. 22 geregelt sind. Derselbe Grundsatz soll nach den §§. 35 Abs. 3 und 50 Abs. 2 auf die Landgerichte und das Oberlandesgericht, soweit diese Gerichte mit Geschäften der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit befasst sind, imgleichen nach §. 63 auch auf die Gerichtsschreiber Anwendung finden; doch hat bei den Letzteren — wie der Abs. 2 des §. 63 ausdrücklich hervorhebt — das Ermessen des Gerichtsvorstandes, nicht das des Gerichtsschreibers darüber zu entscheiden, ob die Bestimmungen des §. 23 im einzelnen Falle Platz greifen.

Hiernach wird auch das in §. 4 des Gesetzes No. 50 vom 29. August 1858 erwähnte Special-Hypothekenbuch, welches bisher bei dem privilegierten Gerichte geführt wurde, in Zukunft in Wegfall kommen, vielmehr werden die erforderlichen Eintragungen ausschliesslich in das Grundbuch des Gerichts der belegenen Sache aufzunehmen sein.

Zu §. 24. Die Vorschriften des Entwurfs entsprechen im Allgemeinen denen des Preuss. Ausf. Ges. §. 20 No. 2 und 3 und schliessen sich an die Bestimmungen des §. 36 No. 2 bis 4, §. 37 der D. C. P. O., sowie der §§. 13 und 14 der D. St. P. O. an. Der Fall unter No. 1 kann namentlich eintreten in Vormundschaftssachen, z. B. wenn der Vormund und die Mutter eines unehelichen Kindes in verschiedenen Gerichtsbezirken wohnen, und Streit über die Zuständigkeit des betreffenden Amtsgerichts entsteht. Der Anwendungsfall der No. 2 ist seltener, aber in Vormundschaftssachen gleichfalls nicht ausgeschlossen, namentlich dann nicht, wenn die zum Vermögen der Pflegebefohlenen gehörigen Grundstücke unter verschiedenen Gerichtsbezirken belegen sind, und eine gemeinsame Verfügung über diese Grundstücke erfordert wird; vergl. auch die Bestimmungen des Gesetzes No. 28 vom 20. Mai 1858 §. 2 Abs. 4 und 5, sowie des Gesetzes No. 30 vom 20. Mai 1858 §. 1 Abs. 10 bis 12, und Grundbuchordn. §. 2. — Eine Veranlassung, die Bestimmung des örtlich zuständigen Gerichts auch dann, wenn die mehreren Amtsgerichte zum Bezirke desselben Landgerichts gehören, dem Oberlandesgericht zu übertragen, lag nicht vor, zumal dadurch eine Abweichung von den cit. Bestimmungen der Processordnungen bewirkt sein würde.

Zu §. 25. Die Uebertragung einer bei einem Stadt- oder Amtsgericht des Landes anhängigen Vormundschaft oder Curatel auf ein anderes inländisches Localgericht musste nach dem früheren Verfahren durch Herzogliches Staatsministerium verfügt werden, nachdem zuvor die Verhandlungen behuf Prüfung etwa entgegenstehender rechtlicher Bedenken dem Obergericht vorgelegt worden. Erst durch Ministerialrescript vom 12. Juni 1876 ist angeordnet, dass regelmässig die Genehmigung des Obergerichts zum Zwecke der Verlegung einer Vormund-

schaft oder Curatel genügen, und die des Staatsministeriums nur dann eingeholt werden soll, wenn solches durch die Lage der Sache, insbesondere wegen zu berücksichtigender staatsrechtlicher Gesichtspunkte geboten ist. Aehnliche Bestimmungen enthält auch der §. 9 der Preuss. Vormundschaftsordn. vom 5. Juli 1875. Demgemäss schreibt der §. 25 vor, dass das Oberlandesgericht auf Antrag der Betheiligten eine anhängige Vormundschaft oder Curatel lediglich aus Gründen der Zweckmässigkeit auf ein anderes Amtsgericht des Landes übertragen darf, und dass nur da, wo nicht Braunschweigische Behörden hinsichtlich der Verlegung concurriren, die Genehmigung der Landesjustizverwaltung eingeholt werden muss.

Der Schlusssatz reservirt die abweichenden Bestimmungen der Staatsverträge, insbesondere der Convention mit Preussen vom 9. December 1841 No. 28 bezw. 27. Juni 1868 No. 52, wonach laut Art. 16 bei Verlegung des Wohnsitzes eines Pflegebefohlenen von einem Staatsgebiet in das andere die Vormundschaft auf Antrag des Vormundes und mit Zustimmung der beiderseitigen obervormundschaftlichen Behörden an das Gericht des neuen Wohnsitzes des Pflegebefohlenen übergehen kann. Ebenso Convention mit Anhalt-Bernburg vom 25. Mai 1848 No. 30 Art. 15.

Zu §. 26*). Das D. G. V. G. enthält keine Bestimmungen darüber, wer von mehreren Richtern desselben Amtsgerichts in dem nach §. 40 das. zum Zwecke der Bildung der Jahresliste der Schöffen und der Vorschlagsliste der Geschworenen (§. 87 leg. cit.) zusammentretenden Ausschüsse den Vorsitz zu führen habe. Der Entwurf bestimmt dazu mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Geschäfts und in Uebereinstimmung mit dem Mecklenb. Entw. §. 8 den mit der allgemeinen Dienstaufsicht betrauten (D. G. V. G. §. 22 Abs. 2), eventuell den dem Dienstalster nach ältesten Amtsrichter ¹⁾).

*) Anmerkung. Von der der Landesgesetzgebung im §. 34 D. G. V. G. erteilten Ermächtigung, ausser den daselbst reichsgesetzlich benannten Beamten höhere Verwaltungsbeamte zu bezeichnen, welche zu dem Amte eines Schöffen — und ebenso eines Geschworenen (D. G. V. G. §. 85 Abs. 2) — nicht berufen werden sollen, wird diesseits bis zu einem etwa hervortretenden Bedürfniss kein Gebrauch gemacht werden.

¹⁾ Dasselbe ist der Fall hinsichtlich der übrigen mit der Bildung der Schöffensliste zusammenhängenden Geschäfte, also der Zusammenstellung der Urlisten des Bezirks nebst Vorbereitung des Beschlusses über die gegen dieselben erhobenen Einsprachen (D. G. V. G. §. 39), der Feststellung der ordentlichen Sitzungstage des Schöffengerichts, der Ausloosung der Schöffen zu diesen Sitzungstagen und der Benachrichtigung derselben, sowie der Beschlussfassung über eine etwaige Aenderung in der für die Schöffen bestimmten Reihenfolge (l. c. §§. 45 bis 47). Auch diese Geschäfte sollen nach einer auf Antrag der Commission vorgenommenen Vervollständigung des Entwurfs dem die Dienstaufsicht übenden, event. dem dem Dienstalster nach ältesten Amtsrichter zufallen.

Zu §§. 27 und 28. Die §§. 27 und 28 enthalten die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu den §§. 40 und 55 des D. G. V. G., welche nach Massgabe der §§. 87 und 96 das. auch auf Geschworene Anwendung finden. Dass die Wahl der Vertrauensmänner des Ausschusses durch die Kreisversammlung, bezw. in der Stadt Braunschweig durch die vereinigte Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten erfolge, entsprach der Absicht des §. 40 cit., welcher derartige repräsentative Organe der Kreiseingesessenen vornehmlich für berufen erachtet, dem Vertrauen der Bevölkerung bei Auswahl der Schöffen und Geschworenen Ausdruck zu geben. Abs. 2 und 3 des §. 27 sind dem §. 35 Abs. 3 des Preuss. Ausf. Ges. nachgebildet.

Die im §. 28 angenommenen Sätze für Vergütung der Reisekosten an Vertrauensmänner und Schöffen (desgleichen nach §. 39 des Gesetzes an Geschworene) weichen zwar von der in §. 114 a der neuen Red. der hiesigen St. P. O. bestimmten Reisekostenvergütung ab, stimmen aber im Allgemeinen mit den Bestimmungen des §. 36 des Preuss. Ausf. Ges. überein (vergl. auch die Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher vom 24. Juni 1878 §. 17); es ist jedoch die nur für die Verhältnisse grosser Städte und weitausgedehnter Ortschaften passende Bestimmung des Preussischen Gesetzes, wonach den Vertrauensmännern und Schöffen (nicht auch den Geschworenen) auch innerhalb ihres Aufenthaltsortes bis zur Entfernung von mehr als zwei Kilometern Reisekostenvergütung gewährt ist, nicht adoptirt worden.

Zu §. 30. Der §. 70 Abs. 2 des D. G. V. G. hat gewisse Ansprüche, welche schon nach dem bestehenden Reichsrecht in letzter Instanz durch das Reichsoberhandelsgericht entschieden werden, ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes zur ausschliesslichen Competenz der Landgerichte verstellt und im Abs. 3 der Landesgesetzgebung gestattet, bestimmt bezeichnete Ansprüche gleichfalls ausschliesslich den Landgerichten zuzuweisen. Allen diesen Ansprüchen gemeinsam ist, dass sie neben der privatrechtlichen namentlich auch eine staatsrechtliche Seite haben, und dass die principielle Wichtigkeit derselben es wünschenswerth macht, schon in erster Instanz eine gründliche Verhandlung vor den Landgerichten und demnächst eine gleichmässige Entscheidung der in Betracht kommenden Rechtsfrage durch das Reichsgericht herbeizuführen; daher wird in derartigen Sachen die Prorogation an die Amtsgerichte ausgeschlossen (D. C. P. O. §. 40 Abs. 2) und die Revision beim Reichsgericht ohne Rücksicht auf den Werth des Beschwerdegegenstandes, übrigens unter Belastung der Reichs- oder Staatscasse mit den dadurch erwachsenen Mehrkosten auch im Falle des Obsieges, gestattet (D. C. P. O. §. 509 No. 2. §. 92 Abs. 3). Der Entwurf konnte sich in Anerkennung der Wichtigkeit der hervorgehobenen Gründe nicht versagen, von diesem Vorbehalte Gebrauch zu machen, da sonst in den zahlreichen Fällen, wo der Werth des Streitgegenstandes die Summe von 300 Mark nicht über-

steigt, das Amtsgericht in erster und das betreffende Landgericht in letzter Instanz über Fragen, welche das Interesse des Staats auf das Empfindlichste berühren, zu entscheiden haben würde.

Die unter den Nummern 1 bis 5 aufgeführten Ansprüche entsprechen dem §. 70 Abs. 3 des D. G. V. G. Zu den Ansprüchen gegen den Landesfiscus wegen Verschulden von Staatsbeamten (No. 3) gehören die Klagen in denjenigen Fällen, in welchen derselbe für die Handlungen seiner Beamten verantwortlich ist (vergl. z. B. für den Fall einer widerrechtlich verfügten oder verlängerten Gefangenschaft: Ges. No. 27 vom 4. Juli 1851 §. 2 No. 2, für den Fall eines Versehens bei Besorgung der Grundbuchsachen: Grundbuchordnung vom 8. März 1878 §. 3 Abs. 2), zu den Ansprüchen gegen öffentliche Beamte wegen Ueberschreitung ihrer amtlichen Befugnisse etc. (No. 4) die schon nach der bisherigen Gesetzgebung zur Competenz der Kreisgerichte bezw. des Obergerichts gehörigen Syndicatsklagen (Braunschw. C. P. O. §. 41 No. 1. Gesetz No. 19 vom 28. März 1861 §. 7 II.).

Der Schlussabsatz ist dem Preuss. Ausf. Ges. §. 39 entnommen und will zur Vermeidung von Zweifeln darauf hinweisen, dass an den nach der bestehenden Gesetzgebung begründeten Voraussetzungen für die Zulässigkeit des Rechtsweges hinsichtlich der bezeichneten Ansprüche Nichts geändert werden soll (vergl. z. B. Gesetz No. 30 vom 12. October 1832 §. 12, Gesetz vom 20. December 1834 [No. 2 de 1835] §§. 6, 7, 15, Gesetz No. 26 vom 30. April 1861 §. 10 Abs. 3 §. 32 Abs. 2, Gesetz No. 41 vom 3. August 1864 §. 6 etc.).

Zu §. 31. Nach den Gesetzen No. 113 und 114 vom 22. December 1870 soll über die qualifizierte Suspension und die Entlassung der Staatsdiener, städtischen Beamten, Kirchen- und Schuldieners, der Notare und des Landsyndicus von dem 2. oder 3. Senat des Obergerichts in erster Instanz mittelst summarischen Verfahrens, unter Zulassung nur des Rechtsmittels der Revision an den ersten Senat des Obergerichts, auf Grund einer vom Oberstaatsanwalt nach Anweisung des Staatsministeriums zu erhebenden Klage entschieden werden. Bis zu anderweiter Regelung der Disciplinarverhältnisse der Richter und der übrigen genannten Beamten, welche allerdings in der Absicht der Herzoglichen Landesregierung liegt, wird es bei den allegirten Gesetzen im Allgemeinen sein Bewenden haben müssen; nur liess sich weder das privilegierte Forum, noch die besondere Processart beibehalten, jenes nicht, weil der §. 70 Abs. 3 des D. G. V. G. ausschliesslich in den dort bezeichneten Fällen der Landesgesetzgebung eine Erweiterung der Competenz des Landgerichts, unter Abweichung von den Regeln der §§. 23 und 24 des D. G. V. G., gestattet, diese nicht, weil die D. C. P. O. den summarischen Process als solchen nicht kennt. Sollten daher bis zum Inkrafttreten des gegenwärtigen Entwurfs die Grundsätze über die disciplinarische Entlassung der Beamten nicht in anderer Weise geordnet werden, so würde das civilprocessualische Ver-

fahren, wie es die cit. Gesetze de 1870 vorschreiben, zwar auch ferner zur Anwendung kommen, nur dass über derartige Klagen nach §. 70 Abs. 1 vergl. mit §§. 23 und 24 des D. G. V. G. das Landgericht in erster Instanz, und zwar in dem durch die Deutsche Civilprocessordnung geordneten Verfahren, also auch unter Zulassung der durch die letztere gegebenen Rechtsmittel, zu entscheiden haben würde.

Zu §. 32. Der §. 13 des D. G. V. G. verweist vor die ordentlichen Gerichte alle diejenigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, für welche nicht die Zuständigkeit von Verwaltungsbehörden begründet ist. Auch das hiesige Landesrecht kennt mehrere Fälle, wo eine Verwaltungsbehörde über eine bürgerliche Rechtsstreitigkeit zu entscheiden hat. Insbesondere gehören hierher:

1. die Bestimmungen des §. 140 der Rev. St. O. vom 19. März 1850 und des §. 83 der L. G. O. von demselben Tage, wonach in Gemeindefreirechnungssachen die von den städtischen Behörden bezw. dem Gemeinderath abgegebenen, vom Rechnungsführer anerkannten, imgleichen die auf erhobenen Rekurs von der Kreisdirection abgegebenen Entscheidungen in dem Verhältniss zwischen dem Rechnungsführer und der Gemeinde die Kraft gerichtlicher Erkenntnisse haben;

2. die Bestimmung des §§. 22 des Gesetzes No. 29 vom 12. October 1832, wonach die Entscheidung des Finanz-Collegiums bei Abnahme der seiner Revision unterstellten Rechnungen in Betreff der dem Rechnungsführer gemachten Erinnerungen ebenfalls die Wirkung eines gerichtlichen Erkenntnisses hat.

Diese Bestimmungen werden durch das Reichsgesetz an sich nicht berührt. Die cit. Gesetze begründen nun aber zugleich gegen die von der Verwaltungsbehörde mit der Kraft des gerichtlichen Erkenntnisses abgegebenen Entscheidungen eine gerichtliche Revisionsinstanz, in den unter 1 bezeichneten Fällen an das nach dem Gegenstande der Beschwerde zuständige Amts- oder Kreisgericht, in dem Falle unter 2 nach dem Ermessen des Staatsministeriums bei dem Kreisgerichte oder dem Obergerichte (früher Landesgerichte) so zwar, dass die verfolgte Revision nicht in einem selbstständigen processualischen Verfahren, sondern wie eine gerichtliche Beschwerde im Processe, also ohne mündliches Verfahren, wengleich mit der Wirkung der vollen Rechtskraft der abgegebenen Entscheidung, endgültig erledigt werden sollte (Circ. Rescr. Oberger. vom 9. Januar 1856 [G. u. V. O. S. No. 1]). Eine derartige Revisionsinstanz widerstreitet jedoch sowohl der Stellung, welche der §. 13 des D. G. V. G. den Gerichten eingeräumt hat, als den Grundsätzen desselben Gesetzes und der D. C. P. O. über die Competenz der Gerichte und das Verfahren. Indem das Gesetz diese Einrichtung beseitigte, hat dasselbe die weitere Regelung der Sache vorbehalten müssen, bis dahin jedoch den Betheilig-

ten die Beschreitung des ordentlichen Rechtsweges gegen die von der Verwaltungsbehörde abgegebene Entscheidung zugestanden¹⁾.

Ebenhierhin gehören auch die geltenden Bestimmungen über das Verfahren bei Abnahme der Vormundschafts- und Curatelrechnungen. Insbesondere lässt der §. 8 des Gesetzes No. 7 vom 23. Februar 1837 die Obervormundschafts- und Obercuratelbehörden über die bei Abnahme der fraglichen Rechnungen aufgestellten Erinnerungen entscheiden und gestattet dagegen entweder eine Vorstellung bei demselben Gerichte oder eine Beschwerde beim Kreisgerichte, bezw. gegen die Entscheidung des Kreisgerichts, wenn der Gegenstand 300 Mark übersteigt, eine nochmalige Vorstellung an das Obergericht (früher Landesgericht). Die in dieser Weise gegebenen Rechtsmittel haben in der That nur den Charakter einer Extrajudicial-Appellation, gleichwohl sollen die darauf ergangenen Entscheidungen über das Rechtsverhältniss zwischen dem Vormunde oder Curator und den Pflegebefohlenen mit der Wirkung der Rechtskraft ausgestattet sein. Auch hierbei konnte jedoch dem Betheiligten die Befugniss, seine Rechte im Wege des Processes geltend zu machen, nicht verwehrt werden; der Entwurf hebt daher auch diese Bestimmung auf und reservirt gleichfalls die weitere Regelung der fraglichen Angelegenheit.

Zu §. 33. Dass die in Vormundschafts- und Curatelsachen bisher von den Kreisgerichten zu ertheilende Genehmigung bei Verfügungen über Grundstücke oder über Capitalien zum Betrage von mehr als 300 Mark, wofern sie nicht vermöge des vollkommenen Rechts eines Dritten gefordert werden (Gesetz No. 33 vom 15. October 1832 §. 12 und Gesetz No. 13 vom 19. März 1850 §. 22), imgleichen bei den aus freier Hand vorzunehmenden Veräusserungen oder Verpachtungen unbeweglicher Sachen der Pflegebefohlenen (Gesetz No. 36 vom 11. April 1876 §§. 2 und 3) in Zukunft von den Landgerichten zu erfolgen hat, und dass in derartigen Sachen gegen die Entscheidungen der Landgerichte das Rechtsmittel der Beschwerde an das Oberlandesgericht ohne die Beschränkung auf Gesetzesverletzungen zulässig ist (§. 44), entspricht der veränderten Organisation der Gerichte und bedarf keiner weiteren Begründung. Das Rechtsmittel steht nicht jedem, der überhaupt an der fraglichen Verfügung ein Interesse hat, also nicht z. B. dem mit dem Vormunde paciscirenden grossjährigen Contrahenten, sondern nur „den

¹⁾ Das Ges. No. 42 vom 14. Juli 1879 hat die aufgehobenen Bestimmungen des §. 140 der Rev. St. O. vom 19. März 1850 und des §. 83 der L. G. O. von demselben Tage durch nachstehende Bestimmung ersetzt:

„Gegen die Entscheidung der Staatsbehörde findet kein Recurs an Herzogliches Staatsministerium, sondern nur der ordentliche Rechtsweg statt. Die vorläufige Vollstreckung der Entscheidung der Staatsbehörde wird durch die Beschreitung des Rechtswegs nicht aufgehalten. Die Einleitung der Sache in den Rechtsweg muss bei Verlust der Befugniss dazu binnen Jahresfrist nach der Eröffnung der Entscheidung der Staatsbehörde erfolgen.“

Betheiligten,“ d. h. den unmittelbar bei der Vormundschaft Betheiligten — Vormund und Pflegebefohlenen — zu.

Zu §. 34. In Betreff der Beschwerdeinstanz in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit (der eigentlichen Extrajudicial-Appellation) galt bisher die allgemeine Bestimmung im §. 20 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 21. August 1849, wonach Beschwerden in derartigen Sachen von dem zunächst unmittelbar vorgesetzten Gerichte entschieden, übrigens bis zum Obergerichte verfolgt werden sollten. Dagegen fehlte es an jeder näheren Festsetzung über die Fristen, innerhalb welcher die Beschwerden zu verfolgen sind, sowie über das Verfahren bei Einlegung und bei Entscheidung derselben. Besondere Bestimmungen dieserhalb bestanden nur — abgesehen von dem bei §. 32 berührten Verfahren bei Abnahme der Vormundschaftsrechnungen — hinsichtlich der Beschwerdeführung gegen Entscheidungen der Handelsgerichte wegen Nichtbeobachtung der Vorschriften über die Anmeldungen zum Handels- und Genossenschaftsregister etc. (Gesetz No. 31 vom 14. September 1863 §§. 9, 15 bis 17 und V. O. No. 7 vom 15. Januar 1869 §. 1). Bei Regelung dieser Verhältnisse entstand zunächst die Frage, ob die Entscheidung zweiter Instanz eine endgültige sein, oder ob gegen dieselbe das Rechtsmittel der weiteren Beschwerde zugelassen werden sollte, und, bei Bejahung der ersteren Alternative, ob es sich nicht im Interesse der Wahrung der Einheit der Rechtsprechung empfehlen würde, die Entscheidung über das Rechtsmittel zweiter Instanz ohne Weiteres dem Oberlandesgerichte zu übertragen? Man entschied sich für das im Entwurfe befolgte System, indem man wie bisher die Landgerichte als Gerichte zweiter Instanz in denjenigen Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit, welche in erster Instanz den Amtsgerichten überwiesen sind, hinstellte, auch gegen deren Entscheidung das Rechtsmittel der weiteren Beschwerde an das Oberlandesgericht zuließ, zugleich aber dieses Rechtsmittel in §. 46 auf wirkliche Gesetzesverletzungen beschränkte. In Folge dessen wird allerdings soweit es sich um die thatsächliche Würdigung des concreten Falles handelt, in Zukunft nur eine einmalige Beschwerde an das Landgericht — bzw. in denjenigen Vormundschafts- und Curatelsachen, wo das letztere in erster Instanz zuständig war, an das Oberlandesgericht (§§. 33 und 44) — stattfinden; indessen genügt dies für das praktische Bedürfniss, entspricht auch den Vorschriften der D. C. P. O. für Sachen der streitigen Gerichtsbarkeit, während durch die Zulassung einer wiederholten Prüfung des Rechtspunktes seitens des den Landgerichten vorgesetzten Oberlandesgerichts die thunlichste Garantie für die Correctheit der abgegebenen Entscheidungen erbracht und die Einheit der Rechtsprechung gewahrt wird. — Uebrigens behandelt der §. 34 nur die Rechtsmittel, durch welche sachliche Anordnungen und Entscheidungen der Amtsgerichte in nichtstreitigen Rechtssachen angefochten werden; wo es sich um Verzögerungen in der Rechtspflege oder überhaupt um

Beschwerden über den Geschäftsbetrieb handelt, entscheidet der §. 84 des Gesetzes.

Was die formellen Vorschriften hinsichtlich des Rechtsmittels der Beschwerde betrifft, so will der Entwurf im Allgemeinen, um eine einheitliche Regelung für beide Gebiete der Rechtspflege herbeizuführen, die Grundsätze der Deutschen Civilprocessordnung über das Rechtsmittel der Beschwerde auch auf das Rechtsmittelsystem in Angelegenheiten der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit zur Anwendung gebracht wissen; er bestimmt zur Verhütung von Verschleppungen für Einlegung der Beschwerde eine Monatsfrist, gerechnet von der Zustellung oder der im Termine erfolgenden Verkündung der betreffenden Verfügung, ohne diese Frist jedoch, wie bei dem Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde nach §. 540 der D. C. P. O., als Nothfrist hinzustellen. Eben deshalb kommen auch im Fall der Versäumung der Frist nicht die nur auf Nothfristen anwendbaren strengen Vorschriften des §. 211 der D. C. P. O. über Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zur Anwendung, vielmehr soll letztere schon dann zulässig sein, wenn die Partei in glaubhafter Weise darthut, dass ihr die Fristversäumung nicht zur Schuld zuzurechnen sei, ähnlich wie auch nach der D. C. P. O. in gewissen Fällen (§§. 44 Abs. 4, 247 Abs. 3, 319 Abs. 2, 332 Abs. 2, 490 Abs. 1, 869) eine versäumte Processhandlung aus bestimmten Entschuldigungsgründen nachgeholt werden kann. — Da das Gericht oder der Vorsitzende, dessen Entscheidung angefochten wird, nach dem für anwendbar erklärten §. 534 der D. C. P. O. der Beschwerde ohne Weiteres abhelfen kann, so gewinnt letztere in derartigen Fällen den Charakter einer Vorstellung, daher es eines besonderen Vorbehaltes für das schon nach der bisherigen Gesetzgebung in einzelnen Fällen (vergl. z. B. §. 9 des Gesetzes No. 31 vom 14. September 1863) vorgeschriebene Rechtsmittel der Vorstellung nicht bedurfte.

Zu §. 35. Die Zuweisung der Angelegenheiten der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit, soweit sie überhaupt zur Zuständigkeit der Landgerichte gehören, an die Civilkammern des letzteren rechtfertigt sich durch die Analogie der Vorschrift des §. 71 des D. G. V. G., welcher die Civilkammern auch als Berufungs- und Beschwerdegerichte in den vor den Amtsgerichten verhandelten Civilprocessen hinstellt. Zugleich empfahl es sich, die Beschwerden über Entscheidungen der Amtsgerichte in den auf Führung der Handelsregister etc. bezüglichen und den bisher zur Zuständigkeit der Handelsgerichte gehörigen, in §. 20 No. 7 den Amtsgerichten überwiesenen Angelegenheiten da, wo eine Kammer für Handels-sachen besteht, ausschliesslich auf diese zu übertragen, da hierbei Handelsverhältnisse in Betracht kommen, zu deren Beurtheilung das die Handelskammer bildende Richterpersonal besonders geeignet scheint.

Zu §. 36. Das Reichsgesetz vom 1. Mai 1878 §. 1 (R. G. Bl. S. 89) hat den Legalisationszwang für die von einer inländischen öffentlichen Behörde oder von einer mit öffentlichem Glauben versehenen Per-

son des Inlandes aufgenommenen oder ausgestellten Urkunden, soweit es sich dabei um deren Gebrauch im Inlande, d. h. innerhalb Deutschlands, handelt, aufgehoben. Falls aber derartige Urkunden im Auslande gebraucht werden sollten, und somit deren Legalisation im diplomatischen Wege erforderlich war, fehlte es bisher an einer Bestimmung darüber, von welcher Behörde die zu diesem Zwecke erforderliche Beglaubigung der Unterschrift auszugehen habe. Um diesem Mangel abzuhelpfen, schreibt der Entwurf in Uebereinstimmung mit §. 43 des Preuss. Ausf. Ges. vor, dass diese Beglaubigung durch den Präsidenten des Landgerichts erfolgen soll.

Zu §§. 37 bis 39. Sofern die Landesjustizverwaltung von der ihr in §. 99 des D. G. V. G. eingeräumten Befugniss, die Bezirke mehrerer Landgerichte zu einem Schwurgerichtsbezirke zusammenzulegen, keinen Gebrauch macht, wird ein Schwurgericht sowohl bei dem Landgerichte Braunschweig, wie bei dem Landgerichte Holzminden abgehalten werden. Der Vorschrift des §. 79 leg. cit. wird durch die dem §. 120 der hiesigen St. P. O. entsprechende Bestimmung des §. 37 des gegenwärtigen Gesetzes Rechnung getragen, wonach die Schwurgerichte regelmässig in jedem Vierteljahre zusammentreten sollen, ausgenommen, wenn entweder keine Sachen zur Entscheidung vorliegen, oder wenn andererseits das Bedürfniss ausserordentliche Sitzungen nöthig macht, worüber wie bisher der Strafsenat des Oberlandesgerichts auf Antrag des Oberstaatsanwalts zu bestimmen hat. — Dagegen konnte das bisherige Verfahren (St. P. O. de 1858 §. 120 Abs. 2), wonach der Criminalsenat des Obergerichts bei Beginn des Jahres die Sitzungen des Schwurgerichts im Voraus bekannt machte, nicht beibehalten werden, weil nach §. 212 der D. St. P. O. — welcher auch auf das Schwurgerichtsverfahren Anwendung findet (§. 276 leg. cit.) — der Termin zur Hauptverhandlung von dem Vorsitzenden des Gerichts anzuberaumen ist, der Vorsitzende des Schwurgerichts selbst aber nach §. 83 des D. G. V. G. erst für jede Sitzungsperiode durch den Präsidenten des Oberlandesgerichts ernannt wird. Der §. 38 schliesst sich diesen Bestimmungen an und setzt den Zeitpunkt der Bekanntmachung mit Rücksicht darauf, dass die Bildung der Spruchliste mindestens zwei Wochen vor Beginn der Sitzungen des Schwurgerichts erfolgen soll (D. G. V. G. §. 91), auf spätestens drei Wochen vor dem wirklichen Beginn dieser Sitzungen fest.

Die Bestimmung des §. 39 wurde bereits bei §. 28 erwähnt.

Zu §. 40. Da die §§. 61 bis 66 des D. G. V. G. über die Bildung der Kammern des Landgerichts und über die Vertheilung des Vorsizes in denselben nach §. 67 daselbst auf die Kammern für Handelssachen keine Anwendung finden, die Bestimmung über den Vorsitz in solchen Kammern vielmehr von den einzelnen Bundesstaaten getroffen werden soll (Prot. der R. T. C. S. 641, bei Hahn, Mat. S. 804), so schreibt der §. 40 für den Fall, dass eine Kammer für Handelssachen, deren Bildung nach

§. 100 des D. G. V. G. von dem Beschluss der Landesjustizverwaltung abhängig ist, etwa beim Landgericht Braunschweig eingerichtet werden sollte ¹⁾, vor, dass deren Vorsitzender sowohl als der regelmässige Vertreter desselben mindestens auf die Dauer eines Geschäftsjahres durch die Landesjustizverwaltung zu bestimmen ist. Diese Vorschrift stimmt mit §. 46 des Preuss. Ausf. Ges. überein, entspricht den §§. 60 und 62 des D. G. V. G. und bezweckt, einen zu raschen Wechsel in der Person des den Vorsitz in der Kammer für Handelssachen führenden Mitgliedes des Landgerichts (D. G. V. G. §. 109) zu vermeiden. Ob der Vorsitz in der gedachten Kammer auf den Präsidenten, einen Director oder ein sonstiges Mitglied des Landgerichts übertragen wird, hängt gleichfalls lediglich von dem Ermessen der Landesjustizverwaltung ab.

Zu §. 41. Wie nach §. 59 des D. G. V. G. bei den Landgerichten Civil- und Strafkammern, so sollen nach §. 120 leg. cit. beim Oberlandesgerichte Civil- und Strafsenate gebildet werden, deren Zahl von der Landesjustizverwaltung festgestellt werden wird. Die Kammern so wenig wie die Senate bestehen als getrennte Collegien in der Weise, dass kein Mitglied mehreren derselben angehören könnte; das Gegentheil ist schon im Interesse der Ersparniss von Richtern und der gleichmässigen Vertheilung der Geschäfte erforderlich und in den §§. 62 und 121 des D. G. V. G. ausdrücklich bestimmt. Auch steht nach der Intention des Reichsgesetzes Nichts entgegen, dass der einem Civilsenate des Oberlandesgerichts vorsitzende Senatspräsident gleichzeitig im Strafsenate den Vorsitz führt.

Der Entwurf hat hier sowenig wie bei den Landgerichten der Plenarberathungen des Gerichts Erwähnung gethan, ohne dass dieselben darum für unstatthaft haben erklärt werden sollen. Zwar dürfen die den einzelnen Kammern und Senaten zugewiesenen Angelegenheiten nicht von dem Plenum des Gerichts entschieden werden. Auch besteht kein Bedürfniss, in ähnlicher Weise, wie nach dem Preuss. Gesetze vom 7. Mai 1856, betreffend die Erhaltung der Einheit der Rechtsgrundsätze in den richterlichen Entscheidungen des Obertribunals (G. S. S. 293), bei abweichender Entscheidung vorhandener Controversen innerhalb der einzelnen Senate eine Berathung der vereinigten Senate mit präjudicieller Wirkung der von denselben gefassten Beschlüsse anzuordnen oder, wie nach dem hiesigen Gesetze No. 38 vom 5. Juli 1853, die autoritative Kraft mehrerer von dem Oberlandesgericht gleichmässig abgegebener Entscheidungen durch einen Plenarbeschluss dieses Gerichts feststellen zu lassen. Derartige Bestimmungen sind, wie eine 25jährige Erfahrung hinsichtlich des letztgedachten Gesetzes gezeigt hat, bei dem geringen

¹⁾ *Zufolge Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung vom 12. Juli 1879 (No. 41) wird bei dem Landgerichte Braunschweig für dessen Bezirk eine Kammer für Handelssachen gebildet werden.*

Umfange des Landes unpraktisch und nach Bildung des Reichsgerichts, als des auch für das hiesige Land in Zukunft begründeten obersten Gerichtshofes, nicht länger aufrecht zu halten. Andererseits steht Nichts entgegen, dass Angelegenheiten, welche das Gericht als solches betreffen, auch ferner zum Gegenstand der Plenarberatung gemacht werden, oder dass über Rechtsfragen, welche eine verschiedene Beurtheilung in den einzelnen Senaten erfahren haben, eine Verständigung für den Fall späterer Anwendung herbeizuführen gesucht wird. Insbesondere werden die Gutachten über Angelegenheiten der Gesetzgebung und Justizverwaltung, welche das Gericht nach §. 78 auf Verlangen der Landesjustizverwaltung zu erstatten hat, im Plenum zu berathen sein. Indessen bedurfte es in Betreff dieser Punkte keiner besonderen Feststellung im Gesetze, da das Weitere der Ausbildung durch die Praxis überlassen bleiben kann.

Zu §. 42. In den Motiven zu §. 3 wurde bereits hervorgehoben, dass die Art und Weise, wie die Vertretung eines Mitgliedes des Landgerichts, soweit dieselbe nicht durch ein anderes Mitglied dieses Gerichts geschehen kann, zu erfolgen habe, durch §. 69 Abs. 1 des D. G. V. G. geregelt sei. Für das Oberlandesgericht enthält das Reichsgesetz keine Bestimmung; es empfahl sich jedoch, jene Grundsätze auch auf das Oberlandesgericht zur Anwendung zu bringen. Der §. schreibt daher vor, dass die Einberufung des Vertreters erst, nachdem das Bedürfniss durch das Präsidium des Oberlandesgerichts (D. G. V. G. §. 121) constatirt worden, seitens der Landesjustizverwaltung zu geschehen habe, vorausgesetzt auch hier, dass nicht die Vertretung des verhinderten Mitgliedes durch ein Mitglied des Oberlandesgerichts erfolgen kann. Eine derartige Bestimmung war nothwendig, wenn man nicht dem auf Wahrung der vollen Unabhängigkeit der Gerichte beruhenden Grundgedanken der Reichsjustizgesetze gerade in der höheren Instanz entgegenwirken wollte.

Zu §. 43. Die nach §. 208 der N. Ldsch. O. erforderliche Begutachtung der Gesuche um Niederschlagung einer Untersuchung, welche bisher dem Anklagesenate des Obergerichts obgelegen hat, wird zweckmässig in Zukunft auf den Strafsenat des Oberlandesgerichts übertragen.

Zu §. 44. Der §. behandelt die schon in §. 33 erwähnte Beschwerde gegen die in Vormundschafts- und Curatelsachen von dem Landgerichte in erster Instanz abgegebenen Entscheidungen, regelt übrigens das weitere Verfahren nach Massgabe des §. 34 und bestimmt, conform mit dem dem Gesetze zu Grunde liegenden Rechtsmittelsystem in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit (s. d. Motive zu §. 34), dass eine Anfechtung der vom Oberlandesgericht abgegebenen Entscheidung, bei welcher es regelmässig nur auf Erwägungen der Zweckmässigkeit, nicht auf Rechtsfragen ankommen wird, nicht stattfindet.

Zu §§. 45 bis 48. Die §§. 45 bis 48 schliessen sich im Wesentlichen an die entsprechenden §§. 51 bis 55 des Preuss. Ausf. Ges. an.

Ueber das Rechtsmittel der weiteren Beschwerde s. im Allgemeinen die Bemerkungen zu §. 34. Da es hierbei nur auf nochmalige Prüfung des Rechtspunktes ankommt, so musste das Rechtsmittel dem der Revision im Sinne der Deutschen Civilprocessordnung nachgebildet werden. Der Entwurf schreibt daher vor, dass das gedachte Rechtsmittel nur wegen Verletzung des Gesetzes zulässig sei und bringt die §§. 512 und 513 der D. C. P. O. (vergl. §§. 376, 377 der D. St. P. O.), welche darüber bestimmen, in welchen Fällen die Entscheidung stets als auf einer Verletzung des Gesetzes beruhend anzusehen sei, zur Anwendung.

Der §. 47 Abs. 1 ist dem §. 532 Abs. 1 der D. C. P. O. (vergl. D. St. P. O. §. 348 Abs. 1) nachgebildet. Die Frist der Einlegung ist dieselbe, wie nach §. 34 für Beschwerden gegen erstinstanzliche Entscheidungen (§. 48 Abs. 1); es finden daher auch die dort angenommenen Grundsätze über Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Fristversäumniss bei dem Rechtsmittel der weiteren Beschwerde Anwendung. Dass die Beschwerde regelmässig bei dem angegriffenen Gerichte eingelegt werden soll, geschieht hier der Abkürzung des Verfahrens wegen, um diesem Gerichte die Gelegenheit zu sofortiger Einsendung der Akten ohne vorherige Anforderung derselben seitens des Oberlandesgerichts zu gewähren. Da das Rechtsmittel auf Verletzung der Gesetze gegründet wird, so war eine Verschärfung der auf dasselbe bezüglichen Formvorschriften geboten, damit leichtfertige, aus Unkenntniss der Gesetze erhobene Beschwerden vermieden werden, und zugleich dem Treiben der Winkelconsulenten vorgebeugt werden kann. Der Entwurf schreibt daher vor, dass die Einlegung, wenn sie nicht zum Protokoll des Gerichtsschreibers vorgetragen wird, mittelst einer Beschwerdeschrift erfolgen soll, welche durch einen Rechtsanwalt zu unterzeichnen ist. Der letztere braucht die Schrift nicht verfasst zu haben; durch seine Unterschrift aber übernimmt er die Gewähr für den Inhalt derselben; eine Legalisation fehlerhafter Beschwerden würde ihn nicht nur unter Vermögensverantwortlichkeit stellen, sondern auch disciplinarischer Ahndung unterziehen (Rechtsanwaltsordn. vom 1. Juli 1878 §§. 28, 62). Von dem Erforderniss der Zuziehung eines Rechtsanwalts ist eine Ausnahme nur für öffentliche (nicht bloss staatliche) Behörden und für solche Personen, welche zum Richteramt befähigt sind, zugelassen; den Letzteren konnte das Recht, für sich selbst Beschwerdeschriften einzureichen, nicht bestritten werden. — Die Beschwerde soll die verletzte Rechtsnorm bezeichnen (§. 47 Abs. 5). Im Interesse des materiellen Rechts und im Interesse der Beschwerdeführer ist jedoch bestimmt, dass eine unrichtige Bezeichnung unschädlich sein soll. Wie es im Strafprocess für die Revision vollkommen genügt, wenn behauptet wird, dass die Anwendung des Strafgesetzes auf das festgestellte Sachverhältniss fehlerhaft sei, und wie dort der Revisionsrichter die Gesetzesanwendung ganz frei und unabhängig von den Ausführungen

des Beschwerdeführers seiner Prüfung zu unterwerfen hat (D. St. P. O. §§. 384, 392 Abs. 2), so ist es noch mehr bei Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit erforderlich, dass der Beschwerderichter, sobald er findet, dass die Entscheidung der vorigen Instanz andere als die in der Beschwerdeschrift bezeichneten Rechtsnormen verletzt habe, nicht durch formelle Gründe verhindert werde, das materielle Recht wieder herzustellen. Die obige Vorschrift hat daher nur einen instructionellen Charakter.

Für das weitere Verfahren sollen sodann die Bestimmungen der §§. 535 bis 538 der D. C. P. O. massgebend sein (§. 48 Abs. 2). Es fällt daher hier die Möglichkeit einer Abänderung der Entscheidung seitens des vorinstanzlichen Gerichts (D. C. P. O. §. 534) hinweg. Das Rechtsmittel selbst hat keine aufschiebende Wirkung, sofern sie ihm nicht vom Oberlandesgericht oder dessen Vorsitzenden beigelegt wird (§. 535). Die Entscheidung kann im schriftlichen Verfahren ohne mündliche Verhandlung erfolgen (§. 536). Das Beschwerdegericht hat von Amtswegen darauf zu achten, ob die Beschwerde in der vorgeschriebenen Form und Frist (§§. 47, 48) eingelegt ist, eventuell dieselbe als unzulässig zu verwerfen (§. 537), dann aber, wenn die Beschwerde begründet erscheint, demjenigen Gerichte, von welchem die angefochtene Entscheidung erlassen war, die nöthige Anordnung zu ertheilen.

Zu §. 49. Schon die bisherigen Stadt- und Amtsgerichte waren befugt, in gewissen Fällen gegen die Verfügungen der ihnen vorgesetzten Kreisgerichte Beschwerden bei dem Obergerichte zu erheben. Indessen war diese Beschwerdeführung, soweit sie auf gesetzlicher Grundlage beruhte, nur von geringem Umfang. Die in §. 23 des Civilstaatsdienstgesetzes untergeordneten Behörden und Beamten ertheilte Anweisung, gegen Verfügungen der ihnen vorgesetzten Behörden, wenn dieselben entweder nicht in der Zuständigkeit der letzteren liegen oder nicht in der vorgeschriebenen Form erlassen sind, Vorstellungen zu erheben und erforderlichen Falls die Entscheidung der Landesregierung zu erwirken, verfolgt nur den Zweck, jene Behörden und Beamten vor eigener Verantwortlichkeit zu sichern, gewährt denselben aber kein Recht der Remonstration in solchen Fällen, wo nach ihrer Ansicht das materielle Recht durch die Verfügung der vorgesetzten Behörde gefährdet wurde, wenn gleich die richtige Form und die gesetzliche Grenze der Zuständigkeit gewahrt blieb. Dasselbe gilt in Betreff der Vorschrift des §. 33 des Gesetzes No. 33 vom 15. October 1832, wonach die Localgerichte, wenn sie sich durch Officialverfügungen der Kreisgerichte beschwert erachten, bei dem Obergerichte (früher Landesgerichte) Beschwerde anbringen können, worauf letzteres mit Vorbehalt des Recurses an Herzogliches Staatsministerium zu entscheiden hat, da hierbei augenscheinlich nur an die in das Gebiet der Justizverwaltung einschlagenden Verfügungen gedacht ist.

Die Praxis des Obergerichts hat allerdings Officialbeschwerden der Amts- und Stadtgerichte in weiterem Umfange, namentlich überall da

zugelassen, wo das öffentliche Interesse in Frage kam; indessen war diese Praxis keineswegs constant, wie denn der Begriff des öffentlichen Interesses selbst ein schwankender ist.

Das gegenwärtige Gesetz hat daher, ausgehend von der Erwägung, dass ein solches Beschwerderecht an sich im Interesse gleichmässiger Rechtsübung nicht wohl zu entbehren sei, die Voraussetzungen, unter welchen dem Amtsgerichte das Recht der Beschwerde an das Oberlandesgericht zu gestatten ist, näher geordnet. Es lässt dasselbe gegen sachliche Verfügungen der Landgerichte (über Beschwerden gegen die aus dem Recht der Aufsicht hergeleiteten Verfügungen vergl. §. 79 ff.) zunächst überall nur in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit zu, da in das durch die Deutschen Processordnungen geregelte Gebiet der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit, soweit das Reichsgesetz dies nicht gestattet, landesgesetzlich nicht eingegriffen werden kann. Dagegen gestattet dasselbe die Beschwerde nicht bloss da, wo nach Ansicht des Amtsrichters die Zuständigkeit des Landgerichts überschritten, sondern auch da, wo seiner Meinung nach ein gesetzliches Gebot oder Verbot unbeachtet geblieben ist; der Paragraph überlässt es dem Ermessen der Amtsgerichte, in allen solchen Fällen, vorbehaltlich der Folgeleistung in eiligen Sachen, die Entscheidung des Oberlandesgerichts einzuholen. Diese Entscheidung, bei welcher es ein- für allemal sein Bewenden haben muss, soll für die Sache selbst präjudicirlich sein; eine Entscheidung, welche ohne Einfluss auf die von dem Landgerichte abgegebene Verfügung bliebe, etwa nach Art der bisher von dem Oberstaatsanwalt als Wächter der Strafgesetze im öffentlichen Interesse verfolgten Nichtigkeitsbeschwerde (Br. St. P. O. §. 170), würde dem mittelst dieses Beschwerderechts erstrebten Zwecke, die Einheit der Rechtsprechung in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit zu wahren, nicht entsprechen.

Zu §. 51. Die Bezeichnung der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgerichte und bei den Landgerichten, welche das D. G. V. G. nicht geordnet hat, stimmt mit der des §. 59 des Preuss. Ausf. G. und im Wesentlichen mit der im hiesigen Lande bisher geltenden Bezeichnung überein.

Zu §§. 52 bis 55. Das D. G. V. G. §. 149 hat nur in Betreff des Oberreichsanwalts und der Reichsanwälte bestimmt, dass dieselben keine richterlichen Beamten sind, im Uebrigen hat dasselbe die Regelung der staatsrechtlichen Stellung der Beamten der Staatsanwaltschaft bei den Oberlandes- und Landgerichten der Landesgesetzgebung überlassen.

Bekantlich gehen die Deutschen Gesetzgebungen in den Vorschriften über das dienstliche Verhältniss der Beamten der Staatsanwaltschaft auseinander. „Nach der Mehrzahl derselben ist das Amt der Staatsanwälte ein ständiges, dergestalt, dass dieselben durch ihre Ernennung aufhören, richterliche Beamte zu sein, und dass es für sie eine gesonderte Dienstlaufbahn und einen besonderen Besoldungsetat giebt. Demzufolge stehen

die Staatsanwälte hinsichtlich der Disciplin (Absetzbarkeit, Versetzbarkeit u. s. w.) nicht den richterlichen Beamten gleich; sie werden vielmehr wie Verwaltungsbeamte behandelt und bisweilen geradezu als solche bezeichnet. In Preussen gehören die Staatsanwälte (im Geltungsbereiche der Verordnung vom 3. Januar 1849) zu denjenigen Beamten, welche jederzeit gegen Gewährung des vorschriftsmässigen Wartegeldes einstweilen in den Ruhestand versetzt werden können. — In einigen anderen Staaten ist dagegen das Amt der Staatsanwälte kein ständiges; vielmehr wird dasselbe von richterlichen Beamten auf Grund eines widerruflichen Auftrages ausgeübt und mit dem Aufhören dieses Auftrages treten die betreffenden Beamten von selbst in die richterliche Laufbahn und in ein ihnen anzuweisendes richterliches Amt zurück. Sie bleiben auf dem Besoldungsetat der Richter, rücken mit diesen zu den höheren Gehalten fort und beziehen, so lange sie als Staatsanwälte fungiren, eine Functionszulage neben ihrem richterlichen Gehalt“ (Motive zum D. G. V. G. S. 168, bei Hahn Mat. S. 151).

In der zuletzt erwähnten Weise war das System bisher im hiesigen Lande geregelt. Nach dem Gesetze No. 9 vom 17. Januar 1870 gehört nur der Oberstaatsanwalt zu den nicht richterlichen Beamten (§. 5), dagegen sind die Staatsanwälte, einschliesslich des Gehülfen des Oberstaatsanwalts, richterliche Beamte, welche ihr Amt kraft dauernden jederzeit widerruflichen Auftrages der Landesregierung üben, während der Dauer dieses Auftrages jedoch ein Richteramt nicht bekleiden dürfen (§. 6), unter der Disciplinargewalt der richterlichen Disciplinarbehörde stehen (§. 14), in den Gehaltsclassen der Richter nach ihrem Dienstalter fort-rücken, während der Dauer des Auftrages Functionszulage erhalten können, übrigens bei Zurücknahme des ihnen ertheilten Auftrages unter Wegfall der Zulage in eine ihrem Range entsprechende Stelle als Richter wieder einzutreten haben (§§. 8 und 10). Dieses bisher auch in der Provinz Hannover (Gerichtsverfassungsgesetz vom 31. März 1859 §. 24), sowie in Oldenburg, Anhalt und Württemberg in Geltung gewesene, in Staaten von geringem Umfange mit der Organisation der Behörden am besten harmonirende System hat sich im hiesigen Lande durchaus bewährt, und ein Grund, dasselbe aufzugeben, dürfte um so weniger vorhanden sein, als dasselbe dem der D. St. P. O. §. 152 Absatz 2 zu Grunde liegenden Legalitätsprincipe am besten entspricht. Der Entwurf hat daher, abweichend von dem Preuss. Ausf. Ges., welches in §. 61 auch die Staatsanwälte zu nicht richterlichen Beamten erklärt, in Uebereinstimmung jedoch mit dem Mecklenburgischen Entwurfe §. 39 sq., im Wesentlichen das frühere Gesetz vom 17. Januar 1870 beibehalten.

Im Einzelnen ist nur noch zu bemerken: zu §. 53, dass die Richter nach wie vor (Gesetz No. 9 de 1870 §. 9) zur Annahme des Auftrages nicht verpflichtet sind, dass ihnen jedoch bei Annahme desselben die Functionszulage nicht bloss, wie bisher, fakultativ, sondern in jedem Falle gewährt werden muss, als Entschädigung für die Bekleidung eines müh-

seligen, der juristischen Ausbildung nur in beschränkter Richtung förderlichen Amtes¹⁾; zu §. 54, dass die Staatsanwälte, da sie, so lange der ihnen ertheilte Auftrag dauert, den Weisungen der Landesjustizverwaltung und des ihnen vorgesetzten Oberstaatsanwalts folgen müssen (D. G. V. G. §. 148 No. 2 und 3), trotz des ihnen im Uebrigen beiwohnenden richterlichen Charakters doch auf die Unversetzbarkeit der Richter keinen Anspruch machen können, vielmehr die Verlegung ihres Amtssitzes im Interesse des Dienstes sich gefallen lassen müssen; zu §. 55, dass der Schlussatz den Fall im Auge hat, wo zur Zeit der Rücknahme des ertheilten Auftrags eine Richterstelle nicht vacant ist, in welchem Falle der bisherige Staatsanwalt zwar auf den ihm zukommenden Richtergehalt, nicht aber auf die Functionszulage Anspruch zu machen hat.

Zu §. 56. Nach den hier bisher geltenden Bestimmungen (Gesetz über die ger. Polizei vom 19. März 1850 §. 12, St. P. O. §. 24) sind bei jedem Amts- und Stadtgerichte ein oder mehrere öffentliche Ankläger aus den Beamten der gerichtlichen Polizei (Ortspolizeibeamte, Amtsvoigte, Officiere und Stationscommandanten des Polizeimilitairs) ernannt, welche in allen zur Competenz der Localgerichte gehörigen Strafsachen die gerichtliche Verfolgung zu besorgen hatten; ausgenommen waren nur die Zoll- und Steuer-Defraudationen, sowie die Forst- und Jagdwroren, deren Verfolgung den betreffenden Steuer- und Forstbeamten übertragen war. Nach dem dem Entwurf zu Grunde liegenden System dagegen sollen die Amtsanwälte, welche in Zukunft das Amt der Staatsanwaltschaft bei den Amtsgerichten auszuüben haben (D. G. V. G. §. 143 No. 3), nicht ausschliesslich aus der Classe der Beamten der gerichtlichen Polizei, sondern frei nach dem Ermessen der Landesjustizverwaltung ernannt werden, was um deswillen erforderlich war, weil nach den für Schöffengerichte massgebenden Competenzbestimmungen ein grosser Theil der Vergehen der Verfolgung durch die Amtsanwälte anheimfallen, folgeweise die Beschäftigung des künftigen Amtsanwalts im Vergleich zu der der bisherigen öffentlichen Ankläger bei den Amtsgerichten schwieriger und umfangreicher werden wird. Die zur Bekleidung dieses Amtes geeigneten Kräfte heranzuziehen, muss der Landesjustizverwaltung überlassen bleiben, eintretenden Falls im Einvernehmen mit dem betreffenden Ressortchef. Dass dabei von der Voraussetzung der Richterqualification als Regel zu abstrahiren ist, rechtfertigt sich schon deshalb, weil das erforderliche Personal nicht zu Gebote stehen würde; ausgeschlossen ist jedoch nicht,

¹⁾ Die Justizcommission hatte an der den Motiven entsprechenden Bestimmung des Entwurfs, dass den Staatsanwälten in jedem Falle Functionszulage gewährt werden solle, Anstand genommen; auf ihren Antrag ist vielmehr in Anschluss an §. 10 des Ges. No. 9 vom 17. Januar 1870 die Ertheilung einer Functionszulage als ein Mittel zur Gewinnung geeigneter Persönlichkeiten vom Ermessen der Landesregierung abhängig gemacht (vergl. Landt. Verh. Anl. 29 S. 14).

dass Gerichtsassessoren zu amtsanwaltlichen Geschäften verwendet werden (s. zu §. 2). Im Uebrigen werden nach wie vor die Polizeiassessoren oder sonstige bei der Polizeidirection Braunschweig angestellte Beamte, der Verwalter der Ortspolizei in der Stadt Wolfenbüttel, die Bürgermeister in den übrigen Städten, sofern dieselben damit einverstanden sind, die Amtsvoigte und die Mitglieder des Polizeimilitairs, sowie in Forstrügesachen die Forstbeamten (Forststrafgesetz No. 18 vom 1. April 1879 §. 47 Abs. 2) zu den gedachten Geschäften heranzuziehen sein. Die näheren Bestimmungen gehören jedoch nicht in das Gesetz, sondern sind im Verwaltungswege zu ordnen¹⁾. Das Gesetz erwähnt nur theils die widerrufliche Ernennung der Amtsanwälte, weil die Geschäfte derselben nur als Nebenamt und ohne das Verlangen des Nachweises einer besonderen Befähigung übertragen werden, theils die Befugniß der Landesjustizverwaltung, den Amtsanwälten für die Besorgung dieses Nebenamtes eine Remuneration zu verleihen; das Letztere findet schon gegenwärtig bei den zu öffentlichen Anklägern bestellten Stationscommandanten des Polizeimilitairs Anwendung.

Das Reichsgesetz hat weder die Anstellung mehrerer Amtsanwälte bei demselben Amtsgerichte, noch auch die Bildung einer gemeinschaftlichen Anwaltschaft bei mehreren Amtsgerichten für unstatthaft erklärt; ausweislich der Motive hat man die nähere Ordnung der Sache den Anordnungen der einzelnen Bundesstaaten überlassen wollen (Motive zum D. G. V. G. S. 152, bei Hahn, Mat. S. 147).

Zu §. 57. Der §. 146 des D. G. V. G. ordnet das Devolutions- und Substitutionsrecht der oberen staatsanwaltlichen Beamten, für das hiesige Land also des Oberstaatsanwalts und des Ersten Staatsanwalts beim Landgerichte (vergl. in Betreff des bisherigen Verfahrens: Gerichtsverfassungsgesetz vom 21. August 1849 §. 27 Absatz 1 und Gesetz No. 40 vom 7. August 1850 §. 3). Dagegen enthält das Reichsgesetz keine Bestimmungen für solche Fälle, wo bei plötzlicher Behinderung des Beamten der Staatsanwaltschaft für dessen Vertretung auf dem gewöhnlichen Wege ohne Nachtheil der Geschäfte nicht mehr gesorgt werden kann. In dieser Hinsicht schrieb der §. 26 Absatz 4 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 21. August 1849 vor, dass, wenn der Staatsanwalt in einer öffentlichen Gerichtssitzung, bei welcher er nothwendig sei, nicht erscheine, der Vorsitzende des Gerichts seine Vertretung durch einen Richter anzuordnen habe; in ähnlicher Weise war durch §. 13 Absatz 2 des Gesetzes über die ger. Polizei vom 19. März 1850 bei plötzlicher Behinderung des öffentlichen Anklägers das Amtsgericht ermächtigt, zur einst-

¹⁾ Der Absatz 4 des §. 56, welcher in Uebereinstimmung mit §. 18 Abs. 1 die Grundsätze regelt, nach denen bei Vertheilung der Anwaltschaftsgeschäfte unter mehrere für dasselbe Amtsgericht ernannte Amtsanwälte verfahren werden soll, fehlte im Entwurf; er ist auf Antrag der Commission hinzugefügt.

weiligen Aushülfe eine andere geeignete Person mit den Geschäften zu beauftragen. Aehnliche Bestimmungen enthält der dem §. 66 des Preuss. Ausführungsgesetzes entsprechende §. 57 des gegenwärtigen Gesetzes, wobei darauf hingewiesen wird, dass die einstweilige Vertretung des Amtsanwalts bei den mit mehreren Richtern besetzten Amtsgerichten von demjenigen Richter, welcher mit der allgemeinen Dienstaufsicht betraut worden (§. 79 Abs. 3) anzuordnen ist, übrigens nach §. 57 Absatz 2 auch einem Gerichtsschreiber übertragen werden kann.

Zu §. 58. Der §. 58 ist nur eine Ausführung der in §§. 143 Abs. 2, 146 Abs. 2 des D. G. V. G. enthaltenen Beschränkung des bei §. 57 erwähnten Substitutionsrechts, wonach Amtsanwälte, da ihnen regelmässig die juristische Bildung fehlen wird, das Amt der Staatsanwaltschaft nur bei den Amts- und Schöffengerichten bzw. nur in den zur Zuständigkeit des letzteren gehörigen Sachen sollen versehen können. Der Entwurf folgert daraus, dass auch nur die zum Richteramt befähigten Personen mit Wahrnehmung der Geschäfte der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht und den Landgerichten beauftragt werden dürfen. Würde der Amtsanwalt, z. B. als Gerichtsassessor, die Qualifikation zum Richteramt besitzen, und somit der obenerwähnte (den Motiven zu §. 146 cit. [S. 165, bei Hahn Mat. S. 149] entlehnte) Grund nicht zutreffen, so würde kein Bedenken vorliegen, demselben die interimistische Besorgung der Geschäfte des Staatsanwalts bei den Landgerichten zu übertragen, wie derselbe in diesem Falle denn auch zur Besorgung einzelner ihm vom Staatsanwalt ertheilter Aufträge, z. B. zu dessen Vertretung bei dem amtsrichterlichen Verfahren auf Vorbereitung der öffentlichen Klage in den zur Zuständigkeit der Land- oder Schwurgerichte gehörigen Sachen, herangezogen werden kann.

Zu §. 59. 1. Da die Gerichtsschreiber bei den Gerichten, d. h. diejenigen Beamten der Gerichtsschreiberei, welche zur Vornahme der denselben in den Reichsjustizgesetzen überwiesenen Geschäfte befugt sind, im Allgemeinen die Stellung der früheren Gerichtssecrétaires einnehmen, welche zu den Staatsdienern I. Classe gehörten und somit durch landesfürstliches Patent ernannt werden mussten, schien es angemessen, ihre Ernennung vom Landesfürsten selbst nach Vorschlag der Landesjustizverwaltung ausgehen zu lassen, und nur die Ernennung ihrer Vertreter und Gehülfen, ebenso wie die der bisherigen Registratoren bei den Kreisgerichten und der besoldeten Schreiber bei den Amtsgerichten, der Landesjustizverwaltung zu übertragen. Die letztere wird auch über die den Gerichtsschreibern je nach der Wichtigkeit oder der Dauer des von ihnen bekleideten Amtes zu verleihenden Titel die Entschliessung des Landesfürsten zu erwirken haben.

2. Nach §. 154 des D. G. V. G. ist die Geschäftseinrichtung der Gerichtsschreiberei Sache der Verwaltung. Diese zunächst nur für die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit berechnete Bestimmung musste auch

in das gegenwärtige Gesetz aufgenommen werden, um sie auch auf die nichtstreitige Gerichtsbarkeit zur Anwendung zu bringen. Dasselbe reservirt der Landesjustizverwaltung nur die Ordnung der Geschäftsverhältnisse der Gerichtsschreiber — zu denen auch die bei der Staatsanwaltschaft anzustellenden, mit den Registraturgeschäften zu beauftragenden Schreiber (Registratoren) gehören —; was deren Dienstverhältnisse betrifft, insbesondere also die Bedingungen ihrer Anstellung und Entlassung, so werden diese gesetzlich, nämlich durch das zu erlassende neue Civilstaatsdienstgesetz geregelt werden.

Zu §. 60. Die zur Eintragung in das Handelsregister etc., dessen Führung nach §. 20 No. 6 den Amtsgerichten übertragen ist, zu erklärenden Anmeldungen würden an sich ohne die Bestimmung des §. 60 immer vor dem Amtsrichter erfolgen müssen. Zur Erleichterung des Letzteren, und da die Aufnahme der betreffenden Verhandlungen nur eine formularmässige ist, will der Entwurf im Anschluss an §. 69 des Preuss. Ausführungsgesetzes und in Uebereinstimmung mit den Vorschriften der Processordnungen, durch welche der Gerichtsschreiber sowohl in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten als in Strafsachen zur Aufnahme von Klagen, Anträgen, Erklärungen autorisirt wird, den Letzteren auch zur Besorgung der auf jene Verhandlungen bezüglichen Geschäfte ermächtigen. Damit ist die Vorschrift im §. 5 Absatz 2 und §. 7 des Gesetzes No. 31 vom 14. September 1863, wonach die behuf Eintragung in das Handelsregister abzugebenden Erklärungen durch einen rechtsgelehrten Richter oder in Gegenwart und unter Leitung desselben durch den Secretair, bezw. vor dem betreffenden Stadt- oder Amtsgerichte erfolgen sollten, von selbst beseitigt, während es natürlich bei der Vorschrift, dass die Anmeldungen auch schriftlich in beglaubigter Form erfolgen können (§. 5 Absatz 1 leg. cit.), noch ferner bewendet.

Zu §. 61. Der Artikel 87 der Deutschen Wechselordnung verlangt, dass jeder Protest durch einen Notar oder einen Gerichtsbeamten aufgenommen werden soll. Im hiesigen Lande hat man bisher ausschliesslich die zur Aufnahme von Urkunden mit öffentlichem Glauben überhaupt berufenen Beamten, also ausser den Notaren nur die Amts- oder Stadtrichter, für ausreichend qualificirt gehalten. Indess war diese Uebung durch das Gesetz keineswegs geboten. Mit dem Ausdruck „Gerichtsbeamter“ hat die Wechselordnung nicht vorgeschrieben, dass die Aufnahme nur durch einen Richter erfolgen dürfe; auch hat man sich längst davon überzeugt, dass die Besorgung des an sich einfachen Geschäfts der Protestaufnahme auch minder juristisch geschulten Organen ohne Gefahr für die Sicherheit des Wechselverkehrs anvertraut werden kann, und es ist in neuerer Zeit geradezu als ein Bedürfniss des Handelsverkehrs angesehen, die Zuständigkeit zur Wechselprotestaufnahme zu erweitern und selbst auf die Organe der Postverwaltung zu übertragen.

Daher sind in dem weitaus grössten Theile Deutschlands auch solche Gerichtsbeamte, welche ihrer Vorbildung und Befähigung nach zu den Subaltern- und Unterbeamten gehören, als qualificirt zur Aufnahme von Wechselprotesten erachtet; insbesondere ist dies in Preussen hinsichtlich der Actuare und Gerichtsvollzieher schon zufolge des §. 3 des Einführungsgesetzes zur Wechselordnung vom 15. Februar 1850 (Gesetz-Sammlung S. 53) und des §. 1 No. 3 des Gesetzes vom 21. April 1876 (Gesetz-Sammlung S. 111) der Fall gewesen. Der Entwurf hat daher keinen Anstand nehmen können, auch insoweit dem Preussischen Ausführungsgesetze §§. 70 und 74 No. 1 zu folgen.

Die Ermächtigung der Gerichtsschreiber zur Vornahme von Siegelungen, Entsiegelungen und Inventuren, sowohl bei Sterbefällen als im Concursverfahren (D. K. O. §§. 112 Absatz 1, 113), dient auch hier dem Zweck, den Kreis der Urkundspersonen thunlichst zu erweitern, und gereicht zugleich zur Entlastung des Richters. Ohnehin ist der Gerichtsschreiber im Concourse zur Schliessung der Geschäftsbücher des Gemeindefschuldners die berufene Person (D. K. O. §. 112 Absatz 2); es scheint daher angemessen, ihn auch zur Vornahme anderer Sicherungsmassregeln zu autorisiren.

Der Schlussabsatz des §. war um deswillen erforderlich, weil, wenn die Aufnahme von Wechselprotesten, sowie die Vornahme von Siegelungen und Inventuren, welche im Concourse von dem Concursverwalter veranlasst werden, dem Gerichtsschreiber ohne Beschränkung frei stände, dadurch leicht Störungen im Geschäftsbetriebe bei den Gerichten bewirkt werden könnten.

Zu §. 62. Die hier aufgenommene Bestimmung (Preussisches Ausführungsgesetz §. 71) soll dem Interesse des Publicums gerade in solchen Angelegenheiten dienen, welche durch die Processordnungen nicht berührt werden; sie ist von Wichtigkeit namentlich für solche Ortschaften, an welchen oder in deren Nähe Rechtsanwälte nicht ansässig sind. Uebrigens bedarf es kaum der Bemerkung, dass der Gerichtsschreiber für derartige zu seinem amtlichen Geschäftskreise gehörige Gesuche keine Gebühren ohne Genehmigung der Landesregierung beziehen darf (Civilstaatsdienstgesetz §. 25).

Zu §. 64. Der §. entspricht dem bisherigen Verfahren. Die näheren Bestimmungen über die geschäftliche Stellung derartiger, nicht im eigentlichen Staatsdienst befindlicher, sondern nur auf das Protokoll beeidigter Schreiber sind im Instructionswege zu ordnen (vergl. Ministerial-Rescript vom 4. Februar 1833 [Gesetz- und Verordnungs-Sammlung No. 4]). Dasselbe gilt bezüglich der bei den Staatsanwaltschaften fungirenden Schreiber, nur mag hier bemerkt werden, dass die Aufnahme von Anträgen hinsichtlich solcher strafbarer Handlungen, deren Verfolgung nur auf Antrag eintritt, ausschliesslich durch den Staatsanwalt

erfolgen muss: (D. St. P. O. §. 156 Abs. 2 und Löwe, Comment. ad. h. l. S. 495 Anmerkung 6).

Die noch in neuerer Zeit wiederholt in Erinnerung gebrachte (vergl. Bege Rep. VIII, Seite 27, 112, 113) Ländesherrliche Verordnung vom 19. Februar 1778 (Steinacker, Promt. I. Seite 17, 18), wonach Actuarien für die Eingesessenen derjenigen Gerichte, bei welchen sie angestellt sind, keine „Memorialien und Vorstellungen verfertigen“ oder, was gleichfalls dahin gehört, keine Curatelen, Administrationen und dergl. übernehmen dürfen, wobei vorausgesetzt wird, dass diese Geschäfte gegen Lohn besorgt werden, wird auch auf Gerichtsschreiber und beeidigte Protokollführer Anwendung finden müssen. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass diese Personen in einem einzelnen Falle als Processbevollmächtigte (D. C. P. O. §. 75) auftreten dürfen, wofern dies nur nicht geschäftsmässig geschieht (ibid. §. 143 Abs. 2).

Zu §§. 65 und 68. Die §§. 65 und 68 harmoniren mit den §§. 155 und 156 des D. G. V. G. und haben eine selbstständige Bedeutung in Betreff solcher Angelegenheiten, welche nicht zu der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit gehören. Die erforderlichen Instructionen werden von der Landesjustizverwaltung erlassen werden; dieselben werden sich, abgesehen von den sonstigen Dienst- und Geschäftsverhältnissen der Gerichtsvollzieher, mit deren Qualification, Anstellung, Aufsicht und Disciplin zu befassen haben (vergl. unten §. 82 No. 2).

Zu §. 66. Schon nach dem bisherigen Verfahren bestand die Vorschrift, dass die bei den Gerichten beantragten Auctionen und Inventuren, wenn deren Gegenstand 600 M. nicht überstieg, regelmässig den Unterbedienten überwiesen werden sollten (Sporteltaxe in Civilprocessen No. 38 Bem. g., in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit [Gesetz No. 28 vom 4. Juli 1851] No. 41, Anmerkung d). Der Entwurf ermächtigt die Gerichtsvollzieher in Uebereinstimmung mit §. 74 des Preussischen Ausführungsgesetzes theils zur Besorgung der auch den Gerichtsschreibern nach §. 61 zustehenden Geschäfte, theils zur Vornahme freiwilliger Versteigerungen von Mobilien und anderen diesen gleichstehenden Gegenständen (Halmfrüchte, Holz auf dem Stamm, Häuser auf Abbruch). Durch die letztere Bestimmung erhalten die Gerichtsvollzieher die Stellung der nach Massgabe der Vorschrift der Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869 in §. 36 Abs. 1. a. E. beeidigten und öffentlich angestellten Auctionatoren.

Da der Gerichtsvollzieher nicht wie der Gerichtsschreiber seine Aufträge unmittelbar vom Gerichte erhält, sondern regelmässig ohne Vermittelung des Gerichts direct von der Partei beauftragt wird, so rechnet es sich, dass die Besorgung der in §. 66 aufgeführten Geschäfte nicht, wie beim Gerichtsschreiber, von der Genehmigung des Gerichts abhängig gemacht wird, daher z. B. zu Siegelungen und zur Assistenz

bei Inventuren im Concurse der Auftrag des Concursverwalters genügt (D. C. O. §§. 112, 113).

Zu §. 67. Da die Gerichtsvollzieher die zuständigen Beamten für gerichtliche Zustellungen und Zwangsvollstreckungen sind, so mussten ihnen diese Geschäfte auch für solche gerichtliche Angelegenheiten übertragen werden, welche nicht zu der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit gehören. Massgebend für das Verfahren sind im Allgemeinen die Vorschriften der D. C. P. O., namentlich also da, wo es auf eine Beurkundung der Zustellung ankommt, die Vorschriften der §§. 152 bis 159, 165 bis 174, 176 bis 179, 182 bis 185, 187 bis 189 leg. cit. Die Landesjustizverwaltung soll jedoch im Interesse eines erleichterten und beschleunigten Betriebes der Sache, ebenso wie nach §. 39 der D. St. P. O. für das die öffentliche Klage vorbereitende Verfahren, für die Voruntersuchung und für das Verfahren bei der Strafvollstreckung, die Befugniß haben, den Nachweis der Zustellung in Angelegenheiten der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit an einfachere Formen zu knüpfen ¹⁾. Auch ist zur Herbeiführung einer Vereinfachung des Verfahrens — ähnlich wie dies bei Zustellungen der Amtsrichter und Untersuchungsrichter in Strafsachen durch §. 36 Abs. 2 der D. St. P. O., bei Zustellungen im Concurse durch §. 66 Abs. 2 der D. C. O., bei Zustellungen nicht verkündeter Beschlüsse und Verfügungen im Civilprocesse, desgleichen der Urtheile in Ehesachen durch §§. 294 Abs. 3 und 582 der D. C. P. O. vorgeschrieben ist — die Anordnung getroffen, dass der Richter in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit die Zustellungen von Amtswegen, wenngleich auf Kosten der Betheiligten, veranlassen soll.

Zu §. 69. Die Stellung der Gerichtsvollzieher ist an sich der der Notare vergleichbar; sie erhalten vom Publicum direct ihre Aufträge und beziehen dafür diejenigen Gebühren, welche die deutsche Gebührenordnung vom 24. Juni 1878 und das zu derselben zu erlassende Ausführungsgesetz vorschreiben. Dieser Standpunkt ist jedoch nur selten rein durchgeführt; namentlich hat man in der Provinz Hannover den Gerichtsvollzögern, welchen das in die Reichsgesetze aufgenommene Institut der Gerichtsvollzieher nachgebildet ist, ein Minimaleinkommen an Gebühren (1200 Mark) garantirt, sie auch von dem Betrage ihrer Gesamteinnahme bis zu einem Maximum für pensionsberechtigt erklärt und gerade dadurch die sonst naheliegende Gefahr, dass die Gerichtsvollzieher ihre

¹⁾ Nach dem Entwurf sollten die von der Landesjustizverwaltung zu erlassenden Bestimmungen ebenso wie in Forststrafsachen (Ges. No. 18 vom 1. April 1879 § 50) nur den Nachweis der Zustellung zum Gegenstand haben, an den Vorschriften über Zustellungen aber Nichts ändern; nach der auf Antrag der Commission beschlossenen Aenderung aber wird die Landesjustizverwaltung berechtigt, auch für die Zustellung selbst abweichende Bestimmungen zu treffen.

Stellung zu Veruntrenungen missbrauchen könnten, erheblich abgeschwächt. Anlehnend an die dieserhalb in der Provinz Hannover gemachten Erfahrungen und im Anschluss an den Mecklenb. Entw. §. 50 will auch der §. 69 des gegenwärtigen Gesetzes, ohne übrigens die Uebernahme der Garantie schon unbedingt auszusprechen, wenigstens die Möglichkeit derselben gewähren, wobei das Weitere der Ordnung im Verwaltungswege überlassen bleiben und eventuell der betreffende Pauschalsatz in den Etat aufgenommen werden muss.

Im Verwaltungswege wird auch Bestimmung darüber zu treffen sein, ob es angemessen ist, den Gerichtsvollziehern für die Besorgung der ihnen im Strafverfahren obliegenden oder sonst im Interesse des Staats aufgetragenen Geschäfte eine im Voraus fixirte Entschädigung zu geben ¹⁾.

Zu §. 70. Der §. spricht von der Rechtshülfe, welche sich die Braunschw. Gerichte unter einander in nichtstreitigen Rechtssachen zu gewähren haben. Er stellt hierbei das im §. 157 des D. G. V. G. enthaltene Princip an die Spitze und bringt diejenigen Bestimmungen des D. G. V. G. zur Anwendung, welche nicht ausschliesslich auf Fälle der streitigen Gerichtsbarkeit berechnet sind, nur dass es bei der Entscheidung des Oberlandesgerichts in jedem Falle sein Bewenden haben muss, da eine Befugniss der Landesgesetzgebung, auch das Reichsgericht mit derartigen Angelegenheiten zu befassen (D. G. V. G. §. 160), nicht besteht, ohnehin auch die weitere Instanz entbehrlich ist. — Handelt es sich in nichtstreitigen Rechtssachen um Rechtshülfe, welche von dem Gerichte eines anderen Bundesstaats zu gewähren ist, so entscheiden die Bestimmungen des Rechtshülfeeges. vom 21. Juni 1869, bezw. die in den Conventionen mit Preussen und Anhalt-Bernburg enthaltenen Vorschriften.

Zu §. 71. Die §§. 177 bis 185 des D. G. V. G., welche von der Aufrechthaltung der Ordnung in den Gerichtssitzungen bei Ausübung

¹⁾ Nach §. 24, No. 2 der deutschen Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher ist es den Bundesstaaten vorbehalten, an Stelle der Gebühren und Auslagen, welche die Gerichtsvollzieher nach Massgabe des Gesetzes zu beanspruchen haben, denselben eine anderweite Vergütung zu gewähren, ohne dass jedoch eine derartige Einrichtung auf die von den ersatzpflichtigen Personen zu erhebenden Beträge irgend einen Einfluss ausüben darf. Von diesem Vorbehalte wird die Landesregierung nach dem „Normaletat für Justizbeamte“ de 1879 (Landt. Verh. Anl. 70, S. 3 u. 4) zunächst Gebrauch machen, die Gebühren daher (mit Ausschluss der Meilengelder und der Schreibgebühr) bis auf Weiteres für Rechnung der Staatscasse erheben lassen und den Gerichtsvollziehern, nebst einem gewissen Procentsatz der Gebühren, wie bisher einen bestimmten Gehalt entrichten. Erst nachdem man dieserhalb weitere Erfahrungen gesammelt hat, wird Beschluss darüber gefasst werden, ob und unter welchen Modalitäten zu der im Reichsgesetze als Regel bezeichneten Einrichtung (der Erhebung der Gebühren für eigene Rechnung der Gerichtsvollzieher) geschritten werden kann.

der streitigen Rechtspflege handeln, mussten auch da, wo die nichtstreitige Gerichtsbarkeit in Frage kommt, Anwendung finden. Wo ferner in einem einzelnen Falle bei dem Rechtsmittel der Beschwerde oder der weiteren Beschwerde in nichtstreitigen Rechtssachen statt schriftlicher Erklärung der Parteien mündliche Verhandlung angeordnet wird (§§. 34, 44, 48 vergl. mit D. C. P. O. §. 536), muss letztere auch öffentlich sein, und kommen in diesem Falle die §§. 170 bis 176 des D. G. V. G. zur Anwendung.

Zu §. 72. Die im hiesigen Lande geltenden Bestimmungen über die bei den öffentlichen Verhandlungen der Gerichte anzulegende Amtstracht (vergl. die Verordnungen No. 33 vom 10. Juni 1850, No. 5 vom 8. Januar 1852 und No. 14 vom 7. April 1865) haben bisher zu allseitiger Befriedigung gereicht. Im Interesse der Würde des Gerichts erscheint auch in Zukunft bei den öffentlichen Verhandlungen eine gleichmässige Tracht für die betheiligten Gerichtspersonen und Rechtsanwälte unentbehrlich. Das Gesetz behält das Nähere landesherrlicher Verordnung vor¹⁾ und verpflichtet übrigens für die öffentlichen Sitzungen der Amtsgerichte nur den Richter, nicht aber Anwälte, Gerichtsschreiber und Schöffen zur Anlegung der Amtstracht, da für diese Personen eine solche Bestimmung mit zu grosser Belästigung verbunden sein würde, ordnet auch hinsichtlich der Amtsrichter die Anlegung der Amtstracht nur für die öffentlichen Sitzungen der Schöffengerichte an.

Zu §. 75. Der erste Absatz des §. entspricht dem bisherigen Recht (Ges. No. 24 vom 4. Juli 1851 §. 10).

Nach §. 203 des D. G. V. G. können bei den Landgerichten Ferienkammern, bei dem Oberlandesgerichte Feriensenate gebildet werden. Die Bildung dieser Ferienabtheilungen, sowie die Vertheilung der Geschäfte unter dieselben fällt, abweichend von den sonst über die Geschäftsvertheilung bei jenen Gerichten bestehenden Grundsätzen (D. G. V. G. §§. 61 bis 66, 121), den Anordnungen der Einzelstaaten anheim. Demgemäss bestimmt der §., dass die Bildung der Ferienabtheilungen durch das Präsidium des Gerichts erfolgen, und dass die Landesjustizverwaltung auch hinsichtlich der Ernennung des Vorsitzenden dieser Abtheilungen nur dann, wenn eine Einigung unter den Präsidenten und Directoren nicht zu erreichen ist, interveniren soll. Den Ferienkammern bzw. dem Feriensenate fallen sämtliche Feriensachen ohne Weiteres zu; auch versteht es sich von selbst, dass die nicht zu den Feriensachen gehörigen Angelegenheiten der nicht streitigen Gerichtsbarkeit von denselben zu erledigen sind.

¹⁾ Die dieserhalb erlassene Verordn. No. 27 vom 5. Mai 1879 behält, bis auf geringe Abweichungen, die bisherige Amtstracht bei und verpflichtet die bei dem Oberlandesgericht zugelassenen Rechtsanwälte nur dann, wenn sie vor jenem Gerichtshofe auftreten, die betreffende Amtstracht anzulegen, während sie bei den Land- und Schwurgerichten die für diese Gerichte bestimmte Amtstracht zu tragen haben.

Zu §. 76. Der Paragraph befand sich als §. 7 in dem dem ausserordentlichen Landtage de 1877/78 vorgelegten Gesetzentwurf, die Organisation der Justiz betreffend, und hat als solcher bereits die Genehmigung der Landesversammlung erhalten (Landt. Verh. Anl. 11 und 22).

Zu §. 77. Die Geschäfte der Justizverwaltung, welche nach §. 4 des E. G. zum D. G. V. G. auch ferner den Gerichten übertragen werden dürfen, wurden bisher, soweit sie nicht zum Ressort des Herzoglichen Staatsministeriums selbst gehörten, theils von den Vorsitzenden der Gerichte, theils von den Kreisgerichten, theils vom Obergerichte besorgt; insbesondere wurde auch die Aufsicht über die Notare von den Kreisgerichten geführt (vergl. Rescr. vorm. Landesger. vom 17. Januar 1833 [Bege, Rep. IV. S. 123], während die Notar. O. vom 19. März 1850 in dieser Beziehung nichts enthält), und dem Obergericht lag wiederum die Aufsicht über die Kreis-, Stadt- und Amtsgerichte ob (Gerichtsverfassungsges. vom 21. August 1849 §. 22), daher Beschwerden über den Geschäftsbetrieb der Gerichte von ihm erledigt wurden. Diese Einrichtung war mit mancherlei Uebelständen verbunden, da Justizverwaltungsgeschäfte sich für collegialische Bearbeitung nicht eignen, und die einzelnen Mitglieder des Collegiums gar nicht in der Lage sind, sich die nöthige Kenntniss der Justizverwaltungsgeschäfte anzueignen. Der Entwurf überträgt daher, in Uebereinstimmung mit §. 77 des Preuss. Ausf. Ges. und in Ausführung des bereits auf dem vorigen Landtage beschlossenen §. 6 — nachträglich §. 3 — des Organ. Ges., die Geschäfte der Justizverwaltung für die Folge den Vorständen der Gerichte, bezw. in solchen Angelegenheiten, welche die Staatsanwaltschaft angehen, den Vorständen der letzteren, einer jeden Behörde innerhalb ihres Geschäftskreises, und zwar, wie im Titel über das Richteramt §. 5 hervorgehoben ist, unentgeltlich. Wer die „Vorstände“ der Gerichte und Staatsanwaltschaften sind, ergibt sich aus §. 79. Diese Vorstände werden als die „Organe“ bezeichnet, welche der Landesjustizverwaltung zur Verfügung stehen; der letzteren muss daher die nähere Anordnung überlassen bleiben. Der Grundsatz, dass die Vorstände der Gerichte und Staatsanwaltschaft jene Verwaltungsgeschäfte besorgen, schliesst nicht aus, dass dieselben sich dazu der Hülfe der ihnen unterstellten Beamten bedienen; doch handeln diese immer nur als Delegirte der betreffenden Vorstände, denen die Verantwortlichkeit für den einzelnen Akt zufällt.

Zu den Justizverwaltungsgeschäften gehört unter Anderem auch die bisher dem Obergericht zugefallene Aufsicht über die von den Gerichten des Landes zu Akten der streitigen und nichtstreitigen Gerichtsbarkeit gebrauchten Formulare, imgleichen die Mitwirkung bei Anlegung neuer Grundbücher (vergl. §. 34 des — durch §. 20 des Ges. No. 14 v. 8. März 1878 seit dem 1. October 1878 in Wegfall gekommenen — Circularrescr. No. 50 v. 3. März 1842); das ersterwähnte Geschäft, weil auf alle Gerichte des Landes bezüglich, wird in Zukunft nach den von der

Landesjustizverwaltung selbst erfolgenden Anweisungen, dagegen die Aufsicht über das zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörige Grundbuchwesen, und als Theil derselben auch die Ueberweisung neu anzulegender Grundbücher, von dem Präsidenten des betreffenden Landgerichts zu erledigen sein.

Ein Justizverwaltungsgeschäft ist auch die bisher den Localgerichten und den Staatsanwälten zugefallene Berichterstattung auf Begnadigungsgesuche, welche diesen Behörden auch ferner obliegen wird. — Eben dahin gehört die Aufsicht über die Strafanstalten, in Betreff deren das Ges. No. 29 v. 19. März 1850 in den §§. 4, 6 und 8 den Gerichten und Staatsanwälten Geschäfte der Verwaltung und Beaufsichtigung übertragen hatte. Da diese Bestimmungen in Folge der Veränderungen in der Organisation der Gerichte der Abänderung bedürfen, und da auch die bestehenden Vorschriften über die oberste Verwaltung des Gefängniswesens den Anforderungen der Gegenwart nicht mehr genügen, so wird ein neues Gesetz über diese Punkte demnächst vorgelegt werden.

Als ein Akt der Justizverwaltung wird es endlich auch aufgefasst werden müssen, wenn die Staatsanwaltschaft, sei es auf Grund bestehender Gesetze oder ohne solche, in einzelnen Fällen, wo ein öffentliches Interesse obwaltet, zur Wahrung dieses Interesses mittelst Erhebung einer Klage berufen wird. So soll nach §. 139 No. 3 der Rev. Städteordnung und nach §. 83 der Landgemeindeordnung die Kreisdirection den Staatsanwalt zur Verfolgung der Ansprüche der Stadt- beziehungsweise Gemeindecasse gegen den Rechnungsführer oder die Mitglieder des Magistrats (Gemeinderaths), beziehungsweise gegen den Gemeindevorsteher veranlassen. Ebenso hat in den Fällen, wo nach §. 35 des Reichsgesetzes vom 4. Juli 1868 die Auflösung einer Genossenschaft eintreten soll, nach §. 3 der Verordnung No. 7 vom 15. Januar 1869 unter Anwendung des §. 37 des Gesetzes No. 31 vom 14. September 1863 (welcher für Actiengesellschaften nach §. 2 der Bundesnovelle vom 11. Juni 1870 hinweggefallen ist) das Herzogliche Staatsministerium die Staatsanwaltschaft anzuweisen, im Civilprocessverfahren auf Auflösung der Genossenschaft Klage zu erheben. Und nach demselben Grundsatz würde auch in anderen gesetzlich nicht geordneten Fällen, z. B. im Fall des §. 85, der Staatsanwalt der Aufforderung der Landesjustizverwaltung zur Klageerhebung Folge leisten müssen.

Zu §. 78 vergl. §. 6 — nachträglich §. 3 — des auf dem ausserordentlichen Landtage de 1877/78 beschlossenen Organ. Ges. (Landtags-Verhandlungen Anlage 11, 18, 22).

Zu §§. 79 bis 83. Ein wesentlicher Theil der Justizverwaltung ist die Aufsicht über die bei den Gerichten und bei der Staatsanwaltschaft angestellten Beamten, einschliesslich der Notare, hinsichtlich ihrer amtlichen Thätigkeit. Die §§. 79 bis 83 haben den Zweck, dieses Aufsichtsrecht, welches in Consequenz des bei §. 77 erwähnten Grundsatzes

niemals einem Collegium als solchem, sondern nur dem Vorstande desselben obliegen kann, näher zu regeln.

1. Zunächst führt der §. 79 die Beamten auf, welchen die Aufsichtsführung zukommt. An der Spitze steht die Landesjustizverwaltung hinsichtlich aller Gerichte, Staatsanwaltschaften und Notare. Dann folgen die Vorsitzenden der einzelnen Gerichte je nach der Ueberordnung der letzteren im Instanzenzuge, imgleichen die ersten Beamten der Staatsanwaltschaft nach Massgabe der Bestimmung in §. 148 No. 3 des D. G. V. G. Im Einzelnen ist noch Folgendes zu bemerken:

a. die betreffenden Beamten der Gerichte und der Staatsanwaltschaft — dass die Letzteren keine Dienstaufsicht über die Gerichte führen können, besagt bereits der §. 152 des D. G. V. G. — haben die Aufsicht innerhalb ihres in §. 79 näher bezeichneten Geschäftskreises auszuüben, und die dabei beobachtete Stufenleiter soll zugleich die Beschwerdeinstanz gegen die Verfügung der betreffenden Aufsichtsbeamten bezeichnen, daher z. B. die Beamten des Amtsgerichts ihre Beschwerde gegen die Verfügung des Amtsrichters zunächst an den Präsidenten des Landgerichts und in höherer Instanz an die Landesjustizverwaltung selbst verfolgen können ¹⁾. Was den Präsidenten des Oberlandesgerichts betrifft, so ist dessen Dienstaufsichtsrecht auf die Beamten dieses Gerichts beschränkt; eine Ausdehnung desselben auch auf die bei den übrigen Gerichten des Landes angestellten Beamten würde eine unnöthige Verweiltäufung des Verfahrens herbeiführen und den Präsidenten des Oberlandesgerichts ohne Grund seinen eigentlichen richterlichen Geschäften allzusehr entziehen.

b. Erster Beamter der Staatsanwaltschaft beim Landgerichte ist auch der, welcher die Staatsanwaltschaft allein verwaltet (z. B. der Staatsanwalt beim Landgerichte Holzminden), daher auch diesem die Aufsicht über die Amtsanwälte und die sonstigen Beamten seines Bezirks obliegt.

c. Der Schlusssatz des §. 79 entspricht dem §. 22 Absatz 2 des D. G. V. G.

2. Nach §. 80 soll sich das Aufsichtsrecht auf alle bei den Gerichten oder der Staatsanwaltschaft angestellten oder beschäftigten Beamten beziehen. Es fällt darunter also auch die Aufsicht über die im Vorberei-

¹⁾ Die Commission erachtete die gesetzliche Regelung des Instanzenzuges für die Beschwerden gegen die im Aufsichtswege erlassenen Verfügungen um so wünschenswerther, als eine unbegrenzte Ausdehnung des Beschwerderechts nicht erforderlich und dessen Beschränkung auf eine einmalige Beschwerde zulässig sei, zumal die höhere Aufsichtsbehörde, sobald sie von vorgekommenen Ungehörigkeiten überhaupt Kunde erhalte, auch ohne ergangene Beschwerde einzugreifen berechtigt sei. Nur glaubte man, gegen die Verfügung der obersten Aufsichtsbehörde das Recht der Vorstellung beim Staatsministerium noch gewähren zu müssen. Demgemäss ist der §. 83, welcher im Entw. fehlte, dem Gesetze beigegefügt.

tungsdienste beschäftigten Personen, sowie über die Subaltern- und Unterbeamten.

3. Der §. 81 will den Inhalt des Aufsichtsrechts nicht erschöpfend behandeln, namentlich solche Zweige der Dienstaufsicht, welche unbedenklich sind, nicht weiter berühren; es gehört dahin z. B. die Aufsicht über die Dienstlocale und das Inventar, die Einführung des gesammten Personals, die Erbrechung und Präsentation der an das Gericht ohne besondere Bezeichnung der bestehenden Abtheilung (Senat, Kammer) gelangenden Schriftstücke. Von Wichtigkeit war nur das Recht, wegen ordnungswidriger Ausführung eines Amtsgeschäfts Rügen zu ertheilen und den sämigen Beamten nöthigenfalls durch Ordnungsstrafen zur Erledigung seiner Geschäfte anzuhalten. Dieses schon in §. 35 des Civilstaatsdienstgesetzes begründete Recht musste jedoch auf die nicht richterlichen Beamten beschränkt werden: die Richter im Wege blosser Aufsichtsführung und ohne rechtliches Gehör durch einen anderen Richter mit Strafen zu belegen, würde leicht mit der verfassungsmässigen Unabhängigkeit derselben (N. Landschafts O. §. 193) in Conflict gerathen; die Verhängung einer Strafe gegen den Richter wegen ordnungswidriger Führung seines Amtes ist daher nur zulässig im Disciplinarwege unter dem Schutze der durch das Disciplinargesetz vorgeschriebenen Formen und seitens der dazu berufenen Behörde¹⁾. Diese Beschränkung des Aufsichtsrechts bezieht sich nicht nur auf die angestellten ständigen Richter, einschliesslich der Notare, sondern ebenso auch auf die als nichtständige Hilfsrichter berufenen, beziehungsweise zu dauernder Besorgung richterlicher Geschäfte den Amtsgerichten, namentlich dem Amtsgerichte Braunschweig, zugewiesenen Gerichtsassessoren; sie ist besonders hinsichtlich der mehreren bei demselben Amtsgerichte angestellten Richter nothwendig, da ohne eine derartige Bestimmung das gedeihliche Nebeneinanderwirken der an sich völlig gleichberechtigten Richter gefährdet werden würde. — Die Ordnungsstrafe selbst ist in Uebereinstimmung mit §. 35

¹⁾ Bis zur anderweiten gesetzlichen Regelung der Disciplinarverhältnisse soll nach dem Ges. No. 17 vom 1. April 1879 in Bezug auf sämmtliche bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften angestellten oder beschäftigten Beamten einschliesslich der Notare die Disciplinargewalt nach Massgabe der bisherigen einstweilen in Gültigkeit bleibenden gesetzlichen Vorschriften (Ges. No. 113 vom 22. Dec. 1870 §§. 1 bis 12 vergl. mit §. 31 des gegenw. Ges. u. mit den §§. 34, 35, 37, 39 des Civilstaatsdienstgesetzes) ausgeübt werden. Es entspricht dies dem §. 13 des Einf. Ges. z. D. G. V. G., wonach die Bestimmungen über das Richteramt in §. 8 des D. G. V. G. in denjenigen Staaten, in welchen Vorschriften für die richterliche Entscheidung über die Enthebung eines Richters vom Amte oder die Versetzung eines Richters an eine andere Stelle oder in den Ruhestand nicht bestehen, nur gleichzeitig mit der landesgesetzlichen Regelung der Disciplinarverhältnisse der Richter in Wirksamkeit treten sollen. Danach bleibt also bis auf Weiteres die bisherige gerichtliche Disciplinarbehörde, nur anders als bisher zusammengesetzt, bestehen.

des C. St. D. G. im Höchstbetrage auf 150 Mark festgesetzt, und ihre Verhängung von vorgängiger Androhung abhängig gemacht.

4. Der §. 82, welcher dem §. 81 des Preussischen Ausf. Ges. entlehnt ist, wendet die im §. 81 gegebenen Befugnisse auf einige den Gerichten und der Staatsanwaltschaft nicht unmittelbar angehörige Beamtenklassen an:

a. Nach §. 153 des D. G. V. G. hat die Landesregierung die Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes zu bezeichnen, welche als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft den Anordnungen der Staatsanwälte bei dem Landgerichte ihres Bezirks und der diesen vorgesetzten Beamten Folge zu leisten verpflichtet sind. Auch diese Beamten der gerichtlichen Polizei konnten schon früher nach §. 18 des Gesetzes über die gerichtliche Polizei vom 19. März 1850 von den Staatsanwälten und dem Oberstaatsanwalt durch Ordnungsstrafen zur Erfüllung ihrer Pflichten angehalten werden. Das gleiche Recht soll auch ferner bestehen, mit Ausnahme nur derjenigen Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes, welche ihr Amt als Ehrenamt verwalten, z. B. die Gemeindevorsteher in den Landgemeinden.

b. Auch auf die Gerichtsvollzieher muss das Recht der Rügenertheilung und der Verhängung von Ordnungsstrafen Anwendung finden. Das Gesetz verweist in Betreff der Beamten, welchen dieses Recht zustehen soll, auf die in §. 65 der Landesjustizverwaltung vorbehaltenen Bestimmungen.

Zu §. 84. Zu den im Paragraph behandelten Beschwerden gehören namentlich die Beschwerden wegen verweigerter oder verzögerter Justiz (*querela denegatae vel protractae justitiae*), welche bisher in jedem Falle von dem vorgesetzten Gerichte entschieden sind. Indessen muss dabei nach dem Grunde der Beschwerde unterschieden werden. Handelt es sich um eine böswillige Verweigerung der Einleitung oder Fortsetzung des Gerichtsverfahrens seitens des Richters, sei es durch ausdrückliche Erklärung oder blosses Nichthandeln, so liegt offenbar die Voraussetzung für ein disciplinarisches Einschreiten vor. Hat der Richter umgekehrt einen das Streitverhältniss betreffenden Antrag mit Rücksicht auf dessen Inhalt, also aus sachlichen Gründen zurückgewiesen, so können die abweisenden Verfügungen nur den durch die Processordnungen, beziehungsweise für Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit durch den gegenwärtigen Entwurf, gegebenen Rechtsmitteln unterworfen sein. In der Mitte liegen die Fälle, wo zwar keine bewusste Pflichtwidrigkeit des Richters indicirt, andererseits aber auch ein sachliches Eingehen auf die gestellten Anträge und eine daraus hergeleitete Zurückweisung dieser Anträge nicht vorgekommen ist, sondern wo die Rechtsversagung ihren Grund nur in der Unthätigkeit des Richters hat. Eine hierdurch veranlasste Verweigerung oder Verzögerung der Justiz kann nur im Aufsichts-

wege beseitigt werden, der Entwurf verweist daher die hierauf gerichteten Beschwerden an die Aufsichtsbehörden ¹⁾).

Zu §. 85. Die Vertretung des sogenannten Justizfiskus in Processen ist in einzelnen Fällen gesetzlich geordnet; so sind z. B. vermögensrechtliche Ansprüche der Richter aus ihrem Dienstverhältnisse, insbesondere auf Gehalt oder Pension gegen Herzogliches Finanzcollegium, als die mit der Aufsicht über die Hauptfinancasse betraute Behörde, zu richten. In anderen Fällen, z. B. bei Ansprüchen in Beziehung auf die zum Ressort der Landesjustizverwaltung gehörigen Gebäude, kann es zweifelhaft sein, wem die Vertretung des Justizfiskus obliege. In solchen Fällen soll die nähere Bestimmung der Behörde, welche die Vertretung zu übernehmen hat, von der Landesjustizverwaltung selbst erfolgen; an letztere wird sich daher der Kläger eintretenden Falls mit dem Antrage auf Bestimmung der Behörde, gegen welche der Rechtsstreit zu erheben ist, zu wenden haben.

Zu §. 86. Die Feststellung des Geschäftsjahres ist mit Rücksicht auf die Bestimmungen in den §§. 46 Abs. 2. 60 Abs. 2. 61. 62. 64. 87. 97 des D. G. V. G., §. 20 des Einführungs-Gesetzes zum D. G. V. G. und §. 2 des Einführungs-Gesetzes zur D. St. P. O. geboten. Nachdem ein in der Reichstagscommission zu §. 201 des D. G. V. G. gestellter Antrag, den Beginn des Geschäftsjahres durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths festzusetzen, auf die Entgegnung des Vertreters des Bundesraths, dass die einheitliche Normirung mit Rücksicht auf die in den einzelnen Bundesstaaten verschiedenen Etatsfestsetzungen unthunlich sei, zurückgezogen ist (Prot. der R. T. C. S. 698, bei Hahn, Mater. S. 848), liegt es der Landesgesetzgebung ob, die Dauer des Geschäftsjahres zu fixiren. Massgebend für die im Entwurf getroffene Bestimmung, wonach das Geschäftsjahr regelmässig mit dem Kalenderjahre zusammenfallen soll, war, abgesehen von dem bisherigen Gebrauch, die Rücksicht theils auf die auch im hiesigen Lande mit dem Kalenderjahre beginnende Etatsperiode, theils auf die an letzteres sich besser anschliessende Gerichtsstatistik. Nur für das erste, mit dem 1. October 1879 beginnende, Geschäftsjahr musste die Dauer entsprechend verlängert werden.

Zu §. 87. Die Bestimmungen über die Zuständigkeit der im Entwurf neugeschaffenen Gerichte für die Verhandlung und Entscheidung der vor dem 1. October 1879 bei den aufgehobenen Gerichten anhängig gewordenen Civil- und Strafprocesse (vergleiche §. 18 des Einführungs-

¹⁾ Auch hier findet nach dem auf Antrag der Justizcommission beschlossenen Zusatz zu §. 84 der in §. 83 normirte Instanzenzug Anwendung, jedoch ohne Beschränkung auf die dort bestimmte Instanz (vergl. §. 38 der N. Ldsch. O.).

Gesetzes zum D. G. V. G.) würden der Materie nach in das gegenwärtige Gesetz gehören. Da sie jedoch mit den für das Processverfahren zu treffenden Uebergangsbestimmungen (E. G. z. D. C. P. O. §§. 18 ff. E. G. z. D. St. P. O. §§. 8 ff.) zusammenhängen und ohnehin nur für eine kurze Dauer Bedeutung haben, so empfahl es sich, dieselben in einem besonderen Gesetze näher zu regeln.

Zu §. 88. Bei Einführung der neuen Gerichtsverfassung wird eine grosse Zahl von Civil- und Straprocesssachen vorhanden sein, welche nach Massgabe der bisher über die Competenz der Gerichte und über das Verfahren geltenden Bestimmungen den Landgerichten und dem Oberlandesgericht überwiesen werden müssen. Dahin sind zu rechnen z. B. fast alle bei den Kreisgerichten anhängigen Concourse einschliesslich der zur Competenz des Handelsgerichts erwachsenen Debit- und Nachlasssachen (vergl. E. G. z. D. C. O. §. 8), ferner zahlreiche Civil- und Strafsachen, welche in Folge der veränderten Zuständigkeitsnormen demnächst den Amtsgerichten zufallen, gegenwärtig aber zur Competenz der Kreisgerichte gehören. Sollten alle diese Sachen von der gewöhnlichen Mitgliederzahl der Collegialgerichte, welche nach den dauernden Aufgaben derselben bemessen werden muss, bearbeitet werden, so würde sich daraus eine nicht zu bewältigende Geschäftslast, und bei der gänzlichen Verschiedenheit der zur Anwendung zu bringenden Processordnungen die Gefahr einer Verwirrung ergeben, welche leicht zu den grössten Unzuträglichkeiten führen könnte. Der Entwurf lässt daher nach Analogie der Vorschriften des §. 16 des Einführungsgesetzes zum D. G. V. G. (Hülfsenate des Reichsgerichts) und wesentlich in Uebereinstimmung mit dem §. 92 Abs. 2 bis 5 des Preussischen Ausführungs-Gesetzes die Bildung von Hülfskammern bei den Landgerichten und Hülfsenaten bei dem Oberlandesgerichte zu. Ob und in welchem Umfange derartige vorübergehende Gerichtsabtheilungen erforderlich sind, wird sich aus den dem Uebergangsgesetze vorbehaltenen Bestimmungen über die Gerichte, welchen die am 1. October 1879 anhängigen Civil- und Strafsachen zugewiesen sind, ergeben, nöthigenfalls vom Ermessen der Landesjustizverwaltung abhängen.

Die Wahrnehmung der richterlichen Geschäfte in den Hülfsenaten und den Hülfskammern fällt den neuernannten Richtern zu, soll aber auch den zur Verfügung der Landesjustizverwaltung bleibenden Richtern (siehe zu §. 95) übertragen werden können, eine Bestimmung, die namentlich im Hinblick auf die bei den Landgerichten, besonders bei dem Landgerichte Braunschweig, zu erwartende Geschäftslast nothwendig und zweckmässig erscheint, während die Geschäfte der Hülfsenate des Oberlandesgerichts ohne Zweifel von den regelmässigen Mitgliedern dieses Gerichts werden bewältigt werden können, da in der ersten Zeit nach Einführung der Gerichtsverfassung verhältnissmässig wenige Sachen auf Grund des neuen Verfahrens an das Oberlandesgericht gelangen werden.

Die Zusammensetzung dieser Hilfsabtheilungen und die Vertheilung der Geschäfte derselben durfte — arg. §. 16 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum D. G. V. G. — unbedenklich der Landesjustizverwaltung übertragen werden, welche auch die Dauer dieser Einrichtung bestimmen und, wofern ein Bedürfniss zu deren Fortbestehen schon während des ersten Geschäftsjahres nicht mehr vorhanden ist, deren Aufhebung verfügen wird. Sollten dagegen Hilfskammern und Hülfsenate noch über das erste Geschäftsjahr hinaus erforderlich sein; so würde die Vertheilung der ständigen Mitglieder der Landgerichte und des Oberlandesgerichts in diese Hilfsabtheilungen nach den §§. 62 und 121 des D. G. V. G. dem Präsidium obliegen; nur die Benennung des Vorsitzenden, da derselbe aus der Zahl der zur Disposition gestellten Richter gewählt werden kann, wird auch in diesem Falle ausnahmsweise der Landesjustizverwaltung überlassen bleiben müssen.

Zu §§. 89 bis 95. Die über die Versetzbarkeit der Richter geltenden Bestimmungen (Civilstaatsdienstgesetz §. 31, Absatz 1, Gerichtsverfassungsgesetz vom 21. August 1849 §. 21, Gesetz No. 23 vom 30. April 1858 §. 2, Landtags-Abschied vom 9. September 1858 Artikel 11 No. 2 [G. und Verordn.-S. S. 240]) machen gesetzliche Vorschriften hinsichtlich der Grenzen nöthig, innerhalb welcher die bei den aufgehobenen Gerichten, beziehungsweise der Staatsanwaltschaft, angestellten Beamten sich ihre anderweite Verwendung gefallen lassen müssen. Ebenso muss bestimmt werden, wie es in Betreff derjenigen Beamten gehalten werden soll, welche bei den neuen Justizbehörden keine Verwendung finden können. Diese Bestimmungen sind in den §§. 90 bis 95 enthalten. Was jene erste Classe von Beamten betrifft, so ist der Gesichtspunkt maassgebend gewesen, dieselben auch bei den neu zu errichtenden Behörden ihrer früheren Dienststellung thunlichst entsprechend anzustellen, während bei den nicht mehr zur Verwendung kommenden Beamten deren Pensionirung auf Grund der §§. 50 und 52 des C. St. D. G. zu erfolgen hat. Im Einzelnen bedarf es nur noch folgender Bemerkungen:

1. Die Gleichstellung der Obergerichtsräthe, Kreisgerichtsdirectoren und des Handelsgerichtsdirectors beruht auf dem Landtags-Abschiede vom 9. September 1858 Artikel 11 No. 1 und dem Gesetze No. 71 vom 10. August 1867 §. 3. Des Präsidenten und der Vicepräsidenten des Obergerichts brauchte keine Erwähnung zu geschehen, da der jetzige Präsident schon mehrfach seine Pensionirung zum 1. October 1879 beantragt hat, die Vicepräsidenten aber eine ihrem jetzigen Range entsprechende Verwendung finden können. Dasselbe gilt von dem Ober-Staatsanwalt. Eben so wenig bedurfte es einer Erwähnung des Gehülfen des Oberstaatsanwalts, da der jetzige Inhaber dieses Postens nicht mit Obergerichtsrathsrang angestellt ist (vergl. Ges. No. 9 vom 17. Januar 1870 §. 10).

2. Die Gerichtssecrétaires, sofern sie nicht die Qualification zur Bekleidung eines Richteramts besitzen, würden an sich die Stelle eines

Gerichtsschreibers übernehmen müssen; da hierin jedoch im Vergleich zu der bisher von ihnen eingenommenen Stellung möglicherweise eine Herabsetzung gefunden werden könnte, so will der §. 92 es ihrer eigenen Bestimmung überlassen, ob sie das Amt eines Gerichtsschreibers übernehmen oder ihre Versetzung in den Ruhestand beantragen wollen.

3. Der §. 93 bezieht sich auf die sonstigen bei den aufgehobenen Behörden angestellten nicht richterlichen Beamten, also, abgesehen von dem Oberstaatsanwalt, auf die Registratoren, Schreiber, Gerichtsvoigte etc. Hinsichtlich dieser musste es bei einer allgemeinen Zusicherung, dass sie ihren bisherigen Verhältnissen, ihren Fähigkeiten und ihrem Dienstalter thunlichst entsprechend angestellt werden sollen, bewenden. Dass diese Anstellung nothwendig im Justizdienst erfolgen müsse, ist absichtlich nicht gesagt, da die betreffenden Beamten nach ihren Fähigkeiten und Kräften auch in anderen Zweigen des Staatsdienstes werden Verwendung finden können.

4. Mit Rücksicht auf die, wie bereits hervorgehoben wurde, während der Uebergangsperiode zu erwartende geschäftliche Belastung der Gerichte, namentlich des Landgerichts Braunschweig, ordnet der §. 95 an, dass die bisherigen Richter und solche Gerichtssecrétaires, welche Richterqualität besitzen, wofern sie nicht am 1. October 1879 entweder ein anderes ständiges Richteramt erlangen oder in den Ruhestand treten, auf die Dauer von drei Jahren zur Verfügung der Landesjustizverwaltung verbleiben und während dieser Zeit mit der zeitweiligen Wahrnehmung solcher richterlicher Aemter, zu deren dauernder Uebernahme sie nach den §§. 90 und 91 verpflichtet sein würden, die betreffenden Gerichtssecrétaires auch mit den Geschäften der Amtsanwälte betraut werden können. Diese Beamten beziehen ihren früheren Gehalt und den dem Orte ihrer zeitweiligen Beschäftigung entsprechenden Wohnungsgeldzuschuss fort und werden auf einem besonderen Etat geführt, weil die den definitiv angestellten Richtern im Normaletat anzuweisenden Gehälter auf sie keine Anwendung finden. Nach Verlauf des dreijährigen Zeitraums ihrer Dispositionsstellung treten sie jedenfalls in den Ruhestand; es ist jedoch, abweichend von dem §. 99 des Preussischen Ausfertigungsgesetzes, bestimmt, dass, wofern einer der gesetzlichen Pensionsgründe — mit Ausnahme des aus der veränderten Organisation hergeleiteten Grundes — während jenes Zeitraumes eintreten sollte, ihre Pensionirung dennoch erfolgen könne. In der That ist nicht einzusehen, weshalb z. B. ein zur Disposition gestellter, innerhalb des Trienniums völlig dienstunfähig gewordener Richter insoweit besser gestellt sein soll, als ein definitiv angestellter Richter, da ja doch in dem erwähnten Falle der Grund seiner ferneren Unverwendbarkeit nicht in der veränderten Justizorganisation, sondern lediglich in seiner eigenen Person liegen würde.

II.

G e s e t z ,

die

**Bildung des Gerichtshofs zur Entscheidung
von Kompetenzstreitigkeiten**

und das

Verfahren vor demselben betreffend.

d. d. Braunschweig, den 1. April 1879 (Nr. 16).

Von Gottes Gnaden, Wir,
Wilhelm,

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg p. p.

erlassen in Ausführung der Bestimmungen des §. 17 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 mit Zustimmung der Landesversammlung das folgende Gesetz:

§. 1.

Der durch das Gesetz No. 19 vom 19. Mai 1851 begründete Gerichtshof zur Entscheidung von Competenzstreitigkeiten bleibt bestehen und hat fortan seinen Sitz in Braunschweig.

Derselbe ist in Zukunft zusammengesetzt aus dem Präsidenten und 2 Räthen des Oberlandesgerichts und aus 2 Verwaltungsbeamten, welche Directoren oder Räthe eines Landescollegiums oder Kreisdirectoren sein müssen.

Ausserdem werden diesem Gerichtshofe 3 Mitglieder des Oberlandesgerichts und 2 vorhin näher bezeichnete Verwaltungsbeamte als regelmässige Vertreter der ordentlichen Mitglieder beigegeben.

Den Vorsitz führt der Präsident des Oberlandesgerichts oder dessen Vertreter.

§. 2.

Die Mitglieder des Gerichtshofs und deren Vertreter werden für die Dauer des zur Zeit ihrer Ernennung von ihnen bekleideten Amts von der Landesregierung ernannt. Die in den Gerichtshof berufenen Verwaltungsbeamten sind vor Antritt ihrer Geschäfte durch

den Präsidenten vor versammeltem Gerichtshofe auf das Richteramt zu beeidigen oder, falls sie den Richtereid schon früher geleistet haben, auf denselben zu verweisen.

Sie versehen ihre Geschäfte unentgeltlich. Nur die auswärtigen Mitglieder erhalten Tagegelder und Reisekosten.

§. 3.

Die Geschäfte des Gerichtsschreibers, sowie die Canzleigeschäfte werden von den bei dem Herzoglichen Oberlandesgerichte angestellten Beamten besorgt.

§. 4.

Zur Erhebung des Competenzconflicts sind nur die Unserm Herzoglichen Staatsministerium unmittelbar untergeordneten, mit Verwaltungsgeschäften beauftragten Behörden, eine jede in dem ihr angewiesenen Geschäftskreise, ferner die geistlichen Obern der Kirchen- und Schuldieners, welche nicht zur evangelisch-lutherischen Kirche gehören, befugt.

Hält eine untere Verwaltungsbehörde in einer zu ihrer Kenntniss kommenden Rechtssache die Erhebung des Competenzconflicts für erforderlich, so hat sie hiervon sofort der vorgesetzten Dienstbehörde Anzeige zu machen.

Städtische und ländliche Gemeinden, Kreisversammlungen und Kreisausschüsse, welche sich durch ein gerichtliches Verfahren in ihrem Wirkungskreise für beeinträchtigt halten, haben die Erhebung des Competenzconflicts bei der betreffenden Kreisdirection, in der Stadt Braunschweig bei der Kreisdirection Braunschweig, evangelisch-lutherische Kirchenvorstände, Synoden und Synodalausschüsse in gleichem Falle bei dem Herzoglichen Consistorium zu beantragen.

§. 5.

Die Erhebung des Competenzconflicts erfolgt bei dem Gerichte, bei welchem die Sache anhängig ist, durch Uebersendung einer mit Gründen versehenen Erklärung der Verwaltungsbehörde, dass der Rechtsweg für unzulässig erachtet und deshalb der Competenzconflict erhoben werde, mit dem Antrage:

die Erklärung nebst den gerichtlichen Acten an den Gerichtshof zur Entscheidung von Competenzstreitigkeiten einzusenden.

§. 6.

Der Competenzconflict kann erhoben werden, sobald die Sache bei einem Gerichte anhängig geworden ist; er kann nicht mehr erhoben werden, sofern die Zulässigkeit des Rechtswegs durch rechtskräftiges Urtheil des Gerichts feststeht oder die Sache im Wege der Revision bei dem Reichsgerichte anhängig geworden ist.

§. 7.

Durch die Erhebung des Competenzconflicts wird das gerichtliche Verfahren bis zur Verkündung des Urtheils des Gerichtshofes zur Entscheidung von Competenzstreitigkeiten (§. 15) unterbrochen.

Diese Unterbrechung hat in einem anhängigen bürgerlichen Rechtsstreite die im §. 226 Abs. 1 und 2 der Deutschen Civilprocessordnung ausgesprochene Wirkung. In einem anhängigen Strafverfahren hindert die Unterbringung aber nicht diejenigen gerichtlichen Handlungen, welche zur Sicherstellung des objectiven Thatbestandes und der Beweise erforderlich sind.

§. 8.

Der Vorsitzende des Gerichts verfügt die Einsendung der Acten nebst der Erklärung der Verwaltungsbehörde an den Präsidenten des Gerichtshofes zur Entscheidung von Competenzstreitigkeiten und die Zustellung einer Abschrift jener Erklärung an die bei der Sache Betheiligten.

Die Ausführung dieser Verfügung liegt dem Gerichtsschreiber ob. Die Zustellung erfolgt von Amtswegen.

§. 9.

Nach Eingang der Acten bestellt der Präsident einen Berichtserstatter, bestimmt einen nicht über sechs Wochen hinaus anzuberaumenden Termin zur mündlichen Verhandlung und verfügt die Ladung der bei der Sache Betheiligten.

Die Ladung ist von dem Gerichtsschreiber unter Bezugnahme auf die gedachte Verfügung auszufertigen und von Amtswegen zuzustellen.

Die Behörde, welche den Competenzconflict erhoben hat, ist, wenn sie nicht bereits als betheiligte Partei geladen wurde, von dem Termine gleichfalls in Kenntniss zu setzen.

Die bei der Sache Betheiligten können bis spätestens zwei Wochen vor dem anberaumten Termine zur Wahrung ihres Interesse einen Schriftsatz über den erhobenen Conflict bei dem Gerichtshofe einreichen. Dieser Schriftsatz muss von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein; jedoch können öffentliche Behörden, sowie Personen, welche zum Richteramt befähigt sind, denselben ohne Zuziehung eines Rechtsanwalts einreichen. Der Präsident hat der Verwaltungsbehörde und der Gegenpartei den Schriftsatz in Abschrift von Amtswegen mitzutheilen. Die erforderliche Anzahl von Abschriften haben die Betheiligten, welche einen Schriftsatz überreichen, mit zu übergeben.

Der Ober-Staatsanwalt ist von dem anberaumten Termine zeitig vorher zu benachrichtigen, auch ist demselben Gelegenheit zur Einsicht der Acten zu geben.

§. 10.

Die bei der Sache Betheiligten müssen, sofern sie im anberaumten Termine verhandeln wollen, sich durch Rechtsanwälte vertreten lassen, welche Vollmacht im Termine zu überreichen haben.

Die Verwaltungsbehörde kann sich in diesem Termine stets durch einen ihrer Beamten oder durch einen Rechtsanwalt als Bevollmächtigten vertreten lassen.

§. 11.

Die Verhandlung der Sache findet auch dann statt, wenn weder die bei der Sache Betheiligten, noch die Verwaltungsbehörde erschienen oder vertreten sind.

§. 12.

An der Verhandlung haben sämmtliche Mitglieder des Gerichtshofes Theil zu nehmen. Sollte ein Mitglied thatsächlich oder rechtlich verhindert sein, so tritt für dasselbe dessen regelmässiger Vertreter ein. Ist auch dieser verhindert, so hat ein anderer Vertreter derselben Gattung Theil zu nehmen. Die Einberufung des Vertreters geschieht durch den Vorsitzenden des Gerichtshofs.

Ein Mitglied des Gerichtshofs, welches in Beziehung auf den Gegenstand des Competenzconflicts vermöge seines Amtes bereits eine Verfügung erlassen oder bei deren Erlassung mitgewirkt hat, ist als verhindert anzusehen.

§. 13.

Die Verhandlung ist öffentlich.

Die Oeffentlichkeit kann aus besonderen Gründen von Amtswegen für die Verhandlung oder für einen Theil derselben durch den Gerichtshof, nach vorgängiger Anhörung des Ober-Staatsanwalts, ausgeschlossen oder auf bestimmte Personen beschränkt werden. Die Gründe des Beschlusses müssen aus dem Protocolle hervorgehen.

Die §§. 174 bis 181, 183 bis 185 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes finden entsprechende Anwendung.

§. 14.

Die Verhandlung beginnt mit dem Vortrage des Berichterstatters über den Stand der gerichtlichen Verhandlungen und über die den Competenzconflict veranlassende Erklärung der Verwaltungsbehörde.

Die bei der Sache Betheiligten, sowie die Behörde werden gehört.

Nach dem Schlusse der mündlichen Verhandlung hat sich der Ober-Staatsanwalt über die zu erlassende Entscheidung gutachtlich zu äussern.

In dem von dem Gerichtsschreiber unter entsprechender Anwendung der Bestimmungen der §§. 145 und 146 der Deutschen Civilprocessordnung zu führenden Sitzungsprotocolle ist der Name des Ober-Staatsanwalts anzugeben, auch sind in dasselbe die von dem Ober-Staatsanwalt gestellten Anträge aufzunehmen.

§. 15.

Die Verkündung des mit Entscheidungsgründen abzugebenden Urtheils erfolgt im Verhandlungstermine oder in einem sofort anzuberaumenden Termine, welcher nicht über zwei Wochen hinaus angesetzt werden soll.

Das Urtheil erfolgt nach Stimmenmehrheit. Dasselbe kann nur dahin gehen:

dass der gethane Einspruch für begründet oder nicht für begründet zu halten und, nach der Beschaffenheit des Falles, dass das gerichtliche Verfahren einzustellen oder fortzusetzen sei.

Rechtsmittel gegen dieses Urtheil finden nicht statt.

§. 16.

Das Urtheil ist von den Richtern, welche bei der Entscheidung mitgewirkt haben, zu unterschreiben.

Der Gerichtsschreiber hat auf dem Urtheile den Tag der Verkündung zu bemerken und diese Bemerkung zu unterschreiben.

Die Ausfertigungen der Urtheile sind von dem Gerichtsschreiber zu unterschreiben und mit dem Gerichtssiegel zu versehen.

§. 17.

Nach Erledigung des Verfahrens hat der Gerichtsschreiber der Verwaltungsbehörde, welche den Competenzconflict veranlasst hat, eine Ausfertigung des Urtheils zustellen zu lassen und die Acten dem Gerichtsschreiber desjenigen Gerichts, bei welchem der Competenzconflict erhoben war, nebst einer beglaubigten Abschrift des von dem Gerichtshof zur Entscheidung von Competenzstreitigkeiten verkündeten Urtheils zurückzusenden.

§. 18.

Der Vorsitzende des Gerichts, an welches die Acten zurückgelangt sind, hat die bei der Sache Betheiligten von dem Urtheile des Gerichtshofs zur Entscheidung von Competenzstreitigkeiten in Kenntniss zu setzen.

Mit Zustellung dieser Verfügung gilt die Unterbrechung des Verfahrens für beendet, falls der Gerichtshof auf Fortsetzung des gerichtlichen Verfahrens erkannt hat.

§. 19.

Ging das Urtheil des Gerichtshofs dahin, dass das gerichtliche Verfahren einzustellen sei, so hat das Gericht das Rechtsverfahren aufzuheben und diesen Beschluss den von Amtswegen vorzuladenden Parteien zu eröffnen.

In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten hat diejenige Partei, hinsichtlich deren Anspruchs der Rechtsweg für unzulässig erklärt ist, der Gegenpartei, in einem Strafverfahren auf erhobene Privatklage der Privatkläger dem Angeklagten die verursachten Processkosten zu erstatten.

Der Anspruch ist durch eine neue Klage bei dem zuständigen Gerichte geltend zu machen.

§. 20.

Die Verfügungen und Urtheile des Gerichtshofs zur Entscheidung von Competenzstreitigkeiten erfolgen gebühren- und stempelfrei.

§. 21.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze in Kraft.

Die dann etwa noch unentschiedenen Sachen werden nach Vorschrift dieses Gesetzes erledigt.

Von demselben Tage an erlischt die Wirksamkeit des Gesetzes No. 19 vom 19. Mai 1851 und des Gesetzes No. 6 vom 9. Februar 1865.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigesetzten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 1. April 1879.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

W. Schulz. Trieps. Graf Görtz-Wrisberg.

Motive

zu

dem Gesetze, die Bildung des Gerichtshofs zur Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten und das Verfahren vor demselben betreffend.

Einleitung.

Das Deutsche Gerichtsverfassungsgesetz hat in §. 17 den Grundsatz, dass die Gerichte selbst über die Zulässigkeit des Rechtswegs zu entscheiden haben, an die Spitze gestellt, daneben aber Normativbestimmungen über die Verfassung und das Verfahren der nach den Landesgesetzen zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden berufenen Organe gegeben.

Im hiesigen Lande ist in Folge der Bestimmung des §. 196 der N. Landsch. Ordn. — wonach, wenn das Gericht sich competent erklärt, während eine Verwaltungsbehörde dessen Zuständigkeit in Zweifel zieht, letztere durch einen dem Gerichte zu eröffnenden Einspruch die weitere gerichtliche Verhandlung hemmen darf — die Entscheidung über die gedachten Streitigkeiten seit dem Bestehen der gegenwärtigen Verfassung von jeher einer besonderen Behörde übertragen gewesen, Anfangs einer aus höheren Justiz- und Administrationsbeamten zusammengesetzten Section der Ministerial-Commission (Gesetz No. 26 vom 12. October 1832), später einem durch das Gesetz No. 19 vom 19. Mai 1851 errichteten ständigen Gerichtshofe. Da kein Grund vorhanden ist, diesen Gerichtshof, dessen Entscheidungen den Anforderungen an eine unabhängige

Bibl. d. TU

Rechtspflege durchaus entsprochen haben *), zu beseitigen, so kommt es nur darauf an, das citirte Gesetz selbst den durch die reichsgesetzlichen Vorschriften erforderlich gewordenen, theils auf die Zusammensetzung des Gerichtshofs, theils und vor Allem auf das Verfahren vor demselben bezüglichen Aenderungen zu unterziehen.

Die Ausführung dieser Aenderungen bildet die Aufgabe des gegenwärtigen Gesetzes. Dasselbe bezieht sich ausschliesslich auf positive Competenzconflicte. Auf den sogenannten negativen Competenzconflict, also auf den Fall, wenn die Gerichtsbehörde die richterliche Thätigkeit ablehnt, weil sie die Sache zum Rechtswege nicht geeignet hält, und zugleich auch die Verwaltungsbehörde ihre amtliche Thätigkeit versagt, findet der §. 17 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes keine Anwendung; es ist aber auch zur gesetzlichen Regelung dieses Falles kein praktisches Bedürfniss vorhanden, da durch einen derartigen Competenzconflict regelmässig nur das Privatinteresse des Einzelnen betroffen wird, eine etwaige Beeinträchtigung desselben aber von Amtswegen, nöthigenfalls im Wege der Beschwerde durch die höhere Verwaltungsbehörde wird beseitigt werden können ¹⁾.

Zu §. 1. Der Paragraph entspricht im Allgemeinen den §§. 1 bis 3 des Gesetzes No. 19 de 1851 und enthält nur die durch §. 17 des D. G. V. G. begründete Abweichung, dass der Oberstaatsanwalt oder dessen Gehülfe nicht mehr Mitglied des Competenzen-Gerichtshofes sein, und ebensowenig ein nach dem Gesetze No. 6 vom 9. Februar 1865 qualificirter Staatsanwalt als Aushülfsrichter fungiren kann, dass statt dessen vielmehr ein Mitglied des Oberlandesgerichts zu berufen ist. Der Entwurf bestimmt dabei, abweichend von dem früheren Gesetze, dass als ordentliche richterliche Mitglieder des Gerichtshofs ausser dem Präsidenten des Oberlandesgerichts zwei „Räthe“ desselben fungiren sollen,

*) Der hiesige Competenzen-Gerichtshof hat seit seinem Bestehen (1. Juni 1851) bis Ende des Jahres 1878 in 24 Rechtssachen (20 Civil- und 4 Strafsachen) entschieden, und zwar in 16 Fällen den Rechtsweg für zulässig, in 8 Fällen ganz oder theilweise für unzulässig erklärt.

¹⁾ Der der Landesversammlung vorgelegte Gesetzentwurf ist zunächst von der Justizcommission beraten und sodann mit den von letzterer im Berichte vom 13. März 1879 (Landt. Verh. Anl. 52) gemachten, regierungsseitig gebilligten Abänderungsvorschlägen in der Sitzung der Landesversammlung vom 20. dess. Mon. en bloc angenommen (Prot. 17 sub VII, Anl. 64).

während als Aushülf Richter drei „Mitglieder“ des Oberlandesgerichts zu berufen sind, um damit hervorzuheben, dass der Vicepräsident des Oberlandesgerichts zwar zum Aushülf Richter, nicht aber zum ordentlichen Mitgliede des Gerichtshofs bestimmt worden ist, somit nicht in die Lage kommen kann, bei Behinderung des Präsidenten den Vorsitz in dem Competenzen-Gerichtshofe dem regelmässigen Vertreter desselben, mithin einem im Oberlandesgerichte ihm untergeordneten Rathe, einräumen zu müssen.

Zu §. 2. In Uebereinstimmung mit §. 4 des früheren Gesetzes geht der Entwurf davon aus, dass die Mitgliedschaft im Competenzen-Gerichtshofe als ein unentgeltliches Nebenamt aufzufassen ist und mit dem Augenblicke erlischt, wo das bekleidete Amt selbst aufgegeben wird. Der Entwurf macht somit von der Befugnis des §. 17 No. 1 des D. G. V. G., auch Personen, welche zur Zeit ihrer Ernennung ein Amt nicht bekleiden, zu lebenslänglichen Mitgliedern des Gerichtshofs zu ernennen, keinen Gebrauch. Es kann daher auch die nur auf die letztgedachten Personen, nicht auf solche, welche für die Dauer ihres Amtes bestellt sind, zu beziehende Bestimmung, dass eine Enthebung vom Amte nur unter denselben Voraussetzungen, wie bei den Mitgliedern des Reichsgerichts stattzufinden habe (D. G. V. G. §§. 128 bis 131), hier nicht Platz greifen; vielmehr kommen in Betreff der Enthebung der Mitglieder des Competenzen-Gerichtshofs von ihrem Amte diejenigen Bestimmungen zur Anwendung, welche hinsichtlich des bekleideten Hauptamtes massgebend sind ¹⁾.

Zu §. 4. Was die zur Erhebung des Competenzconflicts berufenen Behörden betrifft, so ist schon bei Berathung des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes in der Reichstagscommission darüber verhandelt, ob diese Befugnis auch den Reichsbehörden beizulegen sei, und es ist daran der Antrag geknüpft, über derartige Conflicte einen bestimmten Senat des Reichsgerichts entscheiden zu lassen (Prot. der Reichstagscommission S. 481 bis 493, bei Hahn, Justizgesetze, S. 681 ff.). Dieser Antrag ist jedoch verworfen, da man in der Commission sich von der gewiss richtigen Ansicht hat leiten lassen, dass der Reichsverwaltung in ihren verschiedenen Zweigen in Ermangelung eines desfallsigen Gesetzes das Recht, einen Competenzconflict zu erheben, überhaupt nicht zustehe, dass daher insoweit der Grundsatz hinsichtlich der ausschliesslichen Be-

¹⁾ Eine Beeidigung der in den Gerichtshof berufenen Präsidenten und Räte des Oberlandesgerichts, welche ein ständiges Richteramt bekleiden, ist nicht erforderlich. Dagegen schien es der Commission angemessen, für die zur Ausübung des Richteramts in den Competenzgerichtshof berufenen Verwaltungsbeamten die Beeidigung und, falls sie schon früher den Richtereid geleistet haben, die Verweisung auf letzteren vorzuschreiben (vgl. §. 4 des Ges. No. 19 vom 19. Mai 1851). Demgemäss ist das Erforderliche dem Paragraphen hinzugefügt.

fugniss der Gerichte, über ihre Zuständigkeit zu befinden, massgebend sei. Hiernach sind es eben nur die Landesbehörden, von welchen der Competenzconflict erhoben werden darf, übrigens ohne Unterschied, ob bei Entscheidung des Streites Reichsrecht oder Landesrecht in Frage kommt.

Die zuständigen Landesbehörden selbst sind im Allgemeinen in Uebereinstimmung mit den §§. 7 und 8 des Gesetzes No. 19 de 1851 bestimmt. Weggelassen sind die im §. 7 citirten auf Grund der Vorschrift des §. 30 Absatz 3 des hiesigen Gerichtsverfassungsgesetzes vom 21. August 1849 erwähnten, „dem Herzoglichen Staatsministerium unmittelbar untergeordneten Militairbehörden“, da es sich bei Competenzstreitigkeiten zwischen den bürgerlichen und den nach §. 7 des Einf. G. zum D. G. V. G. (vergl. mit §. 39 Absatz 1 des Reichsmilitairgesetzes vom 2. Mai 1874) für Strafsachen bestehenden gebliebenen Militairgerichten nicht um die Zulässigkeit des Rechtswegs, sondern um den Gerichtsstand handelt, wobei es allerdings z. Z. an einer zur Schlichtung eines etwaigen Zuständigkeitsstreites zwischen bürgerlichen und Militairgerichten berufenen Behörde mangelt (s. Löwe, Commentar zur Strafprocessordnung, S. 12 Note 4, S. 36 Note c.).

Dagegen ist des Falles Erwähnung geschehen, wenn die Organe der evangelisch-lutherischen Kirche, nämlich die Kirchenvorstände, die Synode und der Synodal-Ausschuss sich durch ein anhängiges gerichtliches Verfahren in ihrem Wirkungskreise für beeinträchtigt halten, und es ist bestimmt, dass dieselben sich für solchen Fall an Herzogliches Consistorium, als an die zur Vertretung der Interessen der evangelisch-lutherischen Kirche berufene Behörde, wenden sollen.

Zu §. 6. Der Entwurf enthält Bestimmungen über den Zeitpunkt, bis zu welchem der Competenzconflict erhoben werden kann, sowie eine Vorschrift darüber, wann dies zuerst geschehen darf.

I. In Betreff des dies a quo bestimmt der §. 196 der Neuen Land schaftsordnung de 1832, dass, wenn das Gericht sich competent erkläre, während eine Verwaltungsbehörde dessen Zuständigkeit in Zweifel ziehe, diese die weitere gerichtliche Verhandlung durch ihren Einspruch hemmen könne. Demgemäss hat sowohl der §. 21 des Gesetzes No. 26 vom 12. October 1832, als der §. 9 des Gesetzes No. 19 vom 19. Mai 1851 angeordnet, dass jede Verfügung, durch welche das Gericht ausdrücklich oder auch nur implicite seine Competenz ausspricht, als geeignet anzusehen sei, die Verwaltungsbehörde zur Erhebung des Einspruchs zu ermächtigen; in letzterer Hinsicht soll in einem bürgerlichen Rechtsstreit „einer Verwaltungsbehörde gegenüber“ — d. h. nach Auslegung der Praxis (Zeitschrift für Rechtspflege XXIV, S. 85), wenn die zur Erhebung des Competenzconflicts berechnigte Behörde selbst Processpartei war — als ein in die Unabhängigkeit der Verwaltung eingreifender Erlass schon dasjenige Decret gelten, durch welches das Gericht auf die Klage oder

in der Rechtsmittelinstanz auf das eingeführte Rechtsmittel die Einleitung des Verfahrens verfügt hat. Abgesehen nun davon, dass nach dem System der Deutschen Civilprocessordnung eine sachliche Prüfung des Inhalts der überreichten Klage und eine mögliche Abweisung derselben durch Decret nicht stattfindet, die Bestimmung des Termins auf die Klagschrift aber (D. C. P. O. §. 233) nur als ein formeller Act des Vorsitzenden erscheint und erst in dem auf mündliche Verhandlung ergangenen Urtheile des Gerichts ein Ausspruch über die Competenz enthalten sein kann, will der Entwurf gar nicht einen schon wirklich entstandenen, sondern auch einen nur möglichen Conflict zwischen Justiz und Verwaltung abgewendet wissen; er will die Verwaltungsbehörde ermächtigen, ohne Weiteres einen bei dem Gerichte erhobenen Rechtsstreit, weil der Gegenstand desselben dem Gebiete der Verwaltung angehört, den Gerichten abzunehmen und der eigenen Entscheidung zu unterbreiten. Daher ist, um dies zu bewirken, nicht erforderlich, dass eine Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Behörden über den Competenzpunkt bereits hervorgetreten, und namentlich die richterliche Competenz durch eine richterliche Entscheidung bezw. Verfügung wenigstens implicite schon anerkannt sein müsse; vielmehr kann der Competenzconflict im Civilprocesse sofort nach eingetretener Rechtshängigkeit der Klage, d. h. nach geschehener Zustellung derselben (D. C. P. O. §§. 230, 235), im Strafverfahren nach eingetretener Eröffnung der gerichtlichen Untersuchung, d. h. nach Erhebung der öffentlichen oder Privatklage (D. St. P. O. §§. 151, 152, 414), erhoben werden. Uebereinstimmend hiermit ist das Preussische Recht (vergl. Oppenhoff, die Preussischen Gesetze über die Ressortverhältnisse. 1863. S. 474 Note 25. Bödiker, die Zulässigkeit des Rechtswegs etc. in der Provinz Hannover. 1870. S. 157).

II. Was dagegen den Zeitpunkt anlangt, bis zu welchem der Competenzconflict erhoben werden kann, so ist derselbe negativ dahin bestimmt, dass letzteres nicht mehr geschehen soll, wenn entweder die Zulässigkeit des Rechtswegs durch rechtskräftiges Urtheil des Gerichts feststeht (D. G. V. G. §. 17 No. 4), oder die Sache im Wege der Revision beim Reichsgerichte anhängig geworden ist.

1. Ein rechtskräftiges Urtheil des Gerichts über die Zulässigkeit des Rechtswegs liegt in bürgerlichen Rechtssachen vor:

a. wenn der ganze Rechtsstreit durch rechtskräftiges, die Klage nicht zurückweisendes Endurtheil (D. C. P. O. §. 272) erledigt ist. Falls auf Grund eines noch nicht rechtskräftigen, aber für vorläufig vollstreckbar erklärten Endurtheils die Zwangsvollstreckung erfolgte (D. C. P. O. §. 644), kann die Erhebung des Competenzconflicts auch während des Stadiums der Zwangsvollstreckung stattfinden; ebenso würde, wenn zwar ein rechtskräftiges, aber nur bedingtes Endurtheil (D. C. P. O. §. 425) vorlag, bis zur Eidesleistung die Erhebung des Competenzconflicts unbedenklich geschehen können (vergl. auch Zeitschrift für Rechtspflege, XIII, S. 35, 36).

b. wenn die Einrede der Unzulässigkeit des Rechtswegs als processhindernde Einrede vorgeschützt (D. C. P. O. §. 247 No. 2) und durch ein ausnahmsweise der Rechtskraft fähiges Zwischenurtheil rechtskräftig verworfen ist (D. C. P. O. §§. 248 Absatz 2. 275). Für diesen Fall hatte das Preussische Gesetz vom 8. April 1847 über das Verfahren bei Competenzconflicten zwischen den Gerichten und Verwaltungsbehörden in §. 2 die Erhebung des Competenzconflicts nur dann für unstatthaft erklärt, wenn die Einrede der Unzulässigkeit des Rechtswegs in einem Processe, bei welchem die betreffende Verwaltungsbehörde als Partei betheiligt gewesen, von dieser selbst vorgeschützt war, während dann, wenn eine Privatperson als Processpartei die Präjudizialeinrede der Unzulässigkeit des Rechtswegs geltend gemacht hatte, durch deren rechtskräftige Verwerfung die Erhebung des Competenzconflicts nicht gehindert wurde. Indessen kann eine derartige Unterscheidung gegenüber der bestimmten Vorschrift des D. G. V. G. §. 17 No. 4 nicht mehr bestehen bleiben.

2. Nach den Normativbestimmungen des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes würde der Einspruch der Verwaltungsbehörde auch noch dann geschehen können, wenn die Sache bereits in der Revisionsinstanz beim Reichsgerichte sich befindet, wie auch nach §. 9 des Gesetzes No. 19 de 1851 der Competenzconflict auch noch im Verfahren vor dem 1. Senate des Obergerichts erhoben werden konnte. In der That ist jedoch die Erhebung des Competenzconflicts auf ein Verfahren vor dem obersten Gerichtshofe, insbesondere vor dem Reichsgerichte gar nicht berechnet. Wenn das Reichsgericht in der Revisionsinstanz nach §. 509 No. 1 der D. C. P. O., sobald es sich um die Unzulässigkeit des Rechtswegs handelt, ohne Rücksicht auf den Werth des Beschwerdegegenstandes entscheiden soll, wenn ferner nach §. 17 des Einf. G. zum D. G. V. G. die Verhandlung und Entscheidung über Streitigkeiten zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden wegen Zulässigkeit des Rechtswegs unter Umständen dem Reichsgerichte selbst übertragen werden kann, so würde es augenscheinlich dem Geiste des Gerichtsverfassungsgesetzes und dem Ansehen des obersten Deutschen Gerichtshofs nicht entsprechen, wenn durch Erhebung des Competenzconflicts seitens einer Landesverwaltungsbehörde die Entscheidung über die behauptete Unzulässigkeit des Rechtswegs dem Reichsgerichte wieder sollte entzogen werden können. Dazu kommt die Rücksicht, dass durch Landesgesetz Bestimmungen, wie sie die §§. 8 und 16 des Entwurfs enthalten, wohl für Gerichte des eigenen Landes, nicht aber für das Reichsgericht gegeben werden können, und dass auch sonst kein genügender Grund vorhanden ist, die Berechtigung der Verwaltungsbehörde zur Abgabe der Erklärung über die Einspruchserhebung bis in ein so spätes Stadium des Processes hinauszuschieben, da selbst dann, wenn die betreffende Verwaltungsbehörde nicht Processpartei ist, mit Recht angenommen werden kann, dass sie spätestens im Laufe der Berufungsinstanz von der Lage des Rechtsstreits Kunde erhalten und

die Competenzfrage vollständig habe übersehen können: Der Entwurf erklärt daher mit dem Zeitpunkte der Anhängigkeit der Revision beim Reichsgerichte, also mit Zustellung der Revisionschrift an den Revisionsbeklagten (D. C. P. O. §. 520 vergl. mit §§. 230. 235), die Erhebung des Competenzconflicts für unstatthaft.

Zu §§. 7 und 8. 1) Nach dem bisherigen Verfahren wurde der anhängige Process mit dem Eingang des auf Geltendmachung des Competenzconflicts bezüglichen Schreibens der betreffenden Verwaltungsbehörde nicht ohne Weiteres unterbrochen, sondern das Gericht hatte zunächst selbst die Erheblichkeit der zur Rechtfertigung des geschehenen Einspruchs von der Verwaltungsbehörde angeführten Gründe zu prüfen und darüber zu entscheiden. Fiel diese Entscheidung gegen die Verwaltungsbehörde aus, so wurden die Acten unter vorläufiger Sistirung des Verfahrens dem Competenzen-Gerichtshof mitgetheilt; anderenfalls hatten die Parteien gegen den das Verfahren einstellenden Bescheid die zulässigen Rechtsmittel zu verfolgen, und der gedachte Gerichtshof wurde mit der Entscheidung über den geschehenen Einspruch nur dann befasst, wenn etwa in der Berufungs- oder Cassationsinstanz neben Aufhebung des Bescheides des Gerichts erster Instanz die von der Verwaltungsbehörde vorgetragenen Gründe für nicht erheblich erklärt wurden. Dieses Verfahren hatte den Uebelstand im Gefolge, dass dadurch namentlich in dem letzterwähnten Falle eine unnöthige Verschleppung und Vertheuerung des Processes bewirkt wurde und, falls etwa die Entscheidung des Competenzen-Gerichtshofs abweichend von der des Cassationshofs ausfiel (wie z. B. in dem in der Zeitschrift für Rechtspflege IV, S. 180 ff. 185 abgedruckten Falle), die Autorität des letztgedachten Gerichtshofs leicht geschädigt werden konnte.

Das gegenwärtige Gesetz statuirt dagegen eine unmittelbar mit dem Eingang des Schreibens der Verwaltungsbehörde, worin die Erhebung des Competenzconflicts angezeigt und motivirt wird (§. 5), eintretende Unterbrechung des Verfahrens; danach soll die Entscheidung über die Zulässigkeit des Rechtswegs, obwohl an sich den Gerichten zustehend, denselben auf Grund des Einspruchs der Verwaltungsbehörde abgenommen werden und auf den Gerichtshof zur Entscheidung von Competenzstreitigkeiten übergehen, daher nach Eingang der den Einspruch enthaltenden motivirten Erklärung der Verwaltungsbehörde jede gerichtliche Thätigkeit als solche aufhört, und nur der Vorsitzende des Gerichts neben Benachrichtigung der bei der Sache Betheiligten die Einsendung der Acten und der Erklärung an den Präsidenten des Competenzen-Gerichtshofs verfügt. Folgeweise bedarf es denn auch bei Einsendung der Acten nicht mehr des Berichts, „in welchem die Gründe, aus welchen das Gericht sich für competent hält, entwickelt sind“ (Gesetz No. 19 de 1851 §. 11); der Competenzen-Gerichtshof hat selbstständig wie über die Legitimation der Einspruchsbehörde — also namentlich darüber, ob sich die-

selbe durch die Ausübung der Rechtspflege auch wirklich in ihrem Wirkungskreise für beeinträchtigt halten konnte (vergl. z. B. den Rechtsfall in der Zeitschrift für Rechtspflege XIV, S. 20) —, so über die rechtliche Begründung des geschehenen Einspruchs zu entscheiden. Dem Vorsitzenden des Gerichts kann nur das Recht zugestanden werden, den Antrag auf Einsendung der Acten an den Competenzen-Gerichtshof unbeachtet zu lassen oder zurückzuweisen, wenn etwa die Behörde, von welcher der Einspruch ausgegangen war, gar nicht zu den in §. 4 erwähnten, zur Erhebung des Competenzconflicts berechtigten Behörden gehören sollte (s. Oppenhoff a. a. O. S. 486 Note 102).

2) Welche Wirkungen die Unterbrechung des gerichtlichen Verfahrens habe, ist namentlich für anhängige Civilprocesssachen von Wichtigkeit¹⁾. Die Deutsche Civilprocessordnung unterscheidet in Betreff des Stillstandes eines Processes, abgesehen von dem Fall des Ruhenlassens desselben auf Grund einer Vereinbarung der Parteien (§. 228), zwischen der Unterbrechung und der Aussetzung des Verfahrens; jene (§§. 217 bis 222) tritt kraft Gesetzes in unmittelbarer Folge des betreffenden äusseren Ereignisses, diese (§§. 223 bis 225) auf Grund richterlicher Anordnung ein; während es die zwingende Natur der Thatsachen ist, z. B. der Tod der Processpartei, welche die Fälle der Unterbrechung bestimmt, wird die Aussetzung des Verfahrens mehr oder minder durch Rücksichten der Zweckmässigkeit bedingt, daher denn auch gegen die Entscheidung, durch welche die Aussetzung des Verfahrens angeordnet wird, ein weitgehendes Beschwerderecht stattfindet (§. 229). Die Fälle der Unterbrechung des Verfahrens sind an sich in der Deutschen Civilprocessordnung genau bestimmt; daneben hat jedoch der §. 15 No. 1 des Einf. G. zur D. C. P. O. die Vorschriften der Landesgesetze über Einstellung des Verfahrens bei entsprechendem Competenzconflict zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden unberührt gelassen. Im Sinne des Entwurfs, welcher die Sistirung des Verfahrens auf Grund der Einspruchserklärung der Verwaltungsbehörde nicht von dem richterlichen Ermessen abhängig machen, sondern unbedingt eintreten lassen will, konnte diese Sistirung nur den Charakter einer ipso jure eintretenden „Unterbrechung“ des Processes annehmen, daher nach §. 7 des Entwurfs die in §. 226, Absatz 1 und 2 der D. C. P. O. ausgesprochenen Wirkungen der Unterbrechung des Verfahrens auch im Fall der Erhebung des Competenzconflicts eintreten sollen, mithin jede Frist zu laufen aufhört, und die etwa seitens einer Partei vorgenommenen Processhandlungen der anderen Partei gegenüber ohne rechtliche Wirkung bleiben. (Ebenso Hauser,

¹⁾ Um klar zu stellen, dass der in einem Strafverfahren erhobene Competenzconflict nicht die Wirkung haben kann, die Vornahme vorbereitender gerichtlicher Handlungen zu behindern, welche die Sicherstellung des objectiven Thatbestandes und der Beweise bezwecken, ist auf Antrag der Commission ein bezüglicher Zusatz am Schlusse des §. 7 beschlossen.

Zeitschr. f. Reichs- und Landesrecht III, S. 256.) Dagegen würde die nach §. 226 Absatz 3 dem Gerichte gegebene Befugniß, eine noch rückständige, auf Grund einer schon vor der Unterbrechung des Verfahrens stattgehabten mündlichen Verhandlung abzugebende Entscheidung auch noch nach eingetretener Unterbrechung zu verkünden, dem Grundsatz des Entwurfs, welcher unmittelbar mit Eingang der Erklärung der Verwaltungsbehörde das Rechtsverfahren hemmen will, widersprechen; es soll daher diese Befugniß bei Unterbrechung des Verfahrens durch Erhebung des Competenzconflicts cessiren.

Zu §§. 9 bis 14. Statt des bisherigen schriftlichen Verfahrens vor dem Competenzen-Gerichtshofe hat der Entwurf mit Rücksicht auf die Vorschrift des §. 17 No. 3 des D. G. V. G. ein öffentliches und mündliches Verfahren eingeführt, dabei den beteiligten Privatparteien die Berechtigung ertheilt, sich in diesem Verfahren vernehmen zu lassen, und auch der Staatsanwaltschaft des Oberlandesgerichts wegen des vorwaltenden öffentlichen Interesse nach Analogie des §. 569 der D. C. P. O. eine Mitwirkung durch Gewährung des Rechts gutachtlicher Aeusserung eingeräumt. Da die Entscheidung des Competenzen-Gerichtshofs zwischen der den Einspruch erhebenden Verwaltungsbehörde und dem Gerichte erfolgt, mithin diese beiden Behörden es sind, welche sich als Parteien gegenüberstehen, so würde an sich allerdings kein Grund vorliegen, die bei der Sache beteiligten Privatparteien in diesem Verfahren verhandeln zu lassen. Wie aber schon das Gesetz No. 26 vom 12. October 1832 §. 23 und in Uebereinstimmung damit der §. 11 des Gesetzes No. 19 vom 19. Mai 1851 den wegen ihrer Privatrechte Beteiligten gestattet hat, eine Deduction zur Wahrung ihrer Interessen bei dem Präsidenten des Gerichtshofs einzureichen, so will auch das gegenwärtige Gesetz denselben die Gelegenheit geben, ihre Interessen in mündlicher Verhandlung geltend zu machen¹⁾. Es ordnet daher an, dass „die bei der Sache Beteiligten“ — worunter im bürgerlichen Rechtsstreit die Processparteien,

¹⁾ Der Entwurf hatte nur die Ladung der bei der Sache Beteiligten zur mündlichen Verhandlung vorgeschrieben. Auf Antrag der Commission ist jedoch beschlossen, dass denselben in Anlehnung an das frühere Verfahren (Ges. No. 19 v. 19. Mai 1851 §. 11) und nach dem Vorgang des §. 9 des Preuss. Entw. eines Gesetzes, betr. die Competenzconflicte zwischen den Gerichten und Verwaltungsbehörden, auch die Ueberreichung einer schriftlichen Deduction zur Wahrung ihrer Rechte gestattet werden soll. Dieser Schriftsatz muss, um bei den Mitgliedern des Gerichtshofs circuliren zu können, spätestens zwei Wochen vor dem Termine überreicht werden; auch ist derselbe, wenn er nicht von einer öffentlichen Behörde oder einer zur Ausübung des Richteramts befähigten Person ausgeht, von einem Rechtsanwalt zu unterzeichnen, damit die Anbringung unvollständiger oder mangelhafter Eingaben möglichst vermieden werde. Der Process erhält dadurch den Charakter des schriftlichen Verfahrens mit mündlicher Schlussverhandlung.

im Strafverfahren der Staatsanwalt oder Privatkläger und der Angeklagte zu verstehen sind — zum Verhandlungstermine geladen werden sollen; diese Ladung soll jedoch ebenso wie die Ladung der Verwaltungsbehörde nur eine monitorische sein, daher auch beim Nichterscheinen derselben mit Verhandlung der Sache verfahren wird (§. 11).

Wie vor dem Oberlandesgerichte, so gilt auch für das Verfahren vor dem Competenzen-Gerichtshofe der Rechtsanwaltszwang, nur dass die den Einspruch erhebende Behörde „stets“, d. h. auch dann, wenn sie zugleich Processpartei war, sich durch einen ihrer Beamten vertreten lassen kann (§. 10). — Auch ist, anknüpfend an die Bestimmung im §. 294 Absatz 3 der D. C. P. O., in §. 9 Absatz 2 vorgeschrieben, dass die Zustellung der die Ladung enthaltenden Verfügung des Vorsitzenden von Amtswegen erfolgen soll.

Der §. 12 entspricht im Allgemeinen den Bestimmungen des §. 13 Absatz 2 und 3 des Gesetzes No. 19 de 1851; es ist jedoch zugleich festgesetzt, dass, wofern der regelmässige Vertreter des behinderten Mitglieds des Gerichtshofs wegen eigener Verhinderung nicht sollte eintreten können, ein anderer Vertreter derselben Kategorie zu berufen ist, damit in jedem Falle mindestens die Hälfte der Mitglieder des Gerichtshofs aus Richtern besteht (D. G. V. G. §. 17 No. 2).

Im Uebrigen ist das Verfahren den in den Reichsgesetzen für besondere nicht processualische Fälle befolgten Grundsätzen nachgebildet (vergl. z. B. Reichsbeamten-gesetz vom 31. März 1873 §§. 102, 104, 109, 116).

Zu §§. 15 bis 17. In Betreff des Inhalts des von dem Competenzen-Gerichtshofe abzugebenden Urtheils und der Inappellabilität desselben vergl. Gesetz No. 19 de 1851 §§. 14 und 16; in Betreff der Verkündung des Urtheils, der Verpflichtung der mitwirkenden Richter zur Unterschrift desselben und der Functionen des Gerichtsschreibers bei Ausfertigung der Urtheile und bei Rücksendung der Acten: die ähnlichen Bestimmungen in der D. C. P. O. §§. 281, 286 Absatz 1 und 3, 288 Absatz 3, 506 Absatz 2 und 529.

Zu §. 19. Das Urtheil des Competenzen-Gerichtshofs bestimmt den weiteren Lauf des gerichtlichen Verfahrens. War der Einspruch für unbegründet erklärt und demgemäss auf Fortsetzung des gerichtlichen Verfahrens erkannt, so findet die Wiederaufnahme desselben nach Massgabe der Vorschriften der Processordnungen statt¹⁾. Für

¹⁾ Dem Entwurf fehlte eine Bestimmung darüber, dass die bei der Sache Betheiligten, welche im Verhandlungstermine vor dem Competenzengerichtshofe nicht zu erscheinen brauchen (§. 11), in jedem Falle von dem ergangenen Urtheile in Kenntniss zu setzen seien. Die Commission hielt jedoch einen entsprechenden Zusatz, welcher sich auch im §. 17 des Preuss. Gesetzentwurfs findet, für wünschenswerth. Auch wurde für zweckmässig erachtet, im Gesetze

bürgerliche Rechtsstreite entscheidet hier der §. 227 der D. C. P. O. Es folgt jedoch aus der Bedeutung des vom Competenzen-Gerichtshof abgegebenen Urtheils, dass dasselbe für den ferneren Lauf des gerichtlichen Verfahrens massgebend bleiben muss, daher nicht etwa nachträglich noch der Beklagte im Civilprocesse die Einrede der Unzulässigkeit des Rechtswegs vorschützen und zur selbstständigen Entscheidung des Gerichts bringen darf. Diese Frage ist eben ein für allemal der richterlichen Cognition entzogen und endgültig der Beurtheilung des Competenzen-Gerichtshofs unterstellt worden.

Ging dagegen das Urtheil des Gerichtshofs dahin, dass das gerichtliche Verfahren einzustellen sei, so bedarf es nur einer Benachrichtigung der bei der Sache Betheiligten von der beschlossenen Einstellung. Hierbei entsteht dann die Frage, wie es mit den inzwischen erwachsenen Processkosten zu halten sei? Während das Gesetz No. 19 de 1851 so wenig über die Einwirkung des Urtheils des Competenzen-Gerichtshofs auf den unterbrochenen Process, als über die Processkostenfrage Bestimmungen enthielt, daher es bei der Regel bewenden musste, dass jeder Theil die ihm entstandenen Kosten selbst zu tragen habe, während die in die Gerichtscasse eingezahlten Kosten in letzterer verblieben, bestimmt der §. 18 des Preussischen Gesetzes vom 8. April 1847, dass die gerichtlichen Kosten niederzuschlagen, die etwa schon bezahlten zurückzuzahlen seien, dass übrigens kein Theil die Verpflichtung habe, aussergerichtliche Kosten zu erstatten. Richtiger scheint es dagegen, den im §. 87 der D. C. P. O. bzw. in §. 503 der D. St. P. O. ausgesprochenen Grundsatz zur Anwendung zu bringen, dass die unterliegende Partei die dem Gegner erwachsenen Kosten zu erstatten hat. Diese Kostenerstattungspflicht erscheint als unmittelbare Folge der Thatsache, dass der Kläger bzw. Widerkläger, im Strafverfahren der Privatkläger, einen Anspruch gerichtlich geltend machte, welcher überhaupt nicht Gegenstand eines Processes werden konnte. Der in Folge des Urtheils des Competenzen-Gerichtshofs obsiegende Theil erwirbt damit aber nur einen selbstständigen Anspruch, welcher, da das frühere gerichtliche Verfahren endgültig eingestellt ist, mittelst neuer Klage bei dem zuständigen Gerichte geltend gemacht werden muss.

Zu §. 20. Die Sportel- und Stempelfreiheit der Verfügungen und Urtheile des Competenzen-Gerichtshofs war stillschweigend schon durch das Gesetz No. 19 de 1851 angeordnet; es empfahl sich aber, den Satz ausdrücklich auszusprechen.

bestimmt auszusprechen, von welchem Zeitpunkte ab die Unterbrechung des Verfahrens als beendet gelte, und von wo ab mithin, falls auf Fortsetzung des gerichtlichen Verfahrens erkannt worden, in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten der nach §. 226 Abs. 1 der D. C. P. O. unterbrochene Lauf der Fristen wiederzubeginnen habe. Demgemäss ist ein selbstständiger Paragraph (§. 18), welcher diese Bestimmungen enthält, dem Gesetze einverleibt.

III.

G e s e t z,

die

Ausführung der Deutschen Processordnungen

betreffend.

d. d. Braunschweig, den 1. April 1879 (Nr. 12).

Von Gottes Gnaden, Wir,
Wilhelm,

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg p. p.

erlassen in Ausführung der Deutschen Processordnungen
mit Zustimmung der Landesversammlung das nach-
folgende Gesetz:

Erster Titel.

Zur Ausführung der Deutschen Civilprocessordnung.

§. 1.

Zu §. 461.

Die Amtsgerichte haben bei Beginn des Geschäftsjahres die
ordentlichen Gerichtstage festzusetzen und öffentlich bekannt zu
machen, an welchen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten regelmässig
Recht gesprochen wird.

§. 2.

Zu §. 731.

Will der Gläubiger die Pfändung einer Hypothekforderung in
das Grundbuch eintragen lassen, so geschieht die Eintragung auf
seinen Antrag unter Nachweisung der Zustellung des gerichtlichen
Pfändungsbeschlusses an den Drittschuldner. Ist der Letztere nicht
zugleich als Eigenthümer des Grundstücks im Grundbuch eingetragen,
so bedarf es ausserdem der Nachweisung der Zustellung an den Eigen-
thümer.

In Betreff der Voraussetzungen, unter welchen die Pfändung einer Hypothek Rechtswirkung gegen Dritte erlangt, bleiben die Vorschriften der §§. 35 bis 43 der Grundbuchordnung vom 8. März 1878 unberührt.

§. 3.

Zu §§. 810 und 815.

Die Bestimmungen des §. 2 finden auf den Fall des Arrestes auf eine hypothekarische Forderung oder einer einstweiligen Verfügung über dieselbe entsprechende Anwendung.

§. 4.

Zu §. 811.

Der Arrest auf ein Grundstück begründet eine Verfügungsbeschränkung des Eigenthümers und ist, um Rechtswirkung gegen dritte redliche Erwerber zu erlangen, in das Grundbuch einzutragen. Die Eintragung erfolgt auf Antrag des Gläubigers, welcher den Arrestbeschluss erwirkt hat, unter Vorlegung des letzteren. Der Nachweisung der vorgängigen Zustellung an den Schuldner bedarf es nicht.

§. 5.

Zu §§. 691, 805, 813, 815.

Die Löschung der in den §§. 2 bis 4 erwähnten Eintragungen im Grundbuch erfolgt auf Antrag des Eigenthümers oder des betheiligten Gläubigers unter Vorlegung eines vollstreckbaren Urtheils oder Beschlusses, durch welche die die Eintragung begründende gerichtliche Entscheidung aufgehoben ist.

§. 6.

Das den Gerichten in Angelegenheiten der nicht streitigen Gerichtsbarkeit nach Massgabe der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen obliegende Aufgebotsverfahren gehört zur Zuständigkeit der Amtsgerichte.

§. 7.

Zu §. 823.

Das Aufgebotsverfahren kann, unbeschadet der in besonderen Landesgesetzen erwähnten Fälle, unter den festgesetzten Rechtsnachtheilen beantragt werden:

- 1) von dem Besitzer eines im Grundbuch nicht eingetragenen

Grundstücks nach Massgabe des §. 23 der Grundbuchordnung vom 8. März 1878 unter dem daselbst angedrohten Rechtsnachtheile;

- 2) von dem Berechtigten bei Verlassenschaften, für welche sich kein Erbe findet, hinsichtlich der Erbberechtigten unter dem Rechtsnachtheile, dass der Nachlass, wenn sich kein Erbe findet, für erbloses Gut erklärt, bei erfolgreicher Anmeldung aber den sich Legitimirenden ausgeantwortet werde, dass der nach dem Ausschlusse sich Meldende und Legitimirende alle bis dahin über den Nachlass getroffenen Verfügungen anzuerkennen schuldig, auch weder Rechnungsablage noch Ersatz der erhobenen Nutzungen zu fordern, sondern seine Ansprüche auf das zu beschränken habe, was von der Erbschaft noch vorhanden;
- 3) von den Erbberechtigten hinsichtlich Aller, die ein näheres oder gleich nahes Erbrecht zu haben vermeinen, unter dem Rechtsnachtheile, dass die Antragsteller als die wahren Erben angenommen werden sollen, mit den unter No. 2 aufgeführten Wirkungen;
- 4) von denen, welche eine Erbschaft mit der Wohlthat des Inventars angetreten haben, hinsichtlich Aller, welche Anspruch auf Befriedigung an die Verlassenschaft zu haben vermeinen, unter dem Rechtsnachtheile, dass nicht angemeldete Ansprüche auf den Theil der Masse sich beschränken, welcher nach Berichtigung der angemeldeten Forderungen auf die Erben übergeht;
- 5) von dem Gläubiger oder sonstigen Berechtigten, welchem ein Hypothekenbrief oder eine auf den Namen oder auf den Inhaber lautende Schuldurkunde, sofern sie nicht zu den in §. 837 Abs. 1 der Deutschen Civilprocessordnung bezeichneten oder der Kraftloserklärung gesetzlich entzogenen Urkunden gehört, abhanden gekommen ist, hinsichtlich der unbekannten Inhaber derselben, unter dem Rechtsnachtheile, dass solche dem Eigenthümer des verpfändeten Grundstücks oder dem Schuldner oder dessen Rechtsnachfolgern gegenüber für kraftlos erklärt werden solle;
- 6) von dem Eigenthümer eines Grundstücks wegen Löschung einer für eine fällige Forderung eingetragenen Hypothek, deren Berechtigter ihm nicht bekannt ist, hinsichtlich Aller, welche solche in Anspruch nehmen, und gegen gerichtliche Hinterlegung des Betrages der eingetragenen Forderung

nebst rückständigen Zinsen, unter dem Rechtsnachtheile, dass im Nichtanmeldungsfall die Hypothek gelöscht, bei erfolgter Anmeldung aber der hinterlegte Betrag dem sich Legitimirenden, nachdem derselbe seine Eintragung im Grundbuch bewirkt haben wird, gegen Löschung der Hypothek ausgeantwortet werde, und dass der nach dem Ausschluss sich Meldende und Legitimirende seinen Anspruch auf die gerichtlich hinterlegte Summe zu beschränken habe;

7) von dem Eigenthümer eines Grundstücks

a. wegen Löschung von eingetragenen Abfindungs- und Altentheilscapitalien, über welche Hypothekenbriefe nicht ausgestellt sind, hinsichtlich deren der Berechtigte ungewiss oder unbekannt ist, die geschehene Tilgung aber glaubhaft gemacht werden kann, hinsichtlich Aller, welche auf das eingetragene Capital Anspruch machen, unter dem Rechtsnachtheile, dass die Löschung der Eintragung erfolgen solle;

desgleichen,

b. wegen Löschung einer vor dem 1. October 1878 eingetragenen Hypothek, wenn die Tilgung der unterliegenden Forderung als vor dem 1. October 1878 geschehen glaubhaft gemacht werden kann, der Inhaber der Schuld- und Pfandurkunde aber unbekannt ist, hinsichtlich der unbekannten Inhaber der Urkunde und Aller, welche auf die Hypothek Anspruch machen, unter dem Rechtsnachtheile, dass die Hypothekurkunde dem Eigenthümer gegenüber für kraftlos erklärt, die Hypothek aber gelöscht werde;

8) von Herzoglichem Finanz-Collegium, wenn Ungewissheiten über die Berechtigten hinsichtlich gerichtlicher Werthdepositen entstanden sind, gegen die etwaigen Berechtigten unter dem Rechtsnachtheile, dass die sich nicht Meldenden ausgeschlossen und über die Werthdepositen verfügt werde.

§. 8.

Das Aufgebot eines Verschollenen zum Zwecke der Todeserklärung geschieht unter dem Rechtsnachtheile, dass bei dem Ausbleiben des Verschollenen die Todeserklärung erfolgen, und sein Vermögen als Erbschaft behandelt werde.

§. 9.

Für das Aufgebot einer gefundenen Sache ist in der Stadt Braunschweig fortan nicht mehr die Polizeidirection, sondern das Amtsgericht zuständig.

Das Aufgebot einer gefundenen Sache erfolgt auf Antrag des Finders. Ein Zwang zur Ablieferung derselben an das Gericht findet nicht statt. Der zulässige Verkauf einer gefundenen Sache wird auf Antrag des Finders angeordnet; die Entscheidung kann ohne vorgängige mündliche Verhandlung erfolgen.

Die entgegenstehenden Vorschriften der Verordnung No. 11 vom 15. April 1824 werden aufgehoben.

§. 10.

Zu §. 849.

Das Aufgebotsverfahren hinsichtlich abhanden gekommener auf den Inhaber lautender Sparcassenbücher und Leihhauspfandscheine steht fortan nicht mehr den Leihhaus-Anstalten zu, sondern gehört zur Zuständigkeit der Amtsgerichte. Die entgegenstehenden Vorschriften des Gesetzes No. 18 vom 20. December 1834 §§. 7 bis 9 und des Gesetzes No. 15 vom 28. Januar 1870 §§. 8 und 10 sind aufgehoben.

§. 11.

Die Vorschriften der §§. 838 bis 850 der Deutschen Civilprocessordnung finden auch bei dem Aufgebot anderer als der in §. 837 Abs. 1 daselbst bezeichneten Urkunden, mit Ausschluss aller besonderen Vorschriften, Anwendung.

Auch auf die sonstigen Fälle des Aufgebotsverfahrens finden die Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung (§§. 824 bis 836) mit folgenden Abänderungen Anwendung:

- 1) In den Fällen des §. 7 No. 6 und 7 und des §. 8 sind die zur Begründung des Antrags erforderlichen Thatssachen sofort bei Stellung desselben glaubhaft zu machen, und hat der Antragsteller sich zur eidlichen Versicherung der Wahrheit seiner Angaben zu erboten.
 - 2) In dem Falle des §. 9 genügt, falls der Werth nicht über 100 Mark im einzelnen Falle beträgt (cf. §. 836 der Deutschen Civilprocessordnung), für die Bekanntmachung eine einmalige Veröffentlichung durch die Braunschweigischen Anzeigen oder ein vom Gerichte zu bestimmendes Localblatt.
-

Zweiter Titel.

Zur Ausführung der Deutschen Strafprocessordnung ¹⁾).

§. 12.

Zu §. 453.

Das Recht, polizeiliche Strafverfügungen in Gemässheit des §. 453 ff. der Deutschen Strafprocessordnung zu erlassen, steht der Herzoglichen Polizei-Direction zu Braunschweig und den Polizeibehörden in denjenigen Städten und mit städtischer Verwaltung versehenen Flecken zu, welchen diese Befugniss durch landesherrliche Verordnung übertragen wird.

Die durch Verfügung festzusetzende Strafe darf 15 Mark oder drei Tage Haft nicht übersteigen.

Gegen die Strafverfügung findet eine Beschwerde bei der der Polizeibehörde vorgesetzten Behörde nicht statt.

§. 13.

Zu §. 454.

Wird der Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei der Polizeibehörde mündlich angebracht, so ist darüber eine Verhandlung aufzunehmen. Dem Antragsteller ist auf dessen Antrag eine Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung kostenfrei zu ertheilen.

§. 14.

Die Zustellung der Strafverfügung an den Angeschuldigten ist von der Polizeibehörde durch deren Unterbeamte zu bewirken und von diesen Beamten nach Massgabe der für gerichtliche Zustellungen geltenden Vorschriften auszuführen und zu bescheinigen.

Eine Strafverfügung, gegen welche nicht rechtzeitig Einspruch erhoben worden ist, wird von dem zuständigen Amtsgerichte für vollstreckbar erklärt. Dieselbe ist wie ein gerichtliches Urtheil zu vollstrecken, unbeschadet jedoch des Rechts des Angeschuldigten, in den Fällen, wo die Strafverfügung ausschliesslich auf Geldstrafe oder die an deren Stelle tretende Haft gerichtet war, die Strafvollstreckung durch freiwillige Erlegung der Geldstrafe abwenden zu können.

¹⁾ Die in den §§. 39, 420 und 483 Abs. 3 der D. St. P. O. der Anordnung der Landesjustizverwaltung überwiesene Regelung ist erfolgt: zu §. 39 durch die Bekanntmachung vom 12. Sept. 1879 No. 62 über vereinfachte Zustellungen (siehe oben hinter S. 34, Anhang II); zu §. 420 durch die Bekanntmachung vom 21. Aug. 1879 No. 54 über die provisorisch eingerichteten Vergleichsbehörden zum Zwecke des Sühneversuchs bei Beleidigungen; zu §. 483 Abs. 3 durch die Bekanntmachung vom 20. Aug. 1879 No. 52, wodurch für die zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehörigen Sachen die Strafvollstreckung den Amtsrichtern übertragen ist.

§. 15.

Die Bestimmung des §. 7 des Gesetzes No. 74 vom 7. December 1871, wonach die in die Cassen der bisherigen Herzoglichen Stadt- und Amtsgerichte geflossenen, in den §§. 1 bis 5 des angeführten Gesetzes näher bezeichneten Gelder, soweit sie nicht nach §. 6 desselben Gesetzes an andere Cassen abzuliefern sind, zu einem Drittheil an die Haupt-Finanz-Casse, zu zwei Drittheilen aber an die betreffende Kreis-Communal-Casse beziehungsweise in der Stadt Braunschweig an die dortige Polizei-Casse abgeliefert werden sollen, wird dahin abgeändert, dass in Zukunft die betreffenden Gelder von den Cassen der Herzoglichen Amtsgerichte zu zwei Drittheilen an die Haupt-Finanz-Casse und zu einem Drittheile an die betreffende Kreis-Communal-Casse, beziehungsweise, soviel das Herzogliche Amtsgericht Braunschweig betrifft, bis auf weitere Landesfürstliche Verordnung an die Polizei-Casse daselbst vierteljährlich abzuliefern sind.

Dritter Titel.

Zur Ausführung der Deutschen Concursordnung.

§. 16.

Zu §§. 106 und 151 Absatz 3.

Das Concursgericht hat die Eröffnung des Concursverfahrens von Amtswegen in das Grundbuch einzutragen und eine beglaubigte Abschrift des Eröffnungsbeschlusses mit dem Eintragungsvermerk zu den Grundacten zu nehmen. Ist das Concursgericht mit dem Grundbuchamt nicht verbunden, so hat dasselbe eine Ausfertigung des Eröffnungsbeschlusses ungesäumt nach dessen Erlass dem Grundbuchamt mit dem Ersuchen um Eintragung der Eröffnung des Concursverfahrens in das Grundbuch zuzustellen. Das letztere hat diesem Ersuchen sofort zu entsprechen und den Eröffnungsbeschluss mit dem Eintragungsvermerk dem Concursgericht wieder zuzustellen, nachdem davon zuvor beglaubigte Abschrift zu den Grundacten genommen ist.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch im Fall der Aufhebung des Concursverfahrens Anwendung.

Vierter Titel.

Schlussbestimmungen.

§. 17.

Das gegenwärtige Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze in Kraft.

§. 18.

Von dem im §. 17 bezeichneten Zeitpunkte an treten, vorbehaltlich ihrer durch das Gesetz vom heutigen Tage, die zur Einführung der Deutschen Processordnungen erforderlichen Uebergangsbestimmungen betreffend, bedingten fernerer Anwendung, ausser Wirksamkeit:

- I. Die Civilprocessordnung vom 19. März 1850 No. 14 und alle dieselbe abändernden oder ergänzenden Gesetze, insbesondere
 - 1) das Gesetz No. 58 vom 3. December 1855, Abänderungen und Ergänzungen der Civilprocessordnung betreffend,
 - 2) der §. 2 Absatz 1 und 2 des Gesetzes No. 8 vom 12. Februar 1859, Abänderungen und nähere Bestimmungen des Verfahrens in Gesindesachen betreffend, sowie der §. 1 Abs. 3 dieses Gesetzes, insofern die Zulassung der Klage von einer polizeilichen Bescheinigung der vergeblich versuchten oder abgelehnten Güte abhängig gemacht ist,
 - 3) das Gesetz No. 13 vom 30. April 1863, die Abänderung der §§. 266 und 267 der Civilprocessordnung betreffend,
 - 4) das Gesetz No. 20 vom 7. April 1864, die Einführung eines Mahnverfahrens für Schuldsachen betreffend,
 - 5) das Gesetz No. 100 vom 12. November 1867, Abänderungen der Civilprocessordnung bezüglich des Herzogl. Kreisgerichts Blankenburg betreffend,
 - 6) das Gesetz No. 43 vom 18. Januar 1869, die Insinuationen und Ladungen der Amtsgerichte Riddagshausen und Wolfenbüttel in den Stadtgebieten von Braunschweig und Wolfenbüttel betreffend,
 - 7) das Gesetz No. 6 vom 10. Januar 1870, die Abstellung einiger Uebelstände im Civilprocessverfahren etc. betreffend,
 - 8) die §§. 1 bis 4, 7 und 8 des Gesetzes No. 38 vom 28. Juni 1872, bürgerliche Verhältnisse des Polizeimilitärs betreffend,

9) das Gesetz No. 9 vom 1. März 1878, Abänderungen der Civilprocessordnung und der Advocatenordnung betreffend;

II. die revidirte Strafprocessordnung vom 21. October 1858 No. 59 und alle dieselbe abändernden oder ergänzenden Gesetze, insbesondere:

- 1) das Gesetz No. 47 vom 22. November 1859. Abänderungen der §§. 160, 161 und 184 der neuen Redaction der Strafprocessordnung betreffend,
- 2) das Gesetz No. 11 vom 8. März 1861, die Abänderung des Verfahrens etc. in Privatanklagesachen betreffend,
- 3) das Gesetz No. 12 vom 8. März 1861, die Kosten der Obduction und Section der Leichen von Selbstmördern betreffend,
- 4) die §§. 1 und 2, 10 bis 30 des Gesetzes No. 122 vom 22. December 1870, Veränderung des Verfahrens in Strafsachen betreffend ¹⁾,
- 5) die §§. 6 und 8 Absatz 1 bis 3 des Gesetzes No. 25 vom 3. Juni 1871, die Stellung des Polizeimilitairs in militairischer und strafrechtlicher Beziehung betreffend;

III. das Gesetz die Bankerotte betreffend, vom 22. December 1870 No. 120.

Wo in einem Gesetze auf die durch Einführung der Deutschen Processordnungen oder durch dieses Gesetz aufgehobenen Vorschriften hingewiesen wird, treten die Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung, der Deutschen Strafprocessordnung, der Deutschen Concursordnung, der Einführungsgesetze zu denselben und dieses Gesetzes an deren Stelle.

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und begedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 1. April 1879.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

W. Schulz. Trieps. Graf Görtz-Wrisberg.

¹⁾ Wegen Aufhebung der §§. 3 bis 9 des ctt. Gesetzes vergl. Ausführungsgesetz zum D. Gerichtsverfassungsgesetze §. 96 No. 12 (oben S. 34).

Motive

zu

dem Gesetze, betr. die Ausführung der Deutschen
Processordnungen.

Einleitung.

Die Deutschen Processordnungen haben der Landesgesetzgebung einzelne Gegenstände zu selbstständiger Regelung überlassen, und es bedarf daher, wie schon bei der einleitenden Begründung des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze hervorgehoben wurde (s. oben S. 36), eines die erforderlichen Ergänzungen enthaltenden Landesgesetzes.

Was zunächst die Deutsche Civilprocessordnung und das Einführungsgesetz zu derselben betrifft, so wird die der Landesgesetzgebung vorbehaltene Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen (Deutsche Civil-Process-Ordnung §. 757) wegen ihrer Abgeschlossenheit und ihres grösseren Umfanges den Gegenstand eines besonderen Gesetzes bilden; ebenso hat die in §. 15 No. 1 des Einf. Ges. zur Deutschen Civilprocessordnung der Landesgesetzgebung gestattete Einstellung des Verfahrens für den Fall der Erhebung des Competenzconflicts wegen ihres unmittelbaren Zusammenhangs mit den Vorschriften über das Verfahren vor dem Competenzengerichtshofe in dem die Organisation des letzteren etc. enthaltenden Gesetze §. 7 (s. die Motive dazu) ihre Erledigung gefunden. Dagegen giebt es in der Deutschen Civilprocessordnung andere vereinzelte Bestimmungen, namentlich solche, welche mit dem Eigenthums- und Hypothekenrechte zusammenhängen oder das Aufgebotsverfahren betreffen, hinsichtlich deren das Reichsgesetz eine unvollständige Norm aufstellt, welche ihren vollen Inhalt erst

durch das Landesrecht erhalten soll und daher durch letzteres vervollständigt werden muss.

Ebenso hat die Deutsche Strafprocessordnung in einzelnen Fällen auf das Landesrecht verwiesen. Die Mehrzahl dieser Verweisungen fordern jedoch kein eigentliches Landesgesetz, überlassen vielmehr die weitere Regelung den Anordnungen der Landesjustizverwaltung; so in den §§. 39, 420 und 483 Abs. 3. Eines eigentlichen Landesgesetzes bedarf es nur zur Regelung des Verwaltungs-Strafverfahrens (§. 6 No. 3 des Einführungs-Gesetzes zur Deutschen Strafprocessordnung) und auch dieserhalb nur, soweit dasselbe vor den Polizeibehörden eintreten soll. Hinsichtlich des Verfahrens bei Verfolgung der Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle (Deutsche Strafprocessordnung §§. 459 bis 469) bestehen besondere reichsgesetzliche Bestimmungen nur für Post-Strafsachen (Reichspostgesetz vom 28. October 1871, §§. 34 ff.); in Betreff der Zoll- und Steuer-Strafsachen verweist ein Theil dieser Gesetze (z. B. Wechselstempelsteuergesetz vom 10. Juni 1869 §. 18, Tabackssteuergesetz vom 26. Mai 1868 §. 12)¹⁾ wegen des Verfahrens auf die Bestimmungen der Zollgesetze, das Vereinszollgesetz vom 1. Juli 1869 §. 165 aber wiederum auf die Landesgesetze; insofern wird daher auch in Zukunft das hiesige Zollstrafgesetz vom 21. December 1841 (Gesetzsammlung S. 240 ff.), soweit dasselbe in den §§. 28 bis 33 und 36 das Verfahren bei Entdeckung einer Zollgesetzübertretung etc., und besonders das administrative Vorverfahren ordnet, übrigens unter Berücksichtigung der in den §§. 459 ff. der Deutschen Strafprocessordnung enthaltenen Modificationen, Anwendung finden müssen.

Soviel endlich die Deutsche Concursordnung anlangt, so umfasst dieselbe das Concursrecht und das Concursverfahren. Bei den in mannigfache Gebiete des bürgerlichen Rechts eingreifenden Bestimmungen des materiellen Concursrechts hat die Deutsche Concursordnung entweder einzelne Materien des Landesrechts, namentlich des Immobilienrechts, unberührt gelassen (vergl. z. B. §§. 20, 35, 39, 43, 45) oder die Landesgesetzgebung zur Ergänzung der Grundsätze über Publicität und Specialität der Realrechte aufgefordert (Einführungsgesetz zur Deutschen Concursordnung §§. 12 bis 16), um dieselben mit den das Mobiliarrecht betreffenden Bestimmungen der Concursordnung in Einklang zu bringen. Für das hiesige Land bedarf es jedoch einer solchen Ergänzung nicht, nachdem erst vor Kurzem eine auf den erwähnten Principien beruhende gesetzliche Regelung sowohl des Immobilien- als des Mobiliarsachenrechts erfolgt ist. Das eigentliche Concursverfahren aber ist durch die Concursordnung fast vollständig geordnet; die darauf bezüglichen Vorschriften der Landesgesetze sind durch den §. 4 des Einführungsgesetzes zur Deutschen Concurs-Ordnung in sehr weitem Umfange ausser Kraft gesetzt, so dass z. B.

¹⁾ Ebenso das Reichsges. v. 16. Juli 1879, betr. die Besteuerung des Tabacks, §. 46 (R. G. Bl. S. 258).

auch die auf die Rechtswohlthat der Güterabtretung bezüglichen Bestimmungen des hiesigen Gesetzes No. 120 vom 22. December 1870 §§. 7 bis 9 fortan nicht mehr zur Anwendung kommen. Nur wenige auf das Verfahren sich beziehende Vorschriften (§§. 106, 116, 151 Abs. 3) bieten der Landesgesetzgebung Anlass zu selbstständigem Vorgehen; dieselben sind — mit Ausnahme der die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung der zur Concursmasse gehörigen Immobilien betreffenden Bestimmung des §. 116, welche des Zusammenhangs wegen in dem Gesetzentwurf, die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen betr., Berücksichtigung finden wird — in dem vorliegenden Gesetze geregelt.

Das letztere bildet hiernach kein in sich abgeschlossenes Ganzes, sondern es enthält nur vereinzelte, unter sich häufig in keinem Zusammenhang stehende Vorschriften, welche nur das Gemeinsame haben, dass sie als eine Ergänzung der Processordnungen aufzufassen sind ¹⁾.

Zu §. 1. Im amtsgerichtlichen Prozesse kann die Klage entweder schriftlich überreicht oder bei dem Gerichtsschreiber zu Protocoll gegeben (D. C. P. O. §. 457), sie kann aber auch — wie nach §. 150 der hiesigen Civilprocessordnung — dadurch erhoben werden, dass die Parteien ohne Ladung und Terminbestimmung freiwillig „an ordentlichen Gerichtstagen“ vor Gericht erscheinen und dort den Process vortragen (§. 461). Die ordentlichen Gerichtstage sind gerade diejenigen Tage, welche vom Gerichte in Voraus zur regelmässigen Verhandlung bürgerlicher Rechtsstreitigkeiten bestimmt sind, und es war daher nöthig, ebenso, wie solches im §. 149 der hiesigen Civilprocessordnung geschehen ist, die Gerichte zur Bekanntmachung derartiger Gerichtstage beim Beginn des Geschäftsjahrs (§. 86 des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze) zu verpflichten.

Zu §. 2. Der §. 731 der Deutschen Civilprocessordnung überlässt der Landesgesetzgebung die Bestimmung darüber, in wie weit die Pfändung einer Forderung in das Grundbuch einzutragen, und wie eine solche Eintragung zu erwirken sei.

Indem der cit. Paragraph auch die Pfändung hypothekarischer Forderungen zulässt, will derselbe keine Aenderung hinsichtlich der für den

¹⁾ Ueber den der Landesversammlung vorgelegten Gesetzentwurf (Landt. Verh. Anl. 14) sind von der Justizcommission zwei Berichte unterm 10. und 25. Februar 1879 erstattet (Anl. 30 u. 48). Nachdem die Uebereinstimmung der Landesregierung mit den proponirten Abänderungsanträgen erzielt worden, ist dem danach amendirten Entwurf die verfassungsmässige Zustimmung der Landesversammlung in deren Sitzung am 19. März 1879 (Prot. 16 u. Anl. 60) ertheilt.

Erwerb des Pfandrechts an einer Forderung erforderlichen Requisite gestatten, es behält somit auch hier bei der Vorschrift des §. 730 l. c., dass das Pfandrecht mit der Zustellung des Pfändungsbeschlusses an den Drittschuldner erworben wird, sein Bewenden, und die Landesgesetzgebung würde nicht befugt sein, zu bestimmen, dass die Pfändung einer hypothekarischen Forderung ein Pfandrecht erst mit der Eintragung der Pfändung in das Grundbuch begründen solle. In der That hat die hiesige Gesetzgebung derartige Bestimmungen nicht getroffen; sie enthält vielmehr in §. 55 des Grunderwerbsges. vom 8. März 1878 die — nach §. 56 l. c. auch auf den Fall der Verpfändung von Hypotheken anwendbare — Vorschrift, dass der Erwerb der Hypothek durch Abtretung von deren Eintragung unabhängig sei, dagegen ist durch den §. 731 cit. der Landesgesetzgebung vorbehalten, darüber zu bestimmen, theils, „in wie weit“ die Pfändung einer hypothekarischen Forderung in das Grundbuch einzutragen, theils auf welche Weise die Eintragung zu erwirken sei.

Was den erstgedachten Vorbehalt anbetrifft, so sind die §§. 35 bis 43 der Grundbuchordnung vom 8. März 1878, welche darüber bestimmen, was zu geschehen hat, damit die Verpfändung einer Hypothek Rechtswirkung gegen Dritte erlangt, ausdrücklich aufrecht erhalten. Der Schuldner muss danach den Hypothekenbrief an den, welcher das Executionspfandrecht erworben hat, herausgeben, event. dessen Amortisation bewirken, und würde die Herausgabe nöthigenfalls durch den Gerichtsvollzieher erzwungen werden können.

In Betreff des zweiten Vorbehalts kommt Folgendes in Betracht: Der §. 54 des Grunderwerbsgesetzes schreibt zwar vor, dass die Eintragung der Abtretung einer Hypothek nur auf Grund einer vom Gläubiger (Cedenten) in beglaubigter Form abgegebenen Abtretungserklärung oder auf Grund eines den Consens desselben ersetzenden rechtskräftigen Erkenntnisses, oder auf Ersuchen einer zuständigen Behörde erfolgen könne, und auch diese Vorschrift ist in §. 56 l. c. auf den Fall der Verpfändung ausgedehnt. Indessen ist es nur eine Consequenz der Gleichstellung des durch richterliche Verfügung und des durch freiwilligen Rechtsact erworbenen Pfandrechts, dass der gerichtliche Pfändungsbeschluss die vom Schuldner zum Zwecke der Eintragung des Pfandrechts abzugebende Verpfändungserklärung ersetzt und gleiche Wirkung mit letzterer hat, ohne dass es nöthig war, dieser Consequenz im Gesetze besonderen Ausdruck zu geben. Wenn aber das aus der Pfändung hervorgehende Pfandrecht erst durch die Zustellung des Pfändungsbeschlusses an den Drittschuldner entsteht, so fragt es sich, wer als Drittschuldner der hypothekarischen Forderung anzusehen ist, ob der Eigenthümer des Grundstücks oder, wenn dieser nicht zugleich persönlicher Schuldner sein sollte, derjenige, gegen welchen die persönliche Schuldverbindlichkeit begründet ist. Augenscheinlich muss, um hinsichtlich der persönlichen Verpflichtung die Wirksamkeit des Pfandrechts zu sichern, der Pfändungsbeschluss dem dritten persönlichen Schuldner zugestellt sein, während, was die dingliche

Seite anbelangt, für das Grundbuch, welches in Betreff der persönlichen Obligationsverhältnisse ohne Bedeutung ist, nur die Zustellung an den Eigenthümer von Relevanz sein kann. Der Entwurf erklärt daher in dem Falle, wenn Grundstückseigenthümer und persönliche Schuldner nicht identisch sind, als das entscheidende Moment für die Entstehung des Pfandrechts durch Pfändung einer hypothekarischen Forderung die Zustellung an den Eigenthümer und ordnet übrigens, dem der Deutschen Civilprocessordnung unterliegenden Princip des Selbstbetriebes der Parteien entsprechend, an, dass die Eintragung des Pfandrechts nicht durch Vermittelung des Process- oder Vollstreckungsgerichts, sondern auf Antrag des Gläubigers zu erfolgen habe ¹⁾.

Zu §. 3. Da nach §. 810 der D. C. P. O. durch den Arrest ein Pfandrecht wie durch Zwangsvollstreckung entsteht, und die Wirkungen des Arrestpfandrechts denen des Executionspfandrechts im Allgemeinen gleich sind, so mussten auch die Bestimmungen des §. 2 über Eintragung des durch Pfändung einer hypothekarischen Forderung entstandenen Pfandrechts und über die Wirkungen dieser Eintragung auf den Fall, wenn das Pfandrecht durch den Arrest auf eine derartige Forderung begründet worden, Anwendung finden (vergl. Grundbuchordnung §. 43 nebst den Motiven ad h. l.). Dasselbe gilt in Betreff der dem Arrest gleichgestellten einstweiligen Verfügungen (D. C. P. O. §. 815). — Der Unterschied zwischen dem durch Arrest und einstweilige Verfügung begründeten Pfandrecht einerseits und dem Executionspfandrecht andererseits besteht nur darin, dass in jenem Falle nach der Natur des Arrestes, welcher

¹⁾ Nach §. 736 der D. C. P. O. geschieht die Ueberweisung einer gepfändeten Geldforderung nach Wahl des Gläubigers entweder zum Zwecke der Einziehung oder an Zahlungsstatt zum Nennwerthe. Im ersteren Falle handelt der Gläubiger nur als Vertreter des Schuldners, nicht kraft eigenen Rechts, er hat das Klagrecht nach Massgabe der §§. 737, 740 u. 753 der D. C. P. O., übt dasselbe jedoch zum Zwecke seiner eigenen Befriedigung aus; im zweiten Falle dagegen ist er wirklicher Cessionar und wird sofort befriedigt, die richterliche Ueberweisung ersetzt die Abtretung seitens des Schuldners. Hiernach könnte die Eintragung im Grundbuch nicht bei der Ueberweisung mit der Ermächtigung zur Einziehung, wohl aber bei der Ueberweisung an Zahlungsstatt geschehen; demgemäss enthält z. B. der §. 87 der Preuss. Grundbuchordn. vom 5. Mai 1872 eine entsprechende Bestimmung. In ähnlicher Weise hatte auch die Justizcommission in ihrem ersten Berichte (Anl. 30) den Fall, wo der Gläubiger die Ueberweisung einer Hypothekforderung an Zahlungsstatt in das Grundbuch eingetragen zu sehen verlangt, mit dem Falle der Eintragung der geschenehen Pfändung einer Forderung zusammengestellt und bezüglich Abänderungsanträge zu §. 2 in Vorschlag gebracht. In der That bedurfte es jedoch für jenen Fall keiner besonderen gesetzlichen Bestimmung, weil dafür die allgemeinen Vorschriften der §§. 35 bis 39 der hiesigen Grundbuchordnung entscheidend sind. Die Commission hat daher ihre desfallsigen Anträge später wieder fallen lassen (Anl. 48).

nicht zur Befriedigung des Antragstellers führt, sondern nur den Zweck verfolgt, die Zwangsvollstreckung zu sichern, das Pfandrecht durch die rechtskräftige Verurtheilung des Arrestbeklagten bedingt ist, und dass, wenn letztere nicht eintritt, das Pfandrecht von selbst hinfällig wird. Wo es sich um hypothekarische Forderungen handelt, wird daher der Arrest auf dieselbe (oder die einstweilige Verfügung darüber) den Charakter einer Vormerkung, durch welche das Recht auf eine Hypothek gesichert werden soll (Grunderwerbsgesetz §. 30) annehmen, wie auch indirect aus der Bestimmung des §. 73 des Grunderwerbsgesetzes sich ergibt, wonach die Thatfachen, welche den bei dem Processrichter gestellten Antrag auf Eintragung einer Vormerkung begründen sollen, denselben wie beim Arrest und bei einstweiligen Verfügungen (D. C. P. O. §§. 800, 815) glaubhaft gemacht werden müssen. Auch in diesem Falle wird — was in dem §. 73 cit. noch nicht geordnet werden konnte — das processualische Princip des Selbstbetriebes der Parteien massgebend bleiben und demgemäss die Eintragung des Arrestpfandrechts in Form der Vormerkung von dem Arrestkläger selbst zu beantragen sein.

Zu §. 4. Auch die Regelung der Vollziehung des Arrestes in das unbewegliche Vermögen ist nach §. 811 der D. C. P. O. der Landesgesetzgebung überlassen; es gilt dies namentlich hinsichtlich der Frage nach den Wirkungen der Eintragung des Arrestes in das Grundbuch und nach der Art und Weise, wie solche Eintragung zu bewirken sei.

In erster Hinsicht handelt es sich darum, ob der eingetragene Arrest auf ein Grundstück ein Vorzugsrecht, oder ob derselbe nur eine Dispositionsbeschränkung begründen soll. Für jene Annahme könnte man die Analogie der Vollziehung des Arrestes in bewegliches Vermögen (D. C. P. O. §. 810 Abs. 1 vergl. mit §. 709) heranziehen. Gleichwohl war zu erwägen, dass die Arrestirung eines Grundstückes weder gemeinrechtlich (Dernburg, Pfandrecht I, Seite 421), noch nach der bisherigen hiesigen Gesetzgebung (Braunsch. Civilprocessordnung §. 33), noch auch nach Preussischem Recht (s. Bahlmann, Grundbuchrecht 2. Aufl. S. 81, 82, Dernburg, Preuss. Privatrecht I, S. 290, Jaeckel, Subhastationsordnung 1878, S. 159), ein Vorzugsrecht gewährt, und dass die Annahme eines solchen, je leichter der Arrest erlangt werden kann (vergl. Deutsche Civilprocessordnung §§. 801, 822), um so bedenklicher gegenüber den Rechten sonstiger nicht bevorzugter Gläubiger erscheint. Der Arrest auf ein Grundstück — welchem übrigens auch der Arrest auf das Bergwerkseigenthum (Berggesetz vom 15. April 1867 §. 54) und die sonst zu den Immobilien gezählten selbstständigen Gerechtigkeiten gleich steht — soll daher nur negativ wirken, indem er etwaige dem Arrestkläger nachtheilige Veränderungen verhindert; insoweit begründet er eine Dispositionsbeschränkung, deren Eintragung von Nutzen ist, um auch dem dritten redlichen Erwerber gegenüber wirken zu können, der ohne solche Eintragung ein Recht auf Aufrechterhaltung

seiner im redlichen Glauben an die Richtigkeit des Grundbuchs erworbenen Rechte haben würde (vergl. Grunderwerbsgesetz §. 11 Abs. 2).

Was die Art der Eintragung des Arrestes anlangt, so bestimmt bereits der §. 10 der Instr. vom 26. April 1878 Nro. 20, die Geschäftsführung bei den Grundbuchämtern betr., dass die Beschränkung der Dispositionsbefugniß des Eigenthümers, da sie kein dingliches Recht gewährt, mithin nicht den Charakter einer Vormerkung annimmt (s. Grundbuchgesetze des Herzogthums S. 30, 35), bei dem Namen des Eigenthümers einzutragen sei, und der Entwurf entspricht nur den bereits bei den §§. 2 und 3 aus dem processualischen Grundsatz des Selbstbetriebes der Parteien hergeleiteten Consequenzen, wenn er auch hier die Eintragung der Dispositionsbeschränkung von dem Antrage des Gläubigers, welcher den Arrest erwirkt hat, abhängig macht ¹⁾.

Zu §. 5. Der Paragraph bezieht sich auf die Fälle, wo entweder die Zwangsvollstreckung einzustellen (D.C.P. O. §. 691), oder wo der schon vollzogene Arrest oder die einstweilige Verfügung durch vollstreckbares Urtheil aufgehoben (§§. 805, 815), oder wegen erfolgter Sicherheitsleistung durch Beschluss des Vollstreckungsgerichts (§. 813) beseitigt ist. War in diesen Fällen eine Eintragung im Grundbuch erfolgt (§§. 2 bis 4), so muss dieselbe wieder gelöscht werden. Auch hier soll der Grundsatz des Selbstbetriebes der Parteien Anwendung finden, und wird daher der Antrag des Eigenthümers, bei dessen Namen die Dispositionsbeschränkung eingetragen, bezw. des Gläubigers, dessen Hypothek durch Eintragung des Executions- oder Arrestpfandrechts verpfändet war, gefordert.

Zu §§. 6 bis 11. Das Aufgebotsverfahren ist in der Deutschen Civilprocessordnung nicht erschöpfend behandelt. Dieselbe regelt im Allgemeinen nur das formelle Verfahren, namentlich die Art der öffentlichen Bekanntmachung, die Erlassung und Anfechtung des Präclusionsurtheils, auch die Gerichtszuständigkeit, enthält aber keine Vorschriften darüber, in welchen Fällen und unter welchen Voraussetzungen ein Aufgebot zulässig ist, wer es beantragen kann, und welchen Rechtsnachtheil die Nichtanmeldung nach sich zieht. Eine Ausnahme in letzterer Hinsicht ist nur gemacht in Betreff der Wechsel und der im Art.

¹⁾ Der Entwurf enthielt keine Bestimmung darüber, ob es etwa zum Zwecke der Eintragung eines Arrestes auf ein Grundstück in das Grundbuch auch der Zustellung des Arrestbeschlusses bedürfe. Nach Analogie der Bestimmung in §. 2 könnte der Grundbuchrichter möglicher Weise veranlasst werden, auch hier die Eintragung von dem vorgängigen Nachweise der Zustellung abhängig zu machen; dies würde indess von dem Arrestbeschlusse dessen Ausföhrung noch vereiteln könnte. Auf Antrag der Commission ist daher der Zusatz beschlossen, dass es der Nachweisung der vorgängigen Zustellung an den Schuldner nicht bedürfe.

301 und 302 des Handelsgesetzbuchs bezeichneten Urkunden (§. 837 Abs. 1). Im Uebrigen ist, soviel den materiellen Inhalt anlangt, das Reichs-*) und Landesrecht bestehen geblieben. Und selbst hinsichtlich des formellen Verfahrens enthält die Deutsche Civilprocessordnung bindende Vorschriften nur bezüglich des Aufgebots zum Zwecke der Kraftloserklärung der im §. 837 Abs. 1 hervorgehobenen und der auf den Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren und mit einem Blanco-indossamente versehenen Urkunden (§. 849), während nicht nur einzelne formelle Vorschriften (vergl. §§. 825, 827, 837 Abs. 2, 849 Abs. 2) sich als subsidiär in dem Sinne bezeichnen, dass denselben durch die Landesgesetzgebung derogirt werden kann, sondern auch die letztere durch §. 11 des Einführungsgesetzes zur Deutschen Civilprocessordnung geradezu ermächtigt ist, das Aufgebotsverfahren abweichend von den Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung zu gestalten, wobei man freilich nach Ausweis der Motive (Offic. Ausg. S. 460) von der Voraussetzung ausgegangen ist, „dass nur für absolut ungeeignete Proceduren von jenem Vorbehalte werde Gebrauch gemacht werden.“

Wenn somit die Deutsche Civilprocessordnung „einen gemeinsamen Rahmen für die Procedur bei allen überhaupt hierher zu ziehenden Aufgebotsfällen zu schaffen“ versucht hat (Motive), so werden doch nach dem Wortlaut des §. 823 und dem Inhalt der Motive ad h. l. von jenen Regeln nicht betroffen:

1) „alle nicht von den Gerichten zu erlassenden Aufgebote.“ Daher bleiben — abgesehen von einzelnen in den Reichsgesetzen erwähnten Fällen — für das hiesige Landesrecht unberührt die Vorschriften über das Aufgebotsverfahren der Landes-Oekonomie-Commission in Ablösungs- und Gemeinheitstheilungssachen (Ablös. Ordn. vom 20. December 1834 §§. 122, 123, Gemeinheitstheilungsord. de eod. d. §§. 202 bis 205, Organ. Ges. vom 20. Decbr. 1834 [No. 2 de 1835] §§. 44, 63), sowie bei Expropriationen (Ges. No. 78 vom 13. Sept. 1867 §. 12 No. 4), der Kreisdirectionen in Gewerbesachen (Reichsgewerbeordn. vom 21. Juni 1869 §§. 17 ff., 23, 25), bei Einziehung öffentlicher Wege (neue Wegeordnung vom 5. Juni 1871 §. 4) und Veränderungen an öffentlichen Gewässern (Wassergesetz vom 20. Juni 1876 §§. 42, 43, 77, 78) u. s. w.;

*) Für das Reichsrecht kommen namentlich in Betracht die Bestimmungen im §. 6 des Bundesges. vom 9. Novbr. 1867 (B. G. Bl. S. 158), §. 3 des Bundesges. vom 21. Juli 1870 (B. G. Bl. S. 491), §. 2 Abs. 4 des Reichsges. vom 26. April 1871 (R. G. Bl. S. 92), das Reichsges. vom 12. Mai 1873, betr. das Aufgebot und die Amortisation verlorener oder vernichteter Schuldurkunden des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs (R. G. Bl. S. 91), und die Bestimmung hinsichtlich der Reichsbank-Antheilsscheine (Reichsbankstatut vom 21. Mai 1875 §. 8 [R. G. Bl. S. 205]).

2) „alle Aufgebote, bei denen es sich nicht um unmittelbare oder mittelbare präclusivische Nachtheile, sondern lediglich um Herstellung einer Thatsache, oder eines factischen Zustandes, oder um Verhütung des factischen Existentwerdens nichtiger Rechtsverhältnisse handelt.“ Gemeint sind hier beispielsweise die Aufgebote bei Eheschliessungen (Reichsges. v. 6. Febr. 1875 §§. 44 ff. [R. G. Bl. S. 31]), die öffentlichen Aufforderungen nach Art. 202, 221, 243 Abs. 2 des H. G. B. und solche Fälle des Aufgebots, wo die Gesetzgebung es nicht für nöthig befunden hat, den Eintritt des Rechtsnachtheils durch einen Beschluss des Gerichts feststellen zu lassen, den Betheiligten vielmehr ohne besondere Anfechtung eines solchen Beschlusses und ohne die Möglichkeit der Rechtskraft desselben die Verfolgung ihrer Rechte überlassen ist, wie z. B. in dem in §. 275 No. 7 der hiesigen Civilprocessordnung geordneten Falle der Edictalladung bei Ungewissheit über die Berechtigten hinsichtlich deponirter Testamente, da im Falle der nicht geschehenen Meldung die Testamente nur von Gerichtswegen eröffnet werden sollten, während dadurch ein Rechtsnachtheil für die aus dem Testamente Berechtigten nicht hervorgebracht wurde.

Auf die hervorgehobenen Fälle finden somit die Vorschriften über das Aufgebotsverfahren keine Anwendung. Die übrigen gerichtlichen Aufgebotssachen unterliegen dagegen der Anwendung der processualischen Bestimmungen derselben, und es soll dabei, wie die Motive ausdrücklich hervorheben, keinen Unterschied machen, ob dieselben der streitigen oder nicht streitigen Gerichtsbarkeit angehören.

Da eine Ergänzung bezw. Abänderung der eigentlich processualischen Bestimmungen der Deutschen Civilprocessordnung über das Aufgebotsverfahren nicht erforderlich schien, so konnte es die Aufgabe des Entwurfs nur sein, den materiellen Inhalt jener Bestimmungen zu vervollständigen, d. h. innerhalb der oben bezeichneten Grenzen für die Landesgesetzgebung Vorschriften über die Zulässigkeit, die Voraussetzungen und die Wirkungen des Aufgebotsverfahrens zu erlassen. Diese Vorschriften, welche an sich nur im Zusammenhang mit den Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung verstanden werden dürfen, sollen kein vollständiges Bild aller nach den §§. 823 ff. zu beurtheilenden gerichtlichen Aufgebotssachen geben, sie beschränken sich im Wesentlichen nur auf die schon bisher in der hiesigen Civilprocessordnung aufgeführten Fälle des Edictalverfahrens und regeln daneben nur einzelne andere Fälle, hinsichtlich deren eine Aenderung des bestehenden Landesrechts in Folge der Bestimmungen des Reichsgesetzes wünschenswerth erschien.

Zu §. 6. Das gerichtliche Aufgebotsverfahren, soweit es im Gebiete der streitigen Gerichtsbarkeit vorkommt, ist bereits durch §. 23 No. 2 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes der Zuständigkeit der Amtsgerichte überwiesen, und ein Grund, von dem Vorbehalte in §. 11

des Einführungsgesetzes zur Deutschen Civilprocessordnung und §. 3 Abs. 3 des Einführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze Gebrauch zu machen und danach die Zuständigkeit (in anderen als den durch ein Reichsgesetz bestimmten Fällen) nach anderen, als den durch das Gerichtsverfassungsgesetz vorgeschriebenen Normen zu regeln, z. B. das Aufgebotsverfahren den Landgerichten zu übertragen, lag nicht vor.

Nur insoweit, als es sich um die Aufgebote in Sachen der nicht streitigen Gerichtsbarkeit handelt, bedurfte es einer Competenzbestimmung, welche principiell zwar richtiger in das Ausführungsgesetz zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze gehört haben würde, aber aus praktischen Gründen, um den Zusammenhang mit den übrigen landesgesetzlichen Vorschriften über das Aufgebotsverfahren nicht zu zerreißen, in dem gegenwärtigen Gesetze ihre Stelle gefunden hat. Sachlich wird die Ueberweisung der fraglichen Aufgebotssachen an die Amtsgerichte, als die mit Besorgung der Vormundschafts- und Curatelsachen, der Grundbuchsachen und sonstigen Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit beauftragten Gerichte, keinem Bedenken unterliegen; es ist damit eben nur der bisherige Rechtszustand beibehalten (vergl. Gesetz No. 7 vom 23. Febr. 1837 §. 10, Gerichtsverfassungsges. vom 21. Aug. 1849 §. 20, Ministerialrescript vom 27. Jan. 1855 in Zeitschrift für Rechtspflege II. S. 46 ff. und Bege, Rep. VIII. S. 60 ff.).

Zu §. 7. Wenn das gegenwärtige Gesetz die materiellen Bestimmungen über die Voraussetzungen für die Zulässigkeit des Aufgebotsverfahrens und den Inhalt des abzugebenden Ausschlussurtheils näher feststellen wollte, so war es doch, wie bereits in den allgemeinen Bemerkungen zu §§. 6 ff. hervorgehoben wurde, nicht seine Absicht, alle einzelnen in den Landesgesetzen erwähnten gerichtlichen Aufgebotsfälle speciell aufzuführen. Es behält daher bei den in §. 7 nicht bemerkten Fällen auch ferner sein Bewenden; dahin gehört beispielsweise die Vorladung der Realberechtigten zum Zwecke der Zahlung von Geldentschädigungen für das in Folge einer Expropriation abgetretene Eigenthum und Gerechtes (Gesetz No. 78 vom 13. September 1867 §. 14 vergl. mit Ges. No. 18 vom 20. Juni 1843). Es haben nur, wesentlich im Anschluss an §. 275 der hiesigen Civilprocessordnung, die sowohl in Sachen der streitigen wie der nicht streitigen Gerichtsbarkeit am häufigsten vorkommenden Aufgebotsfälle mit ihren materiellen Wirkungen zusammengestellt werden sollen. Von den aufgezählten Fällen entsprechen die auf den Erbschaftserwerb bezüglichen No. 2 bis 4 den gleichlautenden Nummern des §. 275 cit. Hinsichtlich der übrigen Fälle ist Folgendes zu bemerken:

1) Das daselbst unter No. 1 dem Veräußerer oder Erwerber unbeweglicher Sachen gegebene Recht der Edictalladung Aller, welche daran Eigenthum oder dingliche Rechte zu haben vermeinen, unter dem Rechts-

nachtheile des Verlustes ihrer Rechte gegenüber dem neuen Erwerber, ist in Folge der veränderten Grundbuchgesetzgebung unpraktisch geworden, insofern Eigenthum und dingliche Rechte, welche zu ihrer Entstehung oder Wirksamkeit der Eintragung im Grundbuche bedürfen, wenn solche Eintragung nicht erfolgt ist, gegenüber dem eingeschriebenen Eigenthümer überhaupt nicht mehr zur Geltung kommen (Grunderwerbsges. §. 5 Abs. 2 und 3, §§. 14 und 16), während im Betreff der wenigen von der Eintragung eximirten dinglichen Rechte, wie z. B. der durch Ersitzung erworbenen positiven Grunddienstbarkeiten (G. E. G. §. 17), ein Aufgebotsverfahren nicht erforderlich ist, weil sie ohnehin durch äussere Vorrichtungen oder durch die Art ihrer Ausübung äusserlich erkennbar sind, und diese Erkennbarkeit den Zweck des Aufgebots ersetzt. Statt dessen musste der Fall berücksichtigt werden, wenn das Grundstück bisher überhaupt nicht eingetragen war. Für diesen Fall lässt bereits der §. 23 der Grundbuchordnung ein Aufgebotsverfahren zur Ermittlung etwaiger Prätendenten unter dem Präjudize des Ausschlusses gegenüber dem dritten redlichen Erwerber zu, und es empfahl sich, dieses Falles im Gesetze (No. 1) ausdrücklich Erwähnung zu thun.

2) Da die Deutsche Civilprocessordnung materielle Bestimmungen über Urkundenamortisation nur hinsichtlich der Wechsel und der in den Art. 301 und 302 des H. G. B. erwähnten Urkunden enthält (§. 837 Abs. 1), so war es von Wichtigkeit, den in §. 275 No. 5 der hiesigen Civilprocessordnung ausgesprochenen Grundsatz aufzunehmen, dass auch andere auf den Namen oder auf den Inhaber lautende Schuldurkunden, wenn sie dem Berechtigten abhanden gekommen sind, — vorausgesetzt, dass sie nach dem Landesrecht der Amortisation überhaupt fähig sind, und das Mortificationsverfahren nicht etwa, wie zufolge Gesetzes No. 72 vom 20. August 1867 §. 12 Abs. 3 wegen verloren gegangener Zinscoupons von Leihhausschuld- und Landesschuldverschreibungen, ausgeschlossen ist, — in der Hand des unbekannten Inhabers für kraftlos erklärt werden können. Diese Kraftloserklärung gilt allerdings nur dem Schuldner und dessen Rechtsnachfolgern gegenüber, während die Rechte dritter Inhaber gegen einander unverändert bestehen bleiben, indessen war es nicht nöthig, diesen Satz besonders auszusprechen, da derselbe selbstverständlich ist und auch in dem die Wirkung des Ausschlussurtheils aussprechenden §. 850 der D. C. P. O. keinen besondern Ausdruck gefunden hat. — Die No. 5 des gegenwärtigen Paragraphen erwähnt auch des Aufgebots von Hypothekenbriefen (Grundbuchordnung §§. 41 und 50), namentlich wenn dasselbe zum Zwecke der Löschung von Hypotheken geschieht, wie z. B. nach erfolgter Zwangsversteigerung des Grundstücks (vergl. Ges. No. 37 vom 10. Juli 1879 §. 92 Abs. 2); hier geschieht das Aufgebot unter dem Rechtsnachtheil, dass der Hypothekenbrief dem Eigenthümer des verpfändeten Grundstücks gegenüber für kraftlos werde erklärt werden.

3) Von besonderer Wichtigkeit ist der Fall, wenn der Eigenthümer des Grundstücks eine auf letzterem eingetragene Hypothek gelöscht zu sehen wünscht, ohne dieses Ziel auf dem gewöhnlichen Wege mittelst Erhebung der persönlichen oder dinglichen Klage gegen den eingetragenen Gläubiger behuf Erlangung der Löschungsbewilligung desselben (G. E. G. §. 59 No. 1 und 2) erreichen zu können. Es sind hierbei zwei Möglichkeiten zu unterscheiden:

a. Der Eigenthümer hat die der Hypothek unterliegende Forderung ¹⁾ noch nicht gezahlt; er kann jedoch die Zahlung nicht leisten, weil ihm die Person des gegenwärtigen Gläubigers, welcher die Hypothek durch Abtretung erworben hat, ohne verpflichtet zu sein, diese Abtretung im Grundbuche eintragen zu lassen (G. E. G. §. 55), nicht bekannt ist. Für diesen Fall trifft der Entwurf dadurch Fürsorge, dass er den Eigenthümer berechtigt, den Betrag der Hypothek nebst rückständigen Zinsen gerichtlich zu deponiren und gleichzeitig ein Aufgebot derer, welche die Hypothek in Anspruch nehmen, zu veranlassen. Meldet sich in diesem Verfahren der Berechtigte, so hat derselbe nach §. 63 des Grunderwerbsgesetzes zuvor seine Eintragung im Grundbuche zu bewirken, um daraufhin die deponirte Summe als legitimirter Gläubiger in Empfang nehmen zu können. Meldet er sich im Aufgebotstermine nicht, so gilt die Hypothekforderung durch die Deposition als bezahlt, und es steht nunmehr der Löschung der Hypothek auf Grund des erlassenen Ausschluss-Urtheils kein Bedenken entgegen (G. E. G. §. 59 No. 4), während eine erst nach erfolgtem Ausschluss geschehene Meldung zur Folge hat, dass der Gläubiger sich nicht weiter an den verhypothecirt gewesenen Gegenstand, sondern statt dessen nur an das Depositum halten kann.

b. Der Eigenthümer hat genügenden Grund zu der Annahme, dass die der Hypothek unterliegende Forderung durch Zahlung, Novation, Compensation und dergleichen bereits erloschen ist, er kann aber wegen Ungewissheit oder sonstiger Nichtnachweisbarkeit der Person des jeweiligen Hypothekgläubigers die Löschung der Hypothek weder durch die erforderliche Erklärung des Gläubigers, noch durch gerichtliches Erkenntniss erwirken. Auch für diesen Fall muss zum Zwecke des Aufgebotsverfahrens gerichtliche Hinterlegung des Betrags der Forderung eintreten. Eine auf Grund der wahrscheinlich gemachten Tilgung der Forderung unmittelbar eintretende Löschung der Hypothek, wie sie nach §. 275 No. 6 der Braunschw. Civilprocessordnung zugelassen war, auch wenn sie mit gleichzeitiger Amortisation des Hypothekenbriefes verbunden wäre, würde einen Bruch in das neue Grundbuchsystem enthalten, welches die Existenz der Hypothek bis zu der mit ausdrücklicher oder

¹⁾ Dass die Hypothek, um deren Löschung es sich handelt, für eine fällige Forderung eingetragen sei, ist auf Antrag der Commission hinzugefügt. Die zur Herbeiführung der Fälligkeit erforderliche Kündigung der Forderung wird eventuell im Wege der öffentlichen Zustellung (D. C. P. O. §§. 187 ff.) zu bewirken sein.

rechtskräftig ergänzter Einwilligung des Berechtigten erfolgten Löschung unbedingt voraussetzt. Die letztere kann daher immer nur gegen Deposition des Betrages der eingetragenen Forderung geschehen; jedoch wird der weitere Erfolg je nach den Umständen ein verschiedener sein. Nach gelöschter Hypothek hat auf das Depositum der Inhaber des Hypothekenbriefes Anspruch. Fordert dieser hinterher die Herausgabe des Depositums, so wird es darauf ankommen, ob derselbe die früher geleistete Zahlung als eine für ihn rechtsverbindliche anerkennen muss oder nicht. Im ersteren Falle wird der Eigenthümer zu dem Verlangen berechtigt sein, dass ihm das Depositum wieder ausgehändigt werde; im andern Falle erhält der Inhaber des Hypothekenbriefes das Depositum; dagegen kann sich der Eigenthümer, welcher die frühere Zahlung leistete, nur an den ihm persönlich verantwortlichen Empfänger halten ¹⁾.

4. Der in No. 7 des §. 275 der hiesigen Civilprocessordnung betührte Fall des Aufgebotes bei vorhandener Ungewissheit über die hinsichtlich gerichtlicher Werthdepositen Berechtigten hat unter No. 8 des gegenwärtigen Paragraphen mit der Modification Aufnahme gefunden, dass als Antragsteller nicht, wie bisher nach §. 276 Abs. 2 l. c., der Staatsanwalt, sondern das Herzogliche Finanz-Collegium bezeichnet ist, weil die Wahrnehmung des fiscalischen Interesses durch Stellung des Antrags auf Ueberweisung der betreffenden Werthdepositen an den Fiskus einen Akt der zum Ressort dieser Behörde gehörigen Verwaltung des Landes-Finanzwesens bildet, wogegen eine Mitwirkung des Staatsanwalts nur dann indicirt sein würde, wenn es sich dabei, was jedoch nicht der Fall ist, um Geschäfte der Justizverwaltung handelte (Ausf. Ges. z. Gerichtsverfassungsgesetze §. 77). — Dass das Aufgebot zum Zwecke der Eröffnung gerichtlicher Testamente keine Aufnahme finden konnte, wurde bereits oben hervorgehoben. Das dieserhalb zu beobachtende Verfahren steht in innigem Zusammenhange mit den allgemeinen Grundsätzen über gerichtliche Niederlegung und Eröffnung letztwilliger Verfügungen, deren nähere Feststellung einem besonderen Gesetze überlassen

¹⁾ Die vorgängige Deposition des Betrages der Forderung rechtfertigt sich nur da, wo ein Eintrag vorliegt, der durch einen Hypothekenbrief des neuen Systems verbrieft worden ist. In allen anderen Fällen, namentlich also bei Abfindungs- oder Altheils-Capitalien, welche als dingliche Rechte eingetragen sind (G. B. O. §. 32 Abs. 1), ferner bei Hypothekforderungen, die vor dem 1. Oct. 1878 entstanden waren, und deren Tilgung, als vor diesem Zeitpunkte erfolgt und daher der Anwendung des neuen Rechts entzogen (G. B. O. §. 55), bescheinigt werden kann, würde die Deposition zu einer Unbilligkeit führen und innerlich nicht gerechtfertigt sein. Auf Antrag der Commission und auf Grund der Verhandlungen derselben mit H. Landesregierung ist daher die No. 7 des gegenwärtigen Paragraphen eingeschaltet, welche in ihren Voraussetzungen hinsichtlich der Löschung der als dingliches Recht bezw. als Hypothek eingetragenen Forderung im Wesentlichen mit §. 275 No. 6 der Braunschw. C. P. O. übereinstimmt (Landt. Verh. Anl. 48).

bleiben muss. Bis zur Emanation eines solchen wird das etwa Nöthige im Instructionswege geregelt werden müssen.

Zu §. 8. Die Motive zu dem neunten Buche der Deutschen Civilprocessordnung über das Aufgebotsverfahren erwähnen, als unter die Bestimmungen des letzteren fallend, ausdrücklich das Aufgebot zum Zwecke der Todes- oder Verschollenheitserklärung, obgleich hierbei von einer Aufforderung unbekannter Berechtigter zur Anmeldung von Ansprüchen oder Rechten (Deutsche Civilprocessordnung §. 823) nur mittelbar und nur insofern gesprochen werden kann, als bei nicht erfolgter Anmeldung das Vermögen als Erbschaft behandelt werden soll, daher denn auch regelmässig die etwaigen Erbberechtigten behuf Anmeldung ihrer Ansprüche mitgeladen worden sind, während dies dem strengen Rechte nach, so lange der Tod des Verschollenen nicht constirte, nicht hätte geschehen dürfen (vergl. Bescheid des Obergerichts vom 7. Mai 1856 in Zeitschrift für Rechtspflege III. S. 143 und Bege, Rep. VIII. S. 25). Der Entwurf hat den fraglichen Fall mit aufgenommen, übrigens weder an den Voraussetzungen über die Zulässigkeit zur Antragstellung*), noch an dem Inhalt des zu erlassenden Ausschlussurtheils, wie solches in §. 274 No. 2 der hiesigen Civilprocessordnung bestimmt war, noch endlich an der Bedeutung des Urtheils, ob dasselbe den früher erfolgten Tod des Verschollenen feststellt oder die Annahme eines bei seinem Erlasse eingetretenen Todes begründet — successio ex tunc oder ex nunc (vergl. Windscheid, Pand. I. §. 53) —, etwas geändert. Eine Ergänzung der Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung über das Verfahren ist nur insoweit für nöthig gehalten, als der Entwurf mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Falles die formelle Begründung des Antrags und die Glaubhaftmachung der betr. Thatsachen, insbesondere das Erbieten des Antragstellers zur eidlichen Versicherung der Wahrheit fordert, während die Deutsche Civilprocessordnung dieses Erforderniss nur für die Urkundenamortisation aufstellt (§. 840), für die übrigen Aufgebotsfälle aber eine nähere Begründung des Antrags nicht verlangt und es vom Ermessen des Gerichts abhängig macht, ob die eidliche Versicherung der Wahrheit der Behauptung des Antragstellers verlangt werden soll. (§. 829 Absatz 2.)¹⁾

Was die örtliche Zuständigkeit des Gerichts anbetrifft, so leidet es keinen Zweifel, dass die Todeserklärung in dem letzten allgemeinen Gerichtsstande des Verschollenen zu erfolgen hat; es kommen daher die

*) Die Praxis hat auch den Curator des Verschollenen zu den antragsberechtigten Personen gezählt (vergl. den oben cit. Bescheid des Obergerichts vom 7. Mai 1856).

¹⁾ Die in den Motiven erwähnten Vorschriften über das Verfahren sind auf Antrag der Commission mit den übrigen das Verfahren betreffenden Bestimmungen in §. 11 zusammengestellt.

§§. 13 bis 18 der Deutschen Civilprocessordnung zur Anwendung, ohne dass es in dieser Hinsicht ergänzender Bestimmungen bedurfte.

Zu §. 9. Die Verordnung Nro. 11 vom 15. April 1824, die gefundenen Sachen betreffend, überträgt in §. 4 das Aufgebotsverfahren hinsichtlich derjenigen, welche rechtliche Ansprüche an die gefundene Sache zu machen glauben, in der Stadt Braunschweig an die dortige Polizeidirection, für das übrige Land an die Localgerichte. Da es sich hierbei jedoch um wirkliche Privatrechte handelt, insofern das Ausschlussurtheil dem Verlierer bei erfolgreicher Meldung und Legitimation desselben den Besitz, andernfalls dem Finder das Eigenthum an der gefundenen Sache überträgt, so konnte die Befugniss der Polizeidirection zur Fortführung des fraglichen Aufgebotsverfahrens nicht ferner anerkannt, es musste dasselbe vielmehr dem allein dazu berufenen Amtsgerichte Braunschweig übertragen werden.

Im Uebrigen entscheiden für das weitere Verfahren die Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung. Hieraus folgt

- 1) dass die abweichenden Bestimmungen des §. 4 cit. über die Fristen des Aufgebotstermins nicht bestehen bleiben können;
- 2) dass die fernere Vorschrift der cit. Verordnung über das seitens der gedachten Behörden von Amtswegen einzuleitende Aufgebotsverfahren gegenüber den Bestimmungen der Deutschen Civilprocessordnung, welche ein solches Verfahren nur auf Antrag eines Betheiligten zulässt (§§. 824, 840), der Abänderung bedarf;
- 3) dass, wenn das Aufgebotsverfahren hinsichtlich gefundener Sachen aufhört, Officialsache der betr. Gerichte zu werden, auch kein Grund vorliegt, den Finder ferner in jedem Falle zur Ablieferung des Fundobjects, falls dessen Werth den Betrag von 30 Mark übersteigt, wie solches die mehrgedachte Verordnung in den §§. 1 und 2 vorschreibt, anzuhalten, zumal die Aufbewahrung derartiger Gegenstände dem Gerichte häufig zu grosser Belästigung gereicht. Das Gesetz entbindet daher den Finder von dem Zwange zu solcher Ablieferung und überlässt ihm, falls dies zweckmässig erscheint, die Genehmigung zum Verkauf der gefundenen Sache durch einen ohne mündliche Verhandlung abzugebenden Beschluss des Gerichts (vergl. D. C. P. O. §. 824 Abs. 1) zu erwirken.

An der bestehenden Vorschrift über die Pflicht zur Anzeige eines Fundes, wenn derselbe nicht einen geringeren Werth hat als 1,50 Mark (Verordnung cit. de 1824 §. 1), ist übrigens durch obige Bestimmung Nichts geändert; es wird daher auch die Bekanntmachung des geschehenen Fundes durch die Polizeidirection in Braunschweig nach wie vor erfolgen können.

Zu §. 10. Wie bereits bei der allgemeinen Begründung zu den §§. 6 bis 11 bemerkt wurde, hat die Deutsche Civilprocessordnung in §. 849 für die auf den Inhaber lautenden Urkunden gewisse in den

§§. 843 bis 848 enthaltene Vorschriften in der Weise für bindend erklärt, dass sie das geringste zulässige Mass von Förmlichkeiten darstellen sollen. Hieraus und aus den allgemeinen Bestimmungen über das Aufgebotsverfahren (§§. 823 bis 836) folgt, dass das Verfahren zum Zwecke der Kraftloserklärung von Urkunden jeder Art, namentlich aber der Inhaberpapiere, ausschliesslich Sache der Gerichte ist, und dass landesgesetzliche Bestimmungen, welche solches Verfahren den Verwaltungsbehörden übertragen, nicht ferner bestehen bleiben können. (Deutsches Gerichtsverfassungsgesetz §. 13.) Wenn daher das Gesetz No. 18 vom 20. December 1834 §§. 7 bis 9 in Betreff der auf den Inhaber lautenden Sparcassenbücher, und das Gesetz No. 15 vom 28. Januar 1870 §§ 8 und 10 in Betreff der gleichfalls auf den Inhaber ausgestellten Leihhaus-Pfandscheine vorschreiben, dass die Mortificirung dieser Urkunden durch die betreffende Leihhausanstalt zu erfolgen habe, so musste der Entwurf die Aufhebung dieser Bestimmungen aussprechen. Dabei ist übrigens nicht ausgeschlossen, dass die Uebertragung des erforderlichen Verfahrens auf die betreffenden Anstalten selbst im Wege des Vertrages durch Aufnahme bezüglicher Bestimmungen in die fr. Urkunden ausgesprochen werden kann, was bei der regelmässigen Geringfügigkeit des Werthes der zu mortificirenden Urkunden immerhin zweckmässig erscheint.

Zu §. 11. Nach §. 837 Abs. 2 der D. C. P. O. sollen die processualischen Vorschriften über Urkundenamortisation (§§. 838 bis 850) für andere als die in §. 837 Abs. 1 aufgeführten Urkunden (Wechsel etc.) ohne weitere landesgesetzliche Bestimmung nur dann Geltung haben, wenn die bestehenden Specialgesetze nichts Abweichendes enthalten; es ist daher insoweit die Bestimmung in §. 14 Abs. 1 des Einf. Ges. zur D. C. P. O. modificirt. Da nun die auch auf den Fall der Urkundenamortisation bezüglichen Vorschriften der §§. 276 bis 282 der hiesigen Civilprocessordnung von dem reichsgesetzlichen Verfahren vielfach abweichen (vergl. z. B. §§. 840, 842, 847, 848 verb. mit 834 und 835), so war es nothwendig, die über das letztere gegebene Bestimmung auch auf Urkunden anderer Art zur Anwendung zu bringen¹⁾.

Zu §§. 12 bis 14. Die Reichsgesetzgebung hat den Grundsatz, dass criminelle Strafen nur von den Gerichten zu verhängen seien, nicht ausnahmslos durchgeführt, sondern in einzelnen Fällen auch ein Strafverfahren im Verwaltungswege zugelassen und zwar theils für die Zoll- und Steuerstrafsachen (Deutsche Strafprocessordnung §§. 459 bis 469),

¹⁾ Wie bereits in Anm. 1 zu §. 8 erwähnt wurde, sind die Vorschriften über das Verfahren beim Aufgebot, auch insofern sie sich auf andere Fälle als Urkundenamortisation beziehen, auf Antrag der Commission in §. 11 zusammengestellt. Dass die in Abs. 2 erwähnten „sonstigen Fälle des Aufgebotsverfahrens“ nur das gerichtliche Aufgebotsverfahren zum Gegenstand haben, ergibt sich aus den allgemeinen Bemerkungen zu §§. 6 bis 11.

theils für Uebertretungen im Sinne des §. 1 des Reichs-Strafgesetzbuches. In letzterer Hinsicht enthalten die §§. 453 bis 458 der D. St. P. O. Normativbestimmungen für die Landesgesetzgebung, in welchem Umfange diese befugt sind, den Polizeibehörden das Recht der polizeilichen Strafverfügung zu übertragen, und zwar besteht die durch das Reichsgesetz gegebene Beschränkung darin, dass dieselben wegen begangener Uebertretungen keine andere Strafe, als 14 Tage Haft, Geldstrafe (bis zu 150 Mark), die an deren Stelle tretende Haft und Einziehung verhängen dürfen. Im Uebrigen regelt die Deutsche Strafprocessordnung in Buch 6 Abschn. 2 wesentlich nur das gerichtliche Verfahren, welches stattfindet, wenn gegen die polizeiliche Strafverfügung auf gerichtliche Entscheidung angetragen wird; dagegen sind nach §. 6 No. 3 des Einf. Ges. z. D. St. P. O. die landesgesetzlichen Bestimmungen über das eigentliche Verwaltungsstrafverfahren unberührt gelassen, und es unterliegt keinem Zweifel, dass damit nicht bloss die zur Zeit des Inkrafttretens der Deutschen Strafprocessordnung bereits bestehenden landesrechtlichen Vorschriften erhalten sind, sondern dass der Landesgesetzgebung auch die Befugniss ertheilt ist, zu jedem späteren Zeitpunkte neue Bestimmungen dieser Art unter Beobachtung der durch die Deutsche Strafprocessordnung gezogenen Schranken zu erlassen.

Ein eigentliches Strafverfahren vor den Polizeibehörden im Sinne der §§. 453 ff. der D. St. P. O. ist der hiesigen Gesetzgebung bisher fremd gewesen; thatsächlich hat jedoch die Bestimmung in §. 20 des Ges. No. 122 vom 22. December 1870, dass der Angeschuldigte in solchen Fällen, wo seitens der Localgerichte auf Geld erkannt werden würde, die Anstellung des Strafverfahrens durch freiwillige Einzahlung des bestimmt angedrohten oder bei relativer Strafandrohung festgesetzten Geldbetrages abwenden könne, namentlich in der Stadt Braunschweig dazu geführt, dass bei leichteren Uebertretungen eine Festsetzung der verwirkten Geldstrafe, falls bei dem Angeschuldigten Geneigtheit zu deren sofortigen Erlegung vorhanden war, seitens des zu den Beamten der Polizeidirection gehörigen öffentlichen Anklägers stattgefunden hat. In der That ist ein polizeiliches Strafverfahren für die Stadt Braunschweig mit ihrer im stetigen Wachsthum begriffenen, zu einem nicht geringen Theile fluctuirenden Bevölkerung nicht zu entbehren. Wenn die grosse Menge von Contraventionen gegen die Strassenpolizei oder sonstige statutarische Bestimmungen vor dem Schöffengerichte verhandelt oder selbst nur im Verfahren durch amtsrichterlichen Strafbefehl (D. St. P. O. §§. 447 ff.) erledigt werden sollte, so würde dadurch eine übermässige Belastung des Amtsgerichts Braunschweig bewirkt und das Verfahren selbst mit schwerfälligen Formen umgeben werden, welche zu der Geringfügigkeit der fragl. Uebertretungen in keinem Verhältniss stehen und dem Bedürfniss nach möglichst rascher Erledigung der Sache nicht genügen würden. Dazu kommt, dass es häufig erforderlich wird, die für derartige Uebertretungen vorläufig festgesetzte Strafe nach Anhörung des Angeschuldigten den

Verhältnissen entsprechend zu moderiren, was beim amtsrichterlichen Mandatsverfahren völlig unthunlich ist, während die grössere Beweglichkeit des polizeilichen Strafverfahrens in dieser Hinsicht kein Hinderniss bietet. Der Entwurf hat daher für die Stadt Braunschweig das polizeiliche Strafverfahren ausdrücklich zugelassen; ob dasselbe in den übrigen Städten oder mit städtischer Verwaltung versehenen Flecken des Herzogthums einzuführen ist, soll nach dem Vorschlage des Entwurfs von der Erwägung der Herzoglichen Landesregierung, welche dabei im einzelnen Falle die Bedürfnissfrage ebensowohl, als die Frage prüfen wird, ob die für Durchführung des Verfahrens gegebenen Mittel ausreichend sind, abhängen und eventuell durch landesherrliche Verordnung verfügt werden. Für die Landgemeinden erscheint die Einführung eines derartigen Verfahrens ungeeignet, und der Entwurf hat davon ohne Weiteres abstrahirt, da es hier an einer dem Zwecke entsprechenden Organisation der Polizeibehörden mangelt und das Verfahren durch amtsrichterliche Strafbefehle für die vorkommenden leichten Straffälle vollkommen ausreicht.

Zu §. 12. 1. Das Preuss. Gesetz über die vorläufige Straffestsetzung wegen Uebertretungen vom 14. Mai 1852 (Ges. S. S. 245 bis 247), welches auf Grund des Vorbehalts in §. 6 No. 3 des E. G. zur D. St. P. O. bestehen bleibt, ordnet an, dass die von der Polizeibehörde vorläufig festzusetzende Strafe 15 Mark Geldstrafe oder dreitägige Haft nicht überschreiten darf. Diese Beschränkung ist auch von dem gegenw. Gesetze adoptirt, da erfahrungsmässig diejenigen Uebertretungen, auf deren Ahndung das polizeiliche Strafverfahren hauptsächlich berechnet ist, mit keiner diese Grenze übersteigenden Strafe belegt zu werden pflegen.

2. Nach §. 453 der D. St. P. O. hat der Beschuldigte es in seiner Wahl, entweder „eine nach den Gesetzen zugelassene Beschwerde an die höhere Polizeibehörde“ zu ergreifen oder gegen die Strafverfügung binnen einer Woche nach deren Bekanntmachung auf gerichtliche Entscheidung anzutragen, so zwar, dass die Einlegung der Beschwerde die Verfolgung des Rechtsweges ausschliesst. Das unter No. 1 citirte Preuss. Gesetz hat in §. 5 die Beschwerde an die höhere Behörde ausdrücklich ausgeschlossen; auch der Entwurf neigt sich der Ansicht zu, dass es principiell richtiger und den bestehenden Verhältnissen angemessener erscheint, im Fall erhobener Beschwerde gegen die abgegebene Verfügung die der Polizeibehörde bedingungsweise delegirte Strafgewalt wieder auf die Gerichte zu übertragen, als einen Recurs an die zu strafrechtlichen Untersuchungen nicht geeignete Kreisdirection (die vorgesetzte Behörde der betr. Polizeibehörde) zu gestatten. Es ist daher der Beschwerdeweg an die höhere Verwaltungsbehörde im §. 12 untersagt.

Zu §§. 13 und 14. 1. Die im §. 13 aufgenommenen aus dem oben citirten Preuss. Gesetz §. 5 entlehnten Bestimmungen enthalten

eine nothwendige Vervollständigung der über das weitere Verfahren in §. 454 der D. St. P. O. gegebenen Vorschriften.

2. Die Deutsche Strafprocessordnung hat allgemeine Vorschriften über das Verfahren bei Bekanntmachung der Strafverfügung nicht gegeben; es empfahl sich daher, die Zustellung an den Angeschuldigten vorzuschreiben, zugleich aber, ähnlich wie nach dem Preuss. Gesetz de 1852 §. 3, der Polizeibehörde die weitere Besorgung dieser Zustellung durch ihre Unterbeamten zu übertragen (§. 14).

3. Ob die Strafverfügung der Polizeibehörde vollstreckbar geworden, d. h. ob rechtzeitig dagegen Einspruch erhoben ist, kann mit Sicherheit nur von dem zuständigen Amtsgericht beurtheilt werden, weil der Antrag auf gerichtliche Entscheidung direct bei Gericht gestellt werden darf (D. St. P. O. §. 453 Abs. 2, §. 454), daher die Polizeibehörde, wenn sie ihrerseits die Vollstreckbarkeit aussprechen wollte, zuvor Erkundigung über die nicht geschehene Anmeldung beim Amtsgerichte würde einziehen müssen. Da das Letztere unzweckmässig erscheint und leicht zu Unsicherheiten führen kann, so hat das Gesetz das zuständige Amtsgericht beauftragt, die polizeiliche Strafverfügung für vollstreckbar zu erklären. Mit diesem Acte erhält jene Verfügung gleichsam den Charakter eines richterlichen Strafurtheils; sie ist daher wie dieses zur Vollstreckung zu bringen (D. St. P. O. §. 36 Abs. 2, §§. 481, 483), nur dass dem Angeschuldigten, wofern es sich um eine nur auf Geldstrafe gerichtete Verfügung handelt, deren freiwillige Erlegung bei der die Strafe verfügenden Polizeibehörde unverwehrt bleibt, daher in diesem Falle die Strafvollstreckung zu cessiren hat.

Zu §. 15. Die Vorschrift im §. 7 des Gesetzes No. 74 vom 7. Decbr. 1871, wonach die bei den Amts- und Stadtgerichten eingehenden Straf gelder, soweit sie nicht zu den durchlaufenden Posten gehören, zu zwei Drittheilen an die Kreis-Communcalcassen, in der Stadt Braunschweig an die dortige Polizei-Casse, und nur zu einem Drittheil an die Haupt-Finanz-Casse abgeliefert werden sollen, beruhte auf der Voraussetzung, dass jene Gerichte, abgesehen von Forst- und Jagdwroren, nur zur Aburtheilung solcher strafbarer Handlungen competent waren, für welche eine Geldstrafe von höchstens 20 Thalern — früher, nach §. 18 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 21. August 1849, von höchstens 10 Thalern — angedroht worden (Gesetz No. 122 vom 22. Decbr 1870 §§. 6 und 7). Dagegen können in Zukunft die Schöffengerichte nach §§. 27 und 75 des D. G. V. G. auf Geldstrafen bis zu 600 Mark, und bei Verhängung einer Gesamtstrafe im Fall des Zusammentreffens mehrerer an sich zur Competenz der Schöffengerichte gehörigen Vergehen nach §. 78 des R. Str. G. B. sogar noch auf einen höheren Betrag erkennen. Würde der dem §. 7 des Gesetzes No. 74 de 1871 zu Grunde liegende Massstab unverändert bleiben, so würde dies zu einer erheblichen Schädigung

gung der Staatscasse gereichen, welche, da die demnächst der schöffengerichtlichen Competenz überwiesenen Vergehen (abgesehen von leichten Injurien und Körperverletzungen) bisher zur Zuständigkeit der Kreisgerichte gehörten, nach dem §. 7. cit. auf den vollen Betrag der bei letzteren eingezahlten Strafgeelder Anspruch hatte. Das Gesetz bestimmt daher eine Aenderung des Vertheilungsmassstabes, indem es den Kreiscommuncalcassen und der Polizeicasse qu. nur ein Drittheil, dagegen der Staats-Casse zwei Drittheile der eingehenden Strafgeelder zuwendet.

Zu §. 16. Dass die mit der Eröffnung des Concurses eintretende Aufhebung der Verfügungsbefugniss des Gemeinschuldners möglichst bald in das Grundbuch eingetragen werde, ist sowohl im Interesse der Concursmasse, als des etwa mit dem Gemeinschuldner contrahirenden Publicums wünschenswerth. Die Deutsche Concursordnung hat jeoch hierüber eigene Bestimmungen nicht getroffen, vielmehr die Frage, ob und wie die Eintragung zu beschaffen sei, im §. 106 der Landesgesetzgebung überlassen. In gleicher Weise verhält es sich mit der Aufhebung des Concursverfahrens (§. 151 Absatz 3). Es kommt hierbei namentlich auf die Frage an, ob zu der Eintragung eines entsprechenden Vermerks im Grundbuche die Vermittelung des Concursgerichtes in Anspruch genommen werden darf, oder ob die Eintragung durch den Concursverwalter zu bewirken ist. Die hiesige Civilprocessordnung enthält darüber keine ausdrückliche Bestimmung; indessen leidet es keinen Zweifel, dass zu den Sicherungsmassregeln, deren Anordnung in den §§. 310 und 312 dem Gerichte zur Pflicht gemacht wird, auch die Sorge für Eintragung des betr. Vermerks im Grundbuche gehört. Der Entwurf hat sich aus Rücksichten der Zweckmässigkeit und in Uebereinstimmung mit dem auch in Preussen üblichen Verfahren (Bahlmann a. a. O. S. 221) dafür entschieden, sowohl hier als in Betreff des s. g. Sperrvermerks bei Subhastationen dem Gerichte selbst die Sorge für die Eintragung des bezüglichen Vermerks im Grundbuche zu übertragen. Hinsichtlich der Form und der Wirkung der Eintragung verhält es sich hier ebenso, wie bei Eintragung des auf ein Grundstück gelegten Arrestes; s. oben zu §. 4 ¹⁾.

¹⁾ Es könnte die Frage entstehen, ob, abgesehen von der in §. 16 enthaltenen Bestimmung bezüglich der Eintragung der Concurseröffnung in das Grundbuch, noch andere auf das Concursverfahren sich beziehende Fragen geordnet werden sollten, wie solches in dem Preuss. Ausführungsges. zur D. Concursordnung v. 6. März 1879 (G. S. S. 108) geschehen ist. Indess ist die Mehrzahl der in letzterem Gesetze getroffenen Bestimmungen für uns bereits dadurch erledigt, dass die hiesige Gesetzgebung in Verbindung mit den neuen Grundbuchgesetzen auch die mit der Deutschen Concursordnung nicht vereinbarten Bestimmungen bezüglich der Generalhypothek, der stillschweigenden Pfandrechte und des Mobiliarpfandrechts beseitigt und die erforderlichen Uebergangsbestimmungen getroffen hat (vergl. Ges. No. 13 v. 8. März 1878, Ges. No. 14 de cod. d. §§. 9 bis 18), Aufgaben, welche in Preussen zum

Zu §. 18. Durch die vom Reiche erlassenen Einführungsgesetze zu den betr. Processordnungen sind zwar die processrechtlichen Vorschriften der Landesgesetze, soweit nicht auf dieselben verwiesen ist, oder soweit dieselben nicht ausdrücklich unberührt gelassen sind, aufgehoben (vergl. E. G. zur D. C. P. O. §. 14 Absatz 1, E. G. zur D. St. P. O. §. 6 Abs. 1, E. G. zur D. C. O. §. 4). Es schien jedoch zweckmässig, die seit Einführung der bisherigen Civil- und Strafprocessordnung erlassenen Landesgesetze, welche vom 1. October 1879 ab in Wegfall kommen werden, in möglichst vollständiger Aufzählung namhaft zu machen. Unter diesen Landesgesetzen befindet sich auch bei I. No. 2 das Gesetz No. 8 vom 12. Februar 1859, welches die dort näher bezeichneten Streitigkeiten zwischen Herrschaft und Gesinde in §. 1 der provisorischen Regulirung der betr. Polizeibehörde mit Zulassung des Rechtswegs gegen die abgegebene Verfügung überweist und dabei zugleich die Anordnung trifft, dass das gerichtliche Verfahren von einem vorgängigen Sühneversuche bei der Polizeibehörde abhängig sein, auch das Gericht die Klage überall nicht annehmen solle, wenn nicht zuvor eine Bescheinigung, dass die Güte vergeblich versucht sei, überbracht werde, während im §. 2 der summarische Process und das Verfahren durch Provisionalverfügung nach Massgabe der hiesigen Civilprocessordnung für zulässig erklärt wird. Mit dem Inkrafttreten der Deutschen Civilprocessordnung wird nicht nur der gedachte §. 2 und die bedingte Abweisung der Klage a limine beseitigt, sondern es wird auch der Bestimmung über den obligatorischen Sühneversuch keine weitere Folge gegeben werden können, weil ein solcher mit den Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung, welche, abgesehen vom Verfahren in Ehesachen (§§. 570 bis 573), nur ein freiwilliges Sühneverfahren kennt (§§. 268, 471) und in den Motiven (Offic. Ausg. S. 215 und 216) ein zwangsweises Sühneverfahren als völlig

Theil erst jetzt zu erfüllen waren. Andere Bestimmungen sind der Art, dass sie richtiger im Instructionswege geordnet werden können; dahin gehört die Vorschrift des §. 12 des cit. Preuss. Gesetzes, welche den Gerichtsschreiber verpflichtet, eine Abschrift des Beschlusses, durch welchen das Concursverfahren eröffnet worden ist, der Staatsanwaltschaft bei dem Landgerichte unter Bezeichnung des Concursverwalters mitzutheilen. Wenn sodann das Preuss. Gesetz speciellere Vorschriften über die Reihenfolge enthält, in welcher die in §. 41 der D. C. O. bestimmten Fälle des Absonderungsrechtes zur Geltung kommen sollen, so sind doch theils diese Fälle für das hiesige Land von geringer Bedeutung, theils gehören sie in das ausserhalb des Concurses sich vollziehende Verfahren und sind daher nicht an dieser Stelle zu ordnen. — Zu bemerken ist noch, dass nach §. 40 des Ges. No. 31 vom 14. September 1863, die Einführung des H. G. B. betreffend, die Eröffnung des Concurses über eine Handelsgesellschaft von Amtswegen in das Handelsregister einzutragen, und zu dem Ende seitens des Concursgerichts der Registerbehörde unverzüglich die erforderliche Mittheilung zu machen ist; ein Grund, nach dem Vorbilde des §. 13 des cit. Preuss. Ges., diese Bestimmung auf alle Fälle eines kaufmännischen Concurses auszudehnen, lag nicht vor.

verwerflich zurückweist, im Widerspruch steht, worüber auch bei den Verhandlungen des Reichstags in Betreff der durch §. 14 No. 3 des D. G. V. G. bedingt zugelassenen Gemeindegerichte (s. Hahn, Mat. S. 1154, 1155, 1163) kein Zweifel obwaltete. Dagegen ist die den Polizeibehörden übertragene provisorische Regulirung der gedachten Streitigkeiten, wenngleich unter Vorbehalt des Rechtswegs, mit dem Grundsatz des §. 13 des D. G. V. G. völlig vereinbar, daher dieselbe auch ferner zur Anwendung zu bringen ist.

IV.

G e s e t z,

die

**Zwangsvollstreckung in das unbewegliche
Vermögen wegen Geldforderungen**

betreffend.

d. d. Braunschweig, den 10. Juli 1879 (Nr. 37).

**Von Gottes Gnaden, Wir,
Wilhelm,**

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg p. p.

erlassen in Ausführung des §. 757 der Deutschen Civilprocessordnung das nachfolgende Gesetz:

I. Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen erfolgt:

- 1) durch Zwangsversteigerung,
- 2) durch Zwangsverwaltung.

§. 2.

Zum unbeweglichen Vermögen in Ansehung der Zwangsvollstreckung gehören:

- 1) Grundstücke,
- 2) in das Grundbuch eingetragene selbstständige Gerechtigkeiten,
- 3) Bergwerke.

§. 3.

Was das gegenwärtige Gesetz oder die deutsche Civilprocessordnung über die Zwangsvollstreckung in Grundstücke vorschreibt, findet, vorbehältlich besonderer Beschränkungen, entsprechende An-

wendung auf diejenigen Gegenstände, welche ausser Grundstücken in Ansehung der Zwangsvollstreckung zum unbeweglichen Vermögen gehören.

§. 4.

In Ansehung der Familienstammgüter finden die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes nur insoweit Anwendung, als nicht die bestehenden Gesetze Beschränkungen der Zwangsvollstreckung in das Familienstammgut enthalten.

§. 5.

Der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen muss die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen voraufgehen.

Die erstere kann daher nur dann bewilligt werden, wenn der Gläubiger eine Bescheinigung des Gerichtsvollziehers, bezüglich des Gerichts, welchem die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen obgelegen, beigebracht hat,

dass der Gläubiger durch diese letztere seine Befriedigung nicht, oder nicht vollständig erlangt habe.

Die Bestimmungen dieses Paragraphen finden auf den Hypothekgläubiger und sonstigen dinglich Berechtigten keine Anwendung.

§. 6.

Die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen darf nicht weiter ausgedehnt werden, als zur Befriedigung des Gläubigers und zur Deckung der Kosten der Vollstreckung erforderlich ist.

§. 7.

Das Zwangsvollstreckungsverfahren in das unbewegliche Vermögen beginnt mit dem Beschlusse der Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsversteigerung, wenn der Gläubiger aus dem Erlöse des Grundstücks, oder mit dem Beschlusse der Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsverwaltung, wenn der Gläubiger aus den Erträgen des Grundstücks Befriedigung zu suchen hat.

Mit der Eintragung des Beschlagnahmebeschlusses im Grundbuche gilt die Beschlagnahme als bewirkt. Die Eintragung erfolgt nach Massgabe des §. 23 Abs. 2 in der ersten Abtheilung des Grundbuchs bei dem Namen des Eigenthümers.

§. 8.

Bewegliche Zubehörungen und Erträgnisse jeder Art stehen mit dem Zeitpunkte, in welchem die Beschlagnahme bewirkt ist, in Ansehung der Zwangsvollstreckung und ihrer Wirkungen der beschlagnahmten Hauptsache in dem in §. 35 des Grunderwerbsgesetzes bezeichneten Umfange gleich.

§. 9.

Durch die Beschlagnahme erwirbt der Gläubiger an dem beschlagnahmten Grundstück und an dessen Erträgnissen, falls aber das beschlagnahmte Grundstück nach bestehendem Recht der Zwangsversteigerung nicht unterstellt werden kann, nur an dessen Erträgnissen ein Vorzugsrecht, kraft dessen er seine Befriedigung daraus vor anderen Gläubigern verlangen kann, sofern ihm dieses Vorzugsrecht nicht bereits auf Grund seiner Eintragung im Grundbuche zukam.

§. 10.

Das durch die Beschlagnahme erlangte Vorzugsrecht steht dem Rechte der in §. 79 Ziff. 1 und 2 bezeichneten privilegierten Gläubiger und dem Rechte derjenigen nach, welchen bereits vor der Beschlagnahme an dem Grundstück selbst eine Hypothek oder ein sonstiges dingliches, insbesondere im Fall des §. 33 ein faustpfandähnliches Recht, oder an den zum Grundstück gehörigen beweglichen Zubehörungen und Erträgnissen (§. 8) ein richterliches Pfandrecht oder ein sonstiges dingliches Recht zustand.

Das durch eine frühere Beschlagnahme begründete Vorzugsrecht geht demjenigen vor, welches durch eine spätere Beschlagnahme begründet wird.

Beschlagnahmen, welche an demselben Tage erfolgen, begründen für die Gläubiger unter sich keinen Vorrang.

§. 11.

Der Gläubiger behält das durch die Beschlagnahme begründete Vorzugsrecht auch gegenüber der Concursmasse des Schuldners, unbeschadet der Vorschriften der §§. 12 und 22 bis 34 der Deutschen Concursordnung.

§. 12.

In den Fällen des §. 756 der D. Civilprocessordnung hat das zum Vollstreckungsgerichte bestimmte Amtsgericht von seiner Bestellung den betheiligten Amtsgerichten Kenntniss zu geben.

§. 13.

Das Vollstreckungsgericht hat auf Antrag eines Betheiligten (§§. 35 und 36) die zur Sicherung der Beschlagnahmegegenstände erforderlichen Massregeln anzuordnen.

§. 14.

Anträge, Gesuche und Erklärungen können bei dem Vollstreckungsgerichte schriftlich eingereicht oder zum Protocolle des Gerichtsschreibers angebracht werden. Erfolgt die Einreichung schriftlich, so ist die zum Zwecke der Zustellung erforderliche Anzahl von Abschriften beizufügen, widrigenfalls solche auf Kosten des Betreffenden gerichtsseitig angefertigt werden.

§. 15.

Die Zustellung von Beschlüssen und Verfügungen erfolgt in dem Zwangsvollstreckungsverfahren von Amtswegen.

Bei Zustellungen durch Aufgabe zur Post sind die betreffenden Postsendungen mit „Einschreiben“ zu versehen.

§. 16.

Die öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen in dem Zwangsvollstreckungsverfahren durch Anheftung einer beglaubigten Abschrift des Schriftstücks an die Gerichtstafel und durch einmalige Einrückung des Schriftstücks in die Braunschweigischen Anzeigen. Die Einrückung kann sich auf den wesentlichen Inhalt des Schriftstücks beschränken. Die Bekanntmachung gilt als bewirkt mit dem Ablaufe des zweiten Tages nach der Ausgabe des die Einrückung enthaltenden Blattes der Anzeigen.

Enthält die Bekanntmachung eine Ladung, so ist ausserdem die einmalige Einrückung eines Auszuges des Schriftstücks in den Deutschen Reichsanzeiger erforderlich.

Das Vollstreckungsgericht kann auf Antrag oder von Amtswegen anordnen, dass der Auszug zu mehreren Malen in die Braunschweigischen Anzeigen oder noch in andere Blätter eingerückt oder durch Ausruf oder auf andere ortsübliche Weise veröffentlicht werde.

§. 17.

Wohnt ein bei der Zwangsvollstreckung Betheiligter (§§. 35, 36) nicht innerhalb des Bezirks des Vollstreckungsgerichts, so hat derselbe, falls er nicht einen in diesem Bezirke wohnhaften Processbevollmächtigten bestellt hat, eine daselbst wohnhafte Person zum Empfang der für ihn bestimmten Schriftstücke zu bevollmächtigen.

Der Zustellungsbevollmächtigte ist in dem ersten Antrage oder in der ersten Erklärung eines Betheiligten im Vollstreckungsverfahren oder, wenn ein Anlass hierzu nicht früher gegeben ist, spätestens zwei Wochen nach der ersten im Vollstreckungsverfahren an ihn erfolgten Zustellung zu benennen, widrigenfalls weitere Zustellungen mit der Aufgabe zur Post, in Fällen, in welchen eine öffentliche Zustellung zu geschehen hat (§. 186 der D. Civilprocessordnung), mit der Anheftung des zuzustellenden Schriftstücks an die Gerichtstafel als bewirkt angesehen werden.

II. Abschnitt.

Zwangsversteigerung.

I. Titel.

Verfahren bis zur Vertheilung.

1. Zulässigkeit.

§. 18.

Die Beschlagnahme eines Grundstücks zum Zwecke der Zwangsversteigerung wird dadurch nicht gehindert, dass in Ansehung des nämlichen Grundstücks bereits ein anderes Zwangsvollstreckungsverfahren begonnen hat.

Die Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsversteigerung hat die Einstellung eines jeden anderen Zwangsvollstreckungsverfahrens zur Folge, jedoch unbeschadet der erworbenen Pfand- und Vorzugsrechte.

2. Antrag auf Beschlagnahme.

§. 19.

Der Antrag auf Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsversteigerung hat zu enthalten:

- 1) die Bezeichnung der Gesamtforderung des Gläubigers in Haupt- und Nebensache;
- 2) die Bezeichnung des vollstreckbaren Schuldtitels, auf welchem die Forderung beruht;

- 3) die Bezeichnung des Gläubigers und des Schuldners nach Namen, Stand oder Gewerbe und Wohnort;
- 4) die Bezeichnung des der Beschlagnahme zu unterwerfenden Grundstücks nach Massgabe des Grundbuchs, also insbesondere, soweit thunlich, nach seiner Gattung (als Gebäude, Acker, Wiese, Wald etc.), sowie nach Flächeninhalt und Lage (Gemeinde oder Strasse) unter Angabe der Plannummer und bei Gebäuden der Brandversicherungs- resp. Haus-Nummer.

Hat der Gläubiger davon Kenntniss, dass und an wen das betreffende Grundstück vermietet oder verpachtet ist, oder dass in dasselbe oder in dessen bewegliche Zubehörungen und Früchte bereits andere Vollstreckungen erfolgt sind, so ist dies in dem Antrage anzugeben.

Als Schuldner im Sinne dieses Gesetzes gilt, falls die hypothekarische Klage erhoben war, auch derjenige, welcher, ohne persönlicher Schuldner zu sein, als Eigenthümer des Grundstücks im Grundbuche eingetragen ist.

§. 20.

Dem Antrage auf Beschlagnahme ist beizufügen:

- 1) die vollstreckbare Ausfertigung des Schuldtitels;
- 2) der Nachweis, dass der vollstreckbare Titel dem Schuldner zugestellt ist;
- 3) in dem Falle der Erhebung des Antrages durch den persönlichen Gläubiger die in §. 5 geforderte Bescheinigung.

Ist das Vollstreckungsgericht mit dem zuständigen Grundbuchsamte nicht verbunden (§. 12), so ist mit dem Antrage auch ein glaubigster Auszug aus dem Grundbuche, aus welchem hervorgeht, dass der Schuldner als Eigenthümer des der Beschlagnahme zu unterwerfenden Grundstücks eingetragen ist, zu überreichen. Anderenfalls genügt eine Verweisung auf das bei dem Vollstreckungsgerichte geführte Grundbuch.

§. 21.

Ist das Grundstück, dessen Zwangsversteigerung beantragt werden soll, im Grundbuche eingetragen, die Umschreibung des Eigenthums auf den Namen des Schuldners jedoch noch nicht erfolgt, so regelt sich das weitere Verfahren nach den Vorschriften der §§. 28 und 29 der Grundbuchordnung.

§. 22.

War das Grundstück, dessen Zwangsversteigerung beantragt werden soll, im Grundbuche nicht eingetragen, so ist zuvor die Eintragung desselben nach Massgabe der §§. 23 und 24 der Grundbuchordnung bei dem Grundbuchamt zu erwirken.

Jeder mit einer vollstreckbaren Urkunde für eine fällige Forderung versehene Gläubiger ist befugt, die Rechte des Besitzers des im Grundbuche nicht eingetragenen Grundstücks auf Eintragung des Eigenthums auszuüben.

3. Beschlagnahme.

§. 23.

Wenn das Gericht den Antrag für begründet erachtet, so beschliesst es die Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsversteigerung.

In dem schriftlich abzufassenden und mit Gründen zu versehenen Beschlusse sind der Gläubiger, der Schuldner, das der Zwangsversteigerung zu unterstellende Grundstück, sowie die Forderung zu bezeichnen, wegen welcher die Zwangsversteigerung eingeleitet wird.

§. 24.

Das Vollstreckungsgericht, wenn dasselbe mit dem Grundbuchamt verbunden ist, hat den Beschlagnahmebeschluss ungesäumt nach Erlass desselben in das Grundbuch einzutragen, den Beschluss selbst mit dem Eintragungsvermerk zu den Vollstreckungsacten und eine beglaubigte Abschrift desselben einschliesslich des Vermerks zu den Grundacten zu nehmen.

Auch ist den Vollstreckungsacten ein vollständiger beglaubigter Grundbuchs-Auszug beizufügen.

§. 25.

Ist das Grundbuchamt mit dem Vollstreckungsgerichte nicht verbunden, oder ist das Grundbuchamt als eine selbstständige Abtheilung des Vollstreckungsgerichts eingesetzt, so hat letzteres den Beschlagnahmebeschluss ungesäumt nach dessen Erlass dem Grundbuchamt mit dem Ersuchen um Eintragung der Beschlagnahme und um Mittheilung eines vollständigen beglaubigten Grundbuchauszuges zuzustellen.

Das Grundbuchamt hat dem Ersuchen um Eintragung der Beschlagnahme, sofern sich nicht aus dem Grundbuche Bedenken ergeben, sofort zu entsprechen, die geschehene Eintragung auf dem Beschlagnahmebeschlusse zu vermerken und diesen nebst dem Grundbuchauszug dem Vollstreckungsgerichte zuzustellen, auch beglaubigte Abschrift des Beschlusses und des Eintragungsvermerks zu den Grundacten zu nehmen.

Von allen im Laufe des Vollstreckungs-Verfahrens erfolgenden Eintragungen und Vormerkungen im Grundbuche, welche das beschlagnahmte Grundstück betreffen, hat das Grundbuchamt unverzüglich dem Vollstreckungsgerichte Mittheilung zu machen.

§. 26.

Ergiebt sich aus dem Grundbuche ein Umstand, welcher, wenn früher bekannt, den Erlass des Beschlagnahmebeschlusses zum Zwecke der Zwangsversteigerung gehindert hätte, so hat das Gericht entweder den Beschlagnahmebeschluss sofort aufzuheben oder dem Gläubiger aufzugeben, innerhalb einer zu bestimmenden Frist darzuthun, dass das Hinderniss beseitigt sei, unter dem Rechtsnachtheile, dass andernfalls der Beschlagnahmebeschluss aufgehoben werde.

Erfolgt der Nachweis nicht innerhalb der Frist, so verfügt das Vollstreckungsgericht die Aufhebung des Beschlagnahmebeschlusses von Amtswegen.

§. 27.

Nach erfolgter Eintragung im Grundbuche ist eine Ausfertigung des Beschlagnahmebeschlusses mit dem Eintragungsvermerke dem Antragsteller und dem Schuldner, dem Letzteren unter abschriftlicher Mittheilung des Antrages auf Beschlagnahme, zuzustellen.

§. 28.

Alle nach Zustellung des Beschlagnahmebeschlusses von dem Schuldner hinsichtlich des betreffenden Grundstücks vorgenommenen Rechtshandlungen sind, sofern sie die Beschlagnahmegläubiger beeinträchtigen, diesen gegenüber nichtig.

Vormerkungen im Grundbuche für den Fall, dass die Zwangsversteigerung nicht durchgeführt werden sollte, sind auch nach der Beschlagnahme noch zulässig.

§. 29.

Die Versteigerung des Grundstücks erstreckt sich in der Regel auf die Früchte und die beweglichen Zubehörungen (§. 8).

Auf Antrag eines beteiligten Gläubigers (§§. 35 u. 36) kann das Vollstreckungsgericht eine gesonderte Versteigerung von Früchten und beweglichen Zubehörungen durch den Gerichtsvollzieher anordnen.

In diesem Falle finden die Bestimmungen der D. Civilprocessordnung §§. 716 bis 718, 720, 725 u. 726 entsprechende Anwendung.

Den Versteigerungserlös hat der Gerichtsvollzieher an das Vollstreckungsgericht abzuliefern.

§. 30.

Das Gericht ist ermächtigt, auf Antrag ein Verzeichniss der beweglichen Zubehörungen des Grundstücks durch den Gerichtsschreiber oder den Gerichtsvollzieher anfertigen zu lassen.

§. 31.

Pächter und Miether sind durch das Gericht von der Beschlagnahme zu benachrichtigen.

Mit der Zustellung der Benachrichtigung gelten die Pacht- und Miethverträge kraft Gesetzes als aufgekündigt.

§. 32.

In Folge der Aufkündigung (§. 31) werden beendet:

- 1) Pachtverträge mit dem Ende des bei der Zustellung von der Beschlagnahme laufenden vertragsmässigen Pachtjahres und, sollte dieser Ablauf früher als 6 Monate nach der Zustellung eintreten, mit dem Ende des nächstfolgenden Pachtjahres;
- 2) Miethverträge in dem zweiten, auf die Zustellung der Benachrichtigung von der Beschlagnahme folgenden gewöhnlichen Umzugs-Termine;
- 3) falls die Pacht- und Mieth-Zeit vertragsmässig zu einem früheren Zeitpunkte abläuft, so hat es hierbei sein Bewenden.

§. 33.

Wird in Folge der Aufkündigung (§. 31) der Pacht- oder Miethvertrag vor der vereinbarten Pacht oder Miethzeit beendet, so haftet der Schuldner dem Pächter oder Miether auf das Interesse.

§. 34.

Pächtern und Miethern ist bei der Benachrichtigung von der Beschlagnahme aufzugeben, die von jetzt an fällig werdenden Pacht-

oder Miethzinsen bei Vermeidung der Doppelzahlung an den von dem Vollstreckungsgerichte bestellten Verwalter (§§. 40, 41) und in Ermangelung eines solchen an das Vollstreckungsgericht zu entrichten.

Die Anfechtbarkeit von Leistungen der bezeichneten Art, welche vor Zustellung dieser Aufforderung, ohne fällig gewesen zu sein, stattgefunden haben, richtet sich nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts.

§. 35.

Als bei der Zwangsversteigerung betheiligte Gläubiger sind zu betrachten:

- 1) diejenigen, welche die Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsversteigerung erwirkt haben;
- 2) diejenigen, für welche auf dem beschlagnahmten Grundstück zur Zeit der Beschlagnahme eine Hypothek oder eine sonstige dingliche Last eingetragen oder vorgemerkt war, insoweit die letztere nach §. 71 von dem Ersteher nicht übernommen werden muss;
- 3) diejenigen, welche in Ansehung des beschlagnahmten Grundstücks oder der Erträge und beweglichen Zubehörungen desselben bereits die Einleitung eines anderen Zwangsvollstreckungsverfahrens oder die Vollziehung eines Arrestes oder eine einstweilige Verfügung erwirkt haben.

Unter den bei der Zwangsversteigerung Betheiligten ist ausser den betheiligten Gläubigern auch der Schuldner zu verstehen.

§. 36.

War die auf dem beschlagnahmten Grundstück eingetragene Hypothek oder dingliche Last abgetreten oder verpfändet, so gilt der Berechtigte, falls die Abtretung oder Verpfändung im Grundbuche eingetragen war, ohne Weiteres, andernfalls erst nach vorgängiger Legitimation als betheiligter Gläubiger an Stelle des in §. 35 unter Ziffer 2 erwähnten Berechtigten.

4. Weitere Beschlagnahme.

§. 37.

Durch die von einem Gläubiger erwirkte Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsversteigerung wird nicht ausgeschlossen, dass

auf Grund eines vollstreckbaren Schudtitels sowohl die bisherigen Beschlagnahmegläubiger wegen anderer fälliger Forderungen, als auch andere Gläubiger wegen fälliger Forderungen Beschlagnahme auf dasselbe Grundstück bis zur Zuschlagsertheilung erwirken. Auf den in solchem Falle zu stellenden Antrag finden die Bestimmungen des §. 20 Ziff. 1 bis 3 Anwendung; es bedarf jedoch der Beibringung der daselbst unter Ziffer 3 gedachten Bescheinigung nicht, wenn solche bereits von einem andern Gläubiger bei dem Vollstreckungs-Gerichte überreicht ist.

§. 38.

Wird der Antrag für begründet erachtet, so beschliesst das Gericht die weitere Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsversteigerung und veranlasst sofort die Eintragung dieses Beschlusses im Grundbuche. Die Bestimmungen der §§. 23 bis 28 finden entsprechende Anwendung. Auch an die Gläubiger, welche bereits Beschlagnahme erwirkt haben, hat die Zustellung zu erfolgen.

§. 39.

Bezeichnet derselbe Gläubiger, welcher Beschlagnahme beantragt hat, noch andere in dem Bezirke des Vollstreckungsgerichts belegene Grundstücke desselben Schuldners als Beschlagnahmegegenstände, so ist das hierauf bezügliche Verfahren ein selbstständiges; dasselbe kann jedoch mit dem bereits eingeleiteten Verfahren verbunden werden, soweit dies ohne Beeinträchtigung der Betheiligten möglich ist.

5. Verwaltung.

§. 40.

Nach erfolgter Beschlagnahme kann dem Schuldner vorläufig Besitz und Benutzung des beschlagnahmen Grundstücks belassen werden. Das Vollstreckungsgericht kann auf Antrag eines Beschlagnahmegläubigers über die Grenzen der Benutzung, insbesondere über die Verwendung von mitbeschlagnahmen Erträgen und beweglichen Zubehörungen bestimmen, oder auch einen Verwalter für die in Beschlag genommenen Grundstücke oder einen Theil derselben bestellen und bezüglich der Verwaltung die erforderlichen Anordnungen treffen.

Vor der Entscheidung ist der Schuldner zu hören.

Die Entscheidung ist dem Antragsteller und dem Schuldner zuzustellen.

§. 41.

Ist in Folge einer vorausgegangenen anderweitigen Vollstreckung bereits ein Verwalter oder Sequester für den Beschlagnahme-Gegenstand aufgestellt, so ist an denselben unter Benachrichtigung von der verfügten weiteren Beschlagnahme der Auftrag zu erlassen, die Verwaltung für Rechnung aller bei der Zwangsversteigerung beteiligten Gläubiger fortzuführen und die von jetzt an sich ergebenden Ertrags-Ueberschüsse bei dem Vollstreckungsgerichte zu hinterlegen.

6. Zeit und Ort der Versteigerung.

§. 42.

Nach erfolgter Eintragung des Beschlagnahmebeschlusses hat das Gericht einen Termin zur öffentlichen Versteigerung des Grundstücks anzuberaumen.

Zwischen dem Tage der Versteigerungsbekanntmachung (§. 16) und dem Versteigerungstermine sollen mindestens drei und nicht über sechs Monate in Mitte liegen; es kann jedoch ausnahmsweise diese Frist bei Grundstücken von geringem Werthe nach richterlichem Ermessen bis auf sechs Wochen abgekürzt werden.

Der Versteigerungs-Termin kann nach dem Ermessen des Gerichts sowohl an der Gerichtsstelle als in der Gemeinde, in deren Bezirk das Grundstück belegen ist, anberaumt werden, auf übereinstimmenden Antrag der Betheiligten auch an einem andern Orte des Gerichtsbezirks.

7. Versteigerungsart.

§. 43.

Das Gericht hat bei Erlass der Versteigerungsbekanntmachung unter Berücksichtigung etwaiger Anträge der Beschlagnahmegläubiger und nach Anhörung des Schuldners zu bestimmen, ob das zu versteigernde Grundstück im Ganzen oder in einzelnen Theilen, oder mit anderen in demselben Verfahren zu versteigernden Grundstücken zur Versteigerung zu bringen, oder ob und in welcher Weise mehrere Versteigerungsarten zu verbinden seien.

Eine Abänderung der getroffenen Bestimmung in dem zur Feststellung der Versteigerungs-Bedingungen anberaumten Termine (§. 48) ist zulässig.

Sind mehrere Versteigerungsarten zu berücksichtigen, so sind dieselben neben einander versuchsweise vorzunehmen, und es gilt diejenige Versteigerung, durch welche der höchste Erlös erzielt wird.

§. 44.

Ruht auf dem beschlagnahmten Grundstück eine dingliche Last, gegenüber welcher Hypotheken den Vorzug haben, so ist das Grundstück, wenn die Versteigerung desselben mit der Last nicht einen diese Hypotheken unzweifelhaft deckenden Erlös ergeben hat, frei von der Last zur Versteigerung zu bringen, ohne dass es hierzu eines Antrages der Hypothekgläubiger oder der Ankündigung in der Versteigerungsbekanntmachung bedarf.

Die vorstehende Bestimmung gilt auch für denjenigen vorgehenden Hypothekgläubiger, welcher den Antrag auf Beschlagnahme nicht gestellt hat.

8. Bekanntmachung der Versteigerung.

§. 45.

Die Versteigerungsbekanntmachung hat zu enthalten:

- 1) die Erwähnung, dass die Versteigerung im Zwangswege erfolge, unter Anführung des Beschlagnahmebeschlusses und des Tages der Eintragung desselben im Grundbuche;
- 2) die Bezeichnung der Gläubiger, welche die Beschlagnahme erwirkt haben, nach Vor- und Familien-Namen, Stand oder Gewerbe und Wohnort;
- 3) die Bezeichnung des Schuldners nach Vor- und Familien-Namen, Stand oder Gewerbe und Wohnort;
- 4) die Bezeichnung des zu versteigernden Grundstücks in der in §. 19 Ziff. 4 vorgeschriebenen Weise;
- 5) Ort, Tag und Stunde der Versteigerung mit genauer Bezeichnung des Locals, wo sie vorgenommen werden soll;
- 6) die Aufforderung an die hypothekarischen Gläubiger, die Hypothekenbriefe im Versteigerungs-Termine zu überreichen;
- 7) die Bemerkung, dass die Versteigerungs-Bedingungen und der Grundbuchs-Auszug innerhalb der letzten zwei Wochen vor dem Tage der Versteigerung im Gerichtslocale eingesehen, auch das Grundstück selbst besichtigt werden könne.

Ist bereits bestimmt, ob das Grundstück in einzelnen Theilen oder im Ganzen, oder auf die eine und die andere Weise zur Versteigerung gebracht werden soll, so ist auch dies in der Versteigerungsbekanntmachung zu erwähnen.

§. 46.

Das Gericht hat die Versteigerungsbekanntmachung nach deren Erlass ohne Verzug in Gemässheit des §. 16 zu veröffentlichen, auch in der Gemeinde, wo das beschlagnahmte Grundstück belegen ist, an dem für öffentliche Bekanntmachungen üblichen Platze durch einen Gerichtsvollzieher anheften zu lassen.

Dem Schuldner, sowie den aus dem Grundbuchs-Auszug ersichtlichen beteiligten Gläubigern (§§. 35, 36) ist die Versteigerungsbekanntmachung besonders zuzustellen.

9. Versteigerungs-Bedingungen.

§. 47.

In der für den Schuldner und die beteiligten Gläubiger bestimmten Ausfertigung der Versteigerungsbekanntmachung (§. 46 Abs. 2) hat das Gericht einen innerhalb des ersten Drittels der Frist, welche zwischen dem Tage der Versteigerungsbekanntmachung und dem Tage des Versteigerungstermins in Mitte liegt (§. 42), abzuhaltenden Termin zur Feststellung der Versteigerungsbedingungen anzusetzen.

Diese Bedingungen sind von dem Gläubiger, welcher die Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsversteigerung erwirkt hat, eine Woche vor dem anberaumten Termine dem Vollstreckungsgerichte zu überreichen und können bis zu diesem Termine von den Beteiligten (§§. 35, 36) auf der Gerichtsschreiberei eingesehen werden.

Sind mehrere Beschlagnahme-Gläubiger vorhanden, so bleibt es denselben überlassen, selbstständig Versteigerungs-Bedingungen zu überreichen, oder den von einem Beschlagnahme-Gläubiger bereits überreichten Bedingungen sich anzuschliessen.

§. 48.

In dem anberaumten Termine sind etwaige Erinnerungen gegen die Versteigerungsbedingungen von den Beteiligten vorzutragen. Das Gericht stellt dieselben nach Massgabe der gemachten Vorschläge unter Weglassung solcher Bedingungen, welche bestehenden Gesetzen widersprechen oder offenbar zweckwidrig sind, fest.

Stehen die von mehreren Beschlagnahmegläubigern überreichten Bedingungen unter einander in Widerspruch, so hat das Gericht denjenigen Vorschlag zu wählen, welcher ihm als der zweckmässigste erscheint.

Wenn die Versteigerungsbedingungen nicht das Gegentheil enthalten, so gilt als Regel, dass für die der erreichten Beschreibung des Grundstücks entsprechende Beschaffenheit desselben, sowie für etwaige dem Ersteher unbekannt gebliebene Belastungen keine Gewähr und Entschädigung geleistet wird, und dass jede Anfechtung aus dem Grunde einer Verletzung über die Hälfte ausgeschlossen ist.

In die Versteigerungsbedingungen ist der Hinweis auf die in den §§. 65 und 68 ausgesprochenen Rechtsfolgen und die damit verbundene Unterwerfung des Erstehers unter die sofortige Zwangsvollstreckung, im Falle des Eintritts dieser Folgen, aufzunehmen.

§. 49.

Durch Uebereinkunft sämmtlicher Betheiligter können die Versteigerungsbedingungen jeder Zeit, selbst noch im Versteigerungstermine, abgeändert werden.

Auch kann jeder Betheiligte noch im Versteigerungstermine die Abänderung solcher Bedingungen beantragen, welche bestehenden Gesetzen widerstreiten.

§. 50.

Werden die Versteigerungsbedingungen erst in dem zur Feststellung derselben anberaumten Termine überreicht, so sind dieselben nach dem Ermessen des Gerichts zuzulassen, sofern dabei von dem Beschlagnahme-Gläubiger glaubhaft gemacht wird, dass er ohne sein Verschulden ausser Stande gewesen sei, die gesetzte Frist innezuhalten. Für den Fall der nachträglichen Zulassung derselben hat das Gericht, wenn es dies für zweckmässig hält, einen neuen Termin, nicht über eine Woche hinaus, anzusetzen. Dieser Termin ist durch sofortige Verkündung bekannt zu machen; die Ladung der in dem ersten Termine nicht erschienenen Betheiligten findet nicht statt.

Sind Versteigerungsbedingungen überhaupt nicht überreicht, oder ist deren nachträgliche Ueberreichung vom Gerichte zurückgewiesen, so gilt der Antrag auf Beschlagnahme des Grundstücks als zurückgenommen, und hat das Gericht, unter Aufhebung des Versteigerungstermins, die Löschung des Beschlagnahmeeintrags im Grundbuche von Amtswegen zu bewirken.

In diesem Falle haben die Beschlagnahmegläubiger die durch das erfolglose Vollstreckungsverfahren und durch die Löschung des Beschlagnahmееintrages veranlassten Kosten nach Verhältniss ihrer zum Zwecke der Vollstreckung geltend gemachten Forderungen zu tragen.

10. Versteigerung.

§. 51.

Das Gericht hat an dem für die Versteigerung bestimmten Orte und zur festgesetzten Zeit die Versteigerungsbekanntmachung (§. 45), den Grundbuch-Auszug, sowie etwaige sonstige, die Beschreibung des Grundstücks und die Versteigerungsbedingungen betreffende Urkunden zur Einsicht aufzulegen. Sodann hat dasselbe den zur Versteigerung Erschienenen die Bedingungen, welche für die Versteigerung massgebend sind, zu verlesen und hierauf zur Abgabe von Geboten aufzufordern.

Erfolgt kein Gebot, so darf der Versteigerungstermin erst nach Ablauf einer Stunde, von der Aufforderung zur Abgabe von Geboten angerechnet, geschlossen werden.

§. 52.

Jeder Bieter, soweit er nicht eine nach dem bisherigen Ergebnisse der Versteigerung gedeckte Forderung hat, ist auf Verlangen eines Betheiligten verpflichtet, für die Erfüllung seiner Verbindlichkeiten Sicherheit bis zu zehn von Hundert seines Gebots zu leisten.

Die Sicherheit ist entweder baar oder in kursfähigen Werthpapieren oder durch Stellung eines zahlungsfähigen Bürgen zu leisten. Die Werthpapiere müssen mit den laufenden Zinsscheinen und Talons eingereicht werden und sind nach dem Börsenpreise zu berechnen. Die Sicherheitsleistung kann nur bis zum Zuschlage gefordert werden.

Bei Meinungsverschiedenheit der Betheiligten entscheidet das Gericht über die Angemessenheit der angebotenen Sicherheit. Das Gebot ist vom Gerichte zurückzuweisen, wenn die Sicherheit nicht geleistet wird.

Die Vorschrift des ersten Absatzes findet auf staatliche Behörden keine Anwendung.

§. 53.

Jeder Bieter gilt als im eigenen Namen bietend, wenn er nicht vor Abgabe des Gebotes seinen Auftraggeber benannt hat. Im

letzteren Falle hat sich derselbe auf Antrag eines Betheiligten durch Vollmacht gehörig auszuweisen.

Die von dem Meistbietenden am Schlusse des Versteigerungstermins abgegebene Erklärung, dass er als Bevollmächtigter eines Andern geboten habe, ist nur mit Zustimmung aller Betheiligten zuzulassen.

Der Amtsrichter und der Gerichtsschreiber, welche im Versteigerungstermine mitwirken, sowie der Eigenthümer können weder persönlich noch durch Andere bieten.

§. 54.

Ein Bieter ist an sein Gebot nicht mehr gebunden, wenn ein Mehrgebot erfolgt und dasselbe bis zum Zuschlage nicht zurückgewiesen ist.

§. 55.

Der Meistbietende erhält den Zuschlag durch entsprechende Erklärung des Gerichts nach dreimaligem Aufrufe, vorbehaltlich der Bestimmung in §. 58.

Der Zuschlag darf keinesfalls vor Ablauf einer Stunde, von der ersten Aufforderung zur Abgabe von Geboten angerechnet, erfolgen.

Der Meistbietende hat auf erhaltenen Zuschlag das Protocoll zu unterzeichnen. Weigert er sich, so sind die Gründe seiner Weigerung im Protocolle anzugeben; ebenso ist einer ohne Angabe von Gründen geschehenen Verweigerung der Unterschrift im Protocolle Erwähnung zu thun.

§. 56.

Wird im Versteigerungstermine kein Gebot abgegeben, so kann von einem Gläubiger, welcher die Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsversteigerung erwirkt hat, entweder die Zwangsverwaltung des Grundstücks oder die Anberaumung eines neuen Versteigerungstermins beantragt werden. Stehen die von mehreren Beschlagnahmegläubigern gestellten Anträge unter einander in Widerspruch, so hat der Antrag auf nochmalige Zwangsversteigerung den Vorzug.

Für die neue Versteigerung gelten vorbehaltlich der Bestimmung in §. 49 Abs. 1 die früheren Bedingungen. Der Termin zur neuen Versteigerung ist nicht über zwei Monate hinauszusetzen.

§. 57.

Wird binnen drei Monaten nach dem Versteigerungstermine, in welchem ein Gebot nicht erfolgt ist, von keinem der Gläubiger, welche die Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsversteigerung erwirkt haben, ein Antrag auf Zwangsverwaltung oder auf Anberaumung eines neuen Versteigerungstermins gestellt, so gilt der Antrag auf Beschlagnahme des Grundstücks als zurückgenommen, und hat das Gericht die Löschung des Beschlagnahmeeintrags im Grundbuche von Amtswegen zu bewirken.

Die Vorschrift des §. 50 Abs. 3 findet hinsichtlich der bezeichneten Gläubiger, unbeschadet ihres Ersatzanspruchs an den Schuldner, entsprechende Anwendung.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch dann, wenn in dem neuen Versteigerungstermine abermals kein Gebot erfolgt ist, wofern nicht in diesem Falle noch die Zwangsverwaltung des Grundstücks beantragt wurde.

§. 58.

Wenn ein bei der Zwangsversteigerung betheiligter Gläubiger, welcher aus dem im Versteigerungstermine erzielten Erlöse seine Befriedigung nicht erhalten würde, in dem Termine vor Schluss des Versteigerungsprotocolls die Ansetzung eines neuen Versteigerungstermins beantragt, so ist diesem Antrage stattzugeben, sofern der Antragsteller sich verpflichtet, für das bisherige Meistgebot, sowie für allen aus der Verzögerung des Zuschlags entstehenden Nachtheil und die Kosten zu haften, auch die Gefahr der Zwischenzeit zu übernehmen und für den zehnten Theil des Meistgebots nach den Bestimmungen des §. 52 Sicherheit leistet.

Das Gericht hat vor der Zuschlagsertheilung die betheiligten Gläubiger zu befragen, ob sie von der vorstehenden Befugniß Gebrauch machen wollen.

Der Termin zur nochmaligen Versteigerung ist nicht über zwei Monate hinauszusetzen. Mit Zulassung der nochmaligen Versteigerung wird der bisherige Meistbietende von seiner Verpflichtung frei.

Wegen Zustellung und Veröffentlichung der neuen Versteigerungsbekanntmachung finden die Vorschriften des §. 46 Anwendung.

§. 59.

Ueber den Hergang im Versteigerungstermine ist ein Protocoll durch den Gerichtsschreiber aufzunehmen.

Dasselbe hat zu enthalten:

- 1) die Veranlassung der Versteigerung;
- 2) die Bezeichnung der Beschlagnahmegläubiger, des Schuldners, sowie des zur Versteigerung gestellten Grundstücks;
- 3) die Versteigerungsbedingungen oder, wenn sie dem Protocolle beigelegt wurden, eine Bezugnahme auf dieselben;
- 4) die Angabe, dass und wie den Vorschriften der §§. 51, 52, 55 und 58 genügt wurde;
- 5) die Zeit, zu welcher zuerst zum Bieten aufgefördert und die, zu welcher die Versteigerung geschlossen wurde;
- 6) die abgegebenen Gebote und die an den Meistbietenden erfolgte Zuschlagsertheilung.

Das Protocoll ist den Betheiligten vorzulesen oder zur Durchsicht vorzulegen. In dem Protocolle ist zu bemerken, dass dies geschehen und die Genehmigung erfolgt sei, oder welche Einwendungen erhoben sind. Dasselbe ist, ausser von dem Meistbietenden (§. 55), von dem Richter und dem Gerichtsschreiber zu unterschreiben.

§. 60.

Bis zur Ertheilung des Zuschlags kann der Antrag auf Zwangsversteigerung von den Gläubigern, welche die Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsversteigerung erwirkt hatten, zurückgenommen werden. Die Bestimmung des §. 50 Abs. 3 findet in diesem Falle entsprechende Anwendung.

Wenn der Schuldner bis zu diesem Zeitpunkte die Summe der Schuld, welche durch die Zwangsversteigerung begetrieben werden soll, nebst Zinsen und Kosten gerichtlich niederlegt und für die Kosten des Zwangsversteigerungsverfahrens durch baare Hinterlegung einer vom Gerichte zu bestimmenden Summe Sicherheit leistet, so muss das Verfahren eingestellt werden.

11. Aufhebung des Zuschlags.

§. 61.

Aus Gründen, welche das bei der Zwangsversteigerung zu beobachtende Verfahren betreffen, kann die Aufhebung des Zuschlags bei dem Vollstreckungsgerichte innerhalb einer Nothfrist von zwei Wochen nach dem Zuschlage beantragt werden:

- 1) wenn einem Betheiligten (§§. 35, 36) die Versteigerungsbekanntmachung (§. 45) nicht zugestellt, oder der Inhalt

derselben in einem für den Betheiligten wesentlichen Punkte nicht richtig angegeben ist;

- 2) wenn dem Schuldner der Beschluss einer in der Versteigerungsbekanntmachung nicht angeführten Beschlagnahme nicht zugestellt ist, und lediglich in Folge der demselben verschwiegenen Beschlagnahme die Versteigerung stattgefunden hat;
- 3) wenn die in §. 46 vorgeschriebene Art der Veröffentlichung nicht stattgefunden hat;
- 4) wenn in der nach §. 46 vorgeschriebenen Veröffentlichung Gegenstand, Ort oder Zeit der Versteigerung nicht richtig bezeichnet war und eine den Umständen entsprechende Berichtigung nicht erfolgt ist;
- 5) wenn die gesetzliche Frist zwischen dem Tage der Festsetzung der Versteigerung und dem Versteigerungstermine (§. 42) nicht innegehalten ist;
- 6) wenn die Bestimmung des §. 44 nicht beobachtet, oder wenn bei der Versteigerung eine gesetzwidrige Bedingung zugelassen oder eine vom Gerichte bzw. durch Uebereinkunft sämtlicher Betheiligter festgestellte Bedingung nicht berücksichtigt ist;
- 7) wenn den Bestimmungen des §. 43 zuwider eine Versteigerungsart nicht zugelassen ist;
- 8) wenn der Bestimmung des §. 43 Abs. 2 zuwider der Zuschlag ertheilt ist;
- 9) wenn der Zuschlag dem Meistbietenden, dessen Meistgebot hätte berücksichtigt werden müssen, nicht ertheilt ist;
- 10) wenn ein vor dem Schluss des Versteigerungsprotocolls begründeter Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung (§. 60) nicht berücksichtigt ist;
- 11) wenn vor dem Zuschlage der dreimalige Aufruf des Meistgebots nicht stattgefunden hat, oder die in §. 55 vorgeschriebene Zeitbestimmung nicht innegehalten ist;
- 12) wenn in dem Versteigerungsprotocolle die nach §. 59 erforderliche Unterzeichnung oder eine Angabe, weshalb dieselbe unterlassen worden, nicht enthalten ist.

Eine unrichtige Bezeichnung in Beziehung auf Personen, Gegenstand oder Ort (Ziff. 1 und 4) ist nur dann zu beachten, wenn dadurch die Identität zweifelhaft ist, eine nicht erfolgte Zustellung der

Versteigerungsbekanntmachung (Ziff. 1 und 2) nur dann, wenn der Betheiligte glaubhaft machen kann, dass er hierdurch an der Wahrung seiner Rechte gehindert war.

Der Zuschlag kann nicht aufgehoben werden, wenn der Betheiligte nicht wenigstens eine Woche vor der Versteigerung, obwohl er den Anfechtungsgrund früher hätte geltend machen können, Abhülfe bei dem Vollstreckungsgerichte beantragt hat.

§. 62.

Die Aufhebung des Zuschlags zu beantragen sind befugt: betheiligte Gläubiger, deren Rechte durch den Zuschlag beeinträchtigt werden, sowie der Schuldner.

Der Antragsteller kann Gründe nicht geltend machen, welche nur die Rechte anderer Betheiligter betreffen.

§. 63.

Das Gericht hat vor der Entscheidung sämtliche Betheiligte und den Ersteher zu hören.

Die Entscheidung ist dem Antragsteller und denjenigen, welche sich auf den Antrag erklärt haben, zuzustellen.

§. 64.

Wird neben Aufhebung des Zuschlags die Anberaumung eines Termins zur neuen Versteigerung vom Gerichte beschlossen, so ist solcher nicht über zwei Monate hinauszusetzen.

Wegen Zustellung und Veröffentlichung der Versteigerungsbekanntmachung finden die Vorschriften des §. 46 Anwendung.

12. Wiederversteigerung.

§. 65.

Wenn der Ersteher den Kaufpreis nicht zur festgesetzten Zeit bezahlt hat, so kann jeder betheiligte Gläubiger, welchem der erzielte Versteigerungserlös voraussichtlich ganz oder theilweise zur Befriedigung dienen würde, die anderweite Zwangsversteigerung des Grundstücks beantragen, insofern die Kaufbedingungen nicht das Gegentheil besagen.

Stehen die von mehreren betheiligten Gläubigern abgegebenen Erklärungen unter einander in Widerspruch, und wird dieser Widerspruch nicht durch die Abfindung des widersprechenden Gläubigers

oder in anderer Weise beseitigt, so hat der Antrag auf anderweite Zwangsversteigerung des Grundstücks den Vorzug.

§. 66.

Wird der Antrag auf Wiederversteigerung für begründet erachtet, so beschliesst das Gericht dieselbe.

Vor der Entscheidung ist der Ersteher zu hören.

Der Beschluss ist dem Ersteher und den Betheiligten zuzustellen.

§. 67.

Der Termin zur Wiederversteigerung ist nicht über zwei Monate hinauszusetzen.

Für die Wiederversteigerung gelten die früheren Versteigerungsbedingungen, insofern nicht sämtliche Betheiligte und der erste Ersteher sich mit deren Abänderung einverstanden erklären.

Im Uebrigen finden die für die Zwangsversteigerung gegebenen Vorschriften entsprechende Anwendung.

§. 68.

Der erste Ersteher bleibt für den bei der Wiederversteigerung sich etwa ergebenden Ausfall, sowie für die Kosten der Wiederversteigerung dergestalt verhaftet, dass deshalb die Zwangsvollstreckung in sein übriges Vermögen sofort nachgesucht werden kann.

Auf den etwaigen Mehrerlös hat derselbe keinen Anspruch.

Der Gerichtsschreiber des Vollstreckungsgerichts hat auf Grundlage der Versteigerungsbedingungen (§. 48) die vollstreckbare Urkunde auszufertigen.

§. 69.

Die Wiederversteigerung ist einzustellen, wenn der frühere Ersteher vor dem Zuschlage nachweist, dass er inzwischen den Kaufbedingungen genügt und die durch das neue Verfahren erwachsenen Kosten berichtigt oder für dieselben, soweit sie noch nicht festgestellt sind, einen vom Gerichte zu bestimmenden Betrag hinterlegt hat.

13. Adjudicationsurtheil.

§. 70.

Ist ein Antrag auf Aufhebung des Zuschlags (§. 61) nicht gestellt oder ein solcher rechtskräftig abgewiesen, und hat der Ersteher

seine Verbindlichkeiten durch Baarzahlung oder durch Uebernahme von Hypotheken vollständig erfüllt, so hat das Gericht das erstandene Grundstück durch Adjudicationsurtheil dem Ersteher zu Eigenthum zu überweisen. Die Uebernahme von Hypotheken, welche mit Einwilligung des betreffenden Gläubigers auf Grund einer von beiden abgegebenen Erklärung (§. 14) zu erfolgen hat, bewirkt Befreiung des bisherigen Schuldners.

Das Eigenthum an dem erstandenen Grundstücke nebst Zubehör geht mit der Zustellung des Urtheils über.

Für den Umfang der dem Ersteher zukommenden Rechte am Grundstück hinsichtlich des beweglichen Zubehörs, der Früchte und anderer Erweiterungen (Grunderwerbsgesetz §. 35) ist der Tag der Zuschlagsertheilung massgebend.

Ueber Abweichungen von der Regel des dritten Absatzes, sowie über etwaige sonstige persönliche Ansprüche des Erstehers entscheiden die Kaufbedingungen.

§. 71.

Der Ersteher erwirbt das Eigenthum frei von allen Hypotheken, soweit solche nicht nach Massgabe der Versteigerungsbedingungen oder nachträglicher Verabredung von ihm übernommen sind.

Diejenigen Gebrauchs- und Nutzungsrechte, welche nach den §§. 8, 22 und 145 des Berggesetzes vom 15. April 1867 im Wege des Zwangsverfahrens gegen den Eigenthümer des Grundstücks erworben werden können, gehen als Lasten auf den Ersteher über.

Dingliche Lasten anderer Art, welche auf einem privatrechtlichen Titel beruhen und im Grundbuche eingetragen sind, müssen, wenn die Versteigerungsbedingungen nicht das Gegentheil enthalten, von dem Ersteher übernommen werden. Dasselbe ist der Fall hinsichtlich der durch Ersitzung erworbenen positiven Grunddienstbarkeiten und der übrigen im §. 17 No. 2 bis 4 des Grunderwerbsgesetzes bezeichneten, der Eintragung nicht bedürfenden dinglichen Lasten. Alle sonstigen auf privatrechtlichem Titel beruhenden dinglichen Lasten, wenn sie im Grundbuche nicht eingetragen sind, hat der Ersteher nur im Falle persönlicher Verpflichtung zu übernehmen.

Die Grundsteuern und sonstigen gemeinen Lasten sind, insoweit die Versteigerungsbedingungen nicht Anderes enthalten, vom Tage der Zuschlagsertheilung an vom Ersteher zu tragen.

Die Bestimmung im §. 19 des Grunderwerbsgesetzes vom 8. März 1878 über die Haftpflicht des Eigenthümers für Rückstände der daselbst im §. 18 erwähnten gemeinen Lasten findet auf den Ersteher

keine Anwendung. Die gedachten Rückstände sind im Vertheilungsverfahren geltend zu machen.

§. 72.

Das Gericht hat neben Zustellung des Adjudicationsurtheils die Umschreibung des Eigenthums auf den Namen des Erstehers und die Löschung der von demselben nicht übernommenen Hypotheken, sowie die Löschung der Beschlagnahme im Grundbuche von Amtswegen vorzunehmen oder, falls das Grundbuchamt mit dem Vollstreckungsgerichte nicht vereinigt ist, ersteres um Vornahme der erforderlichen Eintragungen und Löschungen im Grundbuche zu ersuchen. Die Löschung von Hypotheken ist von der Ueberreichung der Hypothekenbriefe nicht abhängig.

Auch hat das Gericht, falls dies nicht schon früher geschehen sein sollte, an den Schuldner und, falls das Grundstück verpachtet oder vermietet war, an den Pächter oder Miether den Befehl zu erlassen, dem Ersteher den Besitz des demselben zugewiesenen Grundstücks sofort, bezw. nach Beendigung des Pacht- oder Miethvertrags (§. 32) bei Vermeidung der Zwangsausweisung zu räumen.

§. 73.

Der im §. 72 erwähnte Räumungsbefehl ist auf Antrag des Erstehers für vollstreckbar zu erklären.

Auf die Zwangsvollstreckung aus diesem Schuldtitel kommen die Bestimmungen der D. Civilprozessordnung §§. 662 bis 701 zu entsprechender Anwendung.

II. Titel.

Vertheilungsverfahren.

1. Einleitung des Vertheilungsverfahrens und Rangordnung.

§. 74.

Ist ein Antrag auf Aufhebung des Zuschlags nicht gestellt oder ein solcher rechtskräftig abgewiesen, so hat das Vollstreckungsgericht alle diejenigen, welche kraft eines dinglichen oder sonstigen Rechts

auf vorzugsweise Befriedigung aus dem Versteigerungserlöse Anspruch machen zu können glauben, durch öffentliche Bekanntmachung (§. 16) aufzufordern:

innen zwei Wochen ihre Ansprüche mit Angabe des Betrages an Capital, Zinsen, Kosten und sonstigen Nebenforderungen, des Grundes der Forderung, sowie des beanspruchten Ranges, zugleich unter Vorlegung der Beweisurkunden, soweit solche nicht bereits auf Grund der Aufforderung in §. 45 Ziff. 6 überreicht sind, bei dem Vollstreckungsgerichte unter dem Rechtsnachtheile anzumelden, dass hinsichtlich der Forderungen betheiligter Gläubiger (§§. 35, 36) nach Massgabe des §. 75 werde verfahren, anderweite Ansprüche aber bei Aufstellung des Vertheilungsplans unberücksichtigt bleiben werden.

An die aus den Vollstreckungsacten zu ersiehenden betheiligten Gläubiger erfolgt besondere Zustellung.

Desgleichen ist wegen der etwaigen Rückstände an Grundsteuern und Beiträgen zur Landes-Brandversicherungs-Anstalt, sowie in Bezug auf die sonstigen auf dem Grundstück etwa haftenden gemeinen Lasten (Grunderwerbsgesetz §. 18) an den Vorstand der Gemeinde, in deren Bezirk das versteigerte Grundstück liegt, die besondere Aufforderung zu richten, ein Verzeichniss der etwaigen Rückstände der bezeichneten Lasten entweder selbst einzureichen oder dessen Ueberreichung durch die zur Erhebung der Lasten etwa sonst berechtigten Personen oder Behörden zu veranlassen.

Zugleich ist der etwa bestellte Verwalter aufzufordern, binnen obiger Frist seine Rechnung und den danach sich ergebenden Ueberschuss zu übergeben.

§. 75.

Nach Ablauf der zweiwöchigen Frist wird von dem Gerichte ein Theilungsplan angefertigt.

Die Forderung eines betheiligten Gläubigers, welcher bis zur Anfertigung des Theilungsplans der an ihn gerichteten Aufforderung nicht nachgekommen ist, wird auf Grund der Vollstreckungsacten berechnet.

Eine nachträgliche Ergänzung der Forderung findet nicht statt.

§. 76.

Wenn eine Forderung ungetheilt auf mehreren Grundstücken haftet, die sämmtlich oder von denen eins oder mehrere der Zwangsversteigerung unterworfen sind, so hat der Gläubiger innerhalb der in §. 74 erwähnten Frist das Grundstück zu bezeichnen, aus dessen

Kaufgeldern er seine Befriedigung beansprucht, widrigenfalls bei Aufstellung des Vertheilungsplans so verfahren wird, als ob bei jedem der Zwangsversteigerung unterworfenen Grundstücke nur die für dasselbe nach dem Erlöse sich berechnende Quote eingetragen wäre.

Die nach §. 46 des Grunderwerbgesetzes vorzunehmende Löschung der auf dem mitverhafteten Grundstück eingetragenen Hypothek hat das Vollstreckungsgericht von Amtswegen zu veranlassen.

§. 77.

Sind Gläubiger vorhanden, deren Anspruch auf Befriedigung aus einzelnen unbeweglichen Zubehörstücken des Grundstücks (Grunderwerbgesetz §§. 35, 37) beschränkt ist, so sind aus diesen Zubehörstücken besondere Massen zu bilden und für dieselben im Vertheilungsplan Vertheilung und Rangordnung festzustellen.

§. 78.

Von dem Bestande der Masse und, wenn nach §. 77 mehrere Massen zu bilden sind, nach Verhältniss deren Grösse sind vorweg in Abzug zu bringen:

die Kosten einer etwaigen Verwaltung einschliesslich der vorgenommenen Verwendungen auf das Grundstück, die Kosten der Zwangsvollstreckung einschliesslich des Vertheilungsverfahrens, soweit dieselben nicht den Gläubigern durch die Geltendmachung ihrer Forderungen erwachsen sind, endlich die Kosten für Bereinigung des Grundbuches.

Zu diesen vorweg in Abzug zu bringenden Kosten gehören auch die nach dem Tage der Versteigerungsbekanntmachung laufenden von dem Grundstück zu entrichtenden öffentlichen und gemeinen Abgaben und Leistungen bis zum Tage der Uebernahme derselben durch den Ersteher (§. 71), desgleichen die von einem Gläubiger im Interesse der Theilungsmasse aufgewendeten Kosten, insoweit letzterer hierdurch ein Vortheil erwachsen ist.

§. 79.

Aus der nach Abzug der Kosten (§. 78) verbleibenden reinen Masse werden nach folgender Rangordnung, bei gleichem Range nach Verhältniss ihrer Beträge berichtet:

- 1) die Rückstände der auf dem Grundstücke lastenden Grundsteuer aus den zwei letzten Jahren, vom Tage der Versteigerungsbekanntmachung zurückgerechnet;

- 2) die Rückstände der auf dem Grundstück haftenden gemeinen Lasten (Grunderwerbsgesetz §. 18) aus den zwei letzten Jahren, von dem unter Ziffer 1 angegebenen Zeitpunkt zurückgerechnet;
- 3) die Rückstände der auf Grund eingetragener dinglicher Rechte zu entrichtenden Renten und anderer zu bestimmten Zeiten wiederkehrender Abgaben und Leistungen aus den zwei letzten Jahren, von dem unter Ziffer 1 angegebenen Zeitpunkte zurückgerechnet, imgleichen die Hypothekforderungen nach Massgabe der durch die §§. 25, 39 bis 42 des Grunderwerbsgesetzes bestimmten Rangordnung, nebst den vom Tage der Versteigerungsbekanntmachung an laufenden eingetragenen Zinsen und sonstigen Jahreszahlungen, sowie den unter Zurückrechnung von diesem Tage an vorhandenen zweijährigen Rückständen derselben;
- 4) die Forderungen derjenigen Gläubiger, welche Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsvollstreckung in das Grundstück erwirkt haben, in der in §. 10 Abs. 2 bestimmten Ordnung;
- 5) die Rückstände von Grundsteuern, sonstigen gemeinen Lasten, Renten und anderen zu bestimmten Zeiten wiederkehrenden Abgaben und Leistungen, von Zinsen und sonstigen Jahreszahlungen, soweit sie nicht bereits unter den Ziffern 1 bis 3 erwähnt oder bereits durch Verjährung erloschen sind, unter Berücksichtigung der unter denselben bestehenden Rangordnung (§§. 25, 39¹⁾ bis 42 des Grunderwerbsgesetzes).

§. 80.

Zahlungen auf Hypothekforderungen erfolgen in nachstehender Ordnung:

- 1) die Kosten der Eintragung, der Kündigung, der Klage und der Beitreibung;
- 2) die nach §. 79 Ziffer 3 zur Berücksichtigung kommenden Zinsen und sonstigen Jahreszahlungen;
- 3) das Capital;
- 4) die sonstigen nicht bereits unter Ziffer 2 erwähnten Rückstände von eingetragenen Zinsen und sonstigen Jahreszahlungen.

¹⁾ In der officiellen Ausgabe des Gesetzes ist in Folge eines Druckfehlers der §. 29 citirt.

§. 81.

Bei Aufstellung des Vertheilungsplans werden betagte Forderungen als fällig angesehen.

Eine betagte unverzinsliche Forderung vermindert sich auf den Betrag, welcher mit Hinzurechnung der gesetzlichen Zinsen desselben für die Zeit von der Auszahlung bis zur Fälligkeit dem vollen Betrage der Forderung gleichkommt. Ist der Zeitpunkt der Fälligkeit einer solchen Forderung unbestimmt, so ist sie in einem durch Schätzung festzustellenden Betrage in Ansatz zu bringen.

§. 82.

Hinsichtlich der bedingten Forderungen gelten für die demnächstige Vertheilung folgende Grundsätze:

- 1) Ist die Bedingung eine aufschiebende, so erhalten diejenigen Betheiligten, deren Befriedigung durch die bedingte Forderung verhindert wird, den auf dieselbe fallenden Betrag mit der Verpflichtung zur Rückgewähr an den bedingten Gläubiger für den Fall des Eintritts der Bedingung und gegen Sicherheitsbestellung.
- 2) Ist die Bedingung eine auflösende, so wird dem Gläubiger der auf seine bedingte Forderung fallende Betrag gegen Sicherheitsbestellung für den Fall des Eintritts der Bedingung gezahlt oder überwiesen und zugleich bestimmt, an wen für diesen Fall die Rückgewähr zu leisten ist.

So lange die empfangsberechtigten Betheiligten die vom Gerichte nach dessen Ermessen festgestellte oder von den übrigen Betheiligten für genügend erachtete Sicherheit nicht bestellen, bleibt die Summe in gerichtlicher Verwahrung, insofern nicht sämtliche betheiligte Gläubiger sich über eine verzinsliche Belegung derselben einigen. Im letzteren Falle gebühren die aufkommenden Zinsen Demjenigen, welcher das Capital gegen Sicherheitsbestellung verlangen konnte.

§. 83.

Besteht eine Forderung in dem Anspruche auf wiederkehrende Hebungen zu einem bestimmten Betrage und von einer bestimmten Zeitdauer, so werden dieselben unter Abrechnung der Zwischenzinsen (§. 81) durch Zusammenzählung der einzelnen Hebungen capitalisirt. Der Gesamtbetrag darf jedoch den zum gesetzlichen Zinssatze capitalisirten Betrag derselben nicht übersteigen.

2. Verfahren im Vertheilungstermine.

§. 84.

Das Gericht hat zur Erklärung über den Theilungsplan, zur Abnahme der Rechnung des Verwalters, sowie zur Vornahme der Vertheilung einen Termin nicht über sechs Wochen, von Ablauf der in §. 74 gesetzten zweiwöchigen Frist angerechnet, zu bestimmen. Die Ladung zu diesem Termine kann auch mit der im §. 74 vorgeschriebenen verbunden werden.

Der Theilungsplan und die Rechnung des Verwalters müssen spätestens eine Woche vor dem Vertheilungstermine auf der Gerichtsschreiberei zur Einsicht niedergelegt werden.

Auf Verlangen hat der Gerichtsschreiber jedem bei der Zwangsversteigerung Betheiligten gegen Zahlung der Gebühren Abschrift des Vertheilungsplans zu ertheilen.

Die Zustellung der Ladung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung (§. 16). Der Ersteher und der Schuldner sind besonders zu laden, der Letztere unter dem Rechtsnachtheil des Ausschlusses mit seinen Einwendungen gegen den aufgestellten oder im Termine berichtigten Vertheilungsplan und die von einem etwaigen Verwalter gestellte Rechnung.

§. 85.

In dem Termine wird festgestellt, was der Ersteher an Kaufgeldern gezahlt hat und noch zu zahlen hat, und wieviel die zu vertheilende Masse nach Abzug der ihr zur Last fallenden Kosten des Zwangsvollstreckungsverfahrens beträgt. Nachdem diese Feststellung erfolgt ist, werden die in den Vertheilungsplan aufgenommenen Ansprüche nach der Reihenfolge des Plans der Erörterung unterstellt.

Wird ein Widerspruch gegen den Vertheilungsplan nicht erhoben, so ist der letztere abzuschliessen und zur Ausführung zu bringen. Erfolgt ein Widerspruch, so hat sich jeder der bei demselben Betheiligten sofort zu erklären. Wird der Widerspruch von den Betheiligten als begründet anerkannt, oder kommt anderweit eine Einigung zu Stande, so ist der Plan demgemäss zu berichtigen.

Wenn ein Widerspruch sich nicht erledigt, so ist dies unter Bezeichnung Desjenigen, welcher den Widerspruch erhoben hat, und derjenigen Betheiligten, welche denselben als begründet nicht anerkannt haben, im Vertheilungsplane zu vermerken, der Plan aber insoweit auszuführen, als er durch den Widerspruch nicht betroffen wird.

§. 86.

Der Widersprechende muss ohne vorherige Aufforderung binnen einer Frist von einem Monate, welche mit dem Terminstage beginnt, dem Vollstreckungsgerichte nachweisen, dass er gegen die Betheiligten Klage erhoben habe. Nach fruchtlosem Ablaufe dieser Frist wird die Ausführung des Plans ohne Rücksicht auf den Widerspruch angeordnet.

Die Befugniss des Betheiligten, welcher dem Plane widersprochen hat, ein besseres Recht gegen die Gläubiger, welche einen Geldbetrag nach dem Plane erhalten haben, im Wege der Klage geltend zu machen, wird durch die Versäumung der Frist und durch die Ausführung des Plans nicht ausgeschlossen.

§. 87.

Das Vollstreckungsgericht kann auf Antrag anordnen, dass einem Gläubiger, gegen dessen Ansprüche Widerspruch erhoben ist, der ihm nach dem Vertheilungsplan gebührende Betrag gegen Sicherheitsleistung ausbezahlt werde.

§. 88.

Gegen einen Gläubiger, welcher in dem Termine nicht erschienen ist, wird angenommen, dass er mit der Ausführung des Plans einverstanden sei und die von einem etwaigen Verwalter aufgestellte Rechnung als richtig anerkenne.

Ist ein in dem Termine nicht erschienener Gläubiger bei dem Widerspruch betheiligt, welchen ein anderer Gläubiger oder der Schuldner erhoben hat, so wird angenommen, dass er diesen Widerspruch nicht als begründet anerkenne.

3. Abschluss und Ausführung des Vertheilungs-Plans.

§. 89.

Der Abschluss des Vertheilungsplans ist mit Datum und Unterschrift des Amtsrichters, sowie mit dem Amtssiegel zu versehen.

Das Gericht kann an dem abgeschlossenen Vertheilungsplane nur zur Berichtigung von Schreibfehlern, Rechnungsfehlern und ähnlichen offenbaren Unrichtigkeiten, oder mit Zustimmung sämmtlicher betheiligten Gläubiger und des Schuldners Abänderungen vornehmen.

§. 90.

Die Ausführung des Vertheilungsplans erfolgt durch Auszahlung des einem jeden Gläubiger, soweit dessen Forderung nicht vom Ersteher übernommen ist (§. 70), gebührenden Betrags. War der Kaufpreis vom Ersteher noch nicht vollständig bezahlt, so kann eine Abschlagsvertheilung der vorhandenen baaren Masse vorgenommen werden.

Auf die für den Eigenthümer des Grundstücks eingetragenen, zur Hebung kommenden Forderungen (Grunderwerbs-Gesetz §§. 65 bis 68) haben die bei der Zwangsversteigerung ausfallenden Gläubiger keinen Anspruch, vorbehältlich jedoch des Rechts derselben auf Erwirkung der Pfändung oder eines Arrestbefehls hinsichtlich dieser Forderungen.

§. 91.

Für diejenigen betheiligten Gläubiger, welche im Vertheilungstermine nicht erschienen sind, oder die Hypothekenbriefe nicht übergeben haben, wird der auf sie fallende Theil der Kaufgelder auf ihre Gefahr und Kosten zu gerichtlicher Verwahrung genommen.

§. 92.

Gläubiger, deren Forderungen im Vertheilungsverfahren durch Zahlung getilgt oder wegen Unzulänglichkeit der Masse nicht gedeckt sind, haben die Urkunden über ihre Forderungen an das Versteigerungsgericht abzuliefern und können zur Erfüllung dieser Pflicht durch Geldstrafen bis zum Betrage von 150 Mk. angehalten werden.

Sind die erwähnten Urkunden abhanden gekommen, so hat das Versteigerungsgericht dem Gläubiger unter Androhung von Geldstrafen bis zum Betrage von 150 Mk. aufzugeben, innerhalb Monatsfrist das im §. 837 ff. der D. Civilprozessordnung vorgeschriebene Aufgebotsverfahren bei dem zuständigen Gerichte zu beantragen und, dass solches geschehen, bei dem Versteigerungsgerichte nachzuweisen¹⁾.

Das Gericht hat Hypothekenbriefe und die vor Einführung des Grunderwerbsgesetzes aufgenommenen Schuldurkunden nach Vorschrift der §§. 51, 52 und 55 der Grundbuchordnung von Amtswegen zu cassiren, die mit den Hypothekenbriefen verbundenen, sowie alle sonstigen über die angemeldete persönliche Forderung lautenden

¹⁾ Vergl. Ges. No. 12 v. 1. April 1879 §. 7 No. 5.

Urkunden aber, wenn die Forderung durch Zahlung getilgt ist, dem Schuldner, andernfalls dem Gläubiger zurückzugeben und bei theilweiser Befriedigung auf der Urkunde zu bescheinigen, bis zu welchem Betrage die Forderung zum Zuge gekommen ist.

War jedoch die Hypothekforderung von dem Ersteher in Anrechnung auf das Kaufgeld übernommen, so hat das Gericht dem betreffenden Gläubiger darüber eine Bescheinigung zu ertheilen, solche mit dem von dem Gläubiger vorzulegenden Hypothekenbriefe durch Schnur und Siegel zu verbinden und sodann beide dem Gläubiger zurückzugeben.

Hinsichtlich der durch die Zwangsversteigerung ganz oder theilweise kraftlos werdenden Urkunden endlich, welche nicht überreicht sind, hat das Gericht nach geschehener Löschung mittelst einer durch einmalige Einrückung in die Braunschweigischen Anzeigen und den Deutschen Reichsanzeiger zu erlassenden Bekanntmachung zur öffentlichen Kenntniss zu bringen, dass die Hypotheken, über welche die betreffenden Urkunden lauten, erloschen seien, und dabei im Fall des Vorhandenseins einer gerichtlich hinterlegten Summe (§. 91) zu bemerken, dass der Anspruch des Gläubigers auf letztere sich beschränke. Die Kosten dieser Bekanntmachung haben diejenigen Gläubiger zu tragen, welche dieselbe veranlasst haben.

§. 93.

Nach vollständiger Ausführung des Vertheilungsplans ist ein etwaiger Rest der vorhandenen Masse dem Schuldner auszuantworten.

4. Fälle, in welchen ein Vertheilungsverfahren nicht stattfindet.

§. 94.

Von einem Vertheilungsverfahren ist abzusehen, wenn zwischen den bei der Zwangsversteigerung Betheiligten ein durch öffentliche Urkunde festgestelltes Uebereinkommen über die Vertheilung getroffen ist.

§. 95.

Führt der Ersteher durch Urkunde den Nachweis, dass er die nach dem Ergebnisse der Versteigerung zur Hebung kommenden Gläubiger befriedigt habe oder von denselben als alleiniger Schuldner übernommen sei, so sind auf Anordnung des Gerichts die betr. Be-

weisurkunden nebst der Erklärung des Erstehers zur Einsicht der bei der Zwangsversteigerung Betheiligten auf der Gerichtsschreiberei niederzulegen.

Die bei der Zwangsversteigerung Betheiligten sind von der Niederlegung in Kenntniss zu setzen und aufzufordern, binnen zwei Wochen etwaige Erinnerungen geltend zu machen.

Sind Erinnerungen erhoben, so ist das gerichtliche Vertheilungsverfahren einzuleiten oder, sofern ein solches schon eingeleitet, aber auf Antrag des Erstehers ausgesetzt war, wieder aufzunehmen.

Werden innerhalb der zweiwöchigen Frist Erinnerungen nicht erhoben, so hat das Gericht in diesem Falle wie auch in Fällen des §. 94, falls dies nicht schon früher geschehen ist, mit Ausfertigung des Adjudications-Urtheils (§. 70) und Erlass des Räumungsbefehls (§. 72 Abs. 2) zu verfahren, die Rechnung des etwaigen Verwalters abzunehmen und für Bereinigung des Grundbuchs, sowie für Cassirung der betr. Urkunden in Gemässheit der Bestimmungen der §§. 72 Abs. 1, 92 und 93 Sorge zu tragen.

III. Abschnitt.

Zwangsverwaltung.

1. Zulässigkeit und Einleitung der Zwangsverwaltung.

§. 96.

Die Zwangsvollstreckung in Grundstücke erfolgt durch Zwangsverwaltung:

- 1) wenn die Zwangsversteigerung vergeblich versucht ist (§§. 56, 57);
- 2) wenn die Veräußerung rechtlich unzulässig ist.

Hat in dem unter Ziffer 2 gedachten Falle ein Gläubiger ausnahmsweise das Recht, das betr. Grundstück zur Zwangsversteigerung zu bringen, so findet die Zwangsvollstreckung durch Zwangsverwaltung nicht statt.

Der Antrag auf Zwangsverwaltung, wenn derselbe nicht nach vergeblich versuchter Zwangsversteigerung gestellt wird, hat den Bestimmungen der §§. 19 und 20 zu entsprechen, auch ist eine geeignete Person als Verwalter in Vorschlag zu bringen und deren Bereitwilligkeit zur Uebernahme der Verwaltung nachzuweisen.

Im Uebrigen finden die Bestimmungen der §§. 23 bis 28 entsprechende Anwendung.

§. 97.

Mit Zustellung des die Zwangsverwaltung verfügenden Beschlusses verliert der Schuldner das Recht der Bewirthschaftung und Benutzung des von der Zwangsverwaltung betroffenen Grundstücks, sowie der Einziehung der Erträge; er ist jedoch befugt, bis zur

förmlichen Einweisung des Verwalters aus den Erträgen die unentbehrlichen Lebensbedürfnisse für sich, seinen Ehegatten und seine unversorgten Kinder zu bestreiten.

Auch nach erfolgter Einweisung können Kranke und Wöchnerinnen zur Räumung der Wohnung nicht angehalten werden, solange sie diese ohne Gefährdung ihrer Gesundheit nicht verlassen können.

2. Vollzug der Zwangsverwaltung.

§. 98.

Das Gericht ernennt den Verwalter, ohne dabei an den geschehenen Vorschlag gebunden zu sein.

Zugleich hat dasselbe zum weiteren Vollzuge der Zwangsverwaltung einen Termin zu bestimmen, zu welchem der Schuldner, die Beschlagnahmegläubiger und der ernannte Verwalter, die beiden ersteren neben Zustellung des die Zwangsverwaltung verfügenden Beschlusses, unter dem Rechtsnachtheile vorgeladen werden, dass das Nichterscheinen des Schuldners als Verzicht auf alle ihm in dem Termine zustehenden Anträge und Erinnerungen, das Nichterscheinen eines Beschlagnahmegläubigers als Zurücknahme seines Antrages auf Zwangsverwaltung, endlich das Nichterscheinen der zum Verwalter ernannten Person als Verweigerung der Uebernahme der Verwaltung werde erachtet werden.

§. 99.

In dem anberaumten Termine hat das Gericht nach Anhörung der Betheiligten mit ihren Vorschlägen und Erinnerungen:

- 1) den Verwalter über seine Befugnisse und Pflichten zu belehren und ihm urkundliche Bescheinigung seiner Ernennung zu ertheilen;
- 2) den Schuldner aus dem Besitze der beschlagnahmten Grundstücke zu setzen, dieselben dem Verwalter zur Einziehung der Erträge und zur Verwaltung zu überweisen, endlich dem Schuldner jede Einmischung in letztere zu untersagen;
- 3) die dem Verwalter zu gewährende Vergütung zu bestimmen;
- 4) die Rechnungs- und Vertheilungs-Perioden zu bestimmen und den Verwalter hinsichtlich seiner Geschäftsführung, insbesondere der Art und Weise der Verwaltung, der Rech-

nungsstellung und Ablieferung der Ertragsüberschüsse, mit Anweisung zu versehen;

- 5) Bestimmungen über eine dem Verwalter etwa aufzuerlegende Sicherheitsleistung zu treffen.

Eine Abschrift des über die Termins-Verhandlung aufzunehmenden Protocolls wird dem Verwalter zugestellt.

3. Rechte und Pflichten des Verwalters.

§. 100.

Der Verwalter ist befugt, alle Einkünfte aus den beschlagnahmten Grundstücken einzuziehen und die hierzu erforderlichen Klagen zu erheben, alle zur Erhaltung und wirthschaftlichen Benutzung der zur Verwaltung übernommenen Grundstücke dienenden Anordnungen zu treffen, nach Lage des Falles Pacht- und Miethverträge Namens des Schuldners zu kündigen, Räumungsklagen zu erheben, neue Pacht- und Miethverträge abzuschliessen, überhaupt den Eigenthümer in Ansehung des beschlagnahmten Grundstücks activ und passiv zu vertreten.

§. 101.

Sind beschlagnahmte Grundstücke verpachtet oder vermiethet, so hat das Gericht auf Antrag des Verwalters den Pächtern und Miethern unter Benachrichtigung von der Beschlagnahme aufzugeben, die vom Tage der Beschlagnahme an fällig werdenden Pacht- oder Miethzinsen bei Vermeidung der Doppelzahlung an den Verwalter zu entrichten.

Die gleiche Anweisung ist auf Antrag des Verwalters an alle Personen zu erlassen, welche aus einem andern Rechtsverhältnisse zu einer mit dem beschlagnahmten Grundstücke in rechtlicher Beziehung stehenden Leistung an den Schuldner verpflichtet sind.

§. 102.

Der Verwalter steht bei seiner Geschäftsführung unter der Aufsicht des Gerichts.

In allen ungewöhnlichen Fällen, desgleichen bei Massregeln von besonderer Wichtigkeit, hat derselbe die Genehmigung des Gerichts einzuholen. Es wird dadurch jedoch die Gültigkeit einer Rechtshandlung des Verwalters dritten Personen gegenüber nicht berührt.

Das Gericht kann anordnen, dass die Beschlagnahmegläubiger und der Schuldner hierüber gehört werden.

Der Verwalter hat die periodische Rechnung, mit den erforderlichen Belägen versehen, dem Gerichte unaufgefordert vorzulegen und die Ertragsüberschüsse an dasselbe abzuliefern.

§. 103.

Bleibt der Verwalter mit der Rechnungsstellung oder mit Ablieferung der Ertragsüberschüsse im Rückstande, so hat das Gericht denselben auf Antrag eines Betheiligten oder von Amtswegen zur Erfüllung seiner Verpflichtungen anzuhalten und kann nöthigenfalls Ordnungsstrafen bis zu 150 Mk. festsetzen.

§. 104.

Das Gericht hat die von dem Verwalter gestellte Rechnung zu prüfen und unter Zuziehung der Beschlagnahmegläubiger und des Schuldners abzunehmen; es kann von Amtswegen oder auf Antrag die Entlassung des Verwalters verfügen.

Dasselbe entscheidet über alle in Ansehung der Verwaltung sich ergebenden Anstände, vorbehaltlich des Rechts der Betheiligten (§§. 35, 36) und des Verwalters, ihre etwaigen Ansprüche binnen einer mit dem Terminstage beginnenden Frist von einem Monate im Wege der Klage geltend zu machen. Nach fruchtlosem Ablaufe dieser Frist findet eine weitere Anfechtung der Entscheidung des Vollstreckungsgerichts nicht statt.

4. Weitere Beschlagnahme.

§. 105.

Durch die von einem Gläubiger erwirkte Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsverwaltung wird nicht ausgeschlossen, dass auf Grund einer vollstreckbaren Urkunde sowohl der bisherige Beschlagnahmegläubiger wegen anderer fälliger Forderungen, als auch weitere Gläubiger wegen fälliger Forderungen Beschlagnahme auf denselben Gegenstand erwirken. Auf den in solchem Falle zu stellenden Auftrag finden die Bestimmungen des §. 37 und hinsichtlich des vom Gerichte bei Zulassung des Antrags zu beobachtenden Verfahrens die Bestimmung des §. 38 Anwendung.

§. 106.

Rückständige Grundsteuern und gemeine Lasten, soweit sie nicht schon von dem Verwalter in Rechnung gestellt sind, desgleichen Hypothekzinsrückstände hat das Gericht, ohne dass es einer Beschlagnahme bedarf, bei Aufstellung des Vertheilungsplans über die Ertragsüberschüsse einer Rechnungsperiode in Rechnung zu bringen, wenn dieselben vor Ablauf dieser Rechnungsperiode zu den Vollstreckungsacten angemeldet sind.

Die nach der Beschlagnahme fällig gewordenen Hypothekzinsen bedürfen keiner Anmeldung und sind von Amtswegen in den Vertheilungsplan aufzunehmen.

5. Vertheilungsverfahren.

§. 107.

In Beziehung auf das Verfahren bei der Vertheilung der Ertragsüberschüsse einer Rechnungsperiode und die dabei zu beobachtende Rangordnung finden die Bestimmungen der §§. 74 bis 93 entsprechende Anwendung.

Der Vertheilungstermin ist zugleich auf Abnahme der Rechnung des Verwalters (§. 104) zu erstrecken, und ist den Betheiligten in der zu erlassenden Bekanntmachung (§. 84) zu eröffnen, dass eine Woche vor dem Termine die Rechnung des Verwalters nebst den dagegen etwa gerichtsseitig aufgestellten Erinnerungen in der Gerichtsschreiberei zur Einsicht aufliegen werde.

§. 108.

In dem Termine werden die Betheiligten mit ihren Erinnerungen gegen die Rechnung und der Verwalter über diese sowie über die etwa gerichtsseitig aufgestellten Erinnerungen gehört. Das Gericht stellt fest, welche Erinnerungen für erledigt zu erachten sind und welche nicht, und ertheilt dem Verwalter, falls keine Erinnerungen erhoben werden oder die erhobenen erledigt sind, die Entlastung.

Erinnerungen gegen die Rechnung des Verwalters, welche im Termine nicht erledigt werden, sind von den Betheiligten durch Erhebung einer Klage bei dem zuständigen Gerichte geltend zu machen.

§. 109.

Ist nur ein Gläubiger aus den Ertragsüberschüssen zu befriedigen, oder haben sich die mehreren beteiligten Gläubiger über die Vertheilung geeinigt, so findet die Aufstellung eines Vertheilungsplans und das damit verbundene Verfahren nicht statt, vielmehr hat das Gericht sofort nach Entlastung des Verwalters das Erforderliche anzuordnen.

§. 110.

Mit Beendigung der Zwangsverwaltung hat der Verwalter den beteiligten Gläubigern unter Zuziehung des Schuldners Schlussrechnung zu stellen und einen etwaigen Cassarest auszuantworten.

Der Schuldner ist mittelst schriftlicher Verfügung des Gerichts in den Besitz, die Benutzung und Bewirthschaftung der der Zwangsverwaltung unterstellt gewesenen Grundstücke wieder einzuweisen, die an dritte Leistungspflichtige ergangene Weisung (§. 101) zurückzunehmen und die Löschung der Beschlagnahmeeinträge im Grundbuche zu bewirken.

Dem Schuldner bleibt vorbehalten, gegen den Verwalter Klage auf Erfüllung seiner Verpflichtungen zu erheben.

IV. Abschnitt.

Besondere Bestimmungen.

I. Titel.

Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen im
Falle eines Concurſes.

I.

Fortſetzung des bei Eröffnung des Concurſes anhängigen
Zwangsvollſtreckungsverfahrens.

§. 111.

Iſt bei Eröffnung des Concurſes ein Zwangsvollſtreckungsverfahren in ein zur Concurſmasſe gehöriges Grundſtück anhängig, ſo iſt das Verfahren gegen den Concurſverwalter an Stelle des Gemeinſchuldners fortzuſetzen.

II.

Beantragung der Zwangsvollſtreckung durch einen
abſonderungsberechtigten Gläubiger.

§. 112.

Wird nach Eröffnung des Concurſes von einem abſonderungsberechtigten Gläubiger die Zwangsvollſtreckung in ein zur Concurſmasſe gehöriges Grundſtück beantragt, ſo richtet ſich das Verfahren gegen den Concurſverwalter an Stelle des Gemeinſchuldners. Die Beſtimmungen des gegenwärtigen Geſetzes finden auch in dieſem Falle Anwendung, die Beſchlagnahme hat jedoch die in den §§. 9 bis 11 bezeichneten Wirkungen nicht.

§. 113.

Mit der Eröffnung des Concurses gelten betagte, auf ein zur Concurssmasse gehöriges Grundstück eingetragene Forderungen als fällig.

Die Bestimmungen der §§. 58 Abs. 2, 59 und 60 der D. Concursordnung finden entsprechende Anwendung.

III.

Betreibung der Zwangsvollstreckung durch den
Concursverwalter.

§. 114.

Wird die Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung eines zur Concurssmasse gehörigen Grundstücks von dem Concursverwalter betrieben (§. 116 der D. Concursordnung), so kommen die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes mit den nachfolgenden besonderen Bestimmungen zur Anwendung:

- 1) Eine Beschlagnahme und die Bestellung eines Verwalters finden nicht statt. Das Vollstreckungsgericht ordnet auf den Antrag des Concursverwalters die Zwangsversteigerung oder die Zwangsverwaltung an. Dem Antrage ist die urkundliche Bescheinigung der Ernennung des Concursverwalters beizufügen.
- 2) Der Concursverwalter ist in Ansehung des Verfahrens als Beschlagnahmegläubiger zu betrachten. Der Gemeinschuldner gilt nicht als Betheiligter.

§. 115.

Wird von dem Concursverwalter die Freigebung unbeweglichen Vermögens aus der Concurssmasse erklärt, so ist bei der Zwangsvollstreckung in dasselbe gegen den Gemeinschuldner in der gleichen Weise wie in Betreff eines andern nicht zur Concurssmasse gehörigen Vermögens zu verfahren.

II. Titel.

Besondere Bestimmungen in Beziehung auf Bergwerke.

§. 116.

In dem Antrage auf Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsversteigerung eines verliehenen Bergwerks muss der Namen des Bergwerks, die Feldesgrösse, das Mineral oder die Mineralien, auf welche das Bergwerkseigenthum verliehen ist, und der Gemeindebezirk oder die Gemarkung, in welchen das Feld liegt, angegeben werden.

Die nämlichen Angaben muss auch der Beschlagnahmebeschluss, die Versteigerungsbekanntmachung und die im Falle der Wieder-
versteigerung zu erlassende Bekanntmachung enthalten.

§. 117.

Dem Antrage auf Beschlagnahme ist ausser den in §. 20 bezeichneten Schriftstücken eine von der Bergbehörde auszufertigende beglaubigte Abschrift der Verleihungsurkunde des Bergwerks beizufügen.

§. 118.

Das Gericht hat der Bergbehörde von der erfolgten Beschlagnahme und von deren Aufhebung ungesäumt, von dem Zuschlage nach Ablauf der in §. 61 bestimmten Frist oder nach rechtskräftiger Abweisung des Antrags auf Aufhebung des Zuschlages, Mittheilung zu machen.

Ist ein Verwalter bestellt, so hat das Gericht auch hiervon unter Bezeichnung der zum Verwalter bestellten Person, der Bergbehörde Mittheilung zu machen.

Einem Verwalter kann die technische Betriebsleitung nur dann übertragen werden, wenn dessen Befähigung hierzu von der Bergbehörde anerkannt ist.

V. Abschnitt.

Schlussbestimmungen.

§. 119.

Eine vor dem Tage des Inkrafttretens der Deutschen Civilprocessordnung verfügte Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen ist nach den bisherigen Processgesetzen zu Ende zu führen.

§. 120.

Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze in Kraft.

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigesdruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 10. Juli 1879.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

W. Schulz. Trieps. Graf Görtz-Wrisberg.

Motive

zu

dem Gesetze, die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen betreffend.

Einleitung.

Die Deutsche Civilprocessordnung hat in §. 757 die Regelung der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, einschliesslich des mit derselben verbundenen Aufgebots- und Vertheilungsverfahrens, der Landesgesetzgebung überwiesen und speciell für die Immobiliarexecution nur wenige Bestimmungen getroffen, nämlich

- 1) dass die Zwangsvollstreckung von dem Vollstreckungsgericht auf Antrag anzuordnen ist (§. 755 Abs. 2),
- 2) dass dieselbe zur Zuständigkeit des Amtsgerichts gehört, in dessen Bezirke das Grundstück sich befindet (§. 755 Abs. 1), bei entstehendem Zweifel aber, sei es wegen Ungewissheit der Grenzen verschiedener Amtsgerichts-Bezirke, sei es weil das betreffende Grundstück in den Grenzen verschiedener Amtsgerichte belegen ist, das Vollstreckungsgericht von dem zunächst höheren Gerichte bestellt werden soll (§. 756),
- 3) dass die im Zwangsvollstreckungsverfahren entstehenden, in einem besonderen Prozesse zu erledigenden Rechtsstreitigkeiten nach Massgabe der Bestimmungen der Deutschen Civilprocessordnung verhandelt und entschieden werden sollen (§. 757 Abs. 3),
- 4) dass auf Streitigkeiten, welche im Vertheilungsverfahren entstehen, die §§. 765 bis 768 zu entsprechender Anwendung zu bringen sind (§. 757 Abs. 3).

Im hiesigen Lande ist die Zwangsvollstreckung in unbewegliche Güter — verschieden von dem Falle der zwangsweisen Herausgabe un-

beweglicher Sachen — durch die §§. 390 bis 397 der Civilprocessordnung vom 19. März 1850 geordnet. Die aufgenommenen Bestimmungen bilden jedoch kein abgeschlossenes Ganzes, da sie das materielle Processrecht überall nicht enthalten (C. P. O. §. 1), und selbst hinsichtlich des eigentlichen Processverfahrens sind sie unvollständig und bedürfen der Ergänzung durch den gemeinen Process. Schon deshalb konnten dieselben nicht ferner bestehen bleiben, auch hängen sie mit der Construction des hiesigen Processes unmittelbar zusammen und passen nicht zu der auf ganz anderen Grundlagen beruhenden Deutschen Civilprocessordnung. Muss nun aber schon an sich die Immobiliarexecution, als ein wichtiges Glied im Systeme der Processordnung, den allgemeinen Grundsätzen, welche die letztere beherrschen, sich anfügen, so ist dies noch in höherem Masse gegenüber der Deutschen Civilprocessordnung erforderlich, welche grosse Gruppen von Rechtssätzen aufstellt, die theils für sämtliche Abschnitte des Processes, theils für die Zwangsvollstreckung im Allgemeinen Geltung haben, mithin auch für die Execution in das unbewegliche Vermögen zur Anwendung kommen müssen.

In dieser Hinsicht kommt namentlich in Betracht, dass die Vorschriften im ersten Buche der Deutschen Civilprocessordnung, soweit sie überhaupt auf Zwangsvollstreckungen Anwendung finden können, auch für die Immobiliarexecution von Bedeutung sind, so z. B. die Bestimmungen über Processfähigkeit, über Processbevollmächtigte und Beistände, über Zustellungen, Ladungen, Termine und Fristen, und dass die im ersten Abschnitt des 8. Buchs enthaltenen allgemeinen Bestimmungen der §§. 644 bis 707 (über vollstreckbare Schuldtitel, vorläufige Vollstreckbarkeit der Urtheile, vollstreckbare Ausfertigungen, den Beginn der Zwangsvollstreckung, die Einwendungen im Vollstreckungsverfahren, die Einstellung und Beschränkung desselben, die Ausschliesslichkeit des Gerichtsstandes in der Zwangsvollstreckung, die Rechtsmittel gegen Entscheidungen im Vollstreckungsverfahren, endlich die Kosten der Zwangsvollstreckung) für die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen unmittelbare Geltung beanspruchen.

Es war daher erforderlich, innerhalb der von der Reichsgesetzgebung theils negativ, theils positiv gezogenen Grenzen mit Regelung der Immobiliarexecution selbstständig vorzugehen. Dabei kam vor Allem in Frage, welchen Einfluss man der von einem nachstehenden Hypothekgläubiger beantragten Zwangsvollstreckung auf die vorgehenden Hypotheken einräumen wollte, eine Frage, welche in neuerer Zeit Gegenstand lebhafter Erörterungen und Reformvorschläge gewesen ist.

In dieser Hinsicht kommen zwei verschiedene Systeme in Betracht. Nach dem einen bewirkt die Subhastation die Fälligkeit aller auf dem Grundstücke ruhenden Hypotheken, ohne Rücksicht darauf, ob sie sonst fällig waren oder nicht; nach dem andern sollen die dem betreibenden Gläubiger vorgehenden Hypotheken durch die Subhastation gar nicht be-

rührt, und der Zuschlag überhaupt nur dann ertheilt werden, wenn das Gebot den Betrag der vorgehenden Hypotheken übersteigt.

Das zweite System *) fusst auf dem Röm. Recht, nach welchem das absolute Vorrecht des ersten allein zum Verkauf berechtigten Pfandgläubigers gilt, so zwar, dass er die ohne seine Genehmigung durch einen nachstehenden Gläubiger zum Verkauf gebrachte Sache von dem Käufer zu vindiciren berechtigt ist, während jenem nur die Befugniss bleibt, den vorstehenden Gläubiger auch wider dessen Willen auszukaufen. Dasselbe wird wesentlich durch die Rücksicht geleitet, die Rechte des ersten Hypothekgläubigers zu wahren, welcher bei der Herrschaft des entgegenstehenden Systems durch die Willkür eines nachstehenden hypothekarischen oder bloss persönlichen Gläubigers wider seinen Willen in ein Subhastationsverfahren hineingezogen wird, das ihm Kosten und Unbequemlichkeiten aller Art verursacht, wodurch er ferner die sichere und bequeme Kapitalanlage, welche ihm die Hypothek gewährte, und den günstigen Zinsfuss derselben verliert und, um nur eine Einbusse an seiner Forderung zu vermeiden, zu dem oft weder seiner Neigung noch seinen Interessen entsprechenden Erwerbe des Grundstücks bei dessen Zwangsverkaufe gezwungen wird.

Indessen ist ungeachtet der gerügten Nachtheile nicht zu verkennen, dass auch diesem Systeme schwer wiegende wirthschaftliche Bedenken entgegenstehen, dass namentlich durch die Aussicht, bei etwaiger Subhastation ein mit Schulden belastetes Gut erwerben zu müssen und dadurch in verwickelte Schuldverhältnisse zu gerathen, zahlungsfähige Personen werden abgehalten werden, auf ein mit einer vorgehenden Hypothek belastetes Grundstück zu creditiren, und dass beim Steheñbleiben der Vorhypotheken zu besorgen ist, es werde das subhastirte Grundstück von Personen erstanden werden, welche ein zur Bewirthschaftung desselben hinreichendes Vermögen nicht besitzen und daher nach kurzer Zeit einer neuen Subhastation zum Opfer fallen werden. Daher ist das ersterwähnte bisher auch im hiesigen Herzogthum befolgte System noch gegenwärtig das im grössten Theile Deutschlands herrschende (s. bes. Struckmann in den Verh. des 10. Juristentags I. S. 67 ff.) und wird dasselbe namentlich im Königreich Preussen auch ferner beibehalten werden. Von allen sonstigen wirthschaftlichen Bedenken abgesehen, konnte daher für Herzogliche Landesregierung eine Veranlassung, von diesem Systeme gerade jetzt abzuweichen und neue in der Praxis noch nicht bewährte

*) Dasselbe gilt gegenwärtig in den Hansestädten, in Neuvorpommern und Rügen (Preuss. Ges. vom 26. Mai 1873 §. 43 [Ges. S. S. 238]) und wird auch in der Praxis des vorm. Kurfürstenthums Hessen beobachtet (Seuff, Arch. XXVIII. 112, XXXI. 121). Wissenschaftlich ist dieses System in neuerer Zeit vertheidigt von Bähr (Jahrb. f. Dogm. XIII. S. 182 ff.), v. Salpius und Heinsen (Verhandl. des 12. Juristentags I. S. 117 ff., 134 ff.), auch ist es von der 3. Abtheilung des Juristentags adoptirt (Verh. des 11. Juristent. II. S. 297, des 12. Juristent. III. S. 265).

Grundsätze zu statuiren, nicht vorliegen, um so weniger als wegen der grossen Veränderungen, welche durch die Einführung der Reichsjustizgesetze herbeigeführt werden und mit Rücksicht auf die Schwierigkeit des Uebergangs aus dem bestehenden in den neuen Rechtszustand von jeder nicht durch die Nothwendigkeit geforderten Aenderung Abstand genommen werden muss.

Es wird deshalb in materieller Hinsicht an dem bisherigen Rechtszustande festgehalten werden. In formeller Beziehung bleibt nur noch zu bemerken, dass der Entwurf bei der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen von dem Princip des unmittelbaren Parteienbetriebes abgesehen hat, dass für ihn vielmehr der Grundsatz leitend gewesen ist, die fr. Zwangsvollstreckung sei, nachdem sie auf Antrag eingeleitet worden, von Amtswegen durchzuführen. Dieser Grundsatz steht mit dem bisher im Herzogthum geltenden Rechte im Einklang und entspricht auch der Deutschen Civilprocessordnung, wie die Vorschriften der §§. 758 bis 768 über das Vertheilungsverfahren und des §. 755 Abs. 2 über die Anordnung der Zwangsvollstreckung in ein Grundstück durch das Gericht ergeben.

Der Vorbehalt landesgesetzlicher Regelung der Immobiliarexecution betrifft nur die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen. Die Vollstreckung wegen anderweiter Ansprüche an Immobilien ist durch die Deutsche Civilprocessordnung selbst geregelt; vergl. z. B. §§. 771, 772. Dagegen bezieht sich jener Vorbehalt auf alle nach den Landesgesetzen zulässigen Arten der Immobiliarexecution, namentlich also neben der Zwangsversteigerung auch auf die Zwangsverwaltung. Abgesehen hiervon kannte zwar die (durch §. 20 des Ges. Nro. 14 vom 8. März 1878 aufgehobene) verb. Untergerichtsordnung vom 2. Februar 1764 Cap. XVI. §. 6 verb.:

„Bei ausgeklagter actione personali aber soll dem creditori freistehen, ob er die Execution sofort vollstrecken, oder ob er sich eine Hypothek in des debitoris unbeweglichen Gütern constituiren lassen wolle.“

noch die zwangsweise Eintragung einer Hypothek auf das Grundstück des Schuldners als Executionsmittel, also abgesehen von dem Fall, wenn sie durch rechtskräftiges Erkenntniss des Processrichters oder auf Grund der adjudicatio des Theilungsrichters erfolgte (Grunderwerbgesetz vom 8. März 1878 §. 27 Nro. 3 u. 4), eine Einrichtung, welche noch jetzt in einzelnen deutschen Bundesstaaten, z. B. im Königreich Sachsen (Bürg. G. B. §. 394), in Sachsen-Altenburg und Grossherzogthum Hessen (vergl. Mascher, das deutsche Grundbuchwesen S. 270, 441) zu Recht besteht. Indessen lag kein Bedürfniss zur Beibehaltung dieses Executionsmittels vor, da der persönliche Gläubiger, wenn das Grundstück des Schuldners bereits über seinen Werth mit Hypotheken belastet ist, kein Interesse an der Bestellung einer neuen Hypothek hat, andernfalls aber eine solche auch durch Uebereinkunft mit dem Schuldner unschwer wird er-

langen können und in deren Ermangelung die Zwangsversteigerung des Grundstücks zu beantragen hat. — Was endlich den Fall des Arrestes in unbewegliches Vermögen betrifft, welchen die D. Civilprocessordnung gleichfalls in dem die Zwangsvollstreckung betreffenden 8. Buche behandelt (§. 811) und der landesgesetzlichen Regelung überweist, so schien es bei der Verschiedenheit der für den Arrest massgebenden Zwecke und Gesichtspunkte richtiger, von der Aufnahme desselben in den gegenwärtigen Entwurf abzusehen. Der Arrest hat vielmehr in dem Ausführungsges. zu den D. Processordnungen §. 4 die erforderliche Berücksichtigung gefunden.

Bei der Bearbeitung des gegenwärtigen Entwurfs hat man sich in mannigfachen Beziehungen den Vorschlägen des von der Königlich Bayerischen Regierung den Bayerischen Kammern vorgelegten Entwurfs eines Gesetzes, betr. die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen, welcher auch dem gleichen Mecklenburgischen Gesetzentwurfe zu Grunde gelegen hat, angeschlossen, übrigens auch die Bestimmungen der Preuss. Subhastationsordnung vom 15. März 1869 vielfach berücksichtigt. Die systematische Anordnung des Entwurfs anlangend, so zerfällt derselbe in 5 Abschnitte, von denen der 1. sich mit allgemeinen Bestimmungen befasst, der 2. und 3. die Normen für die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung behandelt, während in dem 4. Abschnitte besondere Vorschriften über die Zwangsvollstreckung in Grundstücke im Falle des Concurses, sowie über die Zwangsvollstreckung in Bergwerke, und im 5. einige Schlussbestimmungen enthalten sind ¹⁾.

I. Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

Zu §. 1. Der §. 1 spricht sich darüber aus, welche Vollstreckungsmittel in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen zulässig erscheinen. Die Voraussetzungen für die Zwangsvollstreckung selbst konnten nicht im gegenwärtigen Gesetze geregelt werden, da dieselben

¹⁾ Der mittelst Schreibens des H. Staatsministeriums vom 24. Januar 1879 vorgelegte, der Justizcommission zur Prüfung überwiesene Gesetzentwurf ist von letzterer einer zweimaligen Lesung unterzogen. Die von der Commission in Vorschlag gebrachten Aenderungsanträge, soweit sie von dem der zweiten Lesung bewohnenden Regierungsvertreter adoptirt worden, sind in dem Berichte vom 21. Mai 1879 (Anl. 93) zusammengestellt. Mit diesen Zusatz- resp. Aenderungsanträgen, welche jedoch die Principien des Gesetzentwurfs in keiner Weise berühren und, sofern sie nicht lediglich redactioneller Natur sind, im Folgenden Erwähnung finden werden, ist der Entw. in der Sitzung der Landesversammlung vom 13. Juni 1879 en bloc angenommen (Anl. 107).

für alle Arten der Zwangsvollstreckung gleichartig sind, mithin, wie bereits in der Einleitung hervorgehoben wurde, aus den allgemeinen Bestimmungen der D. Civilprocessordnung über Zwangsvollstreckungen sich ergeben. Regelmässig wird daher ein vollstreckbarer Schuldtitel, sei es ein rechtskräftiges oder für vorläufig vollstreckbar erklärtes Endurtheil (§. 644), sei es einer der im §. 702 bezeichneten Schuldtitel, vorhanden sein müssen; abgesehen davon kann auch der Concursverwalter die Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung der zur Masse gehörigen Grundstücke beantragen (D. C. O. §. 116).

Der Ausdruck „Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen“ wird nicht etwa um deswillen beanstandet werden können, weil die hypothekarische Klage des Pfandgläubigers in erster Linie nicht auf Zahlung einer Geldforderung, sondern auf Gestattung der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung gerichtet wird, während die Zahlung der eingetragenen Summe nur in solutione des Schuldners ist. Der Ausdruck entspricht der im 2. Abschnitt des 8. Buchs der Deutschen Civilprocessordnung behandelten, in ihrem letzten Ziele die Bezahlung einer Geldforderung bezweckenden Vollstreckungsart, im Gegensatz zu der im 3. Abschnitt desselben Buchs erwähnten Zwangsvollstreckung, welche die Herausgabe einer beweglichen oder unbeweglichen Sache zum Gegenstande hat.

Die Voraussetzungen, unter welchen die eine und die andere der hier erwähnten Vollstreckungsarten Platz greift, sind im Allgemeinen in §. 7 geregelt; die näheren Bestimmungen über die Zulässigkeit der Zwangsverwaltung enthält der §. 96.

Zu §§. 2 und 3. Welche Sachen und Rechte in Ansehung der Zwangsvollstreckung zum unbeweglichen Vermögen gehören, ist im §. 757 Abs. 2 der D. C. P. O. der Bestimmung der Landesgesetze überlassen. Nach der durch das Grunderwerbsges. vom 8. März 1878 herbeigeführten Verbindung des Immobiliarsachenrechts mit den öffentlichen Grundbüchern mussten diejenigen Gegenstände hierher gezählt werden, für welche ein eigenes Grundbuchblatt existirt, d. h. also nach hiesiger Gesetzgebung ausser den Grundstücken die verliehenen Bergwerke und die selbstständigen Gerechtigkeiten.

Dass auch der ideelle Antheil an einem subhastationsfähigen Gegenstande, namentlich an einem Grundstücke, der Subhastation unterliegt, ist bereits in den §§. 29 und 47 Abs. 2 des Grunderwerbsges. anerkannt und bedurfte daher keiner weiteren Hervorhebung. Ebenso wenig bedurfte es einer Erwähnung des Falles, wenn der für die Subhastation bestimmte ideelle Antheil am Grundstück im Grundbuch noch nicht eingetragen war, etwa weil er sich noch in der Vermögensgemeinschaft sämmtlicher Miterben befand, und vor erfolgter Zustimmung der letzteren die Eintragung des Eigenthums auf den Antheil des einzelnen Miterben nicht

erfolgen konnte (Grundbuchordnung §. 25 Abs. 1). Hier würde der Gläubiger nur auf dem Umwege einer Ueberweisung des Anspruchs auf Auseinandersetzung (*actio familiae herciscundae*) an die Substanz des Anthells selbst gelangen können. Da dieser Fall jedoch durch §. 754 der D. C. P. O. geregelt ist, konnte derselbe hier übergangen werden.

Wenn die D. C. P. O. in den §§. 755 und 756 nur von der Zwangsvollstreckung in Grundstücke spricht, und auch das gegenwärtige Gesetz behuf Vereinfachung der Redaction regelmässig nur der Grundstücke Erwähnung thut, so finden doch die in Beziehung auf letztere getroffenen gesetzlichen Bestimmungen auf alle in §. 2 aufgezählten, zu dem unbeweglichen Vermögen gehörigen Gegenstände Anwendung. Die hierauf bezügliche Erklärung des §. 3 schien um so mehr geboten, als damit zugleich die Zuständigkeit des Gerichts der belegenen Sache als Vollstreckungsgerichts auch für solche Fälle, wenn nicht Grundstücke, sondern verliehene Bergwerke oder selbstständige Gerechtigkeiten das Object der Zwangsvollstreckung bilden, ausgesprochen wird.

Zu §. 4. Das Gesetz Nro. 30 vom 20. Mai 1858 über die Errichtung von Familienstammgütern gestattet in §. 3 die Beantragung der Subhastation des Stammguts ausschliesslich dem Hypothekgläubiger, und auch diesem nur wegen consentirter Schulden und nur während derjenigen Jahre, auf welche die Einwilligung zur Aufnahme des Anlehens bewilligt ist. Dagegen können die persönlichen Gläubiger des jeweiligen Inhabers sich bei dessen Lebzeiten wegen der von Letzterem selbst gemachten, nicht consentirten Schulden nur durch Execution in die Einkünfte des Stammguts bezahlt machen. Gleiche Bestimmungen gelten in Betreff der durch das Gesetz Nro. 18 vom 28. März 1837 geschaffenen Familienstammgüter nach §. 22 dieses Gesetzes. Die durch die allegirten Gesetze gegebenen Beschränkungen der Subhastation sollen durch die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes nicht afficirt werden.

Zu §. 5. Die hiesige Civilprocessordnung §. 383 lässt, in Uebereinstimmung mit dem gemeinen Recht (Wetzell, Syst. 2. Aufl. S. 577), die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen regelmässig erst dann zu, wenn die Mobiliarexecution erschöpft ist. Die Deutsche Civilprocessordnung enthält hierüber keine unmittelbare Bestimmungen, da die Ordnung auch dieses Punktes der Landesgesetzgebung anheimfällt; sie verfügt jedoch in §§. 708 Abs. 1 und 719 hinsichtlich der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen, dass solche nicht weiter ausgedehnt werden dürfe, als zur Befriedigung des Gläubigers und zur Deckung der Kosten der Zwangsvollstreckung erforderlich sei. Damit bringt dieselbe den Grundsatz zum Ausdruck, dass für die Zwangsvollstreckung in jedem Falle das Mass des wirklichen Bedürfnisses entscheidend sein und dem Schuldner gegen chicanöse Eingriffe von Gläubigern

Schutz gewährt werden muss ¹⁾. In Anerkennung dieses Grundsatzes und im Anschluss an das bisherige hiesige Recht will der Entwurf den Gläubiger zunächst auf die Pfändung des beweglichen Vermögens des Schuldners verweisen und einen Antrag auf Immobiliarexecution nur dann zulassen, wenn der Verdacht der Chicane beseitigt und durch Bescheinigung des Gerichtsvollziehers oder — wenn, wie bei Forderungen, die Leitung der Zwangsvollstreckung in der Hand des Gerichtes liegt — des letzteren dargethan ist, dass die Pfändung der sonst vorhandenen Vermögensmasse des Schuldners zur Deckung des Gläubigers nicht genügt habe. Von weitergehenden Massregeln, namentlich von vorgängiger Forderung des Offenbarungseides, musste dagegen abgesehen werden, da, wenn auch der Gläubiger nach §. 711 der D. C. P. O. berechtigt ist, die Leistung dieses Eides bei Unzulänglichkeit des beweglichen Vermögens des Schuldners gegen Letzteren zu beantragen, es doch zu einer ungerechtfertigten Beeinträchtigung seiner Interessen führen würde, wenn man die Ausübung dieses Rechtes zur Bedingung der Einleitung der Immobiliarexecution machen wollte.

Der Rechtssatz, dass das unbewegliche Vermögen erst in zweiter Linie zum Gegenstand der Zwangsvollstreckung gemacht werden dürfte, musste dagegen in Betreff des Hypothekgläubigers und sonstiger dinglich Berechtigten cessiren, da diese sich kraft des ihnen zustehenden dinglichen Rechts ohne Weiteres an das Grundstück halten dürfen und nicht auf andere Befriedigungsmittel verwiesen werden können. Der Entwurf spricht daher, ebenso wie der §. 383 Abs. 3 der hiesigen C. P. O., ausdrücklich aus, dass die Vorschrift des §. auf die dinglich Berechtigten nicht anwendbar sei.

Zu §§. 7 bis 11. Während in §. 1 die beiden Wege angegeben sind, auf welchen die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen erfolgen kann, bestimmt der §. 7 den formalen Act, durch welchen die Zwangsvollstreckung eingeleitet wird, mag nun Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung als Executionsmittel gewählt sein, und regeln die §§. 8 bis 11 die mit diesem Acte verbundenen Wirkungen.

1. Als solchen Act bezeichnet schon der §. 755 Abs. 2 der D. C. P. O. den Beschluss des Gerichts. Bei dieser Beschlussfassung allein konnte es jedoch nicht bewenden; mit Rücksicht auf die wichtigen Folgen,

¹⁾ Die Commission hielt für angemessen, dass der in den Motiven ausgesprochene Gedanke im Gesetze selbst seinen Ausdruck erhalte. Demgemäss ist im Anschluss an §. 5 des Bayerschen Entw. ein neuer §. (6) aufgenommen. Ergiebt sich im Laufe oder bei Abschluss des Verfahrens, dass die bei dessen Einleitung als zureichend befundene Vermögensmasse zur Deckung aller Gläubiger nicht genügt, so steht einer weiteren Vollstreckung in die bisher freigelassenen Objecte Nichts im Wege (vergl. §§. 37, 39); auch kann sich der Gläubiger den Zugriff auf die freigebliebenen Objecte im Wege des Arrestes sichern.

welche die Einleitung der Subhastation namentlich in Bezug auf die Priorität der Gläubiger äussert, war es erforderlich, den innerhalb der Schranken des Gerichts gefassten, nicht öffentlich verkündeten Beschluss für jeden Betheiligten erkennbar zu machen. Im Interesse des Realcredits und auf Grund des in dieser Hinsicht in §. 757 Abs. 2 der D. C. P. O. der Landesgesetzgebung gegebenen Vorbehalts bestimmt daher der §. 7, dass der Beschlagnahmebeschluss des Gerichts in das Grundbuch eingetragen werden und mit dem Moment der Eintragung die Beschlagnahme als bewirkt gelten soll. — Die Form der Eintragung im Grundbuche anlangend, so kann dieselbe nach Massgabe der Bestimmung im §. 10 der Instruction vom 26. April 1878 Nro. 20 nur in der ersten Spalte der ersten Abtheilung des gewöhnlichen Grundbuchformulars bei dem Namen des Eigenthümers erfolgen, wo die auf besonderen privatrechtlichen Titel sich stützenden Beschränkungen der Dispositionsbefugniss des Eigenthümers eingetragen zu werden pflegen (s. „Grundbuchgesetz des Herzogthums“ S. 30, 35, 301). Der Entwurf spricht dies ausdrücklich aus und verweist dabei zugleich auf den §. 23 Abs. 2, um damit auszudrücken, dass bei Eintragung des Beschlagnahmebeschlusses auch der Person des Gläubigers und des Betrages der Forderung, auf welche das durch den Beschluss gewährte Vorzugsrecht sich bezieht, Erwähnung zu thun ist.

2. Wie nun für die Hypothek nicht bloss das Grundstück als solches, sondern auch das bewegliche Zubehör desselben, ferner die Accessionen des Grundstücks, namentlich die bereits abgesonderten, auf dem Grundstück noch vorhandenen, dem Eigenthümer gehörigen Früchte, die Mieth- und Pachtzinsen, auch die Versicherungsgelder, bei etwa entstehendem Brandschaden und dergl. m. verhaftet sind (Grunderwerbsges. §. 35), so soll nach §. 8 des Gesetzes in demselben Umfange auch die Beschlagnahme der Hauptsache zum Zwecke der Zwangsvollstreckung wirksam werden. Alle diese Zubehörungen und Erträge sind von dem Moment der Beschlagnahme des Grundstücks an wie unbewegliche Sachen zu behandeln (D. C. P. O. §. 757 Abs. 2) und können von diesem Zeitpunkte an nicht mehr den Gegenstand einer selbstständigen Zwangsvollstreckung bilden.

3. Indem das Gesetz in §. 9 dem Beschlagnahmegläubiger mit der Eintragung des Beschlusses ein Vorzugsrecht vor anderen Gläubigern, sei es im Falle der Zwangsversteigerung am Grundstück und dessen Erträgen, sei es im Falle der Zwangsverwaltung an letzterem allein, einräumt, ist dasselbe von der Auffassung ausgegangen, dass die Beschlagnahme von Immobilien in Ansehung des den Beschlagnahmebeschluss erwirkenden Gläubigers eine ähnliche Wirkung wie die Pfändung von Mobilien (D. C. P. O. §. 709) äussere und, wenn auch nicht ein Pfandrecht an dem gepfändeten Gegenstande, doch wenigstens ein Vorzugsrecht vor anderen Gläubigern gewähren müsse. Die in den Motiven zu §. 709 cit. (Offic. Ausg. S. 422 ff., bei Hahn Mat. S. 448 ff.) enthal-

tenen Gründe haben auch für die Annahme eines durch die Beschlagnahme von Grundstücken entstehenden Vorzugsrechts Geltung, da die Pfändung von Mobilien und die Beschlagnahme von Immobilien zum Zwecke der Zwangsvollstreckung an sich völlig gleichwerthige Acte sind. Insbesondere heben die Motive hervor, dass, wer ohne vorsichtige Prüfung Credit gewährt oder die Einziehung einer fälligen Schuld versäumt, sich selbst in eine wesentlich andere Lage versetzt als Derjenige, welcher aufmerksam die Solvenz seines Schuldners prüft oder überwacht und sich um Einziehung seiner Forderung rechtzeitig bemüht. Verleiht das Gesetz dem Beschlagnahmegläubiger kein Vorzugsrecht, so kann insbesondere im Falle einer während des Vollstreckungsverfahrens eintretenden Concurseröffnung, selbst unmittelbar vor der Versteigerung die ganze bisherige Thätigkeit des die Vollstreckung betreibenden Gläubigers für diesen vergeblich werden; sein Aufwand an Kosten, Zeit und Mühe wird dann sehr häufig ohne jeden Ersatz ganz oder grösstentheils nur denjenigen Gläubigern zu Gute kommen, welche bis zum Augenblicke der Concurseröffnung zur Wahrnehmung ihrer Interessen Nichts gethan haben. Auch die Vorschriften der Deutschen Concursordnung stehen der Gewährung eines solchen Vorzugsrechts nicht entgegen, wie §. 39 derselben (verb. „ein dingliches oder sonstiges Recht auf vorzugsweise Befriedigung“) und die Motive dazu ergeben (vergl. auch v. Sarwey, Comment. S. 275 ff.). — Das Gesetz weicht nur insofern von den für Mobilien geltenden Vorschriften ab, als es dem betr. Beschlagnahmegläubiger lediglich ein Vorzugsrecht, nicht auch ein Pfandrecht gewährt. Ohne damit dem Gläubiger den nöthigen Schutz zu entziehen, vermeidet dasselbe hierdurch theils die schon in der Einleitung hervorgehobenen, aus der Zwangsvollstreckung mittelst Eintragung einer Hypothek sich ergebenden Uebelstände, theils die Inconvenienz, welche bei Annahme eines wirklichen Pfandrechts dadurch entsteht, dass die Hypothek im Grundbuche eingetragen und dem Gläubiger ein Hypothekenbrief ausgefertigt werden müsste (Grundbuchordnung §. 34), dessen Besitz wieder Gelegenheit zur Abtretung oder Verpfändung der Hypothek gewähren und somit zur Förderung eines aus dem Rechte eines persönlichen Gläubigers nicht abzuleitenden Hypothekenverkehrs führen würde. — Uebrigens hat dieses durch die Beschlagnahme begründete Vorzugsrecht praktischen Nutzen nur für den nicht schon ohnehin mit Pfand- oder Vorzugsrecht versehenen Gläubiger; für den hypothekarischen Gläubiger könnte es nur von Bedeutung sein, wenn es sich um nicht bevorzugte Nebenforderungen, z. B. um nicht eingetragene Zinsen handelt (vergl. Grunderwerbsges. §. 35).

4. Dass das durch die Beschlagnahme begründete Vorzugsrecht den schon vorher eingetragenen Hypotheken und sonstigen dinglichen Rechten nachstehen, dass ebenso auch das gesetzliche Vorzugsrecht der Grundsteuern und sonstigen gemeinen Lasten unberührt bleiben muss, entspricht den §§. 25, 39, 41, 42 des Grunderwerbsges. und bedarf keiner weiteren Begründung. Das Gleiche ist der Fall in Betreff der vor der Beschlag-

nahme erfolgten Pfändung solcher beweglichen Zubehörungen und Ertragnisse, welche an sich von der am Grundstück haftenden Hypothek mitergriffen werden, aber auch Gegenstand sei es eines durch Vertrag begründeten Faustpfandes, sei es des richterlichen Pfandrechts sein können (vergl. z. B. D. C. P. O. §. 714), mag letzteres auf Grund des §. 709 der D. C. P. O. oder vor deren Inkrafttreten nach Massgabe der früheren Bestimmungen entstanden sein (Ges. No. 14 vom 8. März 1878 §. 18) und nach §. 25 des Uebergangsgesetzes (No. 13 v. 1. April 1879) bis zum 1. October 1881 in fortdauernder Kraft verbleiben¹⁾. — Soviel endlich die Priorität der durch verschiedene Beschlagnahmen begründeten Vorzugsrechte anlangt, so bestimmt der Entwurf in §. 10 Abs. 2, unter analoger Anwendung des nach §. 709 Abs. 3. der D. C. P. O. hinsichtlich der Pfändung von Mobilien geltenden Rechtssatzes, dass der spätere Beschlagnahme-Gläubiger dem früheren nachzustehen habe, und die an demselben Tage erfolgenden Beschlagnahmen zu gleichem Rechte stehen sollen. Die letztere Bestimmung enthält keine Abweichung von den Grundsätzen der §§. 25 Abs. 2 und 39 des Grunderwerbsges., wonach auch Eintragung unter demselben Datum, falls nichts Anderes bestimmt

¹⁾ Das Vorzugsrecht des Beschlagnahmegläubigers muss nicht nur hinter die Rechte der im ersten Absatz des §. 10 erwähnten anderen Gläubiger, sondern auch noch hinter das dem Faustpfande ähnliche Recht des Pächters des beschlagnahmten Grundstücks, welchem die beweglichen Zubehörungen, z. B. das Inventar, mit in Pachtnutzung gegeben sind, zurücktreten. Denn sind dem Pächter für das in seinem Gewahrsam befindliche Inventar Forderungen gegen den Verpächter erwachsen, z. B. wegen Meliorationen und gemachter Aufwendungen, so wird er, weil ihm dieserhalb ein Retentionsrecht zustehen würde, im Concurre des Schuldners nach Massgabe des §. 41 No. 3 und 7 der D. C. O. den Faustpfandgläubigern gleichgestellt, so zwar, dass bei Zwangsvollstreckung in bewegliche Gegenstände dieses faustpfandähnliche Recht vor dem durch Pfändung erworbenen Pfandrechte anderer Gläubiger den Vorrang erhält (D. C. P. O. §. 709 Abs. 2). Dieselben Rücksichten müssen wegen Gleichheit des Grundes aber auch bei der Subhastation von Grundstücken obwalten. Auf Antrag der Commission ist daher für derartige mit faustpfandartigem Rechte ausgestattete Forderungen, und zwar sowohl der Pächter als der Miether, der Vorrang vor dem Vorzugsrechte des Beschlagnahmegläubigers anerkannt, und sind demgemäss dem Absatz 1 die Worte „insbesondere im Fall des §. 33 ein faustpfandähnliches Recht“ beigelegt.

Dagegen kann im Fall der Collision des Vorzugsrechts, welches durch eine die beweglichen Zubehörungen eines Grundstücks mitbegreifende Beschlagnahme entsteht, und des Pfandrechts, welches unabhängig davon durch gleichzeitige Pfändung derselben Gegenstände seitens des Gerichtsvollziehers erworben wird, oder wenn etwa die letzterwähnte Pfändung zwar nach der zuerst hervorgehobenen Beschlagnahme, aber ohne von dieser Kenntniss erlangt zu haben, seitens des Gerichtsvollziehers erfolgt, eine Priorität des einen Rechts vor dem anderen nicht begründet werden. Der aus dem Verkauf der fr. beweglichen Gegenstände gewonnene Erlös würde nach Verhältniss des Betrags der Forderungen der betr. Gläubiger unter letztere vertheilt werden müssen.

worden, die Rangordnung nach ihrer Reihenfolge haben, weil es sich hier eben weder um eine Hypothek, noch um ein sonstiges dingliches Recht, sondern um ein einfaches privilegium exigendi handelt, dessen Vermerk im Grundbuche durch das Vollstreckungsgericht von Amtswegen bewirkt wird.

5. Der Entwurf zur D. C. P. O. enthielt in §. 658 die Bestimmung, dass „der Gläubiger das Recht auf vorzugsweise Befriedigung vor anderen Gläubigern auch der Concursmasse des Schuldners gegenüber behalte, dass er ein Recht auf Absonderung habe und nur der Ueberschuss an die Concursmasse abzuliefern sei“. Dieser nur aus formellen Gründen bei Redaction des §. 709 Abs. 2 nicht aufgenommenen Bestimmung entspricht die Vorschrift des §. 11, welche die Consequenz der in den §§. 39 ff. der D. Concursordnung dem Absonderungsrechte bestimmter Gläubiger im Concourse gegebenen Gestaltung bildet ¹⁾).

Zu §. 12. Für das Verfahren im Fall der Anwendung des §. 756 der D. C. P. O. sind die Bestimmungen der §. 36 und 37 l. c. massgebend. Es empfiehlt sich jedoch aus Zweckmässigkeitsrücksichten, dass das zum Vollstreckungsgerichte bestimmte Gericht von seiner Bestellung den beteiligten Amtsgerichten Kenntniss giebt. Regelmässig wird diese Benachrichtigung bei Zustellung des Beschlagnahmebeschlusses zum Zwecke der Eintragung im Grundbuche erfolgen, welche, wenn das Grund-

¹⁾ Der Bayersche Entw. enthält in §. 12 die Vorschrift, dass die Wirkungen der Beschlagnahme erlöschen sollen, wenn das Verfahren in Folge einer Vereinbarung der Parteien ruht und seit der letzten Handlung des Vollstreckungsgerichts ein Jahr abgelaufen ist, in welchem Falle dann das Vollstreckungsgericht die Löschung der Beschlagnahme im Grundbuche von Amtswegen veranlassen soll. Aehnliche Bestimmungen wollte auch die Commission eingeführt wissen.

Der Regierungsvertreter machte jedoch dagegen geltend, dass der angegangene Richter eine auf Antrag eingeleitete Zwangsvollstreckung im Grundstücke von Amtswegen durchzuführen habe. Diesen mit dem bisherigen hiesigen Rechte harmonirenden Grundsatz aufzugeben, liege keine Veranlassung vor; die den Parteien in §. 228 der D. C. P. O. gegebene Befugniss, das Ruhenlassen des Verfahrens zu vereinbaren, sei damit unverträglich. Wenn der Beschlagnahmegläubiger später, sei es für sich allein, sei es in Folge Abkommens mit dem Schuldner, das zu thun unterlasse, was der Subhastationsrichter behuf Durchführung der verfügten Zwangsvollstreckung von ihm verlangen müsse, wenn er z. B. die Versteigerungsbedingungen nicht einreiche (§. 50), so sei darin ein Verzicht auf Durchführung des Verfahrens zu erblicken, folgeweise die Löschung des Beschlagnahmeeintrags im Grundbuche amtsseitig zu bewirken und der bereits bekanntgemachte Versteigerungstermin wieder aufzuheben. Einer weiteren Anordnung könne es nicht bedürfen.

Die Commission trat dieser Ansicht bei, war auch einverstanden damit, dass eine etwaige Vereinbarung der Parteien in Betreff einstweiligen Ruhenlassens eines eingeleiteten Vollstreckungsverfahrens keine Beachtung finden dürfe, und nahm von weiteren Anträgen dieserhalb Abstand (Anl. 93 S. 6).

stück in den Bezirken verschiedener Amtsgerichte liegt, abgesehen von dem im §. 2 der Grundbuchordnung hervorgehobenen Falle, meistens bei jedem Grundbuchamte besonders vorzunehmen ist (vergl. §. 16 Abs. 2 der Instr. vom 26. April 1878; „Grundbuchgesetze des Herzogthums“ S. 305).

Zu §. 13. Der Paragraph enthält eine auf Wahrung des Interesse der Gläubiger abzielende, die Sicherung des beschlagnahmten Grundstücks und seiner Zubehörungen betreffende Vorschrift, deren speciellere Ausführung in §. 40 enthalten ist.

Zu §. 14. Die Form der Anträge, Gesuche und Erklärungen, welche beim Vollstreckungsgerichte vorgebracht werden, entspricht den §§. 457, 462, 532 Abs. 2 der D. C. P. O. und dem §. 127 der D. C. O. (vergl. auch Ausführungsgesetz z. D. Gerichtsverfassungsges. §. 47 Abs. 2); der zweite Satz des §. 13 ist dem §. 155 der D. C. P. O. entnommen¹⁾. Dass die Entscheidungen ohne mündliche Verhandlung erfolgen können, und dass dagegen nur das Rechtsmittel sofortiger Beschwerde stattfindet, ist bereits in §. 701 der D. C. P. O. bestimmt und bedurfte im gegenwärtigen Gesetze keiner Erwähnung.

Einwendungen und Widersprüche aus den §§. 668, 686 bis 690 und 696 der D. C. P. O. gehören vor die Processgerichte und sind nach den Vorschriften jener Paragraphen zu erledigen; ebenso auch Anträge auf Einstellung des Verfahrens auf Grund der §§. 691 und 692 der D. C. P. O.

Zu §§. 15 u. 16. Die Vorschriften der §§. 152 bis 190 der D. C. P. O. über Zustellungen sind, wie bereits in der Einleitung erwähnt wurde, im Allgemeinen auch für die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen massgebend. Die im Interesse der Sicherung der Rechte aller Beteiligten vorgenommenen Abweichungen bestehen in Folgendem:

1. In §. 15 ist in Consequenz des dem Entwurf zu Grunde liegenden Principes des Officialbetriebes, ebenso wie für Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit (Ausführungsgesetz z. D. Gerichtsverfassungsges. §. 67 Abs. 3. und Motive dazu), vorgeschrieben, dass die Zustellung von Amtswegen erfolgen solle.

2. Der §. 16 combinirt die Vorschriften des §. 187 der D. C. P. O. und des §. 68 der D. C. O. Die Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung setzt nicht, wie nach §. 186 der D. C. P. O., voraus, dass der Aufenthalt einer Partei unbekannt ist. Das Gesetz schreibt sie vor: in

¹⁾ Das am Schlusse des Paragraphen Hinzugefügte, zur Vermeidung von Verzögerungen, welche aus der Aufforderung an den Antragsteller, dem Mangel abzuhelpen, entstehen könnten, hinzugefügte Präjudiz beruht auf einem Antrage der Commission.

§§. 45 u. 46 zur Vornahme der Versteigerung, in §§. 64 und 67 zum Zwecke der Wiederversteigerung, in §. 74 zur Anmeldung der in den Vertheilungsplan aufzunehmenden Forderungen, in §§. 84 u. 107 zur Erklärung über den Theilungsplan, zur Abnahme der Rechnung des Verwalters und zur Vornahme der Vertheilung. Er fordert für die öffentliche Bekanntmachung neben der Anheftung an die Gerichtstafel — welche hier nicht, wie im Concursverfahren, wo sie zahlreichen Betheiligten gegenüber ihre Bedeutung verliert, entbehrt werden kann (vergl. auch hiesige C. P. O. §. 393 Abs. 1) —, die zweimalige Einrückung in die Braunschw. Anzeigen¹⁾, lässt jedoch der Kostenersparniss wegen auch einen den wesentlichen Inhalt umfassenden Auszug der Bekanntmachung zu, wobei indessen, namentlich soviel die Versteigerungsbekanntmachung (§. 45) betrifft, behuf Vermeidung von Nichtigkeiten die Vorschrift des §. 61 No. 4 zu beachten ist. Im Fall der Ladung bedarf es dann noch, ebenso wie nach §. 187 Abs. 2 der D. C. P. O., der einmaligen Einrückung eines Auszugs in den Deutschen Reichsanzeiger. Für die Frage ferner, ob die Insertion auch noch in anderen, namentlich auswärtigen Blättern zu geschehen habe, werden auch in Zukunft die im Circularrescripte Herzogl. Staatsministeriums vom 24. Juni 1837 Nr. 37 hervorgehobenen Gesichtspunkte zu beachten sein. — Verschieden von der die Zustellung vertretenden öffentlichen Bekanntmachung des §. 16 ist die in §. 92 Abs. 5 erwähnte öffentliche Bekanntmachung hinsichtlich der durch die Zwangsversteigerung veranlassten Erlöschung der Hypotheken.

3. Die über die Berechnung der Frist gegebene, dem §. 68 der D. C. O. entnommene Bestimmung enthält eine Abweichung sowohl von §. 393 Abs. 2 der hiesigen C. P. O., welcher die Frist vom Tage des Anschlags an der Gerichtstafel berechnet wissen will, als von §. 189 der D. C. P. O., welcher für die Fiction der bewirkten Zustellung längere Fristen (einen Monat oder zwei Wochen) fordert und dieselben bald von der letzten Einrückung in die öffentlichen Blätter, bald von der Anheftung an die Gerichtstafel datirt, je nachdem das zuzustellende Schriftstück eine Ladung enthält oder nicht. Diese Abweichung rechtfertigt sich jedoch im Interesse der Beschleunigung des Verfahrens.

4. Neben der öffentlichen Bekanntmachung schreibt der Entwurf noch vielfach besondere Zustellung an betheiligte Gläubiger oder andere Personen vor (vergl. §§. 46, 64, 67, 74, 84, 107). Auch diese darf da, wo sie vorgeschrieben ist, nicht unterbleiben (§. 61 No. 4),

¹⁾ Die zweimalige Einrückung der Bekanntmachung in die Braunschw. Anzeigen erschien der Commission, weil dieses Blatt auf dem Lande und in den entlegeneren Landeskreisen notorisch nur wenige Leser zählt, nicht unumgänglich nothwendig, der Kosten halber besser vermeidlich, dafür aber die Veröffentlichung durch die in allen Kreisen des Herzogthums vorhandenen localen Blätter für wirkungsvoller. Es ist daher, wenngleich in Abweichung von §. 187 der D. C. P. O., nur die einmalige Insertion in die Braunschw. Anzeigen vorgeschrieben.

nur dass sie auf die Berechnung der Frist (s. unter No. 3) keinen Einfluss ausübt.

Zu §. 17. Im Anschlusse an die Bestimmungen der §§. 160 und 161 der D. C. P. O. hat das Gesetz für alle bei der Immobiliarexecution theilgenommenen, nicht im Bezirke des Vollstreckungsgerichts wohnende Personen, falls sie nicht einen Processbevollmächtigten bestellt haben, dessen Vollmacht nach §. 77 der D. C. P. O. auch für die Zwangsvollstreckung wirkt, die Bestellung von Zustellungsbevollmächtigten obligatorisch gemacht, eine Vorschrift, die nothwendig war, wenn nicht in Folge des Umstandes, dass der Aufenthalt eines Theilgenommenen wechselt oder ganz unbekannt ist, mithin auch die Zustellung an denselben eine schwierigere wird, das von der Beobachtung bestimmter Fristen und Termine abhängige Immobiliarexecutionsverfahren erheblichen Störungen unterworfen werden sollte. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift zieht die im §. 161 D. C. P. O. angegebenen, analogisch auch auf den Fall der Unbekanntheit des Aufenthaltsortes eines Theilgenommenen ausgedehnten Folgen nach sich.

II. Abschnitt.

Z w a n g s v e r s t e i g e r u n g .

I. Titel.

Verfahren bis zur Vertheilung.

Zu §. 18. Der Paragraph entscheidet die Frage über das Verhältniss des Zwangsversteigerungsverfahrens zu anderen Zwangsvollstreckungen an demselben Gegenstande. Collisionen dieser Art können leicht eintreten, namentlich dann, wenn sich das Grundstück bereits in Zwangsverwaltung befand, oder wenn die Zwangsvollstreckung in die von dem Boden noch nicht getrennten Früchte (D. C. P. O. §. 714) oder die noch nicht angefallenen Mieth- oder Pachtzinsen oder in bewegliche Zubehörungen des Grundstücks (§. 8) eingeleitet war und hinterher die Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsversteigerung — in dem erst-erwähnten Falle wegen consentirter Schulden (s. Motive zu §. 4) — beantragt wurde. Ein Fall der Collision kann aber auch dann vorliegen, wenn etwa an einem im Miteigenthum zweier Personen befindlichen Grundstück bisher nur die Zwangsversteigerung des dem einen Miteigenthümer gehörigen Antheils verfügt wäre, und hinterher von einem anderen Gläubiger die Subhastation des ganzen Grundstücks beantragt wurde. — Ausgehend

von dem Gesichtspunkte, dass die Gläubiger, für welche die Zwangsvollstreckung stattfindet, nur ein Recht auf Befriedigung aus dem Executionsobjecte, nicht aber ein Recht auf Fortführung des eingeleiteten Verfahrens haben, bestimmt der Entwurf, in Uebereinstimmung mit dem Bayerschen Gesetzentw. §. 20, dass dasjenige Zwangsversteigerungsverfahren, welches zur vollständigen Verwerthung des Beschlagnahmegegenstandes führt (in dem zuletzt erwähnten Falle also die Subhastation des ganzen Grundstücks) die Einstellung jeder anderen Art der auf dasselbe Grundstück bezüglichen Zwangsvollstreckung bewirken soll, unbeschadet natürlich der bereits durch letztere nach §. 709 der D. C. P. O., bezw. nach §. 10 des gegenwärtigen Gesetzes erworbenen Pfand- und Vorzugsrechte. Von dem Augenblick der massgebenden Beschlagnahme an sind daher ausschliesslich die Bestimmungen des Entwurfs für die Verwerthung des Grundstücks entscheidend; damit jedoch die Interessen der Gläubiger, welche schon vorher eine andere Art der Zwangsvollstreckung haben einleiten lassen, gewahrt werden, ist denselben in §. 35 die Stellung „betheiligter Gläubiger“ eingeräumt.

Zu §§. 19 bis 22. 1. Die Zwangsversteigerung ist abhängig von einem Antrage auf Beschlagnahme, welcher von einem Gläubiger ausgehen muss, dessen Forderung die Bedingung für Einleitung der Zwangsvollstreckung in sich enthält. Eine Ausnahme tritt nach §. 114 nur dann ein, wenn von dem Concursverwalter die Zwangsversteigerung beantragt wird (D. C. O. §. 116), in welchem Falle es der vorgängigen Beschlagnahme des Grundstücks nicht bedarf. Abgesehen hiervon hat der Gläubiger mit seinem Antrage alles urkundliche Material behuf Beurtheilung der Frage, ob und in welchem Umfange die Zwangsversteigerung zu verfügen ist, vorzulegen.

2. Die in §. 19 geforderten Requisite entsprechen im Allgemeinen auch dem bisherigen Verfahren*). Die Bezeichnung des der Zwangsvollstreckung zu unterwerfenden Grundstücks soll nur insoweit specialisirt sein, dass dessen Identität nicht zweifelhaft ist (vergl. Instr. vom

*) Nach dem früheren Rechte der Stadt Braunschweig, welches aber auch in übrigen Lande Anwendung fand, musste das Grundstück vor der Subhastation noch taxirt werden, und durfte der Zuschlag nur in dem Falle, wenn das Meistgebot der Taxe ziemlich nahe kam, dem Meistbietenden ertheilt werden, während andernfalls dem Gläubiger gestattet wurde, das Grundstück gegen die Taxe anzunehmen oder auf anderweite Subhastation anzutragen (U. G. Ord. vom 2. Febr. 1764 Cap. XVI, §§. 7 u. 8). Diese Vorschrift ist jedoch zunächst für die Stadt Braunschweig durch die Landesf. V. O. vom 21. Mai 1777 und später für das übrige Land durch die V. O. vom 10. April 1800 (Steinacker Promt. II. S. 372, 373) beseitigt, auch in die C. P. O. vom 19. März 1850 nicht wieder aufgenommen. Ein Grund, sie von Neuem einzuführen, ist wegen des damit verbundenen grossen Aufwandes an Zeit und Kosten und wegen des zweifelhaften Werthes der Schätzung selbst nicht vorhanden.

26. April 1878 No. 20 §. 9)¹⁾. Die in Absatz 3 des §. 19 gegebene Erklärung über den Sinn, in welchem der Ausdruck „Schuldner“ im Entwurf gebraucht ist, war nothwendig zur Sicherung des Hypothekgläubigers, welcher sein dingliches Recht mittelst der hypothekarischen Klage gegen den Eigenthümer des Grundstücks geltend gemacht hat, mag derselbe gleichzeitig persönlicher Schuldner sein oder nicht (Grunderwerbsges. §. 47).

3. Dass dem Antrage auf Beschlagnahme ausser den sonstigen in §. 20 aufgezählten Urkunden auch der Nachweis der Zustellung des vollstreckbaren Schuldtitels beizufügen sei, war mit Rücksicht auf die Vorschrift der §§. 671 Abs. 1, 702 und 703 der D. C. P. O. erforderlich, wonach die Zwangsvollstreckung nur dann beginnen darf, wenn das rechtskräftige oder für vorläufig vollstreckbar erklärte Endurtheil bezw. der sonstige vollstreckbare Schuldtitel dem Schuldner zugestellt ist oder gleichzeitig mit der betr. Executionsmassregel zugestellt wird, von welcher letzteren Alternative jedoch wegen der Bestimmung in §. 7 keine Rede sein konnte.

4. Eine wesentliche Voraussetzung für die Zwangsversteigerung ist, dass das Grundstück, welches den Gegenstand der Zwangsvollstreckung bilden soll, auch zum Vermögen des Schuldners gehört, d. h. nach der gegenwärtigen Grundbuchverfassung auf den Namen des Letzteren im Grundbuche eingetragen ist. Daher bedarf es zu dem Antrage auf Beschlagnahme einer Verweisung auf das Grundbuch oder — wenn Vollstreckungsgericht und Grundbuchamt nicht identisch sind — der Ueberreichung eines Grundbuchauszugs (§. 20). Sollte das Eigenthum des Schuldners an dem fragl. Grundstück aus dem Grundbuche nicht hervor-

1) Der Entw. forderte die Bezeichnung des betr. Grundstücks „nach seiner Gattung (als Gebäude, Aecker, Wiesen, Wald etc.), Flächeninhalt und Lage (nach Gemeinde oder Strasse) unter Angabe der Plannummer und bei Gebäuden der Hausnummer“. Hierüber spricht sich der Commissionsbericht folgendermassen aus:

„Die Bezeichnung hat vornehmlich nach Massgabe der Beschreibung des Grundstücks im Grundbuche zu geschehen, insbesondere nach Gattung, Flächeninhalt und Lage. Nicht immer aber erhellt aus dem Grundbuche, namentlich den älteren Hypothekenbüchern, die genaue Angabe über Gattung und Flächeninhalt, indem häufig im Laufe der Zeit Acker in Wiese und Wiese in Acker umgewandelt, und die Fläche anstatt nach Hectar, Ar und Quadratmeter, oder nach Morgen- und Ruthenzahl, nur unbestimmt nach Tagewerken u. s. w. angegeben ist. In Gemeinden, welche sich der Wohlthat der Separation ihrer Feldmark noch nicht erfreuen, führen ferner die Grundstücke Plannummern nicht, die nur aus den Separationsurkunden sich ergeben. In kleineren Städten und auf dem Lande sind die Gebäude nach Ordnungen oder Strassennummern gewöhnlich nicht verzeichnet, wohl aber führen die weitaus meisten Gebäude Nummern nach dem Brandversicherungs-Cataster, und nur ausnahmsweise sind einzelne ohne Assecurationsnummer.“

Entsprechend diesen Bemerkungen ist die Vorschrift unter Ziff. 4 nach dem Wortlaut des jetzigen Gesetzes abgeändert.

gehen, weil derselbe die Umschreibung auf seinen Namen (Besitzttitleberichtigung), welche ohne Auflassungserklärung erfolgen konnte, bisher unterlassen hatte, so ist diesem Mangel zuvor nach Massgabe der Bestimmungen der Grundbuchordnung §§. 28 und 29 abzuhelpen (§. 21). Wäre aber das Grundstück selbst zwar im Besitz des Schuldners, aber im Grundbuche noch nicht eingetragen gewesen, so muss das in den §§. 23 und 24 der Grundbuchordnung vorgeschriebene Verfahren dem Antrage auf Beschlagnahme vorhergehen; für diesen Fall wird das dem Besitzer des Grundstücks gegebene Recht, behuf Bewirkung nachträglicher Eintragung sowohl des Grundstücks als des Eigenthums daran die erforderlichen Anträge zu stellen, in §. 22 mittelst der utilis actio auf den zur Beantragung der Zwangsvollstreckung berechtigten Gläubiger übertragen. Stände endlich dem Schuldner nur ein Anspruch auf Uebereignung des Grundstücks, welches den Gegenstand der Zwangsversteigerung bilden soll, zu, so wird zuvor in Gemässheit des §. 747 der D. C. P. O. zu verfahren sein.

Zu §§. 23 bis 26. 1. Nach Eingang des Antrags auf Beschlagnahme hat das Gericht sofort zu prüfen, ob der Antrag begründet, ob also namentlich den in der D. Civilprocessordnung für alle Arten der Zwangsvollstreckung gestellten Bedingungen, imgleichen den formellen Vorschriften der §§. 19 bis 22 genügt ist. Es könnte in Frage kommen, ob der Richter nicht auch nach seinem Ermessen einen Subhastationsantrag, wenn er denselben für zu weitgehend hält, beschränken, ob er also namentlich, wenn in dem Antrage auf Beschlagnahme mehr Grundstücke des Schuldners in Anspruch genommen sind, als nach seinem Dafürhalten zur Befriedigung des Gläubigers ausreichend waren, die Beschlagnahme nur für ein einzelnes Grundstück aussprechen, hinsichtlich der übrigen aber den Antrag zurückweisen darf? Die Frage wird nur in dem Falle auftauchen, wenn ein persönlicher Gläubiger, nicht dann, wenn ein Hypothekgläubiger oder sonst dinglich Berechtigter den Antrag stellt, da diese kraft ihres dinglichen Rechts das ihnen verpfändete Grundstück - ohne sonstige Rücksichten in Anspruch nehmen können. Hinsichtlich des persönlichen Gläubigers scheint allerdings für die Bejahung der Frage der oben (s. jetzt §. 6) zur Anwendung gebrachte, für die Mobiliarexecution geltende Grundsatz des §. 708 Abs. 1 der D. C. P. O. zu sprechen, wonach die Zwangsvollstreckung nicht weiter ausgedehnt werden soll, als zur Befriedigung des Gläubigers und zur Deckung der Kosten der Zwangsvollstreckung erforderlich ist. Es kommt aber in Betracht, dass es dem Richter in dem Stadium, wo der Antrag auf Beschlagnahme gestellt wird, regelmässig an jedem nöthigen Anhalt für sein Ermessen fehlt, dass er derzeit nur selten die Höhe des künftigen Meistgebots und das Verhältniss der Forderung des Antragstellers zu anderen ihm etwa vorgehenden Forderungen wird beurtheilen können. Es wird daher dem Antrage auf Beschlagnahme auch in seiner Ausdehnung auf mehrere Grundstücke in der Regel stattzugeben, und eine Beschrän-

kung für das Stadium der Versteigerungsbedingungen (§§. 43, 48 bis 50) vorzubehalten sein.

2. In Ermangelung weiterer Bedenken erlässt das Gericht einen motivirten Beschlagnahmebeschluss, und zwar — um möglicher Vereitelung der Execution durch den Schuldner vorzubeugen — ohne diesen zuvor gehört zu haben (§. 23). Es trifft sodann unverzüglich die zur Verwirklichung dieses Beschlusses erforderlichen Vorkehrungen, indem es für Eintragung desselben in das Grundbuch Sorge trägt (§. 24), event., falls Grundbuchamt und Vollstreckungsgericht nicht identisch sind, oder ersteres — wie beim jetzigen Stadtgerichte Braunschweig der Fall ist — eine selbstständige Abtheilung des Gerichts bildet, das zuständige Grundbuchamt um Bewirkung solcher Eintragung requirirt (§. 25), auch einen vollständigen Grundbuchauszug zu den Vollstreckungsacten bringt, bezw. dessen Einsendung beantragt ¹⁾.

3. Das Grundbuchamt hat der Requisition des Vollstreckungsgerichts zu entsprechen, sofern sich nicht aus dem Grundbuche Anstände ergeben. Sollte ein solches Bedenken vorliegen, das, wenn früher bekannt, den Erlass des Beschlagnahmebeschlusses gehindert haben würde, sollte sich z. B. ergeben, dass der in der Requisition des Vollstreckungsgerichts genannte Schuldner nicht eingetragener Eigenthümer des Grundstücks ist, so hat das Gericht — wie der §. 26 in Uebereinstimmung mit dem §. 11 der Preuss. Subhastationsordn. und dem §. 32 des Bayerischen Entw. bestimmt — dem Antragsteller die Beseitigung des Hindernisses innerhalb angemessener Frist aufzugeben, bis dahin das Zwangsvollstreckungsverfahren zu sistiren und nöthigenfalls den Beschlagnahmebeschluss zurückzunehmen.

Zu §§. 27 und 28. 1. Ist die Eintragung des Beschlagnahmebeschlusses im Grundbuche geschehen, so wird eine Ausfertigung desselben dem Antragsteller und dem Schuldner zugestellt (§. 27).

Dieser erhält dadurch die Möglichkeit, etwaige Einwendungen im Wege der sofortigen Beschwerde (D. C. P. O. §. 701) geltend zu machen. Zwar fehlt diesem Rechtsmittel nach den §§. 535 und 540 der D. C. P. O. die aufschiebende Wirkung; indessen wird die Gefahr, dass darum die Interessen des Schuldners gefährdet werden könnten, dadurch beseitigt, dass das Gericht, falls es die Beschwerde des Letzteren für begründet erachtet, nach §. 534 l. c. in der Lage ist, die Vollstreckung auszusetzen oder selbst wieder aufzuheben. Andererseits hat jene Vorschrift den Vortheil, dass dadurch eine Verschleppung des Vollstreckungsverfahrens vermieden wird.

¹⁾ Der Absatz 3 des §. 25 ist auf Antrag der Commission aus Zweckmässigkeitsrücksichten hinzugefügt.

2. Mit der Zustellung des Beschlagnahmebeschlusses an den Schuldner verliert dieser nicht unbedingt das Recht, über das Grundstück zu verfügen; er kann z. B. noch immer eine bereits getilgte, aber noch nicht gelöschte, oder eine von Todeswegen erworbene Hypothek einem Anderen abtreten oder auf seinen eigenen Namen eintragen lassen (Grunderwerbsges. §§. 65 bis 67), er verliert auch nicht unmittelbar Besitz, Nutzung und Verwaltung des Grundstücks. Nur soll ihm nach Erhaltener, durch den Zustellungsact bewirkter Kenntniss von der Beschlagnahme jede den Gläubigern nachtheilige Disposition verwehrt werden. Was zunächst die physischen Einwirkungen auf das Grundstück betrifft, welche den Gläubigern zum Nachtheil gereichen können, z. B. Beschädigungen, Niederreißen von Gebäuden, so schützt hiergegen theils die Strafvorschrift des §. 137 des R. Str. G. B., theils die Befugniß des Vollstreckungsgerichts, den Schuldner aus dem Besitz zu setzen und einen Verwalter zu bestellen (§. 40). In Betreff der rechtlichen, den Beschlagnahmegläubigern nachtheiligen Dispositionen aber bestimmt der §. 28, unter analoger Anwendung des §. 6 der D. C. O., dass sie den genannten Gläubigern gegenüber nichtig sein sollen. Hierhin gehören theils solche Verfügungen, wodurch den Gläubigern Vermögensobjecte, welche Gegenstand der Beschlagnahme waren, entzogen werden, z. B. Veräusserung des ganzen Grundstücks oder auch nur der zum Grundstück gehörigen und Gegenstand der Beschlagnahme gewordenen Früchte und beweglichen Zubehörungen (§. 8), theils Dispositionen anderer Art, welche darauf abzielen, im Laufe des Zwangsvollstreckungsverfahrens die Reihenfolge der Gläubiger, bezw. den Betrag ihrer Forderungen durch neue Einschreibungen zu ändern, insbesondere Erhöhung des Zinsfusses bereits eingetragener Capitalien (Grunderwerbsges. §. 33), Umwandlung einer Cautionshypothek in eine definitive (s. „Grundbuchgesetze des Herzogthums“ S. 74, 181) u. s. w. Alle diese Handlungen sollen eine relative Nichtigkeit begründen, so zwar, dass weder der dabei betheiligte Dritte, noch der Eigenthümer selbst sich auf die Nichtigkeit des Actes berufen kann, wohl aber der Gläubiger, auf dessen Antrag die Beschlagnahme erfolgte, und diejenigen Gläubiger, welche weitere Beschlagnahme bewirkt haben, wofern sie durch den Act Nachtheil erleiden. — Aehnliche Bestimmungen enthält die Preuss. Subh. Ordn. §. 9.

Zu §§. 29 und 30. Der §. 29 Abs. 1 bestimmt als Regel, dass die Versteigerung der Früchte und beweglichen Zubehörungen des Grundstücks gleichzeitig mit letzterm zu geschehen habe, da bei einer derartigen gemeinschaftlichen Versteigerung erfahrungsmässig ein höherer Erlös als bei gesonderter Versteigerung erzielt wird.

Würde ausnahmsweise das gegentheilige Ergebniss zu erwarten sein, oder sind die betr. Gegenstände bei längerer Aufbewahrung dem Verderben ausgesetzt oder nicht ohne unverhältnissmässige Kosten zu asserviren, so kann auf Antrag gesonderte Versteigerung durch den

Gerichtsvollzieher unter Beachtung der hierauf bezüglichen Vorschriften der Deutschen Civilprozessordnung erfolgen ¹⁾).

Sind bewegliche Zubehörungen Gegenstand der Beschlagnahme, so kann deren Inventarisirung zur Sicherung der Masse von Nutzen sein. Das Gesetz macht in §. 30 die Verfügung derselben von dem Antrage eines Betheiligten abhängig und überträgt deren Ausführung nach dem Ermessen des Gerichts dem Gerichtsschreiber oder Gerichtsvollzieher (Ausführungsges. zum D. Gerichtsverfassungsgesetze §§. 61 und 66 No. 3).

Zu §. 31. Um den Einfluss des Zwangsversteigerungsverfahrens auf einen von dem Schuldner abgeschlossenen Pacht- oder Miethvertrag zu beurtheilen, ist es von Wichtigkeit, zu prüfen, welches Rechtsverhältniss entsteht, wenn über das Vermögen des Verpächters oder Vermiethers der Conkurs eröffnet wird. Gemeinrechtlich ist die Frage bestritten, je nachdem man entweder auf Grund der L. 8 §. 1 D. de reb. auct. jud. poss. 42,5 annimmt, dass der Concurscurator zum einseitigen Abgehen vom Vertrage vor Ablauf der Pachtzeit nicht berechtigt sei, oder die cit. Stelle auf das heutige Recht für nicht anwendbar erklärt und die Concursgläubiger bezw. den Curator zur Aufrechthaltung des Pachtvertrags nicht für gebunden erachtet *). Die Motive zu §. 17 der D. Concursordnung schliessen sich mit neueren Gesetzgebungen der ersteren Ansicht an, indem sie davon ausgehen, dass der vom Gemeinschuldner vor der Concurseröffnung geschlossene Pacht- und Miethvertrag an sich unverändert fortbestehe. Sie fahren dann aber fort: „Nur in einer Beziehung muss dies eine Ausnahme erleiden. Die Verpachtung oder Vermiethung der Sache darf eine durch den Zweck des Concursverfahrens und den Vortheil aller übrigen Gläubiger gebotene Veräusserung nicht hemmen. Da, wo Kauf Miethe bricht, versteht sich dies ohnehin. — — — Auch in denjenigen Rechtsgebieten, in denen eine freiwillige Veräusserung der Sache den Pacht- oder Miethcontract nicht berührt, lassen die Gesetze meistens für den Fall eines Zwangsverkaufs die Aufkündigung der Pacht und Miethe zu. Der Entw. will in das materielle Recht nicht eingreifen. Es genügt die Bestimmung, dass jede im Concursverfahren erfolgende Veräusserung der verpachteten oder vermiethteten Sache auf die Dauer der Pacht und

¹⁾ Für diesen Fall soll der Gerichtsvollzieher — wie auf Antrag der Commission ausdrücklich hinzugefügt ist — den empfangenen Erlös an das Vollstreckungsgericht abliefern, da derselbe einen Theil der Vertheilungsmasse ausmacht.

*) Die letztere Ansicht wird namentlich vertheidigt von Liebe in Scholz Jur. Mag. N. F. II. S. 129 ff. Schenk in Ztschr. f. Civilr. und Proc. XIII, S. 77 ff. 84 bis 87. 99 ff. Northoff im Arch. f. prakt. Rechtswissensch. IX. S. 1 ff. Auch die Praxis hat sich meist dafür entschieden; vgl. z. B. Decret des vorm. O.-A.-G. Wolfenb. v. 23. Mai 1833 (bei Scholz l. c. S. 152 ff., Seuff: Arch. I. 390), ferner Arch. f. prakt. R. VII. S. 167. IX. S. 415. Seuff: Arch. VI. 119, 303. XIII. 77. Kapff: Rechtssprüche S. 198 ff.

Miethe dieselben Wirkungen ausübt, welche sonst das bürgerliche Recht der Zwangsversteigerung beilegt.“ (Offic. Ausg. S. 81.) Demgemäss ist die entsprechende Bestimmung in den §. 17 No. 2 der D. C. O. aufgenommen.

Zu den in den vorgedachten Motiven zuletzt erwähnten Gesetzgebungen gehört namentlich das Preuss. Landrecht, welches den Grundsatz „Kauf bricht Miethe“ nicht kennt, dem Pächter und Miether vielmehr ein dingliches Recht verleiht, kraft dessen er beim Verkauf der Sache während der Pacht- und Miethzeit dem Käufer nicht zu weichen braucht, und gleichwohl im Fall einer nothwendigen gerichtlichen Veräusserung eine Ausnahme eintreten lässt, da alsdann die Gläubiger bzw. der Käufer zur Aufkündigung auch innerhalb der Contractzeit berechtigt sein sollen (Allg. Landrecht 1, 21, §. 350 ff. Dernburg, Preuss. Privatr. I. S. 638 ff.). Ebenso bestimmt das Sächs. b. G. B. §. 1224 für den Fall einer Zwangsversteigerung, dass selbst eine Eintragung* des Mieth- und Pachtrechts im Grundbuche dem neuen Erwerber nicht entgegen stehe. Das Mecklenb. Recht endlich lässt sogar die Aufkündigung von Pacht- und Miethverträgen beim Zwangsverkauf kraft Gesetzes eintreten, und demgemäss schreibt der Mecklenb. Entw. §. 31 (vgl. Motive dazu) vor, dass mit der Einleitung des Zwangsversteigerungsverfahrens die Pacht- und Miethverträge, welche der Schuldner als Verpächter oder Vermiether abgeschlossen hatte, als von Rechtswegen aufgekündigt anzusehen seien.

Nach hiesigem Recht gewährt zwar die V.-O. v. 25. Oct. 1760 (Steinacker, Promt. I. S. 406) dem Pächter und Miether für den Fall eines auf gewisse Jahre geschlossenen schriftlichen Contracts das Recht, dem Käufer des Grundstücks während der Pacht- und Miethzeit nicht weichen zu müssen. Indess ist diese Bestimmung, soviel bekannt, beim Zwangsverkauf, sei es im Concourse oder ausserhalb desselben, niemals zur Anwendung gebracht (vgl. Erk. d. Kreisger. Braunsch. v. 2. Oct. 1849. J. S. Froböse c. Giere, und die Aeusserung in der Ztschr. f. R. I. S. 59), und erwägt man, dass der Zwangsverkauf selbst die Tilgung aller Hypotheken bewirkt, so erscheint die Annahme gerechtfertigt, dass auch der Pächter und Miether, welcher trotz schriftlicher Errichtung des zwischen ihm und dem Schuldner geschlossenen Vertrages kein dingliches Recht erworben hatte (Ztschr. f. R. I. S. 57, IV. S. 152), dem durch den Zwangsverkauf begründeten Rechte des Erstehers zu weichen habe.

Indem der Entw. sich hiernach den Vorschriften des Mecklenb. Entw. anschliesst und damit ein der Erzielung eines angemessenen Versteigerungserlöses entgegenstehendes Hinderniss beseitigt, bedarf es kaum der Bemerkung, dass, wo die bestehenden Verhältnisse die Fortdauer der Pacht und Miethe räthlich erscheinen lassen, in den Versteigerungsbedingungen mit Zustimmung aller Betheiligten abweichende Bestimmungen getroffen werden können.

Was die Frage anbetrifft, ob auch dem Pächter und Miether das Recht einzuräumen sei, bei Zwangsversteigerung des gepachteten oder

gemieteten Grundstücks kündigen zu dürfen, so gehörte deren Lösung nicht unmittelbar in den gegenwärtigen Entw.; indessen kann es keinem Zweifel unterliegen, dass der Wechsel in der Person des Eigenthümers ebensowenig wie der Tod des bisherigen Vermiethers oder Verpächters oder — nach der der Deutschen Concursordnung zu Grunde liegenden Ansicht — der Ausbruch des Concurses über das Vermögen des letzteren einen Einfluss auf die Fortdauer des Vertragsverhältnisses auszuüben vermag (Windscheid, Pand. II. §. 402 No. 4).

Zu §§. 32 und 33. 1. Schon die oben citirte V.-O. v. 25. Oct. 1760 verfügt, dass der Käufer eines verpachteten oder vermieteten Grundstücks, wofern der Vertrag nicht schriftlich geschlossen war, zwar zur Kündigung des Vertrages berechtigt sein, aber diese Kündigung ein Jahr vor dem Termine vornehmen müsse, an welchem der Pächter oder Miether räumen soll. Auch beim Zwangsverkauf ist es, um nicht die Interessen der Pächter und Miether ungebührlich zu schädigen, erforderlich, dass die Kündigung rechtzeitig vor Beendigung des Vertragsverhältnisses erfolge. Die in dieser Hinsicht im Entw. getroffenen Bestimmungen harmoniren im Allgemeinen mit denen des Mecklenb. Entw. §. 32 und werden auch vom landwirthschaftlichen Standpunkte aus den Bedürfnissen genügen. Sie unterscheiden im Anschluss an die V.-O. von 1760 cit. zwischen schriftlich geschlossenen und anderen Pacht- und Miethverträgen, indem sie in letzterem Falle dem Pächter und Miether nur eine kurze Räumungsfrist gestatten und nur da, wo der zwischen der Aufkündigung und dem Räumungstermine liegende Zeitraum nicht mindestens einen Monat beträgt, auch die für schriftliche Verträge bestimmten Fristen gelten lassen ¹⁾).

Der gewöhnliche Umzugstermin bei Miethverträgen bestimmt sich nach der an dem betr. Orte bestehenden Observanz (vergl. z. B. für die Stadt Braunschweig Ztschr. f. R. I. S. 50, 88. XIII. S. 175. XIX. S. 228) in Verbindung mit den Vorschriften des Gesetzes Nro. 8 v. 21. März 1871. Die Miethverträge überhaupt beziehen sich auf die im D. Gerichtsverfassungsgesetze §. 23 No. 2, §. 202 No 4 und in der D. C. P. O. §. 649 No. 1 erwähnten „Wohnungs- und anderen Räume“.

¹⁾ Eine innere Berechtigung für die Unterscheidung hinsichtlich der Endigungszeit zwischen schriftlich errichteten und bloss mündlich abgeschlossenen Pacht- und Miethverträgen glaubte die Commission beim Zwangsverkaufe, durch den alle nicht dinglichen Nutzungsrechte Dritter von Rechtswegen untergehen, nicht anerkennen zu können. Auch war dieselbe der Meinung, dass der im Entwürfe angenommene Endtermin für Pachtverträge (Johannistag), abgesehen von grossen Gütern und Domainen, sich für die hiesigen landwirthschaftlichen Verhältnisse nicht empfehle, dass es vielmehr richtiger sei, die Zeit der geschehenen Aberntung als massgebend für die Beendigung von Pachtverhältnissen, sei es in Betreff einzelner Ackerstücke, sei es hinsichtlich ganzer Höfe, zu betrachten. Diesen Anschauungen ist bei Redaction des §. 32 Rechnung getragen.

2. Dass in dem Falle, wenn Pacht- oder Miethvertrag vor der vereinbarten Pacht- oder Miethzeit in Folge einer Zwangsversteigerung beendet werden, dem Pächter oder Miether ein Anspruch gegen den Schuldner auf das Interesse zusteht, entspricht der Billigkeit und ist auch im Preussischen Rechte (Dernburg a. a. O. I. S. 639) und im Mecklenb. Entw. §. 33 bestimmt, wie denn auch nach gemeinem Recht der Vermiether im Fall der Eviction dem Miether für das Interesse verhaftet bleibt (Windscheid a. a. O. II. §. 400 Note 4)¹⁾.

Zu §. 34. Bis zur Beschlagnahme des Pacht- und Miethzinses gebührt der Anspruch auf diese Naturalleistungen dem Eigenthümer des Grundstücks. Dagegen soll die Benachrichtigung der Pächter und Miether in Betreff der Beschlagnahme wie nach §. 108 der D. C. O. der offene Arrest nach eröffnetem Concursverfahren wirken, d. h. eine Verpflichtung der gedachten Personen zur Ablieferung ihrer schuldigen Beträge an das Vollstreckungsgericht, eintretenden Falls an den bestellten Verwalter, bei Meidung der Doppelzahlung herbeiführen. Diese Verpflichtung tritt nur in dem Umfange ein, wie sie auch gegenüber dem Schuldner bestehen würde; die Beschlagnahme soll keine Erweiterung derselben, wie im Concourse durch Beschränkung des Compensations- oder Retentionsrechts, zur Folge haben. Die Bestimmung des Mecklenburg. Entwurfs in §. 34 Abs. 3, welcher die Compensation mit dem Pachtvorschuss für unzulässig erklärt, kann nur da gerechtfertigt sein, wo, wie in Mecklenburg, das Zwangsversteigerungsverfahren den Charakter eines Specialconcurses annimmt; sie musste für das hiesige Land, welchem dieser Grundsatz fremd ist, von selbst hinwegfallen.

Wenn nun auch Pacht- und Miethgelder, welche vor Zustellung der an die Pächter und Miether erlassenen Aufforderung fällig waren, den Beschlagnahmegläubigern ohne besondere Pfändung nicht zukommen können, so war doch Fürsorge für den Fall zu treffen, wenn jene Gelder etwa vor der Fälligkeit an den Eigenthümer gezahlt waren. In diesem Falle soll es bei den Vorschriften des bürgerlichen Rechts über die Anfechtbarkeit solcher Leistungen bewenden. Es entscheidet daher z. B. der §. 36 des Grunderwerbsges., welcher die Vorausserhebung von Pacht- und Miethzinsen auf mehr als ein Vierteljahr, soweit sie zum Nachtheil der eingetragenen Gläubiger gereicht, für unwirksam erklärt; event., falls Grund zur Annahme eines den Gläubigern gespielten Betruges vorliegt, wird die geschehene Leistung mittelst der nach hiesiger Praxis (Ztschr. f. R. XIX. S. 163) auch ausserhalb des Concurses zulässigen *actio Pauliana* angefochten werden können²⁾.

¹⁾ Die Vorschrift des §. 33 steht im Einklang mit den in Anm. 1 zu §. 10 ausgesprochenen Grundsätzen über das dem Pächter und Miether im Concourse des Schuldners zustehende faustpfandähnliche Recht.

²⁾ S. darüber jetzt: Reichsges. v. 21. Juli 1879, betr. die Anfechtung von Rechtshandlungen ausserhalb des Concursverfahrens (R. G. Bl. S. 277).

Zu §§. 35 und 36. Da durch die Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsversteigerung und die sich daran schliessenden weiteren Massnahmen ein grösserer Kreis dritter Personen, welchen Ansprüche gegen den Schuldner oder Rechte in Beziehung auf die beschlagnahmten Objecte zustehen, in Mitleidenschaft gezogen werden, so war es wichtig, diese Personen von vornherein zu bezeichnen, damit dieselben zur Wahrnehmung ihrer Interessen in den Stand gesetzt werden. Der Entw. unterscheidet in §. 35 zwischen „betheiligten Gläubigern“ und „Betheiligten“. Der letztere Ausdruck ist der weitere, er umfasst ausser den betheiligten Gläubigern auch den Schuldner¹⁾. Zu jenen zählt der Entw., abgesehen von Denen, welche gegenwärtig die Beschlagnahme des Grundstücks beantragen, auch Diejenigen, welche schon durch eine frühere Beschlagnahme, sei es des Grundstücks, sei es der Erträge und beweglichen Zubehörungen desselben, Vorzugsrechte erworben haben (§. 10), sodann Alle Die, welche nach Massgabe des dem Gerichte vorliegenden (§§. 24 Abs. 2, 25) Grundbuchauszugs als Hypothekgläubiger oder sonst dinglich Berechtigte im Grundbuche eingetragen sind (vgl. die hiesige C. P. O. §. 393 Abs. 3 verb. mit §. 279). Eine Ausnahme in Betreff der letzteren tritt nur dann ein, wenn ein Interesse für den Berechtigten, von den betr. Massregeln im Zwangsvollstreckungsverfahren benachrichtigt zu werden, nicht vorliegt, weil die für denselben begründete dingliche Last vom Ersteher ohnehin übernommen werden muss (§. 71). Bei Hypotheken, welche einem Anderen abgetreten oder verpfändet sind, kann nur der jedesmalige Inhaber des Hypothekenbriefs als der Berechtigte gelten; war die Abtretung oder Verpfändung im Grundbuche eingetragen, so tritt diese Substitution ohne Weiteres ein, anderenfalls würde es erst der Legitimation des durch Abtretung oder Verpfändung eingetretenen Gläubigers bedürfen.

Zu §§. 37 bis 39. 1. Dass durch die auf Antrag eines Gläubigers erfolgte Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsversteigerung das Recht anderer Gläubiger, zu verlangen, dass in Betreff desselben Grundstücks ein weiteres Zwangsversteigerungsverfahren eingeleitet werde, nicht beeinträchtigt werden kann, ist ein auch nach gemeinem Processrecht zweifelloser (vgl. z. B. Seuff. Arch. XXX, 93), in neueren Gesetzen (z. B. Preuss. Subh. Ordn. §. 7) ausdrücklich hervorgehobener Rechtssatz. Auch der Entw. wird in §. 37 von diesem Grundsatz geleitet. Er gewährt daher, wofern ein vollstreckbarer Schuldtitel vorliegt, sowohl dem bisherigen Gläubiger wegen anderer fälliger Forderungen, als auch anderen Gläubigern das Recht, Beschlagnahme auf dasselbe Grundstück zu erwirken, wobei jedoch selbstverständlich ist, dass das

¹⁾ Dass der Gemeinschuldner bei einer von dem Concursverwalter betriebenen Zwangsversteigerung etc. nicht als „Betheiligter“ gilt, ist in §. 114 No. 2 bestimmt.

ersteingeleitete Verfahren nicht bereits durch Zuschlagsertheilung beendet sein darf. Da das Recht des neu auftretenden Gläubigers ein durchaus selbstständiges ist, so war es nicht zulässig, etwa eine bloss accessorische Betheiligung desselben zu statuiren; eine solche würde zu einer erheblichen Gefährdung des neuen Gläubigers führen können, insofern ihm kein Mittel gegeben wäre, bei etwaigem Rücktritt des ersten Beschlagnahmegläubigers das Verfahren selbstständig fortzusetzen.

2. Wie die Voraussetzungen für den Antrag auf weitere Beschlagnahme — abgesehen von dem, wenn bereits erbracht, nicht mehr erforderlichen Nachweis der Unzulänglichkeit der Execution in das bewegliche Vermögen — dieselben sind, wie bei dem ersten Antrag auf Beschlagnahme, so soll dies auch nach §. 38 hinsichtlich der Formen, in welchen sich das Beschlagnahmeverfahren bewegt, und der Wirkungen der Beschlagnahme der Fall sein. Dass das durch die spätere Beschlagnahme begründete Vorzugsrecht dem des früheren Beschlagnahmegläubigers nachsteht, ergibt sich aus §. 10.

3. Der §. 39 behandelt den Fall, wenn nach eingeleitetem Zwangsversteigerungsverfahren neue Grundstücke des Schuldners als Beschlagnahmeobjecte bezeichnet werden. Liegen dieselben in verschiedenen Gerichtsbezirken, so wird das auf das neue Grundstück anzuwendende Verfahren in jedem Falle ein selbstständiges sein müssen; anderenfalls steht es in der Befugniß des Vollstreckungsgerichts, beide Verfahren zu combiniren (arg. D. C. P. O. §. 138), vorausgesetzt, dass dadurch die Betheiligten in ihren Rechten nicht beeinträchtigt werden. Dieser Grundsatz findet auch Anwendung, wenn bei einem im Miteigenthum mehrerer Personen befindlichen Grundstück das Zwangsversteigerungsverfahren zunächst nur hinsichtlich des Antheils eines Miteigenthümers beantragt, hinterher aber auf Antrag eines neuen Gläubigers auf das gesammte Grundstück erstreckt ist. In diesem Falle würde allerdings ein einheitliches Verfahren durch Subhastation des ganzen Grundstücks am Platze sein; gleichwohl würde, um den Extrahenten der Antheilssubhastation vor Beeinträchtigungen bei etwaiger Zurücknahme des Antrags seitens des neuen Gläubigers sicher zu stellen, die Versteigerung in doppelter Form, theils auf den Antheil des Miteigenthümers, theils auf das ganze Grundstück zu geschehen haben (§. 43); vgl. Jaeckel, Preuss. Subhastationsordn. (1878) S. 26.

Zu §§. 40 und 41. Bereits in den Motiven zu §. 28 wurde hervorgehoben, dass dem Schuldner, wenngleich ihm jede den Gläubigern nachtheilige Disposition gewehrt wird, doch regelmässig trotz der Beschlagnahme des Grundstücks dessen Besitz und Nutzung verbleibt. Es sind ihm also alle Handlungen erlaubt, durch welche der Kreis der ordnungsmässigen Verwaltung nicht überschritten wird, insbesondere Alles, was zum eigenen Unterhalt, zur Fortführung der Wirthschaft, zur Bezahlung von Abgaben und Hypothekenzinsen nothwendig ist. Liegt

ein Interesse vor, den Schuldner des Besitzes zu entsetzen und eine *missio in possessionem rei servandae causa* eintreten zu lassen (Dernburg, Pfandrecht I. S. 404, 405), so kann das Vollstreckungsgericht auf Antrag eines Beschlagnahmegläubigers nach Würdigung der Sachlage die Bestellung eines Verwalters verfügen; ehe jedoch eine derartige, immerhin kostspielige Massregel angeordnet wird, muss dem Schuldner Gelegenheit gegeben werden, sich über die Gründe, auf welche der fr. Antrag gestützt wird, äussern zu können. Das Gesetz ordnet diese Verhältnisse in §. 40, indem es die näheren Bestimmungen über die Art, wie die Verwaltung geführt werden soll, da sie gesetzlicher Ordnung nicht fähig sind, dem Ermessen des Vollstreckungsgerichts überlässt. War zur Zeit der Beschlagnahme des Grundstücks bereits auf Grund eines früher eingeleiteten Zwangsvollstreckungsverfahrens ein Verwalter bestellt, so kommt es, wie §. 41 vorschreibt, nur darauf an, den vorhandenen Zustand im Interesse des neuen Vollstreckungsverfahrens beizubehalten; übrigens sind die Verhältnisse dieselben, wie bei Verpachtung und Vermietung des Grundstücks (§. 34).

Zu §. 42. 1. An die Eintragung des Beschlagnahmebeschlusses im Grundbuche soll sich die Anberaumung eines Versteigerungstermins unmittelbar anschliessen. Dieser Termin sollte nach der Ldsf. V. O. vom 10. April 1800 (Steinacker, Promt. II. S. 373) auf 6 Monate, nach §. 393 Abs. 1 der C. P. O. v. 19. März 1850 „in der Regel“ auf 3 Monate, unter Umständen aber auch auf 6 Monate hinaus angesetzt werden. Der Entw. hat die letzterwähnte Fristbestimmung beibehalten, jedoch, um für die Zukunft der bisher von einzelnen Gerichten befolgten Ansicht vorzubeugen, als ob selbst die Innehaltung einer 3 monatigen Frist auch in gewöhnlichen Fällen vom Belieben des Gerichts abhängig sei, bestimmt, dass behuf Vornahme der Versteigerung mindestens 3 Monate, von der Versteigerungsbekanntmachung gerechnet, verstrichen sein müssen, da eine derartige Frist regelmässig nothwendig scheint, um die bevorstehende Subhastation in kaufustigen Kreisen bekannt zu machen, und den Bietern Zeit zu lassen, die erforderlichen Geldmittel disponibel zu machen. Nur bei Grundstücken von geringem Werthe würde ein Bedürfniss zur Innehaltung einer 3 monatigen Frist nicht vorliegen; für solche Fälle, über deren Vorhandensein das richterliche Ermessen zu entscheiden hat, soll schon eine Frist von 6 Wochen genügen. — Findet eine Wiederholung der Versteigerung statt, wie in den Fällen der §§. 56, 58, 64, 67, so ist die regelmässig zu beobachtende Frist, von etwaigen mit allseitiger Uebereinstimmung sämtlicher Betheiligter getroffenen Abänderungen abgesehen, in jedem Falle nur auf 2 Monate bemessen.

2. Die Bestimmung über den Ort der Versteigerung entspricht dem §. 17 der Preuss. Subh. Ordn. ¹⁾.

¹⁾ Von der Commission wurde geltend gemacht, dass der Versteigerungstermin aus praktisch sehr zu berücksichtigenden Gründen und im Interesse der

Zu §§. 43 und 44. 1. Gleichzeitig mit der Festsetzung des Versteigerungstermins hat das Gericht auch darüber zu beschliessen, ob das betr. Grundstück im Ganzen oder nach einzelnen Parcellen bzw. zugleich mit anderen in demselben Verfahren zu versteigernden Einzelgrundstücken verkauft, oder ob diese Versteigerungsarten verbunden werden sollen. Dieser Beschluss steht schon nach gemeinem Rechte dem Gerichte von Amtswegen zu (Dernburg, Pfandr. II. S. 262), wenngleich dasselbe auf die Anträge des Beschlagnahmegläubigers gebührende Rücksicht zu nehmen hat. Von Wichtigkeit ist die abzugebende Verfügung namentlich für den Fall, wenn einem Gläubiger mehrere Grundstücke auf Grund einer Correalhypothek conjunctim haften, wo derselbe den gemeinschaftlichen Verkauf zu einem Gesamtgebote oder auch den Verkauf jedes einzelnen Grundstücks beantragen darf, oder wenn von mehreren Beschlagnahmegläubigern der Eine das ganze Grundstück, der Andere nur ein einzelnes zum Complex desselben gehöriges Zubehörstück beanspruchen kann, in welchem Falle gleichfalls sowohl die Parcellen als das ganze Grundstück einzeln versteigert werden müssen. Die Verfügung über die anzuwendende Versteigerungsart ist von dem Gerichte nach vorgängiger Anhörung des Schuldners zu treffen, und wird dasselbe darauf zu achten haben, dass die Interessen nachstehender Gläubiger nicht beeinträchtigt werden ¹⁾).

Erzielung eines möglichst hohen Kaufpreises auch noch an einem anderen Orte als „an der Gerichtsstelle und in der Gemeinde, in deren Bezirk das Grundstück belegen ist“ — wie der Entw. vorschrieb — abzuhalten sein möchte. Es empfehle sich z. B. die Abhaltung des Termins in einer Nachbargemeinde, deren Bezirk angrenzt an den Bezirk derjenigen Gemeinde, in welchem das Grundstück liegt, sofern gerade aus der ersteren besonders viele Kauflustige zu erwarten seien, oder wenn die Gemeinde, zu deren Bezirk das zu versteigernde Grundstück gehört, ablegen oder durch schlechte Wege schwer zugänglich sei, so dass ein erheblicher Zusammenfluss Kauflustiger nicht wohl zu erwarten stehe, oder wenn das zu versteigernde Grundstück einen Theil des in der Nachbargemeinde belegenen Hofes bilde. Die Commission nahm an, dass, wenn in derartigen oder in ähnlichen Fällen ein übereinstimmender Antrag der Betheiligten, den Termin an einem anderen Orte des Gerichtsbezirks abzuhalten, vorliege, das Gericht nicht behindert sein dürfe, dem Antrage Folge zu geben. Demgemäss ist dem §. 42 ein entsprechender Zusatz hinzugefügt.

¹⁾ Es ist nicht zu verkennen, dass es unter Umständen bedenklich werden kann, wenn die endgültige Bestimmung gleich bei der Verfügung über den Versteigerungsantrag, also zu einer Zeit getroffen werden soll, wo ebensowenig das Gericht als die Betheiligten schon in der Lage sind, die zu berücksichtigenden Interessen klar zu übersehen und die Zweckmässigkeit dieser oder jener Versteigerungsart unabänderlich zu bestimmen. Es empfahl sich daher, eine Abänderung der gerichtlichen Entscheidung über die Versteigerungsart im Interesse der Betheiligten jedenfalls noch in dem zur Festsetzung der Versteigerungsbedingungen bestimmten Termine zu ermöglichen. Es ist deshalb der Abs. 2 des §. 43 auf Antrag der Commission in das Gesetz aufgenommen.

Den Zuschlag erhält bei Combination mehrerer Versteigerungsarten das Gesamtgebot, wenn dieses die Summe der Einzelgebote, und die Einzelgebote, wenn diese das Gesamtgebot übersteigen. Ueber die Grundsätze, welche bei Vertheilung des Erlöses aus den verschiedenen Versteigerungsarten in den oben bezeichneten Fällen zu beobachten sind, vergl. die §§. 76 und 77.

2. In Betreff der Bestimmung des §. 44 wird auf die Motive zu §. 41 des Grunderwerbsges. (s. „Grundbuchgesetze des Herzogthums“ S. 87) verwiesen, wonach die Subhastation eines Grundstücks, auf welches dingliche Lasten ohne Consens voreingetragener Gläubiger bestellt sind, behuf Wahrung der Rechte der letzteren mit Abgabe doppelter Gebote, theils mit der Last theils ohne dieselbe, erfolgen muss, es sei denn, dass schon die Versteigerung mit der Last einen die vorhergehenden Hypotheken unzweifelhaft deckenden Erlös ergeben hätte. Hierfür bedarf es weder eines Antrages der Beschlagnahmegläubiger, noch selbst einer Erwähnung in der Versteigerungsbekanntmachung; das Bedürfniss, die Versteigerung auch in anderer Art vorzunehmen, wird sich eben regelmässig erst im Versteigerungstermine nach dem Ergebniss der primären Versteigerungsart ergeben. Auch kann es dabei keinen Unterschied machen, ob etwa der vorhergehende Hypothekgläubiger die Beschlagnahme des Grundstücks beantragt hatte oder nicht, da die doppelte Versteigerung, wenn anders die Lage der Sache es erfordert, auf Rechtsnothwendigkeit beruht. In jedem Falle kann das dingliche Recht nur erhalten werden, wenn der voreingetragene Gläubiger durch das abgegebene Gebot gedeckt wird; ist dies jedoch der Fall, so muss die dingliche Last selbst dann von dem Ersteher übernommen werden, wenn dadurch nachstehende Hypothekgläubiger geschädigt werden sollten (§. 71). War z. B. das Grundstück mit 3000 Mark, 5000 Mark, 2000 Mark und einem Altentheile, der in der Priorität hinter den 3000 Mark kommt, belastet, und hat das geschehene Gebot mit Uebernahme des Altentheils 4000 Mark, ohne dessen Uebernahme 10 000 Mark ergeben, so würde doch der Zuschlag zu 4000 Mark, also zum Schaden der nachstehenden Hypothekgläubiger, ertheilt werden müssen, wenn nicht der Altentheilsberechtignte in das andere Meistgebot einwilligen sollte. Ebenso nach dem Preuss. Grunderwerbsges. vom 5. Mai 1872 §. 47 Abs. 2; vergl. Dernburg, Preuss. Privatr. I. S. 773, 774 Note 5, Jaeckel a. a. O. S. 55.

Zu §§. 45 und 46. Die Versteigerungsbekanntmachung muss diejenigen Bestimmungen enthalten, welche für eine erfolgreiche Vor-
nahme der Versteigerung wichtig sind. Inwieweit deren Nichtbeachtung die Nichtigkeit des Verfahrens herbeiführt, ist in §. 61 Nro. 1 vorgeschrieben. Eine wesentliche Abweichung von dem bisherigen Verfahren besteht darin, dass nach §. 393 Abs. 3 der hiesigen C. P. O. der die Versteigerung anordnende Bescheid zugleich eine öffentliche Ladung aller

Betheiligten enthalten musste, und dass dabei nicht bloss die im Hypothekenbuche bezeichneten Berechtigten, sondern überhaupt Alle, welche Eigenthum oder dingliche Rechte am Grundstück zu haben vermeinen, bei Strafe des Ausschlusses vorgeladen wurden (C. P. O. §. 394 Abs. 1, §. 275, 1). Das Letztere ist jedoch nicht mehr erforderlich, seitdem die Subhastation überhaupt nur gegen den im Grundbuche eingetragenen Eigenthümer erfolgen kann (§§. 20 bis 22, 25, 26), während dem nicht eingetragenen Besitzer des Grundstücks gegen Letzteren kein wirksames Recht, kraft dessen er sich im Besitz erhalten könnte, zusteht (Grund-erwerbsges. §. 5), und seitdem ferner die dinglichen Rechte, wenn sie nicht im Grundbuche eingetragen sind, von wenigen ohnehin öffentlichen Rechten abgesehen, gegenüber dem neuen Erwerber des Grundstücks keinerlei Geltung haben (vergl. §. 71 und das Ausführungsges. zu den D. Processordnungen §. 7 No. 1 [nebst den Motiven dazu]).

Eine etwaige Verbindung der Ladung der Hypothekgläubiger mit der Versteigerungsbekanntmachung könnte nur von Bedeutung sein, um daraus sogleich den Betrag der den gedachten Gläubigern zustehenden, aus dem Grundbuchauszug nicht ersichtlichen Nebenforderungen an Zinsen, Kosten u. dgl. erkennen zu können. In dieser Hinsicht genügt jedoch die Aufforderung der Hypothekgläubiger zum Zwecke der Aufstellung des Vertheilungsplans (§. 74).

Die von dem Entw. in §. 46 gewählten Mittel der Veröffentlichung sind solche, welche geeignet sind, Kauflustige herbeizuziehen und die Realberechtigten zur Wahrung ihrer Interessen zu veranlassen. Dem letzteren Zweck dient die vorgeschriebene besondere Zustellung an alle aus dem Grundbuchauszug ersichtlichen betheiligten Gläubiger¹⁾, dem ersteren neben der Insertion in öffentliche Blätter etc. die Vorschrift, dass die Versteigerungsbekanntmachung auch in derjenigen Gemeinde, wo das beschlagnahmte Grundstück belegen ist, angeheftet werden soll, weil dadurch erfahrungsmässig Kauflustige am wirksamsten auf das anhängige Zwangsversteigerungsverfahren aufmerksam gemacht werden.

Zu §§. 47 bis 50. 1. Da die Versteigerungsbedingungen für die Höhe des zu erzielenden Erlöses von grosser Wichtigkeit sind, und

¹⁾ Die Commission hatte für erforderlich gehalten, dass auch denjenigen betheiligten Gläubigern, welche erst nach dem Erlasse der Versteigerungsbekanntmachung zur Kenntniss des Gerichts gelangen, letztere nachträglich besonders zugestellt werde. Sie nahm jedoch von Stellung eines desfallsigen Antrages Abstand, nachdem der Regierungsvertreter hervorgehoben hatte, dass dadurch die Beibringung der Bescheinigung über die geschehene Zustellung bis zum Versteigerungstermine leicht erschwert werden und in Folge dessen eine Aussetzung des Versteigerungstermins mit Hinblick auf §. 61 No. 1 sich als nothwendig herausstellen, damit aber das Verfahren selbst ohne Grund verzögert werden würde, und dass ohnehin Gläubiger, welche ihre Rechte am Grundstück im Grundbuche nicht haben eintragen lassen, keinen Anspruch auf besondere Berücksichtigung hätten.

den theilhaftigen Gläubigern ein bestimmender Einfluss auf deren Feststellung gewährt werden muss, so schreibt das Gesetz vor, dass zugleich mit dem Versteigerungstermine auch ein Termin behuf Feststellung der Bedingungen zeitig vor jenem anberaumt werden soll. Letztere werden, wie bisher (C. P. O. §. 393 Abs. 4), nicht vom Gerichte, sondern von dem die Veräusserung betreibenden Gläubiger, und im Falle des Vorhandenseins mehrerer Gläubiger von jedem derselben entworfen, so jedoch, dass die späteren Beschlagnahmegläubiger sich den bereits von einem anderen Gläubiger entworfenen Bedingungen anschliessen können.

Die Ueberreichung einer Beschreibung des zu versteigernden Grundstückes ist dem Beschlagnahmegläubiger nicht zur Pflicht gemacht, sondern dessen Ermessen überlassen. Erwähnt wird dieselbe in den §§. 48 und 51.

2. Die Entscheidung über die gegen die vorgeschlagenen Bedingungen vorgebrachten Einwendungen gebührt dem Gerichte, welches dabei ebensowohl das bestehende Recht als das Interesse der Gläubiger an einem möglichst günstigen Erlöse der Versteigerung zum Massstab zu nehmen hat. Ebenso rechtfertigt sich bei widersprechenden Vorschlägen der Beschlagnahmegläubiger die Uebertragung des Wahlrechts auf das Vollstreckungsgericht (§. 48 Abs. 2). Trotz dieser Entscheidung wird jedoch nicht ausgeschlossen, dass eine Abänderung der Bedingungen noch später, selbst noch im Versteigerungstermine, durch Uebereinkunft sämtlicher Theilhaftiger statthinde (§. 49); eine derartige nach keiner Seite hin rechtliche Interessen verletzende Vorschrift entspricht dem den Theilhaftigen im Gesetze eingeräumten Einflusse auf das Verfahren.

3. Schon nach gemeinem Recht hat der Ersterher wegen Fehlens der angekündigten Eigenschaften der Kaufsache oder wegen verborgener Mängel derselben keinerlei Regress (Dernburg, Pfandr. II, S. 267), nur dass, wofern den Richter ein Verschulden trifft, nach den Grundsätzen der Syndicatsklage gegen denselben vorgegangen werden darf. Ebenso folgt aus dem Grundsatz, dass dem Meistbietenden der Zuschlag im Versteigerungstermine erteilt wird (§. 55), der auch in der gemeinrechtlichen Praxis meist anerkannte Ausschluss der Anfechtung der Versteigerung wegen Verletzung über die Hälfte (Merkel im Rechtslex. X, S. 616; Seuff. Arch. IV, 213 No. 4. IX, 17. XXX, 240). Gleiche Vorschriften finden sich im Preuss. Allg. L. R. I, 11 §§. 343 und 344 und im Sächs. Bürg. G. B. §. 950. Der Entw. giebt, um das Belieben der Theilhaftigen nicht allzusehr zu beschränken, beiden Rechtssätzen einen dispositiven Charakter, indem er die Interpretationsregel aufstellt, dass dieselben auch ferner für die Versteigerung Geltung haben sollen, wofern in die Bedingungen nicht abweichende Vorschriften aufgenommen sind. Dagegen fordert der Entw., um den Bieter von vornherein auf die wichtigen Folgen einer etwaigen Resubhastation (§§. 65, 68) aufmerksam zu machen, deren Aufnahme in die Versteigerungsbedingungen und die darin gleichzeitig niederzulegende Erklärung des Ersterhers, sich bei Nichterfüllung der von ihm übernommenen Verpflichtungen der sofortigen

Zwangsvollstreckung unterwerfen zu wollen (D. C. P. O. §. 702 No. 5), Letzteres zu dem Zwecke, um damit einen vollstreckbaren Schuldtitel für die etwa nothwendig werdende Zwangsvollstreckung in das übrige Vermögen des Erstehers (§. 68) zu gewinnen.

4. Die rechtzeitige Ueberreichung der Versteigerungsbedingungen seitens der Beschlagnahmegläubiger bildet eine so wesentliche Voraussetzung für ein gehörig geordnetes Zwangsversteigerungsverfahren, dass die Unterlassung derselben die Aufhebung des Versteigerungstermins zur Folge haben muss (§. 50 Abs. 2), und der Fall so anzusehen ist, als ob der Beschlagnahmegläubiger selbst auf die Zwangsversteigerung verzichtet habe (§. 60). Würde jedoch bei nachträglicher Ueberreichung der Bedingungen die Säumniss genügend entschuldigt, so kann das Gericht den betr. Gläubiger noch hinterher zulassen und nöthigenfalls einen neuen Termin zur Vorbringung etwaiger Einwendungen anberaumen (§. 50 Abs. 1).

Zu §§. 51 bis 53. Was den weiteren Gang des Verfahrens anbetrifft, so beruht derselbe im Allgemeinen auf den bisher geltenden Grundsätzen, wenngleich mit einigen Abänderungen und Ergänzungen. Im Einzelnen ist Folgendes zu bemerken:

1. Durch die dem bisherigen Verfahren unbekannte Bestimmung in §. 51 Abs. 2 soll ein zu früher Abschluss des Versteigerungstermins verhindert und damit die Gefahr eines ungünstigen Ergebnisses der Versteigerung in Folge verspäteten Eintreffens von Kauflustigen vermieden werden. Ebenso Preuss. Subhast. Ordn. §. 25. Uebrigens ist es selbstverständlich, dass der Richter auch dann, wenn ausser den Betheiligten Niemand im Versteigerungstermine erschienen sein sollte, die im ersten Absatze vorgeschriebenen Obliegenheiten erfüllen muss, weil die betheiligten Gläubiger auch als Bieter bei der Versteigerung auftreten können.

2. Nach §. 394 Abs. 2 der hiesigen C. P. O. sollten diejenigen Kauflustigen nicht zum Gebote gelassen werden, „deren Zahlungsfähigkeit von der die Vollstreckung betreibenden Partei bestritten wird, und die sich über ihre Zahlungsfähigkeit nicht ausweisen.“ Wesentlich in Uebereinstimmung hiermit und im Anschluss an die §§. 54 No. 4 und 73 des Bayerischen Entw. und die §§. 22 bis 24 der Preuss. Subh. Ordn. will der Entw. jeden Bieter, wenn ihm nicht etwa eine unzweifelhaft zur Deckung gelangende Forderung zusteht, zur Entrichtung einer Caution verpflichtet, sobald ein Betheiligter — also sowohl der Schuldner, als ein betheiligter Gläubiger — dieses Verlangen ausspricht, was ihm bis zur Zuschlagsertheilung (§. 55) zusteht. Die Caution soll sofort im Bietungstermine geleistet, andernfalls das Gebot vom Gerichte zurückgewiesen werden. Indessen ist die Verletzung dieser Vorschrift nach §. 61 des Entw. nicht mit der Nichtigkeit des Verfahrens bedroht, da häufig auch eine zu strenge Handhabung dieser Bestimmungen zu einer Gefährdung der wahren Interessen der Gläubiger führen kann. In der That trifft

hier zu, was die Motive zu §. 22 der Preuss. Subh. Ordn. (Jaeckel a. a. O. S. 59) sagen: „Ist der Richter in Bezug auf die Cautionsstellung zu streng gewesen, und hat er darum einen zuzulassenden Bieter zurückgewiesen, so giebt diese lediglich im Interesse der Betheiligten vorgenommene Handlung um der blossen Möglichkeit willen, dass ihnen ein zahlbarer Bieter entgangen sei, keinen ausreichenden Grund für die Versagung des Zuschlags und die Herstellung der damit verbundenen Nachtheile ab. Ist dagegen der Meistbietende ohne Caution oder ohne ausreichende Caution zugelassen worden, so steht einerseits nicht fest, dass er seinen Verbindlichkeiten nicht nachkommen werde, andererseits gewährt den Interessenten die Resubhastation, welche kaum länger dauert, als eine fortgesetzte Subhastation, ausreichenden Schutz.“ — Die Caution soll für das Gebot, d. h. für das Interesse wegen nicht geleisteter Zahlung haften; ihre Höhe und die Art ihrer Leistung ist ebenso wie im Bayerischen Entw. bestimmt¹⁾. Unter den „kursfähigen Werthpapieren“ sind alle Papiere auf den Inhaber zu verstehen, welche an der Börse gehandelt werden und daher einen Börsenkurs haben. Entstehende Differenzen, z. B. über die Solvenz des gestellten Bürgen, hat das Gericht zu schlichten.

3. Der §. 53 macht von dem gemeinrechtlichen, auch in der hiesigen Praxis (Ztschr. f. R. I. S. 77, 192, XVI. S. 111 [Seuff. Arch. XXI, 162]), anerkannten Rechtssatze, dass jeder im Zweifel als in eigenem Namen contrahirend angesehen wird, und dass die Behauptung, in fremdem Namen contrahirt zu haben, als eine Einrede von ihm bewiesen werden muss, hinsichtlich der Zwangsversteigerung insofern Gebrauch, als er jeden Bieter persönlich verpflichtet und ihn nur dann als Stellvertreter eines Anderen betrachtet, wenn derselbe vor Abgabe seines Gebotes, also vor Eingehung des Contractes, seinen Auftraggeber benannt hat. Ebenso die Hannov. b. Processordn. §. 562 Abs. 2. Die von dem Meistbietenden erst am Schlusse des Versteigerungstermins nach ertheiltem Zuschlage abgegebene Erklärung, als Bevollmächtigter eines Anderen gehandelt zu haben, würde an sich bedeutungslos sein und nur mit Zustimmung aller Betheiligten Rechtswirkung erlangen können.

4. Der §. 46 des Preuss. Grunderwerbsges. vom 5. Mai 1872 lässt auch den Eigenthümer des subhastirten Grundstücks zum Mitgebot zu, vorausgesetzt, dass derselbe auf Anfordern eines Betheiligten vollständige Sicherstellung seines Gebots in baarem Gelde oder in kursfähigen Werth-

¹⁾ Nach dem Entw. sollte der Bieter danach eine Caution „bis zu zwanzig von Hundert seines Gebotes“ leisten. Die Commission wünschte die Herabminderung der Höhe der Caution auf die Hälfte, weil der im Entw. geforderte Betrag geeignet sei, die Kauflust herabzudrücken und zu verwerflichen Machinationen eines chicanösen oder speculirenden nachstehenden Gläubigers zu dienen. Diesem Wunsche ist im ersten Absatze des §. 52 Folge gegeben.

papieren leistet. Es enthält diese Bestimmung eine Abweichung von dem gemeinen Rechte, welches den Kauf der eigenen Sache im Allgemeinen (L. 16 pr. D. de contr. emt. 18, 1) und, was den Verpfänder betrifft, den Kauf des vom Pfandgläubiger zum Verkauf ausgetobenen Pfandes im Besonderen für unzulässig erklärt (L. 40 pr. §. 1 D. de pignor. act. 13, 7. L. 39 pr. D. de contr. emt. 18, 1), weil Niemand gegen sich selbst berechtigt und verpflichtet sein kann. Der Entw. hat es vorgezogen, in Bezug auf den Eigenthümer an dem gemeinrechtlichen Grundsätze festzuhalten (§. 53), um etwaigen Collusionen desselben in dem Bestreben, das Grundstück zu möglichst niedrigem Preise schuldenfrei in seinem Besitze zu erhalten, die Spitze abzuberechen. Wenngleich daher der Eigenthümer nach dem Entw. weder persönlich noch durch Andere soll bieten können, so ist doch nach Röm. Recht der von ihm ertheilte Auftrag, das zur Subhastation gebrachte Grundstück für ihn wieder zu kaufen, als rechtsgültig angesehen (Ztschr. f. R. XVI. S. 66 ff.; vgl. auch Seuff. Arch. XXV, 60), und wird es hierbei auch trotz des gedachten Verbots sein Bewenden behalten.

5. Dass Richter und Gerichtsschreiber, welche den Termin leiten, nicht bieten dürfen, entspricht gleichfalls dem gemeinen Recht (Dernburg, Pfandr. II. S. 263) und wird auch in neueren Gesetzgebungen (z. B. Pr. Landr. I, 11. §. 22, Mecklenb. Entw. §. 45 No. 1) ausdrücklich hervorgehoben.

Zu §§. 54 und 55. Nach der richtigen, auch in der hiesigen Praxis (Seuff. Arch. XXXI, 193) anerkannten Ansicht handelt das die Zwangsversteigerung leitende Gericht weder im Namen des Schuldners, noch als Vertreter der Gläubiger, sondern kraft der ihm innewohnenden öffentlichen Autorität (Förster, Pr. Privatr. 3. Aufl. II. S. 138 III. S. 415 ff. Dernburg, Pfandr. II. S. 258 ff., ders., Pr. Privatr. I. S. 767, v. Meibom, Mecklenb. Hyp. R. S. 304). Ohne an die Anträge der Extrahenten der Subhastation oder der anwesenden theiligten Gläubiger gebunden zu sein, leitet der Richter die Verhandlungen, wahrt die Rechte Anwesender, fordert die Erschienenen zum Bieten auf und ertheilt dem Meistbietenden den Zuschlag. Was die Perfection des zwischen dem Erstehet und den Beschlagnahmegläubigern (denen das Veräußerungsrecht des Grundstücks kraft eigenen Rechtes zusteht) geschlossenen Vertrages anlangt, so hat das öffentliche Ausgebot bei der Versteigerung nicht, wie bei der Auslobung, den Charakter einer Offerte in incertam personam, so dass mit jedem Gebote ein Kaufvertrag unter Vorbehalt des besseren Käufers zum Abschluss käme; vielmehr erscheint dasselbe als eine allgemeine Aufforderung zum Contrahiren, und der Vertrag kommt erst dadurch zu Stande, dass die im Gebote enthaltene Offerte acceptirt wird (Windscheid, Pand. II. 4. Aufl. S. 187). An diesen Grundsätzen hält der Entw. in den §§. 54 und 55 fest. Er lässt den Bieter durch das Mehrgebot, sofern dasselbe nicht etwa bis zum Zuschlage, z. B. wegen

nicht gestellter Caution, vom Gerichte zurückgewiesen wird, frei werden. Die Ertheilung des Zuschlages selbst aber — welche zur Vermeidung möglicher Zweifel in Zukunft nicht durch das übliche bloss Aufschlagen des Beamten auf den Tisch, sondern durch entsprechende mündliche Erklärung an den Bestbietenden zu geschehen hat — stellt er nicht etwa in das freie Ermessen des Gerichts, so dass demselben das Recht der Auswahl unter den Bieter, insbesondere mit Rücksichtnahme auf deren persönliche Sicherheit, gestattet wäre, sondern er schreibt in §. 55 im Anschluss an die Ldsf. V. O. v. 10. April 1800 und den §. 394 Abs. 2 der hiesigen C. P. O. vor, dass dem Meistbietenden in jedem Falle, mag sein Gebot noch so gering sein, der Zuschlag ertheilt werden muss. Die einzige Ausnahme von dieser Vorschrift soll nur in dem in §. 58 erörterten Falle eintreten, wenn ein betheiligter Gläubiger nach ertheiltem Zuschlage, um einen höheren Erlös zu erzielen, die Anberaumung eines neuen Versteigerungstermins beantragt und das Gericht die nochmalige Versteigerung zulässt. Wenn daher auch mit der Zuschlagertheilung der Vertrag selbst perfect wird, so tritt doch diese Perfection nur unter der Resolutivbedingung ein, dass nicht gerichtseitig eine nochmalige Versteigerung werde zugelassen werden, eine Bedingung, bei deren Erfüllung — wie §. 58 Abs. 3 ausdrücklich hervorhebt — der bisherige Meistbietende von seiner Verpflichtung frei wird, deren Vorhandensein jedoch schon beim Schlusse des Versteigerungstermins sich entscheiden muss, da nur bis zu diesem Moment der neue Termin beantragt werden darf¹⁾.

¹⁾ Die dem §. 25 der Preuss. Subh. Ordn. entlehnte Vorschrift des zweiten Absatzes, dass der Zuschlag in keinem Falle vor dem Ablauf einer Stunde, von der Aufforderung zur Abgabe von Geboten angerechnet, ertheilt werden dürfe, hatte in der Commission die Befürchtung hervorgerufen, dass dadurch zuviel Zeitvergeudung auf Seiten des Richters oder Verwirrung des Verfahrens bewirkt werde, wenn ein Grundstücks-Complex in vielen einzelnen Parzellen zum Verkaufe ausboten werden sollte oder mehrere Versteigerungsarten beliebt würden. Die fr. Bestimmung „verfolgt den durchaus zu billigenden Zweck, zu verhindern, dass der Versteigerungsact überhaupt, namentlich der Zuschlag übereilt und die Gelegenheit zum Bieten im Interesse der Erzielung eines möglichst günstigen Resultats den Kauflustigen eingeengt werde. Selbstverständlich darf aber diese Bestimmung nicht so ausgelegt werden, als müsse bei der Versteigerung mehrerer Grundstücke oder Grundstücks-Parzellen jedesmal bis zur Zuschlagertheilung eines jeden einzelnen Versteigerungsobjects die vorgeschriebene Frist abgelaufen sein, bevor zur Versteigerung des nächstfolgenden geschritten werden dürfe, sondern es wird in diesem Falle nur hinsichtlich des zuerst zur Versteigerung gelangenden Grundstücks der Ablauf jener Frist erfordert, während der Ablauf dieser Zeit bezüglich der ferner ausgetretenen Objecte sich alsdann von selbst ergibt“ (Commissions-Bericht S. 19). Um diese Auslegung zu sichern, ist daher im Einverständniss mit der Commission im Gesetze vorgeschrieben, dass die fr. Stunde von der ersten Aufforderung zur Abgabe von Geboten an zu rechnen sei.

Zu §§. 56 u. 57. Die Vorschrift des §. 396 der hiesigen C. P. O., dass, wenn am Versteigerungstage gar kein Gebot erfolgt, von Amtswegen ein anderer Tag, nicht über drei Monate hinaus, angesetzt werden soll, hat der Entwurf nicht beibehalten, vielmehr die Anberaumung des neuen Termins von dem vorgängigen Antrage der Beschlagnahmegläubiger abhängig gemacht, welche möglicher Weise ein Interesse daran haben, den Versteigerungstermin überhaupt nicht wiederholt zu sehen, um die Kosten der nochmaligen, nach Lage der Verhältnisse vielleicht wiederum aussichtslosen Subhastation zu ersparen. Der Entw. sucht zugleich die Lage der Beschlagnahmegläubiger dadurch zu verbessern, dass er ihnen, abgesehen von der nochmaligen Versteigerung, auch die Möglichkeit gewährt, das Grundstück in Zwangsverwaltung zu nehmen, wie solches nach §. 74 des Mecklenb. Entw. bei vergeblichem Versuche der Zwangsversteigerung die Regel bildet, um auf diesem Wege unverhältnissmässige, meist von Zufällen abhängende Schädigungen fernzuhalten und durch Beziehung der Aufkünfte des Grundstücks wenigstens eine allmälige Tilgung der Forderungen herbeizuführen. Zwischen nochmaliger Versteigerung und Zwangsverwaltung wird den Gläubigern in dem bezeichneten Falle die Wahl offen gelassen, so zwar, dass beim Dissens der Ansichten das erstere Mittel als das voraussichtlich eher zum Ziele führende Platz greifen soll. Endlich ist mit Rücksicht auf möglichste Beschleunigung des Subhastationsverfahrens, welche sowohl im Interesse der Gläubiger als der Schuldner liegt, bestimmt, dass der für die Vornahme der abermaligen Versteigerung anzusetzende Termin längstens auf zwei, statt wie bisher auf drei Monate hinausgerückt werden darf.

Die Rücksicht auf das Interesse des Schuldners an Durchführung und Beendigung des Verfahrens erheischt jedoch, dass für das zugestandene Wahlrecht der Gläubiger eine bestimmte Zeitgrenze gesetzt wird. Haben sie innerhalb der im §. 57 bemessenen monatlichen Frist weder einen Antrag auf nochmalige Anberaumung eines Versteigerungstermins gestellt, noch die Einleitung der Zwangsverwaltung beantragt, so kann es keinem Bedenken unterliegen, wenn das Gesetz den Verzicht auf Durchführung des Verfahrens annimmt und demgemäss auch die Kosten der Vollstreckung den Gläubigern überweist. Die Verpflichtung der Letzteren zur Tragung der Kosten muss auch in diesem Falle eintreten, wenn der zweite Versteigerungstermin fruchtlos verlaufen war, da eine dritte und fernere Versteigerung aus Rücksicht auf den Schuldner nicht zugelassen werden kann; indessen soll dadurch nicht ausgeschlossen werden, dass auch selbst noch in dem zweiten Versteigerungstermine der Antrag auf Zwangsverwaltung gestellt wird.

Zu §. 58. Wenn der Entw. in §. 55 die Ertheilung des Zuschlags an den Meistbietenden als Rechtsnothwendigkeit hinstellte, musste er doch andererseits den Gläubigern Schutz gegen zu niedrige Gebote gewähren.

Auch nach bisherigem Recht (C. P. O. §. 395) wurde daher dem Exponenten der Subhastation oder einem Hypothekgläubiger das Recht gegeben, die Ansetzung eines neuen Versteigerungstermins zu fordern, falls er sich unter Sicherheitsleistung bereit erklärte, event. das Grundstück gegen das erfolgte Meistgebot anzunehmen und die Kosten des zweiten Termins zu tragen. An dieser Bestimmung hat der Entw. festgehalten und nur den Umfang der Vertragsverbindlichkeit des den Antrag stellenden beteiligten Gläubigers im Anschluss an die §§. 27 und 29 der Preuss. Subh. Ordn. näher normirt. Danach soll der Gläubiger nicht nur das ganze Meistgebot erlegen, wenn im zweiten Bietungstermine überhaupt kein Gebot erfolgt, und die Differenz ersetzen, wenn das zweite Meistgebot niedriger ist, sondern er soll auch für allen Nachtheil aus der Verzögerung haften, insbesondere eine etwaige Zinsendifferenz erstatten, die Gefahr der Zwischenzeit tragen, mithin das Meistgebot auch bei einem etwaigen Untergange des Grundstücks zahlen und für die Kosten des neuen Bietungstermins eintreten. Die Realisirung dieser durch Caution zu sichernden Verpflichtungen ist jedoch nicht, wie bei der eigentlichen Resubhastation (§. 68), durch sofortige Zwangsvollstreckung zu erreichen, vielmehr würden die beteiligten Gläubiger, soweit sie nicht aus dem zweiten Gebote gedeckt sind, auf den Weg der Klage zu verweisen sein. — Was den bisherigen Meistbietenden anbelangt, so verlegt der Entw. seine Freiwerdung nicht schon an den Schluss des ersten Versteigerungstermins, bis zu welchem der Antrag des Gläubigers auf Wiederholung der Versteigerung gestellt sein muss, sondern in die gerichtliche „Zulassung der nochmaligen Versteigerung“, da erst in diesem Augenblicke, d. h. mit Anberaumung des neuen Termins, feststeht, dass die Offerte von dem Richter als eine berechtigte anerkannt, und die Caution, zu deren Erlegung der Gläubiger sich verpflichten musste, gestellt ist.

Zu §. 59. Die in §. 59 neu aufgenommenen besonderen Vorschriften über den Inhalt des Versteigerungsprotocolls rechtfertigen sich durch das Interesse an einer gleichmässigen Beurkundung der Versteigerung und durch das Bedürfniss, einen Nachweis über den geordneten Gang derselben, namentlich im Hinblick auf die im §. 61 No. 6 bis 12 zugelassenen Gründe der Anfechtbarkeit des Zuschlags, zu gewinnen.

Zu §. 60. Die in §. 691 No. 1 u. 2 der D. C. P. O. enthaltenen Bestimmungen über Einstellung und Beschränkung der Zwangsvollstreckung finden auch auf die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen Anwendung, bedurften jedoch einer Ergänzung für den Fall, wenn die Einstellung des Verfahrens nicht durch Gerichtsbeschluss, sondern unmittelbar auf den Antrag eines Beschlagnahmegläubigers erfolgt. Das Gleiche ist der Fall hinsichtlich der in §. 691 No. 3 bis 5 erwähnten Fälle, welche eine unmittelbare Einwirkung des Gerichtsvollziehers voraussetzen und daher durch eine dem Immobiliarexecutionsverfahren ent-

sprechende Vorschrift vervollständigt werden müssen. Diese Vervollständigung nach beiden angedeuteten Richtungen bildet den Gegenstand des §. 60.

1. Zu Abs. 1 vgl. Preuss. Subhast. Ordn. §. 32. Wäre der Antrag nur von dem ersten, nicht auch von den adhären den Beschlagnahmegläubigern zurückgenommen, so würde die Zwangsversteigerung ihren Fortgang haben müssen. — Nach Ertheilung des Zuschlages kann die Zurücknahme des Antrags nur mit Zustimmung des Meistbietenden und sämtlicher Betheiligten, also auch des Schuldners, erfolgen.

2. Mit der Zurücknahme des Antrags ist das Verfahren beendet. Wird derselbe später wieder aufgenommen, so stellt sich das weitere Verfahren als eine neue Zwangsvollstreckung dar und unterliegt den gewöhnlichen Regeln. Eine vorläufige oder zeitweilige Zurücknahme des Antrages mit der Wirkung einer blossen Sistirung des Verfahrens (deren Zulässigkeit nach Massgabe der Preuss. Subh. Ordn. von Dernburg, Privatr. I. S. 773 bejaht, von Jaeckel a. a. O. S. 80 richtiger verneint wird) hat der Entw. nicht gestatten wollen, da nicht bloss der Schuldner, sondern auch diejenigen betheiligten Gläubiger, bei welchen es sich um eine unfreiwillige Realisirung ihrer Hypothekforderung handelt, ein Interesse daran haben, das Vollstreckungsverfahren beendet zu sehen und nicht ferner in der Schwebe zu halten. Anders natürlich, wenn die einstweilige Einstellung der Vollstreckung etwa auf Grund der §§. 668 Abs. 2, 688, 690 der D. C. P. O. von dem betr. Gerichte selbst angeordnet sein sollte (ibid. §. 691 No. 2, §. 692).

3. Zu Abs. 2 vgl. Preuss. Subh. Ord. §. 33. Dass die Berichtigung des vollständigen Schuldbetrages, wenn sie vor der Zuschlagsertheilung erfolgt, oder, was der Baarzahlung gleichsteht, die gerichtliche Hinterlegung der Schuldsumme das weitere Zwangsverfahren beseitigt, indem sie den Zweck derselben erfüllt, war schon bisher Rechtsens (vgl. Erk. des vorm. O. A. G. Wolfenb. v. 9. Juli 1847 in Ztschr. f. R. IV. S. 169 ff. u. in Seuff. Arch. XI, 118). Es rechtfertigt sich jedoch, die Einstellung des Verfahrens von gleichzeitiger Sicherstellung der Subhastationskosten abhängig zu machen, daher auch diese, nachdem deren Betrag vom Gerichte bestimmt ist, hinterlegt werden müssen.

Zu §. 61. Es konnte nicht die Aufgabe des Entw. sein, das System der Rechtsmittel gegen die Beschlüsse des Vollstreckungsgerichts zu ordnen, da dies bereits durch die Deutsche Civilprocessordnung geschehen ist, welche in §. 701 gegen Entscheidungen, die im Zwangsvollstreckungsverfahren ohne vorgängige mündliche Verhandlung erfolgen können, — wozu unter Anderem nach D. C. P. O. §. 684 alle auf die gerichtliche Anordnung von Vollstreckungshandlungen bezüglichen Entscheidungen des Vollstreckungsgerichts gehören — das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde (l. c. §. 540) gegeben hat. Dagegen war es von Wichtigkeit, im Anschluss an §. 685 Abs. 1 der D. C. P. O., wonach über

Anträge, Einwendungen und Erinnerungen, welche die Art und Weise der Zwangsvollstreckung oder das bei derselben vom Gerichtsvollzieher zu beobachtende Verfahren betreffen, das Vollstreckungsgericht entscheiden soll, die Fälle namhaft zu machen, welche zu einer Aufhebung des Vollstreckungsverfahrens führen können. Dieses sowohl in der Preuss. Subhast. Ordn. (§§. 27, 28, 39, 48, 49) als im Bayerischen Ent. §. 81 befolgte System gewährt den Vortheil, dass es eine Sicherheit des Verfahrens und der Rechtsprechung bewirkt und die gerade in der Executionsinstanz bedenkliche Ausdehnung des richterlichen Ermessens vermeidet ¹⁾.

Die in §. 61 aufgeführten, dem Bayerischen Entw. entnommenen Anfechtungsgründe sind keine exemplificative, sondern ausschliessliche; sie haben das Gemeinsame, dass sie sich nur auf solche Acte des Verfahrens beziehen, welche vom processualen Standpunkte aus als gesetzwidrig erscheinen, wobei dem Gerichte nach D. C. P. O. §. 685 Abs. 1 das Recht, vor der Entscheidung einstweilige Anordnungen zu erlassen (§. 668 Abs. 2 l. c.), zusteht. Wo es sich dagegen um materiellrechtliche Gründe der Anfechtung handelt, z. B. wegen Mangels des Eigenthums des Schuldners am beschlagnahmten Grundstück, muss, sofern nicht durch das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gegen den Beschlagnahmebeschluss Abhülfe geschaffen ist, dem Betheiligten die selbstständige Geltendmachung seiner Rechte im Wege der Klage vor dem zuständigen Gerichte überlassen bleiben. — Um übrigens die Anfechtbarkeit des Versteigerungsverfahrens in möglichst enge Grenzen zu bannen, schreibt der §. 61 in Abs. 3, ähnlich dem §. 50 Abs. 2 der Preuss. Subh.-Ordn., vor, dass derjenige, gegen welchen eine vorgeschriebene Form nicht beobachtet ist, nicht beliebig bis zum Versteigerungstermine selbst mit der Geltend-

¹⁾ Der Entw. hatte zur Geltendmachung eines der Anfechtungsgründe eine zweiwöchige Frist bestimmt. Für die Frage, ob gegen deren Ablauf Restitution zu ertheilen sei, kam in Erwägung, dass das zugelassene Rechtsmittel, weil zur Beseitigung einer Verletzung processualischer Formen gegeben, mit dem der Revision die grösste Aehnlichkeit habe, und dass es von Wichtigkeit sei, die Wiederaufhebung eines etwa bereits durchgeführten Zwangsvollstreckungsverfahrens an erschwerende Bedingungen zu knüpfen. Man trat deshalb in der Commission der Ansicht des Regierungsvertreters bei, dass der fr. Frist nach Analogie des §. 514 der D. C. P. O. der Charakter einer Nothfrist gegeben werden müsse, und wurde deshalb ein entsprechender Zusatz zu §. 61 Abs. 1 beschlossen. Daraus folgt, dass die fr. Frist durch die Gerichtsferien nicht gehemmt wird (D. C. P. O. §. 201), mittelst Vereinbarung der Parteien weder verlängert noch abgekürzt werden darf (ibid. §. 202 Abs. 1), und dass gegen deren Ablauf nur durch das an ganz bestimmte Voraussetzungen gebundene Rechtsmittel der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (ibid. §§. 211 bis 216) geholfen werden kann. Muss letztere ertheilt werden, so kann allerdings darauf, ob noch *res integra* ist oder nicht, Nichts ankommen; es ist also auch der Fall denkbar, dass die Restitution zu einer Zeit nachgesucht wird, wo bereits das Vertheilungsverfahren und die Ausfertigung des Adjudicationsurtheils stattgefunden hatte.

machung seines Anfechtungsgrundes soll warten dürfen, sondern, wenn er dazu rechtzeitig im Stande war, schon vorher Abhülfe beim Vollstreckungsgerichte, falls nöthig Anberaumung eines neuen Versteigerungstermins, beantragen soll. Der Entw. unterscheidet hier zwei Zeiträume, von denen der eine die letzte Woche vor der Versteigerung, der andere das ganze vorangegangene Verfahren umfasst. Die in der letzten Woche hervorgetretenen Anfechtungsgründe können nach Massgabe des §. 61 noch geltend gemacht werden, auch wenn der Betheiligte sie vorher nicht zur Kenntniss des Gerichts gebracht hatte; was dagegen in den früheren Zeitraum fällt, soll — vorausgesetzt, dass der Betheiligte von der Formverletzung Kenntniss hatte — dem Gerichte behuf Bewirkung der Abhülfe mitgetheilt werden, widrigenfalls das Recht der Anfechtung des ganzen Verfahrens ausgeschlossen bleibt ¹⁾).

Hinsichtlich der einzelnen Anfechtungsgründe ist noch Folgendes zu bemerken:

Zu No. 1. Die nicht geschehene Zustellung der Versteigerungsbekanntmachung an einen Betheiligten (§. 46) soll nicht unbedingt, sondern nur dann, wenn derselbe glaubhaft macht, dass er hierdurch an der Wahrung seiner Rechte gehindert war, die Nichtigkeit des Verfahrens begründen. Es liegt hierin eine Abweichung von der bisherigen hiesigen Praxis, welche die besondere Benachrichtigung „der im Hypothekenbuche eingetragenen Berechtigten“ (hiesige C. P. O. §. 393 Abs. 3) wegen der damit verbundenen Gefahr der Präclusion (l. c. §. 394) als eine wesentliche Formvorschrift betrachtete und der zufälligen Kenntnissnahme des betreffenden Gläubigers von dem bevorstehenden Versteigerungstermine jede rechtliche Wirkung absprach (vgl. Ztschr. f. R. XXV. S. 20 ff.). Da jedoch nach dem Gesetze eine Präclusion dinglich Berechtigter überall nicht mehr stattfindet, so würde es zu einem unleidlichen Formalismus führen, wenn man den Einwand, dass der Betheiligte trotz nicht geschehener besonderer Zustellung der Versteigerungsbekanntmachung von dem Termin frühzeitig genug Kenntniss erlangt habe, um demselben beiwohnen zu können, für unerheblich erachten wollte. Der Mangel der besonderen Zustellung soll also nur unter der hervorgehobenen Beschränkung die Nichtigkeit des Verfahrens begründen. Die Zeit der Zustellung ist im Entwurf nicht bestimmt, es wird daher auch die noch kurz vor dem Versteigerungstermine erfolgte Zustellung für ausreichend erachtet werden müssen.

¹⁾ Das Gesetz spricht sich nicht darüber aus, wem im Fall der Aufhebung des Zuschlags die Kosten des vereitelten Verfahrens zur Last zu legen seien. Indessen ist diese Frage — und darüber herrscht in der Commission allseitiges Einverständniss — nach den Grundsätzen des gemeinen Rechts zu entscheiden, die Kosten sind mithin demjenigen aufzubürden, welcher die Verantwortlichkeit für den durch die begangene Nichtigkeit eingetretenen Schaden zu tragen hat, nöthigenfalls also mittelst der Syndicatsklage zum gerichtlichen Austrage zu bringen.

Zu No. 2. Vorausgesetzt wird, dass der Beschluss über die erste oder über eine fernere Beschlagnahme dem Schuldner nicht zugestellt (§§. 27, 38), auch in der Versteigerungsbekanntmachung davon keine Erwähnung gethan (§. 46 No. 2), und dass es gerade in Folge der dem Schuldner verschwiegenen Beschlagnahme zur Versteigerung gekommen ist. Aber auch in diesem Falle soll nach der Beschränkung in §. 61 Abs. 2, wie bei No. 1, die rein formelle Anfechtung ferngehalten werden, wenn durch die nicht erfolgte Zustellung an den Schuldner wegen seiner auf anderem Wege erlangten Kenntniss von dem fr. Beschlagnahmebeschlusse das materielle Interesse desselben gar nicht geschädigt wurde.

Zu No. 3 bis 5. Die hier erwähnten Vorschriften der §§. 46 und 42 berühren das Interesse der Betheiligten an Erzielung eines möglichst hohen Versteigerungserlöses und sind daher für das Verfahren von wesentlicher Bedeutung. Es setzt jedoch die unrichtige Bezeichnung nach Gegenstand und Ort (No. 4) in Gemässheit des Abs. 2 voraus, dass in Folge dessen die Identität zweifelhaft geworden ist; vgl. z. B. den Rechtsfall in Seuff. Arch. XV, 269. — Wie lange die öffentliche Bekanntmachung am Gerichtsbrett oder an dem dazu in der Gemeinde bestimmten Platz angeheftet bleiben, wann überhaupt die Anfechtung geschehen soll, ist in den §§. 16 und 46 nicht gesagt; es wird daher insoweit nach Analogie des §. 826 des D. C. P. O. eine Anfechtung nicht erfolgen können. Ebenso Preuss. Subh. Ordn. §. 39 No. 8.

Zu No. 6 bis 8. Durch die hier erwähnten Anfechtungsgründe soll den Betheiligten hinsichtlich der Versteigerungsart und der Versteigerungsbedingungen der ihnen in den betreffenden §§. eingeräumte Einfluss gesichert werden.

Zu No. 9 und 10. Die Nichtertheilung des Zuschlags an den Meistbietenden, wofern kein ausreichender Grund zu dessen Zurückweisung vorlag, enthält eine so schwere Verletzung des Hauptzwecks der Versteigerung, dass dieselbe zur Anfechtung des Verfahrens führen muss. Ebenso liegt eine nur durch die Aufhebung des Zuschlags auszugleichende Verletzung der Rechte des Schuldners vor, wenn trotz der bei §. 60 besprochenen Einstellungsgründe das Vollstreckungsverfahren seinen Fortgang nahm.

Zu No. 11 und 12. Die fr. Anfechtungsgründe beziehen sich auf wichtige formale Garantien behuf Erlangung eines möglichst günstigen und sicheren Versteigerungsergebnisses; s. auch Preuss. Subh. Ordn. §. 39 No. 12 vgl. mit §. 25 *ibid*.

Zu §§. 62 bis 64. Während der §. 62 den Kreis der Anfechtungsberechtigten nur auf diejenigen beschränkt, welchen ein materielles Interesse zur Seite steht, und zugleich verhüten will, dass der Beschwerdeführer Anfechtungsgründe aus der Rechtssphäre eines anderen Betheiligten entnehme (vgl. Preuss. Subh. Ordn. §. 50 Abs. 1), soll nach §. 63

nach erfolgter Anfechtung mit Rücksicht auf die aus etwaiger Aufhebung des Zuschlags verbundenen wichtigen Folgen jedem Betheiligten und dem Ersteher Gelegenheit zum Gehör über den geltend gemachten Anfechtungsgrund gegeben werden, zu welchem Zwecke das Gericht nach seinem Ermessen mündliche Verhandlung anberaumen oder ohne solche verfahren kann (D. C. P. O. §. 684 Abs. 3). Die Entscheidung ist ersteren Falls durch Verkündung, sonst durch Zustellung an den Antragsteller und an diejenigen, welche ihre Erklärung über die erfolgte Anfechtung abgegeben haben, bekannt zu machen (D. C. P. O. §. 294).

Wenn der Zuschlag auf Grund der geschehenen Anfechtung aufgehoben ist und Anlass zur Vornahme einer wiederholten Versteigerung vorliegt, — was z. B. dann nicht der Fall ist, wenn die Aufhebung des Zuschlags erfolgte, weil überhaupt die Vollstreckung beseitigt war (§. 61 No. 10) — so soll der neue Versteigerungstermin ungesäumt anberaumt werden (§. 64).

Zu §§. 65 bis 69. 1. In Uebereinstimmung mit der gemeinrechtlichen Praxis (Dernburg, Pfandr. II, S. 266) und der Preuss. Subhast. Ordn. §. 59 lässt der Entw. eine zweite Versteigerung, die s. g. Resubhastation, in dem Falle zu, wenn der Ersteher die Kaufgelder zur festgesetzten Zeit nicht bezahlt hatte. Sie soll jedoch nicht von Amtswegen, sondern auf Antrag eines betheiligten Gläubigers erfolgen, welchem ein Theil des Kaufgeldes gebühren würde, und der somit an der richtigen Bezahlung desselben interessirt ist. Diese Resubhastation ist ein Naturale des Zwangsversteigerungsgeschäfts; sie kann daher durch die Versteigerungsbedingungen ausgeschlossen werden, in welchem Falle den betheiligten Gläubigern nur die klagweise Geltendmachung ihrer Ansprüche gegen den Ersteher auf Zahlung des Kaufgeldes zustehen würde; bei etwaiger Differenz der Anträge der Gläubiger tritt ihr Charakter als naturale officii wieder zum Vorschein, indem im Zweifel zur Resubhastation geschritten werden soll (§. 65).

2. Die Resubhastation des Entw. wirkt, wie im gemeinen Rechte, — abweichend von der Preuss. Subh. Ordn. (vgl. Jaekel a. a. O. S. 141) — als eine mit der Zuschlagsertheilung verbundene lex commissoria, kraft deren der mit dem Ersteher abgeschlossene Kaufvertrag für den Fall der Nichterfüllung der Verbindlichkeiten des Letzteren nach rückwärts hin aufgelöst wird. Aus dieser Auffassung ergibt sich Folgendes:

a. Die Resubhastation ist keine neue Versteigerung, sondern eine Fortsetzung der früheren, mithin auch formell nicht als ein neues Verfahren zu behandeln. Demgemäss kommen nach §. 67 nicht die über die Fristen des Versteigerungstermins geltenden Bestimmungen (§. 42) zur Anwendung, sondern es tritt die bei Wiederholung einer Versteigerung zu beobachtende kürzere Frist ein. Ebenso bleiben die früheren Versteigerungsbedingungen bestehen, vorbehaltlich der nach Analogie des §. 49 zulässigen, mit allseitiger Zustimmung aller Betheiligten

und des dabei interessirten Erstehers vorgenommenen Abänderung derselben.

b. Der erste Ersteher hat nach §. 68 Abs. 1 den bei der zweiten Versteigerung sich ergebenden Mindererlös, ebenso wie der betheiligte Gläubiger bei der Wiederversteigerung im Fall des §. 58, zu tragen, auch sonst für den etwaigen Ausfall zu haften; eine Restitution der Früchte der Zwischenzeit tritt nicht ein, weil der Ersteher Besitz und Nutzung des Grundstücks regelmässig erst nach Bezahlung des Kaufpreises erlangt (§. 72).

c. Der durch die Resubhastation über den ersten Kaufpreis erzielte Mehrerlös kommt nach §. 68 Abs. 2 nicht dem ersten Ersteher, sondern den Gläubigern und, falls diese bereits befriedigt sein sollten, dem Schuldner zu Gute.

3. Da der Ersteher sich bereits in den Versteigerungsbedingungen im Fall des Eintritts der durch die Resubhastation hervorgebrachten Rechtsfolgen der sofortigen Zwangsvollstreckung unterworfen hatte (§. 48), so bedarf es, um solche zu erlangen, nur der durch den Gerichtsschreiber zu besorgenden Ausfertigung der vollstreckbaren Urkunde (D. C. P. O. §§. 702 No. 5. 705 Abs. 1), wie in §. 68 Abs. 3 ausdrücklich bestimmt ist.

4. In Betreff der Vorschrift des §. 69 vgl. die analoge Bestimmung des §. 60 Abs. 2.

Zu §. 70. Mit Berichtigung seiner Verbindlichkeiten erhält der Ersteher das Adjudicationsurtheil und damit das Eigenthum an dem versteigerten Grundstück (C. P. O. vom 19. März 1850 §. 397). Die Berichtigung selbst kann in zweifacher Weise geschehen, theils durch Baarzahlung, theils durch Uebernahme von Hypothekforderungen. Die letztere erfolgt durch einen zwischen dem Ersteher und dem zur Hebung kommenden Realgläubiger geschlossenen Vertrag, durch welchen der Ersteher als Expromittent in eine fremde Schuld mit der Wirkung eintritt, dass der bisherige Schuldner von seiner Verbindlichkeit befreit wird. Das frühere Schuldverhältniss als solches geht dadurch begreiflich nicht unter, seine Fortexistenz zeigt sich namentlich darin, dass alle Nebenbestimmungen desselben (Kündigungsfrist, Zahlungsmodalitäten, Zinsen) Mangels besonderer Verabredung zwischen Ersteher und Gläubiger weiter gelten (vgl. Förster, Pr. Privatr. III. 3. Aufl. S. 423, Dernburg, Privatr. I, S. 781).

Was als nothwendiger Bestandtheil des Adjudicationsurtheils anzusehen sei, worüber der §. 42 der Preuss. Subh. Ordn. ausdrückliche Bestimmungen enthält, durfte der Praxis überlassen bleiben; ebensowenig bedurfte es einer besonderen Vorschrift über die etwaige Abtretung der Rechte aus dem Meistgebote seitens des Erstehers. Geschieht sie nach Zustellung des Adjudicationsurtheils, so kann sie nur nach den Regeln des Immobiliarsachenrechts, mithin durch Auflassung (Grunderwerbsges.

§. 6), erfolgen; eine vor diesem Zeitpunkte nach Schluss des Versteigerungsprotocolls (§. 55) stattgehabte Abtretung jener Rechte würde bei Ausfertigung des Adjudicationsurtheils nur dann, wenn sie mit Zustimmung sämmtlicher Betheiligten geschah, berücksichtigt werden können. Abgesehen hiervon bleibt der Ersterher den Betheiligten aus dem Zuschlage verhaftet und kann sich nicht einseitig von seiner Verpflichtung befreien; dagegen ist die Beurtheilung des zwischen ihm und dem Cessionar begründeten Rechtsverhältnisses lediglich eine Frage des materiellen Rechts *).

Soviel nun die Uebertragung des Eigenthums an dem versteigerten Grundstück auf den Ersterher und die daraus für denselben hervorgehenden Rechte betrifft, so sind es namentlich drei Punkte, welche in §. 70 Abs. 2 und 3 nähere Berücksichtigung gefunden haben.

1. Zunächst ist es in der Theorie streitig, mit welchem Zeitpunkte sich der Eigenthumserwerb des Ersterhers vollziehe. Nach der einen Ansicht (v. Meibom, Mecklenb. Hypothekenrecht S. 214) soll derselbe mit der Eintragung des Eigenthumsüberganges, nach einer anderen (Stobbe, Deutsches Privatr. II, S. 153. Strohal in Grünhuts Ztschr. III, S. 331 ff., s. auch Erk. des Oldenb. O. A. G. in Seuff. Arch. XXIV, 214) schon mit dem erfolgten Zuschlage, nach einer dritten endlich (vergl. namentlich Regelsberger, Civilr. Erört. Heft 1 S. 194. Förster a. a. O. II, S. 136. III, S. 221. Dernburg, Privatr. I, S. 778) mit der Zustellung des Adjudicationsurtheils eintreten. Diese letztere auch dem gemeinen Rechte entsprechende Auffassung führt allein zu einem praktisch befriedigenden Ergebnisse, insofern sie den Eigenthumsübergang in einen Zeitpunkt verlegt, wo der Ersterher seinen Verbindlichkeiten bereits genügt hat; sie liegt auch dem Preuss. Recht zu Grunde (Wachler, Comment. z. Pr. Subh. Ordn. 2. Aufl. S. 120) und hat in einzelnen, bei Gelegenheit der Einführung des Preuss. Grunderwerbsges. v. 5. Mai 1872 erlassenen Gesetzen (für Hessen-Nassau v. 29. Mai 1873 §. 5. Abs. 1, für Ehrenbreitstein v. 30. Mai 1873 §. 3, Abs. 1) bestimmten Ausdruck gefunden. Es konnte daher kein Bedenken vorliegen, mit dem angegebenen Zeitpunkte den Eigenthumsübergang zu fixiren. Dieser Zeitpunkt wird auch darüber zu entscheiden haben, wenn sich über den Umfang des subhastirten Grundstücks Zweifel erheben, namentlich wenn es fraglich werden sollte, welche Flächenbestandtheile das Grundstück in sich begreift.

2. Da die Versteigerung des Grundstücks auch die des Gutsinventars, der Früchte und Pertinenzen in dem durch §. 35 des Grunderwerbsges. bezeichneten Umfange begreift, so entsteht die Frage, nach welchem

*) Der Vertrag erscheint als ein pactum de vendendo, zufolge dessen der Cessionar vom Cedenten verlangen kann, dass derselbe die für die Uebergabe des Grundstücks erforderlichen Rechtsacte vornehme. Der Cessionar hat somit eine Klage auf Auflassung und würde die Eintragung einer Vormerkung zur Erhaltung des Rechts auf Auflassung (Grunderwerbsges. §. 10) fordern können.

Moment der Umfang dieser Rechte zu beurtheilen ist. Der richtigen, auch im Entwurf angenommenen Ansicht zufolge muss insoweit der Tag der Zuschlagsertheilung massgebend sein, da der Ersteher offenbar nach den damals obwaltenden Verhältnissen sein Gebot bemessen hat ¹⁾. Daher gebühren ihm diejenigen Früchte und Vorräthe, welche zur Zeit des Versteigerungstermins auf dem Grundstück vorhanden waren, imgleichen die auf diesen Zeitpunkt entfallenden Pacht- und Miethzinsen. Dagegen kann der Ersteher den Erlös von Früchten nicht fordern, welche durch die Beschlagnahme des Grundstücks mitbetroffen, aber vor der Versteigerung von dem subhastirten Grundstücke weggeschafft sind; ebensowenig hat er Anspruch auf die Versicherungsgelder, wenn das Grundstück nach der Beschlagnahme, aber vor dem Versteigerungstermin abbrannte. Erträgnisse dieser Art fallen den betr. Beschlagnahmegläubigern (§. 10), nicht aber dem Ersteher zu, da sie gar nicht Gegenstand der Versteigerung waren (Dernburg, Pr. Privatr. I, S. 780, 781).

3. Soviel endlich die Frage anlangt, ob dem Ersteher auch die gegen den Schuldner erwachsenen persönlichen Ansprüche gebühren, z. B. Entschädigungsforderungen wegen solcher Handlungen, durch welche der letztere das Grundstück nach der Beschlagnahme devastirt hat (vergl. Motive zu §. 28, sub 2), so würde dieser Anspruch als solcher den betr. Beschlagnahmegläubigern zustehen und nicht ohne Weiteres auf den Ersteher übergehen können. Der Entw. bestimmt daher mit Recht, dass die Versteigerungsbedingungen massgebend dafür sind, ob eine Cession dieser Forderung an den Ersteher angenommen werden kann.

Zu §. 71. Es ist bereits in der Einleitung hervorgehoben, dass und aus welchen Gründen der Entwurf an dem Grundsatz, dass durch die Zwangsversteigerung alle Hypotheken erlöschen, festgehalten hat. Dieser Grundsatz ist im Anschluss an den §. 47 des Pr. Grunderwerbsges. v. 5. Mai 1872 im Entw. ausdrücklich sanctionirt, jedoch mit der selbstverständlichen Beschränkung auf diejenigen Hypotheken, welche nicht vom Ersteher in Anrechnung auf den Kaufpreis ausdrücklich übernommen sind; dagegen leidet es keinen Zweifel, dass derselbe auch dann Geltung hat, wenn etwa auf den ideellen Antheil eines Grundstücks Hypotheken eingetragen sein sollten, und gerade dieser ideelle Antheil zur Subhastation gebracht würde (Grunderwerbsges. §§. 29, 47 Abs. 2).

Was dagegen die übrigen auf dem Grundstück haftenden dinglichen Lasten anbelangt, so ist in dieser Beziehung zu unterscheiden:

¹⁾ Die Zweckmässigkeit dieser Regel erkannte auch die Commission an; sie wünschte jedoch die Befugniß ausgesprochen zu sehen, dass in den Versteigerungsbedingungen, abweichend von der Regel, ein anderer Zeitpunkt für den Eigenthumsübergang an den Zubehörungen, Früchten p. p. festgestellt werde. Demgemäss ist in Abs. 4 ein entsprechender Zusatz aufgenommen.

1. Die nach §. 17 Nro. 5 des Grunderwerbsges. von der Eintragung ausgenommenen bergrechtlichen Gebrauchs- und Nutzungsrechte sollen auf den Ersteher übergehen, weil diese Rechte im Expropriationswege jederzeit gegen eine dem Grundeigentümer durch jährliche Rente zu Theil werdende Entschädigung wieder hergestellt werden können, daher es zwecklos sein würde, sie durch die Subhastation erlöschen zu lassen. Ebenso nach §. 47 des cit. Pr. Grunderwerbsges.

2. Die sonstigen auf privatrechtlichem Titel beruhenden dinglichen Rechte und Lasten anlangend, so sind dieselben nach dem Entw. wie nach bisherigem Recht an sich von dem Ersteher zu übernehmen, vorausgesetzt jedoch, dass dabei die nach den Bestimmungen des Grunderwerbsges. für ihre Entstehung oder volle dingliche Wirksamkeit erforderlichen Voraussetzungen zutreffen. Die Pflicht der Uebernahme tritt daher regelmässig ein bei allen eingetragenen dinglichen Rechten und den von der Eintragung ausgenommenen, durch Ersitzung erworbenen positiven Grunddienstbarkeiten (Grunderwerbsges. §§. 14, 17 Nro. 1), es sei denn, dass ausnahmsweise in den Versteigerungsbedingungen Abweichendes bestimmt wäre; sie tritt dagegen regelmässig nicht ein, wofern die der Eintragung bedürftenden dinglichen Rechte im Grundbuche nicht eingetragen sind, folgeweise dem Singularsuccessor gegenüber den Charakter der Dinglichkeit einbüssen, und nur auf Grund besonderer, in den Versteigerungsbedingungen enthaltener Festsetzungen würde von einem Uebergange des betr. dinglichen Rechts auf den Ersteher gesprochen werden können. Wenn der nach §. 17 Nro. 2 bis 4 des G. E. G. von der Eintragung ausgenommenen dinglichen Rechte (gesetzliche Vor- und Wiederkaufsrechte, Holzrente etc.) keine besondere Erwähnung geschah, so hat dies nur in deren seltenem oder vorübergehendem Vorkommen seinen Grund; indess leidet es keinen Zweifel, dass der Ersteher eintretenden Falls auch diese Rechte gegen sich gelten lassen muss, sie mögen ihm bei Abgabe seines Gebotes bekannt gewesen sein oder nicht ¹⁾.

3. Soviel endlich die auf publicistischen Verhältnissen beruhenden dinglichen Lasten anbetrifft, namentlich also die Grundsteuern und sonstigen gemeinen Lasten (G. E. G. §. 18), so müssen diese, auch abgesehen von ihrer besonderen Erwähnung in den Versteigerungsbedingungen, vom Ersteher übernommen werden. Dabei kam jedoch in Frage, ob die Bestimmung des §. 19 Abs. 1 des Grunderwerbsges., wonach der Singularsuccessor für zweijährige Rückstände dieser Grundsteuern etc. zu haften hat, auf den Ersteher im Zwangsversteigerungsverfahren Anwendung finden könne (vgl. Stobbe, d. Privatr. II, S. 225 Note 8)? Der Entw. hat diese Frage unter analoger Anwendung des auf die Löschung der Hypotheken in Folge der Zwangsversteigerung bezüglichen Principis verneint, ohne jedoch damit eine Schädigung der

¹⁾ Obwohl die Commission den hier ausgesprochenen Grundsatz selbst als richtig anerkannte, glaubte sie doch, dass demselben im Gesetze Ausdruck gegeben werden müsse; es ist daher dem Abs. 3 das Erforderliche hinzugefügt.

betr. Behörden und Personen herbeizuführen, da deren Anspruch gegen den Eigenthümer auf Zahlung der fr. Rückstände sich nach dem Entw. in eine Forderung auf Befriedigung aus dem Kaufgelde verwandelt und im Vertheilungsplane an bevorzugter Stelle zur Geltung gelangt (§. 79 Nro. 1 u. 2). Ebenso das Sächs. b. G. B. §. 510.

Zu §§. 72 u. 73. 1. Die in §. 72 Abs. 1 ausgesprochene von Amtswegen vorzunehmende Eintragung des Eigenthums auf den Namen des Erstehers auf Grund der erfolgten Adjudication enthält eine Wiederholung des bereits in §. 22 der Grundbuchordnung enthaltenen Grundsatzes. Die übrigen Bestimmungen des §. 72 Abs. 1 stehen mit dem im Entw. auch sonst beobachteten Princip des Officialbetriebes in Einklang und finden sich in gleicher Masse auch in der Preuss. Gesetzgebung (Subh. Ordn. §. 79. Einführungsgesetze für Neu-Vorpommern v. 26. Mai 1873 §. 44, für Hessen-Nassau v. 29. Mai 1873 §. 5 Abs. 2, für Ehrenbreitstein v. 30. Mai 1873 §. 4 [Ges. S. S. 238, 274, 287]); sie beziehen sich sowohl auf die Fälle, in welchen es zu einem Vertheilungsverfahren kommt, als auch auf diejenigen, wo ein solches unterbleibt (§§. 94 u. 95); für die ersteren Fälle enthält §. 92 Abs. 5 eine Ergänzungsbestimmung. Die vom Ersterher übernommenen Hypotheken bleiben unverändert im Grundbuche stehen; die Löschung der übrigen erfolgt von Amtswegen durch das Grundbuchamt bzw. auf Ersuchen des Vollstreckungsgerichts (Grunderwerbsges. §. 59 Abs. 1). Die im gewöhnlichen Verfahren nach §§. 50 ff. der Grundbuchordnung zum Zwecke der Löschung der Hypothek erforderliche, auch bei einem von der zuständigen Behörde gestellten Löschantrage nothwendige Ueberreichung des Hypothekenbriefs muss hinwegfallen, wenn es darauf ankommt, dem Ersterher die Gegenleistung für den von ihm bezahlten Kaufpreis, nämlich das Eigenthum an einem schuldenfreien Grundstück, zu verschaffen; vgl. unten §. 92 u. Motive dazu. Dieser schon bisher in anerkannter Geltung befindliche (Circular-rescr. v. 3. März 1842 §. 28), durch §. 50 ff. der Grundbuchordnung nicht beseitigte Grundsatz hat im Gesetze besonderen Ausdruck gefunden.

2. Der Besitz des Grundstücks soll dem Ersterher regelmässig nicht eher, als nach bezahltem Kaufgelde übertragen werden. Mit diesem Zeitpunkt hat das Gericht aber auch die Verpflichtung, für die Uebergabe des Grundstücks zu sorgen; das Gesetz schreibt daher in §. 72 Abs. 2 vor, dass nunmehr dem Schuldner, welchem nach §. 40 der Besitz des Grundstücks auch nach dessen Beschlagnahme verblieb, bezw. dem Pächter oder Miether, vorausgesetzt, dass die demselben nach erfolgter Kündigung noch zu belassende Frist (§. 32) abgelaufen war, der Räumungsbefehl zuzustellen sei. Dieser Räumungsbefehl bildet nach §. 73 einen vollstreckbaren Schuldtitel, auf Grund dessen die Zwangsvollstreckung nach §. 771 der D. C. P. O. durch den Gerichtsvollzieher erfolgt. Im Uebrigen finden, wie nach D. C. P. O. §. 703, auch auf diesen Schuldtitel die §§. 662 bis 701 l. c. entsprechende Anwendung; sollten daher noch in die-

sem Stadium des Verfahrens Rechte dritter Personen auf Belassung in dem bisher von ihnen innegehabten Besitze zur Sprache kommen, so würden diese im Wege der Principalintervention nach §. 690 der D. C. P. O. geltend zu machen sein.

II. Titel.

Vertheilungsverfahren.

Die Deutsche Civilprocessordnung enthält in den §§. 758 ff. genaue Vorschriften über die Vertheilung des bei einer Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen gewonnenen Erlöses, falls mehrere Gläubiger concurriren und der Erlös zur Befriedigung sämmtlicher betheiligter Gläubiger nicht ausreicht.

Diese Vorschriften beruhen auf einem Officialverfahren des Gerichts, kraft dessen dasselbe die Gläubiger zur Liquidation aufzufordern, einen Vertheilungsplan zu entwerfen und nach Feststellung desselben die Vertheilung vorzunehmen hat. Der Entw. ist diesen Bestimmungen im Wesentlichen auch bei Vertheilung der Immobiliarmasse gefolgt, nur dass derselbe zugleich specielle Vorschriften auch über die Rangordnung der zur Befriedigung gelangenden Forderungen und einige andere durch die Natur der Zwangsversteigerung in Grundstücke nothwendig gewordene Modificationen enthält.

Zu §. 74. vgl. D. C. P. O. §. 759. Es handelt sich hier um die Ansprüche theils der Hypothekgläubiger und sonstigen dinglich Berechtigten, theils derjenigen, welchen zwar kein dingliches, aber ein Vorzugsrecht bei Befriedigung aus dem Erlöse des Grundstücks zusteht (vgl. §. 79 Nro. 1. 2 und 4). Soweit die Inhaber dieser Ansprüche als betheiligte Gläubiger im Sinne der §§. 35 und 36 erscheinen, bedarf es keiner Anmeldung, da dieselben als solche bereits aus den Vollstreckungsacten, insbesondere dem darin befindlichen Grundbuchauszug, bekannt sind; vielmehr soll denselben nur Gelegenheit gegeben werden, die Summe ihrer Forderungen mit Rücksicht auf Zinsen, Kosten und etwaige Abschlagszahlungen, über welche die Vollstreckungsacten nur unzureichende Aufschlüsse gewähren, innerhalb einer unerstreckbaren Frist genau anzugeben; sie werden daher im Fall der Nichteinhaltung der Liquidationsfrist mit ihren Forderungen nicht präcludirt, sondern es wird nur deren Betrag unter Ausschluss späterer Ergänzung nach dem Inhalt der Vollstreckungsacten berechnet (§. 75). Anders steht es mit den nicht zu den betheiligten Gläubigern gehörenden, bei Aufstellung des Vertheilungsplans jedoch wegen des ihnen zustehenden Vorzugsrechts zu beachtenden Personen; die Forderungen derselben sind auch nicht einmal generell aus den Vollstreckungsacten erkennbar; werden sie daher innerhalb der fest-

gesetzten Frist nicht angemeldet, so erübrigt hinsichtlich ihrer nur der Ausschluss. Gerade wegen der Unbekanntschaft dieser Vorzugsrechte und ihres Betrages bedurfte es der öffentlichen Bekanntmachung (§. 16). Der Entw. fordert auch hier, wie im Fall des §. 46, noch besondere Zustellung an die betheiligten Gläubiger, ausserdem aber auch noch, um die Präclusion der Grundsteuern und übrigen gemeinen Lasten möglichst zu vermeiden, an die mit deren Erhebung beauftragten Behörden und Beamten ¹⁾, insbesondere an den Vorsteher der Gemeinde, in deren Bezirk das subhastirte Grundstück belegen ist. Zwar wird der Letztere nicht über die Rückstände aller nach §. 18 des Grunderwerbsges. zu den gemeinen Lasten gerechneten Abgaben und Leistungen aus eigener Wissenschaft Auskunft zu ertheilen vermögen; er wird aber die Personen in der Gemeinde kennen, welchen die Erhebung der betr. Rückstände obliegt, und wird dieselben zur rechtzeitigen Ueberreichung des verlangten Nachweises aufzufordern im Stande sein; es soll daher die Zustellung an den betr. Vorsteher die gleiche Geltung haben, als sei sie an die speciell mit der Erhebung beauftragten Personen direct erfolgt.

Zu §. 75. Der §. 75 reproducirt den §. 760 Abs. 1 und 3 der D. C. P. O.

Zu §. 76. Ueber die Frage, wie mit Vertheilung der Kaufgelder zu verfahren sei, wenn eine Correalhypothek auf mehreren ganz oder theilweise zur Zwangsversteigerung gezogenen Grundstücken haftet — eine Frage, deren Beantwortung in den Motiven zu §. 46 des Grunderwerbsges. („Grundbuchgesetze des Herzogthums“ S. 98) dem gegenwärtigen Gesetze vorbehalten ist — herrscht gemeinrechtlich Streit (vgl. Windscheid, Pand. I, §. 241 Note 1 ibique citt.); jedoch geht die verbreitetste Ansicht dahin, dass, abgesehen vom Concurse, der vorgehende Gläubiger seine Befriedigung aus jedem der ihm verhafteten Grundstücke ohne Rücksicht auf den nachstehenden Hypothekgläubiger suchen darf, dass dagegen, wenn Concurs ausgebrochen ist und die Creditoren ihre Befriedigung vom Gerichte erhalten, der vorgehende Pfandgläubiger aus

¹⁾ Der Commission erschien es praktischer, dass auch hinsichtlich der Rückstände an Grundsteuern und Beiträgen zur Landesbrandversicherungs-Anstalt nicht, wie der Entw. wollte, den betr. Behörden und Beamten, sondern lediglich dem Vorstand der Gemeinde, in deren Bezirk das subhastirte Grundstück belegen ist, die Aufforderung zur Anmeldung zugestellt werde, da hierdurch Entlastung der Amtsgerichte und zugleich Vermeidung unnöthiger Arbeit der Behörden erzielt werde, welche ihrerseits nach der Zustellung der fr. Aufforderung sich wiederum an die Gemeinde-Organe zur Ermittlung etwaiger Rückstände zu wenden haben würden. Der Abs. 3 des Entw. ist hiernach abgeändert worden. Den betr. Kreisdirectionen wird es obliegen, die ihnen untergeordneten Gemeinde-Vorstände mit sachgemässer Instruction bezüglich deren Verpflichtung zur Ermittlung und Anmeldung der Rückstände an gemeinen Lasten zu versehen.

jedem einzelnen der verpfändeten Grundstücke nach Verhältniss des Werthes derselben, unter Vorabzug desjenigen, was bei dem einen oder anderen Grundstück auf vorgehende Gläubiger fällt, zu befriedigen ist. Für das mit dem gemeinen Recht im Allgemeinen übereinstimmende Preuss. Recht kommen nach §. 74 der Subh. Ordn. die im Concourse eintretenden Vorschriften zur Anwendung, namentlich also der §. 56 der Concursordnung v. 1855 in der demselben durch Art. I. des Ges. v. 12. März 1869 (Ges. S. S. 465) ertheilten Fassung. Danach ist der Gläubiger berechtigt, sich an die Kaufgelder jedes einzelnen Grundstücks wegen seiner ganzen Forderung zu halten, so zwar, dass, wenn der Gläubiger aus den Kaufgeldern Eines Grundstücks seine Befriedigung erhält, die Correalhypothek auf den mitverhafteten Grundstücken erlischt. In Betreff des Falles, wie es zu halten sei, wenn bei Vertheilung der Kaufgelder mehrerer conjunctim verhafteter Grundstücke in Ermangelung eines ausdrücklichen Antrags des betr. Gläubigers von Amtswegen zu verfahren sei, enthält die cit. Novelle de 1869 zwar keine ausdrückliche Bestimmung, jedoch wird für diesen Fall von der Preuss. Jurisprudenz der §. 56 No. 2 der Concursordnung in der alten Fassung zur Anwendung gebracht, wonach von der Masse eines jeden Grundstücks die der Forderung vorgehenden Posten abgerechnet, die verbleibenden Reste der einzelnen Massen zusammengerechnet werden, und dann nach dem Verhältniss dieser Summe zu den einzelnen Massenresten die Forderung aus den einzelnen Massen antheilig berichtet wird (Dernburg, Pr. Privatr. I, S. 735. Jaeckel, Subhastationsordn. S. 191 ff.).

Der Entw. schliesst sich den vorstehenden Grundsätzen an. Wie der mit der Correalhypothek versehene Gläubiger jedes der ihm verpfändeten Grundstücke nach freiem Belieben zur Zwangsversteigerung bringen kann, ohne dabei durch Rücksichten auf nach- oder gleichstehende Hypothekgläubiger beschränkt zu sein (Grunderwerbsges. §. 46 Abs. 1 u. Motive dazu), so kann er auch frei bestimmen, aus welchen Kaufgeldern er seine Befriedigung suchen will, selbst wenn er dadurch das Recht des Nachhypothekars vernichtet und sich ebenso gut aus den dem Letzteren nicht verpfändeten Grundstücken hätte befriedigen können; dem Nachhypothekar würde nur das Mittel zur Seite stehen, sich durch Ausübung des jus offerendi Hülfe zu verschaffen. Giebt dagegen der Gläubiger die erforderliche Erklärung nicht ab, so soll nach dem Entw. das auch in Preussen beobachtete Verfahren eintreten. Danach würden also, wenn auf zwei Grundstücke, von denen das erste zu 8000, das zweite zu 4000 versteigert wurde, eine Hypothek zu 3000 conjunctim eingetragen ist, so zwar, dass derselben beim ersten Grundstück eine Hypothek von 5000 vorgeht, beim zweiten eine Hypothek von 3000 nachfolgt, aus dem Erlöse jedes Grundstücks (bei dem ersten nach Vorabzug der vorgehenden 5000) nur $\frac{3}{7}$ für die Correalhypothek entnommen werden können und somit aus dem ersten Grundstück $1285\frac{5}{7}$, aus dem zweiten $1714\frac{2}{7}$

zur Befriedigung des mit dieser Hypothek versehenen Gläubigers zu verwenden sein.

Der zweite Absatz des §. 75 entspricht dem §. 46 Abs. 2 des Grund-erwerbsges. und dem §. 49 der Grundbuchordnung.

Zu §. 77. Es ist bereits bei §. 18 darauf hingewiesen, dass Collisionen entstehen können, wenn Gläubiger concurriren, deren Hypotheken bei dem Einen auf das ganze Grundstück, bei dem Anderen nur auf einen ideellen Theil desselben oder auf ein zum Complex des Grundstücks gehöriges unbewegliches Zubehörestück eingetragen sind. Um diese Collision zu lösen erscheint es geboten, besondere Massen zu bilden, da die verschiedenartigen concurrirenden Interessen eine verschiedenartige Vertheilung des aus dem Verkauf der einzelnen Grundstücksantheile erzielten Erlöses erfordern, wozu die nach §. 43 theils hinsichtlich des gesammten Grundstücks, theils hinsichtlich der einzelnen Parcellen vorzunehmende Versteigerung, nöthigenfalls die selbstständig vorzunehmende Ermittlung des Werthes der einzelnen Grundstücksantheile den geeigneten Anhalt bietet. Haften dann auf dem ganzen Grundstück Totalhypotheken, welche den auf die Antheile eingetragenen Hypotheken vorgehen, so sind erstere mit Zinsen und Kosten vorweg in Abzug zu bringen, und wird sodann die verbleibende Masse der Eigenthumsquoten etc. entsprechend getheilt, so dass die auf den einzelnen Antheilen haftenden Antheilshypotheken gesondert zur Befriedigung kommen. Vergl. Mecklenb. Entw. §. 63, Bayerischen Entw. §. 104.

Zu §§. 78 bis 83. 1. Die in §. 78 aufgeführten Zwangsverwaltungskosten konnten, weil sie im Interesse aller Beteiligten erwachsen sind, nur als Massekosten behandelt werden. Der Entw. folgt hierbei im Allgemeinen dem §. 51 No. 1 u. 2 der D. Concursordnung. Danach gehören zwar nicht die dem einzelnen Gläubiger behuf Liquidation seiner Forderung erwachsenen Kosten, wohl aber die Vergütung für den etwaigen Verwalter, imgleichen die baaren Auslagen desselben im Interesse des Grundstücks, ferner die Kosten der Zwangsversteigerung selbst, der Eintragung und Löschung des Sperrvermerks, der Löschung der Hypotheken etc. zu den Massekosten. Dasselbe ist der Fall hinsichtlich der Grundsteuern und sonstigen gemeinen Lasten und Abgaben vom Zeitpunkt der Versteigerungsbekanntmachung an bis zum Tage der Zuschlagsertheilung, von wo an dieselben vom Ersteher übernommen werden müssen (§. 71), endlich auch — nach Analogie des §. 135 der D. Concursordn. — die von einem einzelnen Gläubiger z. B. durch Processführung aufgewendeten Kosten, soweit dadurch der Masse ein Vortheil gestiftet ist, also der Fall einer nützlichen Verwendung vorliegt, unbeschadet natürlich der Ersatzpflicht des besiegten Processgegners. Alle diese Kosten sind von dem erzielten Versteigerungserlöse vorweg in Abzug zu

bringen und müssen, wenn nach §. 77 mehrere Massen zu bilden sind, von den einzelnen Massen pro rata getragen werden.

2. Für die Feststellung sowohl der Rangordnung der Gläubiger als des Umfanges der aus dem Versteigerungserlöse zu berichtigenden Ansprüche, welche nach §. 39 Abs. 2 der D. C. O. der Landesgesetzgebung überlassen ist, war zunächst massgebend der Grundsatz, dass die Verfügung der Zwangsversteigerung eines Grundstücks nicht etwa die Rechtswirkungen eines Special-Concurses über das letztere hervorbringt, dass daher alle Ansprüche, welche nicht in unmittelbarer Beziehung zum Grundstück als solchem stehen, bei der Vertheilung der Kaufgelder nicht in Betracht kommen können.

Demgemäss sind nur die Forderungen wirklicher Immobiliargläubiger („der theilhabenden Gläubiger“ im Sinne der §§. 35 und 36) und einige andere absolut privilegierte oder sonst mit Vorzugsrecht versehene persönliche Forderungen, welchen ein Recht auf Befriedigung aus dem Grundstück zusteht, bei der Vertheilung der Masse zu berücksichtigen, während z. B. Krankheitskosten des Schuldners, der Liedlohn des Gesindes, auch wenn dasselbe ausschliesslich zur Bewirthschaftung eines für die Landwirthschaft bestimmten Grundstücks gehalten wird, nur im allgemeinen Concourse liquidirt werden können, wo sie nach §. 54 No. 1 u. 4 der D. C. O. an bevorzugter Stelle zur Befriedigung gelangen.

3. Soviel die in §. 79 festgestellte Rangordnung der einzelnen Forderungen betrifft — wobei vielfach auf die in §. 60 der Preuss. Subh. Ordn. ausdrücklich bestätigten Bestimmungen der Preuss. Concursordnung vom 8. Mai 1855 §§. 46 ff. Rücksicht genommen ist —, so ist das bisher geltende Recht grösstentheils beibehalten.

a. Hinsichtlich des Vorzugsrechts für die Rückstände von Grundsteuern vergl. Gesetz No. 33 v. 24. Aug. 1849 §. 84 u. Grunderwerbsges. §. 42. Dieses Vorzugsrecht bestand zwar bisher nach der Ldsh. V. O. v. 20. März 1756 (Steinacker, Promt. II, S. 197) für die letzten drei Jahre vor der Eröffnung des Concurses bezw. vor dem Tage der verfügten Zwangsversteigerung; es ist jedoch nach Analogie des §. 19 Abs. 1 des Grunderwerbsges. und in Uebereinstimmung mit den Preuss. Bestimmungen (Concursordn. §. 48, Einführungsgesetze für Schleswig-Holstein v. 27. Mai 1873 §. 44 No. 3, für Hessen-Nassau v. 29. Mai 1873 §. 51 No. 3 [Ges. S. S. 248, 285]) auf die letzten zwei Jahre vor dem angegebenen Zeitpunkt beschränkt, während die D. Concursordnung in §. 54 No. 2 sogar nur für die Rückstände aus dem letzten Jahre das Vorzugsrecht im Concourse bewilligt.

b. Ebenso verhält es sich mit den Rückständen der sonstigen gemeinen Lasten (G. E. G. §§. 18, 19, 42; vgl. „Grundbuchgesetze des Herzogthums“ S. 88).

c. Auch in Betreff der Rückstände von Renten, anderen zu bestimmten Zeiten wiederkehrenden Abgaben und Leistungen und von Hypothekenzinsen ist unter analoger Anwendung der §§. 19

Abs. 1 und 45 Abs. 2 des Grunderwerbsges. im Interesse des Realcredits die Beschränkung auf einen zweijährigen Zeitraum eingeführt, eine Beschränkung, welche in Betreff der rückständigen Zinsen eingetragener Ablöschungscapitalien schon durch den §. 114 der Ablösungsordn. v. 20. Decbr. 1834 (vgl. auch §§. 193 und 198 der Gemeinheitstheilungsord.) bestimmt war. Es ist damit die Ldsh. V. O. v. 6. April 1778 (Steinacker, Promt. II, S. 531), wonach bei eingetragenen Hypotheken dreijährige Zinsrückstände privilegiert wurden, beseitigt. Dass übrigens immer nur eingetragene Zinsen in Betracht kommen, ergiebt sich aus §. 35 des Grunderwerbsges., wonach das Grundstück nur für die eingetragenen Zinsen verhaftet ist ¹⁾. — Soviel die Hypothekforderungen selbst betrifft, welche nach No. 3 des §. 79 in derselben Classe mit den rückständigen Renten p. p. rangiren, so entscheiden hinsichtlich der Rangordnung derselben unter einander und im Verhältniss zu sonstigen eingetragenen und nicht eingetragenen dinglichen Rechten die Vorschriften des Grunderwerbsges. §§. 25, 39 bis 42.

d. An vierter Stelle sollen die mit Vorzugsrecht versehenen Forderungen der Beschlagnahmegläubiger zur Befriedigung kommen, wobei nach §. 10 Abs. 2 in Betreff der Reihenfolge der Zeitpunkt der Beschlagnahme massgebend ist.

e. Aeltere Rückstände sowohl von Grundsteuern, sonstigen gemeinen Lasten, Renten p. p. als von Hypothekzinsen, soweit sie nicht bereits verjährt sind, rangiren nach §. 79 No. 5 erst hinter den Ansprüchen der Beschlagnahmegläubiger. Ebenso Preuss. Subh. Ordn. §. 60 Abs. 2, Concursordn. de 1855 §§. 51, 52, 54 No. 3 und §. 43 des Einführungsges. für Schleswig-Holstein. Danach sollen also verjäherte Rückstände überall nicht mehr berücksichtigt werden.

f. Das in §. 79 No. 6 des Entwurfs den Werkmeistern wegen der auf fremdem Grund und Boden zu Bauten verwandten Materialien und Arbeiten gewährte privilegium exigendi anlangend, so hat ein solches weder nach gemeinem Recht noch nach hiesigem Landesrecht bisher bestanden. Auch in Preussen ist das durch das Allg. Landr. I, 11 §. 971 den Werkmeistern hinsichtlich unbeweglicher Sachen „in Ansehung der darin verwendeten Materialien und Arbeiten“ verliehene Vorrecht im Concourse durch die Concursordnung v. 8. Mai 1855 beseitigt, und der derselben

¹⁾ Die vom Tage der Versteigerungsbekanntmachung an bis zum Vertheilungstermine noch fällig werdenden Zinsen und sonstigen Jahreszahlungen auf Hypothekforderungen waren nach dem Entw. nicht besonders privilegiert, während sie, soweit sie sich auf Grundsteuern und sonstige gemeine Lasten beziehen (§. 79 No. 1 und 2) nach §. 78 Abs. 2 sogar als Massekosten berücksichtigt werden sollen. Es empfahl sich daher der Antrag der Commission, unter No. 3 des §. 79 nicht nur die seit den zwei letzten Jahren, vom Tage der Versteigerungsbekanntmachung zurückgerechnet, rückständigen, sondern auch die seit diesem Zeitpunkte laufenden Hypothekzinsen p. p. für privilegiert zu erklären.

durch §. 972 l. c. gegebene Pfandrechtstitel, zufolge dessen der Werkmeister „dieses Vorrecht, so lange der Concurs noch nicht eröffnet ist, auf die Sache, auch ohne besondere Einwilligung des Schuldners, eintragen lassen“ darf, ist in Folge der späteren Grundbuchgesetzgebung zu einem Anspruch herabgesunken, auf Grund dessen im Processwege durch rechtskräftiges Urtheil die Eintragung einer Hypothek oder einer für die endgültige Eintragung derselben die Stelle in der Reihenfolge der Eintragungen sichernden Vormerkung erzwungen werden kann (Förster, Pr. Privatr. III, [3. Aufl.], S. 457 Note 16).

Die nächste Veranlassung zur Verleihung eines besonderen Schutzes für die Bauhandwerker hat eine im Jahre 1875 an Herzogl. Staatsministerium gerichtete Petition des Braunschweigischen Baugewerkvereins gegeben, in welcher auf die Verluste, denen die Werkmeister hinsichtlich ihrer Forderungen an Kosten und Auslagen durch die Zahlungsunfähigkeit, häufig auch durch die Unredlichkeit der Bauunternehmer ausgesetzt sind, hingewiesen und die gesetzgeberische Thätigkeit zur Verbesserung der Lage derselben dem bauenden Publicum gegenüber in Anspruch genommen ist. In der That kann die Gefahr eines drohenden Vermögensverlustes auf Seiten der Bauhandwerker, namentlich in dem Falle, wenn der Bau selbst von dem Bauunternehmer mit ungenügenden Capitalien begonnen ist, und die dazu erforderlichen Geldmittel nur gegen hypothekarische Sicherheit angeliehen werden können, nicht verkannt werden. Um denselben eine Sicherung ihrer Bauforderungen zu Theil werden zu lassen, würde man sie entweder auf den Weg des Processes verweisen und demnächst eine zwangsweise Hypothekbestellung als Executionsmittel einführen, oder man würde ihren Forderungen ein im Zwangsversteigerungsverfahren geltend zu machendes Vorzugsrecht verleihen können. Der erstere Weg erscheint nicht empfehlenswerth, da er die vorgängige Durchführung eines oft langwierigen Processes, bis zu dessen Erledigung das Grundstück inzwischen mit Hypotheken überlastet werden kann, und die Anwendung eines Executionsmittels voraussetzt, auf dessen Unzweckmässigkeit bereits in der Einleitung hingewiesen wurde. Der Entw. hat sich daher entschlossen, den zweiten Weg einzuschlagen, umsomehr, als auch die D. C. O. in §. 41 No. 6 und 7 den Werkmeistern wegen ihrer Forderungen für Arbeit und Auslagen in Ansehung der von ihnen gefertigten oder ausgebesserten, noch in ihrem Gewahrsam befindlichen Sachen, imgleichen denen, welche etwas zum Nutzen einer Sache verwendet haben, in Betreff ihrer Forderungen aus der Verwendung ein Retentions- und Absonderungsrecht im Concourse verleiht. In analoger Anwendung dieser Bestimmungen will jedoch der Entw. das Vorzugsrecht nur so lange gewähren, als ein retentionsähnliches Verhältniss der Werkmeister zum Grundstück angenommen werden kann; er lässt dasselbe daher nur zu, insofern das Grundstück während des Baues oder ein Jahr nach dessen Vollendung zur Versteigerung kommt, während der Bauhandwerker, wenn er eine längere Zeit als ein Jahr nach der Vollendung

des Baues verstreichen lässt, ohne eine Sicherung seiner Forderungen herbeizuführen, sich nicht beschweren kann, wenn ihm die Gesetzgebung für den Mangel an Vigilanz kein besonderes Privilegium zu Theil werden lässt ¹⁾).

4. Da das Grundstück in Folge der Eintragung der Hypothek nach §. 35 des Grunderwerbsges. nicht bloss für das Capital, sondern auch für die eingetragenen Zinsen und sonstigen Jahreszahlungen, sowie für die Kosten der Eintragung, Kündigung, Klage und Beitreibung haftet, so bedurfte es einer Bestimmung darüber, in welcher Ordnung die Zahlungen auf die Hypothekforderungen zu erfolgen haben. Der §. 80 bestimmt diese Ordnung, indem er dabei theils die Vorschrift des §. 55 der D. C. O., theils das den zweijährigen Zinsrückständen durch §. 79 No. 3 eingeräumte Vorzugsrecht berücksichtigt.

5. Die §§. 81 und 83 reproduciren fast wörtlich die §§. 58 und 63 der D. C. O., während der §. 82 mit geringen Abweichungen dem §. 76 der Preuss. Subh. Ordn. entnommen ist.

Diese Abweichung beruht darin, dass nach dem Entw. die betheiligten Gläubiger darüber sollen verfügen können, ob die Summe, für welche die gerichtliche Sicherheit nicht bestellt wird, zum gerichtlichen Depositum genommen oder verzinslich belegt werden soll, und dass nur im letzteren Falle die aufkommenden Zinsen demjenigen zufallen, welcher das Capital gegen Sicherheitsleistung verlangen konnte. Die Abweichung findet ihren Grund in der im hiesigen Lande bestehenden Einrichtung,

¹⁾ Die Commission konnte sich nicht davon überzeugen, dass ein Vorzugsrecht der Bauhandwerker wegen der erwähnten Bauforderungen anderen persönlichen Gläubigern des Schuldners gegenüber aus inneren Rechtsgründen gerechtfertigt sei, namentlich wenn man dem Landwirthschafts-Gesinde wegen seiner Lohn-Rückstände einen gleichen Vorzug abspreche, obschon doch dieses Gesinde ebenso wie der Bauhandwerker im Interesse des versteigerten Grundstücks seine Arbeitskraft aufgewendet habe, und wenn man ferner anderen Handwerkern, z. B. den Schornsteinfegern wegen rückständiger Tagelöhne, ein gleiches Privilegium nicht zu Theil werden lasse. Vor Allem meinte man, dass die Unbestimmtheit der Begriffe „Bauhandwerker“ u. „Bauforderung“ der Durchführung der Idee des Entwurfs Bedenken entgegenseetze; ohnehin werde der Bauhandwerker von der beabsichtigten Bevorzugung praktisch kaum einen Vortheil zu erwarten haben, weil andere nicht bevorzugte persönliche Gläubiger durch Einwirkung der Concurseröffnung über des Schuldners Vermögen den für die Bauhandwerker erstrebten Vorzug leicht wieder zu vereiteln vermöchten, da denselben im Concourse des Schuldners ein Vorzugsrecht, abgesehen von dem möglichen faustpfandähnlichen Rechte des §. 41 No. 6 und 7 der D. C. O., nicht zustehe. Andererseits werde der Bauhandwerker, auch ohne das beabsichtigte Privilegium, bei Anwendung des gewöhnlichen Masses von Vorsicht bezüglich der Creditgewährung, z. B. durch Erwirkung von Cautions-Hypotheken, sich selbst ebenso wirksam zu schützen im Stande sein.

Aus allen diesen Gründen ist der betr. Passus unter No. 6 des §. 79 von der Commission abgelehnt, und ist regierungsseitig dem Beschlusse zugestimmt worden.

wonach gerichtliche Geld- oder Werthdepositen den Leihhausanstalten zur unverzinslichen Aufbewahrung zugestellt werden (Ges. No. 72 vom 20. August 1867 §. 7).

Zu §§. 84 bis 88. 1. Der §. 84 erweitert in entsprechender Weise den §. 761 der D. C. P. O. In dem anzuberaumenden Termine wird den Betheiligten Gelegenheit gegeben, sich über jede in Gemässheit des §. 74 angemeldete Forderung, imgleichen über den vom Gerichte entworfenen Vertheilungsplan und im Fall einer stattgehabten Verwaltung auch über die Rechnung des Verwalters zu erklären. Der Termin wird zugleich aber auch zur Vertheilung der Masse selbst angesetzt, und die Betheiligten haben daher allen Grund, in diesem Termine zu erscheinen, wenn sie nicht die mit ihrem Ausbleiben verbundenen Wirkungen auf sich nehmen wollen. Ueberhaupt müssen Erklärungen, welche berücksichtigt werden sollen, in diesem Termine selbst abgegeben werden; weder vorher eingegangene schriftliche, noch nachträglich erfolgte Erklärungen würden vom Gerichte berücksichtigt werden dürfen. Der Entw. verfügt auch die Ladung des Erstehers zum Vertheilungstermine, weil seine Anwesenheit nach den Umständen, namentlich wenn er noch mit Leistungen im Rückstande ist, für die rasche Erledigung der Sache förderlich wird, indem dadurch einer sonst etwa nöthig. werdenden Subhastation vorgebeugt werden kann¹⁾.

2. Die Bestimmung in §. 85 Abs. 1 schliesst sich an den §. 65 der Preuss. Subh. Ordn. an und findet sich in ähnlicher Weise in §. 129 der D. C. O. Da nach §. 757 Abs. 3 der D. C. P. O. auf Vertheilungsstreitigkeiten bei Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen die §§. 765 bis 768 entsprechende Anwendung finden sollen, und da der Inhalt dieser Vorschriften auch auf das Verfahren im Vertheilungstermine, sowie über den Abschluss und die Ausführung des Vertheilungsplans bestimmend einwirkt, so empfahl es sich, in Betreff des weiteren formellen Ganges des Verfahrens die für das Vertheilungsverfahren bei der Mobilienexecution geltenden Vorschriften möglichst beizubehalten. Demgemäss wird in §. 85 Abs. 2 und 3 der §. 762, in §. 86 der §. 764, in §. 88 der §. 763 der D. C. P. O. reproducirt.

3. Die in §. 87 enthaltene, dem Bayerischen Entw. §. 117 entnommene Bestimmung über Ausbezahlung einer angefochtenen Forderung gegen Sicherheitsleistung bezweckt, dem Gläubiger ohne Gefährdung eines Betheiligten sofortige Realisirung eines angefochtenen Forderungsrechts zu gewähren und dadurch chicanöse Anfechtungen unschädlich zu machen. Aehnlich §. 67 Abs. 2 der Preuss. Subh. Ordn.

¹⁾ Der zweite Satz des ersten Absatzes verb. „Die Ladung — verbunden werden“ ist auf Antrag der Commission hinzugefügt, weil in einfacheren Sachen zur Abkürzung des Verfahrens und der Arbeits- und Kostenersparniss halber eine Verbindung der mehreren öffentlichen Bekanntmachungen aus den §§. 74 und 84 empfehlenswerth schien.

Zu §§. 89 bis 93. 1. Bei dem vorhandenen Interesse aller betheiligten Gläubiger, ihre Forderungen an die Theilungsmasse mit der Aufnahme derselben in den Vertheilungsplan der weiteren Anfechtung zu entziehen und die Realisirung dieser Forderungen herbeizuführen, empfahl es sich, unter analoger Anwendung des §. 133 der D. C. O. dem angeschlossenen Vertheilungsplan auch bei der Immobiliarexecution den Charakter eines rechtskräftigen Urtheils zu verleihen. Der §. 89 bestimmt daher, dass der Vertheilungsplan nach seinem Abschluss mit Datum, Unterschrift und Amtssiegel zu versehen sei (D. C. P. O. §. 288 Abs. 3), und schliesst sich hinsichtlich der Zulässigkeit nachträglicher Berichtigungen an §. 290 der D. C. P. O. an, indem er nur dem Consense aller betheiligten Gläubiger und des Schuldners zur Vornahme von Abänderungen denselben Einfluss wie in §. 49 bei nachträglicher Aenderung der Versteigerungsbedingungen einräumt.

2. Hat bei endgültiger Feststellung des Vertheilungsplans der Ersteher den Kaufpreis vollständig berichtet, so wird die Ausführung einfach so sich gestalten, dass jeder Gläubiger, soweit er wegen seines Guthabens Deckung zu gewärtigen hat, den ihm gebührenden Betrag empfängt. Für den Fall dagegen, dass der Kaufpreis aus irgend einem Grunde nicht vollständig erfolgt und ein Antrag auf Resubhastation (§. 65) nicht gestellt ist, giebt die Preuss. Subh. Ordn. §. 79 Abs. 5 den nicht oder nicht vollständig befriedigten Gläubigern das Recht, wegen des Kaufgeld-Rückstandes sich mit dem subhastirten Grundstück Hypothek bestellen zu lassen, und der Bayerische Entw. §. 119 ertheilt denselben Erhebungsanweisungen gegen den Ersteher, welche vom Gerichtsschreiber mit der Vollstreckbarkeitsklausel zu versehen sind. Beide lassen die Vertheilung der vorhandenen baaren Masse gemäss dem Vertheilungsplane zu, soweit sie ausreicht. Das letztere Verfahren ist aus Zweckmässigkeitsgründen auch im Gesetze (§. 90 Abs. 1) adoptirt. Im Uebrigen muss die Auswahl der gegen den säumigen Ersteher zu ergreifenden Massregeln, um ihn zur vollständigen Erfüllung seiner Verbindlichkeiten zu nöthigen, dem Ermessen der Betheiligten überlassen bleiben. Dass eine für den Schuldner als bisherigen Eigenthümer des Grundstücks eingetragene, zur Hebung kommende Hypothek an diesen, als den zu ihrer Erhebung allein Berechtigten, und nicht etwa an die ausfallenden Gläubiger zu zahlen ist (§. 90 Abs. 2), bedarf keiner Rechtfertigung (s. oben S. 210). Insofern jedoch eine derartige Forderung ein neues Executionsobject bildet, kann dieselbe auf desfallsigen Antrag des Gläubigers im Wege der Zwangsvollstreckung oder mittelst Arrestbefehls gepfändet werden, wofür die allgemeinen processualischen Vorschriften massgebend sind.

3. Den im Vertheilungstermine ausbleibenden Gläubiger trifft ein zweifacher Rechtsnachtheil: er verliert sein Widerspruchs- und Anfechtungsrecht gegen andere im Zwangsversteigerungsverfahren angemeldete Forderungen (§. 88), und der für ihn ermittelte Betrag wird auf seine

Gefahr und Kosten zu gerichtlichem Depositum genommen, fällt damit also aus der Verzinsung (§. 91). Diese Vorschrift wird in Zukunft auch hinsichtlich der Kreiskassen, der Amtskasse zu Thedinghausen, des Leihhauses und der Leihhausadministrationen zur Anwendung zu bringen sein, in Betreff derer die Gerichte durch ein noch jetzt befolgtes Ministerialrescr. v. 20. Sept. 1837 (Bege, Rep. VI, S. 104) zur Einsendung der den gedachten Kassen in Folge der Subhastation zukommenden Gelder angewiesen sind, da ein Grund, öffentliche Behörden von der Beobachtung allgemeiner gesetzlicher Vorschriften zu eximiren, nicht ersichtlich ist. Die in §. 91 ausgesprochene Rechtsregel gilt übrigens nicht nur für den Gläubiger, welcher im Vertheilungstermine überhaupt nicht erschien, sondern auch für Denjenigen, welcher sich zwar im Termine eingefunden, aber der in den §§. 45 und 74 erwähnten Aufforderung zuwider den über die Forderung, welche durch Zahlung getilgt werden soll, gebildeten Hypothekenbrief nicht überreicht hat, das letztere um desswillen, weil durch den Hypothekenbrief allein das ausreichende Legitimationsmittel des Gläubigers zum Zahlungsempfang erbracht und durch dessen Herausgabe einer ferneren Uebertragung der Forderung vorgebeugt wird. Es ist daher auch in diesem Falle der zu zahlende Betrag auf Gefahr und Kosten des betr. Gläubigers in gerichtlicher Verwahrung zurückzubehalten (vgl. Pr. Subh. Ordn. §§. 66 Abs. 3. 80).

Handelt es sich um eine Cautionshypothek, welche nach §. 32 des Grunderwerbsges. mit Beschränkung auf einen Höchstbetrag im Grundbuche einzutragen ist, so ist dafür, wenn der Gläubiger der Aufforderung in §. 74 zuwider die nähere Berechnung der der Hypothek zu Grunde liegenden Forderung nicht überreicht hat, in Gemässheit des in §. 75 gesetzten Präjudizes, und wofern die Vollstreckungsakten keinen weiteren Anhalt gewähren, zunächst der im Grundbuche eingetragene Betrag in den Vertheilungsplan aufzunehmen (A. M. Dernburg, Pr. Privatr. I, S. 785, welcher für die Cautionshypothek Nichts ansetzen will). Da jedoch die durch die Cautionshypothek gesicherte Forderung einen bedingten Charakter hat, und der Gläubiger, um die Hypothek geltend zu machen, den Nachweis erbringen muss, dass und bis zu welcher Höhe die cavierte Forderung existent geworden („Grundbuchges. des Herzogthums“ S. 89), so ist damit, falls der Gläubiger im Vertheilungstermine nicht erschien und jenen Nachweis nicht lieferte, auch seitens der erschienenen Betheiligten nicht etwa die Existenz der Forderung überhaupt bestritten wurde, als mit einer suspensiv bedingten Forderung in Gemässheit des §. 82 No. 1 zu verfahren. Aehnlich Jaeckel, Pr. Subh. Ordn. S. 166.

3. Im Interesse des Realcredits und um etwaigem Missbrauch vorzubeugen, ist es von grosser Wichtigkeit, dass für Cassirung der Urkunden, welche über die in Folge der Zwangsversteigerung gelöschten Hypotheken gebildet sind, von Amtswegen gesorgt und auch im Uebrigen genau vorgeschrieben werde, wie mit den überreichten Urkunden zu verfahren sei. Der §. 92 enthält darüber, theilweise im Anschluss an §. 78

der Pr. Subh. Ordn. (vgl. auch Ges. für Neu-Vorpommern v. 26. Mai 1873 §. 45 [Ges. S. S. 138]), folgende Bestimmungen:

a. Er macht zunächst die Ueberreichung der vorhandenen Urkunden, welche über die durch Zahlung getilgten oder wegen Unzulänglichkeit der Masse nicht zur Zahlung gelangten Forderungen lauten, zu einer durch Androhung von Geldstrafen ¹⁾ zu verschärfenden Zwangspflicht. Wird dann der Hypothekenbrief bezw. die vor dem Inkrafttreten der Grundbuchordnung aufgenommene Schuldurkunde (G. B. O. §. 55) überreicht, so hat das Gericht dieselben nach §. 51 der Grundbuchordnung zu cassiren, bei theilweiser Befriedigung aber den nöthigen Vermerk sei es in den Hypothekenbrief (G. B. O. §. 52), sei es in die sonstige Urkunde aufzunehmen und letztere dem Gläubiger zurückzugeben.

b. Sind dagegen die fr. Urkunden abhanden gekommen, so bedarf es der Amortisation derselben im Aufgebotsverfahren, und weil die Einleitung desselben nicht von Amtswegen erfolgen kann, sondern vom Antrage des Berechtigten abhängig ist (D. C. P. O. §§. 824, 837, 840), so ordnet der §. 92, gleichfalls unter Androhung von Strafen, an, dass der betr. Gläubiger den erforderlichen Antrag zu stellen habe. Da jedoch, wenn mit Löschung der Hypothek bis zur Abgabe des Ausschlussurtheils gewartet werden sollte, eine zu lange Frist vergehen würde (vgl. D. C. P. O. §§. 827, 847), so hat das Gesetz in §. 72 die sofortige Löschung vorgeschrieben (s. oben S. 237), und es trifft zugleich, um möglichen Missbrauch des noch circulirenden Hypothekenbriefs zu verhüten, in §. 92 die fernere Anordnung, dass die erfolgte Löschung der Hypothek zu öffentlicher Kenntniss gebracht werden soll ²⁾.

c. Endlich war der Fall zu berücksichtigen, dass eine Löschung der Hypothek sei es in Folge geschehener Zahlung, sei es wegen des Ausfalls der Forderung überall nicht erfolgt, vielmehr die bestehende Hypothek durch Uebereinkunft zwischen Gläubiger und Ersterer von Letzterem übernommen wird (§. 70). In diesem Falle muss dem Gläubiger eine gerichtliche Bescheinigung ertheilt werden, weil die persönliche Verbindlichkeit des bisherigen Schuldners nunmehr durch Expromission getilgt, und eine neue Obligation des Ersteren an deren Stelle getreten ist. Diese Bescheinigung bildet fortan die neue Schuldurkunde (Grunderwerbsges. §. 28) und ist demgemäss mit dem dem Gläubiger zurückzugebenden Hypothekenbriefe durch Schnur und Siegel zu verbinden (Grundbuchord. §. 34 Abs. 2).

¹⁾ *Da der angedrohten Geldstrafe nur die Natur eines Zwangsmittels, nicht die einer Ordnungsstrafe innewohnt, so kann dieselbe für den Fall der Nichtzahlung nicht in Haft verwandelt werden (siehe auch den Commissionsber. S. 31).*

²⁾ *Auf wessen Kosten dies zu geschehen habe, war im Entw. nicht bestimmt. Nach dem Antrage der Commission sollen, wie der letzte Satz des §. 92 vorschreibt, die Kosten lediglich denjenigen Gläubigern aufgebürdet werden, welche die Veranlassung zur Bekanntmachung gegeben haben.*

Zu §§. 94 und 95. Die §§. 94 und 95 verfolgen den Zweck, das formelle Vertheilungsverfahren der §§. 74 ff. da auszuschliessen, wo entweder, abgesehen von Grundsteuern und sonstigen gemeinen Lasten, nur ein einziger Gläubiger in Betracht kommt, oder wo unter allen Betheiligten ein gütliches Abkommen getroffen ist, oder wo, auch ohne dass solches Abkommen vorliegt, der Erstehrer den Nachweis liefert, dass er die nach dem Ergebnisse der Versteigerung allein zum Zuge kommenden Gläubiger bereits befriedigt habe oder von denselben als alleiniger Schuldner angenommen sei. Um die zwischen den Betheiligten getroffene gütliche Uebereinkunft jeder Unsicherheit zu überheben und auf Grund derselben sofort mit Vereinigung des Grundbuchs vorgehen zu können, verlangt der Entw. deren öffentliche Beurkundung, welche auch durch unmittelbare Aufnahme des Vergleichs vor dem Vollstreckungsgerichte (arg. D. C. P. O. §. 471) geschehen kann. Ebenso wird in dem Falle, wenn der Erstehrer den erwähnten Nachweis liefert, die Niederlegung der betr. Beweisurkunden im Gerichte und die Benachrichtigung der Betheiligten von dieser Niederlegung behuf Geltendmachung etwaiger Einwendungen gefordert; ein Mehreres ist nicht nöthig, da das Angeordnete ausreichenden Schutz gegen mögliche Gefährdungen gewährt. Im Uebrigen erfolgt auch in diesen Fällen der Erlass des Adjudicationsurtheils, die Ertheilung des Räumungsbefehls, die Bereinigung des Grundbuchs und Cassirung der Urkunden, wie im förmlichen Vertheilungsverfahren.

III. Abschnitt.

Zwangsverwaltung.

Während die Deutsche Civilprocessordnung sowohl die Regelung der Zwangsversteigerung von Grundstücken, als die der Zwangsverwaltung derselben der Landesgesetzgebung überlassen hat, sind in den Entw. der Civilprocessordnung für den Norddeutschen Bund §§. 1018 bis 1031 einige einheitliche Vorschriften über die Zwangsverwaltung aufgenommen. Der gegenwärtige Entw. lehnt sich mehrfach an den Bayerischen Entw. an, nur hat derselbe aus den bereits bei den §§. 56 und 57 hervor gehobenen Gründen die Zwangsverwaltung nicht bloss in den Fällen, wo die Veräusserung des Grundstücks rechtlich unzulässig ist, sondern auch dann, wenn die Zwangsversteigerung vergeblich versucht wurde, zugelassen. Von Aufnahme der durch §. 391 der hiesigen Civilprocessordnung angeordneten Zwangsverwaltung im Wege öffentlicher Verpachtung an den Meistbietenden in dem Falle, wenn die Veräusserung des Grundstücks

nach dem Betrage der Forderung im Verhältnisse zum Werthe und zu den Aufkünften desselben unangemessen sein würde, vorausgesetzt, dass dadurch die Befriedigung des Gläubigers spätestens innerhalb eines Jahres gesichert wird, ist abgesehen, weil ein Bedürfniss dazu nicht vorliegt, da der damit verfolgte Zweck auch durch eine nach den Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung sich regelnde Zwangsvollstreckung in die Erträge (namentlich durch Pfändung der vom Boden noch nicht getrennten Früchte) oder in die beweglichen Zubehörungen des Grundstücks sich erreichen lässt, bei einer Zwangsvollstreckung in Nutzungsrechte aber durch die Vorschrift des §. 754 Abs. 3 der D. C. P. O. Berücksichtigung gefunden hat.

Da übrigens die Zwangsverwaltung als Vollstreckungsmittel in der Praxis nur selten vorkommt, wird es einer ausführlichen Begründung der Bestimmungen des Entwurfs um so weniger bedürfen, als dabei die Vorschriften über die Zwangsversteigerung jedenfalls als Anhalt dienen können.

Zu §§. 96 und 97. 1. Zu §. 96 No. 2 vgl. die Motive zu §. 4. — Dass die Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsverwaltung nicht stattfindet, wenn in Ansehung desselben Grundstücks eine Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsversteigerung erfolgt ist oder zu erfolgen hat, wurde bereits bei §. 18 hervorgehoben.

2. Wird die Zwangsverwaltung nach vergeblich versuchter Zwangsversteigerung beantragt, so soll es eines Weiteren nicht als nur dieses Antrages bedürfen. Anderenfalls muss der Antragsteller den Anforderungen der §§. 19 und 20 genügen und zugleich eine zur Uebernahme der Verwaltung geeignete Person in Vorschlag bringen ¹⁾.

3. Die Wirkung der Eintragung der Beschlagnahme im Grundbuche muss bei der Zwangsverwaltung die nämliche sein, wie bei Eintragung der Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsversteigerung, da, wenn auch die Zwangsverwaltung zunächst nur die Erträge des Grundstücks berührt, doch, um den Bezug derselben sicher zu stellen, jede die Gläubiger benachtheiligende Verfügung über das Grundstück ferngehalten werden muss. Es ist deshalb in §. 96 auf die bezüglichlichen Vorschriften des Gesetzes, namentlich auch auf den §. 28 Bezug genommen.

¹⁾ Auf Antrag der Commission und in Uebereinstimmung mit §. 127 des Bayerischen Entw. soll der Antragsteller sich zugleich der Bereitwilligkeit des in Vorschlag Gebrachten zur Uebernahme der Verwaltung versichert halten und dieselbe nachweisen. „Hatte der in Vorschlag Gebrachte zuvor zur Uebernahme der Verwaltung sich bereit erklärt, ist aber der Ladung ungeachtet ungehorsam entblieben (§. 98), so lassen sich die Kosten des vereitelten Termins nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen ihm aufbürden und wird dieser Nachtheil ihn bewegen, der Ladung Folge zu geben“ (Commissionsber. S. 34).

4. Da der Zweck der Beschlagnahme auf Befriedigung aus den Erträgen des Grundstücks gerichtet ist, so muss der Schuldner mit Zustimmung des Beschlagnahmebeschlusses die Verfügung über dieselben, imgleichen das Recht der Bewirthschaftung des Grundstücks verlieren; wie jedoch die factische Besitzentsetzung des Schuldners erst mit der Einweisung des Verwalters eintreten kann, so ist ihm im §. 98 bis zu diesem Zeitpunkte die Befugniss gegeben, den nöthigen Lebensunterhalt für sich und seine Familie aus den Erträgen des Grundstücks zu decken¹⁾.

Zu §§. 98 und 99. Da der Vollzug der Zwangsverwaltung in Uebereinstimmung mit den über die Zwangsversteigerung gegebenen Bestimmungen in die Hand des Vollstreckungsgerichts gelegt werden musste, so ist diesem auch ohne Weiteres die Ernennung des Verwalters übertragen (vgl. Nordd. Entw. §. 1023), ohne dass das Gericht dabei an den von den Gläubigern gemachten Vorschlag (§. 96 Abs. 3) gebunden ist; insofern jedoch durch einseitige Anordnungen des Gerichts unter Umständen die Interessen des Schuldners und der Gläubiger erheblich geschädigt werden könnten, schreibt der Entw. die Abhaltung eines Termins vor, in welchem im Beisein der dazu unter entsprechendem Präjudize vorzuladenden betheiligten Personen alle auf die Verwaltung Bezug habenden Fragen zur Erörterung gelangen und, soweit thunlich, ihre sofortige Erledigung finden sollen. In diesem Termine sind namentlich auch die Rechnungs- und Vertheilungsperioden zu bestimmen, in welche das Verfahren je nach den wirthschaftlichen Verhältnissen des Executionsobjects zu zerlegen ist.

Ob der Verwalter zur Sicherheitsleistung anzuhalten sei, hängt von der Uebereinkunft der Betheiligten, nöthigenfalls vom Beschlusse des Gerichts ab²⁾.

Zu §§. 100 bis 104. 1. Um den Zweck der Zwangsverwaltung, die Erzielung eines möglichst hohen Erträgnisses, zu erreichen, erschien

¹⁾ Der Abs. 2 des §. 97 fehlte im Entw. Derselbe ist nach dem Vorgang des Bayerischen Entw. (§. 129 Abs. 2) auf Antrag der Commission aus Rücksichten der Humanität und Billigkeit hinzugefügt.

²⁾ Dem Entw. fehlte eine auf die Cautionsstellung seitens des Verwalters bezügliche Bestimmung. Dagegen legte der §. 99 No. 5 dem Gerichte auf, „Bestimmungen über die etwaige Vorprüfung der Rechnungen des Verwalters zu treffen“. Indessen hielt die Commission eine solche Vorprüfung gegenüber der den Betheiligten in §. 107 Abs. 2 gewährten Gelegenheit zur Einsicht und Prüfung dieser Rechnungen für zwecklos, war dagegen der Ansicht, dass das Gesetz — nach dem Vorgang des Bayerischen Entw. §. 134 — der Verpflichtung des Verwalters zur Stellung angemessener Sicherheitsleistung Erwähnung thun müsse, wengleich das Nähere der Vereinbarung der Betheiligten zu überlassen sei. Diesem Antrage ist durch Aenderung der No. 5 des §. 99 Folge gegeben.

es nöthig, dem Verwalter thunlichst freie Hand in der Bewirthschaftung des Grundstücks zu belassen, denselben jedoch bei beabsichtigter Vor- nahme ungewöhnlicher oder besonders wichtiger Bewirthschaftungsmass- regeln an die Einholung der Genehmigung des Gerichts zu binden¹⁾, von dessen Ermessen es abhängt, ob darüber Gläubiger und Schuldner zuvor gehört werden sollen. Dass auch die Lösung von Pacht- und Mieth- verträgen oder der Abschluss derselben zu den Massregeln von beson- derer Wichtigkeit gehören können, bedarf keiner Hervorhebung. — Die Anweisung an die zur Zeit der Beschlagnahme bereits vorhandenen Pächter und Miether (§. 101) entspricht der Vorschrift des §. 34.

2. Was die Rechnungsstellung des Verwalters anbetrifft, so hat der- selbe in den bestimmten Perioden (§. 99 No. 4) die Rechnung dem Ge- richte zu überreichen und Ertragsüberschüsse demselben abzuliefern. Die Stellung des Gerichts ist hierbei eine ähnliche, wie die, welche das- selbe gegenüber dem Vormunde oder Curator einnimmt; im Fall der Säumniss dürfen daher Ordnungsstrafen verhängt, und müssen etwaige vorsorgliche Anordnungen getroffen werden, wozu unter Umständen auch die Entlassung des Verwalters gehört²⁾. Ueber die Verhandlungen bei der Rechnungsabnahme selbst und über den dazu anzusetzenden Termin vgl. §§. 107 und 108. — Insofern sich aus der Art der Verwaltung selbst Anstände ergeben, liegt auch hier die nächste Entscheidung dem Voll- streckungsgerichte ob; sie bindet jedoch so wenig die Betheiligten als den Verwalter und kann der Befugniss derselben, ihre Rechte selbst- ständig im Wege des Processes geltend zu machen, nicht präjudiciren.

¹⁾ Die Vorschrift, dass der Verwalter „in allen ungewöhnlichen Fällen, desgleichen bei Massregeln von besonderer Wichtigkeit“ die Genehmigung des Gerichts einzuholen habe, hat nur eine instructionelle Bedeutung und will nicht etwa bei Unterlassung der einzuholenden Genehmigung die Rechts- handlung selbst zu einer unwirksamen machen. Es verhält sich hierbei ebenso wie nach §. 124 der D. C. O., welcher gleichfalls die Beobachtung der Vorschriften der §§. 121 bis 123 *ibid.* nicht zur Bedingung für die Gültigkeit der Handlung des Concursverwalters gemacht wissen will. Ab- gesehen vom Falle des dolus ist daher auch ein ohne gerichtliche Genehmi- gung vom Verwalter abgeschlossenes Geschäft gültig. Die Betheiligten können jedoch dem Verwalter gegenüber die Anerkennung der Hand- lung verweigern, bezw. denselben wegen des verursachten Aufwandes oder Schadens in Anspruch nehmen. Der betr. Passus in §. 102 Abs. 2 verb. „Es wird dadurch jedoch — nicht berührt“ fehlte im Entw. und ist erst auf Antrag der Commission, welche dem vorstehenden Gedanken im Gesetze Ausdruck gegeben zu sehen wünschte, hinzugefügt.

²⁾ Die Stellung des Verwalters den Gläubigern gegenüber ist nicht die des Mandatars zum Mandanten, da derselbe nicht von den Gläubigern, sondern direct vom Gerichte bestellt wird, von diesem seine Aufträge erhält und zu deren Erfüllung ohne Weiteres durch das Gericht angehalten wird. Vielmehr steht der Verwalter den Gläubigern gegenüber als deren negotio- rum gestor da und ist daher nach den Grundsätzen des gem. Rechts aus dieser negotiorum gestio verantwortlich und haftpflichtig.

Die dafür im Entw. bestimmte Frist entspricht der Vorschrift des §. 764 Abs. 1 der D. C. P. O.

Zu §§. 105 und 106. Da auch bei der Zwangsverwaltung eine weitere Beschlagnahme vorkommen kann, so mussten die darüber bei der Zwangsversteigerung gegebenen Bestimmungen analogisch zur Anwendung gebracht werden. — Die Vorschrift des §. 106 rechtfertigt sich im Interesse des Realcredits und durch die Erwägung, dass die Liquidität der fr. Posten nur selten beanstandet wird, die Sicherung ihrer Befriedigung ohne ausdrückliche neue Beschlagnahme aber um so nothwendiger erscheint, als durch die Zwangsverwaltung regelmässig das gesamte disponible Vermögen des Schuldners auf geraume Zeit hinaus ergriffen wird. Die laufenden Zinsen werden vom Verwalter ohnehin schon nach Massgabe der ihm nach §. 99 No. 1 vom Gerichte zu ertheilenden Instruction berichtet werden.

Zu §§. 107 bis 110. 1. Um zur Vertheilung der Ertragsüberschüsse einer Rechnungsperiode schreiten zu können, muss zunächst die Rechnung des Verwalters richtig gestellt werden, da erst hiernach zu beurtheilen ist, inwieweit die Befriedigung der Gläubiger erfolgen kann.

Der Entw. bestimmt zu dem Ende in §. 107, dass der zur Feststellung des Vertheilungsplans, wenn thunlich auch zur Vornahme der Vertheilung anzuberaumende Termin auch auf die Rechnungsabnahme erstreckt werden soll. Auch hierbei ist den Betheiligten — ähnlich wie in Vormundschafts- und Curatelsachen (s. oben S. 63) — ausdrücklich das Recht gewahrt (§. 108), ihre etwaigen Ansprüche aus der Rechnung des Verwalters, wenn sie nicht schon bei den Abnahmeverhandlungen Berücksichtigung gefunden haben, im Wege des Processes geltend zu machen.

2. Da bei dem Vollstreckungsmittel der Zwangsverwaltung die Befriedigung der Gläubiger nur in gewissen vorausbestimmten Zeitabschnitten erfolgen kann, so ist in Betreff der bei der jedesmaligen Vertheilung zu berücksichtigenden Gläubiger ein Vertheilungsplan zu entwerfen, für dessen Aufstellung, sowie hinsichtlich der dabei zu beobachtenden Rangordnung der einzelnen Ansprüche die Vorschriften beim Zwangsversteigerungsverfahren, auch rücksichtlich der Anmeldung der Ansprüche (§. 74) massgebend sind. Wie nun die Befriedigung aller im Vertheilungsplan eingestellten Gläubiger nur selten schon durch die Ertragsüberschüsse aus der ersten Periode eintreten wird, so müssen für die folgenden Rechnungs- und Vertheilungsperioden die Bestimmungen der §§. 107 und 108 wiederum zur Anwendung gebracht werden, wobei jedoch von der nochmaligen Feststellung des Betrags und Ranges einer Forderung regelmässig wird abgesehen werden können. — Ist überhaupt nur ein Gläubiger zu befriedigen, oder ist ein gütliches Abkommen zwischen den mehreren betheiligten Gläubigern erreicht, so braucht sich

die Thätigkeit des Gerichts nur auf die Feststellung der Rechnung des Verwalters zu beschränken, und findet die Aufstellung eines Vertheilungsplans nicht statt (§. 109).

3. Der §. 110 trifft die Bestimmungen über die nach vollständigem Abschluss der Zwangsverwaltung zu ergreifenden Massregeln, deren Zweck es ist, den Schuldner in den früheren Stand vor der Beschlagnahme zurückzusetzen und die Schranken zu beseitigen, welche hinsichtlich seines freien Verfügungsrechts durch die Einleitung der Zwangsverwaltung aufgerichtet waren. Würde der Verwalter den ihm obliegenden Verpflichtungen nicht pünktlich genügen, so ist dem Schuldner das Recht eingeräumt, ihn im Wege der Klage hierzu zu nöthigen, da er allein nach Erlöschung der Functionen des Verwalters ein Interesse daran hat, in den Besitz seines Grundstücks zurückzugelangen.

IV. Abschnitt.

Besondere Bestimmungen.

I. Titel.

Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen im Falle eines Concurse.

Zu §§. 111 und 112. Eine vor Eröffnung des Concurse begonnene Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen wird durch dasselbe nicht unterbrochen (vergl. Motive zu §. 11 der D. C. O. und v. Sarwey, Comment. S. 45). Da der Gläubiger sein durch die Beschlagnahme begründetes Vorzugsrecht auch gegenüber der Concursmasse behält (§. 11), so kann ihm durch die Concurseröffnung sein Recht auf Durchführung der Zwangsvollstreckung nicht entzogen werden. Weil jedoch der Gemeinschuldner durch die Concurseröffnung die Befugniss verliert, sein zur Concursmasse gehöriges Vermögen zu verwalten und darüber zu verfügen, das Verwaltungs- und Verfügungsrecht vielmehr durch den Concursverwalter ausgeübt wird (D. C. O. §. 5), so haben die Gläubiger die Zwangsvollstreckung fernerweit nicht gegen den Gemeinschuldner, sondern gegen den Concursverwalter zu richten.

Dasselbe ist der Fall, wenn die Gläubiger, welchen ein Recht auf abgesonderte Befriedigung aus den zur Concursmasse gehörigen Grundstücken zusteht, nach Eröffnung des Concurse den Antrag auf Zwangsvollstreckung stellen, wozu sie befugt sind, da das in §. 11 der D. C. O.

enthaltene Verbot, während der Dauer des Concursverfahrens Zwangsvollstreckungen zu Gunsten einzelner „Concursgläubiger“ in das zur Concursmasse gehörige Vermögen zu verfügen, auf absonderungsberechtigte Gläubiger keine Anwendung findet (v. Sarwey a. a. O. S. 44). — Auch hier wird das Interesse, welches der Gemeinschuldner an der Verwaltung und Verwendung seines Vermögens hat, ausschliesslich vom Concursverwalter wahrgenommen, und muss daher der Antrag auf Immobiliarexecution gegen diesen gerichtet werden. Im Allgemeinen gelten daher dabei dieselben Bestimmungen, wie wenn es sich um einen nicht im Concourse befindlichen Schuldner handelt; abweichend ist nur, dass von dem sonst mit der Beschlagnahme verbundenen Vorzugsrechte in diesem Falle keine Rede sein kann, weil ein solches nach dem Zeitpunkte der Concurseröffnung nicht mit verbindlicher Kraft gegen die Concursgläubiger erworben wird (D. C. O. §. 12).

Zu §. 113. Durch die D. Concursordnung hat sich die Stellung der Gläubiger, für welche Hypotheken auf die zur Concursmasse gehörigen Grundstücke eingetragen sind, zum Concourse des Schuldners wesentlich anders gestaltet, als dies bisher hier der Fall war. Nach bisherigem Verfahren haben auch die Hypothekgläubiger ihre Forderungen im Concourse anzumelden und erhalten in letzterem ihre Befriedigung, gleichgültig, ob diese Forderungen fällig und vollstreckbar sind oder nicht. Nach der Deutschen Concursordnung dagegen stehen die Ansprüche auf vorzugsweise Befriedigung aus den gedachten Grundstücken ausserhalb des Concurses: die gedachten Gläubiger haben ein Absonderungsrecht (D. C. O. §. 39) und können zur Geltendmachung desselben die Zwangsvollstreckung wie vorher beantragen, nur dass letztere nicht gegen den Gemeinschuldner, sondern gegen den Concursverwalter zu richten ist. Da aber der Anspruch auf abgesonderte Befriedigung nicht in das Concursverfahren gehört, so wird auch an den Voraussetzungen für die Einleitung der Zwangsvollstreckung Nichts geändert; mithin kann, da §. 58 der D. C. O. nur auf persönliche Forderungen sich bezieht, aus betagten hypothekarischen Forderungen nicht vor Eintritt der Fälligkeit, aus den auf Kündigung stehenden nicht vor geschעהner Kündigung an den Concursverwalter und vor Ablauf der Kündigungsfrist die Zwangsvollstreckung beantragt werden.

Durch die Aenderung der Concursgesetzgebung erleidet hiernach die rechtliche Lage der Concursgläubiger eine Verschlimmerung, welche sich noch fühlbarer machen kann, wenn es sich um Gläubiger handelt, die neben dem Anspruch auf vorzugsweise Befriedigung aus dem Grundstück einen persönlichen Anspruch gegen den Gemeinschuldner haben. Denn dieser Anspruch kann nicht unbeschränkt im Concourse gegen den Gemeinschuldner geltend gemacht werden, sondern die D. Concursordnung lässt ihn nur hinsichtlich des Betrages zu, mit welchem er bei Geltendmachung des Rechts auf abgesonderte Befriedigung einen Anfall er-

litten, oder für welchen er auf dieses Recht verzichtet hat. Bei der Vertheilung der Concursmasse erhält er nur so viel, als auf den Betrag fällt, für welchen ein Recht auf abgesonderte Befriedigung nicht mehr besteht, und wenn bei der Schlussvertheilung der Betrag seines Ausfalles noch nicht feststeht, so wird der bei den Abschlagsvertheilungen etwa zurückbehaltene Betrag unter die übrigen Gläubiger vertheilt (D. C. O. §§. 57, 141, 144, 155). Es würden daher an sich die Hypothekgläubiger, welche die Zwangsversteigerung nicht betreiben können, vor die Wahl gestellt sein, entweder auf die abgesonderte Befriedigung oder auf die Betheiligung an der Concursmasse verzichten zu müssen.

Bei den Berathungen über die Concursordnung hat man diese Bedenken nicht verkannt, jedoch in der Absicht, das Immobilienrecht der verschiedenen Territorien unangetastet zu lassen, der Landesgesetzgebung überlassen, die nöthige Aushilfe zu schaffen. Zu dem Zwecke wird es erforderlich, die Bestimmung des §. 58 Abs. 1 der D. C. O. auf die Hypothekgläubiger zu übertragen. Dagegen muss auch ferner daran festgehalten werden, dass der Hypothekgläubiger, um die Zwangsvollstreckung in das Grundstück beantragen zu können, jedenfalls für Herbeischaffung eines vollstreckbaren Schuldtitels sorgen, also, wenn nicht etwa eine vollstreckbare Urkunde im Sinne des §. 702 No. 5 der D. C. P. O. vorliegt, gegen den Concursverwalter Klage erheben und dessen rechtskräftige Verurtheilung zur Zahlung herbeiführen muss.

Zu §. 114. Die Zwangsvollstreckung in die zur Concursmasse gehörigen Grundstücke kann von dem Concursverwalter beantragt werden (D. C. O. §. 116). Auch in diesem Falle finden die allgemeinen Vorschriften über Zwangsvollstreckung Anwendung, soweit nicht der Concurs etwas Anderes mit sich bringt. Da der Gemeinschuldner überall kein Verwaltungs- und Verfügungsrecht mehr hat, und sein Interesse ausschliesslich vom Concursverwalter vertreten wird, so kann er auch nicht mehr als Betheiligter im Sinne des §. 35 gelten, wie er ja auch in einem vom Concursverwalter geführten Rechtsstreite nicht als Nebenintervenient auftreten darf (Motive zu §§. 8 und 9 der D. C. O.). Ebenso bedarf es auch nicht mehr einer besonderen Beschlagnahme des Grundstücks, da bereits durch die Concurseröffnung das gesammte zur Concursmasse gehörige Vermögen des Gemeinschuldners von der generellen Beschlagnahme betroffen wird; vielmehr hat das Vollstreckungsgericht auf Antrag des Concursverwalters — welcher sich durch Vorlegung der urkundlichen Bescheinigung seiner Ernennung (D. C. O. §. 73) zu legitimiren hat — sofort die Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung zu verfügen. — Will der Concursverwalter, um sich einen bestimmenden Einfluss auf die Durchführung des Verfahrens zu sichern, der von einem absonderungsberechtigten Gläubiger beantragten Zwangsvollstreckung beitreten (Motive zu §§. 116 und 117 der D. C. O.), so sind dafür die Bestimmungen über weitere Beschlagnahme massgebend, nur dass auch hier an Stelle

der Beschlagnahme die gerichtliche Anordnung der Zwangsversteigerung etc. tritt.

Zu §. 115. Hat der Concursverwalter ein zur Concursmasse gehöriges Grundstück freigegeben, so gehört es eben nicht mehr zur Concursmasse, und findet die Zwangsvollstreckung in dasselbe ebenso statt, wie ausser dem Falle des Concurses.

II. T i t e l.

Besondere Bestimmungen in Beziehung auf Bergwerke:

Zu §§. 116 bis 118. 1. Zu dem unbeweglichen Vermögen, welches Gegenstand der Zwangsvollstreckung sein kann, gehört auch das Bergwerkseigenthum (§. 2 No. 3). Dasselbe entsteht erst durch die Verleihung des Bergwerks, welche sich mit der Aushändigung der Verleihungsurkunde an den Muther vollzieht (Bergges. v. 15. April 1867 §. 52). An die Verleihung, als an einen Ausfluss des Berghoheitsrechts, knüpft sich die Anlegung eines besonderen Grundbuchblatts, und soll der Erwerber von Amtswegen zur Eintragung seines Bergwerkseigenthums angehalten werden (Grunderwerbsges. §. 70 No. 1. Grundbuchordn. §. 29 Abs. 3). Es werden daher bei der Zwangsvollstreckung in das letztere die Vorschriften der §§. 21 u. 22 zu beachten sein. Wie nun nach den §§. 19 No. 4, 23 Abs. 2, 45 No. 4, 67 Abs. 3, 96 Abs. 2 u. 3 in dem Antrage auf Beschlagnahme, dem Beschlagnahmebeschlusse, der Versteigerungsbekanntmachung, der im Fall der Wiederversteigerung zu erlassenden Bekanntmachung und dem Antrag bezw. dem Beschlusse auf Zwangsverwaltung das Grundstück, welches den Gegenstand der Zwangsvollstreckung bilden soll, näher bezeichnet sein muss, so soll nach §. 116 das Gleiche auch hinsichtlich der Subhastation des Bergwerkseigenthums der Fall sein, nur dass hier die Punkte, deren Angabe erforderlich scheint, der Natur der Sache nach abweichend bestimmt sind¹⁾. Auch verlangt der Entw. in §. 117, dass die Verleihungsurkunde in beglaubigter Abschrift beigelegt werde, da sie einen wesentlichen Bestandtheil der Beschreibung des Beschlagnahmegegenstandes bildet, welche nach §. 51 im Versteigerungstermine zur Einsicht aufgelegt werden muss. Ebenso nach §§. 107 u. 108 der Preuss. Subh. Ordn.

2. Da der Bergbehörde ein Recht der Aufsicht über den Betrieb des Bergwerks, imgleichen die polizeiliche Aufsicht zusteht (Bergges.

¹⁾ Der Entw. hatte in Uebereinstimmung mit §. 108 der Preuss. Subh. Ordn. auch die Angabe der dem abzubauenen Felde zunächst belegenen Stadt gefordert. Auf Antrag der Commission ist jedoch dieses Erforderniss als bei dem geringen Umfange des Herzogthums überflüssig gestrichen.

§§. 67 ff. 197), so erschien es erforderlich, derselben auch von der Beschlagnahme und deren Aufhebung Mittheilung zu machen. Dasselbe war der Fall in Betreff der Bezeichnung der Person des Verwalters.

Die am Schlusse des §. 118 enthaltene Vorschrift über die Befähigung des mit der technischen Leitung des Betriebes beauftragten Beamten entspricht dem §. 75 des Berggesetzes.

V. Abschnitt.

Schlussbestimmungen.

Zu §. 119. Der §. 119 schliesst sich dem §. 21 Abs. 1 des Einf. Ges. zur D. C. P. O. an und schreibt vor, dass die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen als anhängig zu gelten habe, sofern sie vom Gerichte verfügt war¹⁾.

¹⁾ Ueber die Kosten der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen vgl. Ges. No. 40 v. 11. Juli 1879 §. 10 und den diesem Gesetze in Anl. A beigefügten Gebührentarif.

V.

G e s e t z ,

das

**Verfahren bei Trennung der Ehe aus landes-
herrlicher Machtvollkommenheit**

betreffend.

d. d. Braunschweig, den 23. Juni 1879 (Nr. 33).

**Von Gottes Gnaden, Wir,
Wilhelm,**

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg p. p.

erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung das
nachfolgende Gesetz:

§. 1.

Die Trennung einer bestehenden Ehe aus landesherrlicher Machtvollkommenheit findet nur Anwendung bei hiesigen Staatsangehörigen.

Das betreffende Gesuch ist bei demjenigen Amtsgerichte anzubringen, bei welchem der Ehemann seinen allgemeinen Gerichtsstand hat.

§. 2.

Das Gesuch kann bei dem Gerichte schriftlich eingereicht oder von beiden Ehegatten persönlich zum Protocoll des Gerichtsschreibers vorgetragen werden.

Das schriftlich eingereichte Gesuch, welchem die Heirathsurkunde beizufügen ist, bedarf der Unterschrift beider Bittsteller oder Derjenigen, welche für dieselben als Bevollmächtigte handeln. Der Bevollmächtigte hat die Bevollmächtigung durch eine schriftliche, öffentlich beglaubigte Vollmacht nachzuweisen und diese dem Gerichte beizufügen.

§. 3.

Nach Eingang des Gesuches hat das Amtsgericht einen Sühetermin anzuberaumen und zu demselben die Bittsteller zu laden.

Die Letzteren müssen in dem Termine persönlich erscheinen; Beistände können zurückgewiesen werden.

Erscheint einer der Bittsteller oder erscheinen beide Bittsteller in dem Sühnetermine nicht, so ruht das Verfahren bis auf erneuertes Anrufen beider Theile.

Der Sühneversuch ist nicht erforderlich, wenn der Aufenthalt eines der Bittsteller im Auslande ist, wenn dem Sühneversuche ein anderes schwer zu beseitigendes, von dem Bittsteller nicht verschuldetes Hinderniss entgegensteht, oder wenn nach dem Ermessen des Gerichts die Erfolglosigkeit des Sühneversuchs mit Bestimmtheit vorauszusehen ist.

§. 4.

Ist der Sühneversuch nicht erforderlich oder erfolglos gewesen, so hat das Amtsgericht eine genaue Sachuntersuchung anzustellen, insbesondere die vorhandenen Zeugen über die das Gesuch begründenden Thatsachen zu vernehmen, auch, soweit dies nothwendig oder sachgemäss erscheint, Erkundigungen bei der Ortspolizeibehörde des Wohnorts der Bittsteller oder bei sonstigen Behörden und Privatpersonen einzuziehen, auch die Auseinandersetzung der Bittsteller in Betreff ihrer persönlichen und Vermögensverhältnisse, sowie in Betreff der etwa vorhandenen Kinder für den Fall der Gewährung des Gesuches zu veranlassen, hiernächst aber bei Einsendung der Acten und des Gesuches an Uns zu berichten.

§. 5.

Wird durch das von Uns an das Amtsgericht zu erlassende Rescript das Gesuch um Trennung der Ehe verworfen, so sind die Betheiligten hiervon durch Zufertigung einer Abschrift des Rescripts in Kenntniss zu setzen.

Ist dagegen von Uns die Trennung der Ehe verfügt, so hat das Amtsgericht einen Termin zur Verkündung des landesherrlichen Rescripts anzuberaumen und dazu die Betheiligten von Amtswegen zu laden.

§. 6.

In dem anberaumten Termine haben die Bittsteller in Person zu erscheinen; eine Vertretung durch Bevollmächtigte ist nur zulässig auf Grund einer bei Uns nachzusuchenden Dispensation und unter Ueberreichung schriftlicher, öffentlich beglaubigter Vollmacht.

War die Dispensation in dem die Trennung der Ehe verfügenden

Rescripte ertheilt, so hat das Gericht die Bittsteller bei deren Ladung hiervon in Kenntniss zu setzen, ohne jedoch des übrigen Inhalts des Rescripts Erwähnung zu thun.

§. 7.

Im Fall des Nichterscheins beider Bittsteller oder eines derselben gilt das Gesuch als zurückgenommen.

Sind beide Bittsteller bezw. deren Bevollmächtigte (§. 6) erschienen, so hat der den Termin leitende Richter dieselben zu befragen, ob sie auf ihrem gemeinschaftlichen Gesuche um Trennung ihrer Ehe beharren? Wird diese Frage auch nur von einem der Bittsteller verneint, so findet die Verkündung des von Uns erlassenen Rescripts nicht statt. Wird sie von beiden bejaht, so hat der Vorsitzende das landesherrliche Rescript zu verlesen und nach geschehener Vorlesung den Betheiligten zu eröffnen:

dass ihre Ehe nunmehr getrennt sei.

Die Ehe gilt als getrennt, sobald die vorstehende Eröffnung erfolgt ist.

§. 8.

Ueber den Gang der Verhandlung ist ein Protocoll durch den Gerichtsschreiber aufzunehmen.

Durch Aufnahme in das Protocoll sind festzustellen:

- 1) die Namen der erschienenen Bittsteller oder deren Vertreter, letzteren Falls unter Bezugnahme auf die ertheilte Dispensation von dem Erforderniss des persönlichen Erscheinens;
- 2) die den Bittstellern durch den Amtsrichter vorgelegte Frage und die darauf abgegebenen Erklärungen (§. 7 Abs. 2);
- 3) die geschehene Verkündung des landesherrlichen Rescripts nebst der den Bittstellern gemachten Eröffnung.

Die von den Bevollmächtigten überreichte Vollmacht ist dem Protocolle beizufügen.

Das Protocoll ist von dem Vorsitzenden und dem Gerichtsschreiber zu unterschreiben.

§. 9.

Im Uebrigen finden auf das durch das gegenwärtige Gesetz geordnete Verfahren die Vorschriften der §§. 21, 23, 34, 35, 45 bis 50, 67, 71 und 75 des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze vom 1. April 1879 über das Verfahren in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit Anwendung.

§. 10.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze in Kraft.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigesetzten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 23. Juni 1879.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

W. Schulz. Trieps. Graf Görtz-Wrisberg.

Motive

zu

dem Gesetz, betr. das Verfahren bei Trennung der Ehe
aus landesherrlicher Machtvollkommenheit.

Einleitung.

Das landesherrliche Ehescheidungsrecht, hervorgegangen aus dem Bestreben, die strengen kirchenordnungsmässigen Ehescheidungsgründe unter Berücksichtigung der Grundsätze der Billigkeit dem Bedürfnisse entsprechend auszudehnen, ist im hiesigen Lande schon seit dem 17. Jahrhundert ausgebildet, nach Beseitigung der westphälischen Zwischenherrschaft — während welcher das französische Recht der Ehescheidung auf Grund gegenseitiger Einwilligung (Code civ. art. 233, 275 bis 294, 297, 305) zu zeitweiliger Geltung gelangte — durch §. 7 Abs. 2 der Verfügung Fürstl. Regierungscommission vom 3. Februar 1814 wieder hergestellt und seitdem in beständiger Uebung geblieben.

Als zur Aussprechung der Scheidung durch landesherrliche Machtvollkommenheit befugt sind von jeher diese Behörden anerkannt, welchen auch die erstinstanzliche Entscheidung in streitigen Ehesachen oblag, mithin, nach Aufhebung der Consistorial-Gerichtsbarkeit, Anfangs das Landesgericht (V. O. No. 14 vom 15. Januar 1814 §. 2 No. 2, §. 6), später die Herzoglichen Kreisgerichte. Die letzteren werden durch das höchste Circularrescript vom 12. Februar 1835 (G. und V. O. S. No. 11) geradezu als die für die Aussprechung der landesherrlichen Ehescheidung kompetenten Behörden bezeichnet, und dabei ist es auch nach Einführung der Justizorganisation des Jahres 1850 geblieben.

Was das bisherige Verfahren bei Ausübung dieses Ehescheidungsrechts betrifft, so ist nach Eingang des von beiden Ehegatten zu stellen-

den Antrags auf Trennung ihrer Ehe zunächst eine *causae cognitio* eingeleitet, welche sowohl von den Localgerichten als von den Kreisgerichten selbst ausgeführt wurde.

Die Berichterstattung an Herzogliches Staatsministerium auf Grund der vorgenommenen Sachuntersuchung hat in jedem Falle das Kreisgericht zu besorgen gehabt, und ist sodann nach Eingang des höchsten Rescripts, in welchem die Genehmigung der Ehescheidung enthalten war, solche in Form eines gerichtlichen Erkenntnisses, und zwar seit Einführung der Civilprocessordnung vom 19. März 1850 in öffentlicher Sitzung des Kreisgerichts, verkündet (Rescr. Oberger. vom 4. August 1854 in Bege, Rep. VIII, S. 98 ff.), nachdem zuvor durch Befragung beider Theile zum Publicationsprotocolle constatirt worden, dass die Parteien auf ihrem gemeinschaftlichen Verlangen der Ehescheidung beharren (Cir. Rescr. Oberger. vom 19. December 1865 in Bege, Rep. IX, S. 130. 131).

In neuerer Zeit ist mehrfach*) die Ansicht aufgestellt, dass das Institut der Ehescheidung aus landesherrlicher Machtvollkommenheit mit den Vorschriften des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschliessung, namentlich mit dem §. 76 dieses Gesetzes, wonach in streitigen Ehesachen die bürgerlichen Gerichte ausschliesslich zuständig sind, und eine geistliche oder eine durch die Zugehörigkeit zu einem Glaubensbekenntniss bedingte Gerichtsbarkeit nicht stattfindet, überhaupt nicht mehr vereinbar und daher als aufgehoben zu erachten sei. Man ist dabei von der Ansicht ausgegangen, dass die landesherrliche Scheidung als ein Act der den protestantischen Landesherren als Ausfluss ihrer oberbischöflichen Gewalt zugestandenen geistlichen Gerichtsbarkeit erscheine, und dass sie zu den streitigen Ehesachen gehöre, da auch bei obwaltendem Einverständniss unter den Ehegatten der übereinstimmende Wille derselben nicht zur Scheidung hinreiche, eine solche vielmehr nur nach einer Untersuchung, bei welchem gegenüber dem Privatwillen der Parteien das öffentliche Recht zu entscheiden habe, statthaft sei.

Diese Ansicht ist jedoch schon an sich und bei der Gestaltung, welche das landesherrliche Ehescheidungsrecht speciell im Herzogthum erlangt hat, nicht haltbar, wie ohne Weiteres aus der Thatsache sich ergibt, dass im hiesigen Lande, wo, wie oben bemerkt, die geistliche Gerichtsbarkeit in Ehesachen lange vor dem Reichscivilhegesetz beseitigt war, das landesherrliche Scheidungsrecht in gleichem Masse wie für Protestanten, so auch für andere Glaubensgenossen, insbesondere für

*) Vergl. Hinschius, Comment. zum Reichsges. über die Beurkundung des Personenstandes, §. 76 Anm. a. E. (S. 207). Wassersleben, das Ehescheidungsrecht kraft landesherrlicher Machtvollkommenheit (1877), S. 38 ff. von Sicherer, Personenstand und Eheschliessung in Deutschland (1879), S. 447, 452, 453.

Katholiken, sowohl bei Mischehen, als bei ausschliesslich katholischen Ehen constant ausgeübt worden ist (Dedekind, das protest. Ehescheidungsrecht No. 448, 450 bis 460). Daneben beruht jene Rechtsanschauung auf einer unrichtigen Auffassung sowohl des Instituts der landesherrlichen Scheidung als des §. 76 cit. Das Erstere ist namentlich von Stölzel (Krit. Vierteljahrsschrift Bd. 20 [N. F. Bd. 1] S. 232 ff.) in zutreffender Weise dargethan, welcher darauf hinweist, wie das Dispositionsrecht des protestantischen Landesherrn nicht auf der Kirchengewalt, sondern auf den Hoheitsrechten beruht, sich auf alle Staatsangehörige ohne Unterschied der Confession erstreckt, nach dem Vorbild des päpstlichen Dispositionsrechts in Ehesachen entstanden ist, mit der oberbischöflichen Gewalt nur so lange verbunden war, als die *lex specialis* des weltlichen Gesetzgebers in kirchlichen Angelegenheiten überhaupt nicht dispensiren konnte, mit allmählicher Anerkennung des staatlichen Gesetzgebungsrechts in Ehesachen aber, sei es bezüglich des materiellen Rechts oder sei es nur bezüglich der bürgerlichen Gerichtsbarkeit, zu dem zweifellosen Rechte, eine Ehe mittelst staatlicher *lex specialis* zu trennen, sich gestaltet hat und noch gegenwärtig als ein unbestrittenes Vorrecht der Krone fortbesteht. Dass aber auch eine unrichtige Auffassung des §. 76 des cit. Reichsges. obiger Rechtsanschauung zu Grunde liegt, folgt unmittelbar aus dem Inhalt dieses Paragraphen, welcher, ohne überhaupt das materielle Ehescheidungsrecht zu berühren, nur den letzten Rest der geistlichen Gerichtsbarkeit hat beseitigen wollen und daher nur wirklich streitige Ehesachen zum Gegenstande hat, während es sich bei der landesherrlichen Ehescheidung immer nur um ein ausserhalb der richterlichen Thätigkeit stehendes Eingreifen der höchsten Staatsgewalt in ein concretes Rechtsverhältniss, und zwar um einen Gnadenact handelt, der niemals zu einem wirklichen Jurisdictionsacte werden kann, da der Landesherr, wie bei anderen Dispositionsrechten so auch hier, an eine rechtliche Norm seiner Entschliessung nicht gebunden ist. Es kann hiernach die Berechtigung zur ferneren Ausübung des landesherrlichen Ehescheidungsrechts keinem gegründeten Zweifel unterliegen, wie dasselbe denn in den gemeinrechtlichen Gebietstheilen Preussens (Hannover, Hessen, Schleswig-Holstein) nach dem 1. Januar 1876 ausgeübt worden, auch in den Ausführungsverordnungen für Sachsen-Weimar-Eisenach §. 15, Sachsen-Coburg-Gotha §. 14, Schwarzburg-Sondershausen §. 14, Reuss ä. L. §. 16, sowie in dem Gesetze für Sachsen-Meiningen vom 27. Nov. 1875 Art. 8 (vgl. Hinschius a. a. O. S. 200 Anm. 72) vorausgesetzt ist, und ohne gleichzeitige legislative Erweiterung des gerichtlichen Ehescheidungsrechts, d. h. der bestehenden Scheidungsgründe, geradezu unentbehrlich sein würde. Dagegen musste nach Erlass der Deutschen Civilprocessordnung das Bedenken auftauchen, ob das bisher hier beobachtete Verfahren, wonach das die Sachuntersuchung führende Collegialgericht nach ertheilter landesherrlicher Ermächtigung die Ehescheidung durch ein förmliches Erkenntniss ausspricht, noch ferner beizubehalten sei, ob

namentlich die Landgerichte in Zukunft für befugt erachtet werden können, ohne vorausgegangene mündliche Verhandlung ein Ehescheidungs-urtheil zu verkünden, das nach Massgabe der Deutschen Civilprocessordnung nur auf Grund eines den Vorschriften der letzteren entsprechenden förmlichen Ehescheidungsklageverfahrens erfolgen darf.

Zwar bestimmt der §. 16 No. 5 des Einf. Ges. zur D. C. P. O., dass „die Vorschriften des bürgerlichen Rechts über das Verfahren bei Ehescheidungen auf Grund gegenseitiger Einwilligung“ unberührt bleiben sollen. Indessen bezieht sich diese Bestimmung — wie die einleitenden Motive zu §. 544 ff. des Entw. der D. C. P. O. (jetzt §. 568 ff.) ergeben (s. Hahn, Mat. Bd. II. S. 398), und wie namentlich aus der darin enthaltenen Exemplification auf das preussische, das französische und andere verwandte Rechte zu entnehmen ist — nur auf solche Rechtsnormen, nach welchen, unbeschadet gewisser allgemeiner Voraussetzungen für die Zulässigkeit des Verfahrens, der ernstliche auf Trennung gerichtete Wille beider Ehegatten als einziger Scheidungsgrund in Betracht kommt. Dagegen liegt bei der Ehescheidung aus landesherrlicher Machtvollkommenheit das entscheidende Moment immer in dem Dispensationsacte, der *lex specialis* des Landesherrn, und wenn auch die beiderseitige Uebereinkunft der Ehegatten immerhin als nothwendige und insofern wesentliche Voraussetzung einer solchen Scheidung gilt, so ist sie doch weder für sich allein zur Herbeiführung der Trennung der Ehe genügend, noch auch kann das landesherrliche Rescript als die blosse Bestätigung der in dem Antrage beider Theile sich offenbarenden gegenseitigen Einwilligung zur Ehescheidung aufgefasst werden, da vielmehr der alleinige Grund für letztere, die eigentliche dissolvirende Kraft, in dem Gnadenacte des Landesherrn zu finden ist.

Kann daher das bisher bei Ehescheidungen aus landesherrlicher Machtvollkommenheit beobachtete Verfahren auf Grund der im Einf. Ges. z. D. C. P. O. l. c. enthaltenen Bestimmung nicht beibehalten, muss vielmehr anerkannt werden, dass dieses Verfahren, weil weniger der streitigen als der unstreitigen Gerichtsbarkeit angehörend, mit den Procedurformen der D. C. P. O. nicht verträglich ist, so musste der Landesgesetzgebung die Aufgabe erwachsen, für die Folge an Stelle des bisherigen Verfahrens solche Formen vorzuschreiben, welche dem wahren Charakter desselben angemessen sind, ohne mit den Bestimmungen der Deutschen Civilprocessordnung zu collidiren.

Die Erfüllung dieser Aufgabe ist der Gegenstand des gegenwärtigen Gesetzentwurfs. Die zum Zwecke der Regelung des Verfahrens gegen den früheren Rechtszustand vorgenommenen Veränderungen sind im Wesentlichen zweifacher Art:

1) Während bisher die Kreisgerichte die Anstellung der *causae cognitio*, die Berichterstattung an Herzogliches Staatsministerium, die Publication des höchsten Rescripts zu besorgen hatten, sollen diese Geschäfte in Zukunft nach dem Entwurf nicht den an die Stelle der Kreis-

gerichte tretenden Landgerichten, sondern den Amtsgerichten übertragen werden. Massgebend war hierfür theils die Rücksicht, dass die Landgerichte im D. Gerichtsverfassungsgesetze als die ausschliesslich zur Entscheidung grösserer Processe berufenen Gerichte hingestellt sind, während gerade die Ausübung der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit, welcher das Verfahren bei Ehescheidungen aus landesherrlicher Machtvollkommenheit angehört, nach §. 20 des Ausführungsgesetzes z. D. G. V. G. vom 1. April d. J. den Amtsgerichten obliegt, theils die Erwägung, dass für das einzuschlagende Verfahren, insbesondere für Anstellung der causae cognitio, die Amtsgerichte bei dem geringeren Umfange ihres Bezirks und der dadurch erleichterten Bekanntschaft mit den persönlichen Verhältnissen der die Scheidung beantragenden Ehegatten jedenfalls geeigneter sind, als die Landgerichte, welche ohnehin fast in jedem Falle genöthigt sein würden, das betr. Amtsgericht um Vornahme der causae cognitio zu ersuchen.

2. Die bisher im hiesigen Recht bestehende, nachweisbar auch schon vor der westphälischen Periode beobachtete*) Besonderheit, wonach auf Grund des landesherrlichen Auftrags ein förmliches Ehescheidungsurtheil durch das Kreisgericht in den Formen der Civilprocessordnung erlassen ist, wird nicht länger aufrecht erhalten werden können. Dieselbe war gerechtfertigt, so lange man davon ausging, dass die landesherrliche Ehetrennung einen Act streitiger Gerichtsbarkeit involvire, da solcher nur durch ein unter Zugrundelegung der lex specialis des Landesherrn erlassenes, in den vorgeschriebenen Formen verkündetes richterliches Erkenntniss geübt werden kann (s. Rescr. Oberger. v. 19. Dec. 1865 in Ztschr. f. Rechtspf. XIII, S. 41 ff.).

Folgt man dagegen der oben dargelegten richtigeren Auffassung, dass es sich bei dem Ehescheidungsrecht des Landesherrn überall nicht um einen Jurisdictionen-, sondern um einen Gnadenact handle, so fehlt jede Veranlassung zur Beibehaltung der Verkündung eines solchen durch richterliches Erkenntniss; vielmehr bedarf es nur einer Form, durch welche dieser Gnadenact gleichzeitig zur Kenntniss der Betheiligten gebracht, und der Zeitpunkt, mit welchem die Ehe als getrennt zu betrachten ist, jedem Zweifel enthoben wird.

Der Entwurf schreibt daher in den §§. 5 bis 7 vor, dass das Amtsgericht nach dem Eingang des die Ehetrennung verfügenden höchsten Rescripts die Betheiligten vor die Gerichtsstätte laden, denselben nach Constatirung der Fortdauer ihres auf Ehetrennung gerichteten Willens

*) S. Wassersleben a. a. O. S. 27, welcher einen Fall erwähnt, wo auf Grund eines höchsten Rescripts v. 21. März 1797 das Consistorium die Parteien zu einem Termine vorgeladen und dann das Consistorial-Erkennntniss (unter der Formel: „Wie wir dann solchergestalt hiermit trennen und gestatten“ etc.) publicirt hat.

das höchste Rescript verkünden und damit zugleich die Eröffnung verbinden soll, dass nunmehr ihre Ehe als getrennt zu betrachten sei.

Abgesehen von den im Vorstehenden dargelegten Aenderungen schliesst sich der Entwurf in allem Uebrigen an das bisherige Verfahren an¹⁾.

Zu §. 1. 1. Dass das landesherrliche Ehescheidungsrecht nur auf solche Personen Anwendung findet, welche auf Grund des Reichsgesetzes v. 1. Juni 1870 (B. G. Bl. S. 355) die Staatsangehörigkeit im Herzogthume erworben haben, entspricht den bisher beobachteten Grundsätzen (Dedekind a. a. O. No. 442 bis 444) und ergiebt sich aus dem Charakter der landesherrlichen Ehescheidung als einer Gnadenbewilligung, welche, wenn gegen Angehörige eines fremden Staates geübt, von letzteren nicht anerkannt zu werden braucht, wogegen über wirkliche Ehescheidungsklagen fremder Ehegatten in dem allgemeinen persönlichen Gerichtsstande des Wohnsitzes mit voller rechtlicher Wirkung auch für das Ausland verhandelt und entschieden werden darf.

2. Der allgemeine Gerichtsstand (D. C. P. O. §§. 13 bis 18) des Ehemanns muss, wie bei Ehescheidungsklagen (l. c. §. 568), so auch im Verfahren wegen Ehescheidung aus landesherrlicher Machtvollkommenheit für die Zuständigkeit des Gerichts, bei welchem dieses Verfahren zu erfolgen hat, entscheidend sein.

Zu §. 2. Für das von beiden Ehegatten überreichte Gesuch ist nur deren Unterschrift, nicht aber die Beglaubigung der letzteren — etwa wie nach §. 8 der Grundbuchordn. — gefordert, da diesem Gesuche noch keinerlei entscheidende Bedeutung beiwohnt. Der Gefahr einer möglichen Fälschung der Unterschrift wird dadurch vorgebeugt, dass die Parteien im Termine zur Verkündung des höchsten Rescripts in Person zu erscheinen und dort ihren Willen, bei dem überreichten Gesuche beharren zu wollen, nochmals ausdrücklich zu erklären haben; auch ist der Richter schon bei Vornahme des Sühneversuchs, bezw. bei Anstellung der Sachuntersuchung in der Lage, den etwaigen Missbrauch der Unterschrift eines der Bittsteller sofort entdecken zu können. — Dagegen musste für den Fall, dass das Gesuch nicht von den Ehegatten selbst, sondern von deren Bevollmächtigten unterschrieben wird, zur

¹⁾ Der vorgelegte Gesetzentwurf hat der Berathung der Justizcommission unterlegen und ist, nachdem darüber in der 27. Sitzung der Landesversammlung v. 13. Juni 1879 (Landt. Verh. S. 232 ff.) mündlicher Bericht erstattet worden, in der 30. Sitzung v. 18. Juni dess. J. mit zwei unwesentlichen Aenderungen en bloc angenommen (Landt. Verh. S. 263. Anl. 113).

Sicherung des Verfahrens schriftliche, gerichtlich oder notariell beglaubigte Vollmacht gefordert werden (arg. D. C. P. O. §. 76 Abs. 2).

Zu §. 3. Die Bestimmungen des §. 3 entsprechen den §§. 571 bis 573 der D. C. P. O. Wie der Ehescheidungsklage regelmässig ein Sühneversuch vorausgehen muss, so war derselbe im Interesse der Aufrechterhaltung der Ehe und zur Herstellung des ehelichen Lebens auch dann nicht zu entbehren, wenn es sich um Ehescheidung aus landesherrlicher Machtvollkommenheit handelt. Es kann davon nur in solchen Fällen abstrahirt werden, wo vorausszusehen ist, dass derselbe nur eine blosser Form sein würde, oder wenn schwer zu beseitigende Hindernisse entgegenstehen, z. B. schwere Krankheit oder weite Entfernung eines der Bittsteller.

Ueber das Vorhandensein dieser Ausnahmefälle entscheidet das richterliche Ermessen.

Das an das Nichterscheinen beider Bittsteller oder eines derselben im Sühnetermine geknüpfte Präjudiz konnte nur darin bestehen, dass das weitere Verfahren bis auf erneuertes Anrufen der Beteiligten ruhen bleibt. Es versteht sich jedoch von selbst, dass, wenn der Ausbleibende sein Nichterscheinen mit einem solchen Umstande entschuldigt, welcher wenn dem Richter früher bekannt, dazu geführt haben würde, von dem Sühneversuche überhaupt abzustehen, das Verfahren seinen Fortgang zu nehmen hat.

Zu §§. 6 und 7. Der Tendenz des Gesetzes entsprechend abstrahirt dasselbe im Allgemeinen von den materiellen Voraussetzungen, durch welche das landesherrliche Scheidungsrecht bedingt ist, lässt daher die Frage, ob z. B. bei constatirtem Ehebruch eines oder beider Theile u. dergl. die Ausübung des Dispensationsrechts zulässig sei, unberührt. Dagegen macht dasselbe den übereinstimmenden Willen beider Ehegatten, die Trennung der Ehe nachzusuchen, zur nothwendigen formellen Voraussetzung für das landesherrliche Scheidungsrecht. Um festzustellen, dass dieser beiderseitige Wille auch noch zur Zeit der Verkündung des landesherrlichen, die Trennung der Ehe verfügenden Rescripts vorhanden sei, schreibt das Gesetz das persönliche Erscheinen beider Theile vor und macht diese Vorschrift zu einer absolut bindenden; daher nur höchste Dispensation von deren Beobachtung befreien kann. Wird dieser Vorschrift zuwider der Verkündungstermin von beiden Theilen oder von einem der Bittsteller versäumt, so ist die Folge davon nicht — wie nach §. 3 bei Nichtbeobachtung des Sühnetermins — ein Ruhenlassen des Verfahrens, so dass dasselbe auf Anrufen der Parteien wieder aufgenommen werden könnte; vielmehr wird in diesem Falle der Verzicht der Bittsteller auf das überreichte Gesuch präsumirt. Die Annahme einer solchen Präsumtion war um so nothwendiger, weil das die Ehetrennung verfügende höchste Rescript nur die zur Zeit seines Er-

274 Motive zu dem Gesetz, betr. die landesherrliche Ehetrennung.

lasses vorliegenden Verhältnisse zur Grundlage hat, während nach Ablauf eines längeren oder selbst kürzeren Zeitraums ein Wechsel der Verhältnisse eingetreten sein kann, der, wenn früher bekannt, die Gewährung der Ehescheidung möglicher Weise verhindert haben würde. Dass im Uebrigen die Verlegung des zur Verkündung des Rescripts anberaumten Termins auf Antrag eines oder beider Theile oder auch von Amtswegen erfolgen kann (arg. D. C. P. O. §§. 205, 206), bedurfte keiner besonderen Erwähnung im Gesetze.

2. Mit der Verkündung des landesherrlichen Rescripts und mit der daran geknüpften Eröffnung des Richters gilt die Ehe der Parteien als getrennt; diese Eröffnung hat dieselbe Wirkung, wie die Verkündung des Urtheils, durch welches auf Trennung der Ehe rechtskräftig erkannt ist. Für den Abschluss einer neuen Ehe entscheiden die §§. 34 und 35 des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875.

Zu §. 8. Der Absatz 2 enthält diejenigen Einzelheiten, welche, wenn sie vorgekommen sind, durch das Protocoll festgestellt werden müssen.

Darüber, ob und welchen Behörden Mittheilungen über die durch landesherrliches Rescript erfolgte Ehescheidung zu machen sind, hat das Gesetz keine Bestimmungen aufgenommen. Hinsichtlich der gerichtlichen Ehescheidungen verfügt der §. 55 Abs. 1 des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875, dass die Auflösungserklärung der nach dem 1. Januar 1876 vor dem Standesbeamten geschlossenen Ehen im Standesregister zu vermerken sei, wo sie von Amtswegen, auch ohne Antrag der Beteiligten, einzutragen ist, und nach der Ausführungsverordnung des Bundesrathes v. 22. Juni 1875 §. 14 Abs. 1 (Braunschw. G. u. V. O. S. de 1875 S. 321) „hat die Staatsanwaltschaft, und insoweit dieselbe in Ehesachen nicht mitzuwirken hat, das Ehegericht eine mit der Bescheinigung der Rechtskraft versehene Ausfertigung des Urtheils dem Standesbeamten, vor welchem die Ehe geschlossen ist, zu übersenden.“ Abgesehen von dem Reichsgesetze geschah die Benachrichtigung des Herzogl. Consistoriums sowohl in Betreff der durch rechtskräftiges gerichtliches Erkenntniss als auch der durch landesherrliche Machtvollkommenheit geschiedenen Ehen bisher auf Grund eines Ministerial-Rescripts vom 12. August 1845 (Bege, Rep. V, S. 86). Auch in Zukunft wird das Erforderliche im Instructionswege zu ordnen sein.

VI.

G e s e t z ,

die

**Uebergangsbestimmungen zu der Deutschen
Civilprocessordnung,**

der

**Deutschen Strafprocessordnung und in
nichtstreitigen Rechtssachen**

betreffend.

d. d. Braunschweig, den 1. April 1879 (Nr. 13).

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm,

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg p. p.

erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung das
nachfolgende Gesetz:

Erster Titel.

Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten.

§. 1.

Die vor dem Inkrafttreten der Deutschen Civilprocessordnung anhängig gewordenen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten werden auch nach diesem Zeitpunkte, insofern nicht in dem gegenwärtigen Gesetze etwas Anderes bestimmt ist, nach den bisherigen Vorschriften erledigt.

§. 2.

Die Ausschliessung und Ablehnung der Gerichtspersonen erfolgt in den im §. 1 bezeichneten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, wenn der bezügliche Antrag nicht vor dem 1. October 1879 gestellt ist, nach Massgabe der §§. 41 bis 49 der Deutschen Civilprocessordnung.

§. 3.

Wenn in den im §. 1 bezeichneten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach Eintritt des 1. October 1879 um Bewilligung des Armenrechts nachgesucht wird, so kommen die Vorschriften der §§. 106 bis 118 der Deutschen Civilprocessordnung zur Anwendung. Das in Rechtsstreitigkeiten der gedachten Art vor dem angegebenen Zeitpunkte bewilligte Armenrecht hat für alle Instanzen Geltung.

§. 4.

Zustellungen in den im §. 1 bezeichneten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten erfolgen vom 1. October 1879 an nach Massgabe der §§. 152 bis 159, 165 bis 174, 176 bis 189 der Deutschen Civilprocessordnung.

Unberührt bleibt hierbei die bestehende Verpflichtung der Gerichte, Zustellungen und Behandlungen von Amtswegen zu betreiben.

Oeffentliche Zustellungen, sofern sie vor dem Inkrafttreten der Deutschen Civilprocessordnung theilweise ausgeführt wurden, sind nach Massgabe der bisherigen Vorschriften zu erledigen.

§. 5.

In den im §. 1 bezeichneten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten findet von dem 1. October 1879 an der Antrag auf Beiladung eines bei dem Rechtsstreite Betheiligten (§. 69 der Civilprocessordnung vom 19. März 1850) nicht mehr statt.

Hauptinterventionen sind in den gedachten Rechtsstreitigkeiten von dem bezeichneten Zeitpunkte an nach Massgabe der Deutschen Civilprocessordnung zu erledigen.

§. 6.

In den im §. 1 bezeichneten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten finden die Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung über die Berechtigung zur Verweigerung eines Zeugnisses (§§. 348 bis 350), über die Verpflichtung zur Erstattung eines Gutachtens (§§. 372, 373), über die Vernehmung und Beeidigung von Zeugen und Sachverständigen (§§. 341, 347, 356, 357, 359 bis 363, 375), über die zur Erzwingung eines Zeugnisses oder Gutachtens zulässigen Massregeln (§§. 345, 355, 374) und über das Verfahren bei der Abnahme von Eiden (§§. 441 bis 446) Anwendung.

Werden in den vorgedachten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach Eintritt des 1. October 1879 Anträge auf Sicherung des Beweises (Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtniss) gestellt, so sind dieselben nach Massgabe der Bestimmungen der §§. 447 bis 455 der Deutschen Civilprocessordnung zu erledigen.

§. 7.

Arrestgesuche, sowie Gesuche um einstweilige Verfügungen, welche in den im §. 1 bezeichneten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach Eintritt des 1. October 1879 angebracht werden, sind nach

Massgabe der Bestimmungen der §§. 796 bis 822 der Deutschen Civilprocessordnung zu erledigen.

Dasselbe gilt, wenn derartige Gesuche vor dem 1. October 1879 überreicht sind, eine gerichtliche Verfügung aber bis zu diesem Zeitpunkte nicht getroffen ist.

War auf den Antrag wegen Erlass eines Arrestbefehls bereits vor dem Inkrafttreten der Deutschen Civilprocessordnung verfügt, so kommen auf das Verfahren über die Rechtfertigung des Arrestes auch nach dem 1. October 1879 die bisherigen Vorschriften zur Anwendung.

§. 8.

Eine Mitwirkung der Staatsanwaltschaft in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, soweit dieselbe nach den bisherigen Vorschriften als Nebenpartei zur Mitwirkung berechtigt ist, findet vom 1. October 1879 an nicht mehr statt.

Auf Ehesachen und Entmündigungssachen findet diese Vorschrift keine Anwendung.

§. 9.

Für die vor dem Inkrafttreten der Deutschen Civilprocessordnung anhängig gewordenen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten treten vom 1. October 1879 ab an die Stelle der im §. 11 des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze vom heutigen Tage aufgehobenen Gerichte die nach §. 10 desselben Gesetzes neu errichteten Landesgerichte und zwar nach Massgabe der nachstehenden Vorschriften.

§. 10.

An die Stelle der bisherigen Stadt- und Amtsgerichte treten die neuerrichteten Amtsgerichte, an die Stelle der bisherigen Kreisgerichte und des bisherigen Handelsgerichts die Civilkammern der Landgerichte, sowie die auf Grund des §. 88 des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze vom heutigen Tage etwa gebildeten Hülfskammern¹⁾.

¹⁾ Eine solche Hülfskammer ist nach §. 2 der Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung vom 20. Aug. 1879 (No. 53) bei dem Landgerichte Braunschweig gebildet. Nach der von der Landesjustizverwaltung vorgenommenen Geschäftsvertheilung soll dieselbe die vor dem 1. October 1879 anhängig gewordenen Concurse, die auf das Landgericht Braunschweig übergehenden bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in denen vor dem bezeichneten Tage bereits ein Beweisinterlocut abgegeben ist oder in höherer Instanz abgegeben wird, imgleichen die vor dem 1. October 1879 anhängig gewordenen Berufungen und Beschwerden in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten bearbeiten.

Die Vertheilung der am 1. October 1879 bei den bisherigen Kreisgerichten und dem Handelsgerichte anhängigen Rechtsstreitigkeiten unter die genannten Kammern der Landgerichte erfolgt durch die Landesjustizverwaltung.

§. 11.

An die Stelle des zweiten und dritten Senats des Obergerichts tritt der zweite Civilsenat des Oberlandesgerichts als: „Aushülfs-senat für Berufungssachen“, an die Stelle des ersten Senats des Obergerichts der erste Civilsenat des Oberlandesgerichts als: „Aushülfs-senat für Revisions- und Cassationssachen“. Die gedachten Aushülfsenate entscheiden jener in der Besetzung von drei, dieser in der Besetzung von fünf Mitgliedern einschliesslich des Vorsitzenden.

Die vorstehenden Bestimmungen kommen auch dann zur Anwendung, wenn am 1. October 1879 Klagen auf Entlassung von Staatsdienern, städtischen Beamten, Kirchen- und Schuldienern oder Notaren auf Grund des Gesetzes No. 113 vom 22. December 1870 anhängig sind.

§. 12.

Anträge auf Anordnung einer Curatel über einen Grossjährigen sind, wenn darauf am 1. October 1879 noch nicht verfügt war, an das zuständige Amtsgericht abzugeben und nach den Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung über das Entmündigungsverfahren zu erledigen.

§. 13.

Für die nach dem Inkrafttreten der Deutschen Civilprocessordnung erhobene Nichtigkeits- oder Restitutionsklage gegen Endurtheile, welche in einem nach den bisherigen Vorschriften verhandelten Rechtsstreite erlassen sind (§. 20 des Einführungsges. zur D. Civilprocessordnung), ist ausschliesslich zuständig das Gericht, welches in dem Rechtsstreit erkannt hat, und zwar: wenn ein in der Revisions- oder Cassations-Instanz erlassenes Urtheil auf Grund des §. 542 oder des §. 543 No. 4 und 5 der Deutschen Civilprocessordnung angefochten wird, der erste Civilsenat des Oberlandesgerichts; wenn ausser diesem Falle ein in höherer Instanz erlassenes Urtheil allein oder mit anderen Urtheilen angefochten wird, das Gericht zweiter Instanz, in allen anderen Fällen das Gericht erster Instanz. Die §§. 10 und 11 finden entsprechende Anwendung.

§. 14.

Für die vor dem Inkrafttreten der Deutschen Civilprocessordnung erhobenen, in dem bisherigen Verfahren zu erledigenden Nichtigkeitsklagen gelten vom 1. October an folgende Vorschriften:

- 1) War die Nichtigkeitsklage in erster Instanz bei dem zweiten oder dritten Senat des Obergerichts anhängig, so tritt an dessen Stelle der zweite Civilsenat des Oberlandesgerichts als Aushülssenat für Berufungssachen in der durch §. 11 geregelten Besetzung. Ueber Berufungen entscheidet der erste Civilsenat des Oberlandesgerichts, über Revisionen und Nichtigkeitsbeschwerden ein aus sämmtlichen Mitgliedern des Oberlandesgerichts, einschliesslich der Vorsitzenden, gebildeter Gerichtshof.
- 2) War die Nichtigkeitsklage in erster Instanz bei dem ersten Senat des Obergerichts anhängig, so tritt an dessen Stelle der erste Civilsenat des Oberlandesgerichts als Aushülssenat für Revisions- und Cassationssachen in der durch §. 11 geregelten Besetzung. Ueber Berufungen entscheidet ein aus sämmtlichen Mitgliedern des Oberlandesgerichts, einschliesslich der Vorsitzenden, gebildeter Gerichtshof. Das Rechtsmittel der Revision und Nichtigkeitsbeschwerde fällt in diesem Falle hinweg.
- 3) Befand sich die Nichtigkeitsklage am 1. October 1879 in der Instanz der Rechtsmittel bei einem der Senate des Obergerichts, so finden die vorstehenden Bestimmungen unter den No. 1 und 2 entsprechende Anwendung.

§. 15.

Auf die vor dem Inkrafttreten der Deutschen Civilprocessordnung anhängigen Syndikatsklagen kommen vom 1. October 1879 an die Vorschriften des §. 14 unter den No. 1 und 3 zu entsprechender Anwendung.

§. 16.

Anträge auf Erlass eines Zahlungsbefehls, auf welche vor dem Inkrafttreten der Deutschen Civilprocessordnung noch nicht verfügt war, werden von diesem Zeitpunkte an nach den Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung über das Mahnverfahren §§. 628 ff. erledigt.

§. 17.

Auf das Verfahren der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen (Mobilien, ausstehende Forderungen, Gehalte, Ruhegehälter, Renten und dergl.) aus Erkenntnissen und Zahlungsbefehlen, welche vor dem 1. October 1879 ergangen sind, oder nach diesem Zeitpunkte in einem nach den bisherigen Vorschriften erledigten Verfahren ergehen, einschliesslich der nach den bisherigen Vorschriften erlassenen Arrestbefehle und einstweiligen Verfügungen, ferner aus öffentlichen Urkunden, welche vor dem Inkrafttreten der Deutschen Civilprocessordnung errichtet sind, finden nach diesem Zeitpunkte die Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung und der §. 162 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes Anwendung, insoweit nicht in den nachfolgenden Paragraphen etwas Anderes bestimmt ist.

§. 18.

Die Zwangsvollstreckung aus gerichtlichen Erkenntnissen und Zahlungsbefehlen, welche vor dem 1. October 1879 ergangen sind, erfolgt auch nach diesem Zeitpunkte nur auf Grund eines amtsgerichtlichen Vollstreckungsbefehls.

Der Vollstreckungsbefehl wird auf Antrag ertheilt, wenn die Nachweisung der Vollstreckbarkeit nach Massgabe der bisherigen Vorschriften geliefert ist.

Die Bescheinigung der Vollstreckbarkeit wird von dem Gerichte ausgestellt, welches nach §. 10 an die Stelle des bis dahin zuständig gewesenem Gerichte tritt.

Für die Ertheilung des Vollstreckungsbefehls ist das Amtsgericht zuständig, welches mit dem 1. October 1879 an die Stelle des bis dahin zuständig gewesenem Amts- oder Stadtgerichts tritt.

In den Sachen, in denen zeither die Vollstreckung bei den Kreisgerichten zu beantragen und unter deren Leitung durch die Amts- und Stadtgerichte commissarisch zu besorgen war, hat das mit dem 1. October 1879 an die Stelle des Kreisgerichts tretende Landgericht auf Antrag das betreffende Amtsgericht anzuweisen, den Vollstreckungsbefehl zu erlassen.

Die Ausführung der Zwangsvollstreckung erfolgt nach den Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung.

Der Vollstreckungsbefehl vertritt die Stelle der vollstreckbaren Ausfertigung des Schuldtitels. Einer besonderen Zustellung des letzteren bedarf es nicht.

Der Gerichtsvollzieher ist von dem Gerichtsschreiber des Amtsgerichts, welcher den Vollstreckungsbefehl zu erlassen hat, zu beauftragen, insofern der Gläubiger in seinem Antrage auf Ertheilung des Befehls nicht erklärt hat, die Beauftragung selbst besorgen zu wollen. Der vom Gerichtsschreiber beauftragte Gerichtsvollzieher gilt als von dem Gläubiger beauftragt.

§. 19.

Für die Zwangsvollstreckung aus vollstreckbaren öffentlichen Urkunden, welche vor dem 1. October 1879 nach Massgabe der bisherigen Vorschriften errichtet sind, finden die Bestimmungen des §. 18 entsprechende Anwendung.

§. 20.

Die Erkenntnisse und Zahlungsbefehle, welche in den am 1. October 1879 anhängigen und nach den bisherigen Vorschriften zu erledigenden bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach diesem Zeitpunkte erlassen werden, sind nach Massgabe der Deutschen Civilprocessordnung zu vollstrecken.

Die vollstreckbare Ausfertigung, auf deren Grund die betreffende Partei die Zwangsvollstreckung zu betreiben hat, wird jedoch nicht vom Gerichtsschreiber, sondern von demjenigen Gerichte ertheilt, welches mit dem 1. October 1879 an die Stelle des hierfür nach den bisherigen Vorschriften zuständig gewesenen Gerichts tritt.

Dies gilt auch für die Fälle, in denen die ergangenen Erkenntnisse nicht auf baares Geld gerichtet sind.

§. 21.

War in den Fällen der §§. 18 und 19 der Vollstreckungsbefehl, oder war ein Arrestbefehl vor dem 1. October 1879 bereits erlassen, jedoch zu dieser Zeit noch nicht vollständig erledigt, so gelten folgende Bestimmungen:

Sind vor dem 1. October 1879 Gegenstände des beweglichen Vermögens im Wege der Zwangsvollstreckung oder des Arrestes mit Beschlag belegt oder gepfändet, so erfolgt die Fortsetzung und Erledigung des Verfahrens in Bezug auf diese Gegenstände nach den bisher geltenden Vorschriften.

Insoweit dagegen mit der Ausführung des Befehls am 1. October 1879 überhaupt oder bezüglich eines Theils seines Umfanges noch nicht begonnen ist, erfolgt die fernere Vollstreckung auf Grund

des Befehls nach Massgabe der Deutschen Civilprocessordnung. Der vom Gericht mit der Vollstreckung beauftragte Gerichtsvollzieher gilt bezüglich dieser fernerer Vollstreckung als vom Gläubiger beauftragt.

§. 22.

Wird durch die Theilnahme mehrerer Gläubiger an einer Vollstreckungsmassregel ein Vertheilungsverfahren nothwendig, so finden die §§. 758 bis 768 der Deutschen Civilprocessordnung Anwendung, sofern das Vertheilungsverfahren auf Grund des §. 400 der Braunschweigischen Civilprocessordnung nicht bereits vor dem 1. October 1879 eröffnet ist.

§. 23.

Die auf Grund der bisherigen Vorschriften erlassene Anordnung der Haft ist nach dem Inkrafttreten der Deutschen Civilprocessordnung auf Antrag des Schuldners aufzuheben, soweit die Haft nach den Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung nicht zulässig ist.

Das Gleiche gilt für die vor dem 1. October 1879 erfolgte Beschlagnahme oder Pfändung fortlaufender Einkünfte, jedoch nur, insoweit dieselben auf die Zeit nach Einführung der Deutschen Civilprocessordnung fallen.

Vor der Entscheidung ist der Gläubiger zu hören.

§. 24.

Die Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung über die Einstellung, Beschränkung und Aufhebung der Zwangsvollstreckung, sowie über die Geltendmachung von Einwendungen, welche die Zwangsvollstreckung betreffen, finden auch dann Anwendung, wenn die Zwangsvollstreckung vom 1. October 1879 an im Uebrigen nach den bisherigen Vorschriften zu erledigen ist.

§. 25.

Das Pfandrecht, welches ein Gläubiger vor dem Inkrafttreten der Deutschen Civilprocessordnung durch Pfändung erlangt hat, bleibt in Kraft auch gegenüber einem Pfandrechte, welches durch eine binnen zweier Jahre nach diesem Zeitpunkte bewirkte Pfändung begründet wird.

§. 26.

Die Uebergangsbestimmungen für die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen werden durch besonderes Gesetz getroffen.

§. 27.

Wenn in einer vor dem Inkrafttreten der Deutschen Civilprocessordnung anhängig gewesenem bürgerlichen Rechtsstreitigkeit, in welcher ein Beweisinterlocut bisher nicht abgegeben ist, beide streitenden Theile nach dem 1. October 1879 vor weiterem Fortgange des Rechtsstreits bei dem zuständigen Gerichte schriftlich oder zum Protocolle des Gerichtsschreibers beantragen, dass der Rechtsstreit nach den Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung verhandelt werden solle, so hat das Gericht diesem Antrage mit der Wirkung Folge zu geben, dass angenommen wird, als sei die Klage erst nach dem Inkrafttreten der Deutschen Civilprocessordnung erhoben.

Die nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts mit Erhebung der Klage begründeten Wirkungen bleiben unberührt. Gehörte der Rechtsstreit, hinsichtlich dessen der vorgedachte Antrag gestellt ist, zu den Handelssachen im Sinne des §. 101 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes, so ist derselbe, insofern bei dem betreffenden Landgerichte eine Kammer für Handelssachen besteht, auf den vor weiterer Verhandlung gestellten Antrag einer Partei an diese Kammer zu verweisen.

§. 28.

Gerichtliche Aufgebote sind auch nach dem Inkrafttreten der Deutschen Civilprocessordnung von dem bisher zuständigen oder an dessen Stelle getretenen Gerichte (§. 10) nach den früheren Vorschriften zu erledigen, wenn vor diesem Zeitpunkte das Aufgebot beantragt war.

Aufgebote zum Zwecke der Kraftloserklärung der auf den Inhaber lautenden Sparkassenbücher und Leihhaus-Pfandscheine sind nach den bisherigen Vorschriften aussergerichtlich zu erledigen, wenn am 1. October 1879 eine öffentliche Bekanntmachung des Aufgebots bereits erfolgt ist.

Zweiter Titel.

S t r a f s a c h e n .

§. 29.

Die vor dem Inkrafttreten des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes bei den aufgehobenen Gerichten anhängig gewordenen Strafsachen, auf welche für das weitere Verfahren die Vorschriften der Deutschen Strafprocessordnung und des Forststrafgesetzes vom heutigen Tage Anwendung finden (§. 8 des Einführungsgesetzes zur Deutschen Strafprocessordnung), gehen nach jenem Zeitpunkte auf die Landesgerichte nach Massgabe der denselben beigelegten Zuständigkeit über.

Die Ueberweisung von Strafsachen an die Schöffengerichte in Gemässheit des §. 75 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes findet in denjenigen Sachen, in welchen die Anklage vor dem Inkrafttreten des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes bei den Kreisgerichten überreicht ist, nicht statt.

Die nach den bisherigen Vorschriften von dem ersten Senate oder dem Anklagesenate des Obergerichts zu erledigenden Rechtsmittel und Beschwerden in Strafsachen, einschliesslich der vor dem Tage des Inkrafttretens der Deutschen Strafprocessordnung anhängig gemachten Gesuche um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand entscheidet von diesem Zeitpunkte an der Strafsenat des Oberlandesgerichts.

Für die Ueberleitung des Verfahrens gelten die Bestimmungen der §§. 30 bis 34.

§. 30.

Die vor dem Inkrafttreten der Deutschen Strafprocessordnung bei den bisherigen Stadt- und Amtsgerichten anhängig gewordenen Strafsachen werden nach diesem Zeitpunkte von den Schöffengerichten bezw. den auf Grund des §. 10 des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze vom heutigen Tage errichteten Amtsgerichten nach Massgabe der Bestimmungen der Deutschen Strafprocessordnung fortgesetzt. In Privatanklagesachen, in welchen der Angeklagte bereits vorgeladen war, findet jedoch der §. 420 der Deutschen Strafprocessordnung keine Anwendung. Wegen der

Kostenvorschüsse behält es bei den bisherigen Vorschriften sein Bewenden.

§. 31.

Gehörten die vor dem Inkrafttreten der Deutschen Strafprocessordnung bei den aufgehobenen Kreisgerichten oder dem Criminalsenate des Obergerichts (Ges. No. 122 vom 22. December 1870 §. 4) anhängig gewordenen Strafsachen nach Massgabe des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes zur Zuständigkeit der Schöffengerichte, so sind nach diesem Zeitpunkte die ergangenen Acten der Staatsanwaltschaft des Landgerichts zur weiteren Veranlassung zuzustellen.

Privatanklagen, welche bei den bisherigen Kreisgerichten vor dem 1. October 1879 anhängig geworden sind, werden nach diesem Zeitpunkte dem zuständigen Amtsgerichte zum weiteren Verfahren übersandt, und hat letzteres nach Eingang der Acten die Parteien von der geschehenen Uebersendung in Kenntniss zu setzen. Auch in diesem Falle findet der §. 420 der Deutschen Strafprocessordnung keine Anwendung, wenn der Angeklagte bereits vorgeladen war.

§. 32.

Eine am 1. October 1879 noch schwebende Voruntersuchung ist nach diesem Zeitpunkte, wenn die Strafsache, in welcher die Voruntersuchung eingeleitet war, nach Massgabe des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehört, einzustellen. Alle übrigen an dem gedachten Tage schwebenden Voruntersuchungen sind dem zuständigen Staatsanwalt zur weiteren Verfügung in Gemässheit der Deutschen Strafprocessordnung zuzustellen.

§. 33.

Gehörten die vor dem Inkrafttreten der Deutschen Strafprocessordnung bei den in §. 31 Abs. 1 erwähnten Gerichten anhängig gewordenen Strafsachen nach Massgabe des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes zur Zuständigkeit der Strafkammern der Landgerichte, so ist, wenn auf die vor diesem Zeitpunkte überreichte Anklage die Einleitung des Hauptverfahrens beschlossen ist, letzteres aber vor dem 1. October 1879 nicht mehr stattfinden kann, der Termin zur Hauptverhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts anzuberaumen. Die Anberaumung dieses Termins und die Anordnung der erforderlichen, soweit nöthig, mittelst Requisition zu besorgenden Ladungen (§. 35) kann nur durch die Vorsitzenden der

Kreisgerichte Braunschweig und Holzminden erfolgen, und haben zu dem Ende die Vorsitzenden der übrigen Kreisgerichte, deren Bezirke in Gemässheit des §. 10 des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze vom heutigen Tage den Bezirken der Landgerichte Braunschweig und Holzminden zugetheilt werden, bezw. in den zur Zuständigkeit des Criminalsenats des Obergerichts gehörigen Sachen der Präsident des Senats, unmittelbar nach Abgabe des Beschlusses über die Eröffnung des Hauptverfahrens die Acten an den betr. Vorsitzenden der Kreisgerichte Braunschweig oder Holzminden abzugeben.

Dasselbe geschieht in den nach den bisherigen Bestimmungen zur Zuständigkeit der Schwurgerichte, nach Massgabe des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes aber zur Zuständigkeit der Strafkammern der Landgerichte gehörigen Strafsachen, wenn vor dem 1. October 1879 der Anklagesenat die Versetzung in den Anklagestand erkannt und auf Antrag des Ober-Staatsanwalts die Verweisung vor die Strafkammer des Landgerichts ausgesprochen hat. In diesem Falle hat der Ober-Staatsanwalt die auf Grund des Erkenntnisses des Anklagesenats erhobene Anklage sofort nach deren Erhebung mit den Acten an den betreffenden Vorsitzenden der Kreisgerichte Braunschweig oder Holzminden einzusenden.

§. 34.

In den sowohl nach den bisherigen Bestimmungen, als nach Massgabe des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes zur Zuständigkeit der Schwurgerichte gehörigen Strafsachen, in welchen vor dem 1. October 1879 die Versetzung in den Anklagestand erkannt ist, das Hauptverfahren jedoch vor diesem Zeitpunkte nicht mehr erfolgen kann, hat der Ober-Staatsanwalt die auf Grund des Erkenntnisses des Anklagesenats erhobene Anklage, nachdem dieselbe in Gemässheit des §. 100 Abs. 1 der Strafprocessordnung vom 21. October 1858 dem Angeklagten behändigt ist, mit den Acten nach dem Inkrafttreten der Deutschen Strafprocessordnung an die Staatsanwaltschaft des zuständigen Landgerichts zur weiteren Veranlassung abzugeben.

§. 35.

In den in den §§. 30 bis 33 bezeichneten Strafsachen können schon vor dem 1. October 1879 Ladungen vor diejenigen Landesgerichte erfolgen, welche an die Stelle der aufgehobenen Gerichte treten. Die in solche Ladungen aufzunehmende Verwarnung be-

stimmt sich nach den Vorschriften der Deutschen Strafprocessordnung.

§. 36.

Diejenigen, welche auf Grund des §. 115 e der Revidirten Braunschweigischen Strafprocessordnung in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1879 die Verrichtung des Amts eines Geschworenen als Entschuldigungsgrund geltend gemacht haben, dürfen für das erste Geschäftsjahr des neuen Verfahrens ihre Berufung als Schöffe oder Geschworener ablehnen.

§. 37.

Gegen die von den bisherigen Stadt- und Amtsgerichten vor dem Inkrafttreten der Deutschen Strafprocessordnung erlassenen richterlichen Strafbefehle, in welchen ein Termin zur Vorbringung von Einwendungen vor den an die Stelle der aufgehobenen Gerichte tretenden Amtsgerichten angesetzt worden, ist der Einspruch mit der im §. 449 der Deutschen Strafprocessordnung bezeichneten Wirkung in dem anberaumten Termine zu erheben.

Die vorstehende Vorschrift findet auch hinsichtlich des in Jagdpolizeisachen anberaumten Einwendungstermins (V. O. No. 11 vom 19. April 1871 §. 8) Anwendung.

§. 38.

Wird nach dem Inkrafttreten der Deutschen Strafprocessordnung in Strafsachen, welche nach den bisherigen Vorschriften verhandelt sind, die Wiederaufnahme des durch rechtskräftiges Urtheil geschlossenen Verfahrens beantragt, so ist für die Entscheidung über den Antrag sowie für die Verhandlung und Entscheidung in dem wieder aufgenommenen Verfahren dasjenige Gericht zuständig, welches zuständig sein würde, wenn das frühere Verfahren auf Grund der Vorschriften der Deutschen Strafprocessordnung, des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes und des zur Ausführung des letzteren erlassenen Landesgesetzes stattgefunden hätte.

§. 39.

Ist auf Grund der §§. 175 und 176 der Strafprocessordnung vom 21. October 1858 die Beschlagnahme des Vermögens in solchen Strafsachen verfügt, welche nach Massgabe des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehören, so ist diese Beschlagnahme nach dem Inkrafttreten der Deutschen

Strafprocessordnung aufzuheben. In anderen als den in Abs. 1¹⁾ bezeichneten, vor dem Inkrafttreten der Deutschen Strafprocessordnung anhängig gewordenen Strafsachen erfolgt die Vermögensbeschlagnahme nach Massgabe der §§. 332 bis 335 der Deutschen Strafprocessordnung auch dann, wenn die öffentliche Vorladung des Angeschuldigten (St. P. O. v. 21. Oct. 1858 §. 175) vor jenem Zeitpunkte erlassen war.

§. 40.

Werden nach dem Inkrafttreten der Deutschen Strafprocessordnung bei der Strafvollstreckung aus Urtheilen, welche von den aufgehobenen Gerichten erlassen sind, gerichtliche Entscheidungen nothwendig (D. Strafprocessordnung §. 494), so ist vom 1. October 1879 an in den bisher zur Zuständigkeit der Einzelrichter gehörigen Sachen das Amtsgericht, in allen anderen Sachen das Landgericht zuständig.

§. 41.

Insoweit nach den Bestimmungen der Deutschen Strafprocessordnung die Vollstreckung der Entscheidungen nach den Vorschriften über die Vollstreckung der Urtheile der Civilgerichte zu erfolgen hat, finden vom 1. October 1879 an auf eine vor diesem Zeitpunkte anhängig gewordene Vollstreckung die im 1. Titel dieses Gesetzes enthaltenen Vorschriften entsprechende Anwendung.

Dritter Titel.

Nichtstreitige Rechtssachen.

§. 42.

Ist in Sachen der nicht streitigen Gerichtsbarkeit vor dem 1. October 1879 eine Verfügung erlassen, so kann dieselbe auch nach diesem Zeitpunkte nach den bisherigen Vorschriften im Wege der Beschwerde angefochten werden.

¹⁾ Das Gesetz spricht in Folge eines Versehens von „Absatz 1“, während der erste Satz des §. 39 gemeint war.

Die Entscheidung über die Beschwerde erfolgt durch die für diese Angelegenheiten bestimmte Kammer des Landgerichts, bezw. den betreffenden Civilsenat des Oberlandesgerichts nach Massgabe der §§. 35 und 50 des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze vom heutigen Tage.

§. 43.

In den durch §. 15 des Gesetzes No. 31 vom 14. September 1863 betroffenen Angelegenheiten ist die Beschwerde, wenn sie nicht bereits vor dem 1. October 1879 bei dem Handelsgerichte angemeldet und ausgeführt worden ist, nach diesem Zeitpunkte bei der zuständigen Civilkammer des Landgerichts Braunschweig einzulegen und von dieser mit den Akten an den über die Beschwerde entscheidenden Civilsenat des Oberlandesgerichts abzugeben.

Vierter Titel.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 44.

In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen, welche auch vom 1. October 1879 an nach den bisherigen Vorschriften zu erledigen sind, finden hinsichtlich der Gewährung der Rechtshülfe, der Oeffentlichkeit und Sitzungspolizei, der Gerichtssprache, der Berathung und Abstimmung und der Gerichtsferien die Vorschriften der §§. 70 bis 75 des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze vom heutigen Tage entsprechende Anwendung.

§. 45.

Die vor dem Inkrafttreten des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes erlassenen Schreiben, durch welche ein Gericht um Rechtshülfe oder in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten um Zwangsvollstreckung ersucht wird, sind nach jenem Zeitpunkte zur weiteren Veranlassung an das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Amtshandlung vorgenommen werden soll, abzugeben.

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigesdruckten Herzoglichen
Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 1. April 1879.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

W. Schulz. Trieps. Graf Görtz-Wrisberg.

Motive

zu

dem Gesetz, betreffend die Uebergangsbestimmungen zu der Deutschen Civilprocessordnung, der Deutschen Strafprocessordnung und in nichtstreitigen Rechtssachen.

Einleitung.

Die mit dem 1. October 1879 auf Grund der Reichsjustizgesetze und des hiesigen Ausführungsgesetzes zum D. Gerichtsverfassungsgesetze eintretenden Aenderungen sowohl in der Gerichtsorganisation als im Verfahren in streitigen und nichtstreitigen Rechtssachen machen für die Uebergangszeit hinsichtlich der an jenem Tage bereits anhängig gewordenen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen, imgleichen hinsichtlich der an jenem Tage anhängigen nichtstreitigen Rechtssachen besondere Bestimmungen nothwendig. Dagegen bedurfte es solcher Bestimmungen nicht für die am 1. October 1879 anhängigen Concursachen und die anhängigen Zwangsvollstreckungen in das unbewegliche Vermögen, für letztere nicht, weil das Nöthige bereits in das Gesetz, die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen betr., §. 119, aufgenommen ist, für erstere nicht, weil schon das Einführungsgesetz zur D. Concursordnung in den §§. 8 bis 11 die erforderlichen Uebergangsbestimmungen enthält, welche ihrerseits keiner Ergänzung bedürfen.

Die Zusammenstellung der hiernach erforderlichen Uebergangsbestimmungen ist die Aufgabe des gegenwärtigen Gesetzes. Seinem Gegenstande nach zerfällt dasselbe in 4 Titel, von denen der erste die anhängigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, der zweite die anhängigen Strafsachen, der dritte das Verfahren in anhängigen Sachen der nicht-

streitigen Gerichtsbarkeit, der vierte Titel endlich einige allgemeine auf Civil- und Strafsachen gleichmässig anwendbare Vorschriften umfasst ¹⁾).

Erster Titel.

Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten.

Nach §. 18 des Einf. Ges. zur D. C. P. O. finden auf die Erledigung der vor dem Inkrafttreten der Civilprocessordnung anhängig gewordenen Processe bis zur rechtskräftigen Entscheidung derselben (§. 19 1. c.) die bisherigen Processgesetze Anwendung; der Landesgesetzgebung bleibt jedoch vorbehalten, die Civilprocessordnung auf die vor deren Inkrafttreten anhängig gewordenen Processe für anwendbar zu erklären. Es entsteht daher die Frage, ob und in welchem Umfange von diesem Vorbehalte Gebrauch zu machen sei. Hierbei war nun vor Allem Rücksicht zu nehmen auf die wesentlichen principiellen Verschiedenheiten, welche zwischen der ein mündliches Verfahren mit allen seinen Consequenzen begründenden Deutschen Civilprocessordnung und dem bisherigen hiesigen Civilprocess, welcher wesentlich auf schriftlichem Verfahren mit mündlicher Schlussverhandlung beruhte, statthaben; es war zu erwägen, zu welchen Complicationen es führen würde, wenn man einen von der strengsten Eventualmaxime beherrschten Process, in welchem die Parteien möglicher Weise bereits Rechte auf Ausschluss neuer Anführungen erworben haben können, in das neue Verfahren überleiten wollte, das den Erlass des Urtheils lediglich auf Grund einer mündlichen Verhandlung gestattet, in welcher die Anführung neuer Thatsachen im weitesten Umfange zulässig ist (D. C. P. O. §. 251 ff.). Gerade wegen der grossen Verschiedenheiten des bisherigen und des neuen Processverfahrens, und um die angedeuteten Verwickelungen zu vermeiden, schien es am angemessensten, die D. Civilprocessordnung auf die am 1. October 1879 bereits anhängigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nicht für anwendbar zu erklären, letztere vielmehr im bisherigen Verfahren zu Ende zu bringen. Der Entwurf hat es daher bei dem Grundsatz des §. 18 Abs. 1 des Einf. Ges. zur D. C. P. O. als Regel belassen und nur einzelnen Bestimmungen der D. Civilprocessordnung aus Zweckmässigkeitsgründen sofortige Anwendbarkeit auf anhängige Rechtsstreite eingeräumt. Dagegen ist den Parteien in §. 27 die Möglichkeit gegeben, auch auf einen bereits unter der Herrschaft des bisherigen Verfahrens begonnenen bürgerlichen Rechtsstreit mit

¹⁾ Ueber den betr. Gesetzentwurf (Landt. Verh. Anl. 26) ist von der Justizcommission am 7. März 1879 Bericht erstattet (Anl. 50), und ist über die vorgeschlagenen nicht erheblichen Aenderungen Einverständniss mit H. Landesregierung erzielt. Mit diesen Aenderungen ist der Entw. in der Sitzung der Landesversammlung v. 20. März 1879 (Prot. 17 sub. VI Anl. 61) en bloc angenommen.

beiderseitiger Uebereinstimmung die Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung zur Anwendung zu bringen, so jedoch, dass angenommen wird, als sei dieser Rechtsstreit erst nach dem Inkrafttreten der Deutschen Civilprocessordnung begonnen.

Zu §. 1. Der §. 1 spricht die vorstehend aufgestellte Regel aus. Danach kommen, wofern überhaupt das bisherige Verfahren massgebend ist, auch die ausserordentlichen Processarten der hiesigen Civilprocessordnung, soweit nicht das gegenwärtige Gesetz ausdrückliche Ausnahmen statuirt, zur Anwendung, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben in der Deutschen Civilprocessordnung Anerkennung gefunden haben oder nicht. Es würde daher auch z. B. der summarische Process, soweit er bisher in Geltung war (vergl. Ges. No. 58 vom 3. Decbr. 1855 §§. 1 u. 2. Ges. No. 8 vom 12. Febr. 1859 §. 2), desgleichen der Provocationsprocess (C. P. O. §. 268 ff.) für die Uebergangsperiode Geltung behalten, ungeachtet diese Processarten der Deutschen Civilprocessordnung nicht mehr bekannt sind.

Der Begriff „bürgerliche Rechtsstreitigkeiten“ (vergl. Motive zum D. G. V. G. S. 32, bei Hahn, Mat. S. 47) hat durch die Reichsjustizgesetzgebung eine technische Bedeutung gewonnen, indem er alle diejenigen streitigen Angelegenheiten umfasst, auf welche die D. Civilprocessordnung Anwendung findet; es gehört daher auch z. B. das Mahnverfahren und das Aufgebotsverfahren hierher. — Ob eine Sache nach Lage des Processes „anhängig“ geworden ist, kann im Allgemeinen der Beurtheilung der Praxis überlassen werden, welche die Wirkungen der Litispendenz nach bisherigem Process erst mit der Behändigung der Klage und des darauf erlassenen gerichtlichen Dekrets an den Beklagten eintreten liess, während nach §. 235 der D. C. P. O. die Rechtshängigkeit der Streitsache schon durch die Erhebung der Klage, d. h. durch die ohne gerichtliches Dekret erfolgende Ladung begründet wird¹⁾. Einige

¹⁾ Die Commission wollte ursprünglich die „Anhängigkeit des Processes“ nicht erst mit der Ladung, also der geschehenen Zustellung der Klage, sondern schon mit der Einreichung der Klage festgestellt wissen, weil sich anderenfalls in Folge der ausnahmsweise für das Jahr 1879 bestimmten längeren Dauer der Gerichtsferien (vom 1. August bis zum 30. September) ein zu grosser Stoff ansammeln würde, der sofort bei Beginn des neuen Verfahrens erledigt werden müsste, wodurch Gerichte und Anwälte in einer nicht zum Vortheile der Einführung des neuen Verfahrens gereichenden Weise mit der nach diesem zu führenden Verhandlungen überbürdet werden würden. Dieselbe stand jedoch von weiteren Anträgen in dieser Beziehung ab, nachdem regierungsseitig namentlich geltend gemacht war, dass die dem Entw. zu Grunde liegende Begriffsbestimmung der Rechtshängigkeit sowohl mit den Bestimmungen der Deutschen Civilprocessordnung, als auch mit dem geltenden Processrechte übereinstimmen, und eine Abweichung von letzterem, wie die Auffassung der Commission sie mit sich bringt, im Widerspruch mit dem für die Einführung des neuen Verfahrens massgebenden Grundsatz stehen würde.

Specialbestimmungen enthält der Entwurf zur Beseitigung von Zweifeln für das Verfahren wegen Rechtfertigung eines Arrestes, bei Anordnung einer Curatel über einen Grossjährigen, bei Erlass von Zahlungsbefehlen und in Aufgebotssachen (§§. 7 Abs. 3, 12, 16 u. 28).

Zu §. 2. Die ausnahmsweise Anwendung der Vorschriften der D. Civilprocessordnung über Ablehnung von Gerichtspersonen (§§. 41 bis 49) auch in denjenigen Processen, welche vom 1. October 1879 an im bisherigen Verfahren verhandelt werden, rechtfertigt sich durch die Einfachheit dieser Vorschriften, während die bisher über Ablehnung von Gerichtspersonen geltenden Bestimmungen (C. P. O. vom 19. März 1850 §§. 46 bis 56. Ges. No. 19 vom 28. März 1861 §. 7, I) complicirt sind und sich schon deshalb nicht zu fernerer Anwendung empfehlen.

Zu §. 3. Die Bestimmungen der D. C. P. O. §§. 106 bis 118 über das Armenrecht sind öffentlich-rechtlicher Natur und nicht unmittelbar durch die besondere Construction des Processes, wie sie der Deutschen Civilprocessordnung zu Grunde liegt, bedingt. Es rechtfertigte sich daher, diese Bestimmungen auch auf einen im Uebrigen nach den bisherigen Vorschriften zu erledigenden Rechtsstreit zur Anwendung zu bringen, zumal die Staatsanwaltschaft, welcher nach bisherigem Recht ein wesentlicher Act der Mitwirkung bei Verleihung des Armenrechts zukam, nach dem Inkrafttreten der D. Civilprocessordnung zu derartigen Zwecken überall nicht mehr thätig zu werden hat. Es soll dies jedoch nur dann gelten, wenn das Armenrecht auch in einem nach bisherigem Verfahren zu erledigenden Processe zuerst nach dem 1. October 1879 nachgesucht wird. Wäre dasselbe schon vor diesem Zeitpunkte verliehen, so würde es bei dem in §. 143 Abs. 3 der hiesigen C. P. O. angenommenen Grundsatz, dass das ertheilte Armenrecht für alle Instanzen wirkt, sein Bewenden haben, und würden in diesem Falle auch die Bestimmungen der §§. 146 bis 148 l. c. über die von dem Gegner der armen Partei mit der Wirkung der Befreiung nur zu gerichtlichem Depositum zu entrichtenden Zahlungen auf den Streitgegenstand und über die den Rechtsbeiständen der armen Parteien zustehenden Ansprüche zur Anwendung kommen müssen.

Zu §. 4. Dieselben Gründe, welche im §. 67 des Ausführungsges. zum D. Gerichtsverfassungsgesetze (s. oben S. 23) dahin geführt haben, die Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung über Zustellungen auf Angelegenheiten, welche zum Gebiet der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit gehören, zur Anwendung zu bringen, sprechen auch dafür, in den nach dem bisherigen Verfahren zu erledigenden Civilprocessen in gleicher Weise vorzugehen. Es war dies um so nothwendiger, weil, soviel das Zustellungsverfahren durch Gerichtsvollzieher betrifft, das Nebeneinanderbestehen doppelter Zustellungsvorschriften leicht zu Irrthümern und

Verwechselungen Veranlassung geben und damit zu einer Schädigung der Parteien führen könnte. Der Paragraph dehnt daher die massgebenden Bestimmungen der D. Civilprocessordnung auch auf alte Processe aus, lässt dagegen die §§. 160 bis 164, 175 und 190 ausser Betracht, da sie nicht das Zustellungsverfahren, sondern die Voraussetzungen und Folgen gewisser Zustellungen bestimmen. Auch ist nur das Verfahren bei Ausführung von Zustellungen für die alten Processe ebenso geordnet wie für die neuen, während es hinsichtlich der Frage, durch wen die Zustellungen veranlasst werden, bei der Regel des bisherigen Processes, dass dieselben von Amtswegen anzuordnen sind, sein Bewenden hat, da Vorschriften wie die der §§. 152 Abs. 2 und 288 der D. C. P. O. mit der gesamten Structur des Processes zusammenhängen und sich daher auf einen andern Process nicht ohne Weiteres übertragen lassen. — Der Paragraph erwähnt in Abs. 2 neben den Zustellungen auch die Behändigungen. Die letzteren unterscheiden sich von den Zustellungen vorzugsweise dadurch, dass das zur „Behändigung“ bestimmte Schriftstück selbst zu übergeben ist, während das zur „Zustellung“ bestimmte Schriftstück behufs Rückgabe an den Auftraggeber in den Händen des Gerichtsvollziehers verbleibt und der Person, welcher zugestellt werden soll, nur eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift davon übergeben wird. Bei der Behändigung wird daher die Behändigungsurkunde mit dem zu behändigenden Schriftstücke nicht verbunden.

In den Fällen, wo die Zustellung nicht aus einem einheitlichen Acte, sondern aus mehreren zeitlich getrennten Handlungen besteht, wie bei öffentlichen Zustellungen, sprechen Zweckmässigkeitsgründe dafür, den bereits vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der D. Civilprocessordnung liegenden Act für gültig zu erklären, um nutzlose Verzögerungen zu vermeiden und demgemäss auch auf das weitere Verfahren die bisherigen Vorschriften zur Anwendung zu bringen.

Zu §. 5. Das Institut der Beiladung (Garantie- oder Rückklage) wie es dem §. 69 der hiesigen C. P. O. zu Grunde liegt, ist von der D. Civilprocessordnung nicht aufgenommen (vergl. Motive zur D. C. P. O. S. 94 ff., bei Hahn, Mat. S. 183). Da, auch wenn das Beiladungsrecht, wie nach hiesiger Praxis zu geschehen scheint (Ztschr. f. R. XXII, S. 59 ff.), auf die Parteien des Hauptprocesses beschränkt und nicht etwa eine zweite, dritte, vierte Garantieklage zugelassen wird, dadurch doch leicht eine Verwirrung und Verweiltläufigung des Verfahrens eintritt, so schien es rathsam, das gedachte Institut vom 1. October 1879 an auch aus den Processen, welche im Uebrigen nach bisherigem Verfahren erledigt werden, zu beseitigen.

Andererseits konnte es keinem Zweifel unterliegen, dass die Hauptintervention, welche nach dem 1. October 1879 im Laufe eines nach den bisherigen Vorschriften zu erledigenden Rechtsstreits erhoben wird, den

Charakter einer neuen Klage annimmt und daher den dafür geltenden Bestimmungen der Deutschen Civilprocessordnung unterliegt.

Zu §. 6. Der Paragraph bezweckt, die Vorschriften der D. Civilprocessordnung in einer Reihe öffentlich rechtlicher Beziehungen auch auf solche Processe zur Anwendung zu bringen, auf welche im Uebrigen die Regel des §. 1 anzuwenden ist ¹⁾. Es gehören hierher:

1. Die Bestimmungen der D. Civilprocessordnung über die Verpflichtung dritter Personen, in Civilprocessen behuf Ermittlung der Wahrheit als Zeugen (§§. 348 bis 350) oder Sachverständige mitzuwirken (§§. 372, 373), und über die zur Erzwingung eines Zeugnisses oder Gutachtens zulässigen Massregeln (§§. 345, 355, 374), während die Vorschriften über das Verfahren bei Weigerung bezw. Erzwingung eines Zeugnisses (§§. 346, 351 bis 354), oder eines Gutachtens (§. 367), weil unmittelbar mit der Structur des neuen Processes zusammenhängend, auf die nach bisherigem Prozesse erledigten Rechtsstreitigkeiten nicht ohne die Besorgniß der Herbeiführung von Unzuträglichkeiten übertragen werden konnten.

2. Die Vorschriften der D. Civilprocessordnung über die Vernehmung und Beeidigung von Zeugen und Sachverständigen (§§. 341, 347, 356, 357, 359 bis 363, 375) und über das Verfahren bei der Abnahme von Eiden (§§. 441 bis 446), wobei bemerkt wird, dass der §. 440 nur um des formellen Grundes willen keine besondere Aufnahme gefunden hat, weil sonst nach §. 5 des E. G. z. D. C. P. O. Ausnahmebestimmungen hinsichtlich des dem Landesherrn zustehenden Rechts der Eidesleistung durch einen Bevollmächtigten hätten getroffen werden müssen.

3. Die Bestimmungen der D. Civilprocessordnung über Sicherung eines Beweises (§§. 447 bis 455), auch wenn im Uebrigen der Hauptprocess, in welchem der fr. Antrag gestellt wird, nach dem bisherigen Verfahren zu verhandeln ist.

Zu §. 7. Die Beantwortung der Frage, ob der Antrag auf Erlass von Arrest oder einer einstweiligen Verfügung nach den bisherigen Processgesetzen oder nach den neuen Vorschriften zu behandeln ist, soll sich nach §. 7 nicht danach, ob der betr. Antrag schon vor oder erst nach dem Inkrafttreten der Deutschen Civilprocessordnung gestellt worden, sondern danach richten, ob auf diesen Antrag vor dem 1. October 1879

¹⁾ Die Anwendung des §. 84 der C. P. O. v. 19. März 1850 (wonach, wer zum Beweise einer und derselben Thatsache mehr als 5 Zeugen vorschlägt, die Kosten der mehreren Zeugen stets zu tragen hat) und des §. 85 l. c. (in Betreff der bei Requisition eines fremden Gerichts um Zeugenvernehmung von den Parteien zu überreichenden Anträge) hat nicht aufgehoben sein sollen, wie durch Uebereinstimmung der Commission und des H. Staatsministeriums ausdrücklich constatirt worden ist.

bereits eine Verfügung erlassen war oder nicht. War der Arrestbeschluss schon vor diesem Zeitpunkte abgegeben, so richtet sich auch das weitere Verfahren, namentlich die Rechtfertigung des Arrestes etc. nach den bisherigen Vorschriften. Wurde dagegen entweder der Arrestantrag erst nach dem Inkrafttreten der D. Civilprocessordnung gestellt, oder auf einen schon vorher gestellten Antrag die Verfügung erst nach diesem Zeitpunkte abgegeben, so sollen für das gesammte Verfahren lediglich die Vorschriften der D. Civilprocessordnung (§. 796 ff.) zur Anwendung kommen.

Zu §. 8. Nach bisherigem Recht tritt die Staatsanwaltschaft im Civilprocess entweder als Haupt- oder als Nebenpartei auf. Was die Fälle anbetrifft, wo sie als Hauptpartei, d. h. mit selbstständiger Klagebefugniß ohne Rücksicht auf die Erhebung eines Rechtsstreits durch eine Privatpartei fungirt (hiesige C. P. O. §. 16), so bedurfte es dieserhalb keiner besonderen Uebergangsbestimmung, da das in §. 1 ausgesprochene Princip für die fernere Thätigkeit der Staatsanwaltschaft in Beziehung auf den vor dem 1. October 1879 erhobenen Process entscheidend ist. Aber auch als Nebenpartei sollte die Staatsanwaltschaft nach hiesigem Recht eine umfangreiche Thätigkeit im Civilprocesse entwickeln. Abgesehen von dem Rechte derselben, von jeder Sache Einsicht zu nehmen, und von der Befugniß des Gerichts, ihr von Amtswegen jede Akte mitzutheilen, waren die Gerichte bisher verpflichtet, speciell in bestimmt bezeichneten Sachen den Staatsanwalt zeitig vor dem Verhandlungstermin durch Mittheilung der Akten in Kenntniß zu setzen und seine gutachtliche Aeusserung zu veranlassen (C. P. O. §§. 12 bis 15). Diese Bestimmungen sind in letzter Zeit schon in der Praxis vielfach unbeachtet gelassen; auch liegt principiell kein Grund vor, eine solche umfassende Mitwirkung der Staatsanwaltschaft im Civilprocesse, welche der Deutschen Civilprocessordnung völlig fremd ist, für die anhängigen Sachen aufrecht zu erhalten. Der Entwurf bestimmt daher, dass diese Mitwirkung fernerhin nicht mehr erforderlich sein soll, vorbehältlich der den Vorschriften der D. Civilprocessordnung entsprechenden Ausnahmen hinsichtlich der Ehe- und Entmündigungssachen (§§. 569, 589 bis 591, 595 Abs. 2, 597, 602, 607, 614, 619).

Zu §§. 9 bis 11. In §. 18 des E. G. z. D. G. V. G. ist der Landesgesetzgebung vorbehalten, die am Tage des Inkrafttretens des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes bei den Landesgerichten anhängigen Sachen ohne Rücksicht auf die im D. Gerichtsverfassungsgesetze bestimmten Grenzen der Zuständigkeit den ordentlichen Landesgerichten zuzuweisen. Der Entwurf hat sich bei Normirung der Zuständigkeit der neu eingerichteten Gerichte für anhängige Civilprocesssachen von dem Princip leiten lassen, nur die parallele äussere Stellung der neuen im Vergleich zu den alten Gerichten massgebend sein zu lassen, also den bisherigen Einzelrichtern die neuen Amtsgerichte, den

bisherigen Kreisgerichten, und zwar als Gerichten I. und II. Instanz, imgleichen dem Handelsgerichte die neuen Landgerichte, dem Obergerichte, und zwar als Gericht II. und III. Instanz, die beiden Civilsenate des Oberlandesgerichts gleichzustellen. Dieses Verfahren hat allerdings zur Folge, dass mit der Erledigung vieler anhängigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten Gerichte befasst werden, zu deren Zuständigkeit dieselbe Sache, wenn sie erst nach dem Inkrafttreten des D. Gerichtsverfassungsgesetzes anhängig geworden wäre, nicht gehört haben würde, dass also namentlich

- 1) die Landgerichte in erster Instanz über Processe im Streitwerthe von 150 bis 300 Mark, sowie über einzelne der in §. 23 No. 2 des D. G. V. G. aufgeführten Streitigkeiten, ferner über Entmündigungs- und Aufgebotssachen zu entscheiden haben werden, während diese Sachen nach Massgabe des D. Gerichtsverfassungsgesetzes nicht zu ihrer Zuständigkeit gehören würden; dass ferner
- 2) das Oberlandesgericht, abweichend von den reichsgesetzlichen Normen, über die Rechtsmittel in den unter No. 1 erwähnten Sachen, desgleichen über Klagen auf Entlassung von öffentlichen Beamten auf Grund der §§. 6, 16, 22, 27 des Gesetzes No. 113 vom 22. Decbr. 1870 — hinsichtlich deren in Zukunft gleichfalls die gewöhnlichen Zuständigkeitsnormen Geltung haben (§. 31 des Ausf. Ges. z. D. Gerichtsverfassungsgesetz) — in erster Instanz zu entscheiden haben wird.

Andererseits musste diesem Verfahren der Vorzug vor der Anwendung der reichsgesetzlichen Zuständigkeitsnormen auch auf anhängige Sachen aus dem praktischen Grunde gegeben werden, weil sonst ein mühsames Aussondern der einzelnen Processsachen nothwendig werden, und dabei vielfache Competenzstreitigkeiten, verbunden mit erheblichen Verzögerungen in der Erledigung anhängiger Civilprocesse, entstehen würden.

Im Einzelnen ist noch auf Folgendes aufmerksam zu machen:

Zu §. 9. Der Entwurf überträgt den substituirten Gerichten sämtliche Geschäfte der aufgehobenen Gerichte, daher nicht nur Verhandlung und Entscheidung, sondern die gesammte richterliche Thätigkeit in anhängigen Civilprocessen auf die neu zu bildenden Landesgerichte übergeht.

Zu §. 10. Den bisherigen Kreisgerichten und dem Handelsgerichte sind die Civilkammern der Landgerichte und die nach §. 88 des Ausführungsges. z. D. G. V. G. etwa gebildeten Hilfskammern gleichgestellt, unter denen die Geschäftsvertheilung während der Dauer des ersten Geschäftsjahres nach §. 20 des Einf. Ges. z. D. G. V. G. durch die Landesjustizverwaltung erfolgt. Von einer Ueberweisung derjenigen Rechts-

streitigkeiten, welche bisher von dem Handelsgerichte entschieden wurden, auf die etwa bei dem Landgerichte Braunschweig zu bildende Kammer für Handelssachen ist Abstand genommen, theils um eine gerade im Anfang leicht störende Geschäftsüberhäufung zu vermeiden, theils weil es besonders bei dieser Kammer unzweckmässig schien, ein doppeltes Processverfahren für die beim Inkrafttreten der D. Civilprocessordnung bereits anhängigen und für die erst nach diesem Zeitpunkte anhängig gewordenen Processsachen zuzulassen und damit Gelegenheit zu Störungen zu geben. Die Möglichkeit, auch bereits anhängige Civilprocesse auf die Kammer für Handelssachen zu übertragen, gewährt übrigens die Bestimmung in §. 27 des gegenwärtigen Gesetzes.

Zu §. 11. Da nach dem dem §. 1 zu Grunde liegenden Princip für die am 1. October 1879 anhängigen Civilprocesssachen auch das bisherige Rechtsmittelsystem beibehalten werden wird, so war es erforderlich, abweichend von der Norm des Reichsgesetzes (D. G. V. G. §. 124), wonach die Senate der Oberlandesgerichte stets in der Besetzung von 5 Mitgliedern mit Einschluss des Vorsitzenden zu entscheiden haben werden, für die anhängigen Sachen auch die bisherige Zusammensetzung der Senate des Obergerichts beizubehalten.

Die danach verschieden componirten Senate des Oberlandesgerichts werden bei jeder von ihnen abzugebenden Entscheidung durch Beifügung des in §. 11 gebrauchten Titels gleich äusserlich erkennen lassen, ob sie als Aushülsssenat für Berufungssachen, also in der Besetzung von drei Richtern, oder als Aushülsssenat für Revisions- und Cassationssachen, also in der Besetzung von fünf Richtern, erkannt haben.

Zu §§. 13 bis 15. 1. Nach §. 20 des Einf. Ges. z. D. Civilprocessordnung sollen gegen Endurtheile, welche vor dem Tage des Inkrafttretens der Deutschen Civilprocessordnung die Rechtskraft erlangt haben, sowie gegen Endurtheile, welche in den vor diesem Tage anhängig gewordenen Processen nach demselben die Rechtskraft erlangen*), als ausserordentliche Rechtsmittel nur die Nichtigkeitsklage und die Restitutionsklage nach den Bestimmungen der D. Civilprocessordnung stattfinden, wobei der Landesgesetzgebung wiederum vorbehalten ist, zu bestimmen, in welcher Instanz die Klagen gegen solche Endurtheile zu erheben sind.

*) „Rechtskräftig“ im Sinne der D. Civilprocessordnung und des Einführungsgesetzes zu derselben sind nach §. 19 des letztgedachten Gesetzes diejenigen Endurtheile, „welche mit einem ordentlichen Rechtsmittel nicht mehr angefochten werden können.“ Den Gegensatz zu den ordentlichen Rechtsmitteln bilden nach §. 20 l. c. die ausserordentlichen Rechtsmittel der Nichtigkeitsklage und Restitutionsklage, während z. B. das in §. 125 der hiesigen C. P. O. als „ausserordentliches Rechtsmittel“ bezeichnete Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde nach dem Sprachgebrauch der D. Civilprocessordnung zu den ordentlichen Rechtsmitteln zählen würde.

Der Entw. will auch hier nicht dasjenige Gericht entscheiden lassen, welches das anzufechtende Urtheil erlassen haben würde, wenn dasselbe in einem nach dem Inkrafttreten der D. Civilprocessordnung anhängig gewordenen Rechtsstreite ergangen wäre, sondern vielmehr dasjenige Gericht, welches thatsächlich in der Sache erkannt hat, übrigens unter Berücksichtigung der nach den §§. 9 bis 11 eingetretenen Veränderungen. Im Uebrigen schliesst sich der §. 13 hinsichtlich der Anfechtungsinstanz aufs Engste an den §. 547 der D. C. P. O. an, nur dass er der Revisionsinstanz der Deutschen Civilprocessordnung auch die bisher in dem Rechtsmittelsysteme der hiesigen Civilprocessordnung begründet gewesene Cassationsinstanz gleichgestellt hat.

2. Auch nach bisherigem hiesigen Process gehörten Nichtigkeitsklagen*) in erster Instanz vor dasjenige Gericht, welches die Nichtigkeit begangen haben sollte (C. P. O. §. 42), während das Rechtsmittelsystem im Ges. No. 19 vom 28. März 1861 §. 7, III. in eigenthümlicher Weise geordnet war, so zwar, dass über das Rechtsmittel der Revision und Nichtigkeitsbeschwerde ein im einzelnen Falle von der Herzoglichen Landesregierung aus den unbetheiligten Mitgliedern des Obergerichts und den Kreisgerichtsdirectoren zusammengesetzter Gerichtshof entscheiden sollte. Für die Uebergangsperiode war besondere Fürsorge für den Fall zu treffen, dass vor dem 1. October 1879 eine Nichtigkeitsklage in erster Instanz sei es bei dem 2. oder 3., sei es bei dem 1. Senate des Obergerichts anhängig war. In solchem Falle will der Entwurf die fernere Entscheidung in erster Instanz den beiden als Aushülffsenate in der Besetzung von 3 bezw. 5 Mitgliedern entscheidenden Civilsenaten des Oberlandesgerichts übertragen, während das Plenum des Oberlandesgerichts, wenn der Aushülffssenate für Berufungssachen in erster Instanz erkannt hatte, über das Rechtsmittel der Revision und Nichtigkeitsbeschwerde, wenn aber von dem Aushülffssenate für Revisionen in erster Instanz geurtheilt war, nur über das Rechtsmittel der Berufung erkennen soll. Die Inconvenienz, welche diese Bestimmung des Entwurfs dadurch herbeiführt, dass im ersteren Falle sämmtliche im Plenum entscheidende Mitglieder des Oberlandesgerichts bereits in einer der vorigen Instanzen bei Abgabe des Erkenntnisses betheiligt gewesen sind, dass ferner in dem Falle, wenn das Plenum über das Rechtsmittel der Berufung entscheidet, das Rechtsmittel der Revision und Nichtigkeitsbeschwerde überhaupt hinwegfallen soll, dürfte bei der Seltenheit des ganzen hier zu regelnden Verhältnisses wenig ins Gewicht fallen, und jedenfalls wird das gewählte Auskunftsmittel vor der Errichtung eines Gerichtshofes ad hoc, wie sie dem Ges. de 1861 cit. zu Grunde liegt, den Vorzug verdienen.

*) Ueber die im Uebergangsstadium befindlichen Restitutionsklagen braucht keine besondere Bestimmung getroffen zu werden, weil sie schon nach §. 43 der hiesigen C. P. O. vor dasjenige Gericht gehören, bei welchem der Rechtsstreit in erster Instanz anhängig war.

3. Endlich war noch eine Uebergangsbestimmung erforderlich für den Fall, wenn eine Syndikatsklage — für welche das hiesige Recht, abweichend von den reichsgesetzlichen Normen, ein privilegiertes Forum geschaffen hat (Ges. No. 19 vom 28. März 1861 §. 7, II) — vor dem Inkrafttreten der D. Civilprocessordnung bereits anhängig sein sollte. Auch hier will der Entwurf (§. 15) die für die Nichtigkeitsklage gegebenen Bestimmungen zu entsprechender Anwendung bringen, daher auf das unter No. 2 Gesagte verwiesen werden darf.

Zu §. 16. Anträge auf Erlass eines Zahlungsbefehls sollen als anhängig im Sinne des §. 1 gelten nicht schon dann, wenn sie vor dem 1. October 1879 bei Gericht überreicht waren, sondern erst dann, wenn darauf vor diesem Zeitpunkte verfügt worden ist, mag übrigens der Zahlungsbefehl oder ein abschlägiger Bescheid erlassen sein. Die geschehene Verfügung bedingt daher für die Uebergangsperiode die Anwendbarkeit des alten oder des neuen Rechts, zwischen welchem Verschiedenheiten sowohl hinsichtlich der Voraussetzungen als der Wirkungen des Zahlungsbefehls bestehen. Eine solche Verschiedenheit in den Wirkungen findet sich z. B. darin, dass nach §. 633 der D. C. P. O. mit der Zustellung des Zahlungsbefehls an den Schuldner die Wirkungen der Rechtshängigkeit (§. 235 ff.) eintreten, während nach §. 6 des hiesigen Ges. No. 20 vom 7. April 1864 durch Zustellung des Zahlungsbefehls an den Schuldner zwar die Verjährung unterbrochen wird, diese Unterbrechung jedoch der durch Erhebung eines Rechtsstreites bewirkten Unterbrechung der Verjährung nicht gleichsteht (Ztschr. f. R. XIX, S. 196 ff. XXV, S. 161).

Zu §. 17 ff. Einleitung. Was das Verhältniss der Vorschriften der D. Civilprocessordnung über Zwangsvollstreckung zu den bisherigen Bestimmungen anbetrifft, so kommen für die Uebergangsperiode zwei verschiedene Gesichtspunkte in Betracht: einmal, insofern es sich um die nach dem 1. October 1879 neu beginnende Zwangsvollstreckung aus einem Schuldtitel handelt, welcher entweder schon vor dem Inkrafttreten der D. Civilprocessordnung oder in einem zwar nach diesem Zeitpunkte, jedoch auf Grund des §. 1 nach den bisherigen Vorschriften erledigten Verfahren entstanden ist, sodann, insofern die Fortsetzung einer schon vor dem Inkrafttreten der D. Civilprocessordnung begonnenen Zwangsvollstreckung in Frage steht.

1. Für den ersterwähnten Fall enthält das Reichs-Einführungsgesetz keine ausdrückliche Bestimmung. Da jedoch nach §. 18 des E.-G. z. D. C. P. O. die bisherigen Processgesetze auf einen anhängigen Process nur bis zur rechtskräftigen Entscheidung desselben Anwendung finden sollen, so ergiebt sich arg. a contrario als die Ansicht des Reichs-Einführungsgesetzes, dass auf eine erst nach dem Inkrafttreten der D. Civilprocessordnung anhängig werdende Zwangsvollstreckung aus

rechtskräftigen Urtheilen, welche im bisherigen Processverfahren ergangen sind, die Vorschriften der D. Civilprocessordnung zur Anwendung gebracht werden müssen.

2. Was den zweiterwähnten Fall betrifft, so schreibt der §. 21 des E. G. z. D. C. P. O. vor, dass eine vor dem Intrafttreten der Civilprocessordnung anhängig gewordene Zwangsvollstreckung nach den bisherigen Processgesetzen erledigt werden soll, jedoch mit dem Vorbehalt für die Landesgesetzgebung, die Deutsche Civilprocessordnung auch auf eine derartige Zwangsvollstreckung für anwendbar zu erklären und zu dem Zwecke Uebergangsbestimmungen zu erlassen. Bei Prüfung der Frage, ob von diesem Vorbehalte Gebrauch zu machen sei, war namentlich die verschiedenartige Gestaltung des Executionsbetriebes nach der D. Civilprocessordnung einerseits und nach dem bisherigen Processverfahren andererseits zu berücksichtigen, insofern nämlich der Executionsbetrieb bisher in den Händen der Gerichte ruhte, während er nach der D. Civilprocessordnung in den regelmässigen Fällen durch selbstständige Vollstreckungsbeamte erfolgt, welche im directen Auftrage der Partei thätig werden (D. C. P. O. §. 674). Indessen sprachen Zweckmässigkeitsgründe dafür, die betr. Vorschriften der D. Civilprocessordnung auch auf anhängige Zwangsvollstreckungen wenigstens dann zur Anwendung zu bringen, wenn die Ausführung des Vollstreckungsbefehls vor dem 1. October 1879 noch nicht begonnen hatte, da dieselbe ohnehin den neuen Gerichtsvollziehern übertragen werden muss, und da es zu unvermeidlichen Verwechslungen und Irrthümern führen würde, wenn dabei den gedachten Beamten nicht ausschliesslich die Vorschriften der D. Civilprocessordnung zur Richtschnur gegeben werden könnten.

Nach vorstehenden Grundsätzen sind im Allgemeinen die Uebergangsbestimmungen hinsichtlich der Zwangsvollstreckung im Entwurfe geregelt, wobei jedoch eine Reihe näherer Bestimmungen nöthig war, um die aus der unvermittelten Anwendung der Vorschriften der D. Civilprocessordnung hervorgehenden Unzuträglichkeiten zu vermeiden. Der oben unter No. 1 erwähnte Grundsatz findet seine nähere Regelung in den §§. 17 bis 20, der Grundsatz unter No. 2 dagegen ist ausgeführt in den §§. 21 bis 25.

Zu §. 17. Der §. 17 bringt zunächst den oben unter 1 entwickelten Grundsatz zum Ausdruck, wonach die Anwendung der Vorschriften der D. Civilprocessordnung über die Zwangsvollstreckung selbst erst nach dem 1. October 1879 beginnt, während der vollstreckbare Schuldtitel entweder schon vorher oder wenigstens auf Grund eines nach den bisherigen Vorschriften erledigten Verfahrens entstanden ist. Der Ausdruck „bewegliches Vermögen“ und die in Parenthese beigegebene Erklärung, ebenso wie der in §. 21 gebrauchte Ausdruck „Gegenstände des beweglichen Vermögens“ entspricht dem Sprachgebrauche der D. Civilprocess-

ordnung (§§. 708 bis 754) und umfasst daher auch die Zwangsvollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte.

Der Paragraph zählt die einzelnen Schuldtitel aus dem früheren Rechte auf, aus welchen die Zwangsvollstreckung nach den Vorschriften der D. Civilprocessordnung erfolgen soll: es gehören dahin theils Erkenntnisse (C. P. O. v. 19. März 1850 §. 361 No. 1 u. 2, §. 362) und die im Mahnverfahren ergangenen Zahlungsbefehle (Ges. No. 20 vom 7. April 1864 §. 16 ff.), theils öffentliche Urkunden (C. P. O. §. 361 No. 3, §. 363); den Erkenntnissen sind gleichgestellt die auf Grund des bisherigen Verfahrens erlassenen Arrestbefehle und Provisionalverfügungen (l. c. §§. 235, 242). Das Zwangsvollstreckungsverfahren auf Grund aller dieser Schuldtitel soll den Vorschriften der D. Civilprocessordnung unterliegen, sofern nicht specielle Ausnahmen im gegenwärtigen Gesetze aufgeführt sind, mag es sich dabei übrigens um Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in das bewegliche Vermögen oder um Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen oder zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen, sowie in Betreff des Offenbarungseides und der Haft handeln.

Ebenso ist auch der §. 162 des D. G. V. G. ausdrücklich für anwendbar erklärt, um damit auszudrücken, dass auch in den bezeichneten Sachen, wenn es darauf ankommt, einen Auftrag an einen Gerichtsvollzieher zu übermitteln, zum Zwecke der Rechtshülfe die Mitwirkung des Gerichtsschreibers des Amtsgerichts, in dessen Bezirk der Auftrag ausgeführt werden soll, in Anspruch genommen werden darf.

Wenn nun aber auch das Verfahren der Zwangsvollstreckung auf Grund der in §. 17 erwähnten Schuldtitel in jedem Falle den Vorschriften der D. Civilprocessordnung unterliegen soll, ohne Unterschied, ob dieser Schuldtitel vor dem 1. October 1879 oder nach diesem Zeitpunkte, aber in einem nach den bisherigen Vorschriften erledigten Verfahren entstanden war, so muss es doch anders sein hinsichtlich der materiellen Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung aus jenen Titeln überhaupt, also hinsichtlich ihrer Vollstreckbarkeit. In dieser Hinsicht ist zu unterscheiden, ob der Schuldtitel vor oder nach dem Inkrafttreten der Deutschen Civilprocessordnung entstanden war, da ersteren Falls die Vorschriften der D. Civilprocessordnung auf die unter der Herrschaft des bisherigen Rechts entstandenen Schuldtitel keine Anwendung leiden können. Dieser Unterschied wird in den §§. 18 und 20 gemacht.

Zu §§. 18 und 19. 1. Während nach §. 271 der hiesigen C. P. O. das Gericht, insofern die Art der Vollstreckung nicht seine eigene Thätigkeit erforderte, einen Vollstreckungsbefehl an den zugleich mit Behändigung der Verfügung beauftragten Gerichtsunterbedienten ertheilte, geschieht die Zwangsvollstreckung nach der D. Civilprocessordnung (§. 662) auf Grund einer mit der Vollstreckungsklausel versehenen Ausfertigung des Urtheils. Für diejenigen Schuldtitel,

welche vor dem 1. October 1879 entstanden sind, soll es auch ferner bei dem Vollstreckungsbefehle sein Bewenden haben und dessen Ertheilung von den Voraussetzungen abhängig sein, welche den früheren Vorschriften entsprechen (C. P. O. vom 19. März 1850 §§. 361 bis 364, 366 bis 368), also entweder von dem Amtsgerichte, welches an die Stelle des bisher zuständigen Gerichts getreten ist, oder in denjenigen Sachen, welche nicht auf baares Geld gerichtet sind, nach §§. 362 u. 366 der hiesigen C. P. O. von dem an die Stelle des vorgesetzten Kreisgerichts getretenen Landgerichte ausgehen.

2. Die Ausführung der Execution wird den Vorschriften der D. Civilprocessordnung unterworfen und zwischen das Gericht, an welches der Antrag gerichtet war, und den Gerichtsvollzieher, welcher die Zwangsvollstreckung vorzunehmen hat, wird als Mittelglied die Beauftragung desselben durch den Gerichtsschreiber nach §. 674 Abs. 2 der D. C. P. O. eingeschoben.

3. Die Vorschriften der D. Civilprocessordnung, welche sich auf Ertheilung einer vollstreckbaren Ausfertigung beziehen (§. 662 bis 670, 703), sowie diejenigen, welche den Beginn der Zwangsvollstreckung von Voraussetzungen abhängig machen, welche nach bisherigem Rechte Voraussetzungen des Vollstreckungsbefehls sind, namentlich also von der Voraussetzung der bereits geschehenen oder gleichzeitig erfolgenden Zustellung des Urtheils (§§. 671, 672, 703 vergl. mit hiesiger C. P. O. §. 366), finden keine Anwendung, da ihrem Zwecke durch die richterliche Prüfung vor Erlass der Anordnung (hiesige C. P. O. §§. 369, 370) bereits genügt wird.

Zu §. 20. Wie bereits oben hervorgehoben wurde, sollen auch in dem Falle, wenn die Zwangsvollstreckung erst nach dem 1. October 1879 beginnt, und der derselben zu Grunde liegende Schuldtitel in einem nach diesem Zeitpunkte auf Grund der bisherigen Vorschriften erledigten Verfahren entstanden ist, die Bestimmungen der D. Civilprocessordnung über Zwangsvollstreckung entscheiden. Zum Unterschiede jedoch von dem in §. 18 berührten Falle, wenn der Schuldtitel selbst schon vor dem 1. October 1879 entstanden ist, soll in dem hier berührten Falle nicht wie dort ein Vollstreckungsbefehl ertheilt, sondern die Zwangsvollstreckung auf Grund der vollstreckbaren Ausfertigung dem Gerichtsvollzieher übertragen, bzw. bei dem Gerichte nachgesucht werden (D. C. P. O. §§. 662, 703, 705). Nur soll für die bezeichneten Uebergangssachen die vollstreckbare Ausfertigung nicht, wie nach §§. 662, 663 l. c., selbstständig von dem Gerichtsschreiber, welchem dazu im Anfange vielleicht die erforderliche Befähigung fehlen möchte, sondern von dem dazu nach den bisherigen Bestimmungen (hiesige C. P. O. §§. 111, 366) competenten Gerichte erster Instanz, bzw. dem in Folge der veränderten Organisation an dessen Stelle getretenen Gerichte ertheilt werden, und zwar ohne Unterschied, ob das Erkenntniss auf Geld gerichtet war oder

nicht, da der Grund, welcher bisher die zwangsweise Vollstreckung der nicht auf Geld gerichteten Erkenntnisse unter der Leitung der Kreisgerichte beliess (C. P. O. §. 362), nicht mehr in Betracht kommt, wenn die Vollstreckung der Urtheile den Händen der Gerichte überhaupt entzogen und besonders dafür bestimmten Beamten übertragen wird.

Zu §§. 21 bis 25. Die §§. 21 bis 25 enthalten besondere Bestimmungen für die Fälle, in welchen die Zwangsvollstreckung vor dem 1. October 1879 bereits begonnen hatte.

1. Die bereits in den allgemeinen Bemerkungen zu §. 17 ff. hervorgerufenen Zweckmässigkeitsrücksichten auf raschere Erledigung des Verfahrens machen es wünschenswerth, wenigstens in dem Falle die bisherigen Vorschriften zur Anwendung zu bringen, wo die Beschlagnahme oder Pfändung sei es auf Grund eines Vollstreckungsbefehls oder eines Arrestbefehls bereits vor dem Inkrafttreten der D. Civilprocessordnung stattgefunden hat, das weitere Verfahren aber, namentlich der Verkauf des beschlagnahmten Gegenstandes oder die Ueberweisung der gepfändeten Forderung (vergl. z. B. hiesige C. P. O. §§. 386, 388, 389), noch nicht vorgenommen ist. Der §. 21 Abs. 2 bestimmt daher, dass in dem bezeichneten Falle das Verfahren nach den bisherigen Vorschriften fortgesetzt und erledigt werden soll. Das Gleiche wird auch dann einzutreten haben, wenn etwa vor dem Inkrafttreten der D. Civilprocessordnung ein Verfahren behuf Vertheilung eines im Wege der Zwangsvollstreckung beigetriebenen Geldbetrages (Verkaufserlöses, Forderungsbetrages), welcher zur Befriedigung der mehreren an der Zwangsvollstreckung theilgenommenen, hinsichtlich ihrer Priorität zweifellosen Forderungen nicht hinreicht, eingeleitet ist; auch in solchem Falle wird das bisher vor dem Vollstreckungsgerichte eingeleitete Verfahren (hiesige C. P. O. §. 400) nach den bisherigen Grundsätzen zu Ende zu bringen sein.

2. War dagegen am 1. October 1879 mit Ausführung des Vollstreckungs- oder Arrestbefehls überhaupt noch nicht begonnen, oder findet auf Grund dieses Befehls nach jenem Zeitpunkte die Beschlagnahme eines neuen Executionsobjects statt, so empfiehlt es sich, diese Beschlagnahme als eine neue Pfändung zu betrachten und sind demgemäss nach §. 21 Abs. 3 die Vorschriften der D. Civilprocessordnung darauf zur Anwendung zu bringen, namentlich auch rücksichtlich der Frage nach der Zulässigkeit der Pfändung gewisser körperlicher Sachen und Forderungen, in welcher Hinsicht die Vorschriften der D. Civilprocessordnung §§. 715 und 749 von dem bisherigen hiesigen Recht (vergl. C. P. O. vom 19. März 1850 §. 384, Civilstaatsdienstges. vom 12. October 1832 §§. 15, 58, Gesetz No. 31 vom 18. Juli 1837 §. 7, Rev. Städteordnung §§. 73, 127, Gesetz No. 121 vom 22. December 1870 §. 5 Abs. 2) vielfach differiren. Uebrigens nimmt auch hier der Gerichtsvollzieher, wie zu den §§. 18 und 19 unter No. 2 bemerkt wurde, die Stellung eines von dem Gläubiger selbst Beauftragten ein, wenngleich er seinen Auftrag entsprechend

dem bisher geltenden System des gerichtlichen Executionsbetriebes nicht von der die Zwangsvollstreckung nachsuchenden Partei, sondern vom Gerichte erhält ¹⁾.

3. Aus ähnlichen Gründen, wie in den §§. 3 und 6 gewisse dem öffentlichen Recht angehörende Vorschriften der D. Civilprocessordnung auch auf anhängige Sachen für anwendbar erklärt sind, erscheint es auch geboten, einzelne Beschränkungen der Zwangsvollstreckung, wie sie von der D. Civilprocessordnung aufgestellt werden, selbst dann Platz greifen zu lassen, wenn die Zwangsvollstreckung als solche bereits begonnen hatte und somit an sich nach §. 21 Abs. 1 die Erledigung des Verfahrens nach Massgabe der bisherigen Vorschriften erfolgen müsste. Es trifft diese Ausnahme vor Allem zu bei der Haft, welche die D. Civilprocessordnung in ihrer doppelten Gestalt als Zwangshaft (§§. 355 Abs. 2, 774, 782, 812) und Haftstrafe (§§. 345, 355 Abs. 1, 775) kennt, und hinsichtlich deren Zulässigkeit sie besondere Bestimmungen enthält (vergl. die citirten Paragraphen, sowie §§. 785 bis 794), welche von den entsprechenden hiesigen Bestimmungen (C. P. O. vom 19. März 1850 §. 382 Abs. 3, 4 und 6, §. 233 Abs. 2, Ges. No. 13 vom 30. April 1863 §. 4) in einigen Punkten abweichen. In dieser Hinsicht soll nach §. 23 ausschliesslich die D. Civilprocessordnung massgebend bleiben, daher z. B. der im hiesigen Recht bisher nicht anerkannte Grund der Unzulässigkeit der Haft „gegen Mitglieder einer Deutschen gesetzgebenden Versammlung während der Sitzungsperiode, sofern nicht die Versammlung die Vollstreckung genehmigt“ (D. C. P. O. §. 785 Abs. 1), in jedem Falle Platz greifen soll, auch wenn im Uebrigen die Zwangsvollstreckung nach den bisherigen Vorschriften erfolgt. — Der gleiche Grundsatz soll nach demselben Paragraph zur Anwendung kommen, auch in Betreff der Pfändung fortlaufender Einkünfte. Da diese Pfändung jedoch nach D. C. P. O. §. 733 als eine einheitliche erscheint und auch die später fällig werden den Raten umfasst, so können die Bestimmungen der D. Civilprocessordnung über Zulässigkeit von Pfändungen nur bezogen werden auf die erst nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der D. Civilprocessordnung fällig werdenden Raten, während hinsichtlich derjenigen Raten aus der Zeit vor dem Inkrafttreten der D. Civilprocessordnung, welche nach den bisherigen Vorschriften in zulässiger Weise gepfändet sind, dem Gläubiger ein wohlerworbenes Recht zur Seite steht. — Sowohl hinsichtlich der

¹⁾ In Betreff des Vertheilungsverfahrens bei Concurrentz mehrerer exequirender Gläubiger hatte der Entwurf keine besonderen Bestimmungen für die Uebergangsperiode getroffen. Die Commission beantragte, mit Rücksicht auf die in dieser Hinsicht dürftigen Bestimmungen der Braunschw. C. P. O. (§. 400), die Vorschriften der D. Civilprocessordnung zur Anwendung zu bringen, wofern nicht etwa schon vor dem 1. October 1879 ein Theilungsverfahren nach den bisherigen Vorschriften begonnen sein sollte. Demgemäss ist ein neuer §. (22) eingeschoben.

Haft als der Pfändung fortlaufender Einkünfte will das Gesetz übrigens nicht von Amtswegen, sondern nur nach Gehör des Gläubigers einschreiten, da die Unzulässigkeit der früher verhängten Massregel vielfach nur auf Grund thatsächlicher Verhältnisse beurtheilt werden kann, welche dem Richter erst durch den Gläubiger an die Hand gegeben werden müssen.

4. Wenn aber auch die Zwangsvollstreckung im Uebrigen nach den bisherigen Vorschriften zu erledigen ist (§. 21 Abs. 1), rechtfertigt es sich doch und ist demgemäss in §. 24 vorgeschrieben, dass die Bestimmungen der D. Civilprocessordnung über die Einstellung, Beschränkung und Aufhebung der Zwangsvollstreckung (§§. 691, 692), sowie über die Geltendmachung von Einwendungen, welche die Zwangsvollstreckung betreffen (§§. 668, 685, 686 Abs. 1 u. 3, 687 bis 690), schon jetzt zur Anwendung zu bringen sind, da diese Vorschriften mit der veränderten Organisation überhaupt im Zusammenhange stehen.

5. Das in §. 709 der D. C. P. O. dem Gläubiger gegebene Pfandrecht soll dieselben Rechte gewähren wie ein durch Vertrag erworbenes Faustpfandrecht und Pfand- und Vorzugsrechten vorgehen, welche nicht nach §. 41 No. 1 bis 8 der D. Concursordnung für den Fall eines Concurses den Faustpfandrechten gleichgestellt sind; an sich würde daher diese Priorität auch bestehen gegenüber dem vor dem Inkrafttreten der D. Civilprocessordnung durch Execution erlangten Pfandrechte des Gläubigers (*pignus in causa jud. captum*). Um diesen Eingriff einer späteren Pfändung in früher wohlerworbene Rechte zu beseitigen, hat der §. 23 des Einf. Ges. z. D. C. P. O. der Landesgesetzgebung die Befugniss eingeräumt, den Forderungen, für welche vor dem Inkrafttreten der Civilprocessordnung ein Pfand- oder Vorzugsrecht begründet war, gegenüber einem Pfandrechte, welches innerhalb zweier Jahre nach jenem Zeitpunkte durch Pfändung bewirkt ist, das bisherige Vorrecht zu gewähren. Von dieser Befugniss macht der §. 25 Gebrauch, während dagegen keine Veranlassung vorlag, dieses Vorrecht noch für einen längeren Zeitraum zu gewähren und zu dem Ende dessen Eintragung in ein öffentliches Register zu verfügen, da angenommen werden kann, dass die Zwangsvollstreckung im Laufe von 2 Jahren ihre Erledigung gefunden haben wird.

Zu §. 27. Es ist schon in den einleitenden Bemerkungen zu §. 1 ff. darauf hingewiesen, dass regelmässig allerdings der am 1. October 1879 anhängige Civilprocess im bisherigen Verfahren erledigt, den Parteien jedoch die Möglichkeit gegeben werden soll, die Anwendung der Vorschriften der D. Civilprocessordnung auch auf den anhängigen Process herbeizuführen. Diese Möglichkeit näher zu regeln, ist die Aufgabe des §. 27. Die Voraussetzung für die Anwendung des neuen Processverfahrens ist eine doppelte, eine negative, dass nicht nach dem 1. October 1879 eine dem bisherigen Verfahren entsprechende Process-

handlung vorgenommen ist, und eine positive, bestehend in der Abgabe einer gemeinschaftlichen, schriftlich oder zum Protocoll des Gerichtsschreibers vorzutragenden, Erklärung beider Theile, dass sie den Process nach den Vorschriften der Deutschen Civilprocessordnung verhandeln wollen. Die Wirkung dieser Erklärung ist dann die, dass der Process so angesehen wird, als sei er erst jetzt erhoben, dass folgeweise Alles, was die Parteien im bisherigen Processverfahren durch Geständniss oder durch Versäumniss des Gegentheils oder in anderer Weise erworben hatten, hinwegfällt, und dass nur die nach dem bürgerlichen Recht mit Erhebung der Klage verbundenen Wirkungen der Rechtshängigkeit, z. B. Unterbrechung der Verjährung, Beginn des Laufs der Verzugszinsen u. dgl. m., bestehen bleiben. Da der nunmehr entstehende Rechtsstreit als ein völlig neuer Rechtsstreit gilt, so ist er auch den Competenzbestimmungen des D. Gerichtsverfassungsgesetzes unterworfen; ist daher der Gegenstand des Rechtsstreits eine Handelssache im Sinne des §. 101 l. c., und besteht bei dem betr. Landgerichte eine Kammer für Handelsachen, so ist der gedachte Rechtsstreit nach Massgabe des D. G. V. G. (§. 102 ff.) dieser zur weiteren Entscheidung zu überweisen.

Zu §. 28. Das Aufgebotsverfahren fällt unter den Begriff der bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten im Sinne der Deutschen Civilprocessordnung, würde also an sich dem allgemeinen Grundsatz des §. 1 unterliegen. Da es aber im einzelnen Falle zweifelhaft sein kann, ob das Verfahren bereits als anhängig zu betrachten ist, und es jedenfalls zweckmässig scheint, den Antrag auf Erlass des Aufgebots grundsätzlich als den entscheidenden Zeitpunkt anzusehen, so schreibt der Entw. ausdrücklich vor, dass gerichtliche Aufgebote auch vom 1. October 1879 an nach den bisherigen Vorschriften zu erledigen sind, wenn vor dem Inkrafttreten der D. Civilprocessordnung das Aufgebot beantragt war. Wird dagegen der Antrag erst nach diesem Zeitpunkte gestellt, so finden die Vorschriften der D. Civilprocessordnung und der §§. 6 bis 11 des Ausführungsges. zu den D. Processordnungen (No. 12) Anwendung.

Das Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Kraftloserklärung abhandengekommener, auf den Inhaber lautender Sparkassenbücher und Leihhauspfandscheine ist in §. 10 des vorhin citirten Ausführungsgesetzes den Leihhausanstalten abgenommen und den Amtsgerichten übertragen. Dieselben Gründe, welche für diese Vorschriften massgebend gewesen sind, machen es zweckmässig, auch die bisher nicht gerichtlichen, am 1. Oct. 1879 schon anhängigen Aufgebotssachen sofort den Gerichten zuzuweisen; eine Schwierigkeit ist dieserhalb nicht vorhanden, wenn zu der angegebenen Zeit eine öffentliche Bekanntmachung noch nicht erlassen war, während, wenn dies der Fall war, es sich allerdings aus Gründen der Zeit- und Kostenersparniss empfiehlt, die Erledigung des Verfahrens bei den Leihhausanstalten eintreten zu lassen.

Zweiter Titel.

Strafsachen.

Zu §. 29. In Folge der wesentlichen Uebereinstimmung der Grundprincipien der Deutschen und der bisher in fast allen Deutschen Staaten, namentlich auch im hiesigen Lande geltenden Strafprocessordnung hat das Einführungsgesetz zur Deutschen Strafprocessordnung das weitere Verfahren in den am Tage des Inkrafttretens der D. Strafprocessordnung anhängigen Strafsachen den Vorschriften der letzteren unterworfen, wenn entweder zu dieser Zeit ein Endurtheil erster Instanz noch nicht ergangen war (§. 8 Abs. 1), oder wenn die nochmalige Verhandlung in erster Instanz in Folge der Aufhebung eines solchen Endurtheils und der Zurückverweisung der Sache durch die höhere Instanz in Frage kommt (§. 9), wogegen, wenn beim Inkrafttreten der D. Strafprocessordnung ein Endurtheil bereits vorhanden ist, auf die Erledigung der Sache bis zur rechtskräftigen Entscheidung die bisherigen Processgesetze Anwendung finden sollen (§. 8 Abs. 2). Dem gegenwärtigen Gesetze erübrigte es daher im Wesentlichen, theils die Ueberleitungsbestimmungen zu treffen, welche der §. 8 Abs. 1 cit. der Landesgesetzgebung vorbehalten hat, theils die Zuständigkeit der neuzubildenden Gerichte zu regeln, wofür der §. 18 des Einf. Ges. z. D. G. V. G. massgebend ist, welcher der Landesgesetzgebung gestattet, die am Tage des Inkrafttretens des D. Gerichtsverfassungsgesetzes anhängigen Sachen den ordentlichen Landesgerichten ohne Rücksicht auf die im Gerichtsverfassungsgesetz bestimmten Grenzen der Zuständigkeit zuzuweisen.

Während die Ueberleitungsbestimmungen den Inhalt der §§. 30 bis 35 ausmachen, entscheidet der §. 29 über die sachliche Zuständigkeit der neu gebildeten Landesgerichte hinsichtlich der am 1. October 1879 anhängigen Strafsachen. Auch hier kehrte die oben bei den §§. 9 bis 11 erörterte Frage wieder, ob das reichsgesetzlich zuständige oder das der äusseren Stellung nach parallele Gericht mit der Erledigung anhängiger Sachen betraut werden soll. Das Gesetz hat diese Frage in folgender Weise gelöst:

1. Soweit für die anhängigen Strafsachen nach dem Einf. Gesetze z. D. Strafprocessordnung hinsichtlich des Verfahrens die Vorschriften der D. Strafprocessordnung massgebend sind, sollen diese Strafsachen auf diejenigen Landesgerichte übergehen, zu deren Zuständigkeit sie nach Massgabe des D. Gerichtsverfassungsgesetzes oder des Forststrafgesetzes vom 1. April 1879 (§. 47) gehören würden. Hierfür war der Gesichtspunkt entscheidend, dass die in der D. Strafprocessordnung vorgesehenen verschiedenen Arten des Verfahrens mit der Regelung der Zuständigkeit der Gerichte verschiedener Ordnung im engsten Zusammen-

hang stehen, und dass gerade die Substitution des entgegengesetzten Princip's der parallelen Gerichte zu einer allzugrossen Belastung der Land- und Schwurgerichte führen würde. Nur Eine Ausnahme hat in dieser Beziehung gemacht werden müssen, nämlich hinsichtlich des in §. 75 des D. G. V. G. angenommenen Systems der Correctionalisierung, wonach gewisse nicht zur ursprünglichen schöffengerichtlichen Competenz gehörige Vergehen von der Strafkammer des Landgerichts auf Antrag der Staatsanwaltschaft unter bestimmten Voraussetzungen dem Schöffengerichte überwiesen werden können. Da die amts- und schöffengerichtliche Competenz gegen die bisherige schon ohnehin erheblich wächst, so würde, wenn jene Befugniss auch hinsichtlich der anhängigen Strafsachen bestehen bliebe, den Schöffengerichten dadurch leicht eine Geschäftsüberhäufung zu Theil werden können, welche namentlich für die Uebergangsperiode vom Standpunkte der Organisation aus nicht erwünscht sein konnte, und von der daher wenigstens hinsichtlich der schon vor dem 1. October 1879 bei den bisherigen Kreisgerichten überreichten Anklagesachen Abstand genommen ist (§. 29 Abs. 2).

2. Was dagegen die am 1. October 1879 in irgend einer Rechtsmittelinstanz befindlichen und daher nach §. 8 Abs. 2 des E. G. z. D. St. P. O. im bisherigen Verfahren zu erledigenden Strafsachen betrifft, so erwiesen sich die reichsgesetzlichen Zuständigkeitsnormen als unanwendbar, weil das Rechtsmittelsystem der Deutschen Strafprocessordnung von dem der bisherigen Strafgesetze grundsätzlich verschieden ist. Für diese Fälle empfahl es sich daher, das Princip der Substitution paralleler Gerichte zu adoptiren und demgemäss dem ersten Senat und dem Anklagesenat des Obergerichts den künftigen Strafsenat des Oberlandesgerichts gleichzustellen (§. 29 Abs. 3).

Zu §§. 30 bis 34. Die §§. 30 bis 34 enthalten diejenigen Massregeln, welche für Ueberleitung der anhängigen Strafsachen auf die nach Massgabe des §. 29 über dieselben neu erkennenden Gerichte erforderlich sind.

1. Was zunächst diejenigen Strafsachen betrifft, welche schon bisher zur Competenz der Stadt- und Amtsgerichte gehörten und auch demnächst bei den Amts- oder Schöffengerichten verbleiben werden (§. 30), so bedarf es hinsichtlich dieser nur einer Fortsetzung des Verfahrens. Nur musste die nach D. St. P. O. §. 420 bestehende Verpflichtung zu vorgängiger Vornahme eines Sühneversuchs bei Privatklagen wenigstens dann hinwegfallen, wenn der Angekl. bereits geladen war. Ebenso war es unthunlich, hinsichtlich solcher Privatklagen vom 1. Oct. 1879 an die Vorschriften des Deutschen Gerichtskostengesetzes §§. 83 und 84 über Gebühren- und Auslagen-Vorschüsse zur Anwendung zu bringen, vielmehr muss es in dieser Beziehung bei den bisherigen Bestimmungen (Ges. Nr. 122 v. 22. Dec. 1870 §. 24) sein Bewenden behalten.

2. Gehörten die zur Zeit des Inkrafttretens der D. Strafprocessordnung bei den Kreisgerichten oder dem Criminalsenate des Obergerichts

anhängigen Strafsachen zur Competenz der Schöffengerichte, so hat die Zustellung der betr. Strafsachen durch Vermittelung der Staatsanwaltschaft zu erfolgen (§. 31), mit Ausnahme der Privatklagen, deren Uebersendung von Gericht zu Gericht geschieht, wobei jedoch wiederum der Grundsatz des §. 420 der D. St. P. O. in Wegfall kommt, wenn der Privatangeklagte vor dem 1. Oct. 1879 von dem bis dahin zuständigen Gerichte bereits geladen war.

3. Nach §. 176 der D. St. P. O. ist die Voruntersuchung überhaupt nur geboten in den zur Zuständigkeit des Reichsgerichts oder der Schwurgerichte gehörenden Strafsachen, unzulässig in den zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehörenden Sachen, während in denjenigen Strafsachen, welche zur Zuständigkeit der Landgerichte gehören, eine Voruntersuchung nur auf Antrag der Staatsanwaltschaft, unter Umständen auch des Angeeschuldigten, stattfinden darf. Diesen Vorschriften entsprechend und in Berücksichtigung, dass die Voruntersuchung demnächst durch die Erhebung einer Klage gegen einen bestimmten Beschuldigten bedingt ist, verordnet der §. 32, dass die am 1. October 1879 schwebende Voruntersuchung in schöffengerichtlichen Sachen ohne Weiteres eingestellt, in allen übrigen Sachen dagegen der Staatsanwaltschaft, um deren weitere Entschliessung einzuholen, zugefertigt werden soll.

4. Der §. 33 in Verb. mit §. 35 verfolgt den Zweck, einen ohne diese Bestimmungen unvermeidlichen Rechtsstillstand zu verhüten. Da jedoch die mit dem 1. October 1879 in Wegfall kommenden Gerichte keine Befugniss haben würden, vor eines der neu zu bildenden Gerichte rechtsgültig zu laden, so will der Entw. diese Befugniss den Directoren der Kreisgerichte Braunschweig und Holzminden ertheilen, da die Strafkammern der künftigen Landgerichte Braunschweig und Holzminden diesen Gerichten parallel sind. Der Paragraph enthält daher die nöthigen Ueberleitungsvorschriften für diejenigen Strafsachen, welche bisher zur Zuständigkeit sei es der Kreisgerichte oder des Criminalsenats des Obergerichts oder der Schwurgerichte gehörten und demnächst zur Competenz der Strafkammer des Landgerichts erwachsen sind. Einer weiteren Begründung bedürfen diese Ueberleitungsbestimmungen nicht.

5. Was endlich die sowohl bisher als in Zukunft zur schwurgerichtlichen Competenz erwachsenen Strafsachen anbelangt, so ist für diese Sachen allerdings ein geringer Zeitaufschub in Folge der neuen Organisation unvermeidlich, da der erste Sitzungstag des nach dem Inkrafttreten der D. Strafprocessordnung zusammentretenden Schwurgerichts nicht im Voraus bestimmt werden, folgeweise auch keine Ladung zu demselben erfolgen kann (Ausführungsges. z. D. Gerichtsverfassungsges. §. 38 und Motive dazu). Dadurch etwa entstehende Härten muss das Gericht auf geeignete Weise (R. Str. G. B. §. 60) auszugleichen suchen.

6. Werden schon vor dem 1. October 1879 Ladungen vor eines der neu zu bildenden Gerichte vorgenommen, so muss, da die Rechtsfolgen der Ladungen sich nach den neuen Vorschriften bestimmen, schon in die

ältere Ladung die entsprechende Verwarnung (D. St. P. O. §. 48) aufgenommen werden, worüber der §. 35 die nöthigen Vorschriften enthält ¹⁾.

Zu §. 37. Nach bisherigem Recht (St. P. O. de 1858 §. 74, Ges. No. 122 v. 22. Decbr. 1870 §. 13) ist bei allen ausschliesslich mit Geld oder alternativ mit Geld oder Haft bedrohten Uebertretungen eine Straffestsetzung durch amts- oder stadtrichterliche Verfügung mit der Wirkung zulässig, dass bei Nichtgeltendmachung von Einwendungen in einem sofort in dem richterlichen Strafbefehle anzuberaumenden Termine die abgegebene Verfügung die Kraft eines vollstreckbaren Urtheils erlangt. Diese Bestimmung gilt namentlich auch für Forst- und Jagdfrevel, und sollen die Gerichte den in jedem Monate anzuhaltenden Einwendungstermin für jedes Kalenderjahr im Voraus festsetzen und vor Beginn jeden Jahres öffentlich bekannt machen (V. O. No. 11 v. 19. April 1871 §. 8). Nach §. 449 der D. St. P. O. ist der Einspruch gegen den amtsrichterlichen Strafbefehl in Zukunft nicht in einem zu dem Ende anzuberaumenden Termine, sondern innerhalb einer Frist von einer Woche nach der Zustellung des Strafbefehls bei dem Amtsgerichte schriftlich oder zu Protocoll des Gerichtsschreibers zu erheben. Diese Bestimmung gilt künftig auch für Jagdpolizeisachen, und nur für Forststrafsachen wird es auf Grund des der Landesgesetzgebung in §. 3 Abs. 3 des Einf.-Ges. z. D. St. P. O. gegebenen Vorbehalts bei dem bisherigen Recht bewenden (Forststrafges. No. 18 vom 1. April 1879 §. 56). In dem gegenwärtigen Uebergangsgesetze erschien es zweckmässig, für den Fall, dass bei dem Inkrafttreten der D. Strafprocessordnung die vorher erlassene Verfügung die Kraft eines vollstreckbaren Urtheils noch nicht erlangt hat, den Zweifel zu beseitigen, ob der einmal anberaumte Einwendungstermin, auch wenn er in die Zeit nach dem Inkrafttreten der Strafprocessordnung fällt, bestehen bleiben soll oder nicht. Der Entw. hat sich für Beibehaltung des Termins, also für Anwendung der bisherigen Vorschriften entschieden, weil der Beschuldigte ein Recht darauf hat, dass sein Einspruchsrecht nach den Bestimmungen beurtheilt werde, welche zur Zeit des Erlasses der Verfügung Geltung hatten.

Dass das gerichtliche Verfahren nach erhobenem Einspruch in den Formen der D. Strafprocessordnung sich bewegt bzw. in diese Formen übergeht, folgt schon ohne Weiteres aus §. 8 des Einf.-Ges. z. D. St. P. O.

Zu §. 38. Für die Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urtheil geschlossenen Verfahrens sollen nach §. 10 des Einf. Ges. z. D. St.

¹⁾ Bei Berathung des Entw. in der Commission erschien es wünschenswerth, eine Uebergangsbestimmung zum Besten derjenigen zu treffen, welche während der ersten drei Quartale des Jahres 1879 als Geschworene fungirt haben und demgemäss bei dem Fortbestehen der bisherigen Gesetzgebung §. 115 e der St. P. O. de 1858 für das nächste Jahr ihre Berufung als Geschworene würden ablehnen können. Eine solche Uebergangsbestimmung ist nachträglich als §. 36 aufgenommen.

P. O. die Vorschriften der Strafprocessordnung zwar auch dann massgebend sein, wenn das Urtheil vor dem Tage des Inkrafttretens der Deutschen Strafprocessordnung erlassen oder rechtskräftig geworden war. Gleichwohl kann für solchen Fall der §. 407 der D. St. P. O., welcher die Zuständigkeit zur Entscheidung über den Wiederaufnahmeantrag regelt, nicht unmittelbar Anwendung finden, da das Gericht, von welchem das angefochtene Urtheil erlassen worden, in Folge der veränderten Gerichtsorganisation inzwischen aufgehoben sein wird. Es bedurfte daher hier, wie für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten nach §. 13, einer besonderen Bestimmung über die Zuständigkeit des betr. Gerichts. Der Entw. lässt hier wie in §. 29 Abs. 1 die reichsgesetzlichen Normen entscheiden, so dass also in jedem einzelnen Falle zu bestimmen sein wird, welches Gericht das Urtheil abgegeben haben würde, wenn das frühere Verfahren zur Zeit der Geltung des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes und des zu dessen Ausführung erlassenen Landesgesetzes vorgekommen wäre. Dieser Weg der Ermittlung unter Zugrundelegung einer Fiction musste den Vorzug verdienen vor dem bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten angewendeten Verfahren der Substituierung des parallelen Gerichts, da dieses mit dem §. 407 der D. St. P. O. unvereinbar sein, auch eine Inconsequenz gegenüber dem bei §. 29 Abs. 1 angenommenen Grundsatz enthalten würde.

Zu §. 39. Die D. Strafprocessordnung hat in den §§. 332 bis 335 die Vermögensbeschlagnahme unter ähnlichen Voraussetzungen und Wirkungen, wie sie die §§. 175 bis 178 der hiesigen St. P. O. enthalten, als Gestellungsmittel gegen den abwesenden Beschuldigten, gegen welchen die öffentliche Klage erhoben ist, zugelassen, mit der Abweichung jedoch, dass dieselbe nicht stattfinden darf in solchen Sachen, welche zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehören (§. 322 Abs. 2). Auch in dieser Hinsicht will der Entw. die reichsgesetzlichen Normen hinsichtlich einer schon vor dem 1. October 1879 verhängten Vermögensbeschlagnahme entscheiden lassen, weshalb er diese Beschlagnahme unbedingt dann aufhebt, wenn die strafbare Handlung, in Beziehung auf welche das Vermögen des flüchtigen Delinquenten mit Beschlagnahme belegt ist, nach der neuen Justizorganisation zur schöffengerichtlichen Competenz gehören würde. Im Uebrigen ergibt sich schon aus dem §. 8 des Einf. Ges. z. D. St. P. O., dass auf die auch nach dem Inkrafttreten der D. Strafprocessordnung bestehende Vermögensbeschlagnahme die Vorschriften der D. Strafprocessordnung selbst zur Anwendung kommen; der diese Anwendung sichernde zweite Satz des §. 37 verfolgt nur den Zweck, zu bestimmen, dass die Strafsache als anhängig im Sinne des §. 8 cit. anzusehen ist, auch wenn vor dem 1. October 1879 nur diejenige Vorladung des Beschuldigten erlassen war, welche nach §. 175 der St. P. O. de 1858 zunächst nur eine vorläufige Beschlagnahme des Vermögens zur Folge hatte.

Zu §§. 40 und 41. 1. Nach §. 12 des Einf. Ges. z. D. St. P. O. sollen auf die Vollstreckung die Vorschriften der D. Strafprocessordnung Anwendung finden, auch wenn die Strafe nach den bisherigen Vorschriften über das Strafverfahren erkannt war. Die D. Strafprocessordnung kennt eine Mitwirkung des Gerichts bei der Strafvollstreckung — abgesehen von dem Fall, wenn eine solche für die zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehörigen Sachen durch Anordnung der Landesjustizverwaltung den Amtsrichtern übertragen ist (§. 483 Abs. 3)¹⁾ — namentlich dann, wenn es sich um gewisse gerichtliche Entscheidungen (§§. 490 bis 493) handelt, welche nach §. 494 von dem Gerichte erster Instanz ohne mündliche Verhandlung erlassen werden sollen. Da es dieserhalb nothwendig einer Regelung der Zuständigkeit der Gerichte hinsichtlich der Strafvollstreckung aus solchen Urtheilen bedurfte, welche von den aufgehobenen Gerichten erlassen sind, so bestimmt der §. 40, dass vom 1. October 1879 an zu dem vorgedachten Zwecke dem bisherigen Einzelrichter das Amtsgericht, allen anderen Gerichten das betr. Landgericht substituirt sein soll. Die Annahme des Principis der Parallelisirung der Gerichte war in diesem Falle, von anderen Gründen abgesehen, schon deshalb nothwendig, weil eine Sonderung der Akten, in welchen vor dem Inkrafttreten der D. Strafprocessordnung erkannt ist, nach Massgabe der reichsgesetzlichen Zuständigkeit und die demnächstige Abgabe dieser Akten an die neugebildeten Gerichte einen zu dem damit beabsichtigten Zwecke in keinem Verhältniss stehenden Aufwand an Zeit und Arbeitslast in Anspruch genommen haben würde.

2. Da die Vollstreckung der über eine Vermögensstrafe oder eine Busse ergangenen Entscheidung nach D. St. P. O. §. 495 entsprechend den Vorschriften über die Vollstreckung der Urtheile der Civilgerichte zu erfolgen hat, so muss dieser Grundsatz in Gemässheit des §. 12 des Einf. Ges. z. D. St. P. O. auch dann Platz greifen, wenn die Vollstreckung einer unter der Herrschaft des früheren Strafverfahrens abgegebenen Entscheidung zur Zeit des Inkrafttretens der D. Strafprocessordnung bereits anhängig war. Der §. 41 verfügt daher, dass in solchem Falle auch die weitere Erledigung der Vollstreckung nach den Uebergangsbestimmungen für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zu erfolgen habe.

Dritter Titel.

Nichtstreitige Rechtssachen.

Zu §§. 42 und 43. Die Beschwerdeinstanz in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit ermangelte bisher einer eigentlichen gesetz-

¹⁾ Solche Uebertragung ist durch die Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung vom 20. August 1879 (No. 52) erfolgt.

lichen Regelung. Erst das Ausführungsgesetz z. D. G. V. G. enthält in den §§. 34, 35, 44 bis 50 nähere Bestimmungen über die gegen gerichtliche Entscheidungen in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit zulässigen Rechtsmittel und über das Verfahren bei Verfolgung dieser Rechtsmittel (s. die Motive zu den citirten Paragraphen). Wollte man diese Bestimmungen z. B. hinsichtlich der Fristen u. dgl. auch auf die bereits vor dem Inkrafttreten des D. Gerichtsverfassungsgesetzes abgegebenen Entscheidungen zur Anwendung bringen, so würde man damit die Rechte der Parteien ohne Noth beeinträchtigen. Es empfahl sich daher für die Uebergangsperiode aus Billigkeitsrücksichten, die nach dem bestehenden Recht noch gegebene dritte Instanz nicht abzuschneiden. Demnach sollen nach §. 42 alle in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit vor dem 1. Oct. 1879 abgegebenen Entscheidungen auch nach diesem Zeitpunkte in der früheren Weise angefochten werden können. Die Bestimmung der Gerichte, welchen die Entscheidung in der nach dem 1. October 1879 erfolgten Extrajudicialappellationsinstanz obliegt, schliesst sich an die im Ausführungsgesetze zum D. G. V. G. gegebenen Vorschriften an, so dass also, wenn die Entscheidung erster Instanz vor dem Inkrafttreten des D. Gerichtsverfassungsgesetzes von dem Amtsgerichte erlassen ist, die der zweiten Instanz dem Landgerichte und der dritten Instanz dem Oberlandesgerichte obliegt, während, wenn das Kreisgericht vor dem 1. October 1879 die erstinstanzliche Entscheidung abgegeben hatte, dem Oberlandesgerichte die Entscheidung zweiter Instanz zukommt, ein weiteres Rechtsmittel aber in diesem Falle nicht statthaft ist.

Nur dann, wenn gegen eine Entscheidung des bisherigen Handelsgerichts wegen Nichtbeobachtung der Vorschriften über die Anmeldung zum Handels- und Genossenschaftsregister etc. Beschwerde verfolgt werden sollte (Ges. No. 31 v. 14. Sept. 1863 §§. 9, 15 bis 17. V. O. No. 7 v. 15. Jan. 1869 §. 1), bedurfte es einer besonderen Uebergangsbestimmung, da diese Beschwerde schon nach bisherigem Recht an gewisse Fristen und Formalitäten geknüpft war, und die Gerichte, welche dieserhalb nach früherem Recht engagirt waren, mit dem 1. October 1879 aufgehoben sind. Der §. 43 schreibt daher vor, dass dasjenige, was nach den citirten Paragraphen bisher dem Handelsgerichte oblag, in Zukunft von einer Civilkammer des Landgerichts Braunschweig besorgt werden, die Entscheidung in der Beschwerdeinstanz aber auf den Civilsenat des Oberlandesgerichts übergehen soll.

Vierter Titel.

Allgemeine Bestimmungen.

Zu §. 44. Die Vorschriften des D. Gerichtsverfassungsgesetzes hinsichtlich der Gewährung der Rechtshülfe (§§. 157 bis 169), der Oeffent-

lichkeit und Sitzungspolizei (§§. 170 bis 185), der Gerichtssprache (§§. 186 bis 193), der Berathung und Abstimmung (§§. 194 bis 199) und der Gerichtsferien (§§. 201 bis 204) können ohne Bedenken in demselben Umfange, wie sie auf nichtstreitige Rechtssachen für anwendbar erklärt sind, auch auf anhängige, nach den bisherigen Vorschriften zu erledigende streitige Sachen zur Anwendung gebracht werden. Der §. 44 allegirt die Vorschriften der §§. 70 bis 75 des Ausführungsges. z. D. G. V. G., um damit anzudeuten, dass die einschlagenden Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes in demselben Umfange und mit denselben Modificationen, wie sie in den citirten Paragraphen Aufnahme gefunden haben, auch hier aufgenommen werden sollen.

Zu §. 45. Da das Ersuchen um Rechtshülfe, welches nach Massgabe des Rechtshülfegesetzes v. 21. Mai 1869 (B. G. Bl. S. 305) an jedes Gericht gerichtet werden konnte, nach §. 158 des D. G. V. G. in Zukunft stets an das Amtsgericht zu richten ist, in dessen Bezirke die betr. Amtshandlung vorgenommen werden soll, so musste auch hinsichtlich der am 1. October 1879 noch nicht erledigten Ersuchungsschreiben eine entsprechende Bestimmung getroffen werden, welche zugleich eine keiner weiteren Begründung bedürftige Abweichung von den Vorschriften der §§. 9 bis 11 des gegenwärtigen Gesetzes enthält. In redactioneller Beziehung wird zu dem §. 45 noch bemerkt, dass derselbe den Ausdruck „Rechtshülfe“ im Sinne des §. 157 ff. des D. G. V. G. gebraucht, daher die durch unmittelbare Thätigkeit eines Gerichtsvollziehers zu erwirkende Zwangsvollstreckung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten von der „Rechtshülfe“ nicht mit umfasst, mithin neben derselben besonders erwähnt wird (vgl. Struckmann und Koch, Comment. S. 862).

Uebrigens findet auch hier der §. 18 a. E. Anwendung, wonach der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts, an welches das Ersuchen um Zwangsvollstreckung abgegeben wird, einen Gerichtsvollzieher unter Aushändigung des Requisitionsschreibens oder des bereits erlassenen Vollstreckungsbefehls mit der Ausführung der Vollstreckung zu beauftragen hat.

VII.

G e s e t z ,

die

**juristischen Prüfungen und den Vorbereitungs-
dienst der Rechtscandidaten**

betreffend.

d. d. Braunschweig, den 1. April 1879 (Nr. 14).

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm,

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg p. p.

erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung das
nachfolgende Gesetz:

§. 1.

Die durch das Gesetz No. 8 vom 5. März 1850 begründete Herzogliche juristische Prüfungs-Commission bleibt bestehen und hat fortan ihren Sitz in Braunschweig. Sie ist auch in Zukunft aus einem Präsidenten und vier Mitgliedern zusammengesetzt.

Nur Mitglieder des Oberlandesgerichts, der Ober-Staatsanwalt, die Präsidenten und Directoren der Landgerichte, sowie bei dem Oberlandesgerichte zugelassene Rechtsanwälte können Mitglieder dieser Commission sein.

Die Mitglieder der Commission werden durch die Landesregierung widerruflich ernannt; der Auftrag erlischt von selbst mit Ablauf von drei Jahren.

Der Präsident bezieht eine jährliche Remuneration von 600 Mk., jedes der Mitglieder eine solche von 450 Mk., der Secretair von 300 Mk.

Die Secretariats-, Canzlei- und Botengeschäfte sind von dem Personal des Oberlandesgerichts zu besorgen.

§. 2.

Die Prüfungs-Commission wird bei den anzustellenden Prüfungen nach einer ihr von der Landesregierung zu ertheilenden Instruction verfahren ¹⁾).

¹⁾ S. unten auf S. 332 ff.

§. 3.

Zur ersten Prüfung ist jeder dem hiesigen Staate Angehörige zuzulassen, welcher neben dem Ausweise über sein sittliches Verhalten auch Zeugnisse über das von ihm nach Massgabe der Vorschrift des §. 2 des Deutschen Gerichts-Verfassungsgesetzes zurückgelegte Universitäts-Studium beibringt.

§. 4.

Die erste Prüfung ist eine schriftliche und eine mündliche. Den Gegenstand derselben bilden die Disciplinen des öffentlichen Rechts, des Privatrechts und der Rechtsgeschichte.

Die Prüfung muss auf Erforschung der positiven Kenntnisse des Candidaten, seiner Einsicht in das Wesen und die geschichtliche Entwicklung der Rechtsinstitute, sowie darauf gerichtet werden, ob sich der Candidat überhaupt die für seinen künftigen Beruf erforderliche allgemeine rechtswissenschaftliche Bildung erworben habe.

§. 5.

Die Zulassung der in der ersten Prüfung Bestandenen zum Vorbereitungsdienst erfolgt durch die Landesjustizverwaltung.

Die Zugelassenen werden von dem Präsidenten des Landgerichts, in dessen Bezirke sie den Vorbereitungsdienst beginnen, eidlich verpflichtet und führen während der Dauer der Vorbereitung zur zweiten Prüfung den Titel „Referendar“.

§. 6.

Der Referendar muss, bevor er zur zweiten Prüfung zugelassen werden kann, eine Vorbereitungszeit von drei Jahren im praktischen Justiz- bzw. Verwaltungsdienst zurückgelegt haben.

Den Anfangspunkt der Vorbereitungszeit bildet der Tag der eidlichen Verpflichtung.

§. 7.

Während des Vorbereitungsdienstes ist der Referendar zu beschäftigen:

- 1) bei einem Amtsgerichte — während eines Zeitraums von einem Jahre;
- 2) bei einer Verwaltungsbehörde oder bei der Staatsanwaltschaft — während eines Zeitraums von sechs Monaten. Die Wahl gebührt dem Referendar; auch steht es demselben

frei, sich von den gedachten 6 Monaten die eine Hälfte bei einer Verwaltungsbehörde, die andere Hälfte bei der Staatsanwaltschaft beschäftigen zu lassen;

- 3) bei einem Landgerichte — während eines Zeitraums von einem Jahre;
- 4) bei einem Rechtsanwalt — während eines Zeitraums von sechs Monaten.

§. 8.

Die Landesjustizverwaltung bestimmt:

- 1) die Ueberweisung des Referendars zur Beschäftigung an die in §. 7 erwähnten Behörden und an den Rechtsanwalt und zwar bezüglich der Ueberweisung an eine Verwaltungsbehörde im Einvernehmen mit dem Chef des betreffenden Departements;
- 2) die Zulassung etwaiger Abweichungen von der im §. 7 angegebenen Reihenfolge des Vorbereitungsdienstes;
- 3) ob und in wie weit die Zeit, während welcher ein Referendar in Folge von Krankheit, Beurlaubung, Einberufung zum Militärdienste oder aus anderen Gründen dem Vorbereitungsdienste entzogen war, auf die vorgeschriebene Dauer des letzteren in Anrechnung zu bringen sei.

§. 9.

Die Beschäftigung der Referendare während des Vorbereitungsdienstes ist nach Massgabe der von der Landesregierung zu ertheilenden Instruction einzurichten und zu leiten¹⁾.

§. 10.

Nach Ablauf der Vorbereitungszeit bis dahin, dass die Vorladung zur zweiten Prüfung erfolgt (§. 11), können die Referendare behuf ihrer ferneren Ausbildung, insoweit dies die dienstlichen Interessen gestatten, auf ihren Antrag bei einem Gerichte oder bei der Staatsanwaltschaft zur weiteren dem Zwecke entsprechenden Beschäftigung zugelassen werden, oder bei einem Rechtsanwalt, wenn dieser damit einverstanden ist, verbleiben.

Ueber die Zulassung bei einem Gerichte oder bei der Staatsanwaltschaft entscheidet die Landesjustizverwaltung.

Ein Anspruch auf Zulassung zu einer solchen weiteren Beschäftigung findet nicht statt.

¹⁾ S. unten auf S. 328 ff.

§. 11.

Der Referendar, welcher die Vorbereitungszeit zurückgelegt hat (§. 6), ist, insofern noch nicht fünf Jahre seit der von ihm bestandenen ersten Prüfung verstrichen sind, zu der zweiten Prüfung zuzulassen.

Bei Ueberschreitung des fünfjährigen Zeitraums kann die Zulassung nur nach vorgängiger landesherrlicher Dispensation erfolgen. Der zu der zweiten Prüfung sich Meldende hat neben dem Nachweise über sein sittliches Verhalten Zeugnisse derjenigen Behörden und Rechtsanwälte, bei welchen er beschäftigt gewesen ist, über die Dauer seiner Beschäftigung und die Art der Verrichtung der ihm aufgetragenen Geschäfte beizubringen.

§. 12.

Die zweite Prüfung ist eine schriftliche und eine mündliche und soll einen wesentlich praktischen Charakter an sich tragen. Sie ist demgemäss darauf zu richten, ob der Candidat sich eine gründliche Kenntniss des im Herzogthum geltenden öffentlichen und Privatrechts und Gewandtheit in der Anwendung erworben habe, dergestalt, dass er für befähigt zu erachten sei, eine selbstständige Stellung als Richter, Staatsanwalt, Rechtsanwalt und Notar einzunehmen.

§. 13.

Hat ein Candidat in der mit ihm angestellten Prüfung die erforderlichen Kenntnisse und die erforderliche juristische Bildung nicht gezeigt, so steht es in dem Ermessen der Prüfungs-Commission, denselben entweder definitiv, oder auf ein bis zwei Jahre zurückzuweisen. Eine zweite Wiederholung der Prüfung findet ohne landesherrliche Dispensation nicht statt. Das Recht der anderweiten Meldung erlischt, wenn seit Ablauf des gesetzten Zeitraums 6 Monate verstrichen sind.

§. 14.

Wenn ein Referendar zur zweiten Prüfung nicht zugelassen (§. 11) oder wegen nicht bestandener zweiter Prüfung definitiv bzw. nach stattgehabter Wiederholung zurückgewiesen ist, oder wenn er die im §. 13 für die anderweite Meldung gewährte Frist von 6 Monaten versäumt hat, so erlischt das Recht desselben, den Titel „Referendar“ zu führen.

§. 15.

Für jede Prüfung werden an Gebühren 50 Mark erhoben.

§. 16.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze in Kraft.

Von diesem Zeitpunkte an verlieren das Gesetz No. 8 vom 5. März 1850, die Verordnung No. 47 vom 27. November 1850, die Verordnung No. 4 vom 19. Januar 1857, das Gesetz No. 36 vom 5. September 1859, die Verordnung No. 37 vom 5. September 1859, das Gesetz No. 22 vom 10. April 1861, der §. 5 des Gesetzes No. 5 vom 9. Februar 1865, und die Verordnung No. 65 vom 17. Mai 1877 ihre Wirksamkeit.

§. 17.

Die Zeit, welche die bisherigen Auditoren beim Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes bereits im Vorbereitungsdienste zugebracht haben, ist ihnen in Anrechnung zu bringen.

Die zu dem Ende erforderlichen transitorischen Anordnungen werden von der Landesregierung getroffen¹⁾.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigesetzten Herzogl. Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 1. April 1879.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

W. Schulz. Trieps. Graf Görtz-Wrisberg.

¹⁾ S. auf S. 326.

1. Verordnung, den Vorbereitungsdienst der bisherigen
Auditoren betreffend.

d. d. Braunschweig, den 1. April 1879 (No. 15).

**Von Gottes Gnaden, Wir,
Wilhelm,**

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg p. p.

Zur Ausführung der im §. 17 des Gesetzes No. 14 vom heutigen Tage, die juristischen Prüfungen und den Vorbereitungsdienst der Rechtskandidaten betreffend, enthaltenen Vorschrift erlassen Wir die nachfolgenden näheren Bestimmungen:

§. 1.

Für diejenigen Auditoren, welche am 1. October 1879 den ersten Abschnitt des Vorbereitungsdienstes bei einem Herzoglichen Amts- oder Stadtgerichte noch nicht erledigt haben, wird dieser Abschnitt auf 1 Jahr verlängert.

Der weitere Vorbereitungsdienst richtet sich nach den Bestimmungen im §. 7 des Gesetzes No. 14 vom heutigen Tage.

§. 2.

Diejenigen Auditoren, welche sich am 1. October 1879 im zweiten Abschnitte des Vorbereitungsdienstes bei der Staatsanwaltschaft befinden, können nach ihrer Wahl:

- a. entweder diesen Abschnitt völlig erledigen,
- b. oder, nachdem sie wenigstens 3 Monate bei der Staatsanwaltschaft beschäftigt gewesen sind, ihre Zulassung zu einer Verwaltungsbehörde beantragen.

Im ersteren Falle sind sie nach erledigtem zweiten Abschnitte während 3 Monaten bei einer Verwaltungsbehörde zu beschäftigen; im letzteren Falle tritt diesen 3 Monaten der Zeitraum hinzu, um welchen die Dauer der Beschäftigung bei der Staatsanwaltschaft verkürzt ist.

Die weitere Vorbereitung erfolgt sodann nach den Bestimmungen im §. 7 des Gesetzes No. 14 vom heutigen Tage.

§. 3.

Diejenigen Auditoren, welche sich am 1. October 1879 im dritten Abschnitte des Vorbereitungsdienstes bei einer Landesverwaltungs- oder geeigneten Communal-Behörde befinden, können nach ihrer Wahl

- a. entweder diesen Abschnitt völlig erledigen,
- b. oder, nachdem sie wenigstens 3 Monate bei der Landesverwaltungs- oder Communal-Behörde beschäftigt sind, die Zulassung bei einem Herzoglichen Landgerichte beantragen.

Im ersteren Falle richtet sich die weitere Vorbereitung nach dem bisherigen Recht, so dass die gedachten Auditoren nach erledigtem dritten Abschnitte noch 9 Monate bei einem Herzoglichen Landgerichte zu beschäftigen sind; im letzteren Falle werden sie die ganze übrige Zeit der Vorbereitung bei einem Herzoglichen Landgerichte beschäftigt, können aber, wenn diese Beschäftigung 1 Jahr gedauert hat und noch wenigstens 3 Monate übrig sind, für diesen übrig bleibenden Zeitraum die Zulassung bei einem Rechtsanwalte beantragen.

§. 4.

Diejenigen Auditoren, welche sich am 1. October 1879 bereits im letzten Abschnitte des Vorbereitungsdienstes bei einem Herzoglichen Kreisgerichte befinden, haben diesen Abschnitt bei einem Herzoglichen Landgerichte zu erledigen.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 1. April 1879.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

W. Schulz. Trieps. Graf Görtz-Wrisberg.

2. Verordnung, die Instruction für die Gerichte, Staatsanwälte, Verwaltungsbehörden und Rechtsanwälte hinsichtlich der Beschäftigung der Referendare während des Vorbereitungsdienstes betreffend.

d. d. Braunschweig, den 18. August 1879 (No. 49).

**Von Gottes Gnaden, Wir,
Wilhelm,**

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg p. p.

Zur Ausführung der Vorschrift im §. 9 des Gesetzes No. 14 vom 1. April d. Js., die juristischen Prüfungen und den Vorbereitungsdienst der Rechtscandidaten betreffend, verordnen Wir Folgendes:

Die Gerichte des Landes, die Staatsanwälte, Verwaltungsbehörden und Rechtsanwälte, welchen die Referendare nach Massgabe des citirten Gesetzes während des Vorbereitungsdienstes überwiesen werden, haben bei Ausbildung und Beschäftigung derselben nach der dieser Verordnung beigefügten Instruction zu verfahren.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und begedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 18. August 1879.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

W. Schulz. Trieps.

Instruction

für

den Vorbereitungsdienst der Referendare.

§. 1.

Die nach den §§. 7 und 8 des Gesetzes vom 1. April 1879, No. 14, mit der Leitung des Vorbereitungsdienstes der Referendare zu betrauten Justizbeamten, Verwaltungsbeamten und Rechtsanwälte haben sich dieser Obliegenheit im Allgemeinen in der Weise zu unterziehen:

dass sie dem Referendare die in ihrer Praxis sich darbietenden Mittel und Wege zu seiner möglichst tüchtigen Ausbildung für die zweite Prüfung (vergl. §. 12 des angeführten Gesetzes) zugänglich und nutzbar machen, denselben demgemäss anleiten und beschäftigen, ihn auch durch die Art ihres dienstlichen Verkehrs mit ihm zu eigenem Ausbildungsbestreben anregen und darin überwachen und fördern.

Eine Benutzung des Referendars während des Vorbereitungsdienstes lediglich zu dem Zwecke, um dadurch Erleichterung in den Geschäften zu erlangen, oder zur regelmässigen Aushilfe ist unzulässig.

Insbesondere ist der Referendar mit Protokollführungen und Expeditionen nur insoweit zu beauftragen, als dies für seine Unterrichtung und praktische Anleitung oder für seine Einweihung in den Verkehr mit dem Publicum von Erspriesslichkeit sein kann.

Ueber Fehlgriffe, welche der Referendar in seinen dienstlichen Verrichtungen, namentlich in seinen schriftlichen Ausarbeitungen gemacht hat, ist derselbe angemessen zu belehren.

Der Referendar ist befähigt, jede Art von Geschäften zu besorgen, welche den Gerichtsschreibern gesetzlich obliegen.

§. 2.

Bei dem Amtsgerichte hat sich die Unterweisung und praktische Anleitung des Referendars auf alle Haupttheile des amtsgerichtlichen Geschäftskreises, namentlich auf die streitige und auf die freiwillige Gerichtsbarkeit, auf das Grundbuch- und auf das Vormundschafts-Wesen, zu erstrecken. Derselbe ist in diesen Beziehungen nach zweckgemässer Auswahl mit der Erstattung von Relationen nebst Votum, mit der Ausarbeitung von Entwürfen zu Urtheilen, Verfügungen und dergl. und auf sonstige instructive Weise, insbesondere auch mit der Aufnahme von Anträgen in Vertretung des Gerichtsschreibers zu beschäftigen.

Er ist, nach gleicher Auswahl, anzuhalten, öffentlichen Sitzungen und sonstigen Verhandlungen beizuwohnen, und kann dabei auch zur Protokollführung an Stelle des Gerichtsschreibers zugezogen werden.

In Fällen, in denen von dem Vorstande des Amtsgerichts ein Vertreter des Amtsanwalts zu bestellen ist (Gesetz No. 11 vom 1. April 1879 §. 57), kann diese Vertretung dem Referendar übertragen werden.

Endlich ist dem Referendar Gelegenheit zu geben, sich mit dem gerichtlichen Rechnungs- und Kassenwesen, mit dem Depositenwesen, sowie mit den auf die Führung der Handelsregister, der Geschäftsregister etc. bezüglichen Geschäften vertraut zu machen.

§. 3.

Bei der Verwaltungsbehörde ist Sorge dafür zu tragen, dass der Referendar einen Ueberblick über die ganze Mannigfaltigkeit und die Gliederung des administrativen Geschäftscomplexes, Kenntniss der auf die Verwaltung bezüglichen Landesgesetzgebung, auch Einsicht in das Eigenartige der Geschäftsbehandlung gewinnt.

Zu dem Ende sind ihm Ausarbeitungen in den verschiedenen, bei der Behörde vorkommenden Geschäftszweigen zu übertragen; insbesondere ist derselbe bei rechtlich zweifelhaften Fragen zur Ausarbeitung eines motivirten Votums zu veranlassen.

§. 4.

Die Beschäftigung des Referendars bei der Staatsanwaltschaft soll vorzugsweise in der Anleitung desselben zur Beurtheilung des Ergebnisses einer Voruntersuchung, zur Abfassung von Anklageschriften (D. St. P. O. §. 168), von Berichten, von Ersuchungsschreiben oder Aufträgen an die Behörden und die Beamten des Polizei- und Sicherheits-Dienstes, auch zu protokollarischen Aufnahmen von Anzeigen u. dergl. bestehen.

§. 5.

Bei dem Landgerichte ist der Referendar hauptsächlich anzuhalten den öffentlichen Sitzungen, bei denen er demnach als Gerichts-

schreiber verwandt werden kann, und den Berathungen des Collegiums beizuwohnen, ferner zu Vorträgen für die geheime Berathung und Beschlussfassung und zur Ausarbeitung der von dem Collegium beschlossenen Urtheile anzuleiten.

Ebenso ist der Referendar, um den Gang einer Voruntersuchung kennen zu lernen, dem Untersuchungsrichter zur Protokollführung in einigen wichtigeren Voruntersuchungen beizugeben. Desgleichen ist derselbe in geeigneten Fällen (D. St. P. O. §. 144 Abs. 2) zum Vertheidiger zu bestellen.

Der Landgerichts-Präsident hat das Nähere zur Regelung dieser Art der Beschäftigung des Referendars anzuordnen und die Ausführung zu überwachen.

§. 6.

Hinsichtlich der Beschäftigung des Referendars bei dem Rechtsanwalte wird auf §. 40 der Rechtsanwaltsordnung vom 1. Juli 1878 verwiesen und auf die §§. 139 und 427 der D. St. P. O. Bezug genommen. Der Rechtsanwalt hat hiernach dem Referendare Gelegenheit und Anleitung zur Aufnahme von Informationen und zur Anfertigung von Parteischriften, zur Vertretung der Partei im Verfahren vor den Amtsgerichten, sowie zulässigen und geeigneten Falls zu seiner Uebung in gerichtlichen mündlichen Vorträgen als Vertheidiger und als Rechtsbeistand eines Privatklägers zu geben.

§. 7.

Ueberall ist zugleich auf Gewöhnung des Referendars zu strenger dienstlicher Zucht, Ordnung und Accuratesse — in letzterer Hinsicht namentlich auch auf Entwöhnung desselben von einer unleserlichen oder unsauberer Handschrift — Bedacht zu nehmen.

3. Verordnung, die Instruction für die Herzogliche juristische Prüfungs-Commission betreffend.

d. d. Braunschweig, den 18. August 1879 (No. 50). •

**Von Gottes Gnaden, Wir,
Wilhelm,**

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg p. p.

Zur Ausführung der Vorschrift in dem §. 2 des Gesetzes vom 1. April d. J., die juristischen Prüfungen und den Vorbereitungsdienst der Rechtscandidaten betreffend, verordnen Wir Folgendes:

§. 1.

Die Herzogliche juristische Prüfungs-Commission wird bei den ihr überwiesenen Prüfungen nach der dieser Verordnung beigefügten Instruction verfahren.

§. 2.

Alle Gerichte werden hierdurch angewiesen, der gedachten Commission die von derselben zum Zwecke der Prüfungen verlangten Acten, insofern solche entbehrt werden können, einzusenden und auch sonst deren auf die Prüfungen sich beziehenden Requisitionen Genüge zu leisten.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und begedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 18. August 1879.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

W. Schulz. Trieps.

Instruction

für

die Herzogl. juristische Prüfungs-Commission.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Die Commission betreibt ihre Geschäfte collegialisch.

Zu einer jeden Prüfung und Beschlussfassung bedarf es demnach der Mitwirkung von wenigstens drei Mitgliedern.

Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet die des Präsidenten bezw. des denselben vertretenden Mitgliedes der Commission.

§. 2.

Prüfungen finden nur zweimal jährlich, das eine Mal bald nach Ostern, das zweite Mal bald nach Michaelis, statt.

Liegen zu gleicher Zeit so viele Meldungen vor, dass die mündliche Prüfung sämtlicher Candidaten in einer und derselben Sitzung unthunlich erscheint, so ist die Zahl derselben in Serien mit verschiedenen Prüfungsterminen zu vertheilen. Die der zweiten etc. Serie Zugetheilten sind als gleichzeitig mit den Candidaten der ersten Serie geprüft anzusehen.

§. 3.

Der Candidat hat sich spätestens am Tage vor Beginn der Prüfung bei dem Präsidenten und den übrigen Mitgliedern der Commission persönlich vorzustellen.

Erscheint er auf eine der Prüfung halber an ihn erlassene Vorladung nicht, so bleibt er von der dermaligen Prüfung (§. 2) ausgeschlossen. Er kann sich bei Bescheinigung erheblicher Hindernisse zu der nächsten Prüfung wieder melden, ist aber bei abermaligem unentschuldigtem Zurückbleiben zu einer Prüfung überall nicht weiter zuzulassen.

§. 4.

Die Prüfungen erfolgen durchweg in Deutscher Sprache.

Die Mitglieder der Commission haben sich darüber zu einigen, eventuell darüber zu beschliessen, in welcher der verschiedenen juristischen Disciplinen jeder Einzelne vorzugsweise zu examiniren haben soll.

§. 5.

Unmittelbar nach beendigter mündlicher Prüfung hat die Commission zu berathen und zu beschliessen, ob, nach dem Ergebnisse dieser und der schriftlichen Prüfung,

der Candidat in dem Masse für bestanden zu erachten sei, dass demselben die erste Censur mit dem Prädicate „sehr gut“, oder die zweite mit dem Prädicate „gut“, oder doch die dritte mit dem Prädicate „hinlänglich“ zu ertheilen,

oder aber

der Candidat wegen ungenügenden Ausfalls der Prüfung definitiv oder doch auf ein Jahr oder auf einen Zeitraum bis von zwei Jahren (§. 13 des Prüfungsgesetzes) zurückzuweisen sei.

Dem mündlich geprüften Candidaten ist alsbald ein Zeugniß bezw. ein Bescheid nach Massgabe des Beschlusses der Commission unter deren Unterschrift und Siegel verschlossen zuzustellen.

§. 6.

Ueber jede mündliche Prüfung hat der Secretair der Commission ein summarisches Protokoll aufzunehmen, in welchem zugleich der von der Commission gefasste Beschluss zu verzeichnen, und welches von sämmtlichen Examinatoren mit zu unterschreiben ist.

§. 7.

Die zu einer und derselben Jahreszeit (§. 2) stattgehabten Prüfungen sind mit Verzeichnung des Ergebnisses derselben in eine tabellarische Liste einzutragen, und ist eine Ausfertigung derselben an Herzogl. Staatsministerium einzusenden.

Besondere Bestimmungen.

A. für die erste Prüfung.

§. 8.

Das an die Commission zu richtende Gesuch um Zulassung zur ersten Prüfung muss von dem Candidaten selbst, ohne fremde Beihilfe, verfasst, auch von seiner eigenen Hand geschrieben sein.

Der Candidat hat

1. in demselben Auskunft zu geben
 - a. über Ort, Jahr und Tag seiner Geburt,
 - b. über Stand und Wohnort seines Vaters, auch über dessen etwa bereits erfolgtes Ableben und die Zeit des letzteren,
 - c. über seine Braunschweigische Staatsangehörigkeit,
 - d. über den Gang seiner Schulbildung und seiner juristischen Studien, unter Angabe der dieserhalb von ihm benutzten Anstalten;
2. dem Gesuche
 - a. das ihm am Schlusse seiner Vorbildung für die Universität ertheilte Zeugniss der Reife,
 - b. die über sein dreijähriges Studium der Rechtswissenschaft auf einer Universität, insbesondere über die von ihm gehörten Vorlesungen Auskunft gebenden akademischen Zeugnisse (§. 3 des Prüfungsgesetzes),
 - c. ein amtliches oder sonst glaubwürdiges Zeugniss über sein sittliches Verhalten (ebendas.) — sofern nicht letzteres schon durch die unter b. bezeichneten Zeugnisse genügend und bis auf die Zeit der Meldung bekundet wird — beizufügen;
3. in dem Gesuche die bestimmte Erklärung abzugeben, dass er als Referendar zugelassen werden wolle;
4. das Gesuch mit seinem vollen Namen, unter Angabe seines Wohnorts und des Jahrestages, zu unterschreiben.

§. 9.

Wird aus dem Gesuche oder aus dessen Anlagen die gesetzliche Unzulässigkeit des Gesuchs erkennbar — in welcher Hinsicht namentlich auch eine bedenkliche Unvollständigkeit der von dem Candidaten gehörten juristischen Vorlesungen in Anschlag zu bringen ist —, so hat die Commission den Candidaten unter Angabe der Gründe zurückzuweisen.

Mängel des Gesuches, welchen abgeholfen werden kann, sind dem Candidaten mit der Aufforderung zu deren Einbesserung zu bezeichnen,

und ist demselben hierzu eine angemessene Frist zu setzen. Bei Nicht-innehaltung derselben gilt die Meldung als zurückgenommen, bei späterem Eingehen der Einbesserung als erst jetzt erfolgt.

§. 10.

Die Meldung hat keinen Anspruch auf Annahme für die zunächst bevorstehende Frühjahrs- bzw. Herbstprüfung, kann vielmehr für die nächstfolgende Prüfungszeit zurückgelegt werden, wenn sie nicht spätestens 14 Tage vor Ostern bzw. vor Michaelis eingereicht worden ist.

§. 11.

Auf die für zulässig und mangellos befundene (bzw. eingebesserte) Meldung hat die Commission den Candidaten

- 1) zum Zwecke seiner schriftlichen Prüfung auf einen bestimmten Tag, und zugleich
- 2) zum Zwecke seiner mündlichen Prüfung gleichfalls auf einen bestimmten, etwa eine Woche später fallenden Tag mit Angabe der Stunde und des Locals vorzuladen.

§. 12.

Die schriftliche Prüfung erfolgt mittelst schriftlicher Aufstellung einer Reihe von Fragen, welche nach der im §. 4 des Prüfungsgesetzes gegebenen Norm auszuwählen und auf die verschiedenen Disciplinen angemessen zu vertheilen sind. Der Candidat hat die Fragen in einem unter Clausur gehaltenen Zimmer des Commissionslocals schriftlich zu beantworten.

Diese Fragen sind von den Examinatoren, von jedem Einzelnen in der ihm zugewiesenen Disciplin, abzufassen und zeitig vor dem Prüfungstermine an den Secretair der Commission abzuliefern; worauf derselbe deren numerirte Zusammenstellung in Form eines Fragebogens zu besorgen hat.

Die Fragen sind bis zum Beginn des Termins geheim zu halten.

§. 13.

Die schriftliche Beantwortung der Fragen geschieht unter Aufsicht eines Commissions-Mitgliedes und bei Anwesenheit des Secretairs der Commission, welcher über den ganzen Vorgang ein Protokoll aufzunehmen, auch bei dieser Gelegenheit die Prüfungsgebühren (§. 15 des Prüfungsgesetzes) zu erheben hat.

Das Commissions-Mitglied übergibt, nach Eröffnung des Termins, dem Examinanden den Fragebogen — bei einer Mehrzahl von Examinanden einem Jeden ein Exemplar desselben Fragebogens — mit der Eröffnung, dass die Beantwortung der einzelnen Fragen, nach der Reihenfolge derselben, auch je mit der gleichen Nummer versehen, auf die rechte

Hälfte besonderer Papierbogen in Folioformat, bei Leerlassung der linken, zu schreiben, und dass, und binnen welcher (nicht unter 5 Stunden zu bestimmender) Frist die Arbeit, gleichviel ob der Examinand mit der Beantwortung sämtlicher Fragen fertig geworden oder nicht, mit der vollen Namensunterschrift des Examinanden und dem Datum versehen, bei Rückgabe des Fragebogens abzuliefern sei.

Der Termin ist unbedingt mit Ablauf dieser Frist zu schliessen.

Die Beantwortung muss ohne Benutzung literarischer Hilfsmittel oder sonstiger fremder Aushilfe erfolgen; insbesondere darf der Examinand sich mit Keinem der Anwesenden über die Fragen besprechen, auch das Local nicht ohne vorgängige Erlaubniss zeitweilig verlassen.

Sobald ein Examinand seine Probearbeit an das aufsichtführende Commissions-Mitglied abgeliefert, und Letzteres sich von geschehener Namensunterschrift und Datirung überzeugt hat, ist derselbe zu entlassen.

§. 14.

Die abgelieferten Probearbeiten sind dem Präsidenten der Commission, falls nicht schon dieser selbst dieselben in Empfang genommen, ungesäumt zuzustellen, und von diesem, nachdem er selbst sie geprüft, bei den übrigen Mitgliedern der Commission zu gleichem Zwecke in Circulation zu setzen.

§. 15.

Die mündliche, von den einzelnen Examinatoren der Reihe nach anzustellende Prüfung soll, im ferneren Anschluss an die im §. 4 des Prüfungsgesetzes gegebene Norm, insbesondere sich angelegen sein lassen, fernerweit zu erforschen:

ob der Candidat natürliche Anlagen und gesunde Urtheilskraft besitzt, und ob er nicht etwa auf ein gedankenloses Auswendiglernen abstracter Rechtssätze sich beschränkt, sondern wirkliches Verständniss derselben sich erworben, Einsicht in das Ineinandergreifen und in die wechselseitigen Beziehungen der Rechtsinstitute und Rechtsbegriffe, Uebung und Geschicklichkeit im juristischen Denken, in der Handhabung von Rechtsbegriffen, in der Ableitung von Folgesätzen aus Grundsätzen und in der Zurückführung jener auf diese, im Unterscheiden und Combiniren, in dem Auffinden der entsprechenden Rechtsbestimmungen für gegebene Fälle u. s. w. gewonnen, sich auch die erforderliche Vertrautheit mit den Quellen angeeignet hat.

Dabei bleibt es der Commission überlassen, die Prüfung im Römischen Rechte unter zwei Examinatoren zu vertheilen, so zwar, dass der eine an der Hand der Quellen mehr die geschichtliche, der Andere in freierer Weise die dogmatische Seite ins Auge fasst.

Jedenfalls ist zu ermitteln, ob der Examinand Stellen des corpus juris civ., welche nicht von ungewöhnlicher Schwierigkeit sind, mit zutreffendem Verständnisse zu erklären vermag.

§. 16.

Hat ein Candidat eine literarische Arbeit, z. B. eine Doctor-Dissertation, verfasst und im Druck erscheinen lassen, so soll ihm freistehen, ein Exemplar derselben mit seiner Meldung zu überreichen; jedoch hat er zugleich wahrheitsgemäss anzugeben, ob und inwiefern er sich bei deren Anfertigung fremder Hilfe bedient hat.

B. für die zweite Prüfung.

§. 17.

Die im §. 11 des Prüfungsgesetzes vorgeschriebenen Ausweise sind in und mit dem Gesuche um Zulassung zur zweiten Prüfung zu liefern.

Der §. 9 dieser Instruction ist analog zur Anwendung zu bringen.

§. 18.

Bei zulässig befundener Meldung giebt die Commission dem Candidaten durch schriftlichen Erlass die schriftliche Anfertigung zweier praktischen Probearbeiten auf, indem sie ihm zugleich die solchergestalt zu bearbeitenden Acten etc. an seinen Wohnort zugehen lässt.

Der vor den Augen des Candidaten verborgen zu haltende Theil der Acten ist zu couvertiren und mit dem Siegel der Commission zu versiegeln.

Sofort nach Empfang dieser Zusendung hat der Candidat eine Bescheinigung des Empfangs an die Commission einzusenden.

§. 19.

Die eine der schriftlichen Probearbeiten soll bestehen entweder in dem Entwurfe eines Urtheils (erster oder fernerer Instanz) in einer umfänglicheren und juristisch belangreicheren Civilsache; wobei dem Candidaten zu gestatten, in einem Anhang diejenige, ihm rathsam erscheinende, ausführlichere Begründung seiner Auffassung und seiner Ansicht, im Ganzen oder in einzelnen Punkten, beizufügen, welche von dem Urtheile selbst, unbeschadet der Gründlichkeit, Vollständigkeit und Klarheit desselben, ausgeschlossen bleiben konnte, bzw. um der erforderlichen Knappheit desselben Willen ausgeschlossen bleiben musste, —

oder in einer, auf die Behandlung einer Strafsache bezüglichen schwierigen Ausarbeitung (z. B. auch einer Fragestellung für Geschworene mit angehängter Motivirung) —,

die andere

in einem Rechtsgutachten oder in der Ausarbeitung eines Rechts-acts aus dem Gebiete der Extrajudicial-Jurisprudenz mit angefügter Motivirung, — nach Anleitung einer schriftlich abgefassten Aufgabe.

Dabei ist dem Candidaten eine angemessene, jedoch nicht über zwei Monate betragende Frist zur Einlieferung der Probearbeiten zu setzen, und zwar mit der eintretenden Falls auszuführenden Androhung, dass nach ungenutztem Ablaufe dieser Frist die Meldung mit Zurücknahme der Acten und der schriftlichen Aufgabe werde zurückgewiesen werden.

Ob und inwieweit eine von dem Candidaten bei Ablauf dieser Frist nachgesuchte Verlängerung derselben gewährt werden könne, hängt von dem Ermessen der Commission ab, welche dabei aber nur sachliche und glaubhafte Behinderungsgründe zu berücksichtigen hat.

§. 20.

Der Candidat hat sich bei Anfertigung der Probearbeiten zwar Vollständigkeit und Gründlichkeit, zugleich aber Vermeidung aller Weitläufigkeit und zweckwidriger oder unnützer Digressionen und Wiederholungen, und zwar nicht bloss in dem Haupttheile der Arbeit (Urtheil u. s. w.), sondern auch in dem zur Motivirung beigefügten Anhange angelegen sein zu lassen. Die benutzten literarischen Hilfsmittel sind anzugeben.

§. 21.

Die Probearbeiten müssen mit einem Inhaltsverzeichnisse versehen, reinlich und deutlich, im Folioformat geschrieben, auch geheftet und paginirt sein.

Am Schlusse derselben hat der Candidat mit eigener Handschrift die Versicherung an Eides Statt:

„dass er sich bei der Ausarbeitung fremder Hilfe nicht bedient, auch“

(soviel die processualische Arbeit betrifft)

„ohne Kenntniss der Behandlung und Beurtheilung, welche dieser Sache ihrer Zeit in gleicher Beziehung amtlich zu Theil geworden, geblieben sei, insbesondere sich dieserhalb nicht durch Acteneinsicht instruiert habe,“

beizufügen, und diese Versicherung mit seinem vollen Namen, unter Angabe von Ort und Datum, zu unterschreiben.

War dem Candidaten die gedachte Kenntniss geworden, so hat er hiervon sofort Anzeige bei der Commission zu machen, welche ihm, unbe-

denklichen Falls, andere Acten mit Bezeichnung der anzufertigenden Probearbeit zugehen lassen wird.

§. 22.

Die Probearbeiten sind unter Wiederanschluss der Acten und der schriftlichen Aufgabe und unter Beifügung der Gebühren zu 50 Mark (§. 15 des Prüfungsgesetzes) an den Secretair der Commission einzusenden.

Sofort nach Eingang der Sendung ist zu prüfen, ob der in den Acten angelegte Verschluss sich unverletzt findet.

§. 23.

Der Präsident der Commission ernennt einen Referenten und einen Correferenten, mit deren schriftlich abzufassender Begutachtung der Probearbeiten die letzteren nebst den Acten und der schriftlichen Aufgabe den übrigen Mitgliedern der Commission und schliesslich wieder dem Präsidenten zuzustellen sind.

Von der Beschaffenheit dieser Probearbeiten, welche hauptsächlich unter dem unten im §. 25 Abs. 3 bezeichneten Gesichtspunkte zu prüfen sind, hängt es ab, ob der Candidat zur mündlichen Prüfung zuzulassen, oder aber — wie namentlich wegen bereits aus den Probearbeiten ersichtlicher Unreife oder Untüchtigkeit — ohne Weiteres, und ob definitiv oder auf Zeit (§. 13 des Prüfungsgesetzes), zurückzuweisen sei.

Jedes Mitglied der Commission hat seine Stimme über diese Frage schriftlich abzugeben. Stellt sich hierbei nicht Stimmeneinhelligkeit heraus, so veranstaltet der Präsident eine gemeinsame mündliche Berathung und definitive Beschlussfassung.

Wird die Zurückweisung beschlossen, so ist der Candidat hiernach mittelst verschlossener Resolution zu bescheiden.

§. 24.

Andernfalls ist der Candidat zur mündlichen Prüfung auf einen bestimmten Tag, mit Angabe der Stunde und des Lokals, vorzuladen.

Acht Tage vorher hat derselbe, was ihm, mit näherer Bezeichnung des Tages und mit Bestimmung der Stunde, gleichzeitig zu eröffnen ist, sich im Secretariate der Commission einzufinden, woselbst ihm von einem Mitgliede der Commission, nach Massgabe der von der letzteren zuvor getroffenen Auswahl, Anweisung wegen eines von ihm im Prüfungstermine in freier Rede, ohne ein anderes Concept als etwa kurze Gedächtniss-Notizen, zu erstattenden Vortrags, unter Aushändigung der dazu zu benutzenden Acten oder Schriftstücke, zu ertheilen ist.

Dieser Vortrag soll eine in den Geschäftskreis des Richters oder des Staatsanwalts oder des Rechtsanwalts fallende Ausführung oder Verhandlung civil- oder strafrechtlicher Gattung in einer zwar weniger umfänglichen, jedoch juristisch bedeutsamen Sache zum Gegenstande haben.

Ein civilrechtlicher Vortrag ist auszuwählen, wenn die erste schriftliche Prüfungsarbeit eine Strafsache betrifft, ein criminalrechtlicher Vortrag dagegen, wenn diese Arbeit in dem Entwurfe eines Urtheils in einer Civilsache besteht.

§. 25.

Im Prüfungstermine hat zunächst der Examinand, bzw. Jeder der mehreren Examinanden in der vom Präsidenten zu bestimmenden Reihenfolge, den im §. 24 bezeichneten mündlichen Vortrag zu halten.

Jeder der Examinatoren kann hieran Fragen an den Examinanden, auch an die Nichtexaminanden, knüpfen.

Die hierauf seitens der einzelnen Examinatoren der Reihe nach anzustellende mündliche Prüfung hat sich, unter Beobachtung der im §. 12 des Prüfungsgesetzes vorgezeichneten Norm, wesentlich die weitere Ermittlung zum Ziele zu setzen, ob in Verbindung mit der theoretischen auch die praktische Ausbildung des Candidaten so weit vorgeschritten sei, dass demselben das Amt eines Richters, eines Staatsanwalts, eines Rechtsanwalts und eines Notars unbedenklich anvertraut werden könne.

§. 26.

Die Commission hat nach Beendigung einer zweiten Prüfung einen die Qualification des bestandenen Candidaten näher charakterisirenden Bericht an Herzogl. Staatsministerium zu erstatten.

Schlussbestimmung.

§. 27.

Eine Zurückzahlung der eingezahlten Gebühren findet nicht statt, auch wenn der Candidat die Prüfung nicht besteht, sondern definitiv oder für eine bestimmte Zeit zurückgewiesen wird.

Transitorische Bestimmung.

§. 28.

Die Vorschriften dieser Instruction sollen auch in Ansehung der am 1. October 1879 bereits nachgesuchten aber noch schwebenden Prüfungen Anwendung finden, ausser insoweit dies, nach dem Ermessen der Commission, zu einer unbilligen Beschwerde für die Candidaten reichen könnte.

Motive

zu

dem Gesetze, die juristischen Prüfungen und den Vorbereitungsdienst der Rechtskandidaten betreffend.

Einleitung.

Wie bereits in den Motiven zu §. 1 des Ausführungsgesetzes zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetze (s. oben S. 35) hervorgehoben wurde, war es erforderlich, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in Betreff der Prüfungen, durch deren Ablegung die Fähigkeit zum Richteramt, zur Staatsanwaltschaft, zur Rechtsanwaltschaft und zum Notariat erlangt wird, sowie hinsichtlich des Vorbereitungsdienstes der Rechtskandidaten einer Aenderung zu unterziehen. Diese Aenderungen haben zu dem gegenwärtigen Gesetz geführt, welches theilweise eine vollständig neue Regelung der für die bisherige Prüfungsordnung und für den Vorbereitungsdienst massgebenden Grundsätze enthält. Indem zur Begründung und Rechtfertigung derselben auf die Motive zu den einzelnen Paragraphen verwiesen wird, soll hier nur hervorgehoben werden, dass sowohl die Prüfungen, welche das Gesetz festsetzt, als der Vorbereitungsdienst, welchen es ordnet, zunächst lediglich für den Justizdienst, die Anwaltschaft und das Notariat, nicht dagegen für die Verwaltungscarriere berechnet sind. In der That kann nicht in Abrede gestellt werden, dass die technische Ausbildung der Verwaltungsbeamten, abgesehen von der auch für Letztere praktisch wichtigen Beschäftigung bei den Amtsgerichten, eine Vorbereitung bei den Verwaltungsbehörden von weit längerer Dauer, als sie derselbe im Hinblick auf Justizbeamte und Rechtsanwälte vorschreibt, erforderlich macht, dagegen die Beschäftigung bei Landgericht und Rechtsanwälten überflüssig

erscheinen lässt, und dass es sich empfehlen würde, dem in diesem Gesetze geordneten zweiten juristischen Examen eine wesentlich auf Erforschung der Kenntnisse des Candidaten im Gebiete der Staatswissenschaften, insbesondere der Volkswirthschaftslehre, der Finanzwissenschaft und des Verwaltungsrechts, gerichtete Prüfung vor höheren Verwaltungsbeamten zu substituiren. Ob die der Erreichung dieses Zieles gegenwärtig noch entgegenstehenden Schwierigkeiten später werden überwunden werden, muss der Zukunft vorbehalten bleiben. Bis zu diesem Zeitpunkt mögen die juristischen Prüfungen und der Vorbereitungsdienst der Rechtscandidaten wie bisher, auch für denjenigen bedeutsam bleiben, welcher demnächst die Verwaltungscarriere einzuschlagen gedenkt, ohne dass jedoch dieser Umstand auf die besondere Gestaltung der Prüfungen beziehungsweise des Vorbereitungscursus von Einfluss sein kann ¹⁾.

Zu §. 1. Der Paragraph entspricht im Allgemeinen dem §. 1 des Gesetzes No. 8 vom 5. März 1850 und enthält nur die durch die neue Gerichtsverfassung von selbst veranlassten Modificationen. Dagegen ist die Bestimmung, dass nothwendig drei Mitglieder der Commission dem Obergerichte (in Zukunft dem Oberlandesgerichte) und ein Mitglied der Anwaltschaft angehören müssen, hinweggefallen, jenes, weil der Kreis der zu der Theilnahme an der Commission berechtigenden höheren juristischen Aemter durch den Entwurf erweitert worden, dieses, weil unter den Mitgliedern des Anwaltstandes, die durch ihren Beruf mehr auf praktische als auf wissenschaftliche Beschäftigung angewiesen sind, nicht immer mit voller Sicherheit auf durchweg qualificirte und zugleich zur Uebernahme bereite Examinatoren zu rechnen ist und es daher zu Verlegenheiten führen würde, wenn trotz des Mangels geeigneter Persönlichkeiten im Anwaltstande die Commission in jedem Falle aus letzterem ergänzt werden müsste.

Zu §. 2. Vergl. §. 3 des Gesetzes No. 8 de 1850. In Folge der durch den gegenwärtigen Entwurf veränderten Grundsätze hinsichtlich der juristischen Prüfungen wird auch die mit der Verordnung No. 47 vom 27. November 1850 publicirte Instruction durch eine anderweite Instruction ersetzt werden.

Zu §. 3. Während die Zulassung zur ersten juristischen Prüfung nach §. 5 des Gesetzes No. 8 vom 5. März 1850, abgesehen von dem Erforderniss des nicht zurückgelegten 25. Lebensjahres, nur durch den Nachweis des sittlichen Verhaltens, nach §. 1 des Gesetzes No. 22 vom 10. April 1861 aber zugleich dadurch bedingt war, dass der Nachsuchende

¹⁾ Der der Justizcommission zur Berathung überwiesene Gesetzentwurf hat dieser nur zu einer geringfügigen redactionellen Aenderung des §. 13 Veranlassung gegeben und ist mit dieser Aenderung in der Sitzung der Landesversammlung vom 12. Febr. 1879 angenommen (Landt. Verh. Prot. 8 und Anl. 36).

vorbehältlich landesherrlicher Dispensation auch über den Besuch einer Universität nach zurückgelegtem Maturitätsexamen — und zwar nach Auslegung der Praxis über einen dreijährigen Besuch derselben — und über die dort gehörten Vorlesungen Bescheinigung erbrachte, hat der §. 2 des D. G. V. G. die Zeit des Universitätsstudiums bestimmt auf drei Jahre festgesetzt mit der Massgabe, dass davon die Hälfte dem Studium auf einer deutschen Universität gewidmet sein muss. Diese nach den §§. 2 Absatz 1 und 149 Absatz 2 des D. G. V. G. zunächst für die Qualification zum Richteramte beziehungsweise zur Staatsanwaltschaft massgebende, nach §. 1 der Rechtsanwaltsordnung vom 1. Juli 1878 aber in gleicher Weise auch für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft und nach §. 5 der hiesigen Notariatsordnung vom 19. März 1850 auch für die Zulassung zum Notariat gültige Bestimmung ist demgemäss als bindende Vorschrift hingestellt. Wenn das Reichsgesetz daneben der Landesgesetzgebung gestattet hat, die Zeit des Universitätsstudiums zu verlängern, und wenn in neuerer Zeit von namhafter Seite *) ausgeführt ist, dass die dreijährige Studienzeit für die Ansprüche, welche an den künftigen Richter und Anwalt erhoben werden müssen, nicht genüge, dass vielmehr ein vierjähriges Studium erforderlich sei, so hat sich doch die Herzogl. Landesregierung um so weniger entschliessen können, die mit Rücksicht auf den langen Vorbereitungsdiens und die Jahre des unbesoldeten Gerichtsassessorats ohnehin schon schwer zu erfüllenden Bedingungen für die Befähigung zum Richteramte noch zu verschärfen, als die Frage selbst, ob ein drei- oder vierjähriges Rechtsstudium anzupfehlen sei, eine verschiedene Beurtheilung zulässt, und auch in Preussen die Dauer des Universitätsstudiums auf drei Jahre festgesetzt ist. (Preussisches Ausführungsgesetz vom 24. April 1878, §. 1, vergl. mit §. 1 des Preussischen Gesetzes vom 6. Mai 1869.)

Die nach §. 5 des Gesetzes No. 8 vom 5. März 1850 durch das Lebensalter bedingte Schranke für die Zulassung zur ersten Prüfung ist durch das Reichsgesetz von selbst erledigt. — Wenn ferner der §. 3 des Entwurfs solche Zulassung beim Vorhandensein der vorgeschriebenen Bedingungen nur für hiesige Staatsangehörige obligatorisch gemacht hat, so folgt daraus nicht, dass nicht auch Angehörige eines andern Bundesstaates zur ersten Prüfung zugelassen werden könnten; indessen ist diese Zulassung

*) von Bethmann-Hollweg, Ueber Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, als Aufgabe unserer Zeit 1876 S. 63 ff. Gierke, Die juristische Studienordnung in Holtzendorff und Brentano's Jahrb. für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft Bd. I (1877); S. 8 ff. Ders. in den Verhandlungen des 14. Juristentages Bd. I, S. 10, 21. Gneist, Gutachten über die Frage: „Ist eine gemeinsame Prüfungsordnung für Deutsche Richter und Anwälte nothwendig? und wie ist sie auf der Grundlage der §§. 2 bis 6 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes zu gestalten?“ in den Verhdl. etc. des 14. Juristent. Bd. I, S. 119 ff. (auch bes. gedruckt Berlin 1878). Goldschmidt, Das dreijährige Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, Berlin 1878.

ebenso, wie nach §. 3 des D. G. V. G. die Zulassung zum Vorbereitungsdienst und zur zweiten juristischen Prüfung, von dem freien Ermessen der Landesregierung abhängig.

Zu §. 4. Der Paragraph weicht von dem §. 5 des Gesetzes No. 8 de 1850, welcher für die erste juristische Prüfung neben der allgemeinen wissenschaftlichen Bildung nur soviel theoretische Rechtskenntnisse verlangte, als „nothwendig sind, um in die juristische Laufbahn mit Nutzen einzutreten“, ab; dagegen stimmt derselbe im Allgemeinen mit den §§. 3 und 4 des auch für die Folge beibehaltenen Preussischen Gesetzes vom 6. Mai 1869, ebenso wie mit dem betreffenden Mecklenburgischen Gesetz-entwürfe §§. 6 und 7 überein. War es schon an sich wünschenswerth, das hiesige Gesetz mit dem Preussischen möglichst in Einklang zu bringen, so kommt auch in Betracht, dass die hiesige erste Prüfung bisher nicht mit allzu grosser Strenge gehandhabt zu werden pflegte und daher mehr den Charakter eines Tentamens annahm^{*)}. Es ist aber erforderlich, dass in Zukunft die wissenschaftlichen Anforderungen des bisherigen Staatsexamens wesentlich auf die erste Prüfung verlegt werden, dass diese sich als eine wirkliche Controle der Studienzeit im Sinne einer umfassenden wissenschaftlichen Vorbereitung auf den juristischen Beruf ergebe und an Gewicht und Ernst gewinne, damit der junge Mann, welcher diese Prüfung bestanden hat, mit gründlicher wissenschaftlicher Vorbildung ausgerüstet sich mit Erfolg die nöthige praktische Ausbildung verschaffen kann, derjenige aber, welcher sie nicht bestand, noch rechtzeitig in der Lage ist, einen neuen Lebensberuf zu ergreifen, was ihm, wenn wie jetzt der Schwerpunkt in das zweite Examen fällt, oft in bedenklicher Weise erschwert wird.

Das preussische Gesetz macht zum Gegenstand der ersten Prüfung auch „die Grundlagen der Staatswissenschaften“ und verlangt, dass diese Prüfung auch darauf gerichtet wird, ob sich der Candidat „die erforderliche allgemeine staatswissenschaftliche Bildung“ erworben habe. Der Entwurf hat in Uebereinstimmung mit Mecklenburg diese Bestimmung nicht aufgenommen. Schon bei den Berathungen der Reichsjustizcommission war die Frage insofern zur Sprache gekommen, als zu §. 2 des D. G. V. G. beantragt war, dass der ersten Prüfung ein dreijähriges Studium der Rechts- und Staatswissenschaft auf einer Universität vorangehen müsse. Die Commission hat jedoch diesen Antrag abgelehnt, weil, solange man nur ein dreijähriges Studium vorschreibe, das Examen nicht auf Staatswissenschaften erstreckt werden könne, da der Durchschnitt

^{*)} Es dürfte sich dies schon aus der bemerkenswerthen Thatsache ergeben, dass von den 175 Candidaten, welche im Laufe von 28 Jahren seit dem Jahre 1850 das erste Examen zurückgelegt haben, kein einziger definitiv zurückgewiesen ist, und nur drei wegen nicht bestandenen Examens auf ein Jahr zurückgesetzt sind, hinterher aber die Prüfung bestanden haben.

der Juristen die drei Jahre vollständig zum Studium des Rechts gebrauche. (Vergl. Prot. der R. T. Commiss. S. 564 bis 569, bei Hahn, Mater. S. 744 bis 748.) Wenn hiernach nicht schon formelle Gründe gegen die Erstreckung des ersten Examens auf Staatswissenschaften sprechen sollten, so würden jedenfalls die hervorgehobenen materiellen Bedenken dagegen ins Gewicht fallen müssen, zumal die allerdings auch für den Justizbeamten wünschenswerthe Kenntniss von staatswissenschaftlichen Dingen auch noch während des Vorbereitungscursums und später im praktischen Leben erworben werden kann.

Zu §. 5. Die Zulassung der in der ersten Prüfung Bestandenen zum Vorbereitungsdienst entspricht der durch §. 5 Absatz 2 des Gesetzes No. 8 de 1850 vorgeschriebenen Aufnahme des Geprüften in die Zahl der Candidaten der Rechte. Der Zugelassene soll während der Dauer der Vorbereitung zur zweiten Prüfung den Titel „Referendar“ zu führen berechtigt sein, ohne dass es künftig einer besonderen Verleihung dieses Titels durch den Landesherrn, wie nach der Verordnung No. 4 vom 19. Januar 1857, bedarf, eine Bestimmung, welche sich durch Rücksichten der Zweckmässigkeit rechtfertigt und im Wesentlichen auch mit dem Preussischen Gesetze vom 6. Mai 1869 §. 5, sowie mit dem Mecklenburgischen Entwurfe §. 19 übereinstimmt. Das Recht, diesen Titel zu führen, wird jedoch nach §. 14 ohne Weiteres verwirkt, sobald der Candidat die zweite Prüfung nicht bestanden oder die vorgeschriebene Frist der Meldung zu derselben versäumt hat.

Zu §§. 6 und 7. 1. Das Deutsche Gerichtsverfassungsgesetz hat im §. 2 Absatz 3 in Uebereinstimmung mit dem hiesigen Gesetze einen dreijährigen Vorbereitungscursus der Referendare vorgeschrieben, daneben jedoch der Landesgesetzgebung die Verlängerung dieses Zeitraumes gestattet. Indessen reicht im Allgemeinen ein dreijähriger Vorbereitungsdienst, vorausgesetzt, dass die Beschäftigung während desselben zweckmässig geregelt wird, für die Bedürfnisse der praktischen Ausbildung vollkommen aus, und ein zwingender Grund, etwa eine vierjährige Vorbereitungszeit einzuführen, wie sie in Preussen, aber auch hier erst seit dem Gesetze vom 6. Mai 1869 besteht, liegt trotz der bedeutenden Anforderungen, welche die Handhabung der neuen Processgesetze, namentlich der Civilprocessordnung, an Richter und Anwälte stellt, nicht vor. In Preussen selbst sind schon bei Berathung des cit. Gesetzes (vergl. Goldschmidt a. a. O. S. 74 ff.) und noch in neuester Zeit gewichtige Stimmen, welche die Beschränkung des dortigen Vorbereitungscursus auf einen dreijährigen Zeitraum befürwortet haben, laut geworden, und auch in den übrigen deutschen Bundesstaaten ist man überall, soweit bekannt, bei dem dreijährigen Cursus stehen geblieben.

2. Die Dauer der Beschäftigung der Rechtsandidaten bei den verschiedenen Behörden während der dreijährigen Vorbereitungszeit war

durch das Gesetz No. 36 vom 5. September 1859 in der Weise geordnet, dass für die Beschäftigung bei einem Amts- oder Stadtgerichte, desgleichen bei einem Kreisgerichte je neun Monate, bei der Staatsanwaltschaft sechs Monate und bei einer Landesverwaltungsbehörde ein Jahr bestimmt worden. Dagegen war die noch in dem Gesetze No. 8 vom 5. März 1850 §. 6 vorgeschriebene sechsmonatige Beschäftigung bei einem Anwalt hinweggefallen, weil (nach den Motiven) „dieser Theil des Vorbereitungscursus erfahrungsmässig von keinem bemerkenswerthen Vortheile für die Ausbildung der Rechtscandidaten sich erwiesen habe“, und es war nur für die zwischen der Beendigung des Vorbereitungscursus und der Zulassung zur zweiten Prüfung inneliegende Zeit Vorsorge getroffen, dass den auf Beschäftigung bei einem Rechtsanwalt gerichteten Wünschen Rechnung getragen werden konnte (Gesetz No. 37 vom 5. Septbr. 1859 §. 2).

Diese Vorschriften sind durch das Reichsgesetz ohne Weiteres beseitigt, insofern durch dasselbe die Verwendung der Rechtscandidaten im Dienste bei den Gerichten und bei den Rechtsanwälten obligatorisch gemacht, im Dienste bei der Staatsanwaltschaft und bei den Verwaltungsbehörden, bei letzteren jedoch nicht über die Dauer eines Jahres hinaus, der Bestimmung der einzelnen Bundesstaaten überlassen ist. — Im Uebrigen enthält das Deutsche Gerichtsverfassungsgesetz keine näheren Vorschriften über die Einrichtung des Vorbereitungscursus, und es war Aufgabe der Landesgesetzgebung, die allgemeinen Grundsätze des Reichsgesetzes insoweit zu ergänzen.

3. Der Entwurf schreibt zunächst einen einjährigen Vorbereitungscursus bei den Amtsgerichten vor, weil er davon ausgeht, dass hier die Hauptstelle für den künftigen Praktikanten ist. Die vielseitigen Geschäfte der Amtsgerichte nicht bloss in allen Arten der streitigen, sondern auch in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in Grundbuch- und Vormundschaftssachen, die zusammenhängende Thätigkeit im täglichen Verkehr zwischen Lehrenden und Lernenden, die unmittelbare Berührung mit dem rechtsuchenden Publicum lassen gerade diese Beschäftigung als eine äusserst wichtige erscheinen, machen aber auch die Feststellung der Dauer derselben auf ein Jahr (statt früher auf 9 Monate) erforderlich, um den Candidaten die Möglichkeit der Aneignung des unbedingt nothwendigen Masses von Kenntnissen in den dort regelmässig vorkommenden Geschäften zu gewähren.

Hieran soll sich der praktische Cursus bei der Verwaltungsbehörde anschliessen, der regelmässig auf 6 Monate berechnet ist, nach Wunsch des Referendars aber auch auf 3 Monate beschränkt werden kann, so zwar, dass alsdann die übrigen 3 Monate bei der Staatsanwaltschaft zugebracht werden. Der Entwurf verhehlt sich zwar nicht, dass diese Zeit zur Ausübung des künftigen Verwaltungs- oder staatsanwaltschaftlichen Beamten nicht ausreichen wird; indessen schien es nützlich, auch demjenigen, welcher die richterliche oder anwaltschaftliche Laufbahn einzuschlagen gedenkt, die Gelegenheit zu gewähren, den Geschäftsgang bei den Ver-

waltungsbehörden kennen zu lernen. Eine längere Zeit dieser Beschäftigung zuzuweisen, ging deshalb nicht an, weil die eigentlich bildenden Elemente in dem neuen Verfahren für Richter und Anwälte in den Gerichten und in der Anwaltschaft liegen, und weil ohnehin schon während des amtsgerichtlichen Cursus die Besorgung einzelner amtsanwaltlicher Geschäfte stattnehmig ist.

Als dritter Cursus wird sodann eine einjährige Beschäftigung bei den Landgerichten eintreten, welche auch in Zukunft trotz des mündlichen Verfahrens für die Ausbildung des jungen Juristen förderlich werden wird, wenn jene Zeit durch fleissige Theilnahme an den mündlichen Verhandlungen und an den Berathungen des Collegiums, durch Ausarbeitung der vom Collegium beschlossenen Erkenntnisse, ebenso auch durch zeitweilige Besorgung der Geschäfte der Gerichtsschreiber namentlich in den öffentlichen Sitzungen nutzbar gemacht wird.

Den Beschluss des Vorbereitungscursus macht endlich die durch das Reichsgesetz vorgeschriebene Beschäftigung auf dem Bureau des Rechtsanwalts, welche zwar nicht auf länger als 6 Monate festgestellt werden konnte, auf diesen Zeitraum aber auch bemessen werden musste, wenn anders der Referendar die Thätigkeit des Anwalts gründlich kennen zu lernen und in nutzbringender Weise selbst auszuüben Gelegenheit haben sollte.

Auch war es nothwendig, gerade die Beschäftigung bei dem Rechtsanwalt an das Ende des Vorbereitungscursus zu stellen, da sonst von der in den §§. 139 und 427 der D. St. P. O. dem Rechtsanwalt gegebenen Befugniss, eine ihm zugewiesene Vertheidigung oder die Vertretung eines Privatklägers mit Zustimmung der Betheiligten „einem Rechtskundigen, welcher die erste Prüfung für den Justizdienst bestanden hat und in demselben seit mindestens zwei Jahren beschäftigt ist, zu übertragen“, kein Gebrauch gemacht werden könnte.

Zu §§. 8 und 9. Der §. 8 entspricht im Allgemeinen dem bisherigen Recht; vergl. auch Bekanntmachung Herzogl. Staatsministeriums vom 20. October 1876 (No. 95 der G. und V. O. S.).

Die nähere Regelung der Beschäftigung der Referendare während des Vorbereitungscursus musste wie bisher dem Instructionswege überlassen werden; insbesondere wird die bisherige Verordnung No. 37 vom 5. September 1859 erheblichen Modificationen unterliegen müssen. Dass die Rechtsanwälte verpflichtet sind, den bei ihnen beschäftigten Referendaren Anleitung und Gelegenheit zu praktischen Arbeiten zu geben, ist in §. 40 der Rechtsanwaltsordnung vom 1. Juli 1878 ausdrücklich bestimmt; ebenso werden aber auch die Gerichte sich der Ausbildung der ihnen überwiesenen Referendare mit grösserer Sorgfalt, als dies theilweise bisher der Fall gewesen, widmen müssen; das Nähere dieserhalb wird durch das zu erlassende Reglement zu bestimmen sein.

Darüber, dass und aus welchen Gründen von der in §. 10 des D. G. V. G. der Landesgesetzgebung ertheilten Befugniß, den Referendaren die zeitweilige Wahrnehmung einzelner richterlicher Geschäfte zu übertragen, diesseits kein Gebrauch gemacht werden wird, s. die Motive zu §. 2 des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze (oben S. 38).

Zu §. 10. Nach §. 2 des Gesetzes No. 36 vom 5. September 1859 konnten die Rechtscandidaten verlangen, auch in der Zwischenzeit nach beendigtem Vorbereitungscurſus bis zur Vorladung zur zweiten Prüfung bei den Gerichten oder bei der Staatsanwaltschaft beſchäftigt zu werden. In der That kann jedoch eine Verpflichtung des Staates zur Verwendung der Rechtscandidaten auch über die Jahre der Vorbereitung hinaus nicht anerkannt werden. Zwar mag es wünschenswerth sein, dass dieselben, nachdem sie ihre Examenarbeiten eingereicht haben, bis zur Ladung zum zweiten Examen nicht ohne alle praktische Beſchäftigung bleiben; indessen muss hierbei immer in erster Linie das dienſtliche Interesse entscheiden, also den noch im Vorbereitungsſtadium befindlichen Rechtscandidaten der Raum nicht ungebührlich beengt werden. Falls ſolche Rückſichten nach dem Ermessen der Landesjuſtizverwaltung nicht entgegenſtehen, ſoll auch ferner dahin geſtrebt werden, dass die Referendare bis zu dem bezeichneten Zeitpunkte bei den Gerichten oder bei der Staatsanwaltschaft zu einer „dem Zwecke entſprechenden“, d. h. ihrer ferneren Ausbildung förderlichen Beſchäftigung zugelassen werden. Jedenfalls können dieselben mit Einwilligung des Rechtsanwalts, bei welchem sie zuletzt beſchäftigt waren, auch ferner bei dieſem verbleiben, wie denn auch eintretenden Falls ihrer einſtweiligen Zulassung bei einer Verwaltungsbehörde kein Bedenken entgegenſtehen würde.

Zu §. 11. Vergl. Geſetz No. 8 vom 5. März 1850, §. 7 Abs. 1.

Zu §. 12. Während das zweite Examen nach §. 7 Absatz 3 des Geſetzes No. 5 de 1850 ſowohl auf die gediegene theoretische Rechtskenntniß, als auf die praktische Brauchbarkeit des Candidaten gerichtet werden ſollte, wird dasſelbe nach dem Entwurfe einen weſentlich praktischen Charakter annehmen. Der Entwurf ſteht auch hierbei in Uebereinstimmung mit dem ſeit 1869 in Preußen geltenden Rechte (Preußiſches Geſetz vom 6. Mai 1869, §. 10; vergl. auch den Mecklenburgiſchen Entwurf, §§. 31 und 32), was namentlich deſhalb wünschenswerth war, weil nach §. 5 des D. G. V. G. die Ablegung der zweiten Prüfung die Befähigung „zu jedem Richteramte innerhalb des deutſchen Reichs“ gewährt. Wie bereits zu §. 4 hervorgehoben wurde, iſt die Erforſchung der wiſſenſchaftlichen Befähigung des Candidaten in das erſte Examen verlegt, während es in dem zweiten weſentlich darauf ankommen wird, zu prüfen, ob ſich der Candidat eine genügende Kenntniß des parti-kularen Rechts und Gewandtheit bei Anwendung der einzelnen Rechtssätze

erworben, überhaupt den zu seiner praktischen Ausbildung bestimmt gewesenen Vorbereitungscursus mit Nutzen verwerthet habe. Es wird daher bei dieser Prüfung nicht sowohl auf eine Repetition theoretischer Studien oder eine erschöpfende Feststellung des Umfangs der Kenntnisse des Candidaten, als vielmehr auf eine Erforschung seiner praktischen Brauchbarkeit und Tüchtigkeit ankommen.

Zu §. 13. Vergl. §. 10 des Gesetzes No. 8 vom 5. März 1850.

Zu §. 15. Abweichend von der Bestimmung des §. 11 des Gesetzes No. 8 de 1850, welcher die Prüfungsgebühren nach Verschiedenheit der zurückgelegten Prüfung verschieden berechnete, stellt der Entwurf sowohl für die erste als für die zweite Prüfung eine gleiche Gebühr fest, da ein innerer Grund zu einer verschiedenen Bemessung derselben nicht vorliegt. Der in Vorschlag gebrachte Satz ist allerdings etwas höher als der bisherige, aber noch immer niedriger als in anderen deutschen Bundesstaaten, wie denn z. B. die Prüfungsgebühren in Mecklenburg bisher 50 Thaler betragen und erst nach dem mehrerwähnten Entwurfe auf 60 Mark herabgemindert werden sollen.

VIII.

Ausführungsgesetz

zum

Deutschen Gerichtskostengesetze und zu den
Deutschen Gebührenordnungen

für

Gerichtsvollzieher und für Zeugen und
Sachverständige.

d. d. Braunschweig, den 11. Juli 1879 (Nr. 40).

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm,

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg p. p.

erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung das
nachfolgende Gesetz:

T i t e l I.

Zur Ausführung des Deutschen Gerichtskostengesetzes.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Gebühren werden nicht erhoben, abgesehen von den in den §§. 47 und 98 des Deutschen Gerichtskostengesetzes enthaltenen Bestimmungen, für die gerichtlichen Verhandlungen in Angelegenheiten:

- 1) des hiesigen Herzoglichen Hauses, sowie sämtlicher Landesverwaltungen;
- 2) der Landschaft;
- 3) der Kirchen (Pfarren, Pfarrwittwenhäuser, Opfereien) und öffentlichen Schulen;
- 4) der öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten, Wittwen- und Waisencassen;
- 5) der Landesbrandversicherungsanstalt.

Soweit in streitigen Rechtssachen der Gegner desjenigen, welchem die Gebührenfreiheit zusteht, Kosten des Verfahrens zu tragen hat (D. Gerichtskostengesetz §. 86), kommen die Gebühren zur Erhebung.

Auf die in den oben bezeichneten gerichtlichen Verhandlungen erwachsenen Auslagen im Sinne des §. 79 des D. Gerichtskostengesetzes erstreckt sich die Gebührenfreiheit nicht.

§. 2.

Die den Gerichtsbeamten bei Geschäften ausserhalb der Gerichtsstelle zustehenden Tagegelder und Reisekosten werden nach Massgabe des Gesetzes No. 9 vom 27. Februar 1874 berechnet.

Wird von dem Gerichte die Reise zu W^aen gemacht, so sind die Reisekosten dem den Termin leitenden Beamten gegen die Verpflichtung, für den angemessenen Transport des übrigen Gerichtspersonals mit zu sorgen, allein zu überweisen.

§. 3.

Alle in gerichtlichen Angelegenheiten vereinnahmten Gebühren und Auslagen, mit Ausnahme der im §. 2 erwähnten Tagegelder und Reisekosten, sind für die Staatscasse zu verrechnen.

§. 4.

Ist an Justizbeamte, Zeugen oder Sachverständige oder an die Empfänger von Transportkosten mehr als der endgültig festgestellte Betrag, welcher als baare Auslage im Sinne des §. 79 des D. Gerichtskostengesetzes zu erheben ist, aus der Staatscasse gezahlt worden, so kann die Wiedereinzahlung des zuviel Gezahlten vom Gerichte verfügt, und diese Verfügung im Wege der administrativen Zwangsvollstreckung zur Ausführung gebracht werden.

Auf Beschwerden gegen die gerichtliche Verfügung finden die Vorschriften des §. 4 Abs. 2 und 3 des D. Gerichtskostengesetzes Anwendung.

§. 5.

Der Ansatz der Gebühren und Auslagen erfolgt bei dem Gericht, bei welchem die Rechtsangelegenheit anhängig geworden ist, wenn auch dieselben bei einem ersuchten Gerichte entstanden sind, oder die Angelegenheit früher bei einem anderen Gerichte anhängig war. Der Ansatz erfolgt bei dem Gerichte der Instanz, in welcher die Gebühren und Auslagen entstanden sind. Der §. 17 der D. Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige wird hierdurch nicht berührt.

§. 6.

Die zwangsweise Einziehung der Gerichtskosten, mit Ausnahme der Gerichtskosten in Strafsachen, erfolgt im Wege der administra-

tiven Zwangsvollstreckung. Insofern erstere ausserhalb des Herzogthums zu geschehen hat, wird die erforderliche Bestimmung durch Herzogliche Landesregierung erlassen werden ¹⁾.

Jede der Cassenverwaltung zur Einziehung überwiesene Kostenforderung berechtigt die Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction, die Eintragung einer Hypothek auf die Gegenstände des unbeweglichen Vermögens des Schuldners bei dem zuständigen Grundbuchamte nachzusuchen (Grunderwerbsgesetz §. 27 No. 4).

In Strafsachen liegt die Sorge für die zwangsweise Einziehung der Gerichtskosten, nachdem dieselben vom Gerichte festgestellt sind, der Staatsanwaltschaft ob, welche für die Strafvollstreckung zuständig ist. In den Strafsachen, in denen die Strafvollstreckung gesetzlich oder kraft Anordnung der Landesjustizverwaltung ²⁾ den Amtsgerichten obliegt, treten diese auch in Bezug auf Einziehung der Gerichtskosten an die Stelle der Staatsanwaltschaft. Die Vollziehung erfolgt nach Massgabe der Bestimmungen des §. 495 der Deutschen Strafprocessordnung.

Wegen der Kosten, welche in schwurgerichtlichen oder landgerichtlichen Strafsachen zu erstatten sind, steht der Staatsanwaltschaft die in Absatz 2 erwähnte Befugniß zu.

§. 7.

Hinsichtlich der Stundung und Niederschlagung der der Cassenverwaltung zur Einziehung überwiesenen Kosten wegen Armuth kommen folgende Vorschriften zur Anwendung.

Ein nach den Vorschriften der D. Civilprocessordnung §. 109 Abs. 2 für den Schuldner eines Kostenbetrages ausgestelltes Zeugniß soll in der Regel ausreichen, um die völlige oder theilweise Niederschlagung oder die Stundung des Kostenbetrages zu begründen. Der Schuldner ist jedoch verpflichtet, auf Verlangen der Cassenverwaltung nach den Vorschriften des §. 711 der D. Civilprocessordnung sein Vermögen anzugeben und den Offenbarungseid zu leisten.

Durch die Niederschlagung der Kosten wird deren spätere Einziehung nicht ausgeschlossen.

¹⁾ Ueber das hierbei zu beobachtende Verfahren vgl. *Minist. Rescr. v. 5. Januar 1880, No. 9610 (s. unten) und die vom Bundesrath in Ausführung des §. 99 des D. G. K. G. erlassene Anweisung (Centralblatt des D. Reichs de 1880, No. 21, S. 278, 279).*

²⁾ *S. die Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung v. 20. August 1879 (No. 52).*

Ueber Beschwerden wegen verweigerter Niederschlagung oder Stundung wird, unbeschadet der Wirkungen des erlangten Armenrechts, von den der Casse vorgesetzten Behörden entschieden.

In Betreff der Stundung oder Niederschlagung der Gerichtskosten in Strafsachen ist das Ermessen der Staatsanwaltschaft bzw. der Amtsgerichte (cf. §. 6 Abs. 3) bestimmend. In allen Strafsachen entscheidet über Beschwerden wegen verweigerter Stundung oder Niederschlagung der Gerichtskosten der Ober-Staatsanwalt.

§. 8.

In allen gerichtlichen Angelegenheiten, auf welche die Deutschen Processordnungen nicht Anwendung finden, sind die zu verwendenden Stempel nach den bestehenden Vorschriften, und baare Auslagen nach den Vorschriften der §§. 79 und 80 des D. Gerichtskostengesetzes zu erheben, vorbehaltlich der Bestimmungen in §. 20 Abs. 2 des gegenwärtigen Gesetzes.

Dasselbe gilt hinsichtlich der von den Notaren aufgenommenen Rechtsacte.

Zweiter Abschnitt.

Gebühren in streitigen Rechtssachen.

1. Für Forststrafsachen.

§. 9.

Die auf die Kosten in Strafsachen bezüglichen Vorschriften des D. Gerichtskostengesetzes finden auf die nach dem Forststrafgesetze No. 18 vom 1. April 1879 zu behandelnden Strafsachen mit folgender Massgabe Anwendung:

- 1) Ist nicht auf Grund der §§. 17 und 18 des Forststrafgesetzes auf Strafe erkannt worden, so werden für jede Instanz, in welcher eine Hauptverhandlung stattgefunden hat, vier Zehnteile der Sätze des §. 62 erhoben.
- 2) Ist in Fällen, in welchen der Erlass eines Strafbefehls zulässig ist, ohne Erlass eines solchen zur Hauptverhandlung geschritten, und die Verurtheilung auf sofortiges Geständ-

¹⁾ Nach §. 13 des Ges. No. 32 v. 25. Juni 1879 sind die Gerichte verpflichtet, alle bei ihrer Amtsverwaltung zu ihrer Kenntniss kommenden Zuwiderhandlungen gegen die Stempelgesetze von Amtswegen behuf Einleitung des Strafverfahrens zur Anzeige zu bringen.

niss ohne Beweisaufnahme erfolgt, so werden in erster Instanz zwei Zehntheile der Sätze des §. 62 erhoben.

- 3) Ist nach den §§. 19 und 43 des Forststrafgesetzes durch Strafbefehl oder Urtheil auf die Einziehung von Holz oder Harz oder der in §. 19 Abs. 2 erwähnten Gegenstände erkannt, so ist der Werth des Holzes oder Harzes oder der betreffenden Gegenstände an Stelle der Strafe für die Höhe der Gebühr massgebend; die Gebühr beträgt jedoch in jeder Instanz höchstens fünf Mark.

2. Für Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen.

§. 10.

Die Gebühren für die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen sind nach Massgabe des in der Anlage A. enthaltenen Gebührentarifs zu erheben.

Anlage A.

Bei dem Antrage auf Vollziehung eines Arrestes in das unbewegliche Vermögen finden die Vorschriften im §. 4 des Gesetzes No. 12 vom 1. April 1879 und im §. 4 des Gebührentarifs in Grundbuchsachen, Ges. No. 26 vom 25. Juni 1878, Anwendung, unbeschadet der für Anordnung eines Arrestes im §. 26 No. 9 und §. 35 No. 4 des D. Gerichtskostengesetzes getroffenen Bestimmungen.

3. Haftkosten.

§. 11.

Die Erhebung der in §. 79 No. 8 des D. Gerichtskostengesetzes erwähnten Haftkosten erfolgt nach Massgabe der von der Landesregierung für die Strafhaft zu erlassenden Bestimmungen.

Dritter Abschnitt.

Gebühren in nichtstreitigen Rechtssachen.

A. Im Allgemeinen.

§. 12.

Die Vorschriften des D. Gerichtskostengesetzes §§. 4 bis 7, 9, 10, 12 bis 14, 16 und 17 finden in gerichtlichen Angelegenheiten,

auf welche die Deutschen Processordnungen nicht Anwendung finden, vorbehältlich der Bestimmungen in den nachstehenden §§. 16 und 17 mit der Massgabe entsprechende Anwendung, dass die Aenderung einer Werthfestsetzung von Amtswegen bei den bezeichneten Angelegenheiten auch nach Beendigung derselben erfolgen kann.

§. 13.

In Betreff des durch den Gerichtsschreiber in nichtstreitigen Rechtssachen an die Post gerichteten Ersuchens um Bewirkung einer Zustellung findet der §. 40 des D. Gerichtskostengesetzes Anwendung.

§. 14.

In Angelegenheiten, auf welche die Deutschen Processordnungen nicht Anwendung finden, werden die den Gerichten und Notaren zukommenden Gebühren bei Beendigung des Geschäfts, baare Auslagen bei deren Entstehung fällig. Die Betheiligten haften für die Gebühren und Auslagen solidarisch und können vor deren Berichtigung die Aushändigung der ausgefertigten Rechtsacte nicht verlangen.

§. 15.

Für die zwangsweise Einziehung der Gebühren und Auslagen der Notare kommen nachfolgende Bestimmungen zur Anwendung:

Der Notar hat das Verzeichniss der ihm für Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit zukommenden, besonders zu berechnenden Gebühren und Auslagen dem Zahlungspflichtigen mit der Aufforderung zuzustellen, deren Betrag binnen zwei Wochen zu bezahlen. Kommt der Zahlungspflichtige dieser Aufforderung nicht nach, so hat der Notar bei dem Amtsgerichte, bei welchem er seinen dienstlichen Wohnsitz hat, jenes Verzeichniss zu überreichen und neben der dienstlichen Versicherung, dass er dasselbe mit der entsprechenden Aufforderung dem Zahlungspflichtigen habe zugehen lassen, die Vollstreckbarkeitserklärung des Verzeichnisses zu beantragen.

Das Gericht hat das überreichte Verzeichniss durch einen auf dasselbe zu setzenden kostenfreien Vollstreckungsbefehl, in welchen auch die dem Notar erwachsenen, von ihm zu berechnenden Kosten aufzunehmen sind, für vollstreckbar zu erklären.

Werden von dem Zahlungspflichtigen gegen die Höhe des Ansatzes der Gebühren und Auslagen Erinnerungen erhoben, so erfolgt deren Erledigung im Wege der Beschwerde nach Massgabe der Vorschriften in §. 4 Abs. 2 und 3 des D. Gerichtskostengesetzes. Waren die Erinnerungen anderer Art, so ist der Vollstreckungsbefehl vom

Gerichte wieder aufzuheben, und hat der Notar seinen Anspruch im Wege der Klage bei dem zuständigen Gerichte geltend zu machen.

Der §. 24 der Notariatsordnung vom 19. März 1850 ist aufgehoben.

B. Insbesondere:

1. Für Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

§. 16.

Die Gebühren der Gerichte und Notare für Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit sind in Zukunft nach den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes und nach Massgabe des demselben in Anlage B. Anlage B beigefügten Tarifs zu erheben.

Die Gerichte und Notare sind verpflichtet, unter den Urschriften und Ausfertigungen der von ihnen aufgenommenen Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit eine Berechnung ihrer Gebühren und Auslagen aufzustellen und bei Geschäften, welche nach Verhältniss der verwandten Zeit vergütet werden, in dem Protocolle die Dauer der letzteren anzugeben. Ist die Zeitangabe unterblieben, so darf nur die für die geringste Zeitdauer bestimmte Gebühr berechnet werden.

§. 17.

Bei Acten der freiwilligen Gerichtsbarkeit erfolgt die Berechnung des Werths des Gegenstandes nach den dem Tarif (Anl. B. dieses Gesetzes) beigefügten allgemeinen Bemerkungen.

Die die Werthsberechnung betreffenden Bestimmungen des Gesetzes No. 26 vom 25. Juni 1878, den Gebührentarif für Grundbuchsachen betreffend, bleiben unberührt.

§. 18.

Hinsichtlich der von den Gerichten in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit abzugebenden Entscheidungen gelten folgende Bestimmungen:

- 1) Auf das in den bezeichneten Angelegenheiten stattfindende Aufgebotsverfahren findet der §. 44 des D. Gerichtskostengesetzes Anwendung.
- 2) Für die Erledigung der den Gerichten zugewiesenen, nicht durch einen besonderen Gebührensatz in dem angehängten Tarif betroffenen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, welche eine Entscheidung des Gerichts erfordern,

mit Ausnahme der in diesem Paragraph unter No. 3 erwähnten, werden zwei Zehnthelle der Sätze des §. 8 des D. Gerichtskostengesetzes, jedoch nicht über 20 Mark, erhoben.

- 3) Für die Entscheidung, einschliesslich des vorangegangenen Verfahrens, auf Beschwerden in den vorbezeichneten Angelegenheiten finden in jeder Beschwerdeinstanz die §§. 45 und 46 des D. Gerichtskostengesetzes entsprechende Anwendung.

§. 19.

Für jeden von dem Notar behufs Vornahme einer Amtshandlung ausserhalb seines dienstlichen Wohnsitzes abgehaltenen Termin erhält derselbe

- 1) an Tagegeldern:

die im Gesetze No. 9 vom 27. Februar 1874 für den Amtsrichter bestimmten Tagegelder;

- 2) an Reisekosten:

die aufgewendeten baaren Auslagen, unter Berechnung der Eisenbahntaxe 2. Classe für die auf der Eisenbahn zurückgelegte Strecke;

- 3) an Entschädigung für die auf der Hin- und Rückreise, und zwar bei einer Reise auf der Eisenbahn mit Einschluss des Aufenthalts auf den Bahnhöfen, zugebrachte Versäumniss: für jede angefangene Stunde drei Mark; es darf jedoch diese Entschädigung den Betrag von zwölf Mark für den Tag nicht überschreiten.

Für jeden von dem Notar innerhalb seines dienstlichen Wohnsitzes auf desfallsige ausdrückliche Aufforderung behuf Vornahme eines Rechtsacts gemachten Weg, ausser zum Zwecke der Abhaltung einer öffentlichen Versteigerung von beweglichen Gegenständen oder der Aufnahme eines Wechselprotestes, erhält derselbe 2 Mark.

2. Für Vormundschaftssachen.

§. 20.

In Vormundschafts- und Curatelsachen tritt in Zukunft der in Art. C. Anlage C. enthaltene Gebührentarif mit der Massgabe in Kraft, dass für die Entscheidung, einschliesslich des vorangegangenen Verfahrens, auf Beschwerden die Bestimmung in §. 18 No. 3 dieses Gesetzes Anwendung findet.

Sämmtliche gerichtliche Verhandlungen und Entscheidungen in Vormundschafts- und Curatelsachen, mit Ausnahme der Curatelen über ruhende Erbschaften und über das Vermögen Abwesender, sind frei von Gebühren, Stempeln und baaren Auslagen, wenn das Vermögen nach Abzug der Schulden oder das mit 5 Procent capitalisirte Jahreseinkommen bei mehreren einer und derselben Verwaltung unterworfenen Pflegebefohlenen für jeden durchschnittlich die Summe von fünfhundert Mark, falls aber nur das Vermögen eines Pflegebefohlenen der vormundschaftlichen Verwaltung unterliegt, die Summe von eintausend Mark nicht übersteigt. Die entstehenden baaren Auslagen sind in den bezeichneten Fällen auf die Staatscasse zu übernehmen.

3. Für Anmeldungen und Eintragungen in das Handelsregister und für nichtstreitige Handelssachen.

§. 21.

In Betreff der Gebühren für das Verfahren über Anmeldungen und Eintragungen in das Handelsregister kommt in Zukunft der in Anlage D. beigefügte Gebührentarif zur Anwendung. Der §. 54 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch vom 14. September 1863 ist aufgehoben.

§. 22.

Hinsichtlich der in dem Verfahren über Erkennung einer Ordnungsstrafe auf Grund der §§. 10 bis 19 und 27 Schlusssatz des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch bzw. des §. 5 der Verordnung No. 7 vom 15. Januar 1869 entstehenden Kosten finden, neben Aufhebung des §. 53 des erstgedachten Gesetzes, die auf die Kosten in Strafsachen bezüglichen Vorschriften des D. Gerichtskostengesetzes mit folgenden Beschränkungen Anwendung:

- 1) Für jede Verfügung, durch welche gegen den Betheiligten eine Ordnungsstrafe ausgesprochen wird, werden zwei Zehntheile der Sätze des §. 62 erhoben.
- 2) Für jede Entscheidung, durch welche ein erhobener Einspruch zurückgewiesen wird, werden fünf Zehntheile der Sätze des §. 62 erhoben.
- 3) Für die Androhung von Ordnungsstrafen werden Gebühren und Auslagen nicht erhoben.

§. 23.

Für die durch §. 20 No. 7 des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze vom 1. April 1879 den Amtsgerichten übertragene Erledigung der in dem Handelsgesetzbuch und in dem Einführungsgesetze zu demselben, sowie in dem Reichsgesetze vom 4. Juli 1868, betr. die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, den Gerichten zugewiesenen, von den Deutschen Processordnungen nicht betroffenen Angelegenheiten, welche eine Entscheidung des Gerichts erfordern, werden fünf Zehnthelle der Sätze des §. 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes erhoben.

Wird der Antrag vor Erlass einer Entscheidung in der Hauptsache oder über das Verfahren zurückgenommen, so wird ein Zehnthel der erwähnten Sätze erhoben.

Für die höhere Instanz finden die §§. 45, 46 und für alle Instanzen die Vorschriften der §§. 2, 101 des Deutschen Gerichtskostengesetzes entsprechende Anwendung.

4. Für landesherrliche Ehetrennung.

§. 24.

Ist eine Ehe durch landesherrliche Machtvollkommenheit getrennt, so wird für das gesammte Verfahren, einschliesslich des Sühntermins, der Sachuntersuchung, der Berichterstattung und des Verkündungstermins, die Verhandlungsgebühr nach Massgabe der §§. 8 und 10 des Deutschen Gerichtskostengesetzes erhoben.

Hat das überreichte Gesuch zur landesherrlichen Trennung der Ehe nicht geführt, so bleiben die stattgehabten gerichtlichen Handlungen gebührenfrei.

5. Für Leistung der Rechtshülfe an nicht Braunschweigische Gerichte.

§. 25.

Für die Erledigung des Ersuchens eines nicht Braunschweigschen Gerichts in Angelegenheiten, welche durch das Deutsche Gerichtskostengesetz nicht betroffen werden, sind ausser den baaren Auslagen zu erheben:

- 1) wenn eine Handlung vorgenommen wird, für welche besondere Gebühren bestimmt sind, diese Gebühren;

- 2) wenn nur um die Zustellung oder Aushändigung eines Schriftstücks ersucht ist, ein Zehntheil der Sätze des §. 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes, jedoch nicht über zehn Mark;
- 3) in allen anderen Fällen zwei Zehnthteile der erwähnten Sätze, jedoch nicht über zwanzig Mark.

Die bestehenden Staatsverträge werden hierdurch nicht berührt.

T i t e l II.

Zur Ausführung der Deutschen Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher.

§. 26.

Die Deutsche Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher findet Anwendung auf die nach den Vorschriften der Deutschen Processordnungen auszuführenden Zwangsvollstreckungen und Zustellungen in gerichtlichen Angelegenheiten, welche durch die Deutschen Processordnungen nicht betroffen werden.

Abweichend von den Bestimmungen der Deutschen Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher können ausser dem im §. 24 Abs. 1 daselbst erwähnten Falle auch in denjenigen Fällen, in welchen nach §. 67 des Ausführungsgesetzes zum D. Gerichtsverfassungsgesetze vom 1. April 1879 bzw. nach §. 50 des Forststrafgesetzes vom 1. April 1879 besondere Vorschriften über Zustellungen und deren Nachweis erlassen werden dürfen, geringere Gebühren bestimmt werden ¹⁾).

§. 27.

Die Gebühren der Gerichtsvollzieher für Wechselproteste betragen:

- 1) für die Aufnahme eines Protestes, sowie für die Aufnahme einer Interventionserklärung . . . 1,50 Mark,
wenn der Betrag des Wechsels 150 Mark
nicht erreicht 1,25 "

¹⁾ Nach der Bekanntm. der Landesjustizverwaltung vom 12. Sept. 1879 No. 62 (s. oben hinter S. 34, Anhang II) sollen für vereinfachte Zustellungen, wenn sie der Gerichtsvollzieher selbst vornimmt, 40 Pfg., wenn sie durch die Post erfolgen, 20 Pfg. berechnet werden.

- 2) für die Aufnahme eines Protestes mit Nachsuchung der Wohnung (Art. 91 Schlusssatz der Wechselordnung) 2,50 Mark,
wenn der Betrag des Wechsels 150 Mark
nicht erreicht 2,00 „

Wenn die Aufnahme einer Interventionserklärung mit dem Protestacte an demselben Tage in derselben Wohnung stattfindet, darf für die Aufnahme eine Gebühr nicht berechnet werden.

Die Abschrift des Wechsels im Protest, sowie die Abschrift des Protestactes im Wechselprotestregister sind in der Gebühr mitbegriffen.

Hinsichtlich der Reisekosten findet §. 17 der D. Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher Anwendung.

§. 28.

Für freiwillige Versteigerungen von Mobilien, von Früchten auf dem Halme, von Holz auf dem Stamme und von Gebäuden auf Abbruch erhält der Gerichtsvollzieher die im §. 7 der D. Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher bestimmten Gebühren.

§. 29.

Für die Vornahme von Inventuren im Auftrage des Gerichts oder des Concursverwalters erhält der Gerichtsvollzieher nach dem Werthe der inventarisirten Gegenstände die im §. 4 der D. Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher bestimmten Gebühren; für Siegelungen und Entsiegelungen im Auftrage des Gerichts oder des Concursverwalters, sofern mit denselben nicht eine in deren Auftrage vorzunehmende Inventur verbunden ist, eine Gebühr von 1,50 Mark. Einstweilige Ver- und Entsiegelungen geschehen unentgeltlich.

§. 30.

Auf die Gebühren der Gerichtsvollzieher, welche nicht durch die D. Gebührenordnung bestimmt sind, finden die §§. 12 bis 23 der D. Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher und der im §. 24 No. 2 daselbst gemachte Vorbehalt entsprechende Anwendung.

§. 31.

Die im §. 24 Abs. 1 der D. Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher und im §. 26 Abs. 2 des gegenwärtigen Gesetzes vorbehaltenen Bestimmungen erfolgen durch die Landesjustizverwaltung ¹⁾.

¹⁾ S. §. 26 Note 1.

Werden den Gerichtsvollziehern Geschäfte übertragen, für welche die Gebühren nicht durch Gesetz bestimmt sind, so erfolgt die Bestimmung durch die Landesjustizverwaltung.

§. 32.

Zu den dem Gerichtsvollzieher zu vergütenden baaren Auslagen gehören auch die erforderlichen Stempel.

§. 33.

Die Zustellungsurkunden der Gerichtsvollzieher sind stempelfrei.

T i t e l I I I .

**Zur Ausführung der Deutschen Gebührenordnung für
Zeugen und Sachverständige.**

§. 34.

Die Deutsche Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige findet Anwendung auf die durch die Deutschen Processordnungen nicht betroffenen gerichtlichen Angelegenheiten.

T i t e l I V .

Schlussbestimmungen.

§. 35.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze in Kraft.

Für die in Gemässheit der Bestimmungen des Uebergangsgesetzes No. 13 vom 1. April 1879, bzw. des §. 8 des Einführungsgesetzes zur Deutschen Concursordnung nach den bisherigen Vorschriften zu erledigenden bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, Strafsachen und Concourse kommt die der Civilprocessordnung vom 19. März 1850 beigefügte Sportel- und Gebührentaxe in Civilprocessen ¹⁾, sowie die mit der Strafprocessordnung vom 21. October 1858 verbundene gerichtliche Sporteltaxe zur Anwendung.

¹⁾ Selbstverständlich: einschliesslich der dieselbe abändernden Gesetze, namentlich also auch des Ges. No. 10 v. 13. März 1874.

§. 36.

Von dem in §. 35 bezeichneten Zeitpunkte an verlieren das Gesetz No. 23 vom 28. Juni 1851 und das Gesetz No. 28 vom 4. Juli 1851 ihre Wirksamkeit.

Die Erhebung der Abgaben an die Armen- und Wegebesserungscassen wird durch besonderes Gesetz geregelt werden ¹⁾.

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und begedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegeln.

Braunschweig, den 11. Juli 1879.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

W. Schulz. Trieps. Graf Görtz-Wrisberg.

¹⁾ S. Ges. No. 39 vom 28. Juni 1879, die Abgaben an die Armen- und Wegebesserungscassen betr.:

§. 1.

„Die Abgabe an die Armen- und Wegebesserungscasse (vergl. die Verordnungen vom 20. Februar 1756 und 11. April 1758, sowie das Gesetz No. 80 vom 17. December 1873) ist in Zukunft zu erheben:

- 1) bei allen letztwilligen Verfügungen, welche bei einem Gerichte des Inlandes niedergelegt worden sind, von dem Betrage des Nachlasses, über welchen verfügt worden ist, nach Abzug der darauf ruhenden Lasten;
- 2) bei vertragsmäßigem Erwerbe des Eigenthums an Grundstücken oder selbstständigen Gerechtigkeiten von dem vollen Werthbetrage derselben, ohne Abzug der darauf ruhenden Schulden.

Die Einziehung erfolgt im ersteren Falle, nachdem die letztwillige Verfügung publicirt ist, von den Erben, im letzteren Falle, nachdem auf Grund der Auflassung der Eigenthumsübergang im Grundbuche eingetragen ist, von dem eingetragenen Erwerber.

§. 2.

Die zuständigen Behörden für die Feststellung und Beitreibung der erwähnten Abgabe sind die Herzoglichen Kreisdirectionen.

§. 3.

Die Amtsgerichte haben ein Verzeichniss der letztwilligen Verfügungen, welche bei ihnen im Laufe eines jeden Monats publicirt sind, in der ersten Hälfte des folgenden Monats den betreffenden Kreisdirectionen zu übersenden.

In dem Verzeichnisse sind die in den publicirten Testamenten eingesetzten Erben anzugeben, auch ist zu bemerken, ob und welche Summen den im §. 1 erwähnten Cassen in der letztwilligen Verfügung ausgesetzt sind.

Der Kreisdirection ist auf deren Ersuchen eine beglaubigte Abschrift der letztwilligen Verfügung zu ertheilen, wofür keine Gebühren, sondern nur die baaren Auslagen an Copialien u. s. w. zu vergüten sind.

§. 4.

Ferner haben die Amtsgerichte von dem Verzeichnisse, welches dieselben nach §. 4 des Gesetzes vom 25. d. Mts., die Erhebung einer Veränderungssteuer beim Eigenthumswechsel u. s. w. betr., von den vorgekommenen Eintragungen des Eigenthums an Grundstücken oder an selbstständigen Gerechtigkeiten monatlich an die Zoll- und Steuerdirection einsenden müssen, eine Abschrift den betr. Kreisdirectionen zu übersenden.

§. 5.

Insofern in letztwilligen Verfügungen oder in Contracten für die Armen oder für Wegebesserung Summen ausgesetzt sind, welche auf die im §. 1 erwähnten Abgaben in Anrechnung kommen, ist eine Feststellung nur in dem Falle vorzunehmen, wenn der betr. Kreisausschuss, in der Stadt Braunschweig die städtischen Behörden, nachdem die Kreisdirection denselben die erforderliche Mittheilung gemacht hat, die ausgesetzten Summen für zu gering erklären und die obrigkeitliche Feststellung beantragen.

§. 6.

Die Kreisdirectionen haben bei den Feststellungen die Werthermittlungen, welche von der Zoll- und Steuer-Direction behuf der Berechnung der Erbschaftssteuer bezw. der Veränderungssteuer beim Eigenthumswechsel nach den Gesetzen vom 18. April 1876 und vom 25. d. Mts. zum Grunde gelegt sind, als massgebend zu betrachten, und zu einer selbstständigen Schätzung nur zu schreiten, insoweit jene Ermittlungen wegen eintretender Steuerfreiheit nicht vorgenommen werden. Im letzteren Falle sind die Grundsätze entsprechend zur Anwendung zu bringen, welche in den eben citirten Gesetzen für das zu beobachtende Verfahren vorgeschrieben sind.

§. 7.

Vor der Feststellung des Betrags der Abgabe sind auch der betreffende Kreisausschuss, in der Stadt Braunschweig die städtischen Behörden zu hören.

§. 8.

Mit der Feststellung der Abgabe hat die Kreisdirection die Auflage an den Zahlungspflichtigen zu verbinden, die festgestellten Beträge an die betreffenden Cassen binnen einer bestimmten Frist einzuzahlen.

Gegen den Bescheid steht den für zahlungspflichtig erklärten Personen der Recurs an Herzogl. Staatsministerium zu, bei dessen Entscheidung es bewendet ausser wenn die Frage: ob und wie viel an Abgabe zu entrichten ist, von einer Vorentscheidung über Privatrechtsverhältnisse abhängt, in welchem Falle dem Zahlungspflichtigen überlassen bleibt, diesen Präjudicialpunkt im Rechtswege zum Austrage zu bringen.

In Betreff der Frist für die Erhebung des Recurses und für die Beschreibung des Rechtsweges finden die Bestimmungen des §. 37 des Gesetzes No. 38 vom 18. April 1876, die Erbschaftssteuer betreffend, entsprechende Anwendung.

Nach Erledigung des erhobenen Rechtsstreites findet nöthigenfalls eine abermalige Festsetzung der zu zahlenden Abgabe durch die Kreisdirection statt, gegen welche wiederum der Recurs an Herzogl. Staatsministerium zusteht.

§. 9.

Kommt der Zahlungspflichtige der Zahlungsaufgabe nicht nach, so erfolgt die Beitreibung auf Anordnung der Kreisdirection im Wege der administrativen Zwangsvollstreckung.

§. 10.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze in Kraft."

Anlage A.

Gebührentarif

für

Zwangsvollstreckungen in das unbewegliche Vermögen
wegen Geldforderungen.

I. Für die auf Grund einer Entscheidung über Anträge auf Beschlagnahme eines Grundstücks oder sonstigen unbeweglichen Gegenstandes zum Zwecke der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung vorzunehmende bzw. zu veranlassende Eintragung des Beschlagnahmebeschlusses im Grundbuche ist keine Gebühr zu erheben.

II. Im Falle der Zurücknahme des unter I. gedachten Antrages auf Beschlagnahme einschliesslich der von Amtswegen zu bewirkenden Löschung des Beschlagnahmeeintrags im Grundbuche:

der Gebührensatz in §. 46 des D. Gerichtskostengesetzes.

Der ausdrücklich erklärten Zurücknahme steht die nach Massgabe der Bestimmungen der §§. 50 Abs. 2 und 57 des Gesetzes, die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen betreffend, vermuthete Zurücknahme, so wie der im §. 26 desselben Gesetzes erwähnte Fall der Aufhebung des Beschlagnahmebeschlusses gleich.

III. Für die Zwangsversteigerung von Immobilien, einschliesslich der Ausfertigung des Adjudicationsurtheils und der auf Grund desselben vorzunehmenden bzw. zu veranlassenden Eintragungen oder Löschungen im Grundbuche, wenn das Meistgebot beträgt:

		bis	100 Mk. einschliesslich	2 Mk.
über	100 Mk.	"	500 "	5 "
"	500 "	"	1 000 "	8 "
"	1 000 "	"	2 000 "	12 "
"	2 000 "	"	5 000 "	18 "
"	5 000 "	"	10 000 "	30 "
"	10 000 "	"	30 000 "	50 "

Die ferneren Werthsclassen steigen um je 20 000 Mk. und die Gebühren um je 10 Mk.; es darf jedoch der Gebührensatz den Betrag von 150 Mk. nicht übersteigen.

IV. Für das gesammte Vertheilungsverfahren (Ges., die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen betr., §§. 74 bis 93):

die Sätze unter III.,

und für die gerichtlichen Handlungen in solchen Fällen, in welchen ein förmliches Vertheilungsverfahren nicht stattfindet (das cit. Gesetz §§. 94, 95):

die Hälfte der Sätze unter III.

V. Für nochmalige Versteigerung (Ges., die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen betr., §§. 56, 58, 64) oder für Wieder versteigerung des Grundstücks etc. (dasselbe Gesetz §. 66):

die Hälfte der Sätze unter III.

VI. Für den Beschluss, durch welchen der bei der Zwangsversteigerung ertheilte Zuschlag aufgehoben wird, einschliesslich des vorangegangenen Verfahrens:

zwei Zehntheile der Sätze des §. 8 des D. Gerichtskostengesetzes.

VII. Für die gesammte Zwangsverwaltung eines Grundstücks oder sonstigen unbeweglichen Gegenstandes, einschliesslich des Vertheilungsverfahrens, nach dem Werthe desselben, wenn die Verwaltung nicht über ein Jahr dauert:

das Anderthalbfache der Sätze unter III.

Für jedes ferner angefangene Jahr erhöht sich die Gebühr noch um ein Viertheil der Sätze unter III.

VIII. Für die Beschwerdeinstanz wird die in den §§. 45 und 46 des D. Gerichtskostengesetzes bestimmte Gebühr besonders erhoben.

IX. Für die gerichtliche Bewahrung der Kaufgelder (Ges. die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen betr. §. 91):

dieselben Sätze wie in No. XII des Gebührentarifs für Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Allgemeine Bemerkungen.

Die Beträge sind nach dem Meistgebote, wenn es aber nicht zur Versteigerung kommt, nach dem Werthe des Grundstücks oder des sonstigen unbeweglichen Gegenstandes zu berechnen.

Anlage B.

Gebührentarif

für

Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

I. Für die protocollarische Aufnahme von schwierigen Rechtsacten und Verträgen, mit Ausnahme der unter späteren Nummern besonders aufgeführten, insbesondere: für die Aufnahme von letztwilligen Verfügungen, Theilungsrecessen, Kauf-, Tausch-, Pacht-, Mieth-, Leibrenten-, Alimenten-, Lieferungs-, Gesellschafts-, Gutverlass-, Adoptions-, Interimswirtschafts-, Leibzuchts-, Einkindschafts-, Ehe-, Dotal- und Schenkungsverträgen, von Vergleichen, sowie für die terminliche Vornahme öffentlicher Verkäufe von Immobilien, öffentlichen Verpachtungen, Vermietungen und Verdingungen,

wenn der Gegenstand, über welchen verfügt wird, einen Werth hat

		bis	100 Mk. einschliesslich	1,50 Mk.	
über	100 Mk.	"	500 "	3	"
"	500 "	"	1 000 "	6	"
"	1 000 "	"	2 000 "	9	"
"	2 000 "	"	5 000 "	12	"
"	5 000 "	"	10 000 "	18	"
"	10 000 "	"	30 000 "	30	"

Die fernerer Werthsklassen steigen um je 20 000 Mk. und die Gebühren um je 5 Mk.; es darf jedoch der Gebührensatz den Betrag von 100 Mk. nicht übersteigen.

B e m e r k u n g e n .

1. Wird der Antrag auf protocollarische Aufnahme der bezeichneten Rechtsgeschäfte wieder zurückgenommen, nachdem bereits zur Ausführung des Antrags geschritten war, so kommt

die Hälfte der vorstehenden Sätze zur Erhebung.

2. Die von den Notaren besorgten, auf Erfordern nachzuweisenden Vorarbeiten, sofern dieselben weder zu der Aufnahme und Ausfertigung von Rechtsacten, noch zu der unmittelbaren mündlichen Instruction gehören, insbesondere für Correspondenzen, Conferenzen, Gutachten, Durchsicht und Prüfung von Acten, Entwerfung von Testamenten, von Kauf-, Pacht- und Miethbedingungen, von öffentlichen Bekanntmachungen und dergleichen, werden nach der Taxe der Rechtsanwälte für nichtstreitige Rechtssachen berechnet.

II. Für die protocollarische Aufnahme von Darlehns- und Credit-Verträgen, wenn das Darlehn oder der Credit beträgt:

		bis	100 Mk. einschliesslich	1 Mk.
über	100 Mk.	"	500 "	2 "
"	500 "	"	1 000 "	3 "
"	1 000 "	"	2 000 "	5 "
"	2 000 "	"	5 000 "	8 "
"	5 000 "	"	10 000 "	12 "
"	10 000 "	"	30 000 "	15 "

Die ferneren Werthclassen steigen um je 20 000 Mk. und die Gebühren um je 2,50 Mk., es darf jedoch der Gebührensatz den Betrag von 50 Mk. nicht übersteigen.

Die von dem Gerichtsschreiber (Ausführungsgesetz zum D. Gerichtsverfassungsgesetz vom 1. April 1879 §. 62) besorgte protocollarische Aufnahme von Anträgen auf Bewilligung von Leihhaus-Darlehen und die bezüglich solcher Darlehen mit den Leihhaus-Anstalten einzuleitenden Verhandlungen sind gebührenfrei.

Die Bemerkung unter I. No. 1 wird wiederholt.

III. Für die protocollarische Aufnahme von Bürgschafts- und Cautionsurkunden, wenn die Bürgschafts- oder Cautionssumme beträgt:

		bis	500 Mk. einschliesslich	1 Mk.
über	500 Mk.	"	5 000 "	3 "
"	5 000 "	"	10 000 "	5 "
"	10 000 "	"	30 000 "	8 "
"	30 000 "	"	"	12 "

IV. Für die protocollarische Aufnahme einfacher Rechtsgeschäfte und Erklärungen, insbesondere Cessionen, Einwilligung zu Eintragungen oder Löschungen im Grundbuche, einseitiger Versprechungen, einseitiger Schuldbekennnisse, Quittungen, Entsagungen, Beeidigungen, Vollmachten, Vorbehalte, Vorrangseinräumungen, Aufkündigung von Capitalien oder Verträgen, einschliesslich der Besorgung der Aufkündigung, sowie Verbesserung von Nebenpunkten der vor demselben Gerichte oder demselben Notare aufgenommenen Hauptverträge etc.:

die Hälfte der Sätze unter III., jedoch nicht unter 1 Mk.

V. Für die protocollarische Vernehmung eines Zeugen oder Sachverständigen:

die Hälfte der Sätze unter III., jedoch nicht unter 1 Mk.

Bei Vernehmung mehrerer Zeugen oder Sachverständigen wird diese Gebühr nur für den ersten, für jeden folgenden aber die Hälfte berechnet.

VI. Für Augenscheins-Einnahmen, Besitzergreifungen, Gutsübergaben, Aufnahme der Protocolle von Generalversammlungen, Vorstands- und Aufsichtsraths-Sitzungen und für ähnliche an Ort und Stelle vorzunehmende Geschäfte täglich bei einem Gesamtwerthe des ganzen Gegenstandes:

	bis	500 Mk. einschliesslich	4 Mk.
über 500 Mk.	"	5 000 "	6 "
" 5 000 "	"	30 000 "	12 "
" 30 000 "	"	18 "

Der Tag wird zu 6 Stunden gerechnet. Nimmt das Geschäft einen Zeitaufwand von weniger als 3 Stunden in Anspruch, so wird nur die Hälfte der obigen Sätze, bei einem Zeitaufwande von mehr als 3, aber weniger als 6 Stunden dagegen die volle Gebühr erhoben. Dauert das Geschäft an demselben Tage über 6 Stunden, so erhöht sich die Gebühr für jede angefangene weitere Stunde um 1,50 Mk.

Die Bemerkung unter I. No. 1 wird wiederholt.

VII. Für die Versteigerung oder den Verkauf aus freier Hand von beweglichen Sachen, Inhaberpapieren, Früchten, welche von dem Boden noch nicht getrennt sind, Forderungen oder anderen Vermögensrechten, einschliesslich der Erhebung und Ablieferung des erzielten Erlöses, von dem Betrage des letzteren:

	bis	100 Mk. einschliesslich	5 vom Hundert,
von dem Betrage			
über 100 Mk.	"	300 "	3 " "
" 300 "	"	1 000 "	2 " "
" 1 000 "	"	5 000 "	1 " "
" 5 000 "	"	1/2 " "

jedoch nicht unter 2 Mk.

VIII. Für die Aufnahme eines Wechselprotestes, sowie für Aufnahme einer Interventionserklärung von dem Betrage des Wechsels

	bis	150 Mk. einschliesslich	3 Mk.
über 150 Mk.	"	1 000 "	4,50 "
" 1 000 "	"	5 000 "	6 "
" 5 000 "	"	8 "

War die Aufnahme des Protestes mit Nachsuchung der Wohnung verbunden (Art. 91 Schlusssatz der Wechselordnung), so erhöht sich die vorstehende Gebühr um 1 Mk.

Wenn die Aufnahme einer Interventionserklärung mit dem Protestacte an demselben Tage in derselben Wohnung stattfindet, darf für die Aufnahme eine Gebühr nicht berechnet werden.

Die Abschrift des Wechsels im Protest, sowie die Abschrift des Protestactes im Wechselprotestregister sind in der Gebühr mitbegriffen.

IX. Für die gerichtliche Annahme und Aufbewahrung einer verschlossen übergebenen letztwilligen Verfügung, einschliesslich des darüber aufzunehmenden Protocolls: 3 Mk.

X. Für die gerichtliche Publication und Ausfertigung einer letztwilligen Verfügung, desgleichen für die Zurücknahme einer letztwilligen Verfügung aus dem gerichtlichen Depositum, einschliesslich des darüber aufzunehmenden Protocolls,
der Satz unter IX.

XI. Für Atteste, Beglaubigungen von Unterschriften, In- und Aussercourserklärungen von Schuldverschreibungen, für den Depositenschein über gerichtliche Niederlegung einer letztwilligen Verfügung und für einen Grundbuchsauszug, einschliesslich der Schreibgebühr: 1 Mk.

Werden unter einer und derselben Urkunde gleichzeitig die Unterschriften mehrerer Personen beglaubigt, so kommt für die Beglaubigung jeder einzelnen Unterschrift die Hälfte der vorstehenden Gebühr zur Erhebung.

Bei In- und Aussercourserklärungen von Schuldverschreibungen, deren Betrag 300 Mk. nicht übersteigt, ermässigt sich die Gebühr um die Hälfte.

XII. Für die Deposition von Geldern und Werthpapieren, sofern der Betrag des Depositums 50 Mk. übersteigt,
ein halbes Procent vom Werthe des Depositums.

Bei Geldern, welche in gesetzlich zugelassenen Münzsorten bestehen und daher vom Herzogl. Leihhause benutzt werden können (Ges. No. 72 vom 20. August 1867 §. 7), wird keine Gebühr erhoben.

Für den Depositenschein werden nur Schreibgebühren berechnet.

XIII. Für Inventuren, Siegelungen und Entsiegelungen sind die im §. 29 des Ausführungsgesetzes zum D. Gerichtskostengesetze für die Gerichtsvollzieher bestimmten Gebühren zu erheben.

Einstweilige Ver- und Entsiegelungen geschehen unentgeltlich.

XIV. Für die Beglaubigung der Abschrift eines Schriftstücks:

für jedes Blatt, auch wenn dasselbe nicht voll beschrieben ist,
5 Pfennig,

jedoch mindestens 20 Pf.

Handelt es sich um die Beglaubigung der Abschrift eines dem Be-theiligten auszuhändigenden Schriftstücks, so bedarf es ausserdem der Besiegelung desselben.

XV. Für die Vorlegung und Einsicht der Grundacten, der Grund-, Hypotheken- und Amtshandelsbücher, der gerichtlich deponirten Notariatsregister, der Separationsrecesse, Orts- und Feldbeschreibungen und Risse, der Erbregister, der in der Gerichtsregistratur vorhandenen Kataster, Berichtigungstabellen und aller sonstigen Acte 1 Mk.

Waren die Acten, mit Ausnahme der im vorstehenden Absatze besonders aufgeführten Acten, Bücher, Register etc. seit länger als 10 Jahren

reponirt, so ist für deren Aufsuchung und Vorlegung ausserdem eine Gebühr von 1,50 Mk. zu entrichten.

Für die Aufsuchung und Einsicht der Haupt- und aller damit combinirten Acten wird nur eine einmalige Gebühr erhoben, und sind die im ersten Absatze besonders aufgeführten Acten, Bücher, Register etc. bezüglich eines und desselben Grundstücks als combinirte Acten anzusehen.

XVI. In Betreff der den Gerichten und Notaren zu vergütenden baaren Auslagen kommt der §. 8 des gegenwärtigen Gesetzes zur Anwendung.

Von den durch den Notar bei Aufnahme eines Rechtsacts zugezogenen Urkundszeugen erhält jeder Zeuge:

bei einer Versäumniss bis zu einer Stunde eine Gebühr von 0,50 Mk.

bei einer Versäumniss von 1 bis 2 Stunden eine Gebühr von 1,00 „

bei einer längeren Versäumniss an demselben Tage eine

Gebühr von 1,50 „

Wird auf besonderen Antrag der Partei ein zweiter Notar statt zweier Zeugen zugezogen, so erhält derselbe für jede Stunde der auf die Ausführung des Geschäfts verwendeten Zeit, einschliesslich des Weges im Orte seines dienstlichen Wohnsitzes, eine Gebühr von drei Mark. Die angefangene Stunde wird für voll gerechnet.

Die auf die Schreibgebühr der Notare bezügliche Bestimmung in §. 2 des Gesetzes No. 10 vom 13. März 1874 ist aufgehoben.

Allgemeine Bemerkungen.

A. Bei Berechnung der Höhe der Gebühren nach dem Werthbetrage sind, mit Vorbehalt der nachstehenden besonderen Bestimmungen, folgende allgemeine Grundsätze entscheidend:

- 1) Bei Erbschaften und Antretung ganzer Vermögenscomplexe (universitas juris) ist derjenige Werth anzunehmen, welchen die Erbschaft oder der Vermögenscomplex, nach Abzug der darauf ruhenden Belastungen und Schulden, im gemeinen Verkehre hat;
- 2) bei Rechtsgeschäften, welche specielle Gegenstände (keine universitas juris) betreffen, ist ein Abzug der darauf ruhenden Schulden von dem gemeinen Werthe der letzteren unzulässig.

Es ist

- a. wenn ein ganz oder theilweise lucratives Geschäft vorliegt, der gemeine Verkehrswerth der Leistung, oder
- b. wenn gegenseitige, nicht in baarem Gelde bestehende Leistungen bedungen sind (z. B. beim Tausche), der gemeine Verkehrswerth der höchsten Leistung, dagegen aber
- c. bei rein onerosen Rechtsgeschäften alsdann, wenn die Leistung des einen Theils in baarem Gelde besteht, der Betrag des letzteren

zum Grunde zu legen, dergestalt jedoch, dass daneben etwa von dem Erwerber übernommene Naturalleistungen und Schulden (z. B. beim Kaufe die neben dem Kaufpreise von dem Käufer an Dritte zu zahlenden Abfindungen, Allodifications- und Ablösungscapitale, bei der Pacht die Naturalleistungen an den Verpächter), ihrem Werthe nach, jenem Geldbetrage hinzugerechnet werden müssen.

B. Bei terminlichen Leistungen ist der Werthbetrag nach der Summe sämmtlicher Leistungen während der Dauer des Vertrages zu bestimmen; die Gesamtsumme darf jedoch den 20fachen Jahresbetrag der Leistungen nicht übersteigen.

Bei Leibrenten wird die ausgesetzte jährliche Rente mit 8 Procent zu Capital gerechnet.

C. Bei Pacht- und Miethverträgen erfolgt, wenn keine bestimmte Pacht- oder Miethzeit und keine Kündigungsfrist verabredet ist, die Berechnung des Werthbetrages nach dem einjährigen Pacht- oder Miethgelde.

Ist keine bestimmte Pacht- oder Miethzeit, wohl aber eine Kündigungsfrist verabredet, so wird die vierfache Kündigungsfrist der Berechnung zum Grunde gelegt.

D. Findet bei öffentlichen Versteigerungen oder Verpachtungen und Vermiethungen kein Gebot statt, so ist die Gebühr nach Massgabe der Hälfte des muthmasslichen Kauf- beziehungsweise Pacht- oder Miethwerthes zu berechnen.

Bei Versagung des Zuschlages ist die Gebühr nach dem abgegebenen höchsten Gebote auszuwerfen.

Wird in demselben Termine eine öffentliche Versteigerung, Verpachtung oder Vermiethung in mehrfacher Form versucht, so ist die Gebühr nur einmal und zwar, wenn der Zuschlag erfolgt, nach dem angenommenen Gebote zu berechnen.

E. Geschäfte, welche einen überhaupt nicht, oder doch nicht ausschliesslich nach Geld zu bestimmenden Gegenstand betreffen, oder wo der Werth ungewiss ist, sind mit Rücksicht auf ihre Wichtigkeit zu classificiren.

F. Werden gleichzeitig in demselben Acte und Protocolle mehrere Geschäfte vorgenommen, so ist lediglich die Gebühr für das am höchsten zu berechnende Geschäft zu erheben.

Anlage C.

Gebührentarif

für

Vormundschafts- und Curatelsachen.

I. Für die Anordnung einer Vormundschaft oder ständigen Curatel und das zu ertheilende tutorium oder curatorium, wenn das Gesamtvermögen, über welches sich die Verwaltung zu erstrecken hat, beträgt:

			bis	2 000 Mk. einschliesslich	1,50 Mk.	
über 2 000 Mk.	"	5 000	"	"	3	"
" 5 000	"	10 000	"	"	6	"
" 10 000	"	30 000	"	"	9	"

Die ferneren Werthsclassen steigen um je 20 000 Mk. und die Gebühren um je 2 Mk.

B e m e r k u n g e n.

1) Dieser Gebührensatz ist auch alsdann nur einfach zu erheben, wenn für dieselbe Vormundschaft oder Curatel mehrere Vormünder oder Curatoren ernannt werden.

2) Bei einem im Laufe der Vormundschaft oder Curatel stattfindenden Wechsel in der Person des Vormundes oder Curators findet eine nochmalige Erhebung des vorstehenden Gebührensatzes, und zwar nur rücksichtlich des Differenzbetrags, alsdann statt, wenn sich das Vermögen inzwischen dergestalt vermehrt hat, dass gegenwärtig ein höherer als der ursprünglich erhobene Gebührensatz zur Anwendung kommen würde.

II. Für Bestellung eines Specialcurators für einen einzelnen Act, wenn der Gegenstand, für welchen derselbe bestellt wird, einen Werth hat:

		bis 2 000 Mk. einschliesslich 0,50 Mk.	
über 2 000 Mk.	"	5 000	" 1 "
" 5 000	"	10 000	" 2 "
" 10 000	"	30 000	" 3 "
" 30 000	"	.	" 6 "

Im Zweifel ist der Mittelsatz zu erheben.

III. Für die Aufhebung einer Vormundschaft oder ständigen Curatel und für das zu ertheilende Liberatorium:
die Hälfte der Sätze unter I.

B e m e r k u n g e n .

1. Diese Gebühr ist nicht zu erheben, wenn, ohne dass eine gänzliche oder theilweise Beendigung der Vormundschaft oder Curatel eintritt, die Ertheilung des Liberatoriums nur wegen eines Wechsels in der Person des Vormundes oder Curators erfolgt.

2. Scheiden von mehreren einer und derselben Vormundschaft oder Curatel unterworfenen Pflegebefohlenen vor völliger Beendigung derselben Einzelne aus, so ist der Gebührensatz nach dem der Verwaltung unterliegenden Vermögensbestande des bezw. der Ausscheidenden zu berechnen und zu erheben.

3. Wird bei Vormundschaften oder Curatelen die Aufstellung eines Theilungsplans über das der Verwaltung unterliegende Vermögen der Pflegebefohlenen nöthig, so ist für den Theilungsplan als solchen keine besondere Gebühr zu erheben, wohl aber für die etwa in Folge desselben vorkommenden selbstständigen Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

4. Der vorstehende Gebührensatz kommt auch dann zur Erhebung, wenn die schriftliche Ausfertigung eines Liberatoriums nicht erfolgt. Dasselbe gilt hinsichtlich der Gebührensätze unter I. und II., auch wenn ein tutorium oder curatorium nicht schriftlich ausgefertigt ist.

IV. Für Abnahme einer Vormundschafts- oder Curatelrechnung, und zwar für jedes einzelne Jahr, über welches sich die Rechnung erstreckt, wenn das gesammte Vermögen, über welches die Rechnung abgelegt wird, beträgt:

		bis 2 000 Mk. einschliesslich 0,75 Mk.	
über 2 000 Mk.	"	5 000	" 1 "
" 5 000	"	10 000	" 2 "
" 10 000	"	30 000	" 3 "
und für jede überschüssende 20 000 Mk. noch			
ferner			1 "

V. Für jede in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen vom ober-
vormundschaftlichen Gerichte dem Vormunde oder Curator bezüg-

lich der Vermögensverwaltung ertheilte Autorisation (z. B. decreta de alienando, accipiendo, solvendo), nach dem Werthe des Gegenstandes, über welchen verfügt wird:

		bis	50 Mk. einschliesslich	gebührenfrei,
über	50 Mk.	"	500	" 0,50 Mk.
"	500	"	2 000	" 1 "
"	2 000	"	5 000	" 1,50 "
"	5 000	"	10 000	" 2 "
"	10 000	"	30 000	" 3 "
"	30 000	"	.	" 6 "

VI. Für eine Grossjährigkeitserklärung, wenn das Vermögen des Betheiligten beträgt:

		bis	2 000 Mk. einschliesslich	3 Mk.
über	2 000 Mk.	"	5 000	" 6 "
"	5 000	"	10 000	" 9 "
"	10 000	"	30 000	" 15 "
"	30 000	"	.	" 30 "

VII. Für die Deposition von Geldern und Werthpapieren:

dieselben Sätze wie in No. XII. des Gebührentarifs für Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Für die gerichtliche Deposition der im Besitze von Pflegebefohlenen befindlichen, auf den Inhaber lautenden Werthpapiere, deren Beibehaltung von der Obervormundschaft angeordnet ist, verbleibt es bei den im §. 4 des Ges. vom 27. December 1862 (V. S. de 1863 No. 1) bestimmten Gebührensätzen.

VIII. Für Inventuren, Siegelungen, Entsiegelungen, für Beglaubigung von Abschriften und für die Vorlegung und Einsicht von Acten:

dieselben Sätze wie in No. XIII. bis XV. des Gebührentarifs für Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Allgemeine Bemerkungen.

A. Für die in Vormundschafts- und Curatelsachen an Herzogl. Staatsministerium oder an die höheren Gerichte (Ausführungsgesetz zum D. Gerichtsverfassungsgesetz §§. 24, 25, 33) zu erstattenden Berichte, sowie für die von denselben ausgehenden Dispensationen und Genehmigungen sind weder Gebühren und Auslagen, noch Stempel zu berechnen.

B. Unter Vermögen wird derjenige Activbestand desselben verstanden, welcher nach Abzug der Schulden und Lasten übrig bleibt.

Anlage D.

Gebührentarif

für

Anmeldungen und Eintragungen in das Handelsregister.

I. Für die Eintragung in das Handelsregister, einschliesslich der Benachrichtigung der Beteiligten, sind zu erheben:

- | | | |
|--|------|-----|
| 1) für die erste Eintragung einer Actiengesellschaft oder einer Commanditgesellschaft auf Actien nach dem Betrage des Gesellschaftsvermögens bis 100 000 Mk. einschliesslich . . . | 5 | Mk. |
| über 100 000 Mk. bis 300 000 Mk. einschliesslich . . . | 10 | " |
| über 300 000 Mk. | 20 | " |
| 2) für die erste Eintragung einer offenen oder einer Commandit-Handelsgesellschaft | 5 | " |
| 3) für jede sonstige Eintragung, ausschliesslich der Löschungen | 1,50 | " |
| 4) für jede Löschung | 0,50 | " |

II. Für die Zurückweisung einer unvollständigen oder unzulässigen Anmeldung:

die Hälfte der Sätze unter I., jedoch nicht unter 1 Mk.

III. Für Einsicht des Handelsregisters bzw. der darauf bezüglichen Acten eine Gebühr von 0,50 "

IV. Für jedes Attest oder jede Bescheinigung, einschliesslich der Beglaubigung der Zahl der Blätter im Tagebuche der Handelsmakler, eine Gebühr von 1 "

V. Für die Entscheidung, einschliesslich des vorangegangenen Verfahrens, in jeder Beschwerde-Instanz, soweit die Beschwerde als unzulässig verworfen oder zurückgewiesen wird, eine Gebühr von 9 "

Insoweit dies nicht der Fall ist, werden Gebühren nicht erhoben.

VI. Die mündliche Anmeldung zum Handelsregister (Gesetz No. 31 vom 14. Septbr. 1863 §. 5 und Ausführungsgesetz zum D. Gerichtsverfassungsgesetz vom 1. April 1879 §. 60) und die Beeidigung der Handelsmakler (Ges. de 1863 cit. §. 23) geschieht gebührenfrei.

VII. In Betreff der baaren Auslagen kommt der §. 8 des gegenwärtigen Gesetzes zur Anwendung.

M o t i v e

z u

dem Ausführungsgesetze zum Deutschen Gerichtskosten-
gesetze und zu den Deutschen Gebührenordnungen für
Gerichtsvollzieher und für Zeugen und Sachverständige.

E i n l e i t u n g .

Durch das Deutsche Gerichtskostengesetz vom 18. Juni 1878 ist das Gerichtskostenwesen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen, soweit dieselben vor die ordentlichen Gerichte gehören, sowie in Concur- sen neu geordnet. Dagegen ist für solche Gegenstände der streitigen Gerichtsbarkeit, für welche die Deutschen Processordnungen ein be- sonderes landesgesetzlich zu regelndes Verfahren zulassen, also nament- lich für Zwangsvollstreckungen in das unbewegliche Vermögen (D. C. P. O. §. 757), ferner für Forststrafsachen (E. G. z. D. St. P. O. §. 3), im Deutschen Gerichtskostengesetze keine Bestimmung getroffen. Ebenso- wenig erstreckt sich die Wirksamkeit des letzteren auf das Gebiet der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit, daher z. B. alle Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit i. e. S., die Grundbuchsachen, Vormundschaftssachen, die Führung der Handels-, Genossenschafts-, Markenschutz-Register u. dergl. von dem Reichsgesetze nicht berührt werden.

In ähnlicher Weise verhält es sich mit den Deutschen Gebühren- ordnungen für Gerichtsvollzieher vom 24. Juni 1878 und für Zeugen und Sachverständige vom 30. Juni 1878. Auch diese Gesetze beziehen sich das erstere nur auf dasjenige Gebiet, für welches die Processordnun- gen den Geschäftskreis des Gerichtsvollziehers geordnet haben, das letztere nur auf die vor die ordentlichen Gerichte gehörigen Rechtssachen, auf welche die Deutschen Processordnungen Anwendung finden.

Es musste daher der Landesgesetzgebung die Aufgabe zufallen, ergänzende Bestimmungen zu erlassen. Dass dabei die Grundsätze des D. Gerichtskostengesetzes für den übrig bleibenden geringen Rest der

streitigen Gerichtsbarkeit zur Anwendung gebracht, dass auch für das Gebiet der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit sowohl das Kostenwesen als die Gebührenverhältnisse der Gerichtsvollzieher und Auskunftspersonen unter Berücksichtigung der jenen Reichsgesetzen zu Grunde liegenden allgemeinen Vorschriften geordnet sind, wird keiner besonderen Rechtfertigung bedürfen. Daneben war es nothwendig, gewisse Anordnungen zum Zwecke der Erhebung der Gerichtskosten zu treffen, welche im D. Gerichtskostengesetze selbst übergangen sind, namentlich die Frage nach der Art der Einziehung der Gerichtskosten zu entscheiden, eine Frage, welche wiederum mit der Regelung des Gerichtscassenwesens überhaupt in Zusammenhang steht.

Dieser Aufgabe sucht das gegenwärtige Gesetz zu entsprechen. Dasselbe schliesst sich dem Preussischen Ausführungsgesetze zum D. Gerichtskostengesetze etc. vom 10. März 1879 (G. S. S. 145) an, soweit nicht die hiesigen Verhältnisse, namentlich die im hiesigen Lande für Acte der freiw. Gerichtsbarkeit und für Vormundschaftssachen bisher bestehenden Sportelgesetze, deren thunlichste Beibehaltung wünschenswerth schien, eine Abweichung nothwendig machten. Die systematische Anordnung des Gesetzes anlangend, so behandelt dasselbe in drei gesonderten Titeln die Ausführungsbestimmungen zum D. Gerichtskostengesetze und zu den beiden oben erwähnten Gebührenordnungen, und in einem vierten Titel einige Schlussbestimmungen. Der auf die Ausführung des Gerichtskostengesetzes bezügliche Titel zerfällt wieder in drei selbstständige Abschnitte, von denen der erste die für die streitige und nichtstreitige Gerichtsbarkeit gemeinsamen Vorschriften in Betreff des Gerichtskostenwesens umfasst, während die beiden anderen Abschnitte die nothwendigen ergänzenden Bestimmungen hinsichtlich der Gebühren in streitigen und derer in nichtstreitigen Rechtssachen enthalten. Beigefügt sind in vier Anlagen neue Gebührentarife für die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, für Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, für Vormundschaftssachen und endlich für Anmeldungen und Eintragungen zum Handelsregister. Diese Anordnung, welche dem Preussischen Gesetze mangelt, wird zur grösseren Uebersichtlichkeit bei der demnächstigen praktischen Anwendung beitragen ¹⁾.

Zu §. 1. In §. 98 des D. G. K. G., welcher das Reich in dem Processverfahren vor den Landesgerichten und die Bundesstaaten in dem

¹⁾ Der mittelst Schreibens des H. Staatsministeriums v. 17. Mai 1879 vorgelegte Entw. (Landt. Verhandl. Anl. 86 u. 86 a) ist von der Justizcommission beraten, und ist darauf unterm 4. Juni dess. J. Bericht erstattet (Anl. 99 u. 99 a). Mit den in diesem Berichte vorgeschlagenen, von H. Landesregierung angenommenen Aenderungen und einer Modification der Sätze unter No. III des Gebührentarifs für Acte der freiw. Gerichtsbarkeit, welche erst in der Sitzung der Landesvers. v. 20. Juni 1879 seitens der Commission zur Sprache gebracht wurde, ist der Entw. in eben dieser Sitzung en bloc angenommen (Prot. 32 sub. VI. Anl. 119).

Verfahren vor dem Reichsgerichte von Zahlung der Gerichtsgebühren befreit, sind „die landesgesetzlichen Vorschriften, welche für gewisse Rechtssachen oder gewisse Personen in dem Verfahren vor den Landesgerichten Gebührenfreiheit gewähren“ vorbehalten. Es schien zweckmässig, die für das hiesige Land bestehenden, durch §. 10 der V. O. No. 30 vom 9. Februar 1814 bezw. §. 116 der N. Ldsch. O. getroffen, auf alle Arten der Gerichtsbarkeit, sowohl der streitigen als der nichtstreitigen, bezüglich Bestimmungen in das gegenwärtige Gesetz aufzunehmen. Die unter No. 2 der cit. V. O. erwähnten „Armensachen“ sind fortgelassen, weil deren Befreiung von Gerichtskosten bereits durch §. 106 ff. der D. C. P. O. (s. auch D. St. P. O. §. 419 Abs. 3), bezw. durch § 47 No. 2 des D. G. K. G. geordnet ist. — Ob die hiernach privilegierten Rechtssachen auch im Verfahren vor dem Reichsgerichte Gebührenfreiheit geniessen werden, wird durch die in §. 98 Abs. 3 des D. G. K. G. vorbehaltene Kaiserliche Verordnung bestimmt werden.

Was den Umfang der Gebührenfreiheit betrifft, so sind bisher die eigentlichen Nebengebühren, insbesondere Schreib-, Insinuations- und Executionsgebühren, so lange sie von den Beamten als Dienstemolument bezogen wurden, von der Sportelfreiheit nicht mitbegriffen (V. O. No. 30 vom 9. Februar 1814 §. 10 Abs. 2), nach Aenderung dieser Verhältnisse jedoch den von den Gerichtsgebühren befreiten Behörden und Anstalten freigegeben (Minist. Rescr. v. 15. Dec. 1855 [V. O. S. No. 59], Circ. Rescr. O. G. v. 2. Sept. 1857 [V. O. S. No. 44]), wie denn auch auf baare Auslagen, als Reisekosten, Diäten, Insertionsgebühren, Porto und Aufruf die Sportelfreiheit ausgedehnt ist (Minist. Rescr. v. 21. Juli 1853 bei Bege Rep. VIII. S. 53). In Consequenz des dem §. 98 des D. G. K. G. zu Grunde liegenden Principis empfahl es sich jedoch, die Gebührenfreiheit in allen gerichtlichen Angelegenheiten, sowohl den processualischen als den nichtprocessualischen, auf die eigentlichen Gerichtsgebühren zu beschränken, mithin die baaren Auslagen zu eximiren und diesen Grundsatz im Gesetze bestimmt auszusprechen (ebenso: Preuss. Ges. vom 10. Mai 1851 §. 6 [G. S. S. 624]).

Dass die den betr. Behörden und Anstalten zustehende Gebührenfreiheit nur den Behörden und Anstalten des Herzogthums zukommt, bedarf keiner besonderen Hervorhebung (Rescr. O. G. v. 2. Decbr. 1857 in Ztschr. f. Rechtspfl. V. S. 30, 31); dass sie den im Processe unterliegenden Gegner von der Verpflichtung zur Kostenzahlung nicht entbinden kann, entspricht dem §. 11 der V. O. de 1814 cit. und dem §. 108 der D. C. P. O. ¹⁾).

¹⁾ Der Entw. erwähnte unter No. 3 die „Kirchen, Schulen u. Pfarren“. Auf Antrag der Commission sind neben den Kirchen und Pfarren auch die Pfarrwittwenenthümer und Opfereien mit erwähnt, um allen kirchlichen Instituten die Sportelfreiheit zu Theil werden zu lassen. Andererseits ist, um die Ansicht auszuschliessen, als ob auch Privatschulen jenes Privilegiums theil-

Zu §. 2. Der Paragraph bildet eine Ergänzung der den Hinweis auf die geltenden landesrechtlichen Vorschriften enthaltenden Bestimmung in §. 79 No. 5 des D. G. K. G., bezieht sich aber nicht bloss auf die processualischen, sondern auf alle dem Gerichte obliegenden Rechtsangelegenheiten und wiederholt im Uebrigen das bisher geltende Recht (vgl. Ges. No. 9 vom 27. Febr. 1874 §. 11).

Die Bestimmung in Absatz 2 war für Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit bereits in der darauf bezüglichen Gebührentaxe vom 4. Juli 1851 pos. 40 litt. d. (V. O. S. S. 109) ausgesprochen, musste jedoch, da sie für alle Rechtsangelegenheiten Geltung hat, in das gegenwärtige Gesetz aufgenommen werden.

Zu §. 3. Vgl. die vorhin citirte Geb. Taxe v. 4. Juli 1851 Allg. Bemerk. litt. K. (V. O. S. S. 114) ¹⁾.

Zu §. 4. Vgl. Preuss. Ges. §. 24.

Die Wiedereinzahlung zuviel gezahlter baarer Auslagen im Wege der Administrativexecution entspricht der gleichen Einziehung der Kosten (s. zu §. 6). Die Frage, ob zu viel gezahlt worden, kann begreiflich nicht im Verwaltungswege gelöst, sie muss vielmehr, sei es von Amtswegen, sei es auf Antrag der Verwaltungsbehörde, vom Gerichte entschieden werden, und erst auf Grund der abgegebenen gerichtlichen Verfügung, gegen welche derselbe Beschwerdeweg wie bei Gerichtskosten vorbehalten bleibt, kann die Wiedereinzahlung des zuviel Gezahlten erfolgen.

Zu §. 5. Vergl. Preuss. Ges. §. 28.

Die Bestimmung des Gerichts, bei welchem der Ansatz der Gebühren und Auslagen zu erfolgen hat, hat zunächst eine rein geschäftliche Bedeutung. Sie ist aber auch von Wichtigkeit für die Betheiligten, insofern dasjenige Gericht, bei welchem der Ansatz der Kosten erfolgt, über Erinnerungen des Zahlungspflichtigen nach §. 4 des D. G. K. G. gebührenfrei zu entscheiden hat, eine Bestimmung, welche auch auf die durch letzteres Gesetz nicht betroffenen Angelegenheiten Anwendung leidet (s. unten §. 12). Das Gesetz bestimmt, dass der Ansatz der Gebühren und Auslagen für jede Instanz besonders zu geschehen habe, da auch

haftig werden könnten, der Ausdruck „öffentliche“ Schulen gewählt. — Unter den bei No. 4. erwähnten „öffentlichen“ Wohlthätigkeitsanstalten etc. sind diejenigen zu verstehen, welchen die Rechte milder Stiftungen verliehen sind.

¹⁾ Selbstverständlich sind die Tagegelder und Reisekosten den betreffenden Beamten aus der Gerichtskasse zu zahlen, und sind die Letzteren nicht etwa mit ihrem Ansprüche an die Zahlungspflichtigen zu verweisen; vielmehr sollte nur ausgedrückt werden, dass der Betrag der Tagegelder und Reisekosten nicht definitiv in der Staatskasse zu verbleiben habe. Um diesem Gedanken bestimmteren Ausdruck zu geben, ist auf Antrag der Commission das im Entw. befindliche Wort „zu vereinnahmen“ am Schlusse des §. 3 mit dem Worte „zu verrechnen“ vertauscht.

die Fälligkeit der Gebühren regelmässig mit der Beendigung der „Instanz“ eintritt (D. G. K. G. §. 93). Es ordnet ferner an, dass dasjenige Gericht, bei welchem die Sache anhängig geworden, den Ansatz der Gebühr selbstständig zu besorgen habe, auch wenn etwa einzelne Acte bei einem ersuchten Gerichte vorgekommen sind, oder die Sache früher bei einem anderen Gerichte anhängig war; diese Massregel liegt im Interesse der Betheiligten, welchen nicht zugemuthet werden kann, ihre Rechte in derselben Sache bei verschiedenen Gerichten verfolgen zu müssen. Dass die Festsetzung der Gebühren von Zeugen und Sachverständigen bei dem Gerichte zu geschehen habe, vor welchem die Verhandlung stattgefunden, musste dabei selbstverständlich vorbehalten bleiben.

Zu §. 6. 1. Nach der bisher bestehenden Einrichtung des Gerichtskassenwesens werden die Gerichtskosten in streitigen und nichtstreitigen Rechtssachen durch die Gerichte selbst von den zahlungspflichtigen Parteien erhoben, nöthigenfalls wird deren executivische Einziehung angeordnet, wobei nur für Civilprocesse die schon durch die Canzleiordnung von 1651 Art. 19 getroffene, in späteren landesherrlichen Erlassen (s. namentlich V. O. No. 30. v. 9. Febr. 1814 §. 6) beibehaltene und auch von den Gerichten allezeit befolgte Regel gilt (vgl. z. B. Rescr. O. G. vom 18. April 1864 in Zeitschr. für Rechtspf. XII S. 60), dass die Anwälte die gerichtlichen Bescheide und Erkenntnisse für ihre Parteien einzulösen und zu bezahlen haben. Diese Einrichtung kann — von Uebergangsbestimmungen abgesehen (vgl. Bekanntm. No. 56 vom 3. Sept. 1879 §. 55) — für die Folge schon deshalb nicht fortbestehen, weil in Ermangelung einer den vollstreckbaren Schultitel darstellenden Urkunde die Vorschriften der D. Civilprocessordnung über Zwangsvollstreckungen auf die Einziehung gerichtlicher Kosten — zu deren Erlegung auch im Civilprocesse in Zukunft die Parteien selbst, nicht deren Anwälte verpflichtet bleiben (D. G. K. G. §. 86) — nicht angewendet werden können. Dazu kommt, dass die Herzogl. Landesregierung die Vereinnahmung der Gerichtskosten den Gerichten abzunehmen und auf die unter der Aufsicht der Herzogl. Zoll- und Steuerdirection stehenden Steueramts-Recepturen zu übertragen beabsichtigt ¹⁾. Damit entfällt die Einziehung der Gerichtskosten dem Geschäftskreise der Gerichte; sie wird von nun an Theil der Finanzverwaltung, deren Aufgabe es wird, diese Kosten ebenso wie andere indirecte Steuern im Wege der administrativen Execution beitreiben zu lassen.

2. Diese Art der Beitreibung hat ihre volle Berechtigung in Betreff der Gerichtskosten in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, einschliesslich der Concurse, sowie für das ganze Gebiet der nichtstreitigen Gerichtbarkeit; sie passt dagegen nicht für Strafsachen. Wollte man auch hier anordnen, dass die Einziehung der Kosten nach Art der indirecten

¹⁾ Vgl. Ges. No. 35 v. 25. Juni 1879 u. V. O. No. 48 v. 16. Aug. 1879 §§. 1 u. 2 (s. unten).

Steuern zu erfolgen habe, so würden daraus Complicationen entstehen in allen Fällen, wo der Angeklagte zu einer Geldstrafe verurtheilt ist, deren Erhebung regelmässig den Gerichtsvollziehern, also anderen als den mit Einziehung rückständiger Steuern beauftragten Beamten, obliegt und nach den Vorschriften über Zwangsvollstreckung im Civilprocesse zu erfolgen hat (D. St. P. O. §. 495); die Verwicklung würde sich steigern, wenn, wie in §. 65 des F. St. G. No. 18 vom 1. April 1879 für Forststrafsachen, eine bestimmte Ordnung über die Priorität bei gleichzeitiger zwangsweiser Einziehung vorgeschrieben ist. Die Vollstreckung der über eine Vermögensstrafe, eine Busse und über Erstattung von Kosten ergangenen Entscheidung kann daher nur in der Hand einer und derselben Behörde liegen. Würde man nun auch principiell in solchen Fällen, wo die Verpflichtung zur Zahlung von Gerichtskosten das accessorium der Verurtheilung zu einer Freiheitsstrafe ist, die Einziehung jener Kosten auf die Steuerverwaltung übertragen können, so schien es doch um so mehr gerechtfertigt, auch für diese Fälle die Vollstreckung des gesammten Urtheils ohne Unterscheidung zwischen Strafe und Kosten der Staatsanwaltschaft zu belassen, als die Execution in Betreff der Untersuchungskosten nur selten von praktischem Erfolge begleitet zu sein pflegt. Das Gesetz lässt daher von dem Grundsatz der Einziehung der Kosten im Wege der Administrativexecution die entsprechende Ausnahme betreffs der Gerichtskosten in Strafsachen eintreten, wobei es der Staatsanwaltschaft den Amtsrichter gleichstellt, welchem die Strafvollstreckung in Forststrafsachen gesetzlich zusteht (F. St. G. v. 1. April 1879 §. 63) und für die sonstigen amts- und schöffengerichtlichen Sachen nach Anordnung der Landesjustizverwaltung übertragen werden kann (D. St. P. O. §. 483 Abs. 3)¹⁾.

3. Die in Abs. 2 und 4 der Zoll- und Steuerdirection bezw. der Staatsanwaltschaft gegebene Befugniss, die Eintragung einer Hypothek wegen der Gerichtskosten auf das Grundstück des Schuldners bei dem Grundbuchamte nachzusuchen, besteht auch im Preuss. Rechte. Sie dient dazu, der Staatskasse eine Sicherheit zu verschaffen, erleichtert zugleich die Gewährung einer Stundung zu Gunsten des Schuldners (§. 7), ist jedoch, soviel die Strafsachen betrifft, nur für die im schwurgerichtlichen und landgerichtlichen Verfahren erwachsenen Kosten gerechtfertigt, da die in Strafsachen niedrigerer Ordnung auflaufenden Kosten regelmässig nicht erheblich genug sind, um eine soweit gehende Massregel wie die Eintragung einer Hypothek zu rechtfertigen. — Das Preussische Gesetz §. 29 enthält noch sehr ins Einzelne gehende Vorschriften darüber, unter welchen Umständen zur Zwangsversteigerung von Immobilien des Schuldners wegen einer Kostenforderung geschritten werden dürfe. Von der Aufnahme hierauf bezüglicher Bestimmungen ist jedoch wegen der Seltenheit des Falles Abstand genommen, zumal die Prüfung der Frage, ob zwangsweise Ver-

¹⁾ Vgl. Bekanntm. No. 52 vom 20. Aug. 1879.

steigerung eines Grundstücks einzutreten habe, immerhin eine Frage der Zweckmässigkeit sein wird, deren Entscheidung den betreffenden Behörden überlassen werden darf oder jedenfalls im Verwaltungswege näher geregelt werden kann.

Zu §. 7. Die Frage, in welchen Fällen Gerichtskosten dem Schuldner zu stunden oder niederzuschlagen seien, war bisher ausschliesslich von dem freien Ermessen der Gerichte abhängig. Wird die Einziehung der Kosten Sache der Steuerbehörden, so empfiehlt es sich, das Ermessen im Interesse des Schuldners einzuschränken und dem Letzteren ein gewisses Recht, die Stundung oder Niederschlagung der Kosten fordern zu dürfen, zu gewähren. Das Gesetz schliesst sich hierbei im Wesentlichen an §. 30 des Preuss. Gesetzes an. Danach soll die Beibringung eines Armuthzeugnisses, welche die Bedingung für Ertheilung des Armenrechts ist, regelmässig ausreichen, die Stundung bezw. Niederschlagung der Kosten zu fordern. Der Kassenverwaltung soll jedoch in jedem Falle die Befugnis verbleiben, die zwangsweise Einziehung der schuldigen Beträge namentlich dann zu versuchen, wenn die Angabe des Vermögens und die Leistung des Offenbarungseides, wozu der Schuldner abweichend von den Vorschriften der D. Civilprocessordnung schon vor der Zwangsvollstreckung verpflichtet wird, geeignete Gegenstände für die Execution ergeben sollte. Da die Niederschlagung der Kosten wegen Armuth nur eine Massregel der inneren Kassenverwaltung ¹⁾, nicht ein dem Schuldner gegenüber ausgesprochener Erlass ist, so bleibt die Behörde innerhalb der Verjährungszeit immer berechtigt, nach eingetretener Besserung der Vermögenslage desselben die Kosten nachträglich von ihm einzuziehen. Etwaige Beschwerden über das Verfahren der betr. Behörde können nur im Verwaltungswege erledigt werden, da die Gerichte dabei überall nicht interessirt sind; auch bleibt die abgegebene Entscheidung selbstverständlich ohne Einfluss auf die Wirkungen des erlangten Armenrechts (D. C. P. O. §§. 107, 111).

Das im Vorstehenden angedeutete Verfahren kommt bei den der Kassenverwaltung zur Einziehung überwiesenen Kosten zur Anwendung. Ob Kosten in Strafsachen zu stunden oder niederzuschlagen seien, hat der Staatsanwalt bezw. der Amtsrichter zu bestimmen (s. zu §. 6). Dass die Entscheidung über Beschwerden gegen die Verfügung des Letzteren dem Oberstaatsanwalt übertragen wird, rechtfertigt sich damit, dass der Amtsrichter — wie auch bei den Verhandlungen der Reichstagscommission über das D. Gerichtsverfassungsgesetz regierungsseitig anerkannt wurde (vgl. Prot. S. 665, bei Hahn Mat. I, S. 822) — hinsichtlich der

¹⁾ Der Beschluss über Stundung oder Niederschlagung der Kosten kommt nicht dem Kassenführer, sondern der der Kasse vorgesetzten Verwaltungsbehörde (Zoll- u. Steuer-Direction) zu, wie bei der Berathung des Gesetzes von der Commission unter Zustimmung des Regierungsvertreters angenommen wurde.

eigentlichen Strafvollstreckung der Aufsicht der Staatsanwaltschaft unterstellt bleibt.

Zu §. 8. Vgl. Preuss. Ges. §. 21 Abs. 1.

Die in nichtstreitigen Rechtssachen, namentlich in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit und in Vormundschaftssachen, hinsichtlich der „baaren Auslagen“ gegenwärtig geltenden Bestimmungen differiren theilweise von den Vorschriften der §§. 79 und 80 des D. G. K. G. Namentlich gilt dies hinsichtlich der Schreibgebühr, welche für die Gerichte in den vorgedachten nichtstreitigen Rechtssachen 25 Pfg. (Geb. Tarif v. 4. Juli 1851 pos. 39 [V. O. S. S. 108 und 84]), für die Notare 3 Gr. 6 Pfg. (Ges. No. 10 v. 13. März 1874 §. 2) für den Bogen beträgt, während in streitigen Rechtssachen nach §. 80 des D. G. K. G. in Zukunft 40 Pfg. für den Bogen zur Berechnung kommen, wobei dann noch verschiedene Grundsätze hinsichtlich der Berechnung der Grösse der Seiten etc. anzuwenden sind. Zur Vermeidung der hieraus entstehenden Unzuträglichkeiten und im Interesse einer einheitlichen Regelung des Kostenwesens war es nothwendig, die Geltung der citirten Bestimmungen des Reichsgesetzes auf alle Acte der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit, mögen sie von Gerichten oder Notaren ausgehen, auszudehnen. Eine Ausnahme tritt nur bei geringfügigen Vormundschaftssachen ein, in welchen baare Auslagen überhaupt nicht zur Berechnung kommen.

Zu §. 9. Vgl. Preuss. Ges. §. 2.

Die nach dem Forststrafgesetze No. 18 v. 1. April 1879 über das Verfahren in Forstfrevel-Untersuchungen gegebenen Vorschriften schliessen sich im Allgemeinen an dasjenige der D. Strafprozessordnung an. Es rechtfertigt sich daher, dass auch die im D. Gerichtskostengesetze gegebenen allgemeinen und die für das Strafverfahren bestehenden besonderen Vorschriften zur Anwendung gebracht werden. Namentlich ist dies der Fall da, wo nicht mittelst Erlasses eines Strafbefehls, sondern im gewöhnlichen schöffengerichtlichen Verfahren procedirt wird, also in den Fällen der §§. 17, 18 und 59; hier fehlt eben jeder Grund, Abweichungen von den Bestimmungen des Reichsgesetzes eintreten zu lassen. Einige Ergänzungen waren nur nöthig für die nach dem Forststrafgesetze bestehenden Besonderheiten.

1. Nach §. 63 des D. G. K. G. kommen im Verfahren bei amtsrichterlichen Strafbefehlen, wenn die Strafe ohne Hauptverhandlung rechtskräftig festgesetzt ist, 2 Zehnthelle der Sätze des §. 62 zur Erhebung; hat dagegen in Folge des erhobenen Einspruchs eine mündliche Hauptverhandlung stattgefunden, so sind die Gebühren überhaupt nach §. 62 zu berechnen, und der besondere Ansatz für den Strafbefehl kommt in Wegfall. Das Gesetz bestimmt nun

a. unter No. 2, dass es bei der Gebühr des §. 63 auch dann sein Bewenden haben soll, wenn an und für sich ein Verfahren durch amtsrichterlichen Strafbefehl zulässig war, ein solcher Strafbefehl jedoch

nicht erlassen, vielmehr zur Hauptverhandlung geschritten und auf sofortiges Geständniss des Angeklagten ohne vorgängige Beweisaufnahme dessen Verurtheilung erfolgt ist, was namentlich im Falle des §. 60 des F. St. G. bei Vorführung des Frevlers vor Gericht, aber auch dann eintreten wird, wenn der Amtsrichter gegen den Erlass eines Strafbefehls Bedenken hatte und daher sogleich Termin zur Hauptverhandlung anberaumte (F. St. G. §. 55 Abs. 3). — Das Gesetz bestimmt ferner

b. unter No. 1, dass, wenn es nach Erlass des amtsrichterlichen Strafbefehls in Folge des erhobenen Einspruchs zur Hauptverhandlung gekommen ist (F. St. G. §§. 56 bis 58), oder wenn wegen der gegen den Erlass des Strafbefehls vorhandenen Bedenken des Amtsrichters, bezw. im Fall des §. 60 des F. St. G. bei Gefahr im Verzuge, der Hauptverhandlungstermin sofort anberaumt wurde, die Verurtheilung des Angeklagten jedoch nicht auf Grund des sofortigen Geständnisses desselben (s. unter a.), sondern nach vorgängiger Beweisaufnahme erfolgte, nicht die volle Gebühr des §. 62, sondern nur vier Zehntheile derselben zur Erhebung kommen sollen.

2. Nach §. 75 des D. G. K. G. beträgt die Gebühr für das Verfahren in den Fällen, wo selbstständig auf Einziehung, Vernichtung oder Unbrauchbarmachung von Gegenständen erkannt wird (D. St. P. O. §§. 477 bis 479), für jede Instanz 5 Mark. An und für sich müsste diese Bestimmung auch dann Anwendung finden, wenn nach den §. 19 und 43 des F. St. G. auf Einziehung von Holz oder Harz oder der aus dem Holz gefertigten Gegenstände erkannt wird. Da diese Gebühr jedoch für zahlreiche unbedeutende Fälle zu hoch sein würde, so soll sie nur für den Höchstbetrag beibehalten, regelmässig aber der Werth des Holzes oder Harzes bezw. der betr. Gegenstände als Gebühr berechnet werden.

Zu §. 10. Für die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, deren Regelung nach §. 757 der D. C. P. O. der Landesgesetzgebung überlassen ist, enthält das D. G. K. G. keine unmittelbar geltenden Vorschriften. Die näheren Bestimmungen sind in den in Anl. A. beigefügten Tarif aufgenommen und werden dort besonders erläutert werden.

Was die Gebühr für den Antrag auf Anordnung eines Arrestes betrifft, wobei der Gegenstand desselben nicht angegeben zu werden braucht (D. C. P. O. §. 800), so richtet sich dieselbe nach §. 26 No. 9 oder §. 35 No. 4 des D. G. K. G., je nachdem die Entscheidung durch Endurtheil getroffen wird oder nicht, während die Gebühr für Vollziehung des Arrestes in bewegliches Vermögen mit der Gebühr für gerichtliche Handlungen der Zwangsvollstreckung (D. G. K. G. §. 35 No. 3) zusammenfällt. Handelt es sich dagegen um die Vollziehung des Arrestes in das unbewegliche Vermögen, welche auf Grund des der Landesgesetzgebung in §. 811 der D. C. P. O. gemachten Vorbehalts durch §. 4 des Ges. No. 12 v. 1. April 1879 näher geregelt ist, so kommt dabei nur der (unter Vorlegung des Arrestbeschlusses zu stellende) Antrag

beim Grundbuchamte auf Eintragung einer Verfügungsbeschränkung in Frage, und wird deren Eintragung nach Massgabe des §. 4 des Gebührentarifs No. 26 vom 25. Juni 1878 vergütet. Es bedurfte daher für das gegenwärtige Gesetz nur eines Hinweises auf diese Bestimmungen.

Zu §. 11. Nach §. 79 No. 8 des D. G. K. G. sind „die Haftkosten“ nach Massgabe der für die Strafhaft geltenden landesgesetzlichen Vorschriften zu erheben. Die fr. Bestimmung bezieht sich:

- a. auf die Kosten der Haft als eines Mittels zur Erzwingung einer Handlung (D. C. P. O. §§. 355 Abs. 2, 774, 782. D. St. P. O. §. 69 Abs. 2);
- b. auf die Kosten der Haft des Gemeinschuldners (D. C. O. §§. 93, 98);
- c. auf die Kosten der Untersuchungshaft.

„Landesgesetzliche Vorschriften“ hinsichtlich der Atzungskosten im Falle der Strafhaft bestehen im hiesigen Lande nicht; vielmehr ist deren Betrag bisher im Verwaltungswege festgesetzt. Dabei soll es auch für die Folge bewenden, und der Herzogl. Landesregierung die nähere Anordnung vorbehalten bleiben.

Zu §. 12. Vgl. Preuss. Ges. §§. 4, 6 Abs. 1.

Die §§. 4 bis 7 des D. G. K. G. regeln die Zuständigkeit und das Verfahren für die Festsetzung der Kosten, die §§. 9, 10, 12 bis 14, 16, 17 das Verfahren in Betreff der Feststellung des für die Berechnung der Gebühren massgebenden Werthes. Diese Bestimmungen, an sich nur auf streitige Rechtssachen bezüglich, sollen auch hinsichtlich der durch die Landesgesetzgebung zu bestimmenden Gerichtskosten Anwendung finden; eine Ausnahme besteht nur in Betreff der Werthberechnung bei Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, da hierfür die in dem betr. Tarif enthaltenen besonderen Bestimmungen ihre Geltung behalten. Die von Amtswegen erfolgende Correctur der Kostenansätze soll nach §. 16 Abs. 1 des D. G. K. G. „im Laufe des Verfahrens“ erfolgen. Eine unbeschränkte Anwendung dieser Bestimmung würde bei Acten der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder in Vormundschaftssachen nicht thunlich sein, da es sich dort regelmässig nur um einen einzigen gerichtlichen Act handelt, mit dessen Beendigung die gerichtliche Thätigkeit überhaupt ihre Endschaft erreicht hat, und da in Vormundschaftssachen die Kostenerhebung vielfach erst bei der Beendigung erfolgt. In derartigen Sachen soll daher die erforderliche Correctur auch erst nach Beendigung der betr. Angelegenheit geschehen können.

Zu §. 13. Nach §. 67 des Ausführungsges. zum D. Gerichtsverfassungsgesetze vom 1. April 1879 erfolgen Zustellungen in gerichtlichen Angelegenheiten, welche zu der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit nicht gehören, unter entsprechender Anwendung der Vorschriften der D. Civilprozessordnung. Da im amtsgerichtlichen Processe die Zustellung unter Vermittelung des Gerichtsschreibers geschehen kann (D. C. P. O.

§. 152 Abs. 2), welcher nach seiner Wahl entweder einen Gerichtsvollzieher mit der Zustellung zu beauftragen (l. c. §. 154) oder unmittelbar die Post um Bewirkung der Zustellung zu ersuchen hat (l. c. §. 179), so bedurfte es eines Gebührensatzes für den Fall, wenn in derartigen Angelegenheiten von dem Gerichtsschreiber an die Post das Ersuchen um Zustellung gerichtet wird. Zu dem Ende soll nach §. 40 des D. G. K. G. verfahren, also die dem Gerichtsvollzieher für die Zustellung durch die Post zustehende Gebühr von 40 Pfennig (D. Gebührenordn. f. Gerichtsvollzieher §. 2) berechnet werden, während die Beauftragung des Gerichtsvollziehers kostenfrei zu erfolgen hat.

Zu §. 14. Vgl. Preuss. Ges. §. 27 Abs. 1.

Der Paragraph enthält eine Ergänzung der auf das Processverfahren bezüglichen §§. 93 bis 97 des D. G. K. G. Eine Veranlassung, zur Sicherung der Staatskasse für die erwachsenden Gebühren und Auslagen eine Vorschusspflicht der Betheiligten zu statuiren, ähnlich wie solches durch die §§. 81 bis 85 des D. G. K. G. für streitige Angelegenheiten bestimmt worden, lag nicht vor, da mit Aufnahme des betr. Acts der freiw. Gerichtsbarkeit, bezw. mit Erledigung der in Vormundschaftssachen erforderlichen einzelnen gerichtlichen Handlung regelmässig die Thätigkeit des Gerichts erschöpft ist ¹⁾.

Zu §. 15. Der §. 24 der Not. Ordn. vom 19. März 1850 bestimmt, dass der Notar die ihm zukommenden Gebühren und Auslagen vor Ausfertigung des Rechtsacts von dem Requirenten fordern und bei nicht erfolgter Zahlung deren Beitreibung auf Kosten des Säumigen, ohne seinerseits eine Auslage machen zu müssen, durch die von ihm dazu aufgeforderten Gerichte bewirken kann. Diese Bestimmung beruht wesentlich auf der Erwägung, dass der Notar als Functionair der freiwilligen Gerichtsbarkeit dem mit letzterer betrauten Richter gleichsteht, mithin wie dieser den amtlichen Weg der Beitreibung der Gebühren beschreiten kann, daher denn auch das Privilegium der Kostenfreiheit schwindet, sobald der Notar es vorzieht, seine Gebühren und Auslagen im gewöhnlichen processualischen Wege, sei es im Mahnverfahren oder durch förmliche Klage, einzufordern (Circ. Rescr. O. G. vom 30. Dec. 1867 in Ztschr. f. R. XV. S. 31).

In Folge der Bestimmung der D. Civilprocessordnung, wonach die Zwangsvollstreckung regelmässig nicht mehr durch das Gericht, sondern

¹⁾ Der zweite Satz des §. 14 ist auf Antrag der Commission hinzugefügt, welche für zweckmässig erachtete, das den Notaren in dem (übrigens durch §. 15 Abs. 5 des gegenw. Gesetzes aufgehobenen) §. 24 der Not. Ordn. v. 19. März 1850 gegebene Retentionsrecht hinsichtlich der Ausfertigungen der von ihnen aufgenommenen Rechtsacte und die dort ausgesprochene solidarische Haftung ihrer Requirenten beizubehalten und auf die Gerichte für diejenigen Angelegenheiten, auf welche die Deutschen Processordnungen keine Anwendung finden, auszudehnen.

durch den Gerichtsvollzieher im Auftrage des Gläubigers zu erfolgen hat, kann nun die Vorschrift des §. 24 cit. nicht ferner bestehen bleiben. Das Gericht hat in Zukunft nur insoweit thätig zu werden, als es die von dem Notar überreichte; seitens des Zahlungspflichtigen trotz geschehener Aufforderung zur Zahlung unberücksichtigt gebliebene Specification der erwachsenen Gebühren und Auslagen für vollstreckbar zu erklären hat¹⁾, wogegen dann dem Notar die selbstständige Bewirkung der zwangsweisen Einziehung seiner Forderung überlassen bleibt. Zuständig ist nicht dasjenige Gericht, welchem der Zahlungspflichtige unterworfen ist, mithin nicht das Vollstreckungsgericht, sondern das Amtsgericht am dienstlichen Wohnsitze des Notars, da nur für dieses eine Verpflichtung zur kostenfreien Ertheilung des Vollstreckungsbefehls aus dem Verhältniss der Gleichberechtigung des Notars abzuleiten steht. Die dienstliche Versicherung des Notars, dass er den Zahlungspflichtigen aussergerichtlich zur Zahlung aufgefordert habe (nicht dagegen, dass die Kosten unberichtigt geblieben seien), ist zur Bedingung für Ertheilung des Vollstreckungsbefehls gemacht.

Differenzen zwischen dem Notar und den Parteien über die Richtigkeit der aufgestellten Liquidation oder einzelner Ansätze derselben haben lediglich einen disciplinarischen Charakter und waren schon bisher nicht von dem betr. Localgerichte, sondern von dem Kreisgerichte, als dem die Aufsicht über die Notare führenden Gerichte, zu entscheiden (Not. Ordn. §. 24 Abs. 3, vergl. mit Rescr. des vorm. Landesgerichts vom 17. Januar 1833 in Bege, Rep. IV. S. 123); sie sollen auch nach dem gegenwärtigen Gesetze vor dem für die Beschwerde zuständigen Gerichte der höheren Instanz in demselben Verfahren, wie Beschwerden über den Ansatz von Gebühren und Auslagen in Civilprocesssachen (D. G. K. G. §. 4, D. C. P. O. §§. 531 bis 538), entschieden werden. Wenn dagegen die Einwendung sich nicht gegen die Höhe der Ansätze, sondern gegen die Zahlungspflicht im Allgemeinen richtet, sei es weil die Beauftragung in Abrede gestellt oder Zahlung behauptet wird oder aus anderen Gründen, so muss dem Notar die Einklagung seiner Forderung im gewöhnlichen Processverfahren überlassen bleiben.

Zu §§. 16 und 17. Die nähere Begründung des Tarifs für Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit s. unten.

Die Bestimmung in §. 16 Abs. 2 ist im Wesentlichen dem §. 23 der D. Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher entnommen; sie dient zur Erleichterung der Controle und entspricht, soweit es sich dabei um die Angabe der auf das betr. Geschäft zugebrachten Zeit handelt, der schon

¹⁾ Dagegen hat das Amtsgericht kein Recht der Prüfung des behuf der Vollstreckbarkeitserklärung ihm überreichten Verzeichnisses der Notariatsgebühren, auch nicht in Betreff der durch die nachträgliche Berechnung (§. 15 Abs. 3) entstandenen Kosten; vgl. Ztschr. f. Rechtspf. XXVII, S. 23.

394 Motive z. d. Ausführungsgesetz z. D. Gerichtskostengesetze etc.
jetzt bestehenden Vorschrift im Tarif vom 4. Juli 1851 pos. 6. litt. b.
(V. O. S. S. 100).

Besondere Vorschriften über die Werthsberechnung in Grundbuchsachen finden sich in dem durch das Gesetz No. 26 vom 25. Juni 1878 erlassenen Tarif, namentlich in §. 2 Bem. 1 und 2, §. 3 Bem. 1, 3 bis 5. Diese Vorschriften sollen durch das gegenwärtige Gesetz und die dem Tarif in Anl. B. beigefügten „allgemeinen Bemerkungen“ unberührt bleiben.

Zu §. 18. Die Gebühren für die in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit abzugebenden Entscheidungen waren bisher in dem Gebührentarif vom 4. Juli 1851 pos. 13 bis 19 (V. O. S. S. 102) enthalten. Insofern dieselben nur die Gerichte, nicht die Notare betreffen, mussten die erforderlichen Bestimmungen im Gesetze selbst Aufnahme finden.

No. 1 entspricht den Positionen 14 bis 16 des früheren Tarifs. Da auf die Fälle des Aufgebotsverfahrens in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit die Vorschriften der D. Civilprocessordnung Anwendung finden (Ges. No. 12 vom 1. April 1879 §. 11), so mussten auch die Gebühren für das in jenen Angelegenheiten stattfindende Aufgebotsverfahren nach §. 44 des D. G. K. G. sich bestimmen.

Zu No. 2 vgl. pos. 17 des früheren Tarifs. Die danach eintretende Erhöhung der betr. Gebühr ist eine Folge des dem D. Gerichtskostengesetze zu Grunde liegenden Systems der Gebührenfestsetzung.

Zu No. 3 vgl. pos. 18 und 19 des früheren Tarifs. Ein Unterschied, je nachdem die Beschwerde beim Landgericht oder beim Oberlandesgericht verfolgt wurde, war nicht zu statuiren, da auch das D. G. K. G. in §. 49 nur bei dem Rechtsmittel der Berufung und Revision, nicht aber für die Beschwerdeinstanz eine Erhöhung der Gebühr eintreten lässt.

Zu §. 19. Die dem Notar zukommende Vergütung für einen ausserhalb seines Wohnsitzes zur Vornahme einer dienstlichen Handlung abgehaltenen Termin ist im Gesetze im Ganzen den bisherigen Sätzen entsprechend bestimmt (vgl. die Pos. 40, 41 und 43 des früheren Tarifs); nur die Gebühr für Versäumniss auf der Reise ist in Uebereinstimmung mit derjenigen Gebühr gebracht, welche nach §. 3 des Ges. No. 10 vom 13. März 1874 den Anwälten bei Reisen in Civil- und Strafprocesssachen bewilligt war.

In Betreff des Schlusssatzes vgl. pos. 12 des früheren Tarifs. Die daselbst getroffene Bestimmung, wonach auch für jeden Weg des Gerichts am Orte eine Gebühr von 2 Mark zu erlegen ist, hat keine Aufnahme in das gegenwärtige Gesetz gefunden, da von einer Entschädigung für Versäumniss bei den vom Staate besoldeten Beamten nicht wohl die Rede sein kann, und dem entsprechend bei Rechtsgeschäften ausserhalb des Gerichtsortes auch seither nur Diäten und Reisekosten der Gerichtspersonen, nicht aber eine Entschädigung für Versäumniss, wie solche den Notaren gebührt, zu zahlen sind.

Zu §. 20. Die nähere Begründung des Tarifs in Vormundschafts-sachen s. unten.

Die Gebühr in der Beschwerdeinstanz (s. pos. 7 des Tarifs v. 28. Juni 1851 [V. O. S. S. 82 und 83]) entspricht der Gebühr für die in Sachen der freiw. Gerichtsbarkeit erhobene Beschwerde, die in Absatz 2 für geringfügige Vormundschafts- und Curatelsachen ausgesprochene Befreiung von Gebühren, Stempeln und baaren Auslagen der in den Vorbemerkungen zu dem früheren Tarif unter litt. A. und B. (V. O. S. S. 79) enthaltenen Bestimmung ¹⁾).

Zu §. 21. In Betreff der Gebühren für Eintragungen in das Handelsregister (bezw. das Zeichen- und Musterregister) vgl. den Tarif in Anl. D. und die darauf bezüglichen Bemerkungen. Für die Eintragungen in das Genossenschaftsregister bedurfte es keiner besonderen Bestimmung, da die Eintragungen nach §. 69 des Reichsges. vom 4. Juli 1868, betr. die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschafts-genossenschaften (B. G. Bl. S. 432), kostenfrei zu erfolgen haben.

Zu §. 22. Vgl. Preuss. Ges. §. 3.

Die in den §§. 10 bis 19 und 27 Schlusssatz des Einf. Ges. zum D. Handelsgesetzbuch vom 14. September 1863 und in §. 5 der V. O. No. 7 vom 15. Januar 1869 enthaltenen Vorschriften, welche das Verfahren behuf Erzwingung von Anmeldungen zum Handels- und Genossenschaftsregister regeln, haben einen strafrechtlichen Charakter; auch der dafür in §. 53 des Ges. de 1863 cit. enthaltene Tarif lässt erkennen, dass die Festsetzung einer Strafe auf Grund der einfachen Nichtbefolgung des erlassenen Befehls, eine Anmeldung vorzunehmen, dem Erlass eines richterlichen Strafbefehls hat gleich geachtet werden sollen. Demgemäss rechtfertigt es sich, ebenso wie das Preuss. Gesetz die Vorschriften des D. Gerichtskostengesetzes über die Kosten in Strafsachen im Allgemeinen zur Anwendung zu bringen. Im Einzelnen ist noch zu bemerken:

Zu No. 1. Die Verfügung, durch welche eine Ordnungsstrafe ausgesprochen wird, hat, da Einspruch gegen dieselbe zulässig ist (Ges. No. 31 vom 14. Sept. 1863 §§. 10 bis 12), den Charakter eines amts-richterlichen Strafbefehls; es rechtfertigt sich daher die dem §. 63 des D. G. K. G. entsprechende Bestimmung.

Zu No. 2. Ist nach erhobenem Einspruch eine denselben zurückweisende Entscheidung abgegeben (Ges. de 1863 cit. §§. 12 und 13), mag dabei mündliche Verhandlung stattgefunden haben oder nicht, so sollen bei der Einfachheit der Sache unter Anwendung des eine Herabsetzung

¹⁾ Der Entw. hatte, conform mit dem früheren Tarif, Gebührenfreiheit nur dann bewilligen wollen, wenn das Vormundschaftsvermögen 300 resp. 600 Mk. betrage. Die Erhöhung dieser Sätze auf 500 resp. 1000 Mk. beruht auf einem durch die inzwischen eingetretene Verringerung des Geldwerths motivirten Antrag der Commission.

der Gebühr zulassenden Grundsatzes des §. 64 des D. G. K. G. nur fünf Zehnthelle der Sätze des §. 62 erhoben werden.

Zu No. 3. Für die von Amtswegen erfolgende Androhung einer Ordnungsstrafe, da sie ein weiteres Verfahren nicht zur Folge zu haben braucht, sind auch bisher Gebühren und Auslagen nicht erhoben.

Zu §. 23. Vgl. Preuss. Ges. §. 15.

Besondere Gebührensätze für solche Fälle, wo nach Massgabe des Handelsgesetzbuchs oder des Genossenschaftsgesetzes eine gerichtliche Entscheidung in Betreff gewisser an sich nicht processualischer Angelegenheiten abgegeben werden muss, haben bisher hier nicht existirt. Dagegen war in §. 54 des Einf. Ges. zum H. G. B. bestimmt, dass die Ertheilung der Verkaufsbewilligung an den betr. Gläubiger oder Commissionär in den Fällen der Art. 310 Abs. 2 und 375 des H. G. B. (§. 43 l. c.) sportelfrei zu erfolgen habe.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der hier in Betracht kommenden Angelegenheiten (Ernennung von Liquidatoren, Ermächtigung zum Verkauf von Pfändern und dergl.) rechtfertigt es sich jedoch, im Anschluss an das Preuss. Gesetz das D. Gerichtskostengesetz auch hierfür zur Anwendung zu bringen, und zwar regelmässig 5 Zehnthelle der Sätze des §. 8 l. c. zu fordern, für die höhere Instanz aber, sowie im Fall der Zurnahme des Antrags nach den §§. 45 und 46 des D. G. K. G. zu verfahren.

Aus der Fassung des §. folgt:

1) dass solche gerichtliche Handlungen, welche blos Acte der Beglaubigung sind, wie Beeidigung der Handelsmakler etc., dem Sportelsatze nicht unterliegen, da dieser nur für gerichtliche Entscheidungen gefordert wird, daher denn in Anl. D. sub VI des gegenwärtigen Gesetzes die schon bisher (Ges. de 1863 cit. §. 54 Abs. 2) für die Beeidigung der Handelsmakler bestehende Gebührenfreiheit beibehalten ist;

2) dass gleichfalls diejenigen gerichtlichen Acte, welche die Ernennung von Sachverständigen zum Zwecke der Feststellung des Zustandes einer Waare betreffen (H. G. B. Art. 348, 365, 407) von der Vorschrift des §. 23 nicht betroffen werden, weil dieser §. „nur auf die von den Deutschen Processordnungen nicht betroffenen Angelegenheiten“ sich bezieht, während die Ernennung von Sachverständigen in dem hervorgehobenen Falle durch den §. 13 Abs. 4 des Einf. Ges. z. D. C. P. O. unter die processualischen Bestimmungen über Sicherung des Beweises (D. C. P. O. §§. 447 ff.) gestellt ist, mithin ohne Weiteres dem hierfür geltenden Gebührensätze in §. 36 des D. G. K. G. unterliegen muss.

Zu §. 24. Für die im Fall der Ehetrennung aus landesherrlicher Machtvollkommenheit abgegebenen Erkenntnisse ist bisher überall kein Gebührensatz erhoben, weil man den der Civilprocessordn. v. 19. März 1850 angehängten Sporteltarif, da derselbe die Abgabe eines Erkennt-

nisses auf Grund vorausgegangener mündlicher Hauptverhandlung voraussetzte, nicht für anwendbar erachtete (Rescr. O. G. v. 4. Aug. 1854 in Bege, Rep. VIII. S. 19. 100). Es ist jedoch nicht abzusehen, warum die mit dem Verfahren über die landesherrliche Ehetrennung verbundene Mühewaltung des Gerichts, wenn sie wirklich zur Trennung der Ehe geführt hat, nicht einem Gebührensätze unterliegen soll. Das Gesetz schreibt daher vor, dass die einfache Gebühr der Sätze des §. 8 des D. G. K. G., deren Höhe nach Massgabe der Vorschrift des §. 10 daselbst sich bestimmt, für das gesammte durch das Ges. Nr. 33 v. 23. Juni 1879 (s. oben S. 263 ff.) geordnete, den Amtsgerichten übertragene Verfahren erhoben, und dass von dieser Erhebung nur dann abgesehen werden soll, wenn die Trennung der Ehe vom Landesherrn nicht verfügt oder aus sonstigen Gründen, z. B. wegen Versöhnung der Bittsteller oder wegen Rücktritts eines derselben, unterblieben ist.

Zu §. 25. Vergl. Preuss. Gesetz §. 19.

Für die Rechtshülfe in streitigen Rechtssachen entscheidet der §. 165 des D. Gerichtsverfassungsgesetzes, dass die ersuchende Behörde die wirklich aufgewandten Kosten (Gebühren und baare Auslagen) von der zahlungspflichtigen Partei einziehen, den eingezogenen Betrag der ersuchten Behörde übersenden und nur diejenigen baaren Auslagen, welche durch eine Auslieferung oder eine Strafvollstreckung entstanden sind, direct erstatten soll. Die Bestimmung des §. 165 bezieht sich zwar an sich nur auf den Fall, wenn die ersuchte Behörde einem anderen Bundesstaate angehört; sie trifft aber auch dann zu, wenn innerhalb desselben Bundesstaates ein Gericht das andere um Vornahme einer gerichtlichen Handlung requirirt, da in jedem Falle nur die für die betr. Handlung bestimmte Gebühr und Nichts weiter gefordert werden darf. Für diesen Fall bedurfte es daher keiner ergänzenden Bestimmung, zumal schon in §. 5 des gegenwärtigen Gesetzes bestimmt ist, dass der Ansatz der Gebühren, auch dann, wenn die betr. Handlung von einem anderen Gerichte vorgenommen war, stets bei dem ersuchenden Gerichte erfolgen soll. — Dabei ist zu beachten, dass in streitigen Sachen das Gebiet der Rechtshülfe sich in Zukunft überhaupt einengen, namentlich in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten wesentlich nur auf Vornahme einzelner richterlicher Handlungen, bes. Zeugenvernehmungen, Augenscheinseinnahmen u. dergl., sich beschränken wird, dass dagegen, wo die Thätigkeit der Gerichtsvollzieher und Gerichtsschreiber in Frage steht, also bei Vollstreckungen, Ladungen, Zustellungen, die Rechtshülfe des Gerichts überhaupt nicht mehr erforderlich ist, vielmehr jene Beamten ohne Weiteres von der Partei zu requiriren sind, gleichgültig, ob sie demselben oder einem anderen Bundesstaate angehören (D. G. V. G. §§. 161, 162).

Dagegen war es erforderlich, über die Kosten der Rechtshülfe, welche einem nicht Braunschweigischen Gerichte in den durch die Deutschen Processordnungen nicht betroffenen Angelegenheiten (wie Forststraf-

sachen, Disciplinarsachen, Sachen der nicht nichtstreitigen Gerichtsbarkeit) geleistet worden ist, Bestimmung zu treffen, da, wenn auch durch §. 70 des Ausführungsgesetzes zum D. Gerichtsverfassungsgesetze die Vorschriften über Rechtshülfe im Allgemeinen auch auf das Gebiet der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit ausgedehnt sind, dies doch weder hinsichtlich des §. 165, noch hinsichtlich des §. 161 des D. G. V. G. der Fall gewesen ist. Bisher bestanden im hiesigen Lande Bestimmungen über die Kosten bei Requisitionen nicht Braunschweigischer Gerichte, abgesehen von der streitigen Gerichtsbarkeit, nur für Vormundschafts- und Curatelsachen (Geb. Tarif v. 28. Januar 1851 sub VI. [V. O. S. S. 84]). Diese Bestimmungen passen gegenwärtig nicht mehr, und empfahl es sich, für das gesammte Gebiet der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit an die Vorschriften des Preuss. Gesetzes sich anzuschliessen. Hiernach kommen regelmässig nur diejenigen Gebühren, welche auch im Herzogthum erhoben werden mussten, zur Berechnung. Nur in Betreff der Zustellungen — wegen deren nach dem analogisch zur Anwendung kommenden §. 162 des D. G. V. G. das fremde Gericht den Gerichtsschreiber behuf seiner Vermittelung durch Beauftragung des Gerichtsvollziehers direct requiriren kann — wird die in No. 2 erwähnte Gebühr regelmässig höher sein, als die Zustellungsgebühr in streitigen Rechtssachen; indessen verbot es sich gerade hier aus Rücksichten der Reciprocität, von den Bestimmungen des grösseren Nachbarstaates abweichende Vorschriften zu statuiren.

Zu §. 26. Vgl. Preuss. Ges. §. 32.

Dass die D. Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher, an sich nur bestimmt für die durch die D. Processordnungen betroffenen Angelegenheiten, auch für Angelegenheiten anderer Art Anwendung finden soll, wenn es sich dabei um Zustellungen und Zwangsvollstreckungen handelt, welche nach Massgabe der D. Processordnungen ausgeführt werden, bedarf keiner Rechtfertigung. Was die Zwangsvollstreckungen betrifft, so gehört dahin beispielsweise die Vollstreckung erkannter Geldstrafen in Forststrafsachen, executivische Einziehung erkannter Ordnungsstrafen in Vormundschaftssachen, Grundbuchsachen, behuf Anmeldung zum Handelsregister etc., während die D. Gebührenordnung nicht würde Platz greifen können, wenn etwa der Gerichtsvollzieher mit Ausführung der administrativen Zwangsvollstreckung beauftragt werden sollte.

Die Anwendung der Gebührenordnung schliesst auch den im §. 24 derselben gemachten Vorbehalt mit ein. Wenn hierbei durch No. 1 des §. 24 der Landesgesetzgebung das Recht ertheilt ist, geringere Gebühren zu bestimmen, wofern dieselbe von der ihr in §. 39 der D. St. P. O. ertheilten Befugniss Gebrauch macht, für den Nachweis der Zustellungen im Vorbereitungsverfahren, im Stadium der Voruntersuchung und für das Strafvollstreckungsverfahren einfachere Formen zuzulassen, so musste dasselbe Recht auch da Platz greifen, wo die Landesgesetzgebung selbst

der Landesjustizverwaltung die Substituierung anderer Formen sei es für den Nachweis der Zustellungen, wie in Forststrafsachen (F. St. G. No. 18 v. 1. April 1879 §. 50), sei es für die Zustellung selbst gestattet hat, welches letztere in allen gerichtlichen, nicht zu der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit gehörenden Angelegenheiten der Fall ist (Ges. No. 11 v. 1. April 1879 §. 67 Abs. 2)¹⁾. In welchem Wege bezw. durch welche Behörde die Gebühren zu bestimmen sind, schreibt der §. 31 vor.

Zu §. 27. Nach §. 66 No. 1 des Ausführungsges. z. D. Gerichtsverfassungsgesetze (s. oben S. 23) sind die Gerichtsvollzieher zur Aufnahme von Wechselprotesten befugt. Die Gebühren für solche sind durch §. 34 des Preuss. Gesetzes für den ganzen Umfang der Monarchie entsprechend der Taxe in dem nur rücksichtlich der Gerichtsvoigte der Provinz Hannover gültigen §. 3 des Ges. v. 21. April 1876 (G. S. S. 111) festgestellt. Es empfahl sich, diese Taxe auch in Betreff der hiesigen Gerichtsvollzieher zu adoptiren.

Zu §. 28. Vgl. Preuss. Ges. §. 35.

Für freiwillige Versteigerung von Mobilien bestand bis jetzt die in der Sporteltaxe vom 4. Juli 1851 pos. 7 bestimmte Gebühr (V. O. S. S. 100, 101), welche auch bei den von den Gerichtsunterbedienten selbstständig vorgenommenen Auctionen (deren Gegenstand 200 Thaler nicht übersteigt) zur Anwendung kam, wobei dann den letzteren für auswärtige Termine neben den Reisekosten auch Diäten erstattet wurden, welche jedoch von dem Extrahenten der Auction nicht vergütet zu werden brauchten (vgl. die citirte Sporteltaxe pos. 41 Anm. b — d). Nachdem nunmehr auf Grund des §. 66 No. 2 des Ausf. Ges. z. D. G. V. G. die Gerichtsvollzieher zur Vornahme freiwilliger Versteigerungen von Mobilien, Früchten auf dem Halme, Holz auf dem Stamme, Gebäuden auf Abbruch ohne Beschränkung des Werthes für zuständig erklärt sind, empfiehlt es sich, die Gebührenbestimmungen, welche in §. 7 der D. Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher für die im Wege der Zwangsvollstreckung erfolgenden Versteigerungen getroffen sind, auch für freiwillige Versteigerungen, für welche sie gleichfalls geeignet sind, zur Anwendung zu bringen. Die Folge davon ist, dass auch die dem Gerichtsvollzieher erwachsenden baaren Auslagen nach Massgabe der §§. 13, 14 und 17 der D. Gebührenordnung für G. V. berechnet werden dürfen (s. unten §. 30).

Zu §. 29. Vgl. Preuss. Ges. §. 36.

Auch in Betreff der Vornahme von Inventuren, Siegelungen und Entsiegelungen im Auftrage des Gerichts oder des Concursverwalters, für welche die Gerichtsvollzieher nach §. 66 No. 3 des Ausführungsgesetzes zum D. G. V. G. zuständig sind, schien es angezeigt, die entsprechenden Gebührensätze der D. Gebührenordnung zu adoptiren. Die Inventur

¹⁾ Vgl. *Bekanntm.* No. 62 v. 12. Sept. 1879 (s. oben Anhang II. hinter S. 34).

steht nach Massgabe der erforderlichen Thätigkeit des Gerichtsvollziehers der Pfändung gleich (D. Gebührenordn. §. 4); Siegelungen und Entsiegelungen konnte nur der halbe Werth beigelegt werden¹⁾. Waren letztere nur vorläufig vorgenommen, z. B. Abends, wenn das Geschäft am folgenden Tage fortzusetzen war, so soll in Beibehaltung des Grundsatzes der Sporteltaxe vom 4. Juli 1851 pos. 23 Abs. 2 (V. O. S. S. 103) keine Gebühr gefordert werden.

Zu §§. 30 u. 31. Vgl. Preuss. Ges. §§. 38 u. 39.

1. Die Vorschrift des §. 30, welcher alle Gebühren der Gerichtsvollzieher unter die allgemeinen Bestimmungen der D. Gebührenordnung stellt, bezieht sich nicht nur auf die in den §§. 27 bis 29 bezeichneten, sondern auch auf solche Dienstgeschäfte, welche ihnen etwa später noch durch die Landesjustizverwaltung, welche nach §. 65 des Ausführungsgesetzes z. D. G. V. G. die Geschäftsverhältnisse der Gerichtsvollzieher zu bestimmen hat, werden übertragen werden. Auch auf solche Geschäfte sollen daher die allgemeinen Bestimmungen der §§. 12 bis 23 der D. Gebührenordnung Anwendung finden. Dieser Grundsatz tritt auch dann ein, wenn etwa den Gerichtsvollziehern auf Grund des Vorbehalts in §. 24 Nr. 2 des Reichsgesetzes an Stelle der Gebühren und Auslagen, welche sie nach Massgabe der D. Gebührenordnung zu beanspruchen haben würden, eine anderweite Vergütung bewilligt werden sollte, ein Umstand, der im Verhältniss zu den ersatzpflichtigen Personen selbst durchaus ohne Einfluss ist, da für diese, wie schon §. 24 Abs. 2 des Reichsgesetzes für das Gebiet der streitigen Gerichtsbarkeit ausspricht, die Bestimmungen der D. Gebührenordnung durchweg massgebend bleiben.

2. Die nähere Anordnung, ob und in welcher Weise von diesem soeben gedachten Vorbehalte Gebrauch zu machen sei, muss der H. Landesregierung überlassen bleiben (Ausführungsgesetz z. D. G. V. G. §. 69). Was dagegen die Regelung derjenigen Gebühren betrifft, welche die Gerichtsvollzieher erhalten sollen, wenn in den Fällen des §. 39 der D. St. P. O. oder in Forststrafsachen oder in nichtstreitigen Rechtssachen er-

¹⁾ Für Siegelungen und Entsiegelungen, insofern damit eine Inventur nicht verbunden ist, hatte der Entw. „die Hälfte der (im ersten Satze) erwähnten Gebühren“ in Vorschlag gebracht. Die Commission erachtete diese Bestimmung für manche Fälle als zu hoch und nahm an, dass eine für alle und jede Fälle Geltung habende Gebühr schon um desswillen einer variablen vorzuziehen sei, weil dieselbe nach §. 30 des gegenw. Gesetzes in Verb. mit §. 20 der D. Gebührenordn. für Gerichtsvollzieher mit Erledigung des Auftrages fällig werden solle, zu dieser Zeit aber der Vermögenswerth der versiegelten Gegenstände noch nicht feststehe. Es wurde daher auf Antrag auch auf Ersatz der Reisekosten Anspruch hat, ein geringer, aber fester Satz von 1,50 Mark für Acte dieser Art bestimmt.

leichterte Formen für Zustellungen bezw. deren Nachweis zugelassen werden (s. oben Anm. 1 zu §. 26), so soll nach §. 31 hierüber die Landesjustizverwaltung zu bestimmen haben. Dasselbe soll auch der Fall sein, wenn dem Gerichtsvollzieher neue Geschäfte übertragen werden; zur Bestimmung der für letztere zu berechnenden besonderen Gebühren (hinsichtlich der allgemeinen s. oben) jedesmal den Weg der Gesetzgebung zu beschreiten, würde zu weitläufig und um so weniger rathsam sein, als es sich hierbei immer nur um geringfügige Beträge handeln wird. Auch das Preussische Gesetz hat deren Fixirung dem Justizminister übertragen.

Zu §§. 32 und 33. Vgl. Preuss. Ges. §§. 40 und 41.

Der §. 32, welcher den baaren Auslagen auch die Stempel zugerechnet wissen will, bezieht sich nicht auf Geschäfte der Gerichtsvollzieher in solchen Angelegenheiten, welche durch die D. Processordnungen betroffen werden, da diese nach §. 2 des D. G. K. G. stempelfrei sind, wohl aber auf andere zum Geschäftskreise der Gerichtsvollzieher gehörige Acte, daher dieselben z. B. zu Wechselprotesten, Versteigerungsprotokollen etc. den gewöhnlichen Stempelsatz verwenden müssen und den ausgelegten Betrag erstattet verlangen können. Die Bestimmung war nothwendig, weil die nach §. 30 auch auf nichtstreitige Sachen zur Anwendung gebrachte Vorschrift des §. 13 der D. Gebührenordnung eine exclusive Bedeutung hat, ohne den §. 32 daher die Vergütung der aufgewendeten Stempel ausgeschlossen sein würde.

Da die Zustellungsurkunden in Sachen der streitigen Gerichtsbarkeit nach §. 2 des D. G. K. G. stempelfrei sind, so empfahl es sich der Vereinfachung wegen, den gleichen Grundsatz auch für Angelegenheiten der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit zu adoptiren.

Zu §. 34. Vgl. Preuss. Ges. §. 42.

Dass die D. Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige, welche an sich nur bei Angelegenheiten der streitigen Gerichtsbarkeit zur Anwendung kommt, auch auf die durch die Processordnungen nicht betroffenen Angelegenheiten für anwendbar erklärt ist, entspricht dem bisherigen Verfahren, da schon jetzt sowohl nach der Sporteltaxe für Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit pos. 44, als nach derjenigen für Vormundschaftssachen sub IV (V. O. S. de 1851 S. 111 und 84) den vernommenen Auskunftspersonen dieselben Gebühren wie in Civilprocesssachen zu zahlen waren. In Betreff der Gebühren der Urkundszeugen s. Anl. B. XVI.

Zu §. 35. Der §. 35 Abs. 2 reservirt die früheren Sporteltaxen ¹⁾ für diejenigen Civilprocesse, Concurse, Strafsachen, welche, weil schon

¹⁾ Mit der durch §. 18 des Ges. No. 12 vom 1. April 1879 (s. oben S. 120) erfolgten Aufhebung der C. P. O. v. 19. März 1850 — vorbehältlich deren

vor dem 1. October 1879 anhängig, auch nach diesem Zeitpunkte auf Grund der betr. gesetzlichen Bestimmungen nach den bisherigen gesetzlichen Vorschriften zu erledigen sind. Was die Strafsachen betrifft, so gilt dies nur hinsichtlich der am 1. October 1879 noch rückständigen, dem Strafsenate des Oberlandesgerichts überwiesenen Rechtsmittel (Einf.-Ges. zur D. St. P. O. §. 8 Abs. 2, Ges. No. 13 v. 1. April 1879 §. 29 Abs. 3), da auf alle sonstigen am Tage des Inkrafttretens der D. Strafprocessordnung anhängigen bezw. an die erste Instanz zurückverwiesenen oder wieder aufgenommenen Strafsachen die Vorschriften der D. Strafprocessordnung Anwendung finden (E. G. z. D. St. P. O. §. 8 Abs. 1, §§. 9, 10). In Betreff der Concourse entscheidet der Grundsatz des Einf.-Ges. z. D. Concursordnung §. 8 Abs. 1, dass ein vor dem 1. October 1879 eröffnetes Concurverfahren — welchem das nach §. 309 der Braunschw. C. P. O. eingeleitete Verfahren zum Versuche der Erreichung eines Stundungs- oder Nachlassvertrages gleichsteht — nach den bisherigen Gesetzen erledigt werden soll. Hinsichtlich der Civilprocesse sind die Bestimmungen des Gesetzes No. 13 v. 1. April 1879 massgebend. Wird danach der Civilprocess nach dem 1. October 1879 im bisherigen Verfahren fortgesetzt, so soll auch die frühere Taxe für Civilprocesssachen Geltung haben. Ob in einem derartigen Prozesse bei einzelnen gerichtlichen Handlungen nicht mehr die Vorschriften der früheren, sondern diejenigen der D. Civilprocessordnung zu Grunde zu legen sind, z. B. bei Recusationen von Gerichtspersonen, Zustellungen, Zeugenvernehmungen etc. (vgl. Ges. No. 13 v. 1. April 1879 §§. 2, 4, 6 Abs. 1, 23, 24), ist gleichgültig. Anders dagegen ist es, wenn aus dem am 1. October 1879 anhängigen und nach den bisherigen Vorschriften zu erledigenden Civilprocesse ganze Abschnitte des Verfahrens („eine Instanz“ im weiteren Sinne), weil auf sie der Begriff der Anhängigkeit keine Anwendung findet, abgetrennt und der Erledigung nach Massgabe der D. Civilprocessordnung überwiesen sind, z. B. Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtniss, Arrest, Instanz der Zwangsvollstreckung (Ges. cit. §§. 6 Abs. 2, 7, 20, 21 Abs. 3); hier kann nicht mehr die alte Taxe, sondern es muss die Taxe des D. Gerichtskostengesetzes zur Anwendung gelangen.

weitere Anwendung nach Massgabe des Uebergangsgesetzes No. 13 v. 1. April 1879 — ist auch die derselben angehängte Sportel- und Gebührntaxe, insbesondere also auch die Gebührntaxe der Anwälte in nicht processualischen Sachen beseitigt. Da die D. Gebührenordn. für Rechtsanwälte v. 7. Juli 1879 nach §. 1 derselben nur für die durch die D. Processordnungen betroffenen Angelegenheiten Geltung hat, so bedarf es für alle Sachen, in welchen dieselbe nicht Platz greift, namentlich also für Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit oder bei Zwangsvollstreckungen in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen, der Ergänzung durch ein Landesgesetz, worauf auch seitens der Commission am Schlusse ihres Berichts aufmerksam gemacht ist. Bis zum Erscheinen eines solchen — in Preussen unterm 2. Febr. 1880 erlassenen — Gesetzes wird die D. Gebührenordnung für Rechtsanwälte auch für derartige Angelegenheiten analogisch zur Anwendung gebracht werden müssen (arg. § 91 das.)

Uebrigens sind durch die Bestimmung in §. 35 Abs. 2 nur die Sporteltaxen selbst vorbehalten. Die Art der Erhebung und Einziehung der in streitigen Rechtssachen dieser Art erwachsenen Gerichtskosten wird dieselbe wie für diejenigen Rechtssachen, auf welche das D. Gerichtskostengesetz und das gegenwärtige Gesetz Anwendung finden ¹⁾).

Zu Anlage A. I. In dem Verfahren der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen, wenn dieselbe, wie die Regel ist, durch Zwangsversteigerung erfolgt, lassen sich regelmässig drei selbstständige Abschnitte unterscheiden: die Beschlagnahme des Grundstücks, die Zwangsversteigerung desselben und die Vertheilung des aus der Versteigerung erzielten Erlöses. Jeder dieser Abschnitte muss einem besonderen Gebührensätze unterliegen. Was

1) die Entscheidung über den Antrag auf Anordnung der Zwangsvollstreckung (Beschlagnahme des Grundstücks) betrifft, so erfolgt dieselbe nach §. 755 Abs. 2 der D. C. P. O. Es sind dafür mithin die Gebühren nach §. 35 No. 3 des D. G. K. G. zu erheben, und dasselbe muss consequenter Weise stattfinden, wenn die Zwangsvollstreckung in andere Gegenstände des unbeweglichen Vermögens geschieht, deren Feststellung nach dem Vorbehalte in §. 757 Abs. 2 der D. C. P. O. durch §. 2 des Gesetzes No. 37 v. 10. Juli 1879, die Zwangsvollstreckung etc. betr., erfolgt ist. Es bedurfte daher im Tarif hierfür keiner besonderen Festsetzung. Nur musste ausgesprochen werden, dass für die Eintragung des Beschlagnahmebeschlusses im Grundbuche, weil sie von Amtswegen durch das Gericht zu bewirken ist (vgl. das cit. Gesetz §§. 24, 25), keine besondere Gebühr zu berechnen sei. Dieser Satz ist unter I. des Tarifs enthalten.

2) Einen zweiten selbstständigen Abschnitt bildet die eigentliche Zwangsversteigerung. Es sind hierbei unter III. die für die freiwillige Versteigerung von Immobilien bestehenden Gebührensätze (Anl. B. unter I.) zu Grunde gelegt, und ist auch hier davon ausgegangen, dass alles dasjenige, was zur amtlichen Geschäftsthätigkeit der Gerichte gehört und gleichsam als ein „Nebengeschäft“ im Sinne des §. 2 des Gebührentarifs in Grundbuchsachen (Ges. No. 26 vom 25. Juni 1878) sich darstellt, wie die Ausfertigung des Adjudicationsurtheils und die danach im Grundbuche vorzunehmenden Eintragungen und Löschungen, keinem Gebührensätze unterworfen sei ²⁾).

¹⁾ Wegen der näheren Vorschriften in Betreff der Contirung etc. in den vor dem 1. October 1879 anhängig gewordenen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Concursen vgl. §§. 52 bis 55 der Bekanntm. No. 56 v. 3. Sept. 1879 (s. unten).

²⁾ Auf Antrag der Commission sind die im Entw. unter III. proponirten Gebührensätze angemessen erhöht, „da die Zwangsversteigerung von Immobilien eine sehr erheblich grössere Mühewaltung und Verantwortlichkeit des Gerichts veranlasst, als ein freiwilliger Verkauf derselben, indem nach der neuen Subhastationsordnung nicht nur die Bestimmung der Art und Weise

3) Als letzter Abschnitt endlich ergibt sich das Vertheilungsverfahren. Hierfür sollen nach IV. die Gebühren der Sätze unter III., und nur in den Fällen, wo ein förmliches Vertheilungsverfahren nicht stattfindet, die Hälfte dieser Gebühren zur Berechnung kommen.

Neben diesen Hauptsätzen des Tarifs mussten dann besondere Gebühren für solche gerichtliche Handlungen festgestellt werden, welche von dem regelmässigen Gange des Zwangsversteigerungsverfahrens abweichen. Es gehört dahin:

a. die Wiederaufhebung des Beschlagnahmebeschlusses für den Fall, dass der Antrag auf Anordnung der Beschlagnahme freiwillig zurückgenommen ist, oder dessen Rücknahme gesetzlich präsumirt wird, oder nachträglich ein die Beschlagnahme hindernder Umstand eingetreten war;

b. die Wiederaufhebung des Beschlusses, durch welchen der Zuschlag ertheilt worden, einschliesslich des darauf bezüglichen Verfahrens;

c. die Fälle der nochmaligen Versteigerung des Grundstücks oder der Resubhastation desselben;

d. die Beschwerdeinstanz;

e. die gerichtliche Verwahrung von Kaufgeldern. Für Handlungen dieser Art sollen die in den Sätzen II. V. VI. VIII. und IX. des Tarifs enthaltenen Gebühren berechnet werden; sie schliessen sich den entsprechenden Gebührensätzen des D. Gerichtskostengesetzes und des in Anl. B. enthaltenen Tarifs an und bedürfen keiner weiteren Erläuterung.

II. Erfolgt das Verfahren der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen nicht durch Zwangsversteigerung, sondern durch Zwangsverwaltung, so soll für alle in derselben begriffenen, einzeln nicht besonders zu berechnenden gerichtlichen Handlungen der unter VII. des Tarifs bestimmte Gebührensatz als Pauschgebühr sowohl für die eigentliche Verwaltung, wie für das Vertheilungsverfahren zur Anwendung kommen. Dagegen sind die Beschlagnahme des Grundstücks zum Zwecke der Zwangsverwaltung (Gesetz, die Zwangsvollstreckung etc. betr., §. 96 Abs. 4), die Rücknahme des Antrags auf Beschlagnahme, die Beschwerdeinstanz und die etwaige gerichtliche Verwahrung der zur Vertheilung kommenden Ertragsüberschüsse (ibid. §. 107 Abs. 1) auch hier nach den Bestimmungen unter I. II. VIII. und IX. des Tarifs zu berechnen.

der Versteigerung, die Zustellung der Bekanntmachung derselben an die beteiligten Gläubiger, die Feststellung der Verkaufsbedingungen und die Ertheilung des Zuschlages von Seiten des Gerichts stattzufinden hat, mit welcher letzteren eine grosse Verantwortlichkeit des Subhastationsrichters, event. des Staats, verbunden ist, sondern auch die Gebühr für Ausfertigung des Adjudicationsurtheils und der auf Grund desselben vorzunehmenden bezw. zu veranlassenden Eintragungen oder Löschungen im Grundbuche in den normirten Taxen mit begriffen ist, während bei einer freiwilligen Versteigerung demnächst eine nach §. 2 No. 1 des Gebührentarifs für Grundbuchsachen mit nicht unbedeutenden Kosten verknüpfte gerichtliche Auflassung erforderlich wird.“
(Landt. Verh. Anl. 99, S. 3.)

Zu Anlage B. Der Gebührentarif für Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit entspricht fast durchweg der bisherigen Sportel- und Gebührentaxe in Sachen der freiw. Gerichtsbarkeit v. 4. Juli 1851. Diese Taxe hat sich während der Zeit ihres Bestehens bewährt, und ein Bedürfniss zur Aenderung der Grundlagen derselben ist nicht vorhanden¹⁾. Die vorgenommenen Aenderungen sind entweder nur redactioneller Art, oder sie bestehen in einem Anschluss an die für die Gerichtsvollzieher bestimmten Gebühren, wo solcher Anschluss angemessen erschien. Auch war kein Bedürfniss mehr vorhanden, eine theilweise Trennung der den Gerichten und der den Notaren zukommenden Gebühren beizubehalten, nachdem die Gebührensätze für solche Rechtsacte, welche die Gerichte allein betreffen (wie z. B. die pos. 14 bis 21 des früheren Tarifs), in das Gesetz selbst aufgenommen sind (vgl. §§. 18 u. 25, und hinsichtlich der Affixion, als einer Art der Zustellung, §§. 13 u. 26).

Was die Einzelbestimmungen betrifft, so wird bei den Sätzen des neuen Tarifs im Allgemeinen eine Verweisung auf die Positionen des früheren Tarifs genügen.

Zu I. Bem. 1 u. 2.

In der bisherigen Sportel- und Gebührentaxe war kein Kostensatz für den Fall der Zurücknahme des Antrages auf protokollarische Aufnahme der sub I. bezeichneten Rechtsacte, nachdem bereits zur Ausführung des Auftrags geschritten worden, ausgeworfen: Da es unbillig erschien, dass für die Zeit und Mühe, welche der instrumentirende Beamte darauf bereits verwandt, überall keine Entschädigung erfolge, ist eine solche im neuen Tarif zugebilligt und auf die Hälfte der Taxe für das Geschäft selbst bemessen. — Wegen der Bemerk. 2 vgl. pos. 37 des früheren Tarifs und oben Anm. 1 zu §. 35.

Zu II. vgl. pos. 2 und die allgem. Bemerk. unter H. (V. O. S. S. 113),

wobei hervorgehoben wird, dass die protokollarische Aufnahme von Gesuchen um Bewilligung von Leihhausdarlehen gegenwärtig nicht mehr zum Geschäftskreise der Richter, sondern der Gerichtsschreiber gehört (Ges. No. 11 v. 1. April 1879 § 62)²⁾.

Zu III. vgl. pos. 3.

¹⁾ Der Entw. hatte hier und in den übrigen Tarifen die bisherige mit einem Geldwerthe von 30 000 Mark abschliessende Gebührensca la beibehalten. Auf Veranlassung der Commission ist jedoch mit Rücksicht auf den seit dem Erlass der bisherigen Tarife erheblich gesunkenen Geldwerth einer über jenen Betrag hinausgehenden unbeschränkten Scala der Vorzug gegeben; man hat damit zugleich einen Ersatz für den Ausfall geschaffen, welcher in Folge der Herabsetzung der Kosten derjenigen Rechtsgeschäfte, welche einen geringeren Geldwerth zum Gegenstand haben, für die Staatskasse bzw. für die sonstigen Beamten der freiw. Gerichtsbarkeit eingetreten sein würde.

²⁾ Den Darlehnsverträgen sind auf Antrag der Commission auch die Creditverträge beigezählt, welche in der letzteren Zeit häufiger geworden sind und meistens mehr Mühe als gewöhnliche Darlehnsverträge verursachen.

Zu IV. vgl. pos. 4.

Zu V. vgl. pos. 5.

Zu VI. vgl. pos. 6 ¹⁾).

Die in pos. 6 erwähnten Inventuren werden zu XIII. des neuen Tarifs aufgeführt. Die Bemerkung unter lit. b. des früheren Tarifs ist in §. 16 Abs. 2 des Gesetzes aufgenommen.

Zu VII. vgl. pos. 7.

Die bei VII. enthaltene Gebühr entspricht dem §. 7 der D. Gebührenordn. für Gerichtsvollzieher, bezw. dem §. 28 des gegenwärtigen Gesetzes. Die Erhöhung war eine nothwendige Folge der für die Gerichtsvollzieher bei Vornahme des gleichen Rechtsactes bestimmten Gebühr.

Zu VIII. vgl. pos. 8.

Die nähere Festsetzung der Gebühr, welche auch dann zur Anwendung kommt, wenn der Wechselprotest von dem Gerichtsschreiber aufgenommen wird (Ges. No. 11 v. 1. April 1879 §. 61), entspricht dem §. 27 des Gesetzentw. (s. die Motive dazu).

Zu IX. vgl. pos. 24.

Zu X. vgl. pos. 26 und 27.

Zu XI. vgl. pos. 28, 9, 25 und 22 ²⁾).

Die Erhöhung der Gebühr für den Grundbuchsauszug (pos. 22) von 50 Pfennig auf 1 Mark ist eine Folge der auch dem Gebührentarif in Grundbuchsachen zu Grunde liegenden theilweisen Erhöhung der bisherigen Sätze (z. B. für Ausfertigung des Hypothekenbriefs). — Die Bemerk. bei pos. 9 litt. a über die zu Gunsten einer armen Partei gebührenfrei vorzunehmende Beglaubigung der Processvollmacht musste ausfallen, weil solche Beglaubigung in Zukunft nicht mehr von Amtswegen gefordert werden kann (D. C. P. O. §. 76 Abs. 2), in denjenigen Fällen aber, wo sie auf Verlangen des Gegners zu erfolgen hat, die betr. Beglaubigungsgebühr nöthigenfalls aus der Gerichtskasse bestritten werden muss (arg. D. Gebührenordn. f. Gerichtsvollz. §. 21) und als baare Auslage der armen Partei nicht auferlegt werden darf (D. G. K. G. §. 79 No. 6, D. C. P. O. §. 107 No. 1).

Zu XII vgl. pos. 29.

Zu XIII. vgl. pos. 23.

¹⁾ Der Entw. enthielt im Anschluss an den seither in Geltung befindlichen Gebührentarif keine Taxe für die Aufnahme der Protokolle von Generalversammlungen und von Vorstands- und Aufsichtsrathssitzungen. Bei dem gegenwärtigen Umfange des Associationswesens hielt die Commission die Feststellung einer solchen Taxe für geboten, und sind demnach die betr. Geschäfte den unter VI. angeführten angereicht.

²⁾ Die Bestimmung in Abs. 3 bei XI ist erst auf Antrag der Commission hinzugefügt, welche darauf aufmerksam machte, dass gegenwärtig Landeschuldverschreibungen im Betrage von 75 Mark ausgegeben würden, und eine Härte darin erblickte, wenn für In- und Aussercourserklärungen solcher Papiere jedesmal eine Gebühr von 1 Mark erlegt werden sollte.

Auch hier empfahl es sich, sowohl für Siegelungen und Entsiegelungen, als auch für Aufnahme von Inventuren (pos. 6) dieselbe Gebühr zu statuiren, welche in §. 29 des gegenwärtigen Gesetzes für die Gerichtsvollzieher bestimmt ist.

Zu XIV. vgl. pos. 10.

Die angenommene Gebühr, etwas geringer als die bisherige, entspricht der für Beglaubigung seitens der Gerichtsvollzieher in §. 3 der D. Gebührenordn. für Gerichtsvollzieher bestimmten Gebühr.

Dass die Besiegelung nur dann nöthig ist, wenn es sich um ein in den Acten verbleibendes Schriftstück handelt, war auch schon bisher Rechtsens (s. Rescr. O. G. v. 14. Janr. 1870 ad V. in Ztschr. f. R. XVII, S. 94).

Zu XV. vgl. pos. 30 und 31.

Zu XVI. vgl. pos. 42.

Die Gebühr für den statt zweier Zeugen als Urkundsperson zugezogenen Notar ist etwas höher als die frühere, aber wegen der Verbindung des Notariats mit der Rechtsanwaltschaft angemessener als letztere.

Zu bemerken ist noch:

1) dass die Gebühr für Besiegelung von Urkunden und beglaubigten Abschriften (pos. 11), deren zugleich bei verschiedenen anderen Gebühren Erwähnung geschieht (z. B. pos. 9 und 28), weggelassen ist, weil sie als s. g. Nebengebühr keine innere Berechtigung hat, als baare Auslage aber unter den als solche nach §. 79 des D. G. K. G. ausschliesslich anzuerkennenden Auslagen nicht aufgeführt wird;

2) dass für einen vom Gerichte behuf Aufnahme eines Rechtsactes innerhalb seines Bezirks gemachten Weg keine besondere Gebühr, wie in pos. 12, gefordert werden kann, wenn nicht etwa §. 5 des Ges. No. 9 vom 27. Februar 1874 zur Anwendung kommt (hinsichtlich der Notare s. §. 19 Abs. 2 des gegenw. Gesetzes);

3) dass die Gebühr in pos. 13, imgleichen die allgemeine Bemerkung unter G. (V. O. S. de 1851 S. 113) ausgefallen ist, erstere, weil die Verfügung, durch welche dem Antrage auf Anberaumung eines Termins zur öffentlichen Versteigerung deferirt wird, nicht den Charakter einer wirklichen gerichtlichen Entscheidung hat, sondern Inbegriff der behuf Vornahme der Versteigerung erforderlichen gerichtlichen Handlung ist; letztere, weil, wenn es behuf Bewirkung des Eintritts eines Dritten in das bei öffentlichen freiwilligen Versteigerungen von Grundstücken abgegebene Meistgebot nur einfacher Erklärungen der Betheiligten bedarf, schon ohne Weiteres der Satz unter VI. des neuen Tarifs zur Anwendung kommt, während, wenn die Bedingungen des Vertrages selbst abgeändert werden, sich alsdann auch die Berechnung nach dem Satze unter I. des neuen Tarifs vollkommen rechtfertigt.

Zu Anlage C. Der Gebührentarif für Vormundschafts- und Curatelsachen (Anl. C.) stimmt mit dem dem Gesetze No. 23 vom 28. Juni 1851

beigefügten Tarif vollständig überein ¹⁾. Die Vorbemerkungen unter A. und B., sowie die pos. 7 des früheren Tarifs sind in das Gesetz selbst (§. 20) aufgenommen; die Positionen 11 und 12, IV. und V. des früheren Tarifs erhalten durch die allgemeinen Bestimmungen in den §§. 2, 8, 13, 26 und 34 des gegenwärtigen Gesetzes ihre Erledigung.

Zu Anlage D. Auch die Anlage D. enthält im Wesentlichen nur eine neue Redaction des in §. 54 des Ges. No. 31 vom 14. September 1863 enthaltenen Gebührentarifs für Eintragungen in das Handelsregister ²⁾. Die daselbst in Abs. 2 erwähnte Sportelfreiheit im Fall der Ernennung von Sachverständigen und der Ertheilung einer Verkaufsbewilligung ist aus den in den Motiven zu §. 23 des gegenwärtigen Gesetzes hervorgehobenen Gründen beseitigt. In Betreff der in diesem Verfahren erwachsenden baaren Auslagen kommt der allgemeine Grundsatz in §. 8 des Gesetzes zur Anwendung.

¹⁾ *Der Schlussact der Aufhebung der Vormundschaft (unter III.) ist auf Antrag der Commission nur mit der Hälfte der Gebühr für die Anordnung derselben belegt, während bisher beide Sportelsätze gleich waren.*

²⁾ *Für die erste Eintragung einer Actiengesellschaft oder einer Commanditgesellschaft auf Actien ist auf Antrag der Commission mit Rücksicht auf den Umfang und die Schwierigkeit der Geschäfte, welche eine derartige Eintragung veranlasst und im Hinblick auf die in Preussen nach der Verordn. vom 27. Januar 1862 bestehenden erheblich höheren Gebührensätze eine angemessene Erhöhung der betr. Sätze, und zwar gleichfalls nach einer steigenden Scala, beschlossen.*

Die Gebührensätze unter II. für den Fall der Zurückweisung einer unvollständigen oder unzulässigen Anmeldung entsprechen gleichfalls einem Antrage der Commission und sind dadurch motivirt, dass auch die Zurückweisung solcher Anmeldungen eine erhebliche Mühewaltung des Gerichts erfordert.

IX.

G e s e t z,

die

**Verwaltung der Straf- und Gefangenen-
Anstalten betreffend.**

d. d. Braunschweig, den 27. Januar 1880 (Nr. 2).

**Von Gottes Gnaden, Wir,
Wilhelm,**

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg p. p.

erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung das
nachfolgende Gesetz:

§. 1.

Die obere Leitung und die Beaufsichtigung der Verwaltung sämtlicher Straf- und Gefangenenanstalten wird dem Ober-Staatsanwalt übertragen.

§. 2.

Hausordnungen und sonstige allgemeine Verwaltungsmassregeln bedürfen der Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums.

§. 3.

Die unmittelbare Verwaltung der Straf- und Gefangenenanstalten in der Stadt Wolfenbüttel wird einem besonderen Director, der in der Stadt Braunschweig befindlichen einem vom Herzoglichen Staats-Ministerium zu bestimmenden Beamten der Herzoglichen Polizeidirection übertragen.

§. 4.

Die unmittelbare Verwaltung der Amtsgefängnisse ausserhalb der Städte Braunschweig und Wolfenbüttel wird von den betreffenden Amtsgerichten geführt.

§. 5.

Den Gerichten bleiben in Bezug auf die Untersuchungen alle ihnen angemessen scheinenden Verfügungen über die in Untersuchungshaft befindlichen Personen vorbehalten.

§. 6.

Der Ober-Staatsanwalt hat darauf zu achten, dass bei der Verwaltung der Straf- und Gefangenenanstalten die bestehenden Gesetze, Ordnungen und Instructionen beobachtet und die erkannten Strafen den ergangenen Erkenntnissen gemäss vollzogen werden. Er ist befugt, mit der Ausführung der von ihm für erforderlich erachteten Massregeln die Beamten der Staatsanwaltschaft zu beauftragen, insbesondere auch in seinem Namen Visitationen, diese jedoch nur durch die Staatsanwälte vornehmen zu lassen.

§. 7.

Die Beamten der Staatsanwaltschaft sind verpflichtet, die zu ihrer Kenntniss gelangenden Ordnungswidrigkeiten und Mängel bei der verwaltenden, nöthigenfalls bei der aufsehenden Behörde zur Anzeige zu bringen. Haben die Amtsanwälte der aufsehenden Behörde Anzeigen zu machen, so sind die letzteren dem ihnen vorgesetzten Staatsanwalt mitzutheilen und gelangen durch diesen an den Ober-Staatsanwalt.

§. 8.

Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. Juli d. J. in Kraft.

Von diesem Zeitpunkte an verliert das Gesetz vom 19. März 1850, „die Verwaltung der Straf-, Gefangen- und Besserungsanstalten betreffend,“ seine Gültigkeit.

In Bezug auf das Arbeitshaus hat es bei den Bestimmungen des Gesetzes über Errichtung eines Arbeitshauses vom 22. December 1870 (Verordnungs-Sammlung No. 119) sein Bewenden. Die obere Leitung und Beaufsichtigung der Verwaltung auch dieser Anstalt kann dem Ober-Staatsanwälte vom Herzoglichen Staatsministerium übertragen werden.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 27. Januar 1880.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

W. Schulz. Trieps. Graf Görtz-Wrisberg.

M o t i v e

zu

dem Gesetz, betreffend die Verwaltung der Straf- und Gefangenen-Anstalten.

E i n l e i t u n g.

Das Gesetz No. 29 vom 19. März 1850, die Verwaltung der Straf-, Gefangenen- und Besserungsanstalten betreffend, bestimmt einerseits, welche Behörden die unmittelbare Verwaltung dieser Anstalten zu führen haben, und ordnet andererseits an, dass die obere Leitung dem Kreisdirector in Braunschweig und zwei anderen von dem Herzoglichen Staatsministerium zu bezeichnenden Beamten, deren Einer ein Staatsanwalt sein muss, übertragen werden soll.

Die laufenden Geschäfte dieser Commission hat nach §. 2 l. c. der Kreisdirector in Braunschweig allein zu besorgen, während allgemeine Verwaltungsmassregeln von den drei Beamten gemeinschaftlich zu berathen und nach eingeholter Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums durch den Kreisdirector in Braunschweig zur Ausführung zu bringen sind.

Seit Erlass des erwähnten Gesetzes haben die im Jahre 1850 bestehenden Einrichtungen verschiedene Aenderungen erlitten. Durch das Gesetz No. 119 vom 22. December 1870 über Errichtung eines Arbeitshauses wurde die Arbeits- und Besserungsanstalt in Bevern aufgehoben, und dagegen die Errichtung eines neuen, gesondert für sich bestehenden Arbeitshauses angeordnet, welches zur Aufnahme derjenigen Personen bestimmt ist, rücksichtlich welcher von den Gerichten auf Grund des §. 362 Abs. 2 des R. St. G. B. die Ueberweisung an die Landespolizeibehörde nach verbüsster Strafe erkannt, von der Landespolizeibehörde aber die Unterbringung in einem Arbeitshause für angemessen erachtet wird. Die weitere Ausführung ist nach §. 5 l. c. der Landesregierung überlassen und soll im Verordnungswege erfolgen. Zugleich wurde be-

stimmt, dass Herzogliches Staatsministerium für die Errichtung einer gesonderten Abtheilung der bisherigen Bevernschen Anstalt zu einem provisorischen Arbeitshause Sorge zu tragen habe. Dies ist geschehen, wie die Bekanntmachung vom 31. December 1870 (Verordnungs-Sammlung de 1871 No. 3) ersehen lässt. Da sich jedoch aus diesem Provisorium sehr bald ernste Uebelstände für die Bevernsche Erziehungsanstalt ergaben, so wurde vom Herzoglichen Staatsministerium die Verlegung des provisorischen Arbeitshauses nach Wolfenbüttel beschlossen und die Verwaltung dem Director der dortigen Gefangenenanstalten mit übertragen.

Es liegt nun kein Grund vor, an dem Gesetze vom 22. December 1870 über Einrichtung eines Arbeitshauses etwas zu ändern. Ebenso kann es bei den Bestimmungen über die unmittelbare Verwaltung der Straf- und Gefangenenanstalten im Ganzen sein Bewenden behalten und nur für die Stadt Braunschweig erscheint eine nicht erhebliche Modification wünschenswerth, welche weiter unten erörtert werden soll.

Was dagegen die für die obere Leitung und Aufsicht bestimmte Commission betrifft, so hält die Landesregierung die Aenderung des bisherigen Zustandes aus nachfolgenden Gründen für nothwendig.

Insofern es sich darum handelt, dass eine fortwährende Aufsicht über die Verwaltung der fraglichen Anstalten geführt wird, erscheint die Errichtung eines Collegiums mindestens überflüssig. Dies hat die Erfahrung bestätigt, da der Kreisdirector in Braunschweig, welchem gesetzlich die Besorgung der laufenden Geschäfte obliegt, fast ausschliesslich thätig gewesen ist, während die Commission als solche sehr selten ein Lebenszeichen von sich gegeben hat.

Hiernach könnte allerdings in Frage kommen, ob es nicht genüge, einfach den Kreisdirector in Braunschweig mit sämmtlichen Functionen der Aufsichtsbehörde zu betrauen.

Indess macht sich hiergegen sofort das Bedenken geltend, dass dem genannten Beamten bereits mannigfache und zeitraubende Geschäfte übertragen sind, welche derselbe neben seinen eigentlichen Amtsgeschäften zu erledigen hat. Es muss daher, wenn irgend thunlich, eine Entlastung des genannten Beamten stattfinden.

Dieser Umstand fordert um so ernstere Erwägung, da bekanntlich die Strafvollziehung, überhaupt das Gefängnisswesen zu den im In- und Auslande lebhaft und mannigfach erörterten Tagesfragen gehört, wie denn auch von Reichswegen über den Gegenstand eine Gesetzesvorlage mit sehr ausführlichen Motiven bereits ausgearbeitet ist. Es wird daher einleuchten, dass hier andauernd specielle und gründliche Studien zu machen sind, welche nur von einem Beamten erwartet und verlangt werden können, der schon vermöge seines Berufes auf eingehende Beschäftigung mit dem Gegenstande hingewiesen ist und auch die erforderliche Zeit hierfür erübrigen kann.

Nach der neuen Justizorganisation ist der Geschäftskreis des Oberstaatsanwalts der Art, dass die Leitung und Beaufsichtigung der Gefäng-

nissverwaltung am zweckmässigsten diesem Beamten übertragen wird. Auch hat derselbe in den ihm untergeordneten Beamten der Staatsanwaltschaft die geeigneten Organe, um seine Thätigkeit mit Erfolg entfalten zu können. Endlich verdient Beachtung, dass nur auf diesem Wege die gehörige Harmonie in die Ressortverhältnisse gebracht wird.

Man hat an sich die Wahl, ob die Gefängnissverwaltung dem Departement des Innern oder dem der Justiz zugetheilt werden soll. Entschidet man sich für die letztere Alternative, wie dies im hiesigen Lande der Fall ist, so lässt sich nicht verkennen, dass die proponirte Einrichtung die eigentlich sachgemässe ist.

Es wird in Vorschlag gebracht, den Ober-Staatsanwalt allein mit der oberen Leitung und Beaufsichtigung zu betrauen. Wie schon oben bemerkt ist, erscheint eine collegiale Verhandlung nicht am rechten Orte, wenn es sich um laufende Verwaltung und Aufsicht handelt. Aber auch bei dem Erlass neuer Massregeln wird es genügen, dass diese von dem Ober-Staatsanwalt erwogen und in Vorschlag gebracht werden, da sie erst nach vorgängiger Prüfung und Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums in Wirksamkeit treten. Die Errichtung eines besonderen Collegiums dürfte umsoweniger erforderlich sein, da die Landesregierung in der Lage ist, von den Staatsbeamten Gutachten einzuziehen und dieselbe, wenn dazu Veranlassung ist, jeden Augenblick von dieser Befugniss Gebrauch machen kann.

Die Einzelbestimmungen des Entwurfs bedürfen keiner besonderen Motivirung, da im Ganzen die im Gesetze vom 19. März 1850 enthaltenen Vorschriften mit den Abänderungen wiederholt werden, welche sich im Grunde als Folgen des §. 1 ergeben ¹⁾.

Zu §. 3.

Die unmittelbare Verwaltung der in der Stadt Braunschweig befindlichen Straf- und Gefangenen-Anstalten liegt nach dem Gesetze vom 19. März 1850 der Herzogl. Polizeidirection ob, während sie nach dem jetzigen Entwurfe einem vom Herzogl. Staatsministerium zu bestimmenden Beamten dieser Direction übertragen werden soll.

Der Polizeidirector selbst wird sich mit den laufenden Verwaltungsgeschäften kaum befassen können, also regelmässig durch einen Vertreter fungiren. Dennoch würde er auch im Fall der Vertretung als der gesetzliche Verwalter erscheinen und der Aufsichtsbehörde unmittelbar untergeordnet sein. Dieses Verhältniss kann jedoch mit der sonstigen Stellung, welche dem Polizeidirector gebührt, nicht wohl vereinbar erachtet werden, hat auch wiederholt zu Conflicten geführt, welche im Interesse des Dienstes

¹⁾ Der Gesetzentwurf, über welchen in der Sitzung der Landesversammlung v. 14. Jan. 1880 mündlich berichtet ist (Prot. 42 bei VI, 3), hat in der Sitzung v. 20. Jan. 1880 ohne Abänderungen durch eine Gesamtabstimmung Annahme gefunden (Prot. 46 bei VI. Anl. 179).

besser vermieden werden. Der gegenwärtige Vorschlag dürfte in einfacher und unbedenklicher Weise die wünschenswerthe Abhülfe des Uebelstandes gewähren.

Zu §. 7.

Es ist in Erwägung gezogen, ob neben den Beamten der Staatsanwaltschaft auch die Kreisdirectionen speciell verpflichtet werden sollen, die zu ihrer Kenntniss gelangenden Ordnungswidrigkeiten und Mängel zur Anzeige zu bringen. Indess würde eine solche specielle Verpflichtung nur dann von Bedeutung sein, wenn zugleich die der Kreisdirection dienstlich untergeordneten Polizeibeamten angewiesen würden, die von ihnen bemerkten wirklichen oder vermeinten Mängel der Kreisdirection mitzutheilen. Da hierdurch leicht mannigfache Missverhältnisse entstehen können, und den Kreisdirectionen selbstverständlich die Berechtigung zusteht, auf die von ihnen in Erfahrung gebrachten Mängel gehörigen Orts aufmerksam zu machen, so verdient es den Vorzug, die Kreisdirectionen hier unerwähnt zu lassen.

Zu §. 8.

So lange die Verwaltung des Arbeitshauses mit der Verwaltung der Straf- und Gefangenen-Anstalten in Wolfenbüttel verbunden bleibt, empfiehlt es sich aus nahe liegenden Gründen, dieselbe Aufsichtsbehörde für beide Verwaltungen zu bestellen.

Die Befugniss des Staatsministeriums, dem Oberstaatsanwalt die Aufsicht über die Verwaltung des Arbeitshauses zu übertragen, ist nur deshalb ausgesprochen, um in dieser Hinsicht jedem etwa denkbaren Zweifel von vornherein vorzubeugen.

Dass für das Inkrafttreten des Gesetzes der 1. Juli d. J. in Vorschlag gebracht wird, beruht auf dem Wunsche der jetzigen Aufsichtsbehörde, welche glaubt, bis dahin einige schwebende Angelegenheiten vollständig erledigen zu können.

X.

Gesetz,

das

Gerichtskassenwesen betreffend.

d. d. Braunschweig, den 25. Juni 1879 (Nr. 35).

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm,

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg p p.

erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung das
nachstehende Gesetz:

§. 1.

Mit dem Tage des Inkrafttretens des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes haben die sämmtlichen Gerichtskassen ihre bisherige Thätigkeit einzustellen.

Die wegen Abwicklung der Geschäfte dieser Kassen erforderlichen Anordnungen werden im Verwaltungswege getroffen.

§. 2.

Die erforderlichen Bestimmungen wegen anderweiter Einrichtung des Gerichtskassenwesens,

insbesondere auch die näheren Vorschriften

über die Vornahme der Taxirung, über Verrechnung und Einziehung der Gerichtssporteln einschliesslich der Auslagen,

über Führung der Gerichtssportelregister,

über Verrechnung der von den Gerichten erkannten oder freiwillig eingezahlten Strafgeelder oder sonstigen in die Gerichtskassen fliessenden Einnahmen,

über die im Interesse des Fiscus bezüglich der Gerichtssporteln und Stempelsteuer anzuordnenden Controlemassregeln,

über die Stellung des mit der Führung der Gerichtskasse beauftragten Beamten zu dem Gerichte und dessen Vorsitzenden, zu der Herzogl. Zoll- und Steuerdirection und dem Herzogl. Finanz-Collegium,

erfolgen durch landesherrliche Verordnung ¹⁾ und auf Grund derselben im Wege der Verwaltung.

¹⁾ V. O. No. 48 v. 16. Aug. 1879 (S. 423 f.).

§. 3.

Das Gesetz vom 7. December 1871 (No. 74), die Verrechnung der von den Gerichten erkannten und der freiwillig eingezahlten Strafgeelder betr., wird aufgehoben¹⁾.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 25. Juni 1879.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

W. Schulz. Trieps. Graf Görtz-Wrisberg.

¹⁾ Obgleich das Gesetz als solches aufgehoben ist, so bleiben doch die in §. 6 desselben aus anderen Gesetzen herübergenommenen Bestimmungen selbstverständlich in Kraft. Es sind daher auch jetzt noch von den in die Sportelkassen fließenden Geldern ihrem vollen Betrage nach abzuliefern (V. O. No. 48 v. 16. Aug. 1879 §. 15 No. 1):

- a. diejenigen Strafgeelder, welche durch Reichsgesetze einer anderen Kasse zugewiesen sind oder zugewiesen werden, an die in solchen Gesetzen bestimmten Kassen, so z. B. nach §. 33 des Postgesetzes v. 28. October 1871 die in den §§. 27 bis 29 das. bestimmten Geldstrafen zur Postarmen- oder Unterstützungskasse; nach §. 146 der Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869 (bezw. nach §. 2 des Reichsges. vom 12. Juni 1872) die wegen Uebertragungen der §§. 134 bis 136 das. erkannten Geldstrafen an die im §. 139 bezeichneten Hilfskassen, event. die Ortsarmenkasse; nach §. 17 des Ges. betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 14. Mai 1879 (R. G. Bl. S. 145) die auf Grund dieses Gesetzes auferlegten Geldstrafen, soweit sie dem Staate zustehen, an diejenige Kasse, welche die Kosten der Unterhaltung der zur technischen Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln bestehenden öffentlichen Anstalt trägt;
 - b. die Geldstrafen wegen Zollvergehen (Ges. No. 23, IV vom 21. Dec. 1841 §. 62, Vereinszollges. v. 4. Juli 1869 §. 156) zum Zollstraffonds an die Herzogl. Zoll- und Steuerdirection;
 - c. die Geldstrafen wegen Zuwiderhandlungen gegen die §§. 87 bis 89 des Berggesetzes No. 23 vom 15. April 1867 nach §. 94 das. an die betreffende Knappschaftskasse, falls eine solche für das in Rede stehende Werk besteht;
 - d. die Geldstrafen wegen Schulversäumniss (Polizeistraffges. vom. 27 Nov. 1872 [G. S. de 1873 No. 2] §. 13 und Ges. No. 17 vom 10. April 1867 §. 5) an die betreffende Schulkasse;
 - e. die wegen Forstdiebstahls eingezogenen bezw. freiwillig erlegten Geldstrafen nach §. 66 des Forststraffges. No. 18 vom 1. April 1879 an den beschädigten Forsteigenthümer, falls derselbe ermittelt werden kann.
- Zu bemerken ist noch, dass der §. 7 des Ges. No. 74 v. 7. Dec. 1871 durch den §. 15 des Ges. No. 12 vom 1. April 1879 ersetzt ist (s. oben S. 119).

M o t i v e

z u

dem Gesetz, das Gerichtskassenwesen betreffend.

Das gerichtliche Sportelwesen erleidet durch das Deutsche Gerichtskostengesetz in vielfacher Beziehung eine wesentliche Abänderung. Abgesehen davon, dass die neuen Bestimmungen weit verwickelter und schwieriger zu handhaben sind, als die bisherigen, besteht eine durchgreifende Neuerung darin, dass über jede einzelne Processsache ein besonderes Conto geführt werden muss, in welches die zu zahlenden Vorschüsse ins Credit, die zu entrichtenden Gebühren und Auslagen in das Debet einzutragen sind. Bei der Beendigung erfolgt sodann die schliessliche Abrechnung und die definitive Beitreibung.

Die Taxirung und Führung der Sportelregister ist unter Leitung und Aufsicht des Richters zunächst Sache des Gerichtsschreibers, während die Entscheidung über die Höhe der Ansätze stets den Gerichten gebührt, welche sowohl von Amtswegen als auch auf Erinnerung des Zahlungspflichtigen oder der Staatskasse eingreifen können (D. G. K. G. §. 4).

Es muss erwartet werden, dass die Gerichtsschreiber, wenn auch im Anfange nur mit steter Nachhülfe der Richter, im Stande sein werden, die bezeichneten Geschäfte neben den mannigfaltigen sonstigen ihnen obliegenden Arbeiten in genügender Weise zu erledigen.

Immer wird aber auf dem bezeichneten Wege nur die Feststellung der Soll-Einnahme bewirkt. Die wirkliche Vereinnahmung der Sporteln etc. kann hingegen von den Gerichtsschreibern schon desshalb nicht mit besorgt werden, weil es ihnen hierzu fast immer an der erforderlichen Zeit fehlen würde. Wichtiger noch ist der Umstand, dass der Controle wegen nicht derselbe Beamte, welcher die Verzeichnisse der Soll-Einnahme liefert, mit der Ist-Einnahme betraut werden kann. Auch leuchtet ein, dass die Staatskasse, welche gegen die Ansätze der Soll-Einnahme Erinnerungen im Interesse des Fiskus geltend zu machen in der Lage ist, nothwendig

als in einem gewissen Gegensatze zu dem Gerichte und dem Gerichtsschreiber stehend gedacht werden muss, in einer relativen Abhängigkeit von der eigentlich fiscalischen Behörde, nämlich der Herzoglichen Zoll- und Steuerdirection, erscheint.

Hiernach müsste also, um die neue Organisation in Ausführung zu bringen, bei jedem Gerichte ein eigener Kassenbeamter angestellt werden. In der Stadt Braunschweig lässt sich auch so verfahren, indem ein derartiger Beamter für die Gerichtskassen des Ober-Landesgerichts und des Landgerichts, ein anderer für die Kassen der Amtsgerichte Braunschweig und Riddagshausen ernannt werden kann, und aller Wahrscheinlichkeit nach überreichlich beschäftigt sein wird. Vielleicht empfiehlt sich eine ähnliche Massregel für das künftige Amtsgericht Wolfenbüttel. Bei den übrigen Amtsgerichten hingegen würde ein lediglich auf die Kassenführung und die damit nothwendig verbundenen Geschäfte hingewiesener Beamter seine Zeit nicht zur Genüge ausgefüllt sehen.

Um die Kosten möglichst zu vermindern, ist es deshalb die Absicht, die schon bestehenden Recepturen mit den Gerichtskassen dergestalt in Verbindung zu bringen, dass den Receptoren die Führung der Gerichtskassen, jedenfalls der Gerichtssportelkassen, übertragen wird. Es leuchtet ein, dass auf diesem Wege die Aufstellung der Soll-Einnahme eine gute Controle für die Resultate der Ist-Einnahme darbietet, und dass den in der Reichsgesetzgebung enthaltenen Anforderungen vollständig Genüge geleistet werden kann.

An den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen soll und kann damit selbstverständlich nichts geändert werden. Es wäre daher vielleicht nicht einmal ein Gesetz erforderlich. Indessen glaubt die Landesregierung diese Vorlage machen zu sollen, damit unter völlig unbedenklicher Beseitigung des Gesetzes No. 74 vom 7. December 1871 für ihre weiteren Verwaltungsmassregeln eine gegen jeden Zweifel gesicherte Grundlage im Wege der Legislative hergestellt werde ¹⁾.

¹⁾ Der Gesetzentwurf wurde ohne Aenderungen durch eine Gesamt-
abstimmung in der Sitzung der Landesversammlung am 20. Juni 1879 an-
genommen (Landt. Verh. Prot. 32 bei VII u. Anl. 117).

1. Verordnung, die Gerichtskassen betreffend.
d. d. Braunschweig, den 16. August 1879 (No. 48).

**Von Gottes Gnaden, Wir,
Wilhelm,**

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg p. p.

verordnen auf Grund des Gesetzes No. 35 vom 25. Juni
d. J. hiermit was folgt:

§. 1.

Für jedes Gericht des Herzogthums soll eine Gerichtskasse bestehen, welche jedoch in zwei in sich getrennte Abtheilungen zerfällt, nämlich

- 1) für die Einnahmen in die Gerichts-Sportelkasse,
- 2) für die Gerichtsverwaltungsausgaben in die Gerichtsverwaltungskasse.

Diese Kassen haben mit dem Tage des Inkrafttretens des Deutschen Gerichtsverfassungs-Gesetzes ihre Thätigkeit zu beginnen.

§. 2.

Die Sportelkassen sind der Herzoglichen Zoll- und Steuereirection unterstellt und werden, soweit nicht ausnahmsweise besondere Kassenführer ernannt sind, mit den Stempelsteuer-Recepturen verbunden ¹⁾.

¹⁾ S. Bekanntm. des H. Staatsministeriums vom 10. September 1879 (Brschw. Anzeigen v. 12. Sept. 1879): „Auf Grund der Verordnung vom 16. August d. J. No. 48, die Gerichtskassen betreffend, wird hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht, dass die am 1. October d. J. in Thätigkeit tretenden Gerichts-Sportelkassen mit den am Sitze der einzelnen Gerichte bestehenden Steuerämtern, einschliesslich der Steuerreceptur Thedinghausen, bezw. den selbst neu errichteten Steuerrecepturen verbunden sind.“

Die unmittelbare Centralkasse derselben ist die Herzogliche Haupt-Steueramtskasse.

§. 3.

Die Gerichtsverwaltungskassen sind dem Gerichtsvorsitzenden unterstellt. Als solcher gilt bei den mit mehreren Richtern besetzten-Herzoglichen Amtsgerichten der mit der allgemeinen Dienstaufsicht beauftragte Amtsrichter. Als Kassenführer fungirt der Gerichtsschreiber, unter mehreren Gerichtsschreibern desselben Gerichts der von der Landesjustizverwaltung bestimmte.

Ist jedoch für die Sportelkasse des Gerichts ein besonderer Kassenführer ernannt, und befindet sich die Sportelkasse im Lokale des Gerichtes, so hat dieser Kassenführer zugleich die Gerichtsverwaltungskasse zu übernehmen.

Derselbe bleibt aber dessenungeachtet Beamter der Herzoglichen Zoll- und Steuer-Direction.

§. 4.

Die Gerichtssportel- wie die Gerichtsverwaltungskassen werden stets durch einen Beamten, ohne Mitwirkung eines ständigen Controleurs, verwaltet.

§. 5.

In die Sportelkassen fließen:
die sämmtlichen aus dem gerichtlichen Geschäftsbetriebe und der Ausübung der Jurisdiction erwachsenden Einnahmen, insbesondere:

Eine Ausnahme von vorstehender Anordnung besteht nur in Betreff der Stadt Braunschweig, wo bezüglich der daselbst domicilirten Gerichte, und zwar

1. für das H. Oberlandesgericht und das H. Landgericht Braunschweig, sowie

2. für das H. Amtsgericht Braunschweig und das H. Amtsgericht Riddagshausen

in Gemässheit der Bestimmung im §. 2 der genannten Verordnung je eine besondere Rendantur errichtet, bezw. ein besonderer Kassenführer bestellt werden soll, welcher gleichzeitig (cf. Verordn. cit. §. 3 Abs. 2) und zwar der ad 1 bestellte die Gerichtsverwaltungskasse für H. Oberlandesgericht und H. Landgericht Braunschweig, der ad 2 bestellte aber zunächst und bis zur Vereinigung der genannten beiden Amtsgerichte in einem Gebäude die Gerichtsverwaltungskasse für H. Amtsgericht Braunschweig zu führen hat.

Die Namen der den künftigen Gerichtssportelkassen vorstehenden Beamten werden von H. Zoll- und Steuerdirection demnächst zur öffentlichen Kenntniss gebracht werden.“

- 1) Vorschüsse, Gebühren und Auslagen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Concursen, sowie in allen der nichtstreitigen Rechtspflege angehörigen Angelegenheiten,
- 2) Vorschüsse, Gebühren und Auslagen in Strafsachen,
- 3) erkannte, oder freiwillig eingezahlte Straf gelder, sowie der Erlös von confiscirten Gegenständen,
- 4) Ordnungsstrafen,
- 5) die Kosten der Strafvollstreckung, insofern die letztere in den Amtsgefängnissen erfolgt.

§. 6.

Ausserdem sollen in die Gerichtssportelkassen fliessen:

- 1) die von den Gerichtsvollziehern erhobenen und an die Staatskasse abzuliefernden Gebühren für Zustellungen, Zwangsvollstreckungen und andere amtliche Geschäfte,
- 2) sonstige zufällige Einnahmen.

§. 7.

Am Schlusse jeder Woche und ausserdem, wenn der letzte Montag nicht mit dem Schlusse der Woche zusammenfällt, für die überschüssenden Tage am Schlusse jeden Monats wird auf Grund der Sportelregister die Soll-Einnahme der Sportelkassen bezüglich der im §. 5 erwähnten Posten festgestellt und den letzteren Ausfertigung dieser Feststellungen ertheilt, und zwar

- 1) bei dem Herzoglichen Oberlandesgerichte und den Herzoglichen Landgerichten
 - a. bezüglich der Einnahmeposten des §. 5 sub 1 durch die Gerichtsvorsitzenden,
 - b. bezüglich der Einnahmeposten des §. 5 sub 2 bis 4 durch die betreffenden Staatsanwaltschaften;
- 2) bei den Herzoglichen Amtsgerichten bezüglich der sämtlichen Einnahmeposten des §. 5 durch die Gerichtsvorsitzenden.

Diese Ausfertigungen, die Erhebungslisten, werden in Uebereinstimmung mit den im Instructionswege festzustellenden Sportelregisterformularen ¹⁾ aufgestellt und sind in den Fällen 1 a und 2 von dem Gerichtsvorsitzenden und dem Sportelregisterführer, in den Fällen 1 b von dem ersten Beamten der betreffenden Staatsanwaltschaft und dem bei derselben angestellten Gerichtsschreiber zu unterschreiben.

¹⁾ Vgl. Bekanntm. No. 56 v. 3. Sept. 1879 §§. 16 u. 17 (s. unten).

Die nach §. 6 des Gesetzes No. 40 vom 11. Juli d. J. eventuell im Wege der administrativen Zwangsvollstreckung einzuziehenden Vorschüsse, Gebühren und Auslagen (§. 5 sub 1) sind den Gerichtsportelkassen auch von den Herzoglichen Amtsgerichten in besonderen Erhebungslisten zu überweisen.

In Forststrafsachen werden die Strafgelder, welche an den Amtsanwalt freiwillig eingezahlt sind, sofort nach deren Eingange bei Gericht in das betreffende Sportelregister eingetragen und mit einer besonderen Erhebungsliste ungesäumt an den Rendanten der Sportelkasse zur Vereinnahmung abgeliefert.

§. 8.

Die Erhebungslisten müssen ergeben:

- 1) bis zu welchem Zeitpunkte der Zahlungspflichtige der an ihn gerichteten Aufforderung gemäss an die Sportelkasse Zahlung zu leisten, bzw. die Ablieferung durch den Gerichtsvollzieher zu erfolgen hat, oder ob eine und welche fremde Behörde wegen der Einziehung requirirt ist;
- 2) ob ein Einnahmeposten bereits ausnahmsweise vor Uebersendung der Erhebungsliste gezahlt ist (§. 12);
- 3) die von der Sportelkasse an dritte Empfangsberechtigte abzuliefernden Beträge unter genauer Bezeichnung der betreffenden Empfänger.

Für die an dritte Empfangsberechtigte zu zahlenden Gelder dient die Erhebungsliste zugleich als Ausgabeermächtigung für die Sportelkasse.

§. 9.

Das aus den Erhebungslisten resultirende Einnahme-Soll erledigt sich bei der Sportel-Kasse entweder durch die darauf erfolgenden Eingänge, und zwar mittelst der Ablieferungen der Gerichtsvollzieher und Executoren, der von den Zahlungspflichtigen unmittelbar und von fremden Behörden und Beamten eingehenden Zahlungen, oder durch Niederschlagungsverfügungen der nach §. 7 des Gesetzes No. 40 vom 11. Juli d. J. zuständigen Behörden, nämlich der Herzoglichen Gerichte bzw. der Staatsanwaltschaften und der Herzoglichen Zoll- und Steuerdirection.

§. 10.

Die nach Ablauf der angesetzten Zahlungs- und Ablieferungstermine unerledigt gebliebenen Posten hat die Kasse am Schlusse jeden Monats sammt den aus der Vorzeit noch rückständigen Posten in Restverzeichnissen zusammenzutragen.

Die Verzeichnisse über die im Wege der administrativen Zwangsvollstreckung einzuziehenden Rückstände (§. 7 vorletzter Absatz) sind der Herzoglichen Zoll- und Steuerdirection mit dem Antrage auf Ueberweisung zur zwangsweisen Beitreibung, die sonstigen Rückstandsverzeichnisse derjenigen Stelle einzureichen, von welcher die betreffenden Erhebungslisten ertheilt sind.

§. 11.

Die im §. 5 sub 1 bis 5 erwähnten Einnahmeposten hat der Rendant der Sportelkasse auf Grund der Erhebungslisten zu vereinnahmen. Derselbe ist daher in der Regel nicht befugt, vor Ein-sendung dieser Listen im Voraus Zahlungen in Empfang zu nehmen.

§. 12.

Ausnahmsweise ist der Vorsitzende des Gerichts bezw. der erste Beamte der Staatsanwaltschaft ermächtigt, in dringenden Fällen eine Vorauszahlung anzuordnen. Der Rendant der Sportelkasse hat eine derartige Anordnung als gültige Anweisung zur Empfangnahme anzusehen und derselben Folge zu leisten.

Ein solcher dringender Fall soll nur dann von den genannten Justizbeamten als vorhanden angenommen werden, wenn der Zahlungspflichtige den schuldigen Betrag sofort entrichten will und ein Aufschub unter den vorliegenden Umständen nach Ermessen des Richters bezw. Staatsanwalts erheblichen Nachtheil verursachen würde.

Ist der Rendant der Sportelkasse abwesend und der Fall so dringend, dass die Rückkehr desselben nicht ohne Nachtheil abgewartet werden kann, so ist dem Vorsitzenden des Gerichts bezw. dem Staats-anwalte ausserdem gestattet, zu der Empfangnahme der Zahlung einen Gerichtsbeamten zu ermächtigen.

Einem Gerichtsbeamten, welcher die Gerichtsverwaltungskasse oder das Sportelregister führt, darf eine derartige Ermächtigung nicht ertheilt werden.

Die weitere Ablieferung an die Sportelkasse muss sodann stets ohne jeden Verzug bewirkt werden.

§. 13.

Der Betrag der Gelder, welche von den Gerichtsvollziehern nach §. 6 No. 1 an die Sportelkasse abzuliefern sind, wird von dem Vorsitzenden des betreffenden Amtsgerichts monatlich festgestellt. Der Rendant der Sportelkasse ist durch den gedachten Vorsitzen-

den von dieser Feststellung in Kenntniss zu setzen und hat auf Grund der Mittheilung den Betrag zu vereinnahmen.

§. 14.

Bei zufälligen Einnahmen findet die Bestimmung des §. 13 entsprechende Anwendung mit der Massgabe, dass dem Rendanten der Sportelkasse die Mittheilung jedes Mal gemacht wird, sobald derartige Einnahmen zu erheben sind.

§. 15.

Aus den Sportelkassen finden Zahlungsleistungen nicht statt, ausser soweit es sich handelt

- 1) um die Ablieferung an die in den Erhebungslisten bezeichneten dritten Empfangsberechtigten;
- 2) um Rückzahlung von Vorschüssen an die Parteien;
- 3) um Rückzahlung von eingezahlten Geldern, wenn die Verfügung, auf deren Grund die Einzahlung erfolgte, von der zuständigen Behörde aufgehoben oder abgeändert wird;
- 4) um Vorschussleistungen an die zugehörige Gerichtsverwaltungskasse.

Diese Zahlungen sind zu leisten:

in den Fällen unter 1 auf Grund der Erhebungslisten; in den Fällen unter 2 auf Verfügungen des Gerichtes; in den Fällen unter 3 auf Verfügung derselben Stelle, von welcher die betreffende Erhebungsliste ausgegangen war; in den Fällen unter 4 auf Anordnung des Gerichtsvorsitzenden, und dienen die bezüglichlichen Erlasse der Kasse als Zahlungsbeläge.

Ausserdem sind unter den Ausgaben der Sportelkasse die niedergeschlagenen Beträge (§. 9) zu buchen.

§. 16.

Die Gesamtsumme der für die Gerichtsverwaltungskasse in jedem Jahre etatmässig disponibel gemachten Mittel wird der Sportelkasse rechtzeitig durch Vermittelung der Herzoglichen Haupt-Steueramts-Kasse zur Kenntniss gebracht und hat dieselbe Anweisungen des Gerichtsvorsitzenden auf Vorschussleistungen an die Gerichtsverwaltungskasse, welche über diese Étatsumme hinausgehen, nur dann nachzukommen, wenn in solchen Anweisungen das die Bewilligung aussprechende Rescript des Herzoglichen Staats-Ministeriums oder des Departements der Justiz angegeben ist.

§. 17.

Die Gerichtsverwaltungskasse bestreitet und verrechnet auf Zahlungsanweisung des Gerichtsvorsitzenden die sämtlichen Verwaltungsausgaben des Gerichtes und der bei demselben bestehenden Staatsanwaltschaft, einschliesslich der Schreibgebühren, der fixirten Remunerationen für die Schreiber und sonstigen Büreaukosten, soweit solche nicht etatmässig oder durch besondere Verfügung Unseres Herzoglichen Staats-Ministeriums oder des Departements der Justiz auf die Herzogliche Haupt-Finanzkasse direct angewiesen werden.

§. 18.

Ueber die Sportelkassen, sowie über die Gerichtsverwaltungskassen werden selbstständige Jahresrechnungen geführt, welche von den betreffenden Rechnungsführern bis zum 15. Februar des folgenden Jahres an die Haupt-Steueramts-Kasse bez. direct an Herzogliches Finanzcollegium einzusenden sind.

§. 19.

Die Sportelkassen, wie die Gerichtsverwaltungskassen stehen unter Controle des Herzoglichen Finanzcollegiums und werden von dieser Behörde recherchirt.

§. 20.

Die sämtlichen Einnahmen und Ausgaben der Justizverwaltung kommen beim Staatshaushalte zur Verrechnung. Demgemäss sind die von den Sportelkassen im Laufe jeden Quartals vereinnahmten Beträge an die Herzogliche Haupt-Steueramts-Kasse nach Quartalschluss abzuliefern, dagegen die in demselben Zeitraume geleisteten Ausgaben von dieser Kasse zurückzuempfangen. Beide Geschäfte werden jedoch nur im Abrechnungswege mittelst Lieferzettels bezw. Quittungsertheilung erledigt.

Die Haupt-Steueramts-Kasse nimmt die Einnahme- und Ausgabe-Beträge jeder Sportelkasse für das Quartal im Ganzen in ihre Rechnung auf, liefert die Einnahmen an Herzogliche Haupt-Finanzkasse ab und erhält von letzterer die Ausgaben gegen Quittung zurück.

§. 21.

Die erforderlichen Vorschriften über die Rechnungsführung bei den Sportel- und Gerichtsverwaltungs-Kassen werden im Instructionswege erlassen werden ¹⁾).

§. 22.

Uebergangsbestimmungen.

Die sämmtlichen bisherigen Gerichtskassen sind am letzten September d. J. derart abzuschliessen, dass Einnahme und Ausgabe balancirt.

Die Aufstellung und Uebersendung der Rechnung an Herzogliches Finanzcollegium liegt den dazu zeither verpflichteten Beamten ob, auch wenn dieselben zum 1. October d. J. versetzt oder pensionirt werden. Sind dieselben nicht im Stande, die Uebersendung der Rechnung noch am 30. September d. J. zu bewirken, so wird ihnen hierfür eine weitere Frist von 14 Tagen gewährt, binnen welcher die Einsendung jedenfalls erfolgen muss.

Der Kassenbestand, welcher in der aufzustellenden Rechnung als Ueberschussablieferung an die im Nachstehenden bezeichnete Kasse zu buchen ist, muss jedoch unter allen Umständen spätestens am 1. October d. J. abgeliefert werden.

Diese Ablieferung erfolgt bezüglich der bisherigen Gerichtskassen

des Herzoglichen Obergerichts,

der Herzoglichen Kreisgerichte Wolfenbüttel, Helmstedt und Gandersheim,

des jetzigen Stadtgerichts Wolfenbüttel,

unter Vermittelung des Herzoglichen Finanzcollegiums an die Herzogliche Haupt-Finanzkasse.

Dagegen findet die Ablieferung des Kassenbestandes bezüglich der Herzoglichen Kreisgerichte Braunschweig und Holzmin-den, sowie

¹⁾ Vergl. Instruction für die Gerichtskassen vom 16. Aug. 1779 (s. unten).

des Herzoglichen Stadtgerichts Braunschweig,
der sämmtlichen Herzoglichen Amtsgerichte und des vereinigten Kreis- und Amtsgerichts Blankenburg,

in der Weise statt, dass thatsächlich der Kassenvorrath unmittelbar an die Sportelkassen der mit dem 1. October d. J. an die Stelle dieser Gerichte tretenden Gerichte, also beziehungsweise

der Herzoglichen Landgerichte Braunschweig und Holzminden,

des Amtsgerichts Braunschweig,

des Amtsgerichts Blankenburg sowie der übrigen Amtsgerichte,

gegen eine auf die Haupt-Steueramts-Kasse lautende Quittung des betreffenden Sportelkassen-Rendanten abgeführt wird.

Zugleich bestimmt der Vorsitzende eben dieser Gerichte, welcher in runder Summe zu bestimmende Betrag der betreffenden Gerichtsverwaltungskasse verbleiben muss. Dieser Betrag wird der gedachten Kasse als ein Seitens der Sportelkasse geleisteter Vorschuss überwiesen.

Der Sportelkassen-Rendant hat nach Empfang des Kassenbestandes sofort der Herzoglichen Haupt-Steueramts-Kasse von dem Betrage dieses Bestandes Kenntniss zu geben und die letztere Kasse hat sodann in ihrer Rechnung diesen Betrag in Einnahme und Ausgabe und zwar in letzterer als Vorschuss an die betreffende Sportelkasse zu buchen.

Die Gerichtsverwaltungskasse des Herzoglichen Oberlandesgerichts erhält auf Anfordern des Vorsitzenden den nöthigen Vorschuss von der betreffenden Sportelkasse, welcher die Mittel hierzu wiederum vorschussweise von der Haupt-Steueramts-Kasse zur Verfügung gestellt werden.

Für das 4. Quartal d. J., während welcher Zeit die Sportelkassen den Gerichtsverwaltungskassen nach Anweisung der Gerichtsvorsitzenden die von diesen für erforderlich erachteten Vorschüsse zu leisten haben, werden von den Sportel- und Gerichtsverwaltungskassen Stückrechnungen aufgestellt.

Aus der Zeit vor dem 1. October d. J. rückständige Einnahmen der bisherigen Gerichtskassen sind in die Erhebungslisten für die betreffende Sportelkasse aufzunehmen.

Die Einziehung dieser Rückstände erfolgt durch die Gerichte, vollzieher.

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen
Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 16. August 1879.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

W. Schulz. Trieps. Graf Görtz-Wrisberg.

2. Bekanntmachung der Landes-Justizverwaltung, die Einnahmen der Gerichts-Sportelkasse und die Führung der Sportelregister betreffend.

d. d. Braunschweig, 3. September 1879 (Nr. 56).

Auf Grund des Gesetzes Nr. 35 vom 25. Juni 1879, §. 2, das Gerichtskassenwesen betreffend, und der Verordnung Nr. 48 vom 16. August 1879 §§. 5, 7 bis 12, die Gerichtskassen betreffend, werden hiermit von der Landesjustizverwaltung in Bezug auf die in die Gerichtssportelkassen fließenden Einnahmen und auf die Führung der Sportel- und der sonstigen diese Einnahmen betreffenden Register die nachstehenden Bestimmungen getroffen:

I. Feststellung der Gebühren, Vorschüsse und Auslagen.

§. 1.

Auf dem Concepte einer jeden gerichtlichen Verfügung, sowie auf jedem Protokolle und auf jeder Registratur, welche über gerichtliche Verhandlungen und sonstige gerichtliche Rechtsacte aufgenommen werden, hat der Gerichtsschreiber, welcher als solcher dabei fungirt, sofort zu vermerken, ob für die betreffenden Verfügungen, Verhandlungen oder sonstigen Rechtsacte Gebühren zu entrichten sind oder nicht, und im Bejahungsfalle, welcher Gebührensatz dafür zu berechnen ist.

Dieser Vermerk erfolgt auf Grund der Angaben des die Verhandlung leitenden bez. des die betreffende Rechtssache bearbeitenden Richters.

Bei den vom Gerichtsschreiber selbstständig vorzunehmenden Rechtsacten erfolgt der Vermerk auf Grund eigener Feststellung.

§. 2.

In den Fällen, in denen ein Vorschuss zu erheben ist, hat der die Verhandlung leitende oder der die betr. Rechtssache bearbeitende Richter durch die schriftliche Bemerkung auf dem entsprechenden Actenstücke den Gerichtsschreiber davon in Kenntniss zu setzen, dass und in welchem Betrage ein Vorschuss einzufordern sei.

Vermeint der Gerichtsschreiber, dass der Richter übersehen habe, die Angabe zu machen, so ist er berechtigt und verpflichtet, sein Bedenken dem betr. Richter behuf Erwirkung weiterer Beschlussnahme vorzutragen.

§. 3.

Die von den Betheiligten zu erstattenden Auslagen sind von dem Gerichtsschreiber neben den Gebühren oder sonst in den Acten gehörigen Orts zu vermerken.

Die Quittung des Empfängers ist zu den Acten zu nehmen. Bei Generalquittungen genügt eine Bezugnahme auf dieselbe; auch ist auf diesen Generalquittungen, insofern sie verschiedene Rechtsangelegenheiten betreffen, bei den einzelnen Posten zu bemerken, dass und wo dieselben verrechnet sind.

II. Zahlungsaufgabe.

A. bezüglich der Gebühren, Vorschüsse und Auslagen.

§. 4.

Die Zahlungsaufgabe ist nach dem beigegeführten Formulare (Anl. A.) wegen der Gebühren, Vorschüsse und Auslagen dem Zahlungspflichtigen ohne Verzug ¹⁾ zu ertheilen, sobald die erwähnten Posten fällig sind.

¹⁾ Durch diese Bestimmung waren für die Zahlungspflichtigen insofern unverschuldete Weiterungen entstanden, als dieselben schon in den ersten Tagen der Woche nach Empfang der Zahlungsaufgabe sich zur Zahlung beim Rendanten der Gerichts-Sportelkasse erboten hatten, während die Erhebungsliste in Gemässheit der Bestimmungen der §§. 22 und 24 bei demselben noch nicht einge-

In streitigen Rechtssachen sind in dieser Beziehung die über die Fälligkeit im Deutschen Gerichtskostengesetze §§. 93 bis 97 getroffenen Bestimmungen massgebend.

Bei Zwangsvollstreckungen in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen werden die Gebühren fällig, sobald das specielle Verfahren beendet ist, für welches der hiesige Gebührentarif einen besonderen Satz bestimmt (Gesetz Nr. 40 vom 11. Juli 1879 §. 10 und Anlage A).

In Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit tritt die Fälligkeit ein, sobald der Rechtsact bez. die gerichtliche Verfügung ausgefertigt oder, wenn eine Ausfertigung nicht erfolgt, überhaupt beendet ist.

Werden in den Angelegenheiten (Absatz 3 und 4), auf welche die Bestimmungen des Deutschen Gerichtskostengesetzes keine Anwendung finden, unmittelbar oder mittelbar Anträge auf Vornahme einer Handlung gestellt, mit welcher baare Auslagen verbunden sind, so kann dem Antragsteller die Auflage sofortiger Zahlung eines zur Deckung der Auslagen hinreichenden Betrages ertheilt werden.

Unter welchen Voraussetzungen in Strafsachen eine Zahlungsaufgabe wegen der Kosten unterbleiben kann, ist in §. 13 bestimmt.

§. 5.

Der Zahlungspflichtige, an welchen die Auflage ergeht, muss darin mit genügender Bestimmtheit bezeichnet werden.

§. 6.

Der Zahlungsaufgabe ist eine Kostenrechnung beizufügen, welche ersehen lässt:

gangen, der Letztere also zur Empfangnahme des Geldes noch nicht ermächtigt war.

Um die Zahlungspflichtigen vor jeder vermeidlichen Weiterung zu schützen, ist der §. 4 Abs. 1 durch die Bekanntm. der Landesjustizverwaltung vom 28. Mai 1880 (Nr. 13) dahin abgeändert:

„Die Zahlungsaufgabe wegen der Gebühren, Vorschüsse und Auslagen ist nach dem Formulare (Anlage A der Bekanntmachung vom 3. September 1879) ohne Verzug zu verfügen und zur Absendung vorzubereiten, sobald die erwähnten Posten fällig sind.

Die Zahlungsaufgabe wird unter dem Datum des letzten Wochentages ausgestellt, welchen die betreffende Erhebungsliste umfasst.

Die Absendung der Zahlungsaufgaben an die Zahlungspflichtigen hat gleichzeitig mit der Einsendung der Erhebungsliste an den Rendanten der Gerichts-Sportelkasse (§. 24 Abs. 2 l. c.) zu erfolgen.“

436 2. Bekanntm. der Landes-Justizverwaltung, die Einnahmen der

- 1) die Rechtsangelegenheit, in welcher die Kosten entstanden sind, unter Bezeichnung des Werthes derselben, sofern der Werth massgebend ist;
- 2) die einzelnen Ansätze an gerichtlichen Gebühren;
- 3) die Ansätze für die verwandten Stempel und die sonstigen baaren Auslagen;
- 4) die Beträge der einzelnen Ansätze.

Betrifft die Zahlungsaufgabe die Einzahlung eines Vorschusses, so ist statt der Nummern 2 bis 4 der Betrag des Vorschusses anzugeben.

§. 7.

Die Aufstellung der Kostenrechnung gehört zu den Obliegenheiten des Gerichtsschreibers.

Bestehen bei dem Gerichte mehrere Abtheilungen (Senate, Kammern), so trifft die Verpflichtung den Gerichtsschreiber der Abtheilung, zu deren Geschäftskreise die betr. Sache gehört.

§. 8.

Die Auflage an den Zahlungspflichtigen ergeht dahin:
den verzeichneten Betrag binnen zweiwöchiger Frist, vom Tage der Ausstellung der Zahlungsaufgabe an gerechnet, bei Vermeidung der zwangsweisen Einziehung an den Rendanten der Gerichts-Sportelkasse einzuzahlen.

§. 9.

Die Zahlungsaufgabe wird bei den Amtsgerichten in allen Fällen von dem Amtsrichter, und zwar unter mehreren von demjenigen erlassen, welcher die fragliche Sache bearbeitet.

§. 10.

Bei dem Ober-Landesgerichte und den Landgerichten wird die Zahlungsaufgabe erlassen:

- 1) in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in Concursen und in Angelegenheiten der nichtstreitigen Rechtspflege von dem Senate, bez. von der Kammer, zu deren Geschäftskreise die betr. Sache gehört;
- 2) in Strafsachen von der betr. Staatsanwaltschaft und zwar auf Grund des Gerichtsbeschlusses, durch welchen die Verpflichtung zur Zahlung eines Vorschusses ausgesprochen,

oder der Betrag der zu entrichtenden Gebühren und Auslagen festgestellt wird.

Der Gerichtsschreiber des betr. Senates bezw. der betr. Kammer hat den Beschluss ungesäumt der Staatsanwaltschaft vorzulegen.

§. 11.

Die Ausfertigung der Zahlungsauflage sammt Kostenrechnung wird dem Zahlungspflichtigen durch die Post unfrankirt unter der Rubrik: „portopflichtige Dienstsache“ übersandt.

Der Gerichtsschreiber bezw. der Büreaubeamte, unter mehreren der erste Büreaubeamte, der Staatsanwaltschaft hat die Uebersendung zu besorgen.

Vor der Absendung ist der Betrag in das Sportelregister einzutragen und die Nummer dieses Registers auf dem Concepte und der Ausfertigung der Zahlungsauflage zu vermerken.

B. bezüglich erkannter Geldstrafen, verhängter Ordnungsstrafen und bezüglich der Kosten der in den Amtsgefängnissen erfolgten Strafvollstreckung.

§. 12.

Die in den §§. 4 bis 11, insbesondere die in denselben für die Strafsachen getroffenen Bestimmungen finden, mit den in den §§. 13 und 14 enthaltenen Modificationen, entsprechende Anwendung, wenn es sich um Einzahlung erkannter Geldstrafen, verhängter Ordnungsstrafen oder um Erstattung der Kosten der in den Amtsgefängnissen ¹⁾ erfolgten Strafvollstreckung handelt.

§. 13.

Bei erkannten Geldstrafen und verhängten Ordnungsstrafen ist in der Zahlungsauflage auf das Urtheil bezw. auf die gerichtliche Verfügung Bezug zu nehmen.

¹⁾ Bezw. in den Kreisgefängnissen, deren Verwaltung dem Amtsrichter obliegt. Die durch die Verwaltung der Amts- resp. Kreis-Gefängnisse entstehenden Kosten sind auf die Amtsgerichts-Verwaltungskasse zur Zahlung anzuweisen.

Ist in dem Urtheile bezw. in der gerichtlichen Verfügung bereits die Auflage ertheilt, die Strafe binnen einer bestimmten Frist an die Gerichts-Sportelkasse einzuzahlen, so ist eine nochmalige Zahlungsaufgabe nicht erforderlich.

Diese letztere Bestimmung kommt gleichfalls wegen der Kosten, sowie wegen des Werthersatzes und Ersatzgeldes zur Anwendung, wenn die gedachte frühere Auflage sich auf diese Posten mit erstreckt hat, und der Betrag in dem Urtheile bezw. in der gerichtlichen Verfügung bereits festgestellt ist.

Der Richter bezw. die Staatsanwaltschaft hat alsdann speciell anzuordnen, dass die Beträge der Strafen sowie der Kosten u. s. w. in das Sportelregister einzutragen seien.

§. 14.

Die Zahlungsaufgabe wegen Erstattung der Kosten, welche durch die in den Amtsgefängnissen ¹⁾ erfolgte Strafvollstreckung erwachsen sind, wird von dem Amtsrichter erlassen, welchem die Gefängnisverwaltung obliegt.

III. Sportelregister.

§. 15.

Nach §. 5 der Verordnung *Nr.* 48 vom 16. August 1879, die Gerichtskassen betreffend, fließen in die Gerichtssportelkasse:

- 1) Vorschüsse, Gebühren und Auslagen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in Concursen, sowie in allen der nichtstreitigen Rechtspflege angehörigen Angelegenheiten;
- 2) Vorschüsse, Gebühren und Auslagen in Strafsachen;
- 3) erkannte oder freiwillig eingezahlte Geldstrafen, sowie der Erlös von confiscirten Gegenständen;
- 4) Ordnungsstrafen;
- 5) die Kosten der in den Amtsgefängnissen erfolgten Strafvollstreckung.

Alle unter diese Kategorien gehörigen Posten werden von dem Rendanten der Sportelkasse auf Grund von Erhebungslisten vereinmahmt, welche letztere in Extracten aus dem Sportelregister be-

¹⁾ *S. Anm. 1 zu §. 12.*

Gerichts-Sportelkasse u. d. Führung der Sportelregister betr. 439
stehen. Die erwähnten Posten sind daher sämmtlich in das Sportelregister einzutragen.

§. 16.

Bei den Amtsgerichten wird ein Sportelregister nach dem beigefügten Formulare (Anl. B. 1) geführt.

In die Abtheilung I (Civilsachen) werden die unter die Kategorie §. 15 *M.* 1, in die Abtheilung II (Strafsachen) die unter die Kategorien §. 15 *M.* 2 bis 5 fallenden Posten eingetragen.

Die Führung des Sportelregisters liegt dem Gerichtsschreiber ob. Sind mehrere Gerichtsschreiber vorhanden, so bestimmt die Landes-Justizverwaltung unter ihnen denjenigen, welcher das Register zu führen hat.

§. 17.

Bei dem Ober-Landesgerichte und den Landgerichten werden je zwei Sportelregister geführt, nämlich

- 1) bezüglich der unter die Kategorie §. 15 *M.* 1 fallenden Posten von dem durch die Landes-Justizverwaltung zu bestimmenden Gerichtsschreiber ¹⁾;
- 2) bezüglich der unter die Kategorien §. 15 *M.* 2 bis 4 fallenden Posten von dem Büreaubeamten, bezw. unter mehreren von dem ersten Büreaubeamten der betr. Staatsanwaltschaft.

Für die genannten Gerichte ist das Formular in der Anlage B 2 (Civilsachen), für die betr. Staatsanwaltschaften das Formular in der Anlage B 3 (Strafsachen) anzuwenden.

§. 18.

Jede Eintragung wird mit einer fortlaufenden Nummer versehen.

Mit dem Beginn eines jeden Geschäftsjahres ist ein neues Sportelregister anzulegen.

Für das erste Geschäftsjahr wird ein Sportelregister für das Quartal vom 1. October bis 31. December 1879 und ein neues für das Jahr 1880 angelegt.

§. 19.

Die Eintragungen geschehen Tag für Tag und haben sämmtliche Posten zu umfassen, in Bezug auf welche eine Zahlungsauflage

¹⁾ Vgl. *Geschäftsordn. für die Gerichtsschreibereien v. 12. Sept. 1879* §. 14 Abs. 1 (s. unten).

440 2. Bekanntm. der Landes-Justizverwaltung, die Einnahmen der an die Zahlungspflichtigen oder eine specielle, die Eintragung anordnende Verfügung (cf. §. 13) ergeht.

Sie sind regelmässig an dem Tage zu bewirken, an welchem die Zahlungsaufgabe oder die specielle Verfügung erlassen wird, jedenfalls aber vor Absendung der Zahlungsaufgabe ¹⁾).

§. 20.

Ausserdem werden in das Sportelregister eingetragen die Beträge der Strafgeelder, welche in Forststrafsachen von den einzelnen Forstfrevlern freiwillig eingezahlt sind (V. O. №. 48 vom 16. August 1879 §. 7);

ferner die Beträge, deren Einziehung der Richter bezw. die Staatsanwaltschaft ausnahmsweise vor Uebersendung der Erhebungsliste an den Rendanten der Sportelkasse gestattet hat (§. 12 der citirten Verordnung).

In dem Sportelregister ist bei den gedachten Posten die bereits erfolgte Einzahlung in der Rubrik „Bemerkungen“ zu erwähnen.

§. 21.

Werden Zahlungsaufgaben durch nachträgliche Verfügungen der zuständigen Stelle aufgehoben oder abgeändert, so ist dies im Sportelregister unter Bezugnahme auf die betr. Verfügung zu bemerken.

IV. Erhebungslisten.

§. 22.

Am Schlusse jeder Woche sind über die im Laufe der Woche in das Sportelregister eingetragenen Posten Erhebungslisten anzufertigen.

Fällt das Ende des Monats nicht mit dem Ende der Woche zusammen, so werden für die Tage vom Ende der vorhergehenden

¹⁾ Durch die Bekanntm. Nr. 13 vom 28. Mai 1880 (s. oben §. 4 Anm. 1) ist folgende Bestimmung getroffen: „Die im §. 19 enthaltenen Vorschriften über die Eintragungen in die Sportelregister bleiben bestehen mit der Massgabe, dass diese Eintragungen regelmässig an dem Tage zu bewirken sind, an welchem die Ertheilung der Zahlungsaufgabe verfügt wird.“

Gerichts-Sportelkasse u. d. Führung der Sportelregister betr. 441
Woche bis zum Ende des Monats und vom Beginn des neuen Monats bis zum Ende der laufenden Woche besondere Erhebungslisten angefertigt.

§. 23.

Bei dem Ober-Landesgerichte und den Landgerichten werden je zwei Erhebungslisten aufgestellt, die eine über die im Sportelregister des Gerichts, die andere über die im Sportelregister der Staatsanwaltschaft eingetragenen Posten.

Auch bei den Amtsgerichten sind je zwei Erhebungslisten aufzustellen, von denen die eine die in die Abtheilung I (Civilsachen), die andere die in die Abtheilung II (Strafsachen) des amtsgerichtlichen Sportelregisters eingetragenen Posten umfasst.

Die amtsgerichtlichen Erhebungslisten sind demgemäss als

Erhebungslisten in Civilsachen

bezw. Erhebungslisten in Strafsachen

zu bezeichnen.

Die Aufstellung geschieht nach den beigegeführten Formularen (Anl. C 1 a und C 1 b, C 2 und C 3).

§. 24.

Die Erhebungslisten werden von dem Gerichtsschreiber bezw. von dem Beamten aufgestellt, welcher bei dem betr. Gerichte bezw. bei der betr. Staatsanwaltschaft das Sportelregister führt.

Sie sind von dem gedachten Gerichtsschreiber bezw. Beamten, sowie nach vorgängiger Vergleichung mit dem Sportelregister von dem Vorsitzenden des Gerichts bezw. der Staatsanwaltschaft zu unterschreiben und spätestens am Dienstage der folgenden Woche bezw. am dritten Tage nach Schluss des Monats (cf. §. 22) dem Rendanten der Gerichts-Sportelkasse zu übersenden, welcher Letztere auf Grund derselben die verzeichneten Beträge zu vereinnahmen hat.

§. 25.

Sind in die Sportelregister eingetragene und folgeweise auch in die Erhebungslisten aufzunehmende Posten vor Uebersendung der regelmässigen Erhebungslisten entrichtet (§. 20), so ist bei den betr. Posten auf die an die Sportelkasse bereits geleistete Zahlung zu verweisen bezw. zu bemerken, dass der Betrag des Postens bei Uebersendung der Liste an den Rendanten der Sportelkasse abgeliefert wird.

§. 26.

Erleiden die in die Erhebungslisten aufgenommenen Beträge durch amtliche Verfügungen, welche die betr. Zahlungsaufgabe aufheben oder modificiren, eine nachträgliche Aenderung, so wird der Rendant der Sportelkasse hiervon in Kenntniss gesetzt.

Die Mittheilung ist von dem Vorsitzenden des Gerichts bezw. der Staatsanwaltschaft zu unterzeichnen.

Die Aenderung hat der Beamte, welcher das Sportelregister führt, auch auf dem Concepte der betr. Erhebungsliste bei den fraglichen Posten zu bemerken.

§. 27.

Wenn in Strafsachen den Zahlungsaufgaben nicht nachgekommen und deshalb von der zuständigen Stelle dem Gerichtsvollzieher die Zwangsvollstreckung aufgetragen wird, so sind die für letztere dem Zahlungspflichtigen zur Last fallenden Kosten von dem Gerichtsvollzieher zu erheben und nach der ihm über die Führung seiner Geschäftsbücher ertheilten Instruction zu verrechnen.

V. Contoregister.

§. 28.

Behufs späterer definitiver Berechnung und Einziehung der Gebühren und Auslagen werden besondere Contoregister angelegt:

- 1) für jeden bürgerlichen Rechtsstreit, in welchem die Erstattungspflicht und Fälligkeit von einer späteren Entscheidung abhängt (cf. §. 93 des Deutschen Gerichtskostengesetzes);
- 2) für jede Strafsache, jedoch mit Ausnahme der Strafbefehle, so lange diese nicht durch Erhebung des Einspruchs zur Verhandlung vor dem Schöffengerichte oder Amtsrichter gelangen;
- 3) für jeden Concurs.

§. 29.

Kommt in einer der im §. 28 bezeichneten Sachen vor der Beendigung der Instanz ein Verfahren vor, welches für die Gebühren-

Gerichts-Sportelkasse u. d. Führung der Sportelregister betr. 443
erhebung als besonderer Rechtsstreit gilt (§. 39 des Deutschen Gerichtskostengesetzes), so kann für dieses Verfahren ein Nebenregister gebildet werden.

Dies muss geschehen, wenn bei dem gedachten Verfahren ausser den Hauptparteien auch andere Personen, z. B. Intervenienten theiligt sind, welche die Kosten dieses Verfahrens in dem Falle des Unterliegens zu tragen oder mit zu tragen haben.

Das Nebenregister wird als Anlage mit dem Hauptregister verbunden.

Auf dem Titel des Hauptregisters muss bemerkt werden, dass und über welches Verfahren ein Nebenregister angelegt ist.

§. 30.

Die Führung der Contoregister liegt dem Gerichtsschreiber, unter mehreren dem Gerichtsschreiber der Abtheilung (Senat, Kammer) ob, zu deren Geschäftskreise die betreffende Sache gehört.

§. 31.

Ueber Alles, was die Parteien oder sonst betheiligte Personen in den im §. 28 bezeichneten Sachen an die gerichtliche Sportelkasse zu zahlen haben, wird eine vollständige Rechnung geführt, wobei die zu erhebenden Gebühren und Auslagen in dem Contoregister verzeichnet werden.

Auch die Vorschüsse, deren Einzahlung angeordnet wird, sind unbeschadet der Eintragung in dem Sportelregister, auch in dem Contoregister zu verzeichnen.

§. 32.

Das Contoregister ist nach dem beigelegten Formulare (Anl. D.) einzurichten.

Dasselbe wird den Acten vorgeheftet.

Werden die Acten an ein anderes Gericht versandt, so ist das Contoregister aus den Acten auszulösen und bis zu deren Wiedereingang in der Registratur aufzubewahren.

§. 33.

Die Eintragungen erfolgen unter die gehörigen Rubriken; sie sind mit fortlaufenden Nummern zu versehen und diese je auf dem betr. Concepte, Protokolle oder sonstigen gerichtlichen Actenstücke zu vermerken.

§. 34.

Die Eintragungen der Gebühren und Auslagen müssen ohne Verzug Tag für Tag besorgt werden.

Die Gebühren sind an demselben Tage einzutragen, an welchem die Verhandlung stattgefunden hat, bezw. die Verfügung abgegeben ist, für welche die Gebühr erhoben wird; die Auslagen an dem Tage, an welchem sie gemacht sind.

Die den Namen, Stand und Wohnort des Schuldners der Gebühren und Auslagen enthaltende Rubrik ist jedoch erst dann auszufüllen, wenn dessen Zahlungspflicht feststeht (cf. §. 86 des Deutschen Gerichtskostengesetzes).

§. 35.

Der Kostenvorschuss, dessen Einzahlung das Gericht verfügt, ist gleichfalls ohne Verzug an dem Tage, an welchem die Verfügung erlassen wird, unter Angabe des Namens, Standes und Wohnortes des Zahlungspflichtigen in das Contoregister einzutragen.

Die Eintragung geschieht zunächst als Soll-Einnahme; als Ist-Einnahme erst dann, wenn Seitens des Sportelkassenrendanten die Anzeige von der wirklich geschehenen Einzahlung erfolgt ist.

§. 36.

Sobald das Verfahren der Instanz durch unbedingte Entscheidung über die Kosten, durch Vergleich, Zurücknahme oder anderweite Erledigung beendet ist und demgemäss die Gebühren und Auslagen fällig werden (§. 93 des Deutschen Gerichtskostengesetzes), hat der Gerichtsschreiber, welcher das betr. Contoregister führt (§. 29), die Kostenrechnung aufzustellen und die Zahlungsaufgabe an den Zahlungspflichtigen zu erwirken.

§. 37.

War wegen eines Vorschusses Zahlungsaufgabe ertheilt, vom Rendanten der Sportelkasse aber über die wirkliche Einzahlung noch keine Nachricht eingegangen, so hat der Gerichtsschreiber bei dem Rendanten anzufragen, ob der Vorschuss inzwischen gezahlt sei, und im Bejahungsfalle die Eintragung als Ist-Einnahme zu beschaffen.

§. 38.

Die aufzustellende Kostenrechnung muss den Betrag des angeforderten Vorschusses und wie viel davon zur Ist-Einnahme einge-

tragen worden, imgleichen Aufschluss darüber ergeben, ob und in welchem Betrage ein Vorschuss in Abrechnung zu bringen sei.

Dabei sind die nachfolgenden Bestimmungen zu beachten.

§. 39.

Wenn der Zahlungspflichtige einen Vorschuss eingezahlt hat, und es ist

- 1) der Betrag der Kostenrechnung grösser als der Betrag dieses Vorschusses, so wird der letztere als „verbraucht“ in Absatz gebracht und demgemäss nur wegen des bleibenden Restes der Kostenrechnung Zahlungsaufgabe erteilt.
- 2) Ist umgekehrt der Betrag des Vorschusses grösser als der Betrag der Kostenrechnung, so ist diese durch den entsprechenden Betrag des in so weit „verbrauchten“ Vorschusses berichtigt; der Richter hat aber auch zu erwägen, ob nach der Sachlage die Rückzahlung des vom Vorschuss verbleibenden Restbetrages anzuordnen ist oder nicht.
- 3) Sind die Beträge des Vorschusses und der Kostenrechnung gleich, so ist die Rechnung durch den „verbrauchten“ Vorschuss berichtigt.

§. 40.

Ist kein Vorschuss in Anrechnung zu bringen, weil

- 1) entweder der Zahlungspflichtige den von ihm angeforderten Vorschuss noch nicht eingezahlt hat,
- 2) oder nicht an den Zahlungspflichtigen, sondern an den Gegner die Anforderung eines Vorschusses erging bzw. von dem Gegner die Einzahlung geleistet ist,

so hat der Richter, sobald er wegen der Kostenrechnung dem Zahlungspflichtigen eine Zahlungsaufgabe macht, auch zu erwägen, ob zugleich wegen dieses angeforderten bzw. eingezahlten Vorschusses die frühere Anforderung des Vorschusses für erledigt zu erklären oder die Rückzahlung anzuordnen sei, und es ist demgemäss vom Richter gleichzeitig die erforderliche Verfügung zu treffen.

§. 41.

Insoweit nach der Abrechnung Kosten zu entrichten sind, ist dem Zahlungspflichtigen die Zahlungsaufgabe zu erteilen und der letzteren die Kostenrechnung beizufügen.

Dabei kommen die Bestimmungen der §§. 4 bis 11, so wie wegen der Eintragung in das Sportelregister und in die Erhebungsliste die

446 2. Bekanntm. der Landes-Justizverwaltung, die Einnahmen der Bestimmungen der §§. 15 bis 21, bezw. der §§. 22 bis 27 zur Anwendung.

Sind die Kosten durch den eingezahlten Vorschuss vollständig getilgt, so ist dies dem Zahlungspflichtigen unter Mittheilung der Kostenrechnung mittelst gerichtlicher Verfügung zu eröffnen.

§. 42.

Wird vom Richter verfügt, dass die Zahlungsaufgabe wegen eines angeforderten aber noch nicht eingezahlten Vorschusses als erledigt anzusehen sei und deshalb zurückgenommen werde, oder dass ein eingezahlter und verbrauchter Vorschuss nicht weiter als solcher, sondern als definitive Einnahme zu behandeln, oder endlich, dass ein eingezahlter Vorschuss zurückzuzahlen sei, so ist nicht nur der betr. Partei, sondern auch dem Rendanten der Gerichts-Sportelkasse eine Ausfertigung dieser Verfügung mitzutheilen, damit der gedachte Rendant die entsprechenden Vermerke in den Erhebungslisten und in seinen Geschäftsregistern machen kann.

Auch ist in dem Contoregister, in dem Sportelregister und in dem Concepte der Erhebungsliste bei den betr. Posten gleichfalls ein solcher Vermerk einzutragen.

§. 43.

Wird vor Beendigung der Instanz wegen eines Verfahrens, welches für die Gebührenerhebung als besonderer Rechtsstreit gilt (cfr. §. 29) oder wegen einzelner ausnahmsweise fällig werdender Posten (cfr. z. B. §. 97 des D. Gerichtskostengesetzes) auf Grund einer unbedingten Entscheidung über die betr. Kosten Zahlungsaufgabe ertheilt, so sind die betr. Posten in dem Contoregister zu durchstreichen, und es ist neben denselben auf die erfolgte Zahlungsaufgabe Bezug zu nehmen.

War in solchem Falle bezüglich der gedachten Kosten ein Nebenregister angelegt, so finden die über die Aufstellung der Kostenrechnung in den §§. 36 seq. getroffenen Bestimmungen für die im Nebenregister verzeichneten Kosten entsprechende Anwendung.

VI. Controle- und Sicherungsmassregeln.

§. 44.

Keine Acte darf reponirt werden, bevor nicht wegen der Gebühren und Auslagen die in den §§. 1 und 3, wegen der Eintragungen

Gerichts-Sportelkasse u. d. Führung der Sportelregister betr. 447
in das Sportelregister die in dem §. 11, wegen der Eintragungen in
das Contoregister die in dem §. 33 vorgeschriebenen Vermerke auf
dem betr. Actenstücke gemacht sind.

§. 45.

Sind mehrere Gerichtsschreiber bei einem Gerichte angestellt, so
liegt dem das Sportelregister führenden Gerichtsschreiber die Con-
trole darüber ob, dass die im §. 42 erwähnten Vorschriften überall
gehörig beobachtet und befolgt werden.

Zu dem Ende sind demselben an jedem Tage gegen Schluss der
Bureaustunden die Protokolle und Concepte der im Laufe des Tages
vorgekommenen Verhandlungen und erlassenen Verfügungen vorzu-
legen, damit er prüfen könne, ob die erforderlichen Vermerke bezüg-
lich der Gebühren, Vorschüsse und Auslagen auf den Protokollen und
Concepten sowie die Eintragungen der zu contirenden Posten in
die Contoregister gemacht sind.

Zum Zeichen, dass diese Vorlegung und Prüfung stattgefunden
habe, hat der controlirende Gerichtsschreiber dem Vermerke sein
Namenszeichen beizufügen.

Die zur sofortigen Eintragung in das Sportelregister geeigneten
Posten hat der controlirende Gerichtsschreiber in dieses Register
einzutragen und auf dem betr. Protokolle oder Concepte die Nummer
der Eintragung selbst zu bemerken.

Werden bei dieser täglichen Prüfung von dem controlirenden
Gerichtsschreiber Mängel wahrgenommen, so hat er hierauf den betr.
Gerichtsschreiber aufmerksam zu machen und, wenn auf seine Auf-
forderung das von ihm für erforderlich Erachtete nicht geschieht,
dem Vorsitzenden des Gerichts die Sache zur Entscheidung vorzu-
tragen.

§. 46.

Da in Sachen der nichtstreitigen Rechtspflege ein Contoregister
nicht geführt wird, so kann es häufig vorkommen, dass wegen eines
aufgenommenen Rechtsactes die Zahlungsaufgabe und Eintragung
in das Sportelregister erst später nach beschaffter Ausfertigung
erfolgt.

Damit in derartigen Fällen jedes Uebersehen vermieden werde,
hat der Gerichtsschreiber, unter mehreren der Gerichtsschreiber der
betreffenden Abtheilung, ein Restverzeichnis zu führen, in welches
unter fortlaufenden Nummern die gedachten Rechtsacte einzutragen
sind, wenn deren Eintragung in das Sportelregister nicht spätestens
am dritten Tage nach der Vornahme des Actes erfolgt.

Die Reste werden durch demnächstige Eintragung in das Sportelregister erledigt. Der dieses Register führende Gerichtsschreiber hat neben dem betr. Posten des Restverzeichnisses zu bemerken, dass und unter welcher Nummer diese Eintragung geschehen sei.

§. 47.

In nichtstreitigen Rechtssachen kann das Gericht, wenn nach seinem Ermessen die Zahlungsfähigkeit des Zahlungspflichtigen nicht ohne jeden Zweifel und der einzufordernde Gebührensatz nicht ganz unerheblich ist, die Aushändigung der Ausfertigung von dem vorgängigen Nachweise abhängig machen, dass die Kosten an die Sportelkasse entrichtet seien.

VII. Armenrecht und Armenregister.

§. 48.

Ist in einer bürgerlichen Rechtsstreitigkeit das Armenrecht bewilligt, so sind die Kosten, wie in anderen Rechtsstreitigkeiten, auf den gerichtlichen Actenstücken zu verzeichnen und in das Conto-register einzutragen.

Der Bewilligung des Armenrechts ist im Contoregister unter der Rubrik „Bemerkungen“ Erwähnung zu thun.

Dasselbe gilt bezüglich einer etwaigen Entziehung des Armenrechts.

§. 49.

Nach Eintritt der Fälligkeit werden die Kosten, wie in anderen Sachen, berechnet (§. 36). Insoweit jedoch wegen des ertheilten Armenrechts die Zahlung nicht gefordert werden kann, findet eine Zahlungsaufgabe und Eintragung in das Sportelregister nicht statt, vielmehr soll statt dessen der Betrag der Kostenrechnung in ein nach Massgabe des beigefügten Formulars (Anl. E.) anzulegendes Armenregister eingetragen werden.

Die Eintragung geschieht durch den das Sportelregister führenden Gerichtsschreiber (§. 16 und §. 17) in der Weise, dass der Gesamtbetrag der vom Gerichte genehmigten Kostenrechnung unter einer Nummer mit Angabe des Namens, Standes und Wohnortes der zahlungspflichtigen, zum Armenrechte zugelassenen Partei verzeichnet wird.

§. 50.

Nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres ist eine Abschrift des Armenregisters an die Herzogl. Zoll- und Steuirection einzusenden.

§. 51.

Wird die zum Armenrechte zugelassene Partei später für verpflichtet zur Nachzahlung erklärt (§§. 116 und 117 der Deutschen Civilprocessordnung), so finden wegen der alsdann zu erlassenden Zahlungsaufgabe und Eintragung in das Sportelregister die oben hierüber getroffenen Bestimmungen Anwendung.

VIII. Uebergangsbestimmungen

bezüglich der vor dem 1. October 1879 anhängig gewordenen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Concurse.

§. 52.

In den bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, welche vor dem Inkrafttreten der Deutschen Civil-Process-Ordnung anhängig geworden sind und in Gemässheit des Gesetzes No. 13 vom 1. April 1879 im bisherigen Verfahren erledigt werden, sind die Gerichtskosten zwar, wie bisher, sofort zu berechnen, jedoch für die einzelnen Bescheide nicht sofort zu erheben, sondern unter entsprechender Anwendung der §§. 28 folgte. zu contiren.

Bei dieser Contirung tritt jedoch die Modification ein, dass in dem betr. Contoregister sofort anzugeben ist, für welche nach dem bisherigen Recht zur Zahlung verpflichtete Partei die Contirung des Postens geschieht. Es sind demgemäss in dem Contoregister verschiedene Rubriken für die einzelnen Parteien anzulegen und in jede derselben die Posten einzutragen, welche für die betreffende Partei contirt werden.

Auf den Concepten und Ausfertigungen der Bescheide sind die contirten Beträge mit der Angabe der Partei, für welche der fragliche Betrag contirt ist, sowie mit Angabe der Nummer des Contoregisters, unter welcher der Betrag eingetragen ist, zu vermerken.

Die vorstehenden Bestimmungen kommen auch bei den im bisherigen Verfahren zu erledigenden Concurssachen zur Anwendung.

§. 53.

Die Einforderung der contirten Kosten geschieht in den einzelnen Instanzen jedenfalls dann, wenn das Verfahren in der Instanz durch Endurtheil oder in einer sonstigen Weise beendet wird.

Schon vorher sind jedoch die bis dahin contirten Kosten einzufordern, wenn das Instanzgericht ein Erkenntniss über die Competenz oder über die Beweislast und über die Beweissätze abgibt, oder wenn über die Hauptsache zwar definitiv, jedoch mit Vorbehalt eines Liquidationsverfahrens entschieden ist.

Ausserdem sollen am Schlusse eines Kalenderjahres, falls der Rechtsstreit in der Instanz noch ferner anhängig bleibt, die bis dahin contirten Kosten ungesäumt eingefordert werden.

§. 54.

Sobald von der einen oder anderen Partei oder von beiden Parteien contirte Posten einzufordern sind, wird eine Kostenrechnung aufgestellt und diese dem Zahlungspflichtigen nebst Zahlungsaufgabe übersandt, der Betrag auch in das Sportelregister eingetragen.

In dieser Beziehung kommen die über die erwähnten Punkte unter II, III und V getroffenen Bestimmungen zur Anwendung.

§. 55.

Die gesetzliche Bestimmung, wonach die Anwälte für die Bezahlung der Gebühren aus eigenen Mitteln verantwortlich¹⁾ sind (V. O. No. 30 vom 9. Febr. 1814 §. 6), bleibt unberührt und erleidet für die nach bisherigem Recht zu erledigenden Rechtssachen durch vorstehende Anordnungen keine Abänderung.

Braunschweig, den 3. September 1879.

Herzogl. Braunsch.-Lüneb. Staats-Ministerium.

Departement der Justiz.

Trieps.

¹⁾ S. oben S. 386.

Nr. des Sportelregisters

Zahlungsaufgabe

In Sachen

wird de

aufgegeben, den hierunter verzeichneten Betrag an Gebühren und Auslagen zu überhaupt

binnen zweiwöchiger Frist, vom Tage dieser Verfügung an gerechnet, bei Vermeidung zwangsweiser Einziehung an den Kassensführer der Sportelkasse des unterzeichneten Gerichts einzuzahlen ¹⁾).

, den ten 18
Herzogliches gericht.

Verzeichniss der Gerichtskosten.

Vorstehender Betrag
ist heute eingezahlt.

....., d ten 18

Der Sportelkassen-Rendant.

Sportelwesen Formular A.
(Bek. vom 3. September 1879 §. 4.)

¹⁾ „Die Einsendung des Geldes durch die Post muss porto- und bestellgeldfrei erfolgen.“ In die später gedruckten Formulare ist dieser Zusatz ausdrücklich aufgenommen.

Sportel - Register

des

Herzoglichen Amtsgerichts

für

das Jahr 18

[illegible][illegible]

Sportel-Register

des

Herzoglichengerichts

für

das Jahr 18.....

(Civilsachen.)

1.	Laufende Nummer	
2.	Namen, Stand oder Gewerbe und Wohnort des Zahlungspflichtigen	
3.	Bezeichnung des gerichtlichen Actes oder der Verfügung	
4.	Betrag der Gebühren und Auslagen	fl. s.
5.	Darunter Auslagen für Stempel	fl. s.
6.	Betrag der Vorschüsse	fl. s.
7.	Tag bis zu welchem die Zah- lung geleistet werden muss	
8.	Bemerkungen	

Sportel-Register

der

Staatsanwaltschaft

bei

dem Herzoglichengerichte

für

das Jahr 18.....

(Strafsachen.)

Erhebungsliste

N^o.....

des

Herzoglichen Amtsgerichts

Abtheilung I., Civilsachen

für

den Zeitraum vom bis 18.....

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
Laufende Nummer	Nummer des Spötel-Registers	Namen, Stand oder Gewerbe und Wohnort des Zahlungspflichtigen	Bezeichnung des gerichtlichen Actes oder der Verfügung	Betrag der Gebüh- ren und Aus- lagen	Betrag der Vor- schüsse	Tag bis zu welchem die Zah- lung geleistet werden muss	Bemerkungen
				<i>M.</i> <i>S.</i>	<i>M.</i> <i>S.</i>		

Erhebungsliste

N^o.....

des

Herzoglichen Amtsgerichts

Abtheilung II., Strafsachen,

für

den Zeitraum vom bis 18.....

[illegible][illegible]

Erhebungsliste

N^o.....

des

Herzoglichen gerichts

in

Civilsachen

für

den Zeitraum vom bis

Erhebungsliste

N^o

der

Staatsanwaltschaft

bei dem

Herzoglichen **gerichte zu**

in

Strafsachen

für.

den Zeitraum vom bis 18

Conto-Register

in

des

wider

den

wegen

Werthsklasse

18

N^o des Registers für:
Nebenregister

- 1) Anlage A. wegen
- 2)
- 3)

Sportelwesen Formular D.

(Bekanntmachung vom 3. September 1879 §. 32.)

I.

Nachweisung der entstandenen Gerichtskosten

[illegible]

II.

Nachweisung der angeforderten Vorschüsse

[illegible]

Armenregister

für

das Jahr 18.....

Herzoglichesgericht zu

Spittelwesen Formular E.

(Bekanntmachung vom 3. September 1879 §. 49.)

Ordn.-Nr.	Namen, Stand und Wohnort der armen Partei	Rubrum der Sache	Betrag der Kosten- rechnung	Tag der ger. Genehmi- gung der Kosten- rechnung	Bemer- kungen

3. Instruction für die Gerichtskassen ¹⁾).

I. Sportelkassen.

§. 1.

Ueberweisung der Solleinnahme.

Die den Sportelkassen von den Gerichtsvorsitzenden bezw. den Staatsanwaltschaften zugehenden Erhebungslisten und sonstigen Empfangsanweisungen (cf. Verordnung vom heutigen Tage, die Gerichtskassen betreffend, §§. 11 bis 14) bilden die Grundlage für die Rechnungsführung und dienen als Einnahmebeläge zu den abzulegenden Rechnungen.

§. 2.

K a s s a b u c h.

Der Rendant der Sportelkasse führt ein Kassabuch nach Muster A, in welchem Einnahme und Ausgabe der Kasse, und zwar Vorschüsse und Empfänge für Dritte (Asservaten cf. §. 18), sowie Rückzahlungen darauf bezw. Ablieferungen an dritte Empfangsberechtigte nach Massgabe des Vordrucks, zu buchen sind.

§. 3.

Abschluss des Kassabuchs.

Das Kassabuch ist am Schlusse eines jeden Monats vor der Linie abzuschliessen und nach dem Ergebnisse einer Prüfung des Baarbestandes der Kasse vorzunehmen. Die sich ergebenden Ziffern

¹⁾ Erlassen auf Grund des §. 21 der V. O. No. 48 v. 16. August 1879.
Braunschweigische Ausführungsgesetze.

sind jedesmal in ein besonderes Buch einzutragen. Die Summe der Uebertragungen aus dem Kassabuche am Jahresschlusse muss mit dem Abschlusse der Rechnung übereinstimmen.

§. 4.

Kassendefecte.

Die bei solchen Abschlüssen sich ergebenden Defecte sind nicht ohne Weiteres durch eigene Gelder auszugleichen, ebensowenig wie dem Kassenführer ein Anspruch an dem etwaigen Kassenplus zu- steht. Ueber dergleichen Differenzen verfügt nach stattgehabter Revision der Jahresrechnung die Herzogliche Zoll- und Steuer- Direction.

§. 5.

Rückzahlungen.

Vereinnahmte Beträge irgend welcher Art dürfen, falls sich die stattgehabte Vereinnahmung nachträglich als auf einer irrigen oder unrichtigen Verfügung beruhend herausstellt, nicht vom Soll abge- setzt, sondern müssen auf Anweisung der Stelle, von welcher die Erhebungsliste bzw. Empfangsanweisung ausgegangen ist, veraus- gabt und mit Quittung des Rückempfängers belegt werden.

§. 6.

Ablieferung der Empfänge für Dritte.

Die dem Kassenführer zur Erhebung überwiesenen Empfänge für Dritte sind nach dem Eingange am Schlusse jeden Monats den in der betreffenden Erhebungsliste bezeichneten dritten Empfangs- berechtigten gegen Quittung auszuzahlen, bzw. durch die Post zu übersenden, und dient die Quittung bzw. der Postschein zur Be- legung der Ausgabe in dem betreffenden Register.

§. 7.

Sicherstellung der Kasse.

Für sichere Aufbewahrung der Kassengelder nach Massgabe der ihm von Herzoglicher Zoll- und Steuerdirection ertheilten Anwei-

sungen ist der Kassenführer verantwortlich. Privatgelder dürfen niemals mit den Kassengeldern vermischt werden.

§. 8.

Vermeidung der Anhäufung unnöthiger Kassenbestände.

Der Kassenführer hat nach Massgabe der ihm von Herzoglicher Zoll- und Steuirection ertheilten Anweisungen von seinen Kassenbeständen an die Herzogliche Haupt-Steueramts-Kasse abzuliefern.

§. 9.

R e c h n u n g s f o r m.

Ueber die Einnahmen und Ausgaben ist vom Kassenführer jährlich Rechnung zu legen und hat derselbe sich dabei das sub B beigefügte Muster zur Richtschnur dienen zu lassen.

Ausserdem ist am Schlusse jeden Quartals ein Extract nach der Anlage C aus dem Manuale (§. 10) anzufertigen und bis zum 10. des auf den Quartalsschluss folgenden Monats an Herzogliche Haupt-Steueramtskasse einzusenden. Dieser Extract geht durch Vermittelung der Herzoglichen Zoll- und Steuer-Direction br. man. an Herzogliches Finanzcollegium und dient für die von demselben zu führende Controle.

§. 10.

M a n u a l.

Zum Zwecke der Rechnungsaufstellung ist neben dem Kassabuche ein Manual nach den Rechnungscapiteln zu führen, in welches täglich die Einnahmen und Ausgaben aus dem Kassabuche in Form der Rechnung zu übertragen sind, so dass dasselbe am Jahresschlusse nur abgeschlossen und mit den Ordnungsnummern der Beläge versehen zu werden braucht, um sofort als Rechnungconcept zu dienen.

Zu den Nachtragungen ist der muthmasslich für jedes Capitel erforderliche Raum zu lassen und sind sofort bei den Nachtragungen die Beläge nach den Capiteln zu trennen und in einem Umschlage mit der Bezeichnung des Capitels zu sammeln.

§. 11.

K a s s e n b e s t a n d.

Am Schlusse jeden Jahres ist der rechnungsmässige Kassenbestand als Ueberschuss abzuliefern, so dass die Rechnung in Einnahme und Ausgabe balancirt. Um jedoch dem Rechnungsführer die Mittel zur Bestreitung der Ausgaben nicht zu entziehen, erfolgt die Ablieferung nur im Abrechnungswege in der Weise, dass ein entsprechender Betrag als Vorschuss aus Herzoglicher Haupt-Steueramtskasse erhoben, in Einnahme gestellt und zugleich unter den Asservaten und zwar in Col. 5 des betreffenden Manuals gebucht wird. Die Tilgung dieser Asservatenbeträge erfolgt durch die eingehenden Einnahmen. (Vergl. §. 20 der Verordnung vom heutigen Tage, No. 48, die Gerichtskassen betreffend.)

§. 12.

R e s t e.

Von den sämtlichen Resten ist am Schlusse jeden Monats ein Verzeichniss unter Angabe des Monats, in welchem die Ueberweisung zur Einziehung stattgefunden hat, aufzustellen und den im §. 9 der Verordnung vom heutigen Tage, No. 48, bezeichneten Stellen vorzulegen (Schema D).

Ueber die in jedem Monate eingegangenen Vorschüsse in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Concursen ist auf Grund des Asservatenmanuals ein besonderes Verzeichniss aufzustellen und nach Monatsschluss an den Gerichtsvorsitzenden einzusenden.

§. 13.

Beläge für Reste und Rechnungsabsätze.

Die in der Rechnung in Absatz zu bringenden Posten sind mit den Absatzverfügungen des Gerichtsvorsitzenden bzw. Staatsanwaltes, in denen der Geldbetrag in Mark mit Buchstaben ausgedrückt sein muss, und die verbliebenen Reste mit den Lieferzetteln der Gerichtsvollzieher bzw. Executoren zu belegen.

Die abgesetzten Posten sind in das Manual mit rother Dinte einzutragen und bei dem betr. Capitel zu verausgaben, auch, wie die verbliebenen Reste, einzeln aufzuführen und durch Angabe der Sportelnummern und des Sachenrubrums zu bezeichnen.

§. 14.

Z u s c h ü s s e.

Die erforderlich werdenden Zuschüsse erfolgen aus der Haupt-Steueramts-Kasse vorschussweise gegen Quittung des Rechnungsführers.

§. 15.

U n t e r s c h r i f t d e r R e c h n u n g.

Die mit Ort und Datum zu versehende Rechnung der Sportelkasse ist von dem Rechnungsführer zu unterschreiben.

§. 16.

E i n s e n d u n g d e r R e c h n u n g.

Die Rechnung nebst Belägen, welche in Capitel-Umschlägen ungeheftet bleiben können, aber in der Gesamtheit mit Bindfaden umschnürt sein müssen, ist von dem Rechnungsführer spätestens am 15. Februar der Herzoglichen Haupt-Steueramts-Kasse einzureichen. Der Tag des Eingangs ist von der letzteren Kasse auf der Rechnung zu bezeichnen.

Durch Vermittelung der Herzoglichen Zoll- und Steuerdirection gelangt die Rechnung mit den dazu gehörigen Belägen an Herzogliches Finanzcollegium.

§. 17.

Strafverfügungen wegen nicht rechtzeitiger Einreichung der Rechnung.

Ist die Rechnung am 15. Februar bei Herzoglicher Haupt-Steueramts-Kasse nicht eingegangen, so hat der Rechnungsführer für jeden

Tag der Fristüberschreitung eine Strafe von einer Mark verwirkt, welche auf Verfügung der Herzoglichen Zoll- und Steuer-Direction, und zwar durch Gehaltsabzug, einzuziehen ist.

§. 81.

Asservaten-Manual.

Sämmtliche durch die Erhebungslisten der Sportelkasse zur Erhebung überwiesenen Vorschüsse und Empfänge für Dritte etc. werden unverzüglich nach Eingang der Ueberweisung in das Asservaten-Manual (Schema E.) eingetragen, welches immer nur für ein Jahr anzulegen und gleichzeitig mit der Sportelkassen-Rechnung abzuschliessen ist.

Bei der Ueberweisung der Empfänge sind die Rubriken

1, 2, 3, 4 bezw. 5, 6, 7 und 10,

bei dem Eingange die Rubriken

8 und 9,

bei der Auszahlung an die Empfänger die Rubriken

11 und 12,

bei verfügbarer Niederschlagung die Rubrik

14,

und erst am Jahresabschlusse die Rubriken

13, 15 und 16

des Registers auszufüllen.

Die bei dem Jahresabschlusse noch vorhandenen (Rubr. 15) und die überwiesenen, aber noch nicht eingegangenen Asservaten (Rubr. 16) sind in das Asservaten-Manual des folgenden Jahres zu übertragen. Der Bestand am Jahresabschlusse muss mit dem Bestande der Rubrik „Vorschüsse und Empfänge für Dritte etc.“ im Kassabuche übereinstimmen.

II. Gerichtsverwaltungskassen.

§. 19.

Rechnungs- und Kassenführung.

Der Rechnungsführer der Gerichtsverwaltungskasse führt ein Kassabuch nach dem anliegenden Muster F., in welchem als Einnahme die Vorschüsse der Sportelkasse bezw. die von den Gerichtsvollziehern erstatteten Vorschüsse und als Ausgabe die sämtlichen eintretenden Gerichtsverwaltungskosten in chronologischer Ordnung zu buchen sind.

Ausserdem führt derselbe ein Manual nach den Rechnungscapiteln, in Betreff dessen die Vorschriften des §. 10 entsprechende Anwendung finden.

Aus diesem Manuale sind Quartalextracte bis zum 10. des auf den Quartalsschluss folgenden Monats nach Schema G. direct an das Herzogliche Finanzcollegium einzusenden.

§. 20.

Ausgabebeläge.

Jede Ausgabe der Gerichtsverwaltungskasse ist mit Quittung des Empfängers zu belegen, welche mit der Zahlungsanweisung des Gerichtsvorsitzenden versehen ist.

§. 21.

Diäten und Reisekosten.

Die Diäten und Transportkosten des Gerichtspersonals sind

- 1) für die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten einschliesslich der Concurse, sowie die der nichtstreitigen Rechtspflege angehörigen Angelegenheiten, und
- 2) für die Strafsachen

getrennt, auch nach den Localterminen unter Angabe des Tages geordnet zu berechnen.

Die Kosten eines Termines sind zusammen auf einer Linie und unter einer Ordnungsnummer aufzuführen.

Die Beläge über Diäten und Transportkosten in den ad 1 bezeichneten Sachen, deren Beträge von den Extrahenten wieder einzuziehen sind, dürfen nur dann als gültig angesehen werden, wenn darauf durch Vermerk des Sportelregisterführers ersichtlich gemacht ist, dass die sämmtlichen Kosten des auswärtigen Termins behuf der Wiedereinzahlung in die Erhebungsliste gestellt, oder, falls die Kosten zu notiren, dass solche in das Contobuch eingetragen sind.

In beiden Fällen ist die Nummer anzugeben.

§. 22.

Portoliquidationen.

Auf den Portoliquidationen der Postbehörden muss deren Richtigkeit von dem Gerichtsschreiber auf Grund vorgenommener Vergleichung bescheinigt sein.

§. 23.

Einsendung der Rechnung.

Die Jahresrechnung nebst Belägen ist von dem Rechnungsführer nach dem anliegenden Formulare H. spätestens am 15. Februar des folgenden Jahres direct dem Herzoglichen Finanzcollegio zu überreichen, und gelten in dieser Beziehung die bezüglichlichen Bestimmungen der §§. 15, 16 und 17 dieser Instruction auch für den Rechnungsführer der Gerichtsverwaltungskasse mit der Modification, dass Geldstrafen wegen verspäteter Einreichung der Rechnung von Herzoglichem Finanzcollegio verfügt werden.

III. Gemeinschaftliche Bestimmungen.

§. 24.

Rasuren in den Büchern.

Rasuren in den Kassabüchern sind verboten. Wird die Abänderung einer Zahl erforderlich, so ist sie so zu durchstreichen, dass sie erkennbar bleibt, und durch die richtige zu ersetzen.

§. 25.

Deutlichkeit der Rechnung.

Die Rechnungen müssen so deutlich aufgestellt sein, dass sie auch ohne die Beläge verständlich und übersichtlich erscheinen. Dieses nothwendige Erforderniss ist mit angemessener Kürze zu verbinden.

§. 26.

Restituenda ex monitis.

Die aus der Monitor zur Rechnung hervorgegangenen Restituenda sind sämmtlich in das Einnahmesoll zu stellen, auch wenn der Eingang noch nicht hat bewirkt werden können. Im letzteren Falle sind sie in der Restrubrik auszuwerfen.

§. 27.

Bonificanda ex monitis.

Die verausgabten Bonificanda sind mit den Quittungen der Empfänger zu belegen, mit Ausnahme der Bonificanda für den Rechnungsführer. Noch nicht realisirte hierher gehörige Zahlungen müssen als Rest vor der Linie aufgeführt werden.

§. 28.

Moniturverhandlungen.

Die Rechnungsführer haben die bei der Revision der Rechnung seitens des Herzoglichen Finanzcollegiums gestellten Monita zu erledigen, soweit solche sich auf die Kassen- und Rechnungsführung selbst beziehen und nicht, soweit die Sportelkassen in Betracht kommen, auf die der Herzoglichen Zoll- und Steuer-Direction zustehende allgemeine Verwaltung, oder auf Punkte, deren Erläuterung bezw. Erledigung Sache des betreffenden Gerichts bezw. Gerichtsvorsitzenden oder der betheiligten Staatsanwaltschaft ist.

§. 29.

L i b e r a t o r i e n .

Ein formelles Liberatorium wird dem Rechnungsführer über Jahresrechnungen nicht ertheilt, vielmehr dienen die Entscheidungen des Herzoglichen Finanzcollegiums bezw. die Benachrichtigung, dass gegen die Rechnung nichts zu erinnern gefunden, als Liberatorium.

Ein General-Liberatorium ist übrigens jeder Rechnungsführer nach dem Aufhören seiner Functionen zu verlangen berechtigt. Auch steht dieses Recht seinen Erben zu.

§. 30.

Befolgung der Entscheidungen.

Die Rechnungsführer haben die auf Rechnungsmonita an sie ergehenden Entscheidungen des Herzoglichen Finanzcollegiums, sowie bezüglich der die Verwaltung betreffenden und der sachlichen Moniturverhandlungen die Anweisungen der Herzoglichen Zoll- und Steuer-Direction, bezw. des Gerichtsvorsitzenden oder Staatsanwalts zu befolgen. Die Erledigung der Monita erfolgt regelmässig mit der nächsten Rechnungslegung.

§. 31.

R e c h e r c h e n .

Die Recherchen werden von den zuständigen Behörden vorgenommen, und haben Rechnungsführer den Anforderungen der Recherche-Commission unweigerlich Folge zu leisten. In dem Rechercheprotokolle ist jedes Mal zu bemerken, ob vom Rechnungsführer die Kassenabschlüsse regelmässig vorgenommen sind.

§. 32.

S t ü c k r e c h n u n g e n .

Stückrechnungen werden nicht abgelegt. Bei einem Wechsel in der Person des Rechnungsführers ist die Kasse nach den Büchern und Belägen dem Nachfolger zu übergeben, und hat dieser für das ganze Jahr Rechnung zu legen.

§. 33.

P e r s o n a l v e r ä n d e r u n g e n .

Veränderungen in der Person des Rechnungsführers werden durch Herzogliche Zoll- und Steuer-Direction bzw. den Gerichtsvorsitzenden dem Herzoglichen Finanzcollegium zur Kenntniss gebracht.

§. 34.

C a u t i o n s l e i s t u n g .

Die Rechnungsführer sind verpflichtet, nach Bestimmung des Herzoglichen Staats-Ministeriums eine Caution von sechshundert bis funfzehnhundert Mark zu leisten,

§. 35.

Formularpapier.

Das Formularpapier zu den in dieser Instruction bezeichneten Registern A. B. C. D. E. ist aus der Registratur der Herzoglichen Zoll- und Steuer-Direction, zu F. G. und H. aus der Registratur des Herzoglichen Finanzcollegiums zu beziehen.

Braunschweig, den 16. August 1879.

Herzoglich Braunsch.-Lüneb. Staats-Ministerium.

W. Schulz. Trieps. Graf Görtz-Wrisberg.

Kassa-Buch
der
Sportelkasse
des

Herzoglichengerichts N. N.

für das Jahr 18.....

geführt

vom N. N.

Rechnung

über

Einnahme und Ausgabe der Sportelkasse

des

Herzoglichen gerichts N. N.

vom Jahre 18.....

An

die Herzogl. Haupt-Steueramts-Kasse

zu Braunschweig

eingereicht am 15. Februar 18.....

Der Rechnungsführer.

An

die Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction

hieselbst

abgesandt am

Herzogl. Haupt-Steueramts-Kasse.

An

das Herzogl. Finanzcollegium

hieselbst

abgesandt am

Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction.

Braunschweigische Ausführungsgesetze.

Vorbemerkung.

Der am 1. October 1879 zum Rechnungsführer bestellte *N. N.*
hat eine Caution von *M.* mittelst der
..... littr. *N₂*
vom über *M.* bestellt
und ist solche ad depositum des Herzoglichen
gerichts *N. N.* genommen.

Ord.-N ^o .	Bel.-N ^o .	N ^o im Kassabuche	pag. 3.		Soll		Ist		Rest	
			Einnahme		N.	S.	N.	S.	N.	S.
			Cap. I.							
			Aus der Monitur.							
			Cap. II.							
			Reste aus den Vorjahren:							
			A. in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Concursen, sowie in Angelegenheiten der nicht streitigen Rechtspflege.							
			B. in Strafsachen.							
			(Die Reste sind speciell nach den einzelnen Sachen und Sportelnummern aufzuführen und die beiden Unterabtheilungen besonders zu summiren und zu recapituliren.)							
			Cap. III.							
			Vorschüsse, Gebühren und Auslagen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Concursen, sowie in allen der nicht streitigen Rechtspflege angehörigen Angelegenheiten.							

Ord.-N ^o .	Bel.-N ^o .	N ^o im Kassabuche	pag. 4.		Soll		Ist		Rest	
			Einnahme		M.		S.		M.	
			Cap. IV.							
			Vorschüsse, Gebühren und Auslagen in Strafsachen.							
			Cap. V.							
			Erkannte oder freiwillig eingezahlte Strafge- lde, einschliesslich Ordnungsstrafen, sowie Erlöse von confiscirten Gegenständen und Ersatz von Strafvollstreckungskosten.							
			Cap. VI.							
			Von den Gerichtsvollziehern erhobene Gebühren für Zustellungen etc.							
			Cap. VII.							
			Sonstige zufällige Einnahmen.							
			Cap. VIII.							
			Zuschuss aus Herzoglicher Haupt-Steueramts-Kasse.							

Cap.	Pag.	pag. 5.		Soll		Ist		Rest	
		Wiederholung der Einnahme		M.		S.		M.	
I		Aus der Monitor							
II		Reste aus den Vorjahren:							
		A. in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten etc.							
		B. in Strafsachen.							
III		Vorschüsse, Gebühren und Auslagen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Concursen, sowie in allen der nicht streitigen Rechtspflege angehörigen Angelegenheiten.							
IV		Vorschüsse, Gebühren und Auslagen in Strafsachen							
V		Erkannte oder freiwillig eingezahlte Strafge- lde, einschliesslich Ordnungsstrafen, sowie Erlöse von confiscirten Gegenständen und Ersatz von Strafvollstreckungskosten.							
VI		von den Gerichtsvollziehern erhobene Gebühren für Zustellungen etc.							
VII		Sonstige zufällige Einnahmen							
VIII		Zuschuss aus Herzogl. Haupt-Steueramts-Kasse							
		Summa Einnahme							

Ord.-N ^o .	Bel.-N ^o .	pag. 6.	
		A u s g a b e	
		N ^o .	§
		<p>Cap. I. Aus der Monitur.</p>	
		<p>Cap. II. Rückzahlung von Vorschüssen und eingezahlten Geldern.</p>	
		<p>Cap. III. Ablieferungen an dritte Empfangsberechtigte.</p>	

Ord.-N ^o .	Bel.-N ^o .	pag. 7.	
		A u s g a b e	
		N ^o .	§
		<p>Cap. IV. Vorschüsse an die Gerichtsverwaltungs-kasse.</p>	
		<p>Cap. V. Erlasse und Niederschlagungen.</p>	
		<p>Cap. VI. Ueberschuss - Ablieferungen.</p>	

pag. 8.			
Cap.	Pag.	Wiederholung der Ausgabe	
			<i>M.</i> <i>§</i>
I		Aus der Monitur	
II		Rückzahlung von Vorschüssen und eingezahlten Geldern	
III		Ablieferungen an dritte Empfangsberechtigte	
IV		Vorschüsse an die Gerichtsverwaltungskasse	
V		Erlasse und Niederschlagungen	
VI		Ueberschussablieferungen	
		Summa Ausgabe	

pag. 9.			
A b s c h l u s s			
		<i>M.</i>	<i>§</i>
Nach pag.	beträgt die Soll-Einnahme . .		
" "	" " Ausgabe		
		Bestand	
davon die Reste laut pag.			
		bleibt Baarvorrath	
darunter an Asservaten			
N. N., den			
Der Rechnungsführer.			

Extract
aus der Rechnung
über
Einnahme und Ausgabe der Sportelkasse
des
Herzoglichen gerichts *N. N.*
für das Quartal 18.....

An
die Herzogliche Haupt-Steueramts-Kasse
zu Braunschweig
eingereicht am
Der Rendant der Sportelkasse.

An
die Herzogliche Zoll- und Steuer-Direction
hieselbst
abgesandt am
Herzogliche Haupt-Steueramts-Kasse.

An
das Herzogliche Finanzcollegium
hieselbst
abgesandt am
Herzogliche Zoll- und Steuer-Direction.

Cap.	Bezeichnung der Einnahme	S o l l						I s t						Rest	Bemerkungen
		im		im		über- haupt	im		im		über- haupt				
		Quartal		Quartal			Quartal		Quartal						
		Nr.	§	Nr.	§		Nr.	§	Nr.	§		Nr.	§		
I	Aus der Monitur														
II	Reste aus den Vorjahren:														
	A. in bürgerlichen Rechtsstreitig- keiten und Concursen, sowie in Angelegenheiten der nicht streit- igen Rechtspflege														
	B. in Strafsachen														
III	Vorschüsse, Gebühren und Auslagen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Concursen, sowie in allen der nicht streitigen Rechtspflege ange- hörigen Angelegenheiten														
IV	Vorschüsse, Gebühren und Auslagen in Strafsachen														
V	Erkannte oder freiwillig eingezahlte Strafgelder, einschliesslich Ord- nungsstrafen, sowie Erlöse von con- fiscirten Gegenständen und Ersatz von Strafvollstreckungskosten . . .														
VI	Von den Gerichtsvollziehern er- hobene Gebühren für Zustellun- gen etc.														
VII	Sonstige zufällige Einnahmen . . .														
VIII	Zuschuss aus Herzogl. Haupt-Steuer- amtskasse														
	Summa Einnahme														
	Die Ausgabe beträgt nach umstehen- der Seite														
	also Bestand														
	Darunter an Asservaten														
	Bei Nachzahlung der Kasse sind vor- gefunden														
	mithin { zu viel														
	{ zu wenig														

Cap.	Bezeichnung der Ausgabe	im		im		überhaupt	
		Quartal		Quartal			
		M.	§	M.	§	M.	§
I	Aus der Monitur						
II	Rückzahlung von Vorschüssen und eingezahlten Geldern						
III	Ablieferungen an dritte Empfangsberechtigte						
IV	Vorschüsse an die Gerichtsverwaltungs-kasse						
V	Erlasse und Niederschlagungen . . .						
VI	Ueberschuss-Ablieferungen						
	<div>Summa Ausgabe</div>						

Asservaten-Manual
der
S p o r t e l k a s s e
des
Herzoglichengerichts N. N.
de 18.....

[illegible]

NB. Vorschüsse der Col. 4 sind nach Abschluss des betreffenden Proden Col. 10, 11 und 12 als an die Sportelkasse gezahlt zu buchen.

[illegible]

cessconto, soweit davon nicht Erstattungen an Dritte Platz greifen, in

Kassa - Buch
der
Gerichtsverwaltungskasse
des
Herzoglichengerichts N. N.
für das Jahr 18.....,
geführt
vom N. N.

[illegible][illegible]

Extract
aus der Rechnung
über
Einnahme und Ausgabe der Gerichtsverwaltungskasse
des
Herzoglichen gerichts N. N.
für
das Quartal 18.....

An
das Herzogl. Finanzcollegium
hieselbst

zu Braunschweig
eingereicht am

Der Rechnungsführer.

Cap.	Bezeichnung der Einnahme	I s t						Bemerkungen
		im		im		überhaupt		
		Quartal		Quartal				
		M.	§	M.	§	M.	§	
I	Aus der Monitur							
II	Vorschüsse aus der Sportelkasse							
III	Von den Gerichtsvollziehern zurückerstattete Vorschüsse .							
	Summa Einnahme							
	Die Ausgabe beträgt nach umstehender Seite	
	mithin beträgt der baare Kassen-Vorrath ult. . 18	
	Bei Nachzählung der Kasse sind vorgefunden	
	• mithin { zu viel	
	zu wenig	

Cap.	Bezeichnung der Ausgabe	im		im		überhaupt	
		Quartal		Quartal			
		Nr.	§	Nr.	§	Nr.	§
I	Aus der Monitur						
II	Diäten und Reisekosten						
	a. in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten						
	b. in Strafsachen						
III	Vorschüsse an Gerichtsvollzieher						
IV	Fixa, Remuneration und Tagegelder						
V	Copialien der Schreiber						
VI	Gebühren der Auskunftspersonen						
VII	Schreibmaterialien						
VIII	Anschaffung von Büchern						
IX	Büreaubedürfnisse und sonstige zu inventarisirende Gegenstände						
X	Heizungskosten						
XI	Beleuchtungskosten						
XII	Porto, Postvorschüsse und Insertionsgebühren						
XIII	Für angekauftes Stempelpapier und Stempelmarken						
XIV	Reparaturkosten der Gebäude und Lokalmiethe						
XV	Vertheidigungsgebühren und dem Angeklagten erstattete Kosten						
XVI	Unterstützungen						
XVII	Sonstige Ausgaben						
XVIII	Gefangenenkosten						
Summa Ausgabe							

R e c h n u n g

über

Einnahme und Ausgabe der Gerichtsverwaltungskasse

des

Herzoglichengerichts N. N.

vom Jahre 18.....

An

das Herzogl. Finanzcollegium
hieselbst

zu Braunschweig

eingereicht am

Der Rechnungsführer.

Vorbemerkung.

Der am 1. October 1879 zum Rechnungsführer bestellte
..... *N. N.*
hat eine Caution von *M.* mittelst der
..... littr. *N^o.*
vom über *M.* bestellt
und ist solche ad depositum des Herzoglichen
gerichts *N. N.* genommen.

pag. 4.			
Cap.	Pag.	Wiederholung der Einnahme	
			N. S.
I		Aus der Monitur	
II		Vorschüsse aus der Sportelkasse	
III		Von den Gerichtsvollziehern zurückerstattete Vorschüsse	
		Summa Einnahme	

pag. 5.			
Ord.-N ^o .	Bel.-N ^o .	A u s g a b e	
			N. S.
		Cap. I.	
		Aus der Monitur.	
		Cap. II.	
		Diäten und Reisekosten.	
		a) in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Conkursen, sowie in Angelegenheiten der nicht streitigen Rechtspflege;	
		b) in Strafsachen.	
		(Die Ausgaben sind nach dem Datum der Lo- kaltermine geordnet zu berechnen.)	
		(Die Kosten eines Termins sind auf einer Linie zu berechnen.)	
		(Beide Abtheilungen sind besonders zu sum- miren und zu recapituliren.)	
		Cap. III.	
		Vorschüsse an Gerichtsvollzieher.	

Ord.-N ^o .	Bel.-N ^o .	pag. 6.	
		A u s g a b e	N. S
		Cap. IV. Fixa, Remunerationen und Tagegelder.	
		Cap. V. Copialien der Schreiber.	
		Cap. VI. Gebühren der Auskunftspersonen.	

Ord.-N ^o .	Bel.-N ^o .	pag. 7. A u s g a b e.	
		Cap. VII. Schreibmaterialien.	
		Cap. VIII. Anschaffung von Büchern.	
		Cap. IX. Büreau-Bedürfnisse und sonstige zu inventarisirende Gegenstände.	

Ordin.-Nr.	Bel.-Nr.	pag. 8. A u s g a b e.	N. S.
		Cap. X. Heizungskosten.	
		Cap. XI. Beleuchtungskosten.	
		Cap. XII. Porto, Postvorschüsse und Insertions- gebühren.	

Ord.-N ^o .	Bel.-N ^o .	pag. 9.	
		A u s g a b e	
		Cap. XIII.	
		Für angekauftes Stempelpapier und Stempelmarken.	
		Cap. XIV.	
		Reparaturkosten der Gebäude und Lokal- miethe.	
		(Hierher gehört auch Schornsteinfegerlohn und für Ofenreinigen.)	
		Cap. XV.	
		Vertheidigungsgebühren und dem An- geklagten erstattete Kosten.	

Ord.-N ^o .	Bel.-N ^o .	pag. 10.	
		A u s g a b e	N ^o 3
		Cap. XVI.	
		Unterstützungen.	
		Cap. XVII.	
		Sonstige Ausgaben.	
		(Botenlohn, Reinigen des Gerichtslokals, Heftseide, Zwirn, Bindfaden, Siegellack, Sand, Zündhölzer etc.)	
		Cap. XVIII.	
		Gefangenenkosten.	

		pag. 11.	
Cap.	Pag.	Wiederholung der Ausgabe	
I		Aus der Monitor	
II		Diäten und Reisekosten	
		a. in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten etc.	
		b. in Strafsachen	
III		Vorschüsse an Gerichtsvollzieher	
IV		Fixa, Remunerationen und Tagegelder	
V		Copialien der Schreiber	
VI		Gebühren der Auskunftspersonen	
VII		Schreibmaterialien	
VIII		Anschaffung von Büchern	
IX		Büreau-Bedürfnisse und sonstige zu inventa- risirende Gegenstände	
X		Heizungskosten	
XI		Beleuchtungskosten	
XII		Porto, Postvorschüsse und Insertionsgebühren	
XIII		Für angekauftes Stempelpapier und Stempel- marken	
XIV		Reparaturkosten der Gebäude und Lokalmiethe	
XV		Vertheidigungsgebühren und dem Angeklagten erstattete Kosten	
XVI		Unterstützungen	
XVII		Sonstige Ausgaben	
XVIII		Gefangenenkosten	
		Summa Ausgabe	

pag. 12.			
Pag.	A b s c h l u s s	Nr.	§
	Die Einnahme beträgt		
	„ Ausgabe „		
	Bestand		
	N. N., den		
	Der Rechnungsführer.		

4. Rescripte des Herzogl. Staatsministeriums vom 5. Januar 1880, betr. die Einziehung von Gerichtskosten, Geldstrafen etc. auf Requisition auswärtiger Behörden:

a. an den Ober-Staatsanwalt.

Auf einen Bericht der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction vom 21. v. Monats haben Wir bezüglich der Behandlung von Requisitionen auswärtiger Behörden behuf der im Herzogthum zu bewirkenden Einziehung von Gerichtskosten u. s. w., wie Sie aus der abschriftlich angeschlossenen Verfügung an Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction vom heutigen Tage des Näheren ersehen werden, unter Anderem verfügt, dass, wenn es sich um Beitreibung von in Strafsachen erwachsenen Gerichtskosten, Geldstrafen u. s. w. handle, derartige Requisitionen auswärtiger Behörden kurzer Hand an Sie abzugeben seien.

In Uebereinstimmung hiermit ertheilen Wir Ihnen daher hierdurch die Anweisung, mit der Erledigung derartiger Requisitionen durch die Gerichtsvollzieher die betr. Staatsanwälte zu beauftragen resp. in amtsgerichtlichen Sachen die Requisitionen behuf deren Erledigung an die betr. Herzogl. Amtsgerichte zu übersenden, auch die Staatsanwälte dahin zu instruiren, dass sie die einzuziehenden Beträge nebst den durch deren Einziehung hier entstehenden Kosten der betr. Sportelkasse durch die Erhebungslisten als Empfänge für Dritte resp. als hiesige Gebühren zu überweisen haben.

Die Landgerichtspräsidenten sind beauftragt, in gleicher Weise die Amtsgerichte zu instruiren.

b. an Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction.

Der Bericht vom 21. November v. J. in Betreff der im Wege der administrativen Zwangsvollstreckung ausserhalb des Herzog-

thums einzuziehenden Gerichtskosten, sowie in Betreff der Requisitionen auswärtiger Behörden zur Beitreibung von dergleichen Kosten innerhalb des Herzogthums, sowie die ferneren bezüglichlichen Berichte vom 24. ej. m., vom 1. v. M. und vom 24. v. M. sind Uns zugegangen, und eröffnen Wir der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction darauf Folgendes:

Was den ersten Fall, die ausserhalb des Herzogthums zu bewirkende Einziehung der — nicht in Strafsachen — erwachsenen Gerichtskosten anbelangt, so wollen Wir hierdurch bestimmen, dass Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction die bezüglichlichen Rückstände gleich allen übrigen durch administrative Zwangsvollstreckung einzuziehenden Gerichtskosten der betr. Herzogl. Kreiskasse zur Einziehung überweist, und dass letztere alsdann die in geeigneter Weise zu ermittelnde competente auswärtige Behörde behuf Bewirkung der Beitreibung der fr. Kosten requirirt, wobei es sich empfiehlt, in dem betr. Requisitionsschreiben auf die gerichtsseitige Feststellung der Kosten und darauf hinzuweisen, dass nach diesseitigen gesetzlichen Bestimmungen für jene Kosten die administrative Zwangsvollstreckung eingeführt ist.

In dem zweiten zum Vortrage gebrachten Falle, die Requisitionen auswärtiger Behörden behuf Beitreibung von Gerichtskosten betr., ist zu unterscheiden, ob die fr. Kosten in Strafsachen oder in anderen gerichtlichen Angelegenheiten erwachsen sind. Sind die Kosten in Strafsachen entstanden, so ist die betr. Requisition kurzer Hand an den Ober-Staatsanwalt abzugeben, der angewiesen ist, sodann die Beitreibung durch die Staatsanwälte, resp. in amtsgerichtlichen Sachen durch die Amtsgerichte zu bewirken. Sind die beizutreibenden Kosten in anderen als Strafsachen erwachsen, so hat die Einziehung derselben einfach und ohne alle Vermittelung der Gerichtssportelkasse durch die betr. Kreiskasse im Wege der administrativen Zwangsvollstreckung zu erfolgen.

Demgemäss hat also die Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction die bei ihr selbst wegen Einziehung rückständiger gerichtlicher Kosten eingegangenen Requisitionen auswärtiger Behörden in Strafsachen kurzer Hand an Herzogl. Ober-Staatsanwaltschaft abzugeben, in allen übrigen gerichtlichen Angelegenheiten aber an die betr. Herzogl. Kreiskasse zur Einziehung im Wege der administrativen Zwangsvollstreckung und zur weiteren Erledigung zu überweisen. Im Uebrigen aber hat Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction die Herzogl. Kreiskassen und die Gerichtssportelkassen mit entsprechender Anweisung dahin zu versehen, dass dieselben die bei ihnen direct eingegangenen

Requisitionen auswärtiger Behörden in Strafsachen gleichfalls an den Ober-Staatsanwalt kurzer Hand einzusenden haben, — dass aber in allen anderen gerichtlichen Sachen den ergangenen Requisitionen seitens der Herzogl. Kreiskassen mittelst der administrativen Zwangsvollstreckung Folge zu geben, seitens der Gerichtssportelkassen jedoch die eingegangenen Requisitionsschreiben an die betr. Herzogl. Kreiskasse zur Erledigung br. m. abzugeben seien.

Selbstverständlich wird das Princip der Reciprocität zu beachten und an Uns zu berichten sein, wenn auswärtige Behörden den diesseitigen Requisitionen nicht entsprechen sollten¹⁾.

c. an die Landgerichts-Präsidenten.

Wir lassen Ihnen hierneben ein an den Ober-Staatsanwalt ergangenes Rescript vom heutigen Tage nebst einer an Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction ergangenen Verfügung vom gleichen Datum in Abschrift zugehen, aus denen Sie ersehen wollen, wie es bezüglich der im Herzogthume zu bewirkenden Einziehung von Gerichtskosten, Geldstrafen und dergleichen auf Grund von Requisitionen auswärtiger Behörden in Zukunft gehalten werden soll.

Da die Amtsgerichte mit einer gleichen Instruction zu versehen sind, wie sie der Ober-Staatsanwalt nach obigem Rescripte den Staatsanwälten zu ertheilen hat, so beauftragen wir Sie, die Ihrer Aufsicht unterstellten Amtsgerichte mit der entsprechenden Anweisung fordersamst zu versehen.

¹⁾ Vgl. die vom Bundesrath in Ausführung des §. 99 des D. G. K. G. unterm 23. April 1880 erlassene Anweisung, betr. den zum Zweck der Einziehung von Gerichtskosten unter den Bundesstaaten zu leistenden Beistand (Centralblatt des D. Reichs No. 21 S. 278 u. 279), wonach die Zwangsvollstreckung in gleichem Umfange zulässig ist, wie für eine Kostenforderung des Staates, welchem die ersuchte Behörde angehört (§. 3 Abs. 2).

XI.

Geschäftsordnung

für

die Gerichtsschreibereien

der

Herzogl. Braunschweigischen Gerichte.

d. d. Braunschweig, den 12. September 1879.

Auf Grund des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes §. 154 und des Ausführungsgesetzes zu demselben vom 1. April 1879 §. 59 werden über die Einrichtung der Gerichtsschreibereien und über die Geschäftsverhältnisse der Gerichtsschreiber von der Landesjustizverwaltung hierdurch die nachfolgenden Anordnungen getroffen:

I. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Bei jedem Gerichte wird eine Gerichtsschreiberei eingerichtet.

§. 2.

Dienst- und Sprechstunden.

Die gewöhnlichen Dienststunden währen Vormittags von 8 bis 1, Nachmittags von 3 bis 6 Uhr.

Abweichungen von dieser Vorschrift bedürfen der Genehmigung der Gerichtspräsidenten, für die Amtsgerichte der Genehmigung des betr. Landgerichtspräsidenten. Die Gesamtzahl der täglichen Dienststunden darf jedoch nicht verringert werden.

Für die Erledigung der Eilfälle ist der Geschäftsbetrieb an keine Zeit gebunden.

Für die Rechtsuchenden soll die Gerichtsschreiberei an jedem Werktag mindestens zwei Stunden (Sprechstunden) geöffnet sein. Eine Bekanntmachung der Sprechstunden ist an die Gerichtstafel anzuheften.

§. 3.

Dienstobliegenheiten.

Die Dienstobliegenheiten des Gerichtsschreibers ergeben sich zunächst aus den Reichsjustizgesetzen und aus den zu deren Ausführung erlassenen Landesgesetzen (Ges. No. 11 vom 1. April 1879 §§. 60 bis 62 ¹⁾). Ausserdem hat der Gerichtsschreiber alle sonstigen Sekretariats- sowie die Registraturgeschäfte zu besorgen, die Arbeiten der Schreiber zu leiten und zu überwachen, nach Massgabe der bestehenden Vorschriften bei den das gerichtliche Kassen- und Rechnungswesen, das gerichtliche Sportelwesen oder sonstigen die Justizverwaltung betreffenden Angelegenheiten mitzuwirken und sich überhaupt allen denjenigen Verrichtungen zu unterziehen, welche im Interesse des Geschäftsbetriebes für erforderlich erachtet werden.

Demgemäss hat der Gerichtsschreiber

- 1) die Anträge der Parteien in den Sprechstunden zu Protokoll zu nehmen;
- 2) bei den gerichtlichen Verhandlungen auf Erfordern des Richters das Protokoll zu führen,
insbesondere
bei den Amtsgerichten in den Grundbuchsachen die Geschäfte des Buchführers zu versehen;
- 3) die vom Richter getroffenen Verfügungen durch Anfertigung der Expeditionen und Ausfertigungen sowie durch Anfertigung von Rechnungsarbeiten auszuführen;
- 4) für die Ordnung und Aufbewahrung der Acten und sonstigen Schriften zu sorgen;
- 5) die Termine mit Einschluss derjenigen zu mündlichen Verhandlungen in Civilprocessen und zu Hauptverhandlungen in Strafsachen, sowie die von Amtswegen zu beobachtenden Fristen zu verzeichnen und für rechtzeitige Vorlegung der zu den Terminen bestimmten Acten an den Gerichtsvorsitzenden bzw. an den die Sache bearbeitenden Richter Sorge zu tragen;
- 6) die pünktliche und ordnungsmässige Erledigung der Schreibarbeiten zu bewirken und zu dem Ende die Kanzlisten und die bei Gericht beschäftigten Schreiber zu überwachen, auch

¹⁾ S. oben S. 21, 22.

in dringenden Fällen kleinere Schreibarbeiten selbst zu fertigen;

- 7) bei Feststellung der Gerichtskosten mitzuwirken, das Sportelregister und die Contoregister zu führen, die Erhebungslisten aufzustellen sowie die von den Gerichtsvollziehern aufgestellten Berechnungen über abzuliefernde Gebühren oder ihnen zu erstattende Auslagen zu prüfen;
- 8) das Tagebuch (Journal, Productenbuch) sowie die sonstigen Register und Listen zu führen und auf Grund derselben die Aufstellung der vorgeschriebenen Auszüge und Geschäftsübersichten zu bewirken;
- 9) die Utensilien, Drucksachen, Schreibmaterialien, sowie sonstige Geschäftsbedürfnisse nach den ihm ertheilten Anweisungen anzuschaffen und zu verwalten, desgleichen das Beleuchtungs- und Heizungsmaterial anzuschaffen und die mit dessen Verwahrung beauftragten Unterbeamten zu überwachen;
- 10) die Inventarien des Gerichts zu führen und darüber zu wachen, dass die für äussere Ordnung und Sicherheit der Geschäftsräume erlassenen Anweisungen befolgt werden;
- 11) die Gerichtsverwaltungs-Kasse zu führen, insofern dieses Geschäft nicht dem Kassensführer der Sportelkasse übertragen wird.

§. 4.

E i n g ä n g e.

Die an das Gericht verschlossen eingehenden Sendungen werden von dem Vorsitzenden der Gerichtsabtheilung (Kammer, Senat), welche in der Adresse bezeichnet ist, und wenn diese Bezeichnung fehlt, von dem Präsidenten bezw. dem die Dienstaufsicht führenden Amtsrichter eröffnet.

Die an die Gerichtsschreibereien gerichteten, verschlossen eingehenden Sendungen eröffnet der Gerichtsschreiber bezw. unter mehreren der mit den Geschäften des ersten Gerichtsschreibers beauftragte Gerichtsschreiber.

Der Letztere hat auch die unverschlossen für das Gericht oder die Gerichtsschreiberei bestimmten Schriftstücke in Empfang zu nehmen, zu sondern und an die zuständigen Abtheilungen der Gerichtsschreiberei zu befördern.

§. 5.

T a g e b u c h.

Alle an das Gericht oder die Gerichtsschreiberei gerichteten Eingänge sind in das Tagebuch einzutragen (cf. §§. 16 bis 18).

Eine Ausnahme erleidet diese Vorschrift hinsichtlich der Abschriften der vorbereitenden Schriftsätze in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, welche nach erfolgter Zustellung an den Gegner auf der Gerichtsschreiberei niedergelegt werden; dieselben sind in das Tagebuch nicht einzutragen, sondern ohne Weiteres zu den Acten zu nehmen.

§. 6.

Selbstständige Amtshandlungen des Gerichtschreibers.

Die Anträge, deren selbstständige Erledigung dem Gerichtsschreiber zusteht, werden von demselben, sofern sie begründet erscheinen, erledigt, auch wenn dieselben statt an die Gerichtsschreiberei an das Gericht adressirt sind.

Sind die Anträge unzulässig, so werden sie abgelehnt und, wenn sie schriftlich gestellt waren, mit einem Ablehnungsvermerk versehen zurückgegeben.

Mittheilungen, Benachrichtigungen und Ersuchen des Gerichtsschreibers an Behörden oder andere Gerichtsschreibereien sind regelmässig in Urschrift abzusenden.

Der Gerichtsschreiber hat in allen Rechtsangelegenheiten Ladungen und Benachrichtigungen sowie die von ihm selbstständig erlassenen Schreiben mit der Unterschrift seines Namens und seiner Amtseigenschaft zu vollziehen.

Die Vollziehung der von ihm nach gesetzlichen Vorschriften zu ertheilenden Ausfertigungen, Auszüge, Beglaubigungen und Bescheinigungen geschieht in gleicher Weise unter Beidrückung des Gerichtssiegels.

§. 7.

Zustellungen und Sendungen zur Post.

Der Gerichtsschreiber soll nur dann, wenn Gefahr im Verzuge ist, unmittelbar die Post um Bewirkung der Zustellung ersuchen (§. 179 der Deutschen Civilprocess-Ordnung).

Die Mitwirkung des Gerichtsschreibers bei vereinfachten Zustellungen ist in der Bekanntmachung vom 12. September 1879 näher bestimmt ¹⁾.

Uebersendungen und Behändigungen, die nicht beurkundet werden sollen, sind durch die Post zu bewirken. Am Orte sind damit regelmässig Gerichtsdienere zu beauftragen. Gerichtsvollzieher sind Aufträge dieser Art nur auf Grund einer allgemeinen Anordnung oder auf besondere Weisung zu erteilen.

In allen Fällen ist die Gerichtsschreiberei bei Sendungen, welche von ihr zur Post gehen, auf dem Briefumschlage als Absenderin zu bezeichnen.

§. 8.

Bei Zustellungen durch die Gerichtsvollzieher ist es für die Berechnung der Gebühren von entscheidender Bedeutung, ob der Auftrag dem Gerichtsvollzieher von einer Partei erteilt, oder ob die Zustellung von Amtswegen angeordnet wird.

Bei Parteiaufträgen ist die Partei als Auftraggeberin verpflichtet, dem Gerichtsvollzieher die Gebühren und etwaigen Auslagen zu erstatten. Obschon der Gerichtsvollzieher vom Staate einen festen Gehalt bezieht und dagegen die von ihm erhobenen Gebühren an die Staatskasse abzuliefern hat, so liegt es doch immer zunächst ihm selbst ob, die Gebühren und Auslagen von der den Auftrag erteilenden Partei einzufordern.

Wird hingegen eine Zustellung von Amtswegen angeordnet, so stellt sich die Staatskasse selbst als Schuldnerin der Gebühren und Auslagen des Gerichtsvollziehers dar (§. 19 der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher), vergütet aber die Gebühren nicht im Einzelnen, sondern durch Zahlung eines festen Gehaltes und erstattet dem Gerichtsvollzieher die Auslagen.

¹⁾ S. oben S. VIII (Anhang II hinter S. 34).

Sind diese aus der Staatskasse bestrittenen Zustellungskosten von einem Beteiligten zu erstatten, so müssen sie dem Letzteren als Auslagen des Gerichts in Rechnung gebracht und wie sonstige Gerichtskosten mittelst Eintragung in das Sportelregister und in die Erhebungsliste eingezogen werden.

§. 9.

Es ergibt sich hieraus die Nothwendigkeit, alle von Amtswegen angeordnete Zustellungen stets als solche zu bezeichnen.

Der Gerichtsschreiber hat dafür das Zeichen „V. A.“ zu gebrauchen und dem Gerichtsvollzieher dadurch die Anweisung zu ertheilen, dass er wegen der Zustellungsgebühr und wegen der etwaigen Auslagen von einer Partei nichts zu erheben habe, obschon der Gerichtsvollzieher auch in diesen Fällen nach §. 23 der Gebührenordnung für die Gerichtsvollzieher verpflichtet bleibt, unter den Urschriften und Abschriften seiner Acte eine Berechnung der Gebühren und Auslagen auszustellen und dieselben auch in seine Geschäftsbücher instructionsmässig einzutragen hat.

Der Betrag der Zustellungskosten ist von dem Gerichtsschreiber zu Lasten der Partei, welche diese Kosten sofort oder später zu erstatten hat, als Auslage im Sportelregister bezw. im Contoregister vorschriftsmässig in Rechnung zu bringen.

§. 10.

Mit dem gedachten Zeichen „V. A.“ sind insbesondere vom Gerichtsschreiber die Zustellungsaufträge zu versehen:

- 1) in den nach dem bisherigen Rechte zu erledigenden bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten:

Gesetz *M* 13 vom 1. April 1879 §. 4, Abs. 2.

- 2) in sämtlichen Strafsachen, jedoch mit Ausnahme des im §. 38 der Strafprocessordnung erwähnten Falles, wenn eine betheiligte Privatperson die Zustellung der Ladung zu bewirken hat und hierfür die Vermittelung des Gerichtsschreibers in Anspruch nimmt;
- 3) regelmässig in allen der nicht streitigen Rechtspflege angehörigen Angelegenheiten;

Gesetz *M* 11 vom 1. April 1879 §. 67.

- 4) in den nach neuem Recht zu erledigenden bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten bezüglich der nicht verkündeten Beschlüsse und Verfügungen des Gerichts,

Deutsche Civilprocess-Ordnung §. 294,

sowie bezüglich der Urtheile, durch welche auf Trennung, Ungültigkeit oder Nichtigkeit der Ehe erkannt ist;

Deutsche Civilprocess-Ordnung §. 582,

5) bei Entscheidungen im Konkursverfahren,

Deutsche Konkurs-Ordnung §. 66.

§. 11.

Mit einer solchen von Amtswegen angeordneten Zustellung hat der Fall nichts gemein, wenn der Gerichtsschreiber eines Amtsgerichts die Beauftragung des Gerichtsvollziehers nur für eine Partei vermittelt.

Deutsche Civilprocess-Ordnung §§. 152 und 153.

Obschon der Gerichtsschreiber zur Uebernahme einer solchen Vermittelung gesetzlich verpflichtet ist, so erscheint doch die Partei immer als die wirkliche Auftraggeberin und Schuldnerin, mag sie selbst unmittelbar den Gerichtsvollzieher beauftragt oder hierfür die Vermittelung des Gerichtsschreibers in Anspruch genommen haben.

Der Gerichtsvollzieher hat daher in solchen Fällen die Kosten der Zustellung immer von der Partei einzufordern.

Der Gerichtsschreiber, welcher nur Vermittler ist und nicht eine von Amtswegen angeordnete Zustellung zu beschaffen hat, darf hier also auch das Zeichen „V. A.“ nicht beifügen.

Dagegen ist der Gerichtsschreiber verpflichtet, wenn die Partei eine ausdrückliche Erklärung darüber abgegeben hat, ob die Zustellung durch die Post oder durch den Gerichtsvollzieher selbst erfolgen soll, einen dieser Erklärung entsprechenden Vermerk zur Notiz für den Gerichtsvollzieher auf das Schriftstück zu setzen.

§. 12.

Zwangsvollstreckungen.

Die Zwangsvollstreckungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten sind von den Parteien selbst zu betreiben, und es müssen zu dem Ende die Gerichtsvollzieher von ihnen unmittelbar oder unter Vermittelung des Gerichtsschreibers beauftragt werden.

Die Gerichtskosten in allen nicht zu den Strafsachen gehörigen Angelegenheiten werden nöthigenfalls im Wege der administrativen Zwangsvollstreckung eingezogen.

Die Vollziehung der Strafen, also auch die Beitreibung der Geldstrafen und die Einziehung der Gerichtskosten in Strafsachen liegt bezüglich des Ober-Landesgerichts und der Landgerichte den betr. Staatsanwaltschaften ob.

Die Thätigkeit des Gerichtsschreibers wird daher nur bei den Amtsgerichten für die Vollziehung der Strafen und für die Einziehung der Gerichtskosten in Strafsachen in Anspruch genommen.

Die desfallsige Beauftragung der Gerichtsvollzieher geschieht von Amtswegen und ist daher mit dem Vermerk „V. A.“ zu versehen.

Die Gebühren für die Zwangsvollstreckung sammt Auslagen hat jedoch der Gerichtsvollzieher von dem Zahlungspflichtigen gleichzeitig beizutreiben und in seinen Geschäftsbüchern vorschriftsmässig zu berechnen. Diese Kosten der Zwangsvollstreckung werden daher nicht als Auslagen des Gerichts behandelt, folgeweise auch nicht in die Sportelregister bezw. in die Contoregister eingetragen.

Ausserdem ist zu beachten, dass in Forststrafsachen bezüglich der Zwangsvollstreckung wegen der Beträge an Werthersatz und Ersatzgeld die zu diesen Nebenansprüchen berechnete Partei als Auftraggeberin gilt, welche letztere die dadurch etwa entstehenden besonderen Kosten zu tragen hat.

Forststrafgesetz *M.* 18 vom 1. April 1879 §. 63.

Der Gerichtsschreiber hat deshalb in den betr. Fällen zugleich diese berechnete Partei zu vermerken, für welche die fraglichen Kosten beigetrieben werden.

§. 13.

Verhältniss zum Gerichtsvollzieher.

Der Geschäftsverkehr des Gerichtsschreibers mit dem Gerichtsvollzieher soll, soweit es irgend thunlich ist, ein mündlicher sein.

Aufträge, die sofort befolgt werden müssen, übermittelt der Gerichtsschreiber dem Gerichtsvollzieher durch den Gerichtsdienner.

Der Gerichtsschreiber hat die Aufträge so bestimmt zu ertheilen, dass der Gerichtsvollzieher über die Art der Ausführung nicht füglich in Zweifel gerathen kann. Namentlich müssen, wenn ein Act „von Amtswegen“ angeordnet ist oder eine „vereinfachte Zustellung“ in Frage steht, die vorschriftsmässigen Vermerke beigefügt werden.

II. Vertheilung der Geschäfte unter mehrere Gerichtsschreiber und deren Gehülfen.

§. 14.

Sind bei einem Gerichte mehrere Gerichtsschreiber angestellt, so bestimmt die Landesjustizverwaltung denjenigen unter ihnen, welcher das Sportelregister zu führen hat. Diese Bestellung ist jederzeit widerruflich.

Dem erwähnten Gerichtsschreiber sind damit zugleich für die Dauer der Bestellung die Führung der Gerichtsverwaltungskasse, falls mit diesem Geschäft nicht der Führer der Sportelkasse beauftragt ist, sowie die Obliegenheiten eines ersten Gerichtsschreibers übertragen.

Diese Obliegenheiten bestehen im Allgemeinen darin, dass derselbe auf die gehörige Befolgung der bestehenden Vorschriften seitens der übrigen Gerichtsschreiber, der Kanzlisten und bei dem Gerichte beschäftigten Schreiber zu achten hat. Den von ihm bezüglich des Geschäftsbetriebes getroffenen Anordnungen haben die gedachten Personen bis auf etwaige anderweitige Entscheidung des Gerichts-Präsidenten bezw. des die Dienstaufsicht führenden Amtsrichters Folge zu leisten.

Insbesondere hat der genannte Gerichtsschreiber die im §. 3 unter den Nummern 6, 9 und 10 bezeichneten Geschäfte zu besorgen, auch die Geschäftsübersichten aus den Nachrichten zusammenzustellen, welche die einzelnen Gerichtsschreiber zu liefern haben.

§. 15.

Bei dem Ober-Landesgerichte wird vom Präsidenten dem ersten Civilsenate der eine, dem zweiten Civilsenate und dem Strafsenate der andere Gerichtsschreiber zugetheilt.

Bei dem Landgerichte Braunschweig hat der Präsident jeder Civilkammer, der Strafkammer und der Aushülfskammer einen der ernannten Gerichtsschreiber beizugeben. Derselbe hat ferner zu bestimmen, ob einer dieser Gerichtsschreiber zugleich die Geschäfte in der Kammer für Handelssachen besorgen, oder ob dieser Kammer ein besonderer Gerichtsschreiber beigegeben werden soll.

Bei dem Landgerichte Holzminden wird nach Bestimmung des Präsidenten der eine Gerichtsschreiber der Civilkammer, der andere der Strafkammer beigegeben.

§. 16.

Der Gerichtsschreiber des Senates bezw. der Kammer hat in sämmtlichen zu dem Geschäftskreise der Abtheilung gehörigen Angelegenheiten die Geschäfte der Gerichtsschreiberei einschliesslich der Registraturgeschäfte zu besorgen, insbesondere auch die dahin gehörigen Contoregister und Geschäftsverzeichnisse zu führen, unbeschadet der obigen in §. 14 getroffenen Bestimmungen.

In jeder Abtheilung wird für die Eingänge (Producte) in den zu ihrem Geschäftskreise gehörigen Sachen ein besonderes Tagebuch geführt.

Daneben ist für alle sonstigen Eingänge von dem mit Führung des Sportelregisters beauftragten Gerichtsschreiber ein allgemeines Tagebuch zu führen.

Sind Eingänge in das allgemeine Tagebuch eingetragen, welche in das Tagebuch der Abtheilung gehören, so ist jene Eintragung durch die Verweisung auf die nachherige Eintragung in das Tagebuch der Abtheilung als erledigt anzusehen. Dasselbe gilt im umgekehrten Falle.

Der Präsident des Ober-Landesgerichts sowie der Präsident des Landgerichts Holzminden kann bestimmen, dass bei dem betr. Gerichte überhaupt nur ein Tagebuch über sämmtliche Eingänge geführt werden soll. Zugleich hat alsdann der Präsident anzuordnen, welcher Gerichtsschreiber dieses Tagebuch führen soll.

§. 17.

Für das Amtsgericht Braunschweig finden die Vorschriften in den §§. 15 und 16 Abs. 1 bis 4 mit der Massgabe Anwendung:

- 1) dass es zulässig ist, der Abtheilung für Grundbuchsachen zwei Gerichtsschreiber beizugeben;
- 2) dass der mit Führung des Sportelregisters beauftragte Gerichtsschreiber keiner Abtheilung beigegeben werden darf;
- 3) dass im Uebrigen die Bestimmung darüber, welche Gerichtsschreiber den einzelnen Abtheilungen beizugeben sind, von dem Landgerichts-Präsidenten nach Anhörung des die Dienstaufsicht führenden Amtsrichters getroffen wird.

In das allgemeine Tagebuch, welches der mit Führung des Sportelregisters beauftragte Gerichtsschreiber zu führen hat, sind auch die Eingänge in solchen Sachen einzutragen, welche, ohne zu den Abtheilungsgeschäften zu gehören, doch von den Mitgliedern der Abtheilungen besorgt werden müssen.

cf. Vertheilung der Geschäfte unter die Richter des Amtsgerichts Braunschweig *Nr.* 2 und 3 ¹⁾).

Das Tagebuch, welches in der Abtheilung für Grundbuchsachen geführt wird, tritt an die Stelle des Journals, über welches die §§. 2 und 3 der Instruction vom 26. April 1878, die Geschäftsführung bei den Grundbuchämtern betr., nähere Bestimmungen enthalten.

Dieses Tagebuch ist daher nach den Vorschriften im §. 3 l. c. einzurichten. In dasselbe sind auch die bei dem Grundbuchamte aufgenommenen Protokolle einzutragen. Eine Behändigung an den mit Führung des allgemeinen Tagebuchs (Productenbuchs) beauftragten Beamten ist nicht weiter erforderlich.

§. 18.

Für das Amtsgericht Wolfenbüttel bestimmt der Landgerichts-Präsident, nach Anhörung des die Dienstaufsicht führenden Amtsrichters, in welcher Weise die Geschäfte unter die beiden Gerichtsschreiber vertheilt werden sollen.

Auch kann der Landgerichts-Präsident anordnen, dass zwei Tagebücher, das eine über die der streitigen Rechtspflege angehörigen, das andere über sämtliche sonstige Eingänge von je einem Gerichtsschreiber geführt werden.

§. 19.

Sind bei einem Gerichte mehrere Kanzlisten zugleich als Vertreter und Gehülfen der Gerichtsschreiber angestellt, so hat der Präsident des Gerichts bzw. der die Dienstaufsicht führende Amtsrichter darüber, welchem Gerichtsschreiber der einzelne Kanzlist zunächst beigegeben werden soll, sowie überhaupt wegen der Vertheilung der Geschäfte unter diese Vertreter und Gehülfen die erforderliche nähere Anordnung zu treffen.

¹⁾ S. oben S. I (Anhang I hinter S. 34).

§. 20.

Die bezüglich der Vertheilung der Geschäfte getroffenen Anordnungen sind zu jeder Zeit widerrufflich.

III. Vertretung und Aushilfe.

§. 21.

Der zum Registraturgehülfen ernannte Kanzlist hat dem Gerichtsschreiber auf dessen Anfordern und nach dessen Anweisungen Hülfe zu leisten, denselben auch, so weit und so oft dies erforderlich wird, zu vertreten.

§. 22.

Sind mehrere Gerichtsschreiber bei einem Gerichte angestellt, so liegt denselben die Verpflichtung ob, sich gegenseitig zu vertreten und bei Häufung der Geschäfte sich Hülfe zu leisten.

Dasselbe gilt auch bezüglich mehrerer bei einem Gerichte angestellten und zu Registraturgehülfen ernannten Kanzlisten.

§. 23.

Bei Behinderungen der angestellten Beamten kann, wenn auf die in den §§. 21 und 22 bezeichnete Weise genügende Hülfe nicht zu beschaffen ist, der Präsident des Gerichts bezw. der die Dienstaufsicht führende Amtsrichter einer anderen von ihm für befähigt erachteten Person nach vorgängiger Beeidigung derselben die Besorgung der dem Gerichtsschreiber obliegenden Geschäfte übertragen.

Dauert die Behinderung des bei einem Amtsgerichte angestellten Gerichtsschreibers oder Kanzlisten länger als drei Tage, so ist ungesäumt dem Landgerichts-Präsidenten Anzeige zu machen und die muthmassliche Dauer der Behinderung anzugeben.

Behinderungen der genannten Beamten von längerer als 14 tägiger Dauer sind stets durch den betr. Präsidenten der Landes-Justizverwaltung anzuzeigen.

Die im Absatz 1 erwähnte Beauftragung bleibt nur so lange wirksam, bis von der Landes-Justizverwaltung weitere Anordnung getroffen wird.

Braunschweig, 12. September 1879.

Herzogl. Braunsch.-Lüneb. Staats-Ministerium.

Departement der Justiz.

Trieps.

XII.

Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung,

die

Dienst- und Geschäftsverhältnisse der Gerichtsvollzieher betreffend,

und

Geschäftsanweisung

für die

Gerichtsvollzieher des Herzogthums Braunschweig.

d. d. Braunschweig, den 12. September 1879 (Nr. 63).

1. Gerichtsvollzieherordnung vom 12. September 1879 ¹⁾.

Auf Grund des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes §. 155 und des Ausführungsgesetzes zu demselben No. 11 vom 1. April 1879 §. 65 werden hiermit von der Landesjustizverwaltung über die Dienst- und Geschäftsverhältnisse der Gerichtsvollzieher die nachfolgenden Anordnungen getroffen:

I. Gerichtsvollzieher.

§. 1.

Die Gerichtsvollzieher werden bei den Amtsgerichten angestellt.

Sie haben ihren amtlichen Wohnsitz am Orte des Amtsgerichts.

Von der Landesjustizverwaltung kann ihnen der amtliche Wohnsitz an einem anderen Orte des Amtsgerichtsbezirks angewiesen werden.

§. 2.

Die örtliche Zuständigkeit der Gerichtsvollzieher umfasst den Landgerichtsbezirk, zu welchem der Bezirk des im §. 1 bezeichneten Amtsgerichts gehört.

Für freiwillige Versteigerungen (§. 66 No. 2 des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze vom 1. April 1879 V. S. No. 11) ist ihre Zuständigkeit auf den Bezirk des im §. 1 bezeichneten Amtsgerichts beschränkt.

Zustellungen durch die Post kann der Gerichtsvollzieher nach jedem Orte des Deutschen Reichs bewirken.

§. 3.

Der sachliche Geschäftskreis der Gerichtsvollzieher wird durch die in den Reichs- und Landesgesetzen getroffenen Zuständigkeitsnormen bestimmt.

Deutsches Gerichtsverfassungsgesetz §. 155.

Ausführungsgesetz No. 11 vom 1. April 1879 §§. 66 u. 67.

Ausserdem sind die Gerichtsvollzieher verpflichtet, Aufträge jeder Art auszuführen, welche ihrer dienstlichen Stellung entsprechen und ihnen von den Gerichten oder Staatsanwaltschaften erteilt werden, insbesondere

1) Behandigungen auch in solchen Fällen vorzunehmen, in denen die Behandigung nicht in Form der Zustellung erfolgt;

2. Befehle, welche die Verhaftung, Vorführung oder vorläufige Festnahme einer Person sowie die Vornahme von Durchsuchungen,

¹⁾ Nachstehend der Kürze halber als G. V. O. citirt.

Beschlagnahmen und Einziehungen betreffen, auszuführen oder bei der Ausführung Hülfe zu leisten;

- 3) bei einzelnen Sitzungen des Gerichts den inneren Dienst wahrzunehmen.

§. 4.

Sind bei einem Amtsgerichte mehrere Gerichtsvollzieher bestellt, so werden die Geschäfte, welche von Amtswegen angeordnet oder unter Vermittelung des Gerichtsschreibers den Gerichtsvollziehern übertragen werden, im Voraus vertheilt.

Die Vertheilung soll in der Regel unter sämtliche Gerichtsvollzieher und thunlichst nach örtlich abgegrenzten Bezirken erfolgen.

Die näheren, die Geschäftsvertheilung betreffenden Anordnungen werden durch den Präsidenten des Landgerichts nach Anhörung des Amtsrichters (§. 11) getroffen.

Abweichungen von der im Voraus angeordneten Geschäftsvertheilung sind nur aus besonderen Gründen im einzelnen Falle mit Genehmigung des Amtsrichters (§. 11) zulässig.

Die Gültigkeit der Handlung eines Gerichtsvollziehers wird dadurch nicht berührt, dass die Handlung nach der Geschäftsvertheilung einem der anderen Gerichtsvollzieher zu übertragen gewesen wäre.

§. 5.

Die Gerichtsvollzieher sind Staatsbeamte ¹⁾ mit den ihnen als solchen zustehenden Rechten und obliegenden Verpflichtungen.

Dieselben führen ein Dienstsiegel. Dasselbe zeigt das Braunschw. Ross mit der Umschrift:

„Gerichtsvollzieher bei dem Herzogl. Braunschweigischen Amtsgericht (Ortsnamen).“

Sie haben die vorgeschriebene Dienstkleidung ²⁾ bei der Vornahme der Dienstverrichtungen ausserhalb ihrer Wohnung oder ihres Geschäftslokales zu tragen.

§. 6.

Die Gerichtsvollzieher müssen an ihrem amtlichen Wohnsitze wohnen und ein Geschäftslokal haben. Die Haltung mehrerer Geschäftslokale ist ihnen nicht gestattet.

1) Nach dem mit dem Landtagsabschiede v. 5. u. 10. Juni 1880 publicirten Normalstatut für Justizbeamte beziehen die Gerichtsvollzieher ausser ihrem Gehalte:

*a. die von den Beteiligten zu entrichtenden Meilengelder,
b. die gesetzliche Vergütung für die von ihnen entgeltlich zu besorgenden Abschriften,
c. einen von der Landesjustizverwaltung zu bestimmenden Zuschuss zur Dienstkleidung,*

d. von den durch dieselben für ihre Dienstleistung erhobenen und an die Staatskasse abzuliefernden Zustellungs- und Vollstreckungsgebühren, wenn der abgelieferte Jahresbetrag die Summe von 3000 Mk. nicht übersteigt, 10 Proc. dieses Betrages, anderenfalls ausserdem noch 5 Proc. des Mehrbetrages.

2) Ueber die Dienstkleidung der Gerichtsvollzieher, Gerichtsdieners, Gefangenwärter und Boten bei den Gerichten des Landes vgl. Rescr. des Herzogl.

§. 7.

Die Gerichtsvollzieher dürfen die Ausführung eines innerhalb ihrer örtlichen Zuständigkeit und ihres Geschäftskreises (§§. 2 u. 3) erhaltenen Auftrages nur ablehnen, wenn sie im einzelnen Falle von der Ausübung ihres Amtes kraft Gesetzes ausgeschlossen sind.

§. 156 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes.

§. 68 des Ausführungsgesetzes zu demselben v. 1. April 1879 (V. S. No. 11).

Diese Vorschrift gilt jedoch unbeschadet der Bestimmung im §. 18 der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher:

„Der Gerichtsvollzieher kann die Uebernahme eines Geschäfts von der Zahlung eines zur Deckung der baaren Auslagen und des muthmasslichen Betrags der Gebühren hinreichenden Vorschusses abhängig machen, sofern nicht das Geschäft von Amtswegen angeordnet oder für eine zum Armenrecht zugelassene Partei auszuführen ist.“

§. 8.

Der Gerichtsvollzieher ist nicht befugt, die Ausführung eines Auftrages einer anderen Person zu übertragen.

Ist der Gerichtsvollzieher an der Erledigung eines unmittelbar von einer Partei ertheilten Auftrages rechtlich (cf. §. 7) oder thatsächlich behindert, so hat er hiervon unter Angabe des Grundes den Auftraggeber unverzüglich zu benachrichtigen. Ist die Benachrichtigung des Auftraggebers nicht thunlich, oder erfordert das Interesse der Partei die sofortige Erledigung des Auftrages, so hat der behinderte Gerichtsvollzieher die Bestellung des Vertreters sofort bei dem Amtsrichter (§. 11) zu beantragen. Letzteres gilt auch dann, wenn der Auftrag unter Vermittelung des Gerichtsschreibers ertheilt oder die Ausführung der Amtshandlung von einer Behörde angeordnet ist.

§. 9.

Die Gerichtsvollzieher dürfen für ihre Amtshandlungen über die tarifmässigen Gebühren und baaren Auslagen hinaus keine Vergütungen annehmen, fordern oder sich versprechen lassen¹⁾.

Desgleichen ist ihnen die Verabredung einer geringeren Vergütung als der tarifmässigen Gebühren und baaren Auslagen untersagt.

Bei den nicht von Amtswegen angeordneten, sondern von Privatpersonen aufgegebenen Zwangsvollstreckungen dürfen sie die tarifmässigen Gebühren und baaren Auslagen von dem Schuldner ihres Auftraggebers nur annehmen, wenn zugleich ihr Auftraggeber wegen seiner Forderung vollständig befriedigt wird²⁾.

Staatsministeriums vom 11. Juni 1880 (abgedruckt in Ztschr. f. R. XXVII, S. 113, 114).

¹⁾ Vgl. R. Str. G. B. §§. 331, 352.

²⁾ Vgl. D. C. P. O. §. 697.

§. 10.

Die Gerichtsvollzieher dürfen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten als Processbevollmächtigte oder Beistände nur für nahe Angehörige vor Gericht auftreten.

Zu den nahen Angehörigen gehören die Ehefrau, sowie diejenigen Personen, mit welchen der Gerichtsvollzieher in gerader Linie verwandt, verschwägert oder durch Adoption verbunden, in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert ist, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht.

§. 11.

Das Recht der Aufsicht steht hinsichtlich der Gerichtsvollzieher dem Amtsrichter sowie den demselben vorgesetzten Aufsichtsbeamten zu.

Sind mehrere Amtsrichter vorhanden, so steht das Recht der Aufsicht dem mit der allgemeinen Dienstaufsicht beauftragten Amtsrichter zu.

Der Amtsrichter, auch wenn ihm an sich nicht das Recht der Aufsicht zusteht, ferner der Untersuchungsrichter, der beauftragte Richter, die Vorsitzenden der Kammern und Senate, der Erste Staatsanwalt und der Ober-Staatsanwalt haben die im §. 81 des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze vom 1. April 1879 erwähnte Befugniß gegenüber den Gerichtsvollziehern des Bezirks, sofern es sich um die Ausführung eines von ihnen angeordneten Amtsgeschäfts handelt.

Beschwerden über die Ertheilung von Rügen oder die Festsetzung von Ordnungsstrafen werden im Aufsichtswege erledigt.

§. 12.

Bei Erledigung einer Dienststelle durch Tod oder Entlassung, sowie bei eintretender Amtssuspension oder Verhaftung des Gerichtsvollziehers hat der Amtsrichter (§. 11):

- 1) die Ablieferung des Dienstsiegels, der Dienstregister und sonstigen dienstlichen Papiere an das Amtsgericht zu veranlassen;
- 2) für die Sicherstellung der aus Anlass des Dienstes in den Gewahrsam des Gerichtsvollziehers gekommenen Gelder, Pfandstücke, Schriftstücke und sonstigen Sachen, welche den Parteien gehören, Sorge zu tragen.

Die unter No. 1 getroffene Vorschrift kommt auch im Falle der Versetzung eines Gerichtsvollziehers zur Anwendung.

II. Vertretung der Gerichtsvollzieher.

§. 13.

Wird die Vertretung des Gerichtsvollziehers nothwendig, so kann ein Vertreter mit der einstweiligen Wahrnehmung der Gerichtsvollziehergeschäfte beauftragt werden.

Dasselbe gilt, wenn die Stelle erledigt wird, für den zwischen der Erledigung und der Wiederbesetzung liegenden Zeitraum.

§. 14.

Die Beauftragung geschieht durch die Landesjustizverwaltung.

Der Beauftragte hat die Geschäfte nach den für den Gerichtsvollzieher erlassenen Vorschriften zu besorgen und den Anweisungen der Aufsichtsbehörden Folge zu leisten.

Die dem vertretenden Gerichtsvollzieher erteilten Aufträge gehen von selbst auf den Vertreter über, insofern wegen deren Erledigung vom Auftraggeber oder von dem Amtsrichter (§. 11) nicht bereits anderweite Bestimmung getroffen ist.

§. 15.

Der Beauftragte ist nicht verpflichtet, die für die Gerichtsvollzieher vorgeschriebene Uniform zu tragen.

Es kann ihm jedoch das Tragen eines Dienstabzeichens von der Landesjustizverwaltung auferlegt werden.

Jedenfalls hat ihm der Amtsrichter (§. 11) eine Legitimationsurkunde, welche der Beauftragte bei Vornahme von Dienstverrichtungen ausserhalb seiner Wohnung oder seines Geschäftslokals mit sich führen und auf Anfordern vorzeigen muss, in glaubhafter Form zu erteilen.

§. 16.

Bei Gefahr im Verzuge ist der Amtsrichter (§. 11) ermächtigt, eine von ihm für geeignet erachtete Person nicht nur mit der Wahrnehmung einzelner den Gerichtsvollziehern zugewiesener Geschäfte, sondern auch bis auf die ungesäumt zu beantragende weitere Anordnung der Landesjustizverwaltung mit der allgemeinen Vertretung des Gerichtsvollziehers zu beauftragen.

Der Beauftragte ist, sofern er nicht den allgemeinen Diensteid geleistet hat, auf die getreuliche Erfüllung seiner Obliegenheiten zu be- eidigen.

III. Hülfsgerichtsvollzieher.

§. 17.

Die Gerichtsschreiber, deren Gehülfen sowie die Bureaubeamten der Staatsanwaltschaften sind vermöge ihres Amtes befugt, als Hülfsgerichtsvollzieher die von Amtswegen angeordneten Zustellungen in Strafsachen an Beschuldigte vorzunehmen, falls sich die letzteren nicht auf freiem Fusse befinden ¹⁾.

Einer ausdrücklichen Bestellung derselben als Hülfsgerichtsvollzieher bedarf es hierzu nicht. Eine besondere Entschädigung wird ihnen nicht gewährt.

¹⁾ S. Geschäftsanweisung §. 41.

Die bezeichneten Personen sollen mit der Ausführung solcher Zustellungen nur am Orte ihres amtlichen Wohnsitzes beauftragt werden.

§. 18.

Die den Gerichtsvollziehern zugewiesene Thätigkeit bei Zustellungen, welche durch die Post oder durch Aufgabe zur Post erfolgen und von Amtswegen angeordnet sind ¹⁾, kann durch Gerichtsdienner als Hilfsgerichtsvollzieher ausgeübt werden.

Die Bestimmungen im §. 16 Abs. 2 haben auch für diese Fälle Geltung.

§. 19.

Ausserdem wird die Landesjustizverwaltung alsdann, wenn die Geschäftslast durch die vorhandenen Gerichtsvollzieher nicht ordnungsmässig bewältigt werden kann und die Vermehrung der Zahl der Gerichtsvollzieherstellen nicht zweckmässig oder nicht thunlich ist, besondere Personen mit der Vornahme solcher Zustellungen und Zwangsvollstreckungen, welche von Amtswegen angeordnet werden, widerruflich beauftragen (Hülfsgerichtsvollzieher).

Die Gerichtsdienner sind zur Uebernahme der Geschäfte eines Hülfsgerichtsvollziehers neben den Gerichtsdiennergeschäften verpflichtet.

Die Bestimmungen im §. 14 Abs. 1 und 2 und §. 15 finden auf die Hülfsgerichtsvollzieher entsprechende Anwendung.

§. 20.

Schlussbestimmung.

Die von der Landesjustizverwaltung den Gerichtsvollziehern zu ertheilende Geschäftsanweisung wird die Letzteren von den Bestimmungen in Kenntniss setzen, welche dieselben bei Vornahme der ihnen obliegenden Geschäfte nach deren einzelnen Zweigen, bei der Aufstellung der Gebührenrechnung, bei der Führung der Geschäftsregister und Aufbewahrung der Acten zu beachten und zu befolgen haben.

Braunschweig, den 12. September 1879.

Herzogliches Staats-Ministerium.

Departement der Justiz.

Trieps.

¹⁾ *Geschäftsanweisung* §§. 35, 36.

2. Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher¹⁾.

Vom 12. September 1879.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Die den Gerichtsvollziehern obliegenden Dienstverrichtungen und das bei deren Vornahme zu beobachtende Verfahren sind durch die Reichs- und Landesgesetze, sowie durch die Gerichtsvollzieherordnung bestimmt und werden durch diese Anweisung näher geregelt.

Geschäftskreis.

§. 2.

Hinsichtlich des Bezirks, in welchem der Gerichtsvollzieher sein Amt auszuüben hat, sind die §§. 2 und 4 der G. V. O. massgebend.

Amtbezirk.

Zur Uebernahme der von den Parteien unmittelbar erteilten Aufträge ist der Gerichtsvollzieher ohne Rücksicht auf die nach §. 4 der G. V. O. erfolgte Geschäftsvertheilung verpflichtet.

§. 3.

Die Fälle, in denen der Gerichtsvollzieher kraft Gesetzes von der Ausübung seines Amtes ausgeschlossen ist, ergeben sich aus §. 156 des D. G. V. G. und aus §. 68 des Ausführungsges. zu dems. vom 1. April 1879. Ob der Auftrag von einer Behörde, einem Beamten oder von einer Privatperson erteilt ist, macht dabei keinen Unterschied.

Ausschliessung von der dienstlichen Thätigkeit.

§. 4.

Das Verhalten des Gerichtsvollziehers bei Aufträgen, an deren Erledigung er aus rechtlichen oder thatsächlichen Gründen verhindert ist, regelt der §. 8 der G. V. O.

Rechtliche oder thatsächliche Verhinderung.

¹⁾ Die gegenwärtige „Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher“ (unten der Kürze halber als „Anw.“ citirt) enthält eine von dem Herausgeber mit Genehmigung der Landesjustizverwaltung bearbeitete Zusammenstellung der von letzterer in Ergänzung bezw. in Abänderung der Geschäftsanweisung des Königl. Preuss. Justizministers vom 27. Juli 1879 erlassenen Bestimmungen und eben dieser Preussischen Geschäftsanweisung, welche s. Z. den Gerichtsvollziehern zur Befolgung zugestellt ist.

§. 5.

Form der
Auftrags-
ertheilung.

Die mündliche Ertheilung des Auftrags unter Aushändigung der zu dessen Ausführung erforderlichen Schriftstücke seitens des Auftraggebers oder des um die Vermittelung des Auftrags in Anspruch genommenen Gerichtsschreibers genügt, um den Gerichtsvollzieher zur Vornahme der aufgetragenen Amtshandlung zu ermächtigen.

Bei den von Seiten des Gerichts oder der Staatsanwaltschaft angeordneten Geschäften ist auch der Gerichtsschreiber oder der Bureaubeamte der Staatsanwaltschaft zur Beauftragung des Gerichtsvollziehers befugt. Der geschäftliche Verkehr zwischen diesen Beamten und dem Gerichtsvollzieher wird durch §. 13 der Geschäftsordnung für die Gerichtsschreibereien vom 12. Sept. 1879 näher geregelt.

Zur Empfangnahme von Aufträgen, welche die von Amtswegen angeordneten Geschäfte betreffen oder unter Vermittelung des Gerichtsschreibers ertheilt werden, hat sich der Gerichtsvollzieher auf der Gerichtsschreiberei und im Bureau der an seinem amtlichen Wohnsitze befindlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften nach näherer Vorschrift der Vorstände derselben einzufinden. Die Niederlegung der auf den Auftrag bezüglichen Schriftstücke in das auf der Gerichtsschreiberei oder dem Bureau für den Gerichtsvollzieher bestimmte Fach ersetzt die mündliche Beauftragung.

§. 6.

Pflicht zur
ungesäum-
ten Dienst-
leistung.

Die Erledigung der ertheilten Aufträge darf nicht verzögert werden. Ist für die Ausführung eines Auftrags eine bestimmte Frist gestellt, so hat der Gerichtsvollzieher den Auftrag innerhalb dieser Frist zu erledigen oder — im Falle der Behinderung — in Gemässheit des §. 8 der G. V. O. die Bestellung eines Vertreters bei dem Amtsgerichte rechtzeitig zu beantragen. Im Uebrigen hat der Gerichtsvollzieher nach den Umständen pflichtmässig zu ermassen, in welcher Reihenfolge, je nach der grösseren oder geringeren Dringlichkeit der Aufträge, die Erledigung derselben zu bewirken ist. In der Regel sollen hierbei die freiwilligen Versteigerungen den übrigen Geschäften nachstehen.

§. 7.

Sonntage
und all-
gemeine
Feiertage.

Der Gerichtsvollzieher darf folgende Amtshandlungen auch an Sonntagen und allgemeinen Feiertagen vornehmen:

Verhaftungen, Vorführungen und vorläufige Festnahmen in Strafsachen,

Durchsuchungen,

Zustellungen durch Aufgabe zur Post,

Aufgaben zur Post zum Zweck der Zustellung.

Andere Amtshandlungen dürfen an Sonntagen und allgemeinen Feiertagen nur mit Erlaubniss des Richters oder auf Anweisung der Staatsanwaltschaft, welche das Geschäft aufgetragen hat, vorgenommen werden. Die Erlaubniss oder Anweisung ist bei Vornahme der Amtshandlung vorzuzeigen, in der über dieselbe aufzunehmenden Urkunde zu erwähnen und bei den Zustellungen abschriftlich mitzutheilen.

§. 8.

Zur Nachtzeit dürfen Zwangsvollstreckungen nur mit Erlaubniss des Amtsgerichts, in dessen Bezirk die Vollstreckung erfolgen soll, andere Amtshandlungen, welche das Betreten einer Wohnung erforderlich machen, nur mit Genehmigung des auftraggebenden Richters oder der auftraggebenden Staatsanwaltschaft vorgenommen werden. Dieser Genehmigung bedarf es nicht, wenn es sich um die Wiederergreifung eines entwichenen Gefangenen handelt.

Nachtzeit.

Die Nachtzeit im gesetzlichen Sinne umfasst in dem Zeitraume vom 1. April bis 30. September die Stunden von 9 Uhr Abends bis 4 Uhr Morgens, und in dem Zeitraume vom 1. October bis 31. März die Stunden von 9 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens.

§. 9.

Die Gerichtsferien sind ohne Einfluss auf die Verpflichtung des Gerichtsvollziehers, die ihm erteilten Aufträge zu erledigen.

Gerichtsferien.

§. 10.

Der Gerichtsvollzieher ist verpflichtet, die vermöge des Dienstes in seinen Gewahrsam kommenden fremden Gelder, getrennt von seinen eigenen Geldern, unter genügendem Verschlusse aufzubewahren.

Aufbewahrung fremder Gelder.

§. 11.

Ueber den Empfang von Geldern, Schriftstücken und anderen Gegenständen, welche aus Veranlassung eines Dienstgeschäfts in den Gewahrsam des Gerichtsvollziehers kommen, hat derselbe der Behörde oder der Privatperson auf Verlangen eine Bescheinigung zu erteilen.

Empfangsbescheinigung.

Im Falle des §. 677 der D. C. P. O. ist diese Bescheinigung auch ohne Verlangen zu erteilen.

§. 12.

Bei der Aufnahme von Urkunden haben die Gerichtsvollzieher neben den besonderen für die einzelnen Arten der Urkunden getroffenen Vorschriften nachstehende allgemeine Regeln zu beachten:

Beurkundung.

1. Jede Urkunde muss Zeit und Ort der Abfassung enthalten und von dem Gerichtsvollzieher unter Beifügung seiner Amtseigenschaft (Gerichtsvollzieher) und seines amtlichen Wohnsitzes unterschrieben werden.
2. Die Urkunden sollen deutlich und bestimmt abgefasst und leserlich geschrieben sein. Der Gebrauch der Bleischrift oder einer anderen ähnlichen Trockenschrift ist unstatthaft.
3. Die Urkunden — Urschriften wie Abschriften — sind ohne Lücken anzufertigen. Radirungen sind untersagt. Etwa nöthige Durchstreichungen müssen in der Art geschehen, dass das Durchstrichene noch leserlich bleibt. Werden Formulare verwendet, so sind die in denselben vorhandenen zur Ausfüllung bestimmten Zwischenräume, insoweit sie durch die erforderlichen Eintragungen

nicht ausgefüllt werden, zu weiteren Eintragungen durch Striche ungeeignet zu machen.

4. In dem Protokolle über ein Geschäft, welches nach Verhältniss der verwendeten Zeit vergütet wird, ist die Dauer der letzteren anzugeben. Zu diesem Zwecke ist insbesondere auch die Zeit des Anfangs und Endes des Geschäfts, sowie eine etwaige Unterbrechung zu vermerken.
5. Die Abschriften sind stets als solche zu bezeichnen. Die dem Gerichtsvollzieher obliegende Beglaubigung erfolgt mit dem Vermerk „Beglaubigt“ unter Beifügung der Unterschrift (Nr. 1 oben). Die Beglaubigung darf erst erfolgen, nachdem der Gerichtsvollzieher von der wörtlichen Uebereinstimmung der Abschrift mit der Urschrift (Ausfertigung) sich überzeugt hat.
6. Unter den Urschriften und Abschriften ihrer Acte haben die Gerichtsvollzieher eine Berechnung der Kosten nach Massgabe des §. 120 d. Anw. aufzustellen.

§. 13.

Dienstsiegel.

Das Dienstsiegel ist in einer jeden Missbrauch ausschliessenden Weise zu verwahren und bei dem Ausscheiden aus der Dienststelle dem Amtsgerichte zurückzugeben.

Das Dienstsiegel darf nur zu dienstlichen Zwecken, nicht bei ausserdienstlichen Geschäften und Correspondenzen verwendet werden.

§. 14.

Dienstliche
Correspondenz.

Die dienstliche Correspondenz des Gerichtsvollziehers ist, soweit deren Verschluss erforderlich wird, mit dem Dienstsiegel oder an dessen Stelle mit entsprechenden Siegelmarken, deren Beschaffung dem Gerichtsvollzieher auf eigene Kosten obliegt, zu verschliessen.

Die durch die Post zu befördernde dienstliche Correspondenz ist ausserdem mit dem Vermerke „Portopflichtige Dienstsache“ zu versehen.

§. 15.

Amtsver-
schwiegen-
heit.

Der Gerichtsvollzieher ist zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet.

§. 16.

Dienstklei-
dung.

Der Gerichtsvollzieher hat bei der Vornahme von Dienstverrichtungen ausserhalb seiner Wohnung oder seines Geschäftslokals die vorgeschriebene Dienstkleidung zu tragen.

Zweiter Abschnitt.

Einzelne Geschäftszweige.

I. Zustellungen.

1. Allgemeine Bestimmungen.

§. 17.

Die Zustellung besteht in der Uebergabe einer Ausfertigung oder einer beglaubigten Abschrift des zuzustellenden Schriftstücks unter Beurkundung der erfolgten Uebergabe.

Auf den Inhalt des Schriftstücks kommt es für das bei der Zustellung desselben zu beobachtende Verfahren nicht an. Auch ein Schriftstück, welches nur die Ladung einer Person vor Gericht enthält, ist in derselben Weise wie andere Schriftstücke zuzustellen.

§. 18.

Für die Thätigkeit der Gerichtsvollzieher kommen drei Arten von Zustellungen in Betracht: Arten der Zustellung.

1. Zustellungen, welche von den Gerichtsvollziehern selbst ohne Mitwirkung der Post ausgeführt werden (gewöhnliche Zustellung) (§§. 24 bis 34 d. Anw.).
2. Zustellungen durch die Post (§. 35 d. Anw.).
3. Zustellungen durch Aufgabe zur Post (§. 36 d. Anw.).

Bei gewöhnlichen Zustellungen ist der Gerichtsvollzieher auf den im §. 2 Abs. 1 der G. V. O. bezeichneten Amtsbezirk beschränkt. Zustellungen durch die Post kann er nach jedem Orte des Deutschen Reichs bewirken.

Ob der Gerichtsvollzieher einen ihm erteilten Zustellungsauftrag im Wege der gewöhnlichen Zustellung oder im Wege der Zustellung durch die Post auszuführen hat, richtet sich nach der Anweisung des Auftraggebers. In Ermangelung einer Anweisung hat der Gerichtsvollzieher nach pflichtmässigem Ermessen die Zustellung in der einen oder in der anderen Weise (No. 1, 2) zu besorgen.

Wählt er in einem solchen Falle die gewöhnliche Zustellung (No. 1), obgleich die Zustellung mit geringeren Kosten durch die Post hätte erfolgen können, so dürfen nur die für den Fall der Zustellung durch die Post zulässigen Gebühren und Auslagen erhoben werden.

Zustellungen durch Aufgabe zur Post (No. 3) sind nur in gesetzlich bestimmten Fällen¹⁾ und immer nur auf ausdrückliches Verlangen des Auftraggebers zulässig.

¹⁾ D. C. P. O. §§. 161, 164, 221, 730. D. C. O. §. 69. D. Rechtsanw. Ordn. §. 19. Ges. No. 37 vom 10. Juli 1879 §. 15 Abs. 2 §. 17 (Subhastationsordnung).

2. Zustellungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

§. 19.

Der Gerichtsvollzieher hat die Zustellungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach Massgabe der §§. 152 bis 178, 180 der D. C. P. O. zu besorgen.

§. 20.

Auftrag. Der Auftrag zur Vornahme einer Zustellung wird dem Gerichtsvollzieher entweder durch das Gericht (Richter, Gerichtsschreiber) oder von einer Partei, sei es von dieser selbst oder von ihrem Bevollmächtigten, erteilt. Der Auftrag einer Partei erfolgt unmittelbar oder unter Vermittelung des Gerichtsschreibers.

Der unter Vermittelung des Gerichtsschreibers beauftragte Gerichtsvollzieher hat sich in jeder Beziehung, insbesondere auch rücksichtlich des Gebührenbezugs, als unmittelbar von der Partei beauftragt zu betrachten.

§. 21.

Empfangnahme und Beglaubigung der Schriftstücke.

Bei der Empfangnahme der zuzustellenden Schriftstücke hat der Gerichtsvollzieher, sofern es sich nicht um einen durch den Gerichtsschreiber vermittelten Parteiauftrag handelt, auf den Urschriften und allen Abschriften die Zeit der Uebergabe zu vermerken und der Partei auf Verlangen zu bescheinigen.

Die Abschriften der zuzustellenden Schriftstücke sind bei allen von der Partei selbst unmittelbar oder unter Vermittelung des Gerichtsschreibers erteilten Aufträgen von dem Gerichtsvollzieher zu beglaubigen, sofern sie nicht von einem Rechtsanwalt bereits beglaubigt sind. Die Beglaubigung erfolgt in der im §. 12 Nr. 5 d. Anw. vorgesehenen Weise.

§. 22.

Vorbereitung der Zustellung.

Der Gerichtsvollzieher hat die Zustellung vor deren Besorgung gehörig vorzubereiten, damit bei der Ausführung sich keine Anstände erheben und keine Verzögerungen verursacht werden, auch die Wirksamkeit der Zustellung nicht beeinträchtigt wird.

Insbesondere ist zu prüfen, ob die Schriftstücke unterschrieben, die Abschriften gehörig beglaubigt und in der erforderlichen Anzahl vorhanden sind, ob in den Ladungen die Zeit und der Ort des Termins angegeben ist, und ob die Person, an welche zuzustellen ist, nach Namen, Stand oder Gewerbe und Aufenthaltsort hinreichend bezeichnet ist, so dass danach namentlich die Adresse, wenn die Zustellung durch die Post bewirkt werden soll, sicher angegeben werden kann. Etwaige Anstände müssen auf dem kürzesten Wege, in der Regel sofort bei Entgegennahme des Auftrags, oder in sonst geeigneter Weise, soweit thunlich durch den Gerichtsvollzieher selbst beseitigt werden. Zu beachten ist, dass es einer Beglaubigung der zu übergabenden Abschriften im Falle des §. 69 Abs. 1 der Deutschen Conc. Ordn. nicht bedarf.

§. 23.

Der Gerichtsvollzieher hat die Zustellungsaufträge, vorbehaltlich anderweiter Bestimmung des Auftraggebers, wenn die Zustellung an seinem Wohnorte oder unter seiner Vermittelung durch die Post zu erfolgen hat, spätestens binnen vierundzwanzig Stunden, wenn die Zustellung ausserhalb seines Wohnortes durch ihn selbst zu bewirken ist, auf der ersten Reise und spätestens binnen vier Tagen zu erledigen; Sonntage und allgemeine Feiertage werden nicht mitgerechnet.

Frist für die Erledigung des Auftrages.

§. 24.

Die Zustellung kann an jedem Orte erfolgen, wo der bezeichnete Empfänger angetroffen wird. Hat derselbe aber an diesem Orte eine Wohnung oder ein Geschäftslokal, so ist er nicht verpflichtet, sich auf eine ausserhalb desselben versuchte Zustellung einzulassen. Der Gerichtsvollzieher muss in einem solchen Falle bei Verweigerung der Annahme die Zustellung in der Wohnung oder in dem Geschäftslokale bewirken (§. 165 der D. C. P. O.).

a. Gewöhnliche Zustellungen. Ort der Zustellung.

Der regelmässige Ort, welchen der Gerichtsvollzieher zur Vornahme der Zustellung aufzusuchen hat, ist daher die Wohnung oder das Geschäftslokal des bezeichneten Empfängers, weil alsdann die Zustellung nöthigenfalls in dessen Abwesenheit und selbst bei verweigerter Annahme der Schriftstücke vorgenommen werden kann.

Jedenfalls muss bei Bewirkung der Zustellung ausserhalb der Wohnung oder des Geschäftslokals immer ein angemessener Ort und eine passende Gelegenheit gewählt werden, welche die ungehinderte und sichere Uebergabe und Annahme der Schriftstücke gestatten.

§. 25.

Die Zustellung erfolgt an den bezeichneten Empfänger in Person.

Handelt es sich um eine Zustellung an einen Unteroffizier oder Gemeinen des activen Heeres oder der activen Marine, so muss die Zustellung an den Chef der zunächst vorgesetzten Kommandobehörde derselben (Chef der Compagnie, Eskadron, Batterie u. s. w.) erfolgen (§. 158 der D. C. P. O.). Zu den Unteroffizieren gehören in dieser Beziehung auch die Feldwebel, Wachtmeister und die denselben gleich- oder nachstehenden Avancirten.

Personen an welche die Zustellung zu erfolgen hat.

Die Zustellungen an eine Behörde, Gemeinde oder Korporation, sowie an Actiengesellschaften, eingetragene Genossenschaften und andere Personenvereine, welche als solche klagen und verklagt werden können, erfolgt an deren gesetzliche Vertreter oder Vorsteher. Sind mehrere gesetzliche Vertreter oder Vorsteher vorhanden, so genügt die Zustellung an einen derselben (§. 157 der D. C. P. O.).

§. 26.

Kann eine Zustellung an den bezeichneten Empfänger in Person nicht erfolgen, so ist sie nach Massgabe der §§. 166 bis 169 der D. C. P. O. an eine andere Person oder durch Niederlegung bei einer

Falls der bezeichnete Empfänger nicht ange-

troffen
wird. — Er-
satzzustel-
lung.

Behörde zu bewirken. Dabei sind die folgenden Fälle zu unterscheiden.

§. 27.

Zustellun-
gen an
Gewerbe-
treibende.

Soll die Zustellung an einen Gewerbetreibenden erfolgen, welcher ein besonderes Geschäftslokal hat, so hat sich der Gerichtsvollzieher der Regel nach zunächst in das Geschäftslokal desselben (Laden, Comptoir etc.) zu begeben. Wird der bezeichnete Empfänger dort nicht angetroffen, so kann die Zustellung in dem Geschäftslokale an einen darin anwesenden Gehülfen des Gewerbetreibenden (Kommis, Buchhalter, Gesellen, etc.) erfolgen.

Ist die Zustellung in dieser Weise nicht ausführbar, so hat sich der Gerichtsvollzieher in die Wohnung des bezeichneten Empfängers zu begeben und demnächst, wenn derselbe auch dort nicht angetroffen wird, nach Massgabe der §§. 30 bis 32 d. Anw. zu verfahren.

§. 28.

Zustellun-
gen an
Rechtsan-
wälte.

Soll die Zustellung an einen Rechtsanwalt erfolgen, so hat sich der Gerichtsvollzieher der Regel nach zunächst in das Geschäftslokal (Bureau) desselben zu begeben. Wird der Rechtsanwalt dort nicht angetroffen, so kann die Zustellung in dem Geschäftslokale an einen darin anwesenden Gehülfen (Bureauvorsteher, Expedient etc.) oder Schreiber des Rechtsanwalts erfolgen.

Ist die Zustellung in dieser Weise nicht ausführbar, so hat sich der Gerichtsvollzieher in die Wohnung des Rechtsanwalts zu begeben und demnächst, wenn derselbe auch dort nicht angetroffen wird, nach Massgabe der §§. 30 bis 32 d. Anw. zu verfahren.

§. 29.

Zustellun-
gen an Be-
hörden, Ge-
meinden,
Korporatio-
nen oder
Personen-
vereine.

Soll die Zustellung an den gesetzlichen Vertreter oder Vorsteher einer Behörde, einer Gemeinde, einer Korporation oder eines Personenvereins, wie Actiengesellschaften, eingetragene Genossenschaften und dergleichen Gesellschaften, erfolgen, so hat sich der Gerichtsvollzieher der Regel nach zunächst während der gewöhnlichen Geschäftsstunden der Behörde etc. in das Geschäftslokal derselben zu begeben. Wird in diesen Stunden die Person, an welche die Zustellung erfolgen soll, dort nicht angetroffen oder ist sie an der Annahme verhindert, so kann die Zustellung in dem Geschäftslokale an einen andern dort anwesenden Beamten oder Bediensteten der Behörde etc. erfolgen.

Ist die Zustellung in dieser Weise nicht ausführbar, so hat sich der Gerichtsvollzieher in die Wohnung des Empfängers zu begeben und demnächst, wenn derselbe auch dort nicht angetroffen wird, nach Massgabe der §§. 30 bis 32 d. Anw. zu verfahren. Hat jedoch die Behörde etc. ein besonderes Geschäftslokal, so kann ausserhalb dieses Lokals, auch in der Wohnung, nur an den Empfänger in Person zugestellt werden.

§. 30.

Zustellun-
gen an
andere Per-
sonen.

Soll die Zustellung an eine andere als an eine der in den §§. 27 bis 29 d. Anw. bezeichneten Personen erfolgen, so hat sich der Gerichtsvollzieher der Regel nach in die Wohnung des bezeichneten Empfängers zu begeben. Wird derselbe dort nicht angetroffen, so kann die Zustellung in der Wohnung an einen zu der Familie gehörenden erwachsenen

Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende erwachsene Person erfolgen. Dass die dienende Person in demselben Hause wohne, ist nicht erforderlich.

Wird in der Wohnung eine solche Person nicht angetroffen, so kann die Zustellung an den in demselben Hause wohnenden Hauswirth oder Vermiether erfolgen, wenn diese zur Annahme des Schriftstücks bereit sind.

§. 31.

Ist der bezeichnete Empfänger in seiner Wohnung nicht angetroffen und kann die Zustellung auch nicht nach den Vorschriften des §. 30 d. Anw. erfolgen, so hat der Gerichtsvollzieher dieselbe nach Massgabe des §. 167 der D. C. P. O. durch Niederlegung zu bewirken.

Der Gerichtsvollzieher hat unter den dort bezeichneten Niederlegungsstellen thunlichst diejenige zu wählen, welche dem Empfänger am bequemsten zugänglich ist.

Die Nachbarn, denen die Niederlegung der Schriftstücke mitgetheilt wird, sind zu ersuchen, den Empfänger davon alsbald in Kenntniss zu setzen. In die an der Wohnungsthür zu befestigende schriftliche Anzeige ist neben dem Orte der Niederlegung auch die Bemerkung aufzunehmen, dass die Niederlegung zum Zweck der Zustellung erfolgt sei und die niedergelegten Schriftstücke von dem Orte der Niederlegung abzuholen seien.

§. 32.

Bevor der Gerichtsvollzieher die Zustellung an eine der in den vorstehenden §§. 27 bis 30 bezeichneten Personen oder durch Niederlegung (§. 31) bewirkt, hat er sich die Ueberzeugung zu verschaffen, dass die Wohnung oder das Geschäftslokal, in welcher die Zustellung vorgenommen oder vergebens versucht wird, auch wirklich die Wohnung oder das Geschäftslokal des bezeichneten Empfängers ist, und dass die Personen, mit denen er handelt, auch wirklich diejenigen sind, für welche sie sich ausgeben. Die Personen, an welche an Stelle des bezeichneten Empfängers die Zustellung erfolgt, hat der Gerichtsvollzieher zu bedenken, dass sie verpflichtet sind, die Schriftstücke dem Ersteren alsbald auszuhändigen.

An unerwachsene Kinder, an Miether oder an Fremde darf eine Zustellung niemals geschehen.

§. 33.

Die Annahme einer gehörig erfolgenden Zustellung darf von der Person, an welche sie bewirkt wird, nicht verweigert werden. Geschieht dies dennoch, so hat der Gerichtsvollzieher das zu übergebende Schriftstück am Orte der Zustellung zurückzulassen.

Es ist jedoch hierbei zu beachten, dass an den Hauswirth oder Vermiether (§. 30 Abs. 2 d. Anw.) die Zustellung nur erfolgen kann, wenn sie zur Annahme bereit sind, dass also, wenn sie die Annahme verweigern, die Zustellung auch nicht durch Zurücklassung des Schriftstücks bewirkt werden darf.

§. 34.

Der Gerichtsvollzieher hat über jede von ihm bewirkte Zustellung eine Urkunde aufzunehmen, welche den in den §§. 173, 174 der D. C. P. O. vorgesehenen Erfordernissen entsprechen muss.

Niederlegung der Schriftstücke bei einer Behörde.

Verweigerung der Annahme der Zustellung.

Zustellungs-urkunde.

Der Gerichtsvollzieher hat der Unterschrift der Zustellungsurkunde das Dienstsiegel beizufügen, wenn der Auftraggeber dies verlangt oder wenn dem Gerichtsvollzieher bekannt ist, dass von der Urkunde ausserhalb des Landgerichtsbezirks Gebrauch gemacht werden soll.

Ist die Zustellungsurkunde auf einen besonderen Bogen geschrieben, so ist auf die Haltbarkeit der herzustellenden Verbindung besonders zu achten.

Das Original der Zustellungsurkunde ist dem Auftraggeber ohne Verzug und spätestens am Tage nach der Zustellung zu übergeben oder zu übersenden. War der Auftrag durch den Gerichtsschreiber vermittelt, so erfolgt die Uebermittlung unmittelbar an die Behörde oder Partei, welche die Vermittelung des Gerichtsschreibers in Anspruch genommen hatte.

§. 35.

b. Zustellung durch die Post.

Das bei der Zustellung durch die Post zu beobachtende Verfahren ergibt sich aus den §§. 177, 178 der D. C. P. O., zu welchen noch die nachfolgenden Anweisungen ertheilt werden.

Der Gerichtsvollzieher hat in der von ihm nach Massgabe des §. 177 a. a. O. auszustellenden Bescheinigung auch die Person, für welche die Zustellung erfolgen soll, zu bezeichnen.

In der Adresse ist die Person, welcher zugestellt werden soll, nach Name, Stand oder Gewerbe und Wohnort so genau zu bezeichnen, dass der Adressat leicht und sicher aufgefunden werden kann und Verwechselungen ausgeschlossen sind.

Besondere Sorgfalt ist nöthig rücksichtlich der häufig vorkommenden Familiennamen (Müller, Schulze etc.) und der gleich oder ähnlich lautenden Ortsnamen. Bei Sendungen nach grösseren Städten ist, soweit thunlich, die Wohnung des Adressaten näher anzugeben.

Bei Zustellungen an Unteroffiziere und gemeine Soldaten (§. 158 der D. C. P. O.) ist die Adresse an diese selbst zu richten unter genauer Bezeichnung des Truppentheils (Kompagnie, Eskadron oder Batterie des zu bezeichnenden Regiments etc., zu welchem sie gehören) und unter Beifügung des Zusatzes: „zu Händen des Chefs der (genau zu bezeichnenden) zunächst vorgesetzten Kommandobehörde“ (Chef der Kompagnie, Eskadron, Batterie etc.).

Bei Zustellungen an Behörden, Gemeinden etc. (§. 157 Abs. 2 der D. C. P. O.) ist die Adresse ebenfalls an diese selbst zu richten mit dem Zusatz: „zu Händen des Vorstehers.“ Ist dem Gerichtsvollzieher der Vorsteher näher bezeichnet, so ist dem Satze diese Bezeichnung hinzuzufügen.

Auf die vordere Seite des Briefumschlags, oben links, ist die Nummer zu setzen, unter welcher der Zustellungsauftrag im allgemeinen Dienstregister eingetragen steht. Unter der Nummer hat der Gerichtsvollzieher sich als Absender unter Beifügung seiner Amtseigenschaft zu bezeichnen.

Dem Briefe ist der Entwurf zu der von dem Postboten aufzunehmenden Zustellungsurkunde und zu einer beglaubigten Abschrift derselben offen beizufügen und, dass dies geschehen, auf der vorderen Seite des

Briefumschlags, unten links, durch die Worte: „Hierbei ein Formular zur Zustellungsurkunde nebst Abschrift“ zu vermerken.

Zu den Entwürfen für die Urschriften und Abschriften der Zustellungsurkunden sind die von der Postverwaltung unentgeltlich, nach deren näherer Anweisung, zu beziehenden Formulare zu verwenden, nöthigenfalls unter Vornahme der erforderlichen Abänderungen. Vor der Uebergabe der Sendung an die Post hat der Gerichtsvollzieher den Kopf des Formulars sowohl zur Urschrift als zur Abschrift vollständig auszufüllen, und gleichzeitig auf der Rückseite des Formulars zur Urschrift seine für die Rücksendung der Urkunde erforderliche Adresse anzugeben. Die Uebergabe des vorschriftsmässig überschriebenen und verschlossenen Briefes mit dem Entwurfe zur Urschrift und Abschrift der Zustellungsurkunde an die Postanstalt erhält das Ersuchen des Gerichtsvollziehers an dieselbe um Zustellung (§. 177 der D. C. P. O.). Eines besonderen Anschreibens oder sonstigen ausdrücklichen Ersuchens bedarf es nicht.

Die rechtzeitige Erledigung der Zustellung durch die Post ist durch das allgemeine Dienstregister zu controliren und zu dem Zwecke in Spalte 5 desselben sowohl der Tag der Uebergabe der Sendung als später der Tag der Rücklieferung der Zustellungsurkunde zu vermerken.

Der Gerichtsvollzieher hat nach der von der Postanstalt ihm überlieferten Zustellungsurkunde zu prüfen, ob die Zustellung gehörig erfolgt ist und, nachdem etwaige Mängel durch Vermittelung der Postanstalt abgestellt sind, die Urkunde mit der Urschrift des zugestellten Schriftstücks und der von ihm nach §. 177 der D. C. P. O. ausgestellten Bescheinigung dem Auftraggeber alsbald zuzufertigen.

Der Gerichtsvollzieher ist verpflichtet, die zum Zweck der Zustellung der Postanstalt zu übergebende Sendung für Rechnung des Auftraggebers zu frankiren und die Postgebühr zu verlegen.

§. 36.

Der Gerichtsvollzieher hat Zustellungen, welche durch Aufgabe zur Post zu bewirken sind, von solchen Zustellungen, welche durch die Post erfolgen sollen (vergl. §. 18 No. 2, 3 d. Anw.), genau zu unterscheiden. Der wesentliche Unterschied besteht darin, dass die Zustellung durch Aufgabe zur Post mit der Uebergabe des Briefes an die Postanstalt für vollzogen angesehen wird, während bei der Zustellung durch die Post die Uebergabe des Briefes an die Postanstalt nur das Ersuchen um Zustellung enthält und diese nur dadurch bewirkt werden kann, dass der Brief durch einen Postboten in derselben Weise, als wenn der Gerichtsvollzieher den Act selbst vornähme, dem Adressaten zugestellt wird.

Das bei der Zustellung durch Aufgabe zur Post zu beobachtende Verfahren, sowie Form und Inhalt der Zustellungsurkunde sind in den §§. 161, 173, 175 der D. C. P. O. vorgeschrieben. Die Abschrift der Zustellungsurkunde ist, verbunden mit der zu übergebenden Schrift, in den Briefumschlag mit einzuschliessen. Der Gerichtsvollzieher hat darauf zu sehen, dass von ihm an dem in der Zustellungsurkunde bezeichneten Tage die Aufgabe zur Post auch wirklich ausgeführt wird. Rückichtlich der Fassung der Adresse sind die Vorschriften im §. 35 d. Anw.

c. Zustellungen durch Aufgabe zur Post.

zu beachten. Der dort erwähnte, auf die Beifügung des Formulars zur Zustellungsurkunde bezügliche Vermerk wird jedoch der Adresse nicht zugefügt. Ist die Postsendung eingeschrieben, so ist der Postschein mit der Zustellungsurkunde zu verbinden. Die etwa als unbestellbar zurückgekommene Sendung ist dem Auftraggeber zu übermitteln.

§. 37.

Zustellung
von Anwalt
zu Anwalt.

Wird der Gerichtsvollzieher von einem Rechtsanwalt mit einer Zustellung an den Gegenanwalt oder im Falle des §. 19 der Deutschen Rechtsanwaltsordnung an den Zustellungsbevollmächtigten desselben beauftragt, so genügt zur Beurkundung der Zustellung das mit dem Datum und der Unterschrift versehene schriftliche Empfangsbekenntniß des Gegenanwalts oder des Zustellungsbevollmächtigten. Der Gerichtsvollzieher hat seinerseits die Zustellung nur zu beurkunden, wenn der Auftraggeber dies verlangt oder das vorgeschriebene schriftliche Empfangsbekenntniß von dem Gegenanwalte oder dem Zustellungsbevollmächtigten verweigert wird oder wegen deren Abwesenheit oder aus einem sonstigen Grunde nicht zu erlangen ist. In einem solchen Falle erfolgt sowohl die Zustellung, als deren Beurkundung nach den allgemeinen Vorschriften (§§. 26 bis 28, 30 bis 34 d. Anw.), sofern nicht bei einer Zustellung an den Zustellungsbevollmächtigten des Gegenanwalts die Zustellung an den Letzteren durch Aufgabe zur Post von dem Auftraggeber verlangt worden ist (§. 36 d. Anw.).

§. 38.

Besondere
Vorschriften
für gewisse
Zustellungen
bei der
Zwangsvoll-
streckung.

Für die Zustellung der Protokolle über Vollstreckungshandlungen, der Beschlüsse über die Pfändung und Ueberweisung von Forderungen und der Benachrichtigung über das Bestehen der Pfändung einer Forderung bestehen besondere Vorschriften (§§. 683, 730, 736, 744, 745 d. D. C. P. O., §§. 58, 90, 92, 93 d. Anw.).

3. Zustellungen in anderen gerichtlichen Angelegenheiten.

§. 39.

In Strafsachen, in Sachen der nicht streitigen Gerichtsbarkeit, sowie in allen anderen gerichtlichen Angelegenheiten hat der Gerichtsvollzieher bei der Vornahme von Zustellungen nach den Vorschriften über Zustellungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zu verfahren, unter Beobachtung der rücksichtlich einzelner Fälle bestehenden besonderen Vorschriften.

Der Auftrag zur Vornahme der Zustellung wird durch das Gericht (Richter, Gerichtsschreiber) oder durch die Staatsanwaltschaft, ausnahmsweise (§. 42 d. Anw.) auch von einer Privatperson erteilt.

§. 40.

Für die Beurkundung von Zustellungen in Strafsachen, welche
a) in dem die öffentliche Klage vorbereitenden Verfahren und in der Voruntersuchung

Besondere
Vorschriften
für gewisse
Zustellun-

b) in dem Verfahren bei der Strafvollstreckung,
 c) in dem gesamten Verfahren vor dem Amtsgerichte wegen Zuwiderhandlungen gegen das Forststrafges. Nr. 18 v. 1. April 1879, von Amtswegen angeordnet werden — vereinfachte Zustellungen — sind in der Bekanntm. der Landesjustizverw. Nr. 62 v. 12. Sept. 1879 (s. oben hinter S. 34 Anh. II) einfachere Formen nachgelassen. Der Unterschied zwischen vereinfachten und anderen Zustellungen besteht im Wesentlichen darin, dass eine Abschrift der Zustellungsurkunde nicht übergeben wird. Dieser Umstand erleichtert es, in geeigneten Fällen über die Zustellung an mehrere Personen eine gemeinschaftliche Urkunde aufzunehmen. Im Uebrigen finden die §§. 19, 21 bis 28, 30 bis 33, 35 d. Anw. auch bei vereinfachten Zustellungen Anwendung.

gen in Strafsachen:
 a. vereinfachte Zustellungen.

Die Gerichtsvollzieher dürfen eine Zustellung in der einfacheren Form nur vornehmen, wenn die zuzustellenden Schriftstücke zuvor mit dem Vermerke: „Vereinfachte Zustellung“ versehen sind ¹⁾.

Erfolgt die Zustellung durch die Post, so sind in dem Entwurfe zur Postzustellungsurkunde die Worte: „nebst Abschrift dieser Zustellungsurkunde“ und auf der Adresse die Worte: „nebst Abschrift“ (vergl. §. 35 d. Anw.) wegzulassen. Die auf den Briefumschlag zu setzenden Worte: „Vereinfachte Zustellung“ sind in hervorstechender Schrift unmittelbar über den die Beifügung der Postzustellungsurkunde betreffenden Vermerk zu setzen.

Zustellungen im Auftrage einer Privatperson dürfen in den Formen der vereinfachten Zustellung nicht erfolgen.

§. 41.

Für Zustellungen in Strafsachen an Gefangene sind folgende besondere Bestimmungen zu beachten:

b. Zustellungen an Gefangene.

1. Das zugestellte Schriftstück ist dem Gefangenen, wenn derselbe die sofortige Vorlesung verlangt, von dem Gerichtsvollzieher bei der Zustellung vorzulesen (§. 35 Abs. 3 der D. St. P. O.).
2. Bei Zustellung eines Haftbefehls, durch welchen die Untersuchungshaft angeordnet wird, ist dem Beschuldigten die Eröffnung: dass ihm das Rechtsmittel der Beschwerde zustehe, zu machen, sofern diese Eröffnung nicht in dem Haftbefehle bereits enthalten ist (§. 114 Abs. 3 d. D. St. P. O.).
3. Handelt es sich um die Zustellung einer Ladung zur Hauptverhandlung in Strafsachen, so ist der Angeklagte bei der Zustellung zu befragen, ob und welche Anträge er in Bezug auf seine Vertheidigung für die Hauptverhandlung zu stellen habe (§. 215 Abs. 2 d. D. St. P. O.). In der Zustellungsurkunde oder in einem besonderen Protokolle ist zu vermerken, ob die Befragung geschehen, und welche Erklärung auf letztere vom Angeklagten abgegeben ist. Die von demselben zur Vertheidigung gestellten Anträge sind, falls nicht die Aufnahme zu Protokoll des Gerichtsschreibers verlangt wird, ebenfalls aufzunehmen.

¹⁾ Vergl. die oben cit. Bekanntm. Nr. 62 v. 12. Sept. 1879 sub A, 4.
 Braunschweigische Ausführungsgesetze.

Der Gerichtsvollzieher hat bei dem aus Anlass von Zustellungen nothwendig werdenden Verkehre mit Gefangenen sich nach den Vorschriften der Gefängniß- oder Hausordnung zu richten.

§. 42.

In Strafsachen ist ein von einer Privatperson (Angeklagter, Privatkläger, Nebenkläger u. s. w.) unmittelbar geladener Zeuge oder Sachverständiger nach §. 219 d. D. St. P. O. nur dann zum Erscheinen verpflichtet, wenn ihm bei der Ladung die gesetzliche Entschädigung für Reisekosten und Versäumniss baar dargeboten oder deren Hinterlegung bei dem Gerichtsschreiber nachgewiesen wird.

Der Gerichtsvollzieher, welcher mit der Zustellung der Ladung beauftragt wird, hat sich auf Verlangen des Auftraggebers der Auszahlung der Entschädigung zu unterziehen.

Die Auszahlung darf nur gegen Quittung erfolgen. Der Vorgang, insbesondere ob die Entschädigung angenommen oder zurückgewiesen ist, ist in der Zustellungsurkunde anzugeben.

Bei Zustellung der Ladung durch die Post hat der Gerichtsvollzieher die Entschädigung auf Verlangen des Auftraggebers durch Postanweisung an die zu ladende Person abzusenden.

Die Bescheinigung des Gerichtsschreibers über eine erfolgte Hinterlegung der Entschädigung ist zusammen mit der Ladung in gewöhnlicher Weise zuzustellen. Die Quittung des Empfängers und der Postschein über die baare Einzahlung sind dem Auftraggeber mit der Zustellungsurkunde zu übermitteln.

Die Ladung sowie der Auftrag zu deren Zustellung geht von dem Auftraggeber selbst, nicht von dem Gericht oder der Staatsanwaltschaft aus. Es muss deshalb das Original der Ladung von dem Auftraggeber unterschrieben sein und die Beglaubigung der Abschrift der Ladung und der Bescheinigung des Gerichtsschreibers, welche bei der Zustellung übergeben werden sollen, durch den Gerichtsvollzieher erfolgen.

Der Zustellungsauftrag darf nicht aus dem Grunde abgelehnt werden, weil der Auftraggeber die Entschädigung nicht vorgeschossen hat.

4. Zustellungen in nicht gerichtlichen Angelegenheiten.

§. 43.

Auch in Rechtsangelegenheiten, welche bei den Gerichten nicht anhängig sind, sind die Gerichtsvollzieher verpflichtet, im Auftrage der Betheiligten die Zustellung von Schriftstücken, z. B. Kündigungen von Kapitalien und Miethsverträgen, Aufforderungen zur Abgabe von Erklärungen, zu bewirken.

Solche Zustellungen vertreten die Stelle einer gerichtlichen Bekanntmachung.

Das dabei von den Gerichtsvollziehern zu beobachtende Verfahren bestimmt sich nach den für die Besorgung der Zustellungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten erteilten Vorschriften (§§. 19 bis 38 d. Anw.).

II. Behändigungen mit Beurkundung.

§. 44.

Die Gerichtsvollzieher haben im Auftrage der Gerichte (Richter) und Staatsanwaltschaften Behändigungen von Schriftstücken zu besorgen und die Behändigung zu beurkunden (§. 3 Nr. 1 der G. V. O.). Die Behändigung findet statt bei der Ausreichung der Ausfertigungen der von den Gerichten in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit aufgenommenen Acte — wie Verträge, Hypothekenurkunden, Testamente und dergl. — sowie bei der Rückgabe von Schriftstücken, welche den Parteien gehören und diesen zurückzugeben sind. Von der Zustellung unterscheidet sich die Behändigung vorzugsweise dadurch, dass bei der letzteren das zur Behändigung bestimmte Schriftstück selbst zu übergeben ist, während bei der Zustellung das zur Zustellung bestimmte Schriftstück behufs Rückgabe an den Auftraggeber in den Händen des Gerichtsvollziehers verbleibt und der Person, welcher zugestellt werden soll, nur eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift davon übergeben wird. Bei der Behändigung wird daher die Behändigungsurkunde mit dem zu behändigenden Schriftstücke nicht verbunden.

Das von dem Gerichtsvollzieher bei der Besorgung von Behändigungen zu beobachtende Verfahren richtet sich nach den seitens des Auftraggebers in dem einzelnen Falle ertheilten Anordnungen. In Ermangelung solcher Anordnungen ist die Behändigung unter Anwendung der Vorschriften über Zustellungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zu bewirken (§§. 19 bis 38 d. Anw.), jedoch mit der Massgabe, dass die Uebergabe einer Abschrift der Behändigungsurkunde unterbleibt und im Fall der Abwesenheit des bezeichneten Empfänger die Behändigung durch Niederlegung des Schriftstücks bei einer der im §. 167 der D. C. P. O. bezeichneten Behörden ausgeschlossen ist. Auch muss die Behändigungsurkunde eine kurze Angabe des Inhalts des behändigten Schriftstücks, das Datum desselben und die Geschäftsnummer, unter welcher die Behändigung angeordnet ist, enthalten.

Bei der geschäftlichen Behandlung hat der Gerichtsvollzieher sorgfältig darauf zu achten, dass die zur Behändigung bestimmten Schriftstücke nicht mit anderen zur Zustellung bestimmten Schriftstücken verwechselt werden ¹⁾).

Bei den durch die Post zu bewirkenden Behändigungen können die Gerichte und Staatsanwaltschaften die Postanstalt um die Vornahme der Behändigung unmittelbar ersuchen, einer Mitwirkung der Gerichtsvollzieher bedarf es hierbei nicht.

¹⁾ Vergl. Geschäftsordn. für die Gerichtsschreibereien v. 12. September 1879 §. 7 Abs. 3.

III. Besorgung von schriftlichen und mündlichen Mittheilungen, Erkundigungen und dergleichen Aufträgen.

§. 45.

Die Gerichtsvollzieher sind verpflichtet, im Auftrage der Gerichte (Richter) und Staatsanwaltschaften schriftliche Mittheilungen, die nicht in den Formen der Zustellungen zu erfolgen brauchen, sowie mündliche Bestellungen, Erkundigungen, Vorlegung von Acten und Schriftstücken, überhaupt Aufträge jeder Art, welche ihrer dienstlichen Stellung entsprechen, auszuführen (§. 3, Abs. 2 der G. V. O.).

Aufträge dieser Art sind nach Massgabe der Anweisung des Auftraggebers zu erledigen. Ueber die Ausführung hat der Gerichtsvollzieher, sofern nicht etwas Anderes vom Auftraggeber angeordnet ist, bei mündlich erteilten Aufträgen eine mündliche, bei sonstigen Aufträgen eine kurze schriftliche Anzeige in der Regel unter der Verfügung, durch welche der Auftrag erteilt ist, zu erstatten.

IV. Zwangsvollstreckungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

1. Allgemeine Bestimmungen.

§. 46.

Die Gerichtsvollzieher haben die Zwangsvollstreckung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zu bewirken, soweit dieselbe nicht den Gerichten vorbehalten ist (§§. 47, 48 d. Anw.).

Bei der ihnen zugewiesenen Zwangsvollstreckung haben die Gerichtsvollzieher eine selbstständige Thätigkeit zu entwickeln. Sie unterliegen dabei der Aufsicht, nicht aber der unmittelbaren Leitung der Gerichte.

Unter bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten werden bei der Zwangsvollstreckung nicht nur die eigentlichen Processe, sondern auch die Fälle verstanden, in denen ohne vorausgegangenen Process ein Anspruch des Gläubigers von dem Schuldner nach den Vorschriften der D. C. P. O. zwangsweise beigetrieben werden kann.

Bei der Zwangsvollstreckung heisst derjenige, für welchen die Vollstreckung erfolgt, der Gläubiger, derjenige, gegen welchen sie erfolgt, der Schuldner, und die Urkunde, auf Grund deren sie erfolgt, der Schuldtitel, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um die Beitreibung einer Geldforderung oder um die Herausgabe einer beweglichen oder unbeweglichen Sache handelt, oder ob die Vollstreckung auf die Erzwingung einer Handlung oder Unterlassung gerichtet ist.

§. 47.

Zum Geschäftsbereich der Gerichtsvollzieher gehören folgende Zwangsvollstreckungen:

1. die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen, soweit dieselbe in bewegliche körperliche Sachen zu bewirken ist (§§. 708 bis 728 der D. C. P. O.).

Zu den beweglichen körperlichen Sachen gehören in dieser Beziehung auch die sog. Inhaberpapiere, wie Actien, Staatsschuldscheine, Pfand- und Rentenbriefe und andere dergleichen Werthpapiere (§. 81 d. Anw.).

- Auch die Forderungen aus Wechseln und anderen Papieren, welche durch Indossament übertragen werden können (§. 82 der Anw.) werden, soweit es auf den Act der Pfändung ankommt, wie bewegliche körperliche Sachen behandelt (§. 732 D. C. P. O.);
2. die Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von beweglichen und unbeweglichen Sachen (§§. 769 bis 771 der D. C. P. O.);
 3. die Zwangsvollstreckung zur Beseitigung des von dem Schuldner gegen die Vornahme einer von ihm zu duldenden Handlung geleisteten Widerstandes (§. 777 d. D. C. P. O.);
 4. die Zwangsvollstreckung durch Haft (§§. 780 bis 795 d. D. C. P. O.);
 5. die Vollziehung von Arrestbefehlen und einstweiligen Verfügungen in dem Umfange, in welchem den Gerichtsvollziehern die auf die unmittelbare Befriedigung des Gläubigers gerichtete Zwangsvollstreckung (No. 1 bis 4) zusteht (§§. 796 bis 822 d. D. C. P. O.).

Ausserdem steht den Gerichtsvollziehern bei der Zwangsvollstreckung in Forderungen eine in den §§. 89 bis 93 d. Anw. näher angegebene Mitwirkung zu.

§. 48.

Auf die den Gerichten vorbehaltenen Zwangsvollstreckungen dürfen sich die Gerichtsvollzieher nicht einlassen. Parteien, welche sich mit derartigen Anträgen an sie wenden, sind an das Gericht zu verweisen.

Den Gerichten sind folgende Zwangsvollstreckungen vorbehalten:

1. die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen, soweit dieselbe
 - a) in das unbewegliche Vermögen (§§. 755 bis 757 der D. C. P. O., Ges. No. 37 vom 10. Juli 1879, betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen),
 - b) in andere als die im §. 47 No. 1 Abs. 2, 3 d. Anw. bezeichneten Forderungen des Schuldners (§§. 729 bis 754 d. D. C. P. O.), zu bewirken ist;
2. die Zwangsvollstreckung zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen (§§. 773 bis 776 d. D. C. P. O.).

Welche Zwangsvollstreckungen nicht in den Geschäftsbereich der Gerichtsvollzieher fallen.

§. 49.

Der Auftrag zur Zwangsvollstreckung wird dem Gerichtsvollzieher von dem Gläubiger selbst — nicht durch das Gericht — ertheilt. Dem Gläubiger steht frei, wegen Ertheilung des Auftrages die Mitwirkung des Gerichtsschreibers bei dem Amtsgericht, bei welchem der Gerichtsvoll-

Auftrag.

zieher bestellt ist, in Anspruch zu nehmen. Der unter Vermittelung des Gerichtsschreibers beauftragte Gerichtsvollzieher hat sich in jeder Beziehung, insbesondere auch bei Ablieferung der beigetriebenen Gelder, als unmittelbar von dem Gläubiger beauftragt anzusehen.

Hat der Gläubiger zur Führung des vorausgegangenen Processes einen Rechtsanwalt oder eine andere Person mit schriftlicher Processvollmacht versehen, so ist der Bevollmächtigte während der Dauer der Bevollmächtigung auch zum Antrage auf Zwangsvollstreckung befugt. Die beigetriebenen Gelder und sonstigen Gegenstände dürfen jedoch an den Bevollmächtigten nicht abgeliefert werden, es sei denn, dass der Gläubiger dies ausdrücklich verlangt hat oder die in den Händen des Bevollmächtigten befindliche Vollmacht ausdrücklich darauf gerichtet ist. Eine Ausnahme machen nur die von dem Gegner zu erstattenden Processkosten, zu deren Empfangnahme der Bevollmächtigte schon durch die blosse Processvollmacht ermächtigt wird (§. 77 d. D. C. P. O.).

Durch den Auftrag zur Zwangsvollstreckung in Verbindung mit der Uebergabe der vollstreckbaren Ausfertigung wird der Gerichtsvollzieher, ohne dass es einer besonderen Erklärung des Gläubigers bedarf, zugleich ermächtigt, die Zahlungen und sonstigen Leistungen, auch die freiwillig erfolgten, von dem Schuldner in Empfang zu nehmen, darüber zu quittiren und demselben, wenn er seiner Verbindlichkeit genügt hat, die vollstreckbare Ausfertigung des Schuldtitels auszuliefern (§§. 675 bis 677 der D. C. P. O.). Demnach ist der Besitz der vollstreckbaren Ausfertigung dem Schuldner und Dritten gegenüber der unerlässliche, andererseits aber auch ausreichende Ausweis zur Bewirkung der Zwangsvollstreckung und aller zu deren Ausführung erforderlichen Handlungen. Der Gerichtsvollzieher hat dieselbe deshalb bei der Vornahme von Vollstreckungshandlungen bei sich zu führen und auf Verlangen zu seiner Legitimation vorzuzeigen.

Verlangt der Gläubiger seine Zuziehung zur Zwangsvollstreckung, so hat der Gerichtsvollzieher nur in dessen Anwesenheit zur Zwangsvollstreckung zu schreiten.

§. 50.

Vollstreckbare Ausfertigung des Schuldtitels. Vollstreckungsklausel.

Die Zwangsvollstreckung ist nur auf Grund einer vollstreckbaren Ausfertigung des Schuldtitels zulässig. Diese Ausfertigung muss in der Regel die Klausel enthalten: „Vorstehende Ausfertigung wird dem u. s. w. (Bezeichnung der Person, für welche die Vollstreckung erfolgen soll) zum Zwecke der Zwangsvollstreckung erteilt“ und unterschrieben und unterschiegelt sein.

Die vollstreckbare Ausfertigung wird in der Regel von dem Gerichtsschreiber, in gewissen Fällen auch von dem Gericht¹⁾ selbst erteilt. Der Gerichtsvollzieher hat, wenn ihm die vollstreckbare Ausfertigung eines Deutschen Gerichts oder eines Deutschen Gerichtsschreibers vorgelegt wird, nicht zu prüfen, ob die Klausel mit Recht auf den Schuldtitel gesetzt ist.

¹⁾ Vgl. z. B. D. C. P. O. §. 705 Abs. 2 in Verb. mit §. 18 Abs. 4 der Not. Ordn. v. 19. März 1850.

Ausserdem ist zur Ertheilung vollstreckbarer Ausfertigungen befugt: ein Deutscher Notar bezüglich der vor ihm selbst errichteten notariellen Urkunden (§. 705 Abs. 2 der D. C. P. O.).

Von dem Vorhandensein der vorschriftsmässigen Vollstreckungsklausel hat sich der Gerichtsvollzieher in allen Fällen auf das Sorgfältigste zu überzeugen, weil Schuldtitel, die an sich zur Zwangsvollstreckung geeignet sind, vielfach ohne Vollstreckungsklausel ausgefertigt werden und in solcher Form den Gerichtsvollzieher zur Vornahme der Zwangsvollstreckung nicht ermächtigen.

Sind in der Vollstreckungsklausel Beschränkungen angeordnet, insbesondere rücksichtlich des Gegenstandes der Zwangsvollstreckung oder hinsichtlich des Betrages der beizutreibenden Forderung, so darf die Vollstreckung nur unter Einhaltung dieser Beschränkung bewirkt werden.

§. 51.

Der Gerichtsvollzieher darf mit der Zwangsvollstreckung nur beginnen, wenn sowohl der Gläubiger, von welchem er beauftragt ist, in der Vollstreckungsklausel, als auch der Schuldner, gegen welchen die Vollstreckung erfolgen soll, in dem Schuldtitel oder in der Vollstreckungsklausel namentlich bezeichnet ist. Ist dies nicht der Fall, so hat sich der Gerichtsvollzieher mit der Vollstreckung nicht zu befassen. Behauptet der Auftraggeber, dass er durch Erbgang oder eine andere Rechtsnachfolge an die Stelle des bezeichneten Gläubigers, oder dass eine dritte Person an die Stelle des bezeichneten Schuldners getreten sei, so hat der Gerichtsvollzieher den Auftraggeber an das Processgericht behufs Ertheilung einer anderweiten Vollstreckungsklausel zu verweisen.

Eine zur Zeit des Todes des Schuldners bereits begonnene Zwangsvollstreckung ist in den Nachlass desselben ohne Weiteres fortzusetzen.

§. 52.

Ohne Vollstreckungsklausel sind vollstreckbar die im Mahnverfahren erlassenen Vollstreckungsbefehle, sowie die Ausfertigungen der Arrestbefehle und einstweiligen Verfügungen.

Für oder gegen eine andere als die in dem Befehle oder in der Verfügung bezeichnete Person darf der Gerichtsvollzieher auch solche Schuldtitel nur auf Grund einer die Person namhaft machenden Vollstreckungsklausel vollstrecken.

Schuldtitel, die ohne Vollstreckungsklausel vollstreckbar sind.

§. 53.

Das Urtheil eines ausserdeutschen Gerichts darf der Gerichtsvollzieher nur auf Grund einer von einem Deutschen Gericht oder von einem Deutschen Gerichtsschreiber ertheilten Vollstreckungsklausel vollstrecken.

Urtheile ausserdeutscher Gerichte.

§. 54.

Das Amtsgericht, in dessen Bezirk das Vollstreckungsverfahren stattfinden soll oder stattgefunden hat, ist das Vollstreckungsgericht. Diesem Vollstreckungsgericht steht die Entscheidung rücksichtlich des Verhaltens des Gerichtsvollziehers bei Bewirkung einer Zwangsvollstreckung zu, mag es sich um die Uebernahme des Auftrags oder um die vorgeschriebene Ausführung desselben, um das dabei beobachtete Verfahren, z. B. Aus-

Vollstreckungsgericht.

dehnung, Beschränkung oder Verzögerung der Pfändung oder Versteigerung, oder um die ordnungswidrige Gebührenerhebung handeln (§. 685 der D. C. P. O.).

§. 55.

Prüfung des Auftrages.

Die Gerichtsvollzieher haben in jedem einzelnen Falle zu beachten, dass ihnen die selbstständige Feststellung solcher Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung obliegt, vor deren Eintritt zwar die vollstreckbare Ausfertigung erteilt wird, gleichwohl aber mit der Zwangsvollstreckung noch nicht vorgegangen werden darf.

Es kann daher vorkommen, dass trotz der Vorlegung der vollstreckbaren Ausfertigung der Gerichtsvollzieher nicht ohne Weiteres zur Vollstreckung übergehen darf.

Es kommen hierbei folgende Fälle in Betracht:

1. Ist in dem Schuldtitel die Geltendmachung eines Anspruchs von dem Eintritt eines Kalendertages abhängig gemacht, so darf der Gerichtsvollzieher mit der Zwangsvollstreckung erst beginnen, wenn der Kalendertag abgelaufen ist. Ist z. B. Jemand verurtheilt, an den Gläubiger am 15. Mai 300 Mark zu zahlen, so kann erst am 16. Mai mit der Vollstreckung vorgegangen werden.

2. Ist in dem Schuldtitel bestimmt, dass die Vollstreckung desselben erst erfolgen solle, wenn der Gläubiger dem Schuldner Sicherheit geleistet habe, so darf der Gerichtsvollzieher mit der Vollstreckung erst vorgehen, wenn die Sicherheitsleistung durch eine öffentliche Urkunde nachgewiesen, und eine Abschrift dieser Urkunde bereits zugestellt ist oder gleichzeitig zugestellt wird (D. C. P. O. §. 672 Abs. 2).

3. Sofern gegen eine dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Militärperson die Zwangsvollstreckung von dem Gerichtsvollzieher überhaupt bewirkt werden kann (§. 699 der D. C. P. O., §. 86 d. Anw.), darf mit derselben erst begonnen werden, nachdem die vorge setzte Militärbehörde von der bevorstehenden Vollstreckung in Kenntniss gesetzt ist.

Erfolgt die Anzeige an die Militärbehörde durch den Gläubiger, so hat sich der Gerichtsvollzieher darüber eine Bescheinigung der Militärbehörde von dem Gläubiger vorlegen zu lassen.

4. Vor dem Beginn einer jeden Zwangsvollstreckung hat der Gerichtsvollzieher zu prüfen, ob dem Schuldner die nachbezeichneten Urkunden zugestellt sind:

- a) der Schuldtitel (Urtheil, notarielle Urkunde etc.), auf Grund dessen die Zwangsvollstreckung erfolgen soll;
- b) die Vollstreckungsklausel, sofern entweder eine Rechtsnachfolge (Erbgang etc.) auf Seiten des ursprünglichen Gläubigers oder Schuldners eingetreten ist oder die Vollstreckung des Schuldtitels nach Inhalt desselben von dem Eintritte einer Thatsache abhängt. Ist in der Klausel auf Urkunden Bezug genommen, so müssen auch diese zugestellt sein. Ist die Vollstreckung von einer dem Gläubiger obliegenden Sicherheitsleistung abhängig gemacht (No. 2 oben), so bedarf es einer Zustellung der Vollstreckungsklausel nicht.

c) im Falle der Nr. 2 die dort bezeichneten Urkunden über die erfolgte Sicherheitsleistung.

Ist die Zustellung dieser Urkunden (a bis c) noch nicht erfolgt, so hat der Gerichtsvollzieher dieselben gleichzeitig mit dem Beginne der Zwangsvollstreckung zu bewirken.

5. Während der Dauer eines Concursverfahrens finden zu Gunsten einzelner Concursgläubiger weder in das zur Concursmasse gehörige, noch in das sonstige Vermögen des Gemeinschuldners Arreste oder Zwangsvollstreckungen statt (§. 11 Deutsche Conc.-O.).

§. 56.

Der Gerichtsvollzieher hat die Zwangsvollstreckung, sobald damit begonnen werden kann, auf die möglichst rasch zum Ziele führende Weise durchzuführen, dabei aber dahin zu sehen, dass dieselbe dem Schuldner keinen unnöthigen Nachtheil bringe.

Verhalten
bei der
Zwangsvoll-
streckung.

Vor dem Uebergange zur Vollstreckung selbst hat der Gerichtsvollzieher den Schuldner, sofern er denselben bei der Vollstreckung antrifft, zur freiwilligen Leistung aufzufordern. Wird nicht der Schuldner, wohl aber ein Angehöriger desselben angetroffen, so ist die Aufforderung an diesen zu richten.

Eine freiwillige Leistung des zur Vollstreckung stehenden Anspruchs oder eines Theiles desselben hat der Gerichtsvollzieher anzunehmen und an den Gläubiger zu befördern.

Auf die Wünsche des Gläubigers und des Schuldners ist, soweit dies ohne Herbeiführung überflüssiger Kosten und Weitläufigkeiten, sowie ohne Gefährdung des Zweckes der Vollstreckung geschehen kann, die geeignete Rücksicht zu nehmen.

Die Zwangsvollstreckung muss nöthigenfalls mit Gewalt durchgeführt werden. Das von dem Gerichtsvollzieher in einem solchen Falle zu beobachtende Verfahren ist in den §§. 678, 679 der D. C. P. O. vorgeschrieben.

Wird die gewaltsame Oeffnung der verschlossenen Hausthüren, Zimmerthüren und Behältnisse des Schuldners nothwendig, so hat der Gerichtsvollzieher zu deren Vornahme behufs Vermeidung unnöthiger Beschädigung einen geeigneten Handwerker zuzuziehen.

Sind Zeugen zur Vollstreckung zuzuziehen (§. 679 D. C. P. O.), so müssen dazu unbetheiligte Personen, welche erforderlichenfalls über den Vorgang zeugeneidlich vernommen werden können, und thunlich nur solche Personen gewählt werden, die am Orte der Zwangsvollstreckung wohnen.

§. 57.

Der Gerichtsvollzieher hat bei der Zwangsvollstreckung zugleich die Kosten derselben durch Zwangsvollstreckung in bewegliche körperliche Sachen des Schuldners beizutreiben. Zu diesen Kosten gehören insbesondere die Gebühren und baaren Auslagen des Gerichtsvollziehers, die Kosten für Ertheilung der vollstreckbaren Ausfertigung und andere nothwendige, dem Gläubiger aus Anlass der Zwangsvollstreckung erwachsene aussergerichtliche Kosten (§. 697 d. D. C. P. O.). Es macht

Kosten der
Zwangsvoll-
streckung.

hierbei keinen Unterschied, ob es sich um die Zwangsvollstreckung wegen einer Geldforderung oder um eine andere Zwangsvollstreckung handelt.

§. 58.

Protokoll.

Der Gerichtsvollzieher hat über jede Vollstreckungshandlung ein Protokoll aufzunehmen. Dasselbe muss den in den §§. 682, 683 d. D. C. P. O. vorgesehenen Erfordernissen entsprechen. Alle Anordnungen, welche zur Durchführung der Vollstreckung getroffen sind, müssen angegeben werden und, wenn die Vollstreckung nicht zur vollen Befriedigung des Gläubigers führt, muss aus dem Protokoll zu ersehen sein, dass alle zulässigen Mittel versucht worden sind, ein anderes Ergebniss aber nicht zu erreichen gewesen ist.

Die Bezugnahme auf die vollstreckbare Urkunde darf in dem Protokolle niemals fehlen.

Das Protokoll muss im unmittelbaren Anschluss an die Vollstreckungshandlung und, soweit dies irgend ausführbar, an Ort und Stelle aufgenommen werden.

Zu beachten ist, dass es bei der Uebersendung einer Abschrift des Pfändungsprotokolls durch die Post in dem Fall des §. 683 Abs. 2 d. D. C. P. O. einer weiteren Beurkundung, als der dort angeordneten Vermerkung zum Protokolle, nicht bedarf.

§. 59.

Einstellung
oder Beschränkung
der Vollstreckung,
a. auf Verlangen des
Schuldners.

Der Gerichtsvollzieher darf sich von der Durchführung der Vollstreckung durch Einreden des Schuldners oder dritter Personen nicht abhalten lassen. Die Fälle, in denen dieselbe ausnahmsweise ohne Anweisung des Gläubigers einzustellen oder zu beschränken ist, und wieweit dabei die bereits getroffenen Anordnungen aufzuheben oder einstweilen aufrecht zu erhalten sind, sind in den §§. 691, 692 D. C. P. O. angegeben.

Ueber den Vorgang ist, auch wenn es nicht zur Vollstreckung kommt, ein Protokoll aufzunehmen, in welchem unter Anderem die vorgelegten Schriftstücke, auf Grund deren die Einstellung der Vollstreckung erfolgt, genau zu bezeichnen und die getroffenen Anordnungen anzugeben sind.

Der Gläubiger ist von der Einstellung oder Beschränkung zu benachrichtigen.

Rücksichtlich des Verfahrens bei Einstellung oder Beschränkung einer Zwangsvollstreckung ist noch Folgendes zu beachten:

1. Verlangt der Schuldner die Einstellung oder Beschränkung der Zwangsvollstreckung aus einer vorgelegten Entscheidung in Gemässheit des §. 691 No. 1 D. C. P. O., so hat der Gerichtsvollzieher die Vollstreckbarkeit der vorgelegten Entscheidung zu prüfen.

Vollstreckbar sind Entscheidungen, welche ausdrücklich für vorläufig vollstreckbar erklärt oder rechtskräftig geworden sind. Die Rechtskraft ist ohne Bescheinigung (§. 646 D. C. P. O.) nur anzunehmen bei den in der Berufungsinstanz ergangenen Urtheilen der Landgerichte und den in der Revisionsinstanz ergangenen Urtheilen. Aber auch bei solchen Urtheilen muss die Rechtskraft bescheinigt sein, wenn dieselben Versäumnissurtheile sind.

Eine Entscheidung, welche in der Beschwerdeinstanz erlassen wird, desgleichen eine Entscheidung, durch welche ein nur vorläufig vollstreckbares Urtheil oder dessen vorläufige Vollstreckbarkeit aufgehoben wird, ist in jedem Falle geeignet, die Einstellung der Zwangsvollstreckung zu begründen.

2. Ist im Fall der Nr. 2 des §. 691 a. a. O. die Einstellung nur für eine bestimmte Zeit angeordnet, so ist die Zwangsvollstreckung nach Ablauf der bestimmten Frist fortzusetzen.

3. Eine vorgelegte Privaturkunde ist nur zu berücksichtigen, wenn ein Verdacht gegen ihre Aechtheit nicht obwaltet (§. 691 Nr. 4 a. a. O.).

4. Aus Postscheinen muss sich die baare Einzahlung des Schuldbetrags, nicht bloss die Aufgabe eines Geldbriefes zur Post ergeben.

5. In den Fällen der No. 4 und 5 des §. 691 a. a. O. ist die Zwangsvollstreckung wieder aufzunehmen, falls der von der Einstellung benachrichtigte Gläubiger dies verlangt.

§. 60.

Auf Anweisung des Gläubigers hat der Gerichtsvollzieher nach Massgabe derselben die Zwangsvollstreckung jederzeit völlig oder einstweilen einzustellen oder zu beschränken. Ueber die erfolgte Anweisung ist ein Nachweis zu den Acten zu bringen, entweder durch eine schriftliche oder protokollarische Erklärung des Gläubigers oder durch eine Notiz des Gerichtsvollziehers.

b. auf Anweisung des Gläubigers.

Zur Wiederaufnahme der Vollstreckung hat der Gerichtsvollzieher auch im Fall der einstweiligen Einstellung, namentlich bei Stundungen, einen neuen Antrag des Gläubigers abzuwarten, sofern nicht von demselben ein bestimmter Termin bezeichnet ist, nach dessen Ablauf die Zwangsvollstreckung ohne Weiteres fortgesetzt werden soll.

§. 61.

Der Gerichtsvollzieher hat die Parteien von dem Verlaufe der Zwangsvollstreckung, auch wenn es nicht besonders vorgeschrieben ist, in Kenntniss zu setzen, insoweit dies für dieselben zur Wahrung ihrer Interessen zweckdienlich erscheint.

Benachrichtigung der Parteien.

Zum Nachweis der erfolgten Benachrichtigung genügt, sofern nicht gesetzlich dafür besondere Formen vorgeschrieben sind, eine kurze Notiz des Gerichtsvollziehers zu den Acten.

2. Zwangsvollstreckung in bewegliche körperliche Sachen.

§. 62.

Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in bewegliche körperliche Sachen wird von dem Gerichtsvollzieher durch Pfändung und Verwerthung derselben nach Massgabe der §§. 708 bis 728 der D. C. P. O. bewirkt.

Der gehörig (vergl. §§. 66, 71 d. Anw.) vollzogenen Pfändung ist im §. 709 D. C. P. O. die Wirkung beigelegt, dass durch dieselbe der beauftragende Gläubiger ein Pfandrecht und namentlich im Verhältnisse zu

anderen Gläubigern des Schuldners die Rechte eines durch Vertrag begründeten Faustpfandrechts erwirbt, sowie dass das durch eine frühere Pfändung begründete Pfandrecht demjenigen vorgeht, welches durch eine spätere Pfändung begründet wird. Für die Befriedigung des Gläubigers ist somit der Act der Pfändung, sowohl was die Zeit, als die gehörige Form anlangt, von entscheidender Bedeutung. Deshalb haben die Gerichtsvollzieher, um nicht die Interessen des Auftraggebers zu gefährden und nicht sich selbst dem Regresse wegen eines begangenen Versehens auszusetzen, überall mit besonderer Vorsicht zu verfahren.

§. 63.

Pfändung.

Der zur Zwangsvollstreckung schreitende Gerichtsvollzieher hat den Schuldner, sofern er denselben anwesend findet, nach erfolgter fruchtloser Aufforderung zur Befriedigung des Gläubigers, anzuhalten, soweit der Zweck der Vollstreckung es erfordert, seine Zimmer, Keller, Böden, Gewölbe u. s. w., sowie die darin befindlichen Kästen, Schränke und dergleichen Behältnisse zu öffnen und seine Habseligkeiten vorzuzeigen.

Soweit es ohne Gefährdung der Interessen des Gläubigers geschehen kann, ist die Pfändung auf die dem Schuldner entbehrlichsten Sachen, wobei dessen Erklärungen zu berücksichtigen sind, und vorzüglich auf solche Sachen zu richten, welche, wie Geld und Werthpapiere, Silber, Gold, Wäsche und dergleichen, leicht fortzuschaffen sind. Welche Werthpapiere bei der Zwangsvollstreckung wie bewegliche körperliche Sachen zu behandeln sind, ist im §. 81 d. Anw. näher angegeben. Ist der Gerichtsvollzieher im Zweifel, ob ein vorgefundenes Werthpapier zu den beweglichen körperlichen Sachen zu rechnen ist, so hat er dasselbe, falls andere zur Deckung des Gläubigers ausreichende Gegenstände nicht vorhanden sind, vorläufig zu pfänden.

Um sich vor Ueberpfändung zu schützen, muss der Gerichtsvollzieher den ungefähren Werth der einzelnen Gegenstände bei deren Verzeichnung im Protokolle mit vermerken und danach den Umfang der Pfändung so bemessen, dass der Erlös aus den Pfandstücken zur Befriedigung des Gläubigers und zur Deckung der Kosten der Zwangsvollstreckung hinreicht.

§. 64.

Im §. 715 d. D. C. P. O. sind diejenigen Sachen bezeichnet, welche der Pfändung nicht unterworfen sind. Ausserdem ist das Inventarium der Posthaltereien der Pfändung nicht unterworfen (§. 20 Gesetz über das Postwesen des Deutschen Reichs vom 28. October 1871).

Der Gerichtsvollzieher hat pflichtmässig zu ermitteln, welche von den Sachen des Schuldners in Gemässheit der vorgedachten Bestimmungen von der Pfändung auszuschliessen sind. Soweit die Befriedigung des Gläubigers nicht gefährdet wird, sind Sachen, deren Pfändbarkeit zweifelhaft ist, zu übergehen.

Führt die Pfändung nicht zur völligen Deckung des Gläubigers oder muss die Pfändung unterbleiben, weil nur Sachen, welche der Pfändung überhaupt nicht unterliegen, oder weil nur ganz werthlose oder nur so viel Sachen vorgefunden werden, dass von deren Verwerthung ein Ueberschuss über die Kosten der Zwangsvollstreckung sich nicht erwarten

Beschränkung der Pfändung und fruchtlose Vollstreckung.

lässt (§. 708 Abs. 2 D. C. P. O.), so hat der Gerichtsvollzieher die vorgefundenen Sachen in dem Protokoll so zu bezeichnen, dass danach wenigstens ein allgemeiner Ueberblick über Art, Beschaffenheit und Werth der nicht gepfändeten Sachen und ein Anhalt für die Beurtheilung der Rechtmässigkeit der Ausschliessung von der Pfändung gegeben wird. Werthvollere Stücke, sowie die an sich pfändbaren Sachen, in gleichen diejenigen Stücke, über deren Pfändbarkeit der Gerichtsvollzieher selbst im Zweifel ist, sind stets einzeln aufzuführen; dagegen genügt im Uebrigen die Angabe der Gattung der Gegenstände mit der pflichtmässigen Versicherung, dass davon nicht mehr, als nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen der Pfändung nicht unterworfen ist, vorgefunden sei.

Niemals darf sich der Gerichtsvollzieher mit der allgemeinen Bemerkung begnügen, dass der Schuldner keine Zahlungsmittel oder dass derselbe nur Sachen besitze, welche der Pfändung nicht unterlägen oder deren Werth die Kosten der Zwangsvollstreckung nicht decke.

§. 65.

Wenn bei der Pfändung von dem Schuldner für dritte Personen oder von diesen selbst an den im Gewahrsam des Schuldners vorgefundenen Gegenständen Ansprüche erhoben werden, so darf sich der Gerichtsvollzieher hierdurch von der Pfändung nicht abhalten lassen. Werden solche Ansprüche nur auf einen Theil der vorgefundenen Gegenstände erhoben, so hat der Gerichtsvollzieher zu ermessen, ob es dem Interesse des Gläubigers entspricht, die in Anspruch genommenen Gegenstände freizulassen. Er darf dies jedoch nur insoweit thun, als die nicht in Anspruch genommenen Gegenstände zur Deckung des Gläubigers und der Kosten der Zwangsvollstreckung ausreichen. Eine etwaige Anweisung des Gläubigers ist hierbei in jedem Falle massgebend.

Ansprüche
Dritter.

Bei der Beurtheilung, wie weit die Pfändung auszudehnen sei, um die Befriedigung des Gläubigers und die Deckung der Kosten der Zwangsvollstreckung zu sichern, hat der Gerichtsvollzieher auf die Möglichkeit, dass die erhobenen Ansprüche für begründet erachtet werden könnten, Rücksicht zu nehmen.

Werden die in Anspruch genommenen Sachen gepfändet, so hat der Gerichtsvollzieher den Dritten an das Gericht zur Geltendmachung seines Anspruchs zu verweisen (§§. 690, 710, 688 D. C. P. O.) und, soweit noch erforderlich, den Gläubiger von dem erhobenen Ansprüche zu benachrichtigen.

§. 66.

Nach §. 712 D. C. P. O. kann die Pfändung der im Gewahrsam des Schuldners befindlichen beweglichen körperlichen Sachen gültig nur dadurch bewirkt werden, dass der Gerichtsvollzieher dieselben in Besitz nimmt.

Der Gerichtsvollzieher hat die Sachen zu diesem Zweck dem Schuldner wegzunehmen und, vorbehaltlich der im §. 71 d. Anw. erwähnten Ausnahme, auch aus dem Gewahrsam desselben zu entfernen.

● Besitz-
nahme und
Unterbrin-
gung der
Pfand-
stücke.

Der Gerichtsvollzieher ist verpflichtet, für die sichere Unterbringung und Verwahrung der Pfandstücke, sowie nöthigenfalls für die Erhaltung derselben bis zur Verwerthung zu sorgen.

Der Gerichtsvollzieher ist dafür verantwortlich, dass die durch die Unterbringung der Pfandstücke, insbesondere durch deren Transport, durch die Bestellung eines Verwahrers oder Hüters entstehenden Ausgaben nicht unnöthig aufgewendet werden und dass dieselben das rechte Mass nicht überschreiten.

Die zur Unterbringung der Pfandstücke getroffenen Anordnungen sind in dem Pfändungsprotokolle oder unter demselben zu vermerken.

§. 67.

Gepfändetes
baares Geld.

Gepfändetes baares Geld ist thunlichst sofort und spätestens am zweiten Tage nach der Pfändung an den Gläubiger oder, sofern die Hinterlegung erfolgen muss (vergl. §. 103 d. Anw.), an das zuständige Amtsgericht abzuliefern und bis zur Ablieferung nach Massgabe des §. 10 d. Anw. zu verwahren.

§. 68.

Pfandlokal.

Die Gerichtsvollzieher, so lange sie einen festen Gehalt beziehen und die Gebühren an die Staatskasse abliefern müssen, also ihre amtlichen Geschäfte für Rechnung des Staates betreiben, sind nicht verpflichtet, ein Pfandlokal zu halten.

Die vorhandenen gerichtlichen Pfandlokale sind zunächst zur Verwahrung der Gegenstände zu benutzen, welche auf Grund der von Amtswegen angeordneten Zwangsvollstreckungen abgepfändet werden.

Wenn ein Pfandlokal nicht vorhanden oder das vorhandene nicht ausreichend ist, so hat der Gerichtsvollzieher die erforderliche Verwahrung der Gegenstände auf Kosten des Auftraggebers zu beschaffen.

Die im Pfandlokal verwahrten Gegenstände sind mit der Nummer, unter welcher die Angelegenheit im Register für Zwangsvollstreckungen eingetragen steht, zu bezeichnen und von den zu anderen Vollstreckungen gehörenden Sachen getrennt zu halten, überhaupt vor Verwechslungen zu hüten.

Das Pfandlokal ist vorzugsweise zur Aufnahme der am Wohnsitze des Gerichtsvollziehers gepfändeten Sachen bestimmt, soweit dieselben ihrer Beschaffenheit nach dazu überhaupt geeignet sind. Rücksichtlich der ausserhalb des Wohnsitzes gepfändeten Sachen hat der Gerichtsvollzieher nach den Umständen, namentlich mit Rücksicht auf den Ort der künftigen Versteigerung, zu ermitteln, ob die Pfandstücke zweckmässig in das Pfandlokal zu schaffen oder nach §. 69 d. Anw. zu verwahren sind.

§. 69.

Bestellung
eines Ver-
wahrers.

Ist ein Pfandlokal nicht vorhanden oder die Benutzung des vorhandenen Pfandlokals wegen der Beschaffenheit der Pfandstücke oder aus sonstigen Gründen, insbesondere bei den ausserhalb des Wohnsitzes des Gerichtsvollziehers gepfändeten Sachen wegen der dadurch verursachten Mehrkosten, nicht thunlich oder nicht zweckmässig, so sind die Pfandstücke in der Regel einer am Orte der Pfändung wohnenden zuverlässigen

und zahlungsfähigen Person, thunlichst dem Gemeindevorsteher, in Verwahrung zu geben.

Der bestellte Verwahrer erhält auf Verlangen ein Verzeichniss der ihm übergebenen Gegenstände. Die etwaige Entschädigung desselben für Hergabe des Verwahrungsgelasses und für die Beaufsichtigung der Pfandstücke ist thunlichst im Voraus festzustellen.

Der Gerichtsvollzieher hat sich von dem Verwahrer den richtigen Empfang der in Verwahrung gegebenen Sachen bescheinigen zu lassen und demselben auf Verlangen eine Abschrift der Bescheinigung zu ertheilen.

In wichtigeren Fällen ist über die Bestellung des Verwahrers ein Protokoll aufzunehmen, welches mit dem Pfändungsprotokolle verbunden werden kann. Dasselbe ist von dem Verwahrer zu unterschreiben und hat insbesondere zu enthalten:

1. das mit dem Verwahrer getroffene Abkommen;
2. das Anerkenntniss des Verwahrers über die erfolgte Uebergabe;
3. sofern ein besonderes Protokoll aufgenommen wird, die Bezeichnung der in Verwahrung gegebenen Sachen.

§. 70.

Kostbarkeiten und Werthpapiere sind wie fremdes baares Geld (§. 10 d. Anw.) zu verwahren. Dieselben sind mit einem Umschlage zu versehen, auf welchem das Rubrum der Sache und die Nummer, unter welcher dieselbe im Register für Zwangsvollstreckungen eingetragen steht, zu vermerken ist.

Kostbarkeiten und Werthpapiere.

§. 71.

Von der Regel, dass die gepfändeten Sachen aus dem Gewahrsam des Schuldners zu entfernen sind, darf der Gerichtsvollzieher nach §. 712 Abs. 2 der D. C. P. O. nur abweichen:

- a) wenn der Gläubiger einwilligt;
- b) wenn ein anderes Verfahren mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft ist.

Belassung der Pfandstücke im Gewahrsam des Schuldners.

Auch in diesen Fällen hat der Gerichtsvollzieher, um die Pfändung wirksam zu machen, den Besitz an den Pfandstücken zu ergreifen und die Pfändung durch Anlegung von Siegeln oder auf sonstige Weise ersichtlich zu machen.

Dazu werden noch die nachfolgenden Anweisungen ertheilt:

1. Ueber die erfolgte Einwilligung des Gläubigers ist ein Nachweis durch eine protokollarische oder schriftliche Erklärung desselben oder durch eine Notiz des Gerichtsvollziehers zu den Acten zu bringen.

2. Die Anlage der Siegel oder die sonstigen Vorkehrungen müssen so geschehen, dass rücksichtlich jedes einzelnen Pfandstücks die erfolgte Pfändung ersichtlich gemacht wird. Ob zu diesem Zwecke das Siegel an jedes einzelne Stück, oder nur an den Umhüllungen und Verpackungen, an den Gefässen, Gelassen und dergl., in welchen die Pfandstücke verwahrt werden, anzulegen ist, hat der Gerichtsvollzieher nach der Beschaffenheit der Sachen und nach den sonstigen Umständen zu ermessen. Letzterenfalls ist Vorsorge zu treffen, dass ohne Verletzung des Siegels oder der Umhüllung u. s. w. kein Pfandstück entfernt werden kann.

Ist wegen der Beschaffenheit der Pfandstücke die Anlegung von Siegeln überhaupt nicht ausführbar, oder ist dadurch die Erkennbarkeit der erfolgten Pfändung nicht zu erreichen, so ist die Pfändung durch Anheftung einer schriftlichen mit der Unterschrift des Gerichtsvollziehers versehenen Anzeige in unmittelbarer Nähe der Pfandstücke an einer in die Augen fallenden Stelle oder durch sonstige geeignete Massnahmen, thunlichst unter entsprechender Mitverwendung des Dienstsiegels für Jedermann erkennbar zu machen. Auch ist, sofern dies in dem einzelnen Falle erforderlich erscheint, ein Hüter zu bestellen.

3. Der Gerichtsvollzieher hat den Schuldner zu bedeuten, dass der Besitz der Pfandstücke auf ihn, den Gerichtsvollzieher, übergegangen sei, und dass der Schuldner sich jeder Verfügung über dieselben, sowie der Beschädigung oder Ablösung der angelegten Siegel bei Vermeidung der gesetzlichen Strafen enthalten müsse ¹⁾.

4. In dem Pfändungsprotokoll sind die Gründe, welche die Belassung der Pfandstücke im Gewahrsam des Schuldners rechtfertigen, sowie die Zahl der angelegten Siegel und die sonstigen zur Erkennbarmachung und Sicherung der Pfändung getroffenen Massnahmen anzugeben; auch ist zu vermerken, dass der Schuldner in Gemässheit der No. 3 bedeutet worden ist.

§. 72.

Pfändung
von Sachen,
die sich
nicht im Ge-
wahrsam des
Schuldners
befinden.

Verlangt der Gläubiger die Pfändung von Gegenständen, welche, obwohl sie dem Schuldner gehören sollen, sich im Besitze einer dritten Person befinden, so hat der Gerichtsvollzieher bei dieser zunächst nur Nachfrage zu halten, ob sie zur sofortigen Herausgabe bereit sei.

Im Bejahungsfalle ist mit der Pfändung in derselben Weise wie rücksichtlich der im Gewahrsam des Schuldners befindlichen Sachen zu verfahren.

Wird die Herausgabe verweigert oder der Besitz der Sachen überhaupt in Abrede gestellt, so muss der Gerichtsvollzieher sich auf die Aufnahme eines Protokolls über den Vorgang beschränken und dem Gläubiger das Weitere überlassen.

Verlangt der Gläubiger die Pfändung solcher Sachen des Schuldners, welche sich in seinem eigenen Besitze befinden, so hat der Gerichtsvollzieher mit deren Pfändung ohne Weiteres in der gewöhnlichen Weise zu verfahren (§. 713 D. C. P. O.).

§. 73.

Benachrich-
tigung des
Schuldners
von der
Pfändung.

Der Gerichtsvollzieher hat den Schuldner von der erfolgten Pfändung nach Massgabe des §. 683 d. D. C. P. O. auch dann zu benachrichtigen, wenn Sachen gepfändet sind, die sich im Besitze des Gläubigers oder einer dritten Person befunden haben.

§. 74.

Pfändungs-
protokoll.

Das über die Pfändung aufzunehmende Protokoll (§. 682 D. C. P. O., §§. 12, 58 d. Anw.) hat insbesondere zu enthalten:

¹⁾ §§. 136, 137 des R. Str. G. B.

1. ein genaues Verzeichniss der abgepfändeten Gegenstände, unter Angabe des ungefähren Werthes jedes einzelnen derselben, geeignetenfalls auch der Zahl, des Masses oder Gewichts;
2. die Angabe, dass der Gerichtsvollzieher die gepfändeten Sachen in Besitz genommen hat;
3. die Angabe, wie über die Unterbringung der Sachen verfügt ist oder verfügt werden soll;
4. die Angabe, dass der Schuldner von der Pfändung in Kenntniss gesetzt ist oder gesetzt werden soll, und wie dies geschehen ist oder geschehen soll (§. 683 D. C. P. O.);
5. die Angabe der Zeit und des Orts des Versteigerungstermins oder der Gründe, aus welchen die sofortige Ansetzung des Termins unterblieben ist.

Ausser diesen regelmässigen Angaben hat das Protokoll nach Verschiedenheit der Fälle noch die besonderen Vermerke zu enthalten, welche rücksichtlich einzelner Arten von Pfändungen oder rücksichtlich besonderer Vorgänge bei der Pfändung vorgeschrieben sind (z. B. §§. 59, 64, 71 No. 4. d. Anw.).

Die nach Abschluss des Protokolls erfolgte Zustellung oder Uebersendung einer Abschrift desselben an den Schuldner ist nachträglich zum Protokolle zu vermerken.

§. 75.

Die Veräusserung der Pfandstücke hat der Gerichtsvollzieher, ohne einen weiteren Auftrag des Gläubigers abzuwarten, nach Massgabe der §§. 716 bis 726 d. D. C. P. O. zu bewirken.

Veräusserung der Pfandstücke.

Finden sich unter den Pfandstücken Kostbarkeiten, so hat der Gerichtsvollzieher dieselben zuvor durch einen Sachverständigen abschätzen zu lassen. Falls die Abschätzung nicht zu Protokoll des Gerichtsvollziehers erklärt wird, ist der Sachverständige zu deren schriftlicher Abgabe zu veranlassen.

Der Gerichtsvollzieher darf die Pfandstücke und zwar ohne Unterschied, ob die Veräusserung im Wege der öffentlichen Versteigerung oder des freihändigen Verkaufs erfolgt, weder selbst noch durch Andere oder für Andere erwerben, noch von seinen Angehörigen erwerben lassen. Auch darf er den zu seiner Unterstützung bei der öffentlichen Versteigerung etwa zugezogenen Personen das Mitbieten nicht gestatten.

§. 76.

Die Veräusserung der Pfandstücke durch den Gerichtsvollzieher erfolgt im Wege der öffentlichen Versteigerung nach Massgabe der §§. 716 bis 719 D. C. P. O. Inwieweit ausnahmsweise ein freihändiger Verkauf stattfindet, ist im §. 80 d. Anw. angegeben.

a. Öffentliche Versteigerung.

Die Versteigerung ist in der Gemeinde (Stadt, Dorf, Flur u. s. w.), in welcher die Pfändung erfolgt ist, zu bewirken. Einigen sich jedoch der Gläubiger und der Schuldner bei oder nach der Pfändung über einen anderen Ort, oder wird ein solcher durch das Vollstreckungsgericht bestimmt, so ist die Versteigerung an diesem Orte vorzunehmen (§§. 717 Abs. 3, 726 D. C. P. O.).

Erfordert das Interesse des Gläubigers die Vornahme der Versteigerung an einem anderen Orte, steht insbesondere bei der Versteigerung

am Orte der Pfändung ein angemessener Preis nicht zu erwarten, oder sind die Pfandstücke zur Aufbewahrung an einen anderen Ort geschafft, so hat der Gerichtsvollzieher den Gläubiger hiervon sogleich in Kenntniss zu setzen, damit derselbe, falls eine Einigung mit dem Schuldner über einen anderweiten Versteigerungsort nicht zu Stande kommt, die Bestimmung eines solchen bei dem Vollstreckungsgericht beantragen kann.

§. 77.

Versteige-
rungs-
termin.

Der Termin zur öffentlichen Versteigerung ist von dem Gerichtsvollzieher in der Regel sogleich bei der Pfändung zu bestimmen. Nur wenn die Parteien darüber einverstanden sind, dass der Termin erst später bestimmt werden soll, oder wenn die sofortige Bestimmung in dem einzelnen Falle nicht thunlich oder nicht zweckmässig erscheint, z. B. weil Früchte auf dem Halme gepfändet sind und der Eintritt der Reife der gepfändeten Früchte mit Sicherheit noch nicht übersehen werden kann oder weil voraussichtlich durch das Vollstreckungsgericht eine andere Art der Veräußerung oder die Versteigerung an einem anderen Orte angeordnet werden wird — ist die Anberaumung des Termins einstweilen auszusetzen.

Es ist thunlichst Sorge zu tragen, dass der Schuldner auch von dem nicht sogleich bei der Pfändung angesetzten Termin Kenntniss erhalte.

Die Frist zwischen dem Tage der Pfändung und dem Termine zur Versteigerung ist unter Beachtung der Bestimmungen im §. 717 Abs. 1 D. C. P. O. so zu bemessen, dass der Termin in einer der Beschaffenheit und dem Werthe der zu verkaufenden Pfandstücke entsprechenden Art und Weise öffentlich bekannt gemacht werden kann.

In der Regel ist die Frist auf vierzehn Tage zu bestimmen. Ueber einen Monat nach der Pfändung darf der Termin nur aus besonderen Gründen hinausgeschoben werden.

Der Versteigerung muss eine öffentliche Bekanntmachung vorausgehen. Dieselbe erfolgt in ortsüblicher Weise (durch Ausruf, Anschlag, Insertion u. dergl.), unter besonderer Berücksichtigung der geringeren oder grösseren Wichtigkeit des Gegenstandes.

Die Bekanntmachung hat insbesondere zu enthalten:

1. eine allgemeine Bezeichnung der zu versteigernden Gegenstände (Möbel, Betten, Kleidungsstücke u. dergl.), unter Hervorhebung besonders werthvoller Sachen;
2. die Angabe des Orts, des Tages und der Stunde der Versteigerung.

Wann und wie die Bekanntmachung erfolgt ist, hat der Gerichtsvollzieher durch Belagsstücke oder durch einen Vermerk unter dem Pfändungsprotokoll ersichtlich zu machen.

Die etwaige Wiederaufhebung eines bereits bekanntgemachten Termins ist thunlichst zur öffentlichen Kenntniss zu bringen, insbesondere ist die Abnahme der Aushänge und Anschläge sofort zu veranlassen.

§. 78.

Abhaltung
des Ver-
steigerungs-
termins.

Vor dem Beginn des Termins sind die zu versteigernden Gegenstände zum Verkauf bereit zu stellen und dabei mit dem Pfändungsprotokolle zu vergleichen.

Die etwa fehlenden oder beschädigten Gegenstände sind unter dem Pfändungsprotokolle, oder wenn ein Verwahrer oder Hüter bestellt gewesen ist, in dem über die Rückgewähr der Pfandstücke aufzunehmenden Protokolle zu verzeichnen. Dem Schuldner ist Abschrift der Bemerkung oder des Protokolls über das Fehlen oder die Beschädigung einzelner Gegenstände, dem Verwahrer oder Hüter auf Verlangen eine Bescheinigung der richtigen Rückgewähr der Pfandstücke zu ertheilen.

Bei der Eröffnung des Termins sind zunächst die Kaufbedingungen bekannt zu machen. Eine Abweichung von den im §. 718 D. C. P. O. bestimmten Bedingungen ist nur zulässig, wenn dieselbe durch das Vollstreckungsgericht angeordnet oder zwischen dem Gläubiger und Schuldner vereinbart ist.

Nach der Bekanntmachung der Kaufbedingungen ist zum Bieten aufzufordern.

Die zum Ausgebot kommenden Sachen sind in dem Versteigerungsprotokolle zu verzeichnen. Die einzelnen Stücke müssen nach und nach ausgerufen und vorgezeigt werden. Bei Kostbarkeiten ist der Schätzwert, bei Gold- und Silbersachen auch der Gold- oder Silberwerth, mit dem ersten Aufrufe unter dem Bemerken mitzutheilen, dass ein Gebot unter dem Gold- oder Silberwerthe nicht angenommen werde. Sogleich nach dem Zuschlage ist in dem Versteigerungsprotokolle bei jedem einzelnen Stücke das Meistgebot und der Name des Käufers, sowie die Zahlung des Kaufpreises, sobald dieselbe erfolgt ist, genau zu vermerken.

Zur Vermeidung einer ungerechtfertigten Ausdehnung der Versteigerung hat der Gerichtsvollzieher den Erlös dann und wann aufzurechnen, und sobald derselbe zur Befriedigung des Gläubigers und zur Deckung der Kosten der Zwangsvollstreckung ausreicht, mit der Versteigerung abubrechen.

Kann bei ausgebauten Gold- oder Silbersachen wegen Nichtabgabe eines den Gold- oder Silberwerth erreichenden Gebotes der Zuschlag nicht ertheilt werden, so ist in dem Versteigerungsprotokolle die erfolgte Ausbietung zu vermerken.

§. 79.

Das über die Versteigerung aufzunehmende Protokoll (§. 682 D. C. P. O., §§. 12, 58 d. Anw.) hat insbesondere zu enthalten: Versteigerungsprotokoll.

1. den Betrag der durch die Versteigerung zu deckenden Forderung einschliesslich der Kosten der Zwangsvollstreckung;
2. die Kaufbedingungen, insoweit dieselben ausnahmsweise abweichend von den Regeln des §. 718 D. C. P. O. bestimmt sind (§. 78. d. Anw.);
3. die Aufzählung der versteigerten Gegenstände nebst Angabe des Käufers und des Meistgebots rücksichtlich der einzelnen Gegenstände und der erfolgten Zahlung des Kaufpreises.

Der Verzeichnung der dem Meistgebote vorhergegangenen Gebote sowie der Mitbietenden ausser den Meistbietenden bedarf es nicht. Zu den Personen, deren Unterschrift das Protokoll enthalten soll (§. 682 No. 3, 4 D. C. P. O.), gehören von den Bietern nur die jedesmaligen Meist-

bietenden. Haben dieselben sich vor dem Schlusse des Termins entfernt, so ist dies in dem Protokolle als Grund der nicht erfolgten Unterschrift zu vermerken.

Der Gerichtsvollzieher hat zu dem Protokoll den tarifmässigen Stempel vorschriftsmässig und rechtzeitig bei Vermeidung der gesetzlichen Ordnungsstrafe zu verwenden. Der Stempel ist aus dem Erlöse zu entnehmen.

§. 80.

Freihändiger Verkauf.

Die Veräusserung der Pfandstücke im Wege des freihändigen Verkaufs findet statt:

1. wenn das Vollstreckungsgericht denselben anordnet (§. 726 D. C. P. O.);
2. bei Werthpapieren, welche einen Börsen- oder Marktpreis haben (§. 722 a. a. O.);
3. bei Gold- und Silbersachen, wenn bei der vorausgegangenen öffentlichen Versteigerung ein den abgeschätzten Gold- oder Silberwerth erreichendes Gebot nicht erzielt worden ist (§. 721 D. C. P. O., §. 78 Abs. 5, 8 d. Anw.).

Der Verkauf kann auch an den Gläubiger geschehen.

Bei dem freihändigen Verkaufe muss der Gerichtsvollzieher auf die Erzielung eines möglichst hohen Preises bedacht sein. Keinesfalls dürfen Gold- und Silbersachen unter dem abgeschätzten Gold- und Silberwerthe, oder Werthpapiere unter dem Tageskurse verkauft werden. Die Uebergabe an den Käufer darf, wenn zwischen dem Gläubiger und Schuldner nicht ein Anderes vereinbart ist, nur gegen baare Zahlung geschehen. Bei einem durch das Vollstreckungsgericht angeordneten Verkaufe sind die etwaigen besonderen Anordnungen des Gerichts zu beachten.

Das über den Verkauf aufzunehmende Protokoll hat insbesondere zu enthalten:

1. die Angabe des Grundes, aus welchem die Veräusserung im Wege des freihändigen Verkaufs erfolgt ist;
2. die genaue Bezeichnung des verkauften Gegenstandes nebst Angabe des abgeschätzten Gold- oder Silberwerthes, des Tageskurses oder des von dem Vollstreckungsgericht bestimmten Preises;
3. die Angabe des abgeschlossenen Geschäfts und der Erfüllung desselben.

§. 81.

Pfändung und Veräusserung von Werthpapieren.

Bei der Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen werden Werthpapiere wie bewegliche körperliche Sachen behandelt und demgemäss so wie diese von dem Gerichtsvollzieher durch Besitzergreifung gepfändet und im Wege der öffentlichen Versteigerung oder des freihändigen Verkaufs veräussert.

Man unterscheidet Werthpapiere, in denen der Berechtigte nicht namentlich bezeichnet ist, die vielmehr auf den jedesmaligen Inhaber lauten, und Werthpapiere, die auf den Namen einer bestimmten Person ausgestellt sind.

Bei den Inhaberpapieren gilt der jedesmalige Inhaber Dritten gegenüber ohne Weiteres für berechtigt, über das Papier und über das aus demselben sich ergebende Recht zu verfügen. Zu diesen Papieren gehören namentlich Schuldverschreibungen des Staats und der Kommunen, Prioritätsobligationen der Eisenbahnen, Pfand- und Rentenbriefe u. dergl., in der Regel auch Aktien. Es können aber derartige Papiere auch auf Namen ausgestellt sein, und sind dieselben von dem Gerichtsvollzieher in dem einzelnen Falle darauf hin zu prüfen.

Bei den Werthpapieren auf Namen gilt nur derjenige zur Verfügung für berechtigt, auf dessen Namen entweder das Papier selbst oder, wenn dasselbe von dem ursprünglich Berechtigten veräußert ist, die Veräußerungsurkunde lautet. Zu den Werthpapieren dieser Art gehören insbesondere die auf den Namen einer bestimmten Person ausgestellten Aktien.

Bei der Veräußerung von Werthpapieren muss der Gerichtsvollzieher mit Vorsicht zu Werke gehen. Ob die Veräußerung im Wege des freihändigen Verkaufs oder der öffentlichen Versteigerung zu erfolgen hat, hängt, sofern nicht durch das Vollstreckungsgericht, eine Anordnung über den Verkauf getroffen ist, davon ab, ob das Werthpapier einen Börsen- oder Marktpreis hat oder nicht. Hierüber und zugleich über die Höhe des Tageskurses muss sich der Gerichtsvollzieher vor Allem zuverlässig unterrichten, aus dem Kurszettel in den Zeitungen oder bei einer mit dem Verkehr in solchen Papieren vertrauten Behörde oder Privatperson.

Ergibt sich hierbei, dass das Papier keinen Börsen- oder Marktpreis hat, so erfolgt die Veräußerung im Wege der öffentlichen Versteigerung nach den allgemeinen Vorschriften.

Hat dasselbe dagegen einen Börsen- oder Marktpreis, so ist die Veräußerung im Wege des freihändigen Verkaufs unter Beachtung der hierüber in dem vorstehenden Paragraphen ertheilten Vorschriften zu bewirken. Dem Ermessen des Gerichtsvollziehers bleibt überlassen, ob er bei dem freihändigen Verkaufe sich der Vermittelung eines Bankiers (Bankinstituts) bedienen oder ob er den Verkauf selbst besorgen will. Ersteren Falls ist statt des Protokolls über den Verkauf die über denselben ertheilte Rechnung bei den Acten zu verwahren. In keinem Falle darf das Papier anders als gegen baare Zahlung weggegeben werden.

Zur völligen Ausführung der Veräußerung liegt dem Gerichtsvollzieher bei den auf den Namen einer bestimmten Person lautenden Werthpapieren zugleich die Erwirkung der Umschreibung auf den Namen des Käufers und bei den auf den Inhaber lautenden Papieren, sofern das Papier etwa durch einen auf dasselbe gesetzten Vermerk ausser Kurs gesetzt ist, zugleich die Erwirkung der Wiederinkurssetzung ob. Die Ermächtigung zur Abgabe der hierzu erforderlichen Erklärungen hat der Gerichtsvollzieher vor der Veräußerung bei dem Vollstreckungsgericht unter Einreichung des Schuldtitels und des Pfändungsprotokolls zu beantragen.

Die Wiederinkurssetzung selbst ist ebenfalls vor der Veräußerung bei der zuständigen Behörde zu bewirken. Die etwa erforderliche Umschreibung auf den Namen des Käufers ist nach der Veräußerung bei

der betreffenden Aktiengesellschaft oder der sonst zuständigen Stelle zu erwirken.

§. 82.

Pfändung
von Forderungen aus
Wechseln
und anderen
indossablen
Papieren.

Sollen zur Befriedigung des Gläubigers Forderungen dienen, welche dem Schuldner aus Wechseln¹⁾ oder anderen, durch Indossament übertragbaren (indossablen) Papieren (Art. 301 bis 303 Deutsch. Handelsgesetzbuch) an dritte Personen — Drittschuldner — zustehen, so liegt dem Gerichtsvollzieher eine weitergehende als die in den §§. 89, 90 d. Anw. angegebene Thätigkeit ob.

Bei Forderungen dieser Art ist der Schuldner zur Erfüllung nur gegen Vorlegung des indossablen Papiers verpflichtet²⁾. Auch der Gläubiger, welcher bei der Zwangsvollstreckung aus einer solchen Forderung des Schuldners seine Befriedigung sucht, muss zur Vorlegung des Papiers bei Einforderung der Leistung von dem Drittschuldner in den Stand gesetzt werden. Deshalb ist in §. 732 D. C. P. O. bestimmt, dass die Pfändung solcher Forderungen nicht wie bei gewöhnlichen Forderungen durch einen Beschluss des Vollstreckungsgerichts erfolgen, sondern wie bei beweglichen körperlichen Sachen durch den Gerichtsvollzieher in der Weise bewirkt werden soll, dass derselbe das Papier in Besitz nimmt.

Bei der Ungewissheit des Werthes und des Zeitpunktes des Einganges einer Forderung hat sich der Gerichtsvollzieher auf die Pfändung von Forderungen aus Wechseln oder anderen indossablen Papieren in der Regel nur einzulassen, wenn er von dem Gläubiger ausdrücklich dazu angewiesen wird. Ohne eine solche Anweisung sind derartige Forderungen nur zu pfänden, wenn andere Pfandstücke überhaupt nicht oder nicht in ausreichender Zahl vorhanden sind.

Von der erfolgten Pfändung sind die Parteien wie bei anderen Pfändungen zu benachrichtigen, der Gläubiger unter Mittheilung einer beglaubigten Abschrift des Pfändungsprotokolls.

Die in Besitz genommenen Urkunden sind von dem Gerichtsvollzieher in der im §. 70 d. Anw. vorgeschriebenen Weise zu verwahren.

Das Pfändungsprotokoll hat insbesondere zu enthalten:

1. eine genaue Bezeichnung der gepfändeten Forderung, nach Gegenstand, Betrag, Fälligkeit und Namen des Gläubigers und des Schuldners unter Bezugnahme auf die darüber ausgestellte Urkunde;
2. die Angabe, dass der Wechsel oder das indossable Papier in Besitz genommen ist.

Die weitere Durchführung der Vollstreckung erfolgt wie bei gewöhnlichen Forderungen (§. 89 d. Anw.) durch das Vollstreckungsgericht auf Antrag des Gläubigers.

Die Urkunde über die gepfändete Forderung hat der Gerichtsvollzieher an den Gläubiger herauszugeben, sobald derselbe die Ausfertigung eines Beschlusses des Vollstreckungsgerichts vorlegt, durch welchen ihm die gepfändete Forderung überwiesen, oder angeordnet ist, dass die

¹⁾ Vgl. Art. 4, 96 Deutsch. Wechselordn.

²⁾ Art. 39 Deutsch. Wechselordn., Art. 303 Abs. 3 Deutsch. Handelsgesetzbuch.

den Gegenstand der Forderung bildenden Sachen an einen von dem Gläubiger zu beauftragenden Gerichtsvollzieher herauszugeben sind.

Ueber die erfolgte Uebergabe der Urkunde an den Gläubiger hat der Gerichtsvollzieher sich eine Empfangsbescheinigung von demselben ertheilen zu lassen und bei den Acten zu verwahren.

Wird die gepfändete Forderung freigegeben, so ist die Urkunde darüber dem Schuldner unter Beachtung der Vorschrift im §. 88 d. Anw. zurückzugeben.

§. 83.

Die Pfändung und Veräußerung von Früchten, die vom Boden noch nicht getrennt sind, richtet sich nach den in dieser Beziehung rücksichtlich beweglicher körperlicher Sachen ertheilten Vorschriften in Verbindung mit den besonderen Bestimmungen der §§. 714, 725 d. D. C. P. O.

Pfändung und Veräußerung von Früchten, die vom Boden noch nicht getrennt sind.

Der Gerichtsvollzieher hat die erfolgte Pfändung der Früchte und deren Besitznahme in geeigneter Weise durch Aufrichtung von Pfandtafeln oder Pfandwischen mit einer von ihm unterschriebenen Pfändungsanzeige oder durch andere zweckentsprechende Vorrichtungen, thunlichst unter Benutzung des Dienstsiegels, für Jedermann erkennbar zu machen.

Ist nach den Umständen die Bestellung eines Hüters erforderlich, so hat der Gerichtsvollzieher vorzugsweise den Feldhüter zu wählen. Erklärt sich bei einer auf dem platten Lande erfolgten Pfändung der Ortsvorstand zur Beaufsichtigung der Früchte bereit, so bedarf es der Bestellung eines besonderen Hüters nicht.

Auf das Herannahen der Erntezeit hat der Gerichtsvollzieher sorgfältig zu achten, auch den Ortsvorstand oder den etwa bestellten Hüter zur rechtzeitigen Anzeige darüber zu verpflichten, damit der Versteigerungstermin mit gehöriger Frist angesetzt und bekannt gemacht werden kann und nicht durch Ueberreife der Früchte Verlust entsteht.

Das Pfändungsprotokoll hat insbesondere zu enthalten:

1. die Bezeichnung des Grundstücks nach Lage, ungefährem Flächeninhalt und Fruchtart;
2. die Angabe, welcher Erlös aus der Verwerthung der gepfändeten Früchte voraussichtlich zu erwarten ist;
3. die Angabe der Vorrichtungen, durch welche die erfolgte Pfändung erkennbar gemacht ist, ob der Ortsvorstand die Beaufsichtigung übernommen hat, oder ob ein Hüter bestellt ist oder bestellt werden soll, oder aus welchen Gründen die Bestellung eines solchen nicht erforderlich ist;
4. die Angabe, wann der Eintritt der Ernte zu erwarten steht.

Die Versteigerung ist jedenfalls erst mit Eintritt der Erntezeit zulässig.

Ob dieselbe vor oder nach der Aberntung, im Ganzen oder in einzelnen Partien, zu bewirken ist, hat der Gerichtsvollzieher nach den Umständen zu bestimmen.

Will der Gerichtsvollzieher die Früchte erst nach der Aberntung versteigern, so hat er zur Vornahme der Aberntung eine zuverlässige Person zu bestellen, auch für die sichere Unterbringung und Verwahrung der Ernte bis zur Versteigerung zu sorgen. Der Gerichtsvollzieher hat

die Aberntung soweit zu beaufsichtigen, als erforderlich ist, um den Ertrag der Ernte mit Sicherheit festzustellen.

Die für die Aberntung zu gewährende Entschädigung ist thunlichst im Voraus zu vereinbaren.

Bei der Versteigerung der Früchte vor deren Aberntung ist der Termin in der Regel an Ort und Stelle abzuhalten.

§. 84.

Pfändung
bereits ge-
pfändeter
Sachen.

Für die weitere Pfändung von Sachen, welche bereits gepfändet, ist in den §§. 727, 728 d. D. C. P. O. ein abweichendes Verfahren vorgeschrieben.

Die weitere Pfändung wird durch die Erklärung des Gerichtsvollziehers bewirkt, dass er die bereits gepfändeten Sachen für seinen Auftraggeber pfände. Ist die erste Pfändung von einem anderen Gerichtsvollzieher vorgenommen, so ist diesem gegenüber die Erklärung abzugeben. Ueber die Erklärung ist in allen Fällen ein Protokoll aufzunehmen. Abschrift desselben ist, wenn die erste Pfändung durch einen anderen Gerichtsvollzieher erfolgte, diesem zuzustellen. Diese Zustellung schliesst die Abgabe der Erklärung gegenüber dem anderen Gerichtsvollzieher, wenn sie nicht bereits früher erfolgt ist, in sich.

Da nur insoweit, als eine Pfändung bereits stattgefunden hat, die durch eine blosser Erklärung bewirkte weitere Pfändung die Wirkung einer gültigen Pfändung hat, so hat sich der Gerichtsvollzieher darüber, dass eine Pfändung bereits stattgefunden, und welche Gegenstände davon betroffen sind, auf das Sorgfältigste zu überzeugen und, wenn irgend thunlich, zu diesem Zwecke das über die erste Pfändung aufgenommene Protokoll einzusehen.

Auf die weitere Pfändung hat sich der Gerichtsvollzieher nur insoweit einzulassen, als andere zur Deckung des Gläubigers hinreichende pfändungsfähige Gegenstände nicht vorgefunden werden. Eine Ausnahme hiervon findet nur statt, wenn der Gläubiger die weitere Pfändung verlangt oder nach dem pflichtmässigen Ermessen des Gerichtsvollziehers von der Pfändung bereits gepfändeter Sachen die Befriedigung des Gläubigers mit grösserer Sicherheit und Schnelligkeit zu erwarten steht.

Ferner ist zu prüfen, ob sich von der weiteren Pfändung nach Deckung der Forderung des Gläubigers der ersten Pfändung und der Kosten der ersten Vollstreckung ein Ueberschuss über die Kosten der späteren Vollstreckung erwarten lässt (§. 708 Abs. 2 D. C. P. O.).

Zur Sicherung des Vorrechts des Gläubigers der weiteren Pfändung dem Gläubiger einer noch späteren Pfändung gegenüber ist in dem Pfändungsprotokolle genau die Zeit anzugeben, zu welcher die weitere Pfändung erklärt worden ist.

Die Benachrichtigung des Schuldners von der weiteren Pfändung liegt dem die letztere bewirkenden Gerichtsvollzieher ob.

Das über die weitere Pfändung aufzunehmende Protokoll hat insbesondere zu enthalten:

1. die Bezeichnung der weiter gepfändeten Gegenstände thunlichst durch Bezugnahme auf die erste Pfändung;
2. die Erklärung des Gerichtsvollziehers, dass er die Sachen für seinen Auftraggeber pfände;

3. die Angabe der Zeit, zu welcher die Erklärung zu No. 2 abgegeben ist;

4. die unter No. 4 in §. 74 d. Anw. vorgeschriebene Angabe.

Nach Vollziehung der weiteren Pfändung sind, sofern nicht Anordnungen des Vollstreckungsgerichts ein Anderes bedingen, ausser der Abschrift des Pfändungsprotokolls die vollstreckbare Ausfertigung und die sonstigen, den Auftrag des Gläubigers enthaltenden Schriftstücke dem Gerichtsvollzieher der ersten Pfändung zu übergeben, mit dem Ersuchen, das Weitere in Gemässheit der §§. 727, 728 d. D. C. P. O. zu veranlassen.

Der Gerichtsvollzieher der ersten Pfändung hat sich, sobald die weitere Pfändung erfolgt ist, als Beauftragter des Gläubigers der späteren Pfändung zu betrachten, insbesondere auch für ihn den Verkauf der gepfändeten Gegenstände zu bewirken und ihm den auf seine Forderung entfallenden Betrag aus dem Erlöse der Pfandstücke zu übermitteln.

Hat der Gerichtsvollzieher der ersten Pfändung auch die weitere Pfändung vorgenommen, so muss das Pfändungsprotokoll über die letztere zu den Acten über die erste Pfändung genommen werden.

§. 85.

Ein Gerichtsvollzieher, welcher vor Ausführung einer aufgetragenen Pfändung von anderen Gläubigern gegen denselben Schuldner mit der Pfändung beauftragt wird, muss alle Aufträge als gleichzeitige behandeln. Auf die Reihenfolge, in welcher die Aufträge an den Gerichtsvollzieher gelangt sind, kommt, so lange die Pfändung noch nicht erfolgt ist, nichts an. Das Pfandrecht erwirbt der Gläubiger erst, wenn die Pfändung für ihn gehörig bewirkt ist; während aus der Auftragserteilung allein für den Auftraggeber im Verhältniss zum Schuldner und dessen übrigen Gläubigern keine Vorzugsrechte erwachsen. Deshalb hat der Gerichtsvollzieher beim Vorliegen mehrerer Pfändungsaufträge gegen denselben Schuldner, so lange nicht eine Pfändung in Folge des früheren Auftrags erfolgt ist, für die mehreren Gläubiger gleichzeitig zu pfänden.

Gleichzeitige Pfändung derselben Sachen für mehrere Gläubiger.

Ueber eine für mehrere Gläubiger gleichzeitig bewirkte Pfändung derselben Sachen ist nur ein Pfändungsprotokoll aufzunehmen, welches ausser den gewöhnlichen Erfordernissen auch die Bemerkung enthalten muss, dass die Pfändung für die mehreren Gläubiger gleichzeitig bewirkt worden ist.

Das weitere Verfahren, insbesondere wenn der Erlös zur Deckung sämtlicher Forderungen nicht ausreicht, bestimmt sich nach §. 728 D. C. P. O. (§. 87 Abs. 3 d. Anw.).

§. 86.

Zur Vornahme einer Pfändung gegen eine dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Person des Soldatenstandes ist der Gerichtsvollzieher dann nicht befugt, wenn die Pfändung in Kasernen oder anderen militärischen Dienstgebäuden oder auf Kriegsfahrzeugen stattfinden soll. In einem solchen Falle erfolgt die Pfändung auf Ersuchen des Vollstreckungsgerichts durch die Militärbehörde. Dagegen liegt dem Gerichtsvollzieher nach der Pfändung der weitere Betrieb der Zwangsvollstreckung ob (§. 699 D. C. P. O.).

Veranlassung von Pfandstücken, deren Pfändung durch die Militärbehörde erfolgt ist.

Der von dem Gläubiger mit der Uebernahme und Verwerthung der Sachen beauftragte Gerichtsvollzieher hat sich die vollstreckbare Ausfertigung des Schuldtitels auszuhändigen zu lassen und nach der Anweisung des Vollstreckungsgerichts entweder die Mittheilung der Militärbehörde wegen Uebernahme der gepfändeten Sachen abzuwarten oder derselben zu diesem Zwecke seine Beauftragung anzuzeigen.

Bei der Uebernahme der Pfandstücke hat der Gerichtsvollzieher dieselben mit dem über die Pfändung aufgenommenen Protokolle oder Verzeichnisse zu vergleichen und die etwa fehlenden oder beschädigten Stücke zu verzeichnen. Der Termin zur Versteigerung ist sogleich zu bestimmen.

§. 87.

Auszahlung
des Erlöses.

Der Gerichtsvollzieher hat über das in Folge der Zwangsvollstreckung in seine Hände gelangte Geld in den Acten eine Berechnung desselben aufzustellen, welche den dem Gläubiger zukommenden Betrag, die Kosten der Zwangsvollstreckung und den etwa verbleibenden Ueberschuss nachweisen muss.

Sind mehrere Gläubiger bei der Pfändung betheiligt und reicht die Masse zur Deckung aller Forderungen nicht aus, so sind die Kosten des Verkaufs vorweg in Abzug zu bringen und sodann die einzelnen Forderungen mit den für dieselben erwachsenen besonderen Kosten nach der Reihenfolge der Pfändungen zu befriedigen, soweit die Masse reicht.

Verlangt jedoch einer der Gläubiger ohne Zustimmung der übrigen eine andere Vertheilung, oder ist für mehrere Gläubiger gleichzeitig gepfändet, ohne dass sich diese über die Vertheilung der unzureichenden Masse einigen, so ist die gerichtliche Vertheilung erforderlich. Der Gerichtsvollzieher ist zur Einholung von Erklärungen der Gläubiger über die Vertheilung nicht verpflichtet.

Die den Gläubigern zukommenden Beträge sowie den dem Schuldner etwa verbleibenden Ueberschuss hat der Gerichtsvollzieher, soweit nicht die Hinterlegung der ersten (§. 103 d. Anw.) zu erfolgen hat, an die Empfangsberechtigten ungesäumt auszuzahlen. Inwieweit die Auszahlung an den Processbevollmächtigten erfolgen kann, ist im §. 49 Abs. 2 d. Anw. näher angegeben. Die Uebersendung durch die Post ist thunlichst mittelst Postanweisung zu bewirken. Der Gerichtsvollzieher hat sich über die ohne Vermittelung der Post bewirkte Auszahlung des Geldes von dem Empfangsberechtigten eine Quittung ertheilen zu lassen. Die Quittung oder, bei Uebersendung durch die Post, der Postschein, aus welchem der abgesandte Geldbetrag ersichtlich sein muss, sind als Belege bei den Acten zu verwahren.

Nach Abwicklung des Geschäfts muss der Gerichtsvollzieher dem Schuldner eine Abrechnung ertheilen, entweder durch abschriftliche Mittheilung der über den Erlös aufgestellten Berechnung oder durch Aufnahme der Ergebnisse derselben in die dem Schuldner nach §. 677 D. C. P. O. (§. 11 d. Anw.) zu ertheilende Quittung.

§. 88.

Der Gerichtsvollzieher hat nach Beendigung der Zwangsvollstreckung die etwa nicht zur Verwerthung gelangten Pfandstücke und im Laufe

Rückgabe
von Pfand-
stücken.

der Zwangsvollstreckung die in Folge einer Entscheidung des Gerichts oder auf Anordnung des Gläubigers von der Pfändung freigewordenen Pfandstücke dem Schuldner oder sonstigen Empfangsberechtigten ungesäumt zur Verfügung zu stellen und zu deren Rücknahme aufzufordern.

Ueber die erfolgte Rückgabe hat der Gerichtsvollzieher sich eine Bescheinigung von dem Empfangsberechtigten ertheilen zu lassen und bei den Acten zu verwahren.

3. Mitwirkung bei der Zwangsvollstreckung in Forderungen.

§. 89.

Geldforderungen des Schuldners, welche demselben gegen eine dritte Person — Drittschuldner — zustehen, können bei der Zwangsvollstreckung von dem Gläubiger zwar ebenfalls zu seiner Befriedigung in Anspruch genommen werden. Der Gerichtsvollzieher ist jedoch vorbehaltlich der rücksichtlich der Werthpapiere, sowie der Forderungen aus Wechseln und anderen indossabeln Papieren in den §§. 81, 82 d. Anw. angegebenen Ausnahmen, nicht befugt, hierbei selbstständig mit der Vollstreckung vorzugehen. Vielmehr liegt der Beschluss über die Pfändung und Ueberweisung der Forderung, durch welche Zwangsvollstreckungen dieser Art bewirkt werden, den Gerichten ob.

In dem Pfändungsbeschlusse wird dem Drittschuldner verboten, an den Schuldner zu zahlen und letzterem zugleich geboten, sich jeder Verfügung über die Forderung zu enthalten. Durch den Ueberweisungsbeschluss wird dem Gläubiger die gepfändete Forderung zur Einziehung oder an Zahlungsstatt zum Nennwerthe überwiesen, je nachdem das Eine oder das Andere von ihm beantragt ist.

Nur die Zustellung dieser Beschlüsse liegt dem Gerichtsvollzieher ob. Bei der Zustellung sind die allgemeinen Vorschriften massgebend, es sind jedoch noch die nachfolgenden besonderen Bestimmungen zu beachten.

§. 90.

Verlangt der Gläubiger, dass der Drittschuldner zur Abgabe der im §. 739 Abs. 1 d. D. C. P. O. bezeichneten Erklärungen aufgefordert werde, so kann die Zustellung des Pfändungsbeschlusses an den Drittschuldner nur im Wege der gewöhnlichen Zustellung, nicht durch die Post, bewirkt werden.

Zustellung
des Pfändungs-
und Ueberweisungs-
beschlusses.

Der Gerichtsvollzieher hat den Pfändungsbeschluss zunächst dem Drittschuldner zuzustellen, falls der Gläubiger nicht verlangt, dass die Zustellung an den Schuldner vorhergehe. Die Zustellung an den Drittschuldner ist besonders zu beschleunigen und in der Zustellungsurkunde genau der Zeitpunkt derselben anzugeben. Bei der Zustellung hat der Gerichtsvollzieher den Drittschuldner, falls der Gläubiger dies verlangt hat, aufzufordern, dem Letztern selbst oder dem Gerichtsvollzieher die im §. 739 D. C. P. O. bezeichnete Erklärung entweder sofort behufs Aufnahme derselben in die Zustellungsurkunde oder spätestens binnen zwei Wochen abzugeben. Die gestellte Aufforderung und die von dem Drittschuldner etwa sofort abgegebene Erklärung ist in die Zustellungs-

urkunde aufzunehmen. Die Erklärung ist dem Drittschuldner zur Genehmigung vorzulesen oder zur eigenen Durchlesung vorzulegen und von demselben unterschreiben zu lassen. Dass dieser letzteren Vorschrift genügt ist oder aus welchem Grunde dies nicht geschehen, ist in der Zustellungsurkunde zu vermerken.

Wird von dem Drittschuldner die geforderte Erklärung erst nach der Zustellung abgegeben, so hat der Gerichtsvollzieher dieselbe dem Auftraggeber sogleich zu übermitteln.

Nach bewirkter Zustellung an den Drittschuldner hat der Gerichtsvollzieher den Pfändungsbeschluss sofort und ohne Auftrag des Gläubigers dem Schuldner mit einer beglaubigten Abschrift der Urkunde über die Zustellung an den Drittschuldner zuzustellen oder durch die Post zustellen zu lassen. Dies muss rücksichtlich der Zustellungsurkunde auch dann geschehen, wenn inzwischen oder vorher die Zustellung des Pfändungsbeschlusses an den Schuldner erfolgt ist. Die Zustellung an den Schuldner kann, wenn derselbe ausserhalb des Deutschen Reichs wohnt, durch Aufgabe zur Post (§. 36 d. Anw.) erfolgen; sie unterbleibt, wenn dessen Aufenthalt unbekannt ist.

Bei der Zustellung des Ueberweisungsbeschlusses (§. 736 D. C. P. O.) kommen die vorstehenden Bestimmungen gleichmässig zur Anwendung.

§. 91.

Erwirkung
der Heraus-
gabe der
Urkunde
über eine
überwiesene
Forderung.

Der Schuldner ist verpflichtet, die über eine überwiesene Forderung vorhandenen Urkunden an den Gläubiger herauszugeben (§. 737 Abs. 2 D. C. P. O.).

Auf Verlangen des Gläubigers hat der Gerichtsvollzieher diese Urkunden auf Grund der vollstreckbaren Ausfertigung des Schultitels und der Ausfertigung des Ueberweisungsbeschlusses dem Schuldner im Wege der Zwangsvollstreckung wegzunehmen. Spätestens bei Beginn der Zwangsvollstreckung ist die Ueberweisungsurkunde zuzustellen. Sind die wegzunehmenden Urkunden in dem Ueberweisungsbeschlusse nicht so genau bezeichnet, dass danach die Aufsuchung derselben bei dem Schuldner erfolgen kann, so ist dem Gläubiger zu überlassen, eine Vollständigung des Beschlusses bei dem Gerichte zu beantragen.

Die Vollstreckung selbst hat der Gerichtsvollzieher nach den Vorschriften zu bewirken, welche für das Verfahren bei der Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe beweglicher Sachen ertheilt sind (§. 94 d. Anw.).

§. 92.

Zwangsvoll-
streckung
in Forde-
rungen,
welche die
Herausgabe
oder Lei-
stung von
beweg-
lichen kör-
perlichen
Sachen zum
Gegen-
stande
haben.

Bei der Zwangsvollstreckung in Forderungen des Schuldners, vermöge deren der Drittschuldner nicht eine bestimmte Summe Geldes, sondern bewegliche körperliche Sachen herauszugeben oder zu leisten hat, findet eine Ueberweisung der gepfändeten Forderung an den Gläubiger nicht statt. Dagegen wird in dem Pfändungsbeschlusse angeordnet, dass die Sachen von dem Drittschuldner an einen von dem Gläubiger zu beauftragenden Gerichtsvollzieher herauszugeben seien (§§. 745, 746 D. C. P. O.).

Die Zustellung des Pfändungsbeschlusses erfolgt auch in diesem Falle nach den im §. 90 d. Anw. ertheilten Vorschriften. Der mit der

Uebernahme der herauszugebenden Sachen beauftragte Gerichtsvollzieher, welcher sich ausser dem Pfändungsbeschlusse auch die vollstreckbare Ausfertigung des Schuldtitels von dem Gläubiger aushändigen lassen muss, ist zur Vornahme von Zwangsmassregeln gegen den Drittschuldner behufs Wegnahme der Sachen auf Grund des Pfändungsbeschlusses allein nicht befugt. Lehnt daher der Drittschuldner die Herausgabe der Sachen ab, so hat der Gerichtsvollzieher sich mit der Sache nicht weiter zu befassen, sondern dem Gläubiger die Klage gegen denselben zu überlassen.

Erklärt sich dagegen der Drittschuldner zur Herausgabe oder Leistung bereit, so hat der Gerichtsvollzieher die Sachen sofort zu übernehmen und dieselben in dem darüber aufzunehmenden Protokolle zu verzeichnen.

Das weitere Verfahren wegen Unterbringung und Verwerthung der Sachen, wegen Auszahlung oder Hinterlegung des Erlöses erfolgt in gleicher Weise, als wenn die Sachen durch den Gerichtsvollzieher bei dem Schuldner gepfändet worden wären. Insbesondere hat der Gerichtsvollzieher den Schuldner von dem Versteigerungstermine in Kenntniss zu setzen.

Für den Fall, dass eine Forderung des Schuldners auf Herausgabe oder Leistung von beweglichen körperlichen Sachen für mehrere Gläubiger gepfändet sein sollte, regelt der §. 751 D. C. P. O. das weitere Verfahren in ähnlicher Weise, wie dies bezüglich der Zwangsvollstreckung in bewegliche körperliche Sachen in den §§. 727, 728 d. D. C. P. O. (§. 87 Abs. 2, 3 d. Anw.) geschehen ist. Dabei ist zu beachten, dass die Rangordnung der Gläubiger nach der Zeit der Zustellung des Pfändungsbeschlusses (§§. 730 Abs. 3, 709 Abs. 3 D. C. P. O.) an den Drittschuldner bestimmt wird.

§. 93.

Will ein Gläubiger in Gemässheit der §§. 744, 745 D. C. P. O. die Benachrichtigung über das Bestehen der Pfändung einer Forderung, welche seinem Schuldner an einen Dritten zusteht, diesen Beiden zustellen lassen, so finden auf diese Zustellung die allgemeinen Vorschriften über Zustellungen Anwendung. Der mit der Zustellung beauftragte Gerichtsvollzieher hat nicht zu prüfen, ob dem Auftraggeber ein vollstreckbarer Schuldtitel zur Seite steht.

Zustellung der Benachrichtigung über das Bestehen der Pfändung einer Forderung.

Die Benachrichtigung ist zunächst dem Drittschuldner zuzustellen, falls der Gläubiger nicht verlangt hat, dass die Zustellung an den Schuldner vorhergehe. Die Zustellung ist besonders zu beschleunigen, und in der Zustellungsurkunde zur Sicherung des von dem Gläubiger erstrebten Vorrechts genau der Zeitpunkt der Zustellung anzugeben.

4. Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen.

§. 94.

Die auf Herausgabe einer bestimmten beweglichen Sache oder einer gewissen Quantität von bestimmten beweglichen Sachen (z. B. von

a. Bewegliche Sachen.

10 Hektoliter Roggen, lagernd da und da) gerichtete Zwangsvollstreckung wird dadurch vollzogen, dass der Gerichtsvollzieher die in dem vollstreckbaren Schudltitel bezeichneten Gegenstände bei dem Schuldner aufsucht, sie demselben wegnimmt und dem Gläubiger übergibt (§. 769 D. C. P. O.).

Die Uebergabe an den Gläubiger oder die Absendung an denselben muss thunlichst im unmittelbaren Anschluss an die Wegnahme der Gegenstände erfolgen. Die zu diesem Zweck erforderlichen Vereinbarungen mit dem Gläubiger sind bei der Entgegennahme des Auftrags, jedenfalls so zeitig zu treffen, dass unnöthige Weiterungen vermieden werden. Kann ausnahmsweise die Uebergabe oder Absendung nicht sogleich nach der Wegnahme erfolgen, so ist mit der Aufbewahrung der Sachen bis zum Eingange der Anweisung des Gläubigers in der Weise zu verfahren, wie dies in Ansehung gepfändeter Sachen in den §§. 68 bis 70 d. Anw. vorgeschrieben ist.

In gleicher Weise erfolgt die Vollstreckung, wenn es sich nicht um die Herausgabe bestimmter Sachen, sondern um die Leistung einer bestimmten Quantität vertretbarer Sachen oder Werthpapiere handelt (§. 770 D. C. P. O.). Solche Fälle liegen z. B. vor, wenn Jemand zur Lieferung von 1 Hektoliter Roggen, 1 Schock Eier u. dergl., oder zur Lieferung von 3000 Mark der 4 proc. Königlich Preussischen Staatsanleihe vom Jahre 1852 verurtheilt ist. Der Gerichtsvollzieher hat bei dem Schuldner nach Sachen der bezeichneten Gattung zu suchen, die in dem Schudltitel angegebene Quantität wegzunehmen und dem Gläubiger zu übergeben.

Das über den Vollstreckungsact aufzunehmende Protokoll (§. 682 D. C. P. O., §§. 12, 58 d. Anw.) hat insbesondere zu enthalten:

1. die Bezeichnung der dem Schuldner weggenommenen Sachen, unter näherer Angabe bei vertretbaren Sachen der Zahl, des Masses und Gewichts, bei Werthpapieren des Nennwerths, der Litera, Nummer und des Datums;
2. die Angabe, dass die Uebergabe oder Absendung an den Gläubiger oder dessen Bevollmächtigten erfolgt oder aus welchen Gründen dieselbe nicht erfolgt ist, und in welcher Weise letzterenfalls für die Aufbewahrung und Sicherung der Gegenstände gesorgt ist.

Sind die weggenommenen Sachen dem Gläubiger zu übersenden, so hat sich der Gerichtsvollzieher von demselben eine Empfangsbescheinigung ertheilen zu lassen.

§. 95.

Die auf Herausgabe, Ueberlassung oder Räumung einer unbeweglichen Sache oder eines bewohnten Schiffes gerichtete Zwangsvollstreckung wird dadurch vollzogen, dass der Gerichtsvollzieher den Schuldner aus dem Besitz setzt und den Gläubiger in den Besitz einweist (§. 771 D. C. P. O.).

Zu der Vollstreckung hat der Gerichtsvollzieher den Gläubiger oder einen von demselben zu bestellenden Bevollmächtigten zuzuziehen, da der Act der Besitzeinweisung nur in Gegenwart des Einen oder des Andern geschehen kann. Die zu diesem Zwecke erforderlichen Vereinbarungen

mit dem Gläubiger sind bei der Entgegennahme des Auftrags, jedenfalls so zeitig zu treffen, dass unnöthige Weiterungen vermieden werden.

Lautet das Urtheil zugleich auf Zubehör und Inventariestücke, so muss der Gerichtsvollzieher auch diese dem Gläubiger übergeben.

Bewegliche Sachen, welche nicht Gegenstand der Zwangsvollstreckung sind, z. B. bei der Räumung einer Miethswohnung das Mobiliar des Schuldners, hat der Gerichtsvollzieher wegzuschaffen oder wegschaffen zu lassen und mit demselben nach Massgabe des §. 771 Abs. 2, 3 D. C. P. O. zu verfahren.

Die Sachen sind von dem Gerichtsvollzieher, sofern ihm die Unterbringung derselben obliegt, in derselben Weise unterzubringen und zu verwahren, wie dies in Ansehung gepfändeter Sachen in den §§. 68 bis 70 d. Anw. vorgeschrieben ist.

Werden die verwahrten Sachen demnächst an den Schuldner zurückgegeben, so hat der Gerichtsvollzieher sich von demselben eine Empfangsbescheinigung ertheilen zu lassen.

Wird die Abholung der Sachen verzögert, so hat der Gerichtsvollzieher den Verkauf derselben unter Mittheilung des Sachverhalts bei dem Vollstreckungsgerichte zu beantragen und, falls dem Antrage stattgegeben wird, zu bewirken, in Ermangelung einer anderweiten Anordnung des Gerichts, unter Beobachtung der Vorschriften über die Veräusserung gepfändeter Sachen.

Das über den Vollstreckungsact aufzunehmende Protokoll (§. 682 D. C. P. O., §§. 12, 58 d. Anw.) hat insbesondere zu enthalten:

1. die Angabe, dass der Gläubiger oder der von demselben bestellte Bevollmächtigte anwesend gewesen ist;
2. die genaue Bezeichnung der herausgegebenen, überlassenen oder geräumten Sache, einschliesslich der vorgefundenen Zubehör- und Inventariestücke;
3. die Angabe, dass der Schuldner aus dem Besitze gesetzt und der Gläubiger oder dessen Bevollmächtigter in den Besitz eingewiesen ist;
4. falls Sachen des Schuldners in Verwahrung gebracht sind, die Angabe des Grundes der Verwahrung, die Bezeichnung der Sachen und wie über die Unterbringung derselben verfügt ist oder verfügt werden soll.

5. Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Personen.

§. 96.

Bei der auf Herausgabe eines Kindes oder einer anderen unselbstständigen Person gerichteten Zwangsvollstreckung hat der Gerichtsvollzieher unter entsprechender Anwendung der Vorschriften zu verfahren, welche für die Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe beweglicher Sachen (§. 94 d. Anw.) ertheilt sind.

6. Zwangsvollstreckung zur Beseitigung des von dem Schuldner gegen die Vornahme einer von ihm zu duldenden Handlung geleisteten Widerstandes.

§. 97.

Wenn es sich um die Vollstreckung eines Schuldtitels handelt, nach welchem der Schuldner verpflichtet ist, die Vornahme einer Handlung zu dulden, so kann der Gläubiger, wenn der Schuldner gegen die Vornahme dieser Handlung Widerstand leistet, zur Beseitigung desselben einen Gerichtsvollzieher zuziehen (§§. 777, 773, 775 D. C. P. O.).

Der zugezogene Gerichtsvollzieher hat sich aus der ihm von dem Gläubiger zu übergebenden vollstreckbaren Ausfertigung des Schuldtitels genau zu unterrichten, welche Handlung derselbe oder die von ihm mit der Ausführung derselben beauftragte dritte Person vorzunehmen berechtigt und der Schuldner zu dulden verpflichtet ist. Insoweit danach das Verlangen des Gläubigers begründet ist, muss der Gerichtsvollzieher den Schuldner zu seiner Verpflichtung unbedingt und unter Beobachtung der Vorschriften in den §§. 678 Abs. 3, 679 D. C. P. O. nöthigenfalls mit Gewalt anhalten. Die erforderlichen und zulässigen Zwangsmassregeln müssen in sachgemässer Weise zur Anwendung gebracht werden und dürfen über das zur Beseitigung des Widerstandes nothwendige Mass nicht hinausgehen.

Das über den Vollstreckungsact aufzunehmende Protokoll (§. 682 D. C. P. O., §§. 12, 58 d. Anw.) hat insbesondere zu enthalten:

1. die Bezeichnung der Handlung, zu deren Duldung der Schuldner angehalten ist;
2. die Angabe der etwa angewendeten Zwangsmassregeln.

7. Zwangsvollstreckung durch Haft.

§. 98.

Die Zwangsvollstreckung durch Verhaftung des Schuldners im Auftrage des Gläubigers darf der Gerichtsvollzieher nur vornehmen, nachdem ihm ein gerichtlicher Haftbefehl übergeben worden ist, in welchem der Gläubiger, der Schuldner und der Grund der Verhaftung bezeichnet sind (§. 789 D. C. P. O.).

Die Uebergabe des Haftbefehls macht die Beobachtung der allgemeinen Vorschriften über die Zulässigkeit der Zwangsvollstreckung (§§. 49 bis 55 der Anw.) nicht entbehrlich. Der Gerichtsvollzieher hat sich deshalb insbesondere auch die vollstreckbare Ausfertigung des Schuldtitels auszuhändigen zu lassen.

Die Fälle, in denen die Haft unstatthaft ist, sind in den §§. 785, 787 D. C. P. O. angegeben. Der Gerichtsvollzieher darf diesen Vorschriften entgegen einen Haftbefehl nicht vollstrecken.

Wegen Krankheit des Schuldners darf jedoch von dessen Verhaftung nur Abstand genommen werden, wenn der Gerichtsvollzieher durch ein

vorschriftsmässiges Attest des zuständigen Medizinalbeamten oder durch den Augenschein sich überzeugt, dass durch die Vollstreckung der Haft die Gesundheit des Schuldners einer nahen und erheblichen Gefahr ausgesetzt werde.

Der Grund der Aussetzung einer unternommenen Verhaftung ist in dem über den Act aufzunehmenden Protokolle zu vermerken.

Ueber das von dem Gerichtsvollzieher bei der Vollziehung eines Haftbefehls zu beobachtende Verfahren enthalten die §§. 790 bis 792 D. C. P. O. die näheren gesetzlichen Vorschriften.

Da die Aufnahme des Schuldners in das Gefängniss unstatthaft ist, wenn nicht mindestens für einen Monat die Kosten einschliesslich der Verpflegungskosten, welche durch die Haft entstehen, im Voraus gezahlt sind, so muss sich der Gerichtsvollzieher von dem Gläubiger vor der Verhaftung die Kassenquittung über die Einzahlung des erforderlichen Betrags oder diesen Betrag selbst zur Abführung an die Kasse aushändigen lassen.

Bei der Bewirkung der Verhaftung kommen die §§. 104 bis 106 d. Anw. zur entsprechenden Anwendung.

Der Verhaftete ist ungesäumt in das zur Aufnahme der Schuldgefangenen bestimmte Gefängniss des Bezirks, in welchem die Verhaftung erfolgt, abzuführen und dort dem mit der Aufnahme der Gefangenen beauftragten Beamten unter Aushändigung des Haftbefehls zur Vollstreckung der Haft zu übergeben.

Das über die Vollziehung des Haftbefehls aufzunehmende Protokoll (§. 682 D. C. P. O., §§. 12, 58 der Anw.) hat insbesondere zu enthalten:

1. die Bezugnahme auf den Haftbefehl;
2. die Angabe, dass der Haftbefehl dem Schuldner bei der Verhaftung vorgezeigt ist;
3. die Zeit der Verhaftung und der Ablieferung in das Gefängniss.

Der Gerichtsvollzieher hat sich die Ablieferung des Verhafteten in das Gefängniss von dem Gefängnissbeamten unter dem Protokolle bescheinigen zu lassen.

§. 99.

Die weitere Verhaftung eines zum Zwecke der Zwangsvollstreckung bereits verhafteten Schuldners (Nachverhaftung) erfolgt, soweit nicht die bereits erfolgte Verhaftung ein Anderes bedingt, nach Massgabe der rücksichtlich der ersten Verhaftung ertheilten Vorschriften.

Der Gerichtsvollzieher hat den Schuldner im Gefängnisse aufzusuchen, ihn anderweit für verhaftet zu erklären und den mit der Aufnahme der Gefangenen beauftragten Gefängnissbeamten unter Aushändigung des Haftbefehls um Vollstreckung der Haft, sobald die erstverhängte Haft beendet sein werde, zu ersuchen. Dass dies Ersuchen gestellt ist, in gleichen die darauf ertheilte Antwort, ist in dem Protokolle zu vermerken.

Die Vollziehung der Schuldhaft gegen eine in Untersuchungs- oder in Strafhaft befindliche Person kann erst nach Beendigung der Untersuchungs- oder Strafhaft erfolgen. Der Gerichtsvollzieher hat sich in einem solchen Falle nöthigenfalls mit dem Vorstande des Gefängnisses in Verbindung zu setzen.

§. 100.

Vollziehung
eines Haft-
befehls
gegen einen
Zeugen.

Ist gegen einen Zeugen zur Erzwingung des Zeugnisses die Haft angeordnet worden (§. 355 Abs. 2 D. C. P. O.), so erfolgt die Verhaftung im Auftrage der Partei nach Massgabe der Vorschriften des §. 98 d. Anw., jedoch lediglich auf Grund des Haftbefehls.

Hiervon verschieden ist der Fall, dass in einem Civilprocesse ein Zeuge wegen Verweigerung des Zeugnisses oder der Eidesleistung zur Strafe der Haft verurtheilt ist (§. 355 Abs. 1 D. C. P. O.). Die Vollstreckung einer solchen Strafe erfolgt im Auftrage des Gerichts nach den in dieser Beziehung für Strafsachen bestehenden Vorschriften.

8. Vollziehung von Arrestbefehlen.

§. 101.

Das von dem Gerichtsvollzieher bei der Vollziehung eines Arrestbefehls (§. 47 No. 5, §. 52 d. Anw.) zu beobachtende Verfahren bestimmt sich, vorbehaltlich der in §§. 809, 810 D. C. P. O. bezeichneten Abweichungen, nach den Vorschriften für die auf die unmittelbare Befriedigung des Gläubigers gerichtete Zwangsvollstreckung.

Ob die im §. 809 Abs. 2 d. D. C. P. O. bezeichnete zweiwöchige Frist zur Vollziehung des Befehls abgelaufen ist oder nicht, hat der Gerichtsvollzieher selbstständig zu prüfen. Die Zeit der Verkündung des Befehls ist aus der Ausfertigung desselben, die Zeit der Zustellung des nicht verkündeten Befehls an den Gläubiger ist aus der mit dem Befehle verbundenen Abschrift der Zustellungsurkunde zu ersehen. Bei Berechnung der zweiwöchigen Frist ist der Tag der Verkündung oder der Zustellung nicht mitzurechnen (§. 199 D. C. P. O.).

Die Zustellung des Arrestbefehls ist ebenso wie die Zustellung anderer Schultitel spätestens bei dem Beginn der Pfändung oder der Verhaftung zu bewirken.

Sind in dem Arrestbefehle die zu pfändenden Gegenstände nicht bezeichnet, z. B. wenn der Befehl nur allgemein auf Vollziehung des Arrestes in das Vermögen des Schuldners lautet, so sind so viel Sachen zu pfänden, als zur Deckung des Gläubigers wegen seiner Forderung nebst Zinsen und Kosten erforderlich sind.

Die Sorge für die Unterbringung und Verwahrung der Pfandstücke bis zum Austrage der Sache liegt dem Gerichtsvollzieher ob (§§. 66 bis 71 d. Anw.). Eine Versteigerung der Gegenstände auf Grund des Arrestbefehls findet nicht statt, es sei denn, dass dieselbe von dem Vollstreckungsgericht angeordnet wird. Lässt sich übersehen, dass alle oder einzelne Pfandstücke einer beträchtlichen Werthverringerung ausgesetzt sind, oder dass deren Aufbewahrung mit unverhältnissmässigen Kosten verbunden sein wird, so hat der Gerichtsvollzieher den Gläubiger nöthigenfalls darauf aufmerksam zu machen, damit derselbe die Versteigerung bei dem Vollstreckungsgericht beantragen kann.

9. Vollziehung von einstweiligen Verfügungen.

§. 102.

Zur Sicherung einer späteren Zwangsvollstreckung, welche nicht auf Beitreibung einer Geldsumme, sondern auf Erwirkung der Herausgabe von Sachen oder auf Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen gerichtet ist, dienen die einstweiligen gerichtlichen Verfügungen. In denselben wird angegeben, was zur Sicherung des Gläubigers geschehen soll.

Die Vollziehung erfolgt im Auftrage des Gläubigers durch einen Gerichtsvollzieher, insoweit es sich dabei um die Vornahme der in den §§. 94 bis 97 d. Anw. bezeichneten Vollstreckungshandlungen oder um die Verhaftung des Schuldners handelt. Nach den in dieser Beziehung ertheilten Vorschriften bestimmt sich auch das von dem Gerichtsvollzieher bei der Vollziehung einer einstweiligen Verfügung zu beobachtende Verfahren. Es finden jedoch die in den §§. 809, 810 d. D. C. P. O. rücksichtlich der Arrestbefehle gegebenen besonderen Bestimmungen auch auf die einstweiligen Verfügungen, ingleichen die besonderen Vorschriften des §. 101 d. Anw. auf das bei der Vollziehung derselben zu beobachtende Verfahren entsprechende Anwendung.

10. Hinterlegung.

§. 103.

Der Gerichtsvollzieher darf gepfändetes oder aus der Verwerthung gepfändeter Sachen gelöstes Geld an den Gläubiger in den Fällen nicht auszahlen, in welchen die Hinterlegung erfolgen muss.

Die Hinterlegung ist insbesondere vorgeschrieben:

1. wenn nach der vollstreckbaren Ausfertigung dem Schuldner nachgelassen ist, durch Sicherheitsleistung oder durch Hinterlegung die Zwangsvollstreckung abzuwenden;
2. wenn die Vertheilung des Erlöses in Gemässheit der §. 728 Abs. 2, §. 751 Abs. 2 d. D. C. P. O. und des §. 87 Abs. 2, 3 d. Anw. durch das Gericht erfolgen muss;
3. wenn die Hinterlegung durch das Gericht angeordnet ist;
4. wenn bei der Vollziehung eines Arrestes Geld gepfändet oder bei der Vertheilung des Erlöses auf den Arrestsucher gefallen ist (§. 810 Abs. 2 d. D. C. P. O.).

Die Hinterlegung ist, sobald deren Nothwendigkeit feststeht, von dem Gerichtsvollzieher ungesäumt bei dem zuständigen Amtsgerichte zu bewirken.

In den Fällen unter No. 2 ist dem zuständigen Amtsgericht der Sachverhalt behufs Vertheilung des Erlöses mitzutheilen. Der Anzeige sind die vollstreckbaren Ausfertigungen der Schuldtitel, die Pfändungsprotokolle, sowie die sonstigen auf das Verfahren sich beziehenden Schrift-

stücke, insbesondere die etwaigen Pfändungs- und Ueberweisungsbeschlüsse, beizufügen.

V. Vollstreckungen in Strafsachen und anderen Angelegenheiten ausserhalb der Zwangsvollstreckung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

1. Verhaftungen.

§. 104.

Der Gerichtsvollzieher darf die Verhaftung, Vorführung oder Festnahme (Festhaltung) einer Person nur auf Grund eines schriftlichen Befehls des Richters oder der Staatsanwaltschaft bewirken ¹⁾. Wird der Befehl zur Festnahme einer Person in deren Anwesenheit ertheilt, so hat der Gerichtsvollzieher den Befehl zu vollziehen, ohne dessen schriftliche Vorlegung abzuwarten.

Ob der schriftliche Befehl bei dessen Vollziehung der davon betroffenen Person von dem Gerichtsvollzieher zuzustellen ist, richtet sich nach der Anordnung der auftraggebenden Behörde.

§. 105.

Bei der Vollziehung des Befehls sind die von der auftraggebenden Behörde etwa ertheilten besonderen Anordnungen zu befolgen. Der Ergreifene ist unter Vorzeigung des schriftlichen Befehls nöthigenfalls mit Gewalt abzuführen und in das Gefängniss abzuliefern oder vor den in dem Befehle bezeichneten Richter zu stellen.

Wird Widerstand geleistet, so kann der Gerichtsvollzieher die Unterstützung der polizeilichen Exekutivbeamten und der Gensdarmen, oder, wenn er solche Beamte nicht antrifft, der nächsten Polizeibehörde in Anspruch nehmen. Wird militärische Hülfe erforderlich, so hat er sich an die auftraggebende Behörde zu wenden.

Der Gerichtsvollzieher darf sich durch Widerstand von der Vollziehung des Befehls nicht abhalten lassen. Andererseits muss er aber auch jede unnöthige Härte und jedes unnöthige Aufsehen vermeiden, überhaupt mit thunlichster Schonung des Betroffenen verfahren. Ist ihm die festzunehmende Person nicht genau bekannt, so hat er zu deren Anerkennung einen glaubwürdigen Zeugen zuzuziehen.

Ueber die Ausführung des Auftrags ist ein kurzer Bericht, unter Rückreichung des schriftlichen Befehls, an die auftraggebende Behörde zu erstatten. Der Bericht ist in der Regel auf den Befehl selbst zu setzen. Hat bei der Ausführung eine Zustellung stattgefunden (§. 41 d. Anw.), so ist gleichzeitig die Zustellungsurkunde zu überreichen.

§. 106.

Ist die sofortige Ausführung des Befehls nicht möglich, weil die in demselben bezeichnete Person nicht aufzufinden ist, so muss der Gerichts-

¹⁾ D. St. P. O. §§. 114, 489 G. V. O. §. 3 No. 2.

vollzieher hierüber unter Angabe der zur Auffindung geschehenen Schritte an die auftraggebende Behörde baldigst berichten, den Befehl aber bis auf weitere Anordnung derselben zurückhalten und die Erkundigungen nach dem Aufenthalte der Person fortsetzen, letztere auch, sobald sie angetroffen wird, festnehmen.

2. Durchsuchungen.

§. 107.

Eine Durchsuchung darf von dem Gerichtsvollzieher nur auf Grund einer schriftlichen Anordnung des Richters oder der Staatsanwaltschaft bewirkt werden. Bezweckt die Durchsuchung die Verhaftung oder Vorführung einer Person oder die Vollziehung einer Beschlagnahme (§§. 94, 103 D. St. P. O.), so hat sich der Gerichtsvollzieher auch den Haft- oder Vorführungsbefehl oder die Beschlagnahmeverfügung aushändigen zu lassen.

Die Ausführung des Auftrages erfolgt nach Massgabe der Vorschriften in den §§. 105 bis 110 der D. St. P. O. und nach den etwaigen besonderen Anordnungen der auftraggebenden Behörde.

Ueber die Durchsuchung ist ein Protokoll aufzunehmen. Dasselbe hat alle wesentlichen Vorgänge kurz zu erwähnen und namentlich zu enthalten:

1. die Bezugnahme auf die schriftliche Anordnung des Gerichts oder der Staatsanwaltschaft;
2. die Namen der bei der Durchsuchung betheiligten oder zugezogenen Personen;
3. die Angabe, in welcher Weise die Durchsuchung vorgenommen ist und welche Ergebnisse dieselbe gehabt hat. Insbesondere sind die vorgefundenen Spuren der strafbaren Handlung und die in Verwahrung oder in Beschlag genommenen Gegenstände genau zu verzeichnen. In Ansehung der letzteren ist zugleich anzugeben, in welcher Weise dieselben zur Verhütung von Verwechselungen kenntlich gemacht sind.

Das Protokoll sowie die in Verwahrung oder in Beschlag genommenen Gegenstände sind der auftraggebenden Behörde zu übergeben.

Falls bei der Durchsuchung Widerstand geleistet wird, hat der Gerichtsvollzieher nach §. 105 Abs. 2 d. Anw. zu verfahren.

3. Vollstreckung von Geldstrafen.

§. 108.

Die zwangsweise Beitreibung von Geldstrafen, welche gegen einen Angeklagten durch Urtheil oder Strafbefehl festgesetzt sind, erfolgt in Gemässheit des §. 495 d. D. St. P. O. nach den Vorschriften der D. C. P. O. für die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen. Dasselbe gilt, wenn es sich um die Beitreibung von Geldstrafen (Ordnungsstrafen)

handelt, welche in einem gerichtlichen Straf- oder Civilprocessverfahren gegen andere an dem Verfahren betheiligte Personen (Zeugen, Sachverständige, Schöffen, Geschworene, Parteien, Rechtsanwälte, Vertheidiger) oder auch gegen unbetheiligte Personen, falls dieselben sich in der Sitzung einer Ungebühr schuldig machen, erkannt oder festgesetzt sind ¹⁾.

Der Auftrag zur Vollstreckung wird dem Gerichtsvollzieher von dem Gericht oder der Staatsanwaltschaft ertheilt. Der schriftliche Auftrag derselben vertritt die vollstreckbare Ausfertigung des Schuldtitels.

Das von dem Gerichtsvollzieher bei der Vollstreckung zu beobachtende Verfahren bestimmt sich nach den Vorschriften für die Zwangsvollstreckung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten. Der Zustellung der Entscheidung vor dem Beginne der Vollstreckung bedarf es nicht.

Wegen Ablieferung der beigetriebenen Gelder an die Staatskasse oder an die sonstigen Empfangsberechtigten, sowie wegen der Berichtserstattung an den Auftraggeber über die Erledigung des Auftrages enthält die Anweisung, betreffend die bei den Justizbehörden erwachsenden Einnahmen und Ausgaben, die erforderlichen Vorschriften.

Bei Beitreibung einer Geldstrafe, welche gegen einen Rechtsanwalt im ehrengerichtlichen Verfahren erkannt ist, sind die besonderen Bestimmungen im §. 97 der Deutschen Rechtsanwaltsordnung zu beachten.

4. Vollstreckung von Bussen.

§. 109.

Ist im strafgerichtlichen Verfahren neben der Strafe auf eine an den Beleidigten oder Beschädigten von dem Angeklagten als Busse zu erlegende Entschädigung erkannt worden ²⁾, so erfolgt die zwangsweise Beitreibung einer solchen Busse in Gemässheit des §. 495 D. St. P. O. gleichfalls nach den Vorschriften der D. C. P. O. über die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen.

Die vollstreckbare Ausfertigung wird durch eine von dem Gerichtschreiber ertheilte, mit der Bescheinigung der Vollstreckbarkeit versehene beglaubigte Abschrift der Urtheilsformel ersetzt.

Der Zustellung der Entscheidung vor dem Beginne der Zwangsvollstreckung bedarf es nicht. Soll jedoch die Vollstreckung für oder gegen eine andere als die in der Urtheilsformel bezeichnete Person erfolgen, so finden rücksichtlich der Nothwendigkeit der Vollstreckungsklausel und deren Zustellung vor dem Beginne der Zwangsvollstreckung die §. 50, §. 55 No. 4 b. d. Anw. Anwendung.

Der Auftrag zur Vollstreckung wird dem Gerichtsvollzieher von der Person, welcher die Busse zuerkannt ist, unmittelbar oder unter Vermittelung des Gerichtsschreibers ertheilt.

¹⁾ Z. B. §. 179, 180 D. G. V. G.

²⁾ Vgl. §§. 188, 231 R. St. G. B., §. 18 Abs. 4 bis 6 Ges. vom 11. Mai 1870, betr. das Urheberrecht an Schriftwerken (B. G. Bl. S. 339), §. 15 Ges. vom 30. Nov. 1874 über den Markenschutz (R. G. Bl. S. 143), §. 16 Ges. vom 9. Januar 1876, §. 9 Ges. vom 10. Januar 1876, §. 14 Ges. vom 11. Januar 1876 (R. G. Bl. 1876 S. 6, 10, 13), §. 36 Patentges. vom 25. Mai 1877 (R. G. Bl. S. 501).

5. Wegnahme eingezogener Gegenstände.

§. 110.

Ist in einer Strafsache auf Einziehung eines Gegenstandes erkannt ¹⁾, so erfolgt die zur Herausgabe des Gegenstandes erforderliche Zwangsvollstreckung in Gemässheit des §. 495 D. St. P. O. nach den Vorschriften der D. C. P. O. über die Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe bestimmter beweglicher Sachen. (§. 94 d. Anw.)

Rücksichtlich der Beauftragung, sowie der Entbehrlichkeit der Zustellung der Entscheidung vor dem Beginn der Vollstreckung gilt dasselbe, was in dieser Beziehung über die Beitreibung von Geldstrafen im §. 108 d. Anw. bemerkt ist.

Hinsichtlich der weitem Behandlung der eingezogenen Sachen hat sich der Gerichtsvollzieher nach den jedesmaligen Anweisungen des Auftraggebers zu richten.

VI. Aufnahme ²⁾ von Wechselprotesten.

§. 111.

Wechselproteste werden von den Gerichtsvollziehern im Auftrage des Wechselinhabers oder dessen Bevollmächtigten aufgenommen.

Im Allgemeinen.

Die Aufnahme erfolgt nach den Vorschriften der Deutschen Wechselordnung.

Bei der Wichtigkeit des Protestes für die Geltendmachung der Wechselforderung haben die Gerichtsvollzieher bei der Aufnahme von Protesten mit besonderer Vorsicht zu verfahren. Insbesondere ist, und zwar sogleich bei der Empfangnahme des Auftrags, zu prüfen, um welche Art des Protestes — Mangels Zahlung, Annahme oder Sicherheitsleistung ³⁾ — es sich handelt, bis zu welchem Tage, an welchem Orte und bei welcher Person — Protestat — die Erhebung erfolgen muss. Jeder in dieser Beziehung sich erhebende Zweifel ist sofort durch Rückfrage bei dem Auftraggeber oder in sonst geeigneter Weise zu beseitigen.

Die Gerichtsvollzieher sind ferner verpflichtet (§. 21 Ges. vom 10. Juni 1869, betreffend die Wechselstempelsteuer, B. G. Bl. S. 193 flgd.), die Besteuerung der bei ihnen vorkommenden Wechsel von Amtswegen zu prüfen und die zu ihrer Kenntniss kommenden Zuwiderhandlungen der zuständigen Behörde anzuzeigen.

§. 112.

Hat der Protestat an dem Orte, wo der Protest erhoben werden muss — Protestort —, ein Geschäftslokal oder eine Wohnung, so hat der

Verfahren bei der Erhebung und der Aufnahme des Protestes.

¹⁾ §§. 40 bis 42 R. St. G. B., §§. 477 bis 479 D. St. P. O., §§. 7, 19, 42, 43 des Forststrafges. No. 18 v. 1. April 1879, §. 50 des Fischereiges. No. 38 v. 1. Juli 1879.

²⁾ §. 66 No. 1 des Ges. No. 11 v. 1. April 1879.

³⁾ a) Mangels Zahlung, Art. 41, 43, 62, 69, 72, 98 No. 6 bis 8 Wechselordn.

b) Mangels Annahme, Art. 18, 19, 20, 58, 69, 72, 98 Nr. 3 Wechselordn.

c) Mangels Sicherheitsleistung, Art. 29, 98 No. 4 Wechselordn.

Gerichtsvollzieher die Protesterhebung in dem Geschäftslokale und, wenn ein solches nicht vorhanden ist, in der Wohnung des Protestaten zu bewirken, falls der Letztere nicht mit der Erhebung an einem andern Orte sich einverstanden erklärt. Dass das Geschäftslokal (Wohnung) auch wirklich dasjenige des Protestaten ist, davon hat sich der Gerichtsvollzieher genaue Ueberzeugung zu verschaffen. Auch wenn der Gerichtsvollzieher weiss, dass der Protestat an dem Protestorte weder ein Geschäftslokal noch eine Wohnung hat, so hat er gleichwohl die im Art. 91 Deutsch. Wechselordn. vorgeschriebene Nachfrage bei der Polizeibehörde danach zu halten.

Trifft der Gerichtsvollzieher den Protestaten bei der Protesterhebung an, so hat er ihm den Wechsel mit der Aufforderung zur Zahlung, Annahme, Sicherheitsleistung etc. vorzuzeigen.

Wird nur theilweise gezahlt, angenommen oder Sicherheit geleistet, so ist wegen des Restes Protest zu erheben.

Ueber den Hergang bei der Protesterhebung hat der Gerichtsvollzieher alsbald und jedenfalls vor Ablauf der gesetzlichen Protestfrist ein Protokoll — den Protest — aufzunehmen, dessen gesetzliche Erfordernisse aus Art. 88 in Verbindung mit Art. 58, 62, 87, 89, 91 Deutsch. Wechselordn. zu entnehmen sind. Besondere Aufmerksamkeit erfordert hierbei die Beobachtung der Vorschrift, nach welcher eine wörtliche Abschrift des Wechsels oder der Copie und aller darauf befindlichen Indossamente und Bemerkungen ausnahmslos in den Protest aufgenommen werden müssen.

Der Gerichtsvollzieher hat zu dem Proteste den tarifmässigen Stempel vorschriftsmässig und rechtzeitig bei Vermeidung der gesetzlichen Ordnungsstrafe zu verwenden.

Der aufgenommene Protest ist ohne Verzug, nachdem er in das Wechselprotestregister eingetragen ist, mit dem Wechsel dem Auftraggeber zu übermitteln. Bei Uebersendung durch die Post ist in Ermangelung einer anderweiten Anweisung des Auftraggebers die Sendung mit der Bezeichnung „Einschreiben“ zu versehen.

§. 113.

Protest-
register.

Jeder Gerichtsvollzieher hat ein Wechselprotestregister von starkem Papier in Bogenformat und dauerhaftem Einband zu halten, welches von Blatt zu Blatt mit fortlaufenden Zahlen zu versehen ist. Dasselbe ist vor dem Gebrauch dem Amtsrichter vorzulegen, welcher auf der letzten Seite unter Gerichtssiegel und Unterschrift die Zahl der Blätter zu bezeugen hat.

In das Protestregister hat der Gerichtsvollzieher die aufgenommenen Proteste nach ihrem ganzen Inhalte in wortgetreuer Abschrift Tag für Tag und nach Ordnung des Datums einzutragen. (Art. 90 Deutsch. Wechselordn.)

VII. Freiwillige Mobiliarversteigerungen ¹⁾.

§. 114.

Freiwillige Versteigerungen von Mobilien, von Früchten auf dem Halme, von Holz auf dem Stamme und von Gebäuden auf Abbruch werden von den Gerichtsvollziehern im unmittelbaren Auftrage des Betheiligten vorgenommen.

Im Allge-
meinen.

Der Gerichtsvollzieher darf die Befugniß zur Vornahme von freiwilligen Versteigerungen nicht durch Aufsuchen oder Veranlassung von solchen Geschäften missbrauchen, sich dadurch auch nicht zur Vernachlässigung seiner übrigen dienstlichen Obliegenheiten verleiten lassen. Bei der Einziehung rückständiger Versteigerungsgelder darf der Gerichtsvollzieher sich nicht den Anschein geben, als ob er zur Zwangsvollstreckung befugt sei.

§. 115.

Die Verkaufsbedingungen, die Zeit und den Ort der Versteigerung sowie die Art und Weise der Bekanntmachung des Termins hat der Auftraggeber zu bestimmen. Derselbe kann die Bestimmung dem Gerichtsvollzieher überlassen.

Verein-
barungen
mit dem
Auftrag-
geber.

Ob eine Abschätzung der Sachen vor dem Verkaufe erfolgen und die Kaufgelder durch den Gerichtsvollzieher oder durch eine andere Person erhoben werden sollen, hängt von der Anordnung des Auftraggebers ab. Eine Hebegebühr darf nicht ausbedungen werden.

Dem Gerichtsvollzieher ist nicht gestattet, bei freiwilligen Mobiliarversteigerungen dem Auftraggeber gegenüber die Gewähr für den richtigen Eingang der etwa zu kreditirenden Kaufgelder zu übernehmen.

Dem Gerichtsvollzieher ist untersagt, in den betreffenden Sachen, wenn es darüber zum Processe kommt, Zustellungen, Zwangsvollstreckungen oder andere Dienstverrichtungen vorzunehmen und zwar ohne Rücksicht darauf, ob er selbst oder sein Auftraggeber dabei auftritt ²⁾.

§. 116.

Vor dem Verkaufe hat der Gerichtsvollzieher die Sachen gehörig, geeignetenfalls unter Angabe des Gewichts, des Masses oder der Zahl unter fortlaufender Nummer zu verzeichnen und das Verzeichniß dem Auftraggeber zur Anerkennung und Unterschrift vorzulegen. Wird von Letzterem ein solches Verzeichniß übergeben, so hat der Gerichtsvollzieher dasselbe rücksichtlich der Richtigkeit zu prüfen und zu bescheinigen.

Verzeich-
niß.

Die Aufstellung eines Verzeichnisses kann unterbleiben, wenn die Gegenstände im Besitz des Auftraggebers verbleiben und derselbe auf die Anfertigung des Verzeichnisses verzichtet.

Werden die Sachen dem Gerichtsvollzieher behufs Verwahrung bis zum Versteigerungstermine übergeben, so ist darüber ein Protokoll aufzunehmen, welches insbesondere zu enthalten hat:

¹⁾ §. 66, Nr. 2 des Ges. Nr. 11 v. 1. April 1879.

²⁾ §. 156 I. Nr. 1 D. G. V. G.

1. ein Verzeichniss der Sachen oder die Angabe, dass ein besonderes Verzeichniss aufgenommen ist;
2. die Angabe, dass die Uebergabe der verzeichneten Sachen an den Gerichtsvollzieher erfolgt ist.

Im Falle eine Abschätzung erfolgt, ist in dem Verzeichniss bei den einzelnen Sachen deren Schätzungswerth zu vermerken.

§. 117.

Versteige-
rung und
Ablieferung
des Erlöses.

Auf das von dem Gerichtsvollzieher im Uebrigen zu beobachtende Verfahren finden, sofern nicht die Anordnungen des Auftraggebers (§. 115 d. Anw.) ein Anderes bedingen, die Vorschriften in den §§. 716 bis 718, 725 D. C. P. O. und in den §§. 77 bis 79, 87 d. Anw. über die öffentliche Versteigerung gepfändeter Gegenstände und über die Ablieferung des Erlöses daraus entsprechende Anwendung. Auch bei der freiwilligen Versteigerung darf der Gerichtsvollzieher die zum Verkauf gestellten Gegenstände weder selbst, noch durch Andere oder für Andere erwerben oder von seinen Angehörigen erwerben lassen. Ebenso wenig darf er den zu seiner Unterstützung etwa zugezogenen Personen das Mitbieten gestatten.

Der Gerichtsvollzieher hat den Versteigerungstermin nicht nur dem Auftraggeber, sondern auch den von demselben etwa mit der Erhebung der Kaufgelder oder mit der Wahrnehmung des Termins betrauten Personen rechtzeitig mitzuthemen, dem Ersteren auch demnächst eine Abschrift des Versteigerungsprotokolls zu ertheilen.

Der Gerichtsvollzieher hat zu dem Protokolle den tarifmässigen Stempel vorschriftsmässig und rechtzeitig bei Vermeidung der gesetzlichen Ordnungsstrafen zu verwenden. Der Stempel ist aus dem Erlöse zu entnehmen.

VIII. Siegelungen, Entsiegelungen, Inventuren¹⁾.

§. 118.

Siegelungen, Entsiegelungen und Inventuren können von den Gerichtsvollziehern vorgenommen werden, wenn sie damit von dem Gerichte oder bei Concursen von dem Concursverwalter beauftragt werden.

Der Gerichtsvollzieher hat das Protokoll (Inventar) und, falls Gegenstände, deren Hinterlegung vorgeschrieben ist, vorgefunden werden, auch diese dem Auftraggeber zu übermitteln.

IX. Sitzungsdienst.

§. 119.

Der Gerichtsvollzieher, welchem die Wahrnehmung des Dienstes für einzelne Sitzungen eines Gerichts übertragen ist²⁾, hat sich zeitig

¹⁾ §. 66 No. 3 des Ges. No. 11 v. 1. April 1879.

²⁾ Vgl. §. 3 No. 3 der G. V. O.

vor der Eröffnung derselben im Sitzungslokale einzufinden und sich während der ganzen Dauer der Sitzung zur Verfügung des Vorsitzenden bereit zu halten.

Zur Wahrnehmung des Sitzungsdienstes gehört:

1. die Besorgung des Aufrufs;
2. die Herbeiholung der erforderlichen Acten, Ueberführungsstücke und dergleichen Gegenstände;
3. die Anweisung und Bedeutung der geladenen Personen, wenn sie zum Termine sich melden;
4. die Vollstreckung der sitzungspolizeilichen Anordnungen des Vorsitzenden;
5. die Ausführung aller sonstigen den Sitzungsdienst bei dem Gericht betreffenden allgemeinen oder im einzelnen Falle getroffenen Anordnungen.

Dritter Abschnitt.

Gebühren.

§. 120.

Die Gerichtsvollzieher haben unter der Urschrift der von ihnen aufgenommenen Urkunden eine Berechnung der tarifmässigen Gebühren und baaren Auslagen (Reisekosten, Schreibgebühren, sonstige Auslagen), welche für den beurkundeten Act in Ansatz kommen, aufzustellen. Es macht hierbei keinen Unterschied, ob die Gebühren und Auslagen von ihnen selbst bezogen oder zur Staatskasse eingezogen werden. Wird mehr als die für die geringste Zeitdauer bestimmte Gebühr berechnet, so ist die Zeitdauer anzugeben (vergl. §. 23 d. Gebührenordn. f. Gerichtsvollz. und §. 12 No. 4, 6 d. Anw.). Berechnung.

Die Gebühren und baaren Auslagen sind nach den einzelnen Posten (Gebühr für den Act, Schreibgebühr, Reisekosten, sonstige baare Auslagen an Porto, Transport- und Verwahrungskosten, Stempel etc.) anzugeben. Bei Reisekosten ist auch die Gesamtzahl der Kilometer des Hinwegs und des Rückwegs anzugeben.

Neben der Berechnung ist die Nummer zu vermerken, unter welcher die Sache im allgemeinen Dienstregister eingetragen steht. Auf die Abschrift der Urkunde ist auch Abschrift der Gebührenberechnung zu übertragen.

Wenn eine gesonderte Gebührenrechnung zu ertheilen ist, weil der Gebührenzahler weder die Urschrift des Actes noch eine Abschrift desselben erhält, so muss die Rechnung ausserdem eine kurze Bezeichnung der Sache und des vorgenommenen Geschäfts und, sofern die Höhe der Gebühr davon abhängt, auch das Objekt, sowie Ort und Zeit der Ausstellung enthalten und von dem Gerichtsvollzieher unterschrieben sein.

Die Berechnung der Reisekosten, Schreibgebühren und sonstigen baaren Auslagen erfolgt in allen Fällen nach den Vorschriften der Deut-

schen Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher ohne Rücksicht darauf, ob die Gebühr für den Act selbst durch die Gebührenordnung oder anderweit ¹⁾ bestimmt ist.

§. 121.

Gebührenvorschuss. Die Gerichtsvollzieher sind verpflichtet, Geldbeträge, welche sie als Vorschuss für Gebühren erhalten haben (§. 18 der Gebührenord. f. Gerichtsvollz.), sowie die Rückzahlung eines etwaigen Ueberschusses in dem allgemeinen Dienstregister bei der betreffenden Sache zu bemerken.

§. 122.

Erhebung der Gebühren bei Parteaufträgen. Der Gerichtsvollzieher hat die ihm zukommenden Gebühren und baaren Auslagen für Amtshandlungen, welche ihm von den Parteien mit oder ohne Vermittelung des Gerichtsschreibers aufgetragen sind, sogleich nach der Erledigung des Auftrages unter Mittheilung der Gebührenrechnung (§. 120 d. Anw.) von dem Auftraggeber zu erheben, soweit dieselben nicht bei der Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner von diesem zu erheben oder gleichzeitig mit beizutreiben sind (§. 697 D. C. P. O., §. 9 Abs. 3 G. V. O., §. 57 d. Anw.).

Die Erhebung durch Postvorschuss ist nur bei der Einforderung vom Auftraggeber selbst statthaft.

§. 123.

Armen-sachen.

Wird einer armen Partei durch das Processgericht das Armenrecht bewilligt, so erlangt dieselbe dadurch das Recht, dass ihr zur vorläufig unentgeltlichen Bewirkung von Zustellungen und von Vollstreckungshandlungen ein Gerichtsvollzieher beigeordnet werde (§. 107 No. 3 D. C. P. O.). Die Bewilligung des Armenrechts muss zwar für jede Instanz besonders erfolgen; zur ersten Instanz gehört jedoch in dieser Beziehung auch die Zwangsvollstreckung (§. 110 Abs. 1 D. C. P. O.). Der Beordnung eines bestimmten Gerichtsvollziehers für die zum Armenrechte verstattete Partei bedarf es in der Regel nicht. Die arme Partei ist vielmehr, sofern nicht bei der Bewilligung des Armenrechts andere Bestimmungen getroffen sind, befugt, sich unmittelbar an den Gerichtsvollzieher behufs Vornahme von Zustellungen und Zwangsvollstreckungen zu wenden. Der Auftrag kann auch durch den Gerichtsschreiber vermittelt oder von dem Processbevollmächtigten der armen Partei erteilt werden.

Verpflichtet zur Uebernahme des Auftrags ist der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts, in dessen Bezirke die Amtshandlung vorzunehmen ist, unter mehreren Gerichtsvollziehern dieses Amtsgerichts derjenige, welcher nach der Geschäftsvertheilung (§. 4 Abs. 1 u. 2 G. V. O.) für den Ort, wo die Amtshandlung vorzunehmen ist, die durch den Gerichtsschreiber vermittelten Parteaufträge zu besorgen hat. Dieser Gerichtsvollzieher gilt kraft dieser Anweisung als beigeordnet.

Der Gerichtsvollzieher kann zum Nachweise des Armenrechts die Vorweisung der darüber ergangenen gerichtlichen Entscheidung verlangen. Wird jedoch der Auftrag von einem Rechtsanwalt erteilt oder durch den Gerichtsschreiber vermittelt, so hat sich der Gerichtsvollzieher

¹⁾ Vgl. §§. 26 bis 33 des Ges. No. 40 v. 11. Juli 1879 (oben S. 363 ff.).

mit deren Versicherung, dass der Partei das Armenrecht bewilligt sei, zu begnügen.

Auch ohne vorgängige Bewilligung des Armenrechts haben die Gerichtsvollzieher Zustellungsaufträge, welche ihnen von Rechtsanwälten ertheilt werden, auf Verlangen vorläufig unentgeltlich zu erledigen, falls der Rechtsanwalt sich bereit erklärt, die Gebühren und baaren Auslagen aus eigenen Mitteln zu zahlen, wenn das Armenrecht nicht bewilligt werden sollte.

Inwieweit die Gebühren und baaren Auslagen für die Geschäfte einer armen Partei von dem in die Processkosten verurtheilten Gegner begetrieben werden können, ist im §. 115 D. C. P. O. bestimmt. In Betreff der Kosten der Zwangsvollstreckung findet der §. 57 d. Anw. Anwendung.

Wegen des Ersatzes der baaren Auslagen aus der Staatskasse in Gemässheit des §. 21 d. Geb. Ordn. für Gerichtsvollz. hat sich der Gerichtsvollzieher an das Processgericht erster Instanz zu wenden, wenn die Beitreibung von dem Gegner der armen Partei entweder nicht statthaft oder erfolglos geblieben ist.

Vierter Abschnitt.

Registratur.

1. Register.

§. 124.

Der Gerichtsvollzieher ist verpflichtet, ausser dem im §. 113 d. Anw. bezeichneten Wechselprotestregister,

a. ein allgemeines Dienstregister,

b. ein Register für Zwangsvollstreckungen und freiwillige Mobilienversteigerungen

zu führen.

Ob der einem Gerichtsvollzieher allgemein oder für einzelne Amtshandlungen bestellte Vertreter sich der Register des vertretenen Gerichtsvollziehers zu bedienen oder eigene Register zu führen hat, ist im einzelnen Falle im Aufsichtswege zu bestimmen.

§. 125.

Das allgemeine Dienstregister hat den Zweck, eine Uebersicht über sämtliche von dem Gerichtsvollzieher zu erledigende Dienstgeschäfte, die Art und Zeit der Erledigung derselben, die dafür berechneten, erhobenen oder noch zu erhebenden Gebühren und baaren Auslagen zu liefern.

Allgemeines
Dienstregister.

Ausserdem giebt dasselbe die Grundlage zur Festsetzung der Beträge, welche der Gerichtsvollzieher für erhobene Gebühren an die Staatskasse abzuliefern hat oder für Auslagen aus dieser Kasse ersetzt verlangen kann.

Das Register ist nach dem beigefügten Formulare (Anl. A.) in Bogenformat einzurichten und für jeden Kalendermonat besonders anzulegen. Dasselbe muss mit fortlaufenden Blattzahlen versehen und dauerhaft geheftet sein.

Vor der Ingebrauchnahme ist das Register dem Amtsrichter vorzulegen, welcher auf der letzten Seite die Zahl der Blätter unter seiner Unterschrift zu vermerken hat.

Die völlig erledigten Register sind jahrgangsweise zusammenzufügen und mit entsprechender Aufschrift zu versehen.

§. 126.

Die Gerichtsvollzieher haben alle Aufträge von Behörden und Privatpersonen nach der Zeit des Eintreffens in fortlaufender Reihenfolge bei dem Eintreffen und jedenfalls am Tage desselben in das Register einzutragen. Auf allen Schriftstücken ist der Tag des Eingangs und die Nummer des Registers zu vermerken.

Was in die einzelnen Spalten des Formulars einzutragen ist, ergeben die Rubriken.

Spalte 1 hat die fortlaufende Nummer zu enthalten, welche für jeden Monat mit 1 beginnt.

In Spalte 2 ist lediglich der Kalendertag des Eintreffens einzutragen, Monat und Jahr ergibt die Aufschrift. Nur bei den aus einem früheren Register übertragenen Nummern sind Monat und Jahr zu vermerken.

Zur Bezeichnung des Auftrags in Spalte 3 gehört, unter Anwendung thunlichster, dem Verständniss unnachtheiliger Kürze (Abkürzung), die Angabe des Rubrums der Sache und des aufgetragenen Geschäfts unter Bezeichnung der Zahl der erforderlichen Acte gleicher Art (Zwangsvollstr. w. Geldf., 3 Zust., 2 vereinf. Zust. u. s. w.), sowie die Angabe, ob das Geschäft von Amtswegen angeordnet ist. Die durch den Gerichtsschreiber vermittelten Aufträge von Parteien sind als von Amtswegen angeordnete Geschäfte nicht anzusehen, dagegen gelten als solche die übrigen von dem Gerichtsschreiber und alle von dem Gerichte (Richter) oder der Staatsanwaltschaft ertheilten Aufträge.

Spalte 4 hat den Tag der Dienstverrichtung, welche die Erledigung des Auftrags herbeigeführt hat, zu enthalten. Falls der Auftrag (No. dieses Registers) mehrere zu verschiedenen Zeiten vorzunehmende Dienstverrichtungen des Gerichtsvollziehers erfordert, so ist

- a) wenn die einzelnen, zu verschiedenen Zeiten vorzunehmenden Dienstverrichtungen keine für sich bestehende gebührenpflichtige Acte ausmachen, sondern zusammen nur einen einzigen gebührenpflichtigen Act in sich schliessen, der Tag der völligen Erledigung des Auftrags einzutragen (z. B. bei Zustellungen durch die Post die Aushändigung der von der Post überlieferten Zustellungsurkunde an den Auftraggeber);
- b) wenn aber der Auftrag mehrere an verschiedenen Tagen vorzunehmende für sich bestehende gebührenpflichtige Acte zur Folge hat, so ist der Tag der Vornahme der ersten gebührenpflichtigen Dienstverrichtung einzutragen (z. B. bei Zwangsvollstreckungen die Pfändung, bei Zustellungen an mehrere Personen die zunächst

bewirkten Zustellungen eines Tages), und muss sodann jede einzelne auf denselben Auftrag sich beziehende später ausgeführte Dienstverrichtung (z. B. die Versteigerung der Pfandstücke, die Zustellung an die übrigen Personen) unter fortlaufender neuer Nummer am Tage der Verrichtung in das Register eingetragen werden; einer Ausfüllung der Spalte 2 bedarf es dabei nicht, und in Spalte 3 ist nur die Zugehörigkeit zu der betreffenden Nummer des Registers, welche den Auftrag enthält, zu vermerken.

Spalte 5 hat die Art der Erledigung des Auftrags, die dienstliche Verrichtung, auch, sofern Reisekosten berechnet werden, den Ort und, falls bei Geschäften, die nach Verhältniss der verwendeten Zeit vergütet werden, ein Mehreres als die für die geringste Zeitdauer bestimmte Gebühr beansprucht wird, die Zeitdauer der Verrichtung (ausschliesslich der Hin- und Rückreise) kurz und deutlich zu bezeichnen. (Wegen Controle der rechtzeitigen Erledigung der Zustellung durch die Post in Spalte 5 vergl. §. 35 Abs. 10 d. Anw.).

In Spalte 6 ist der Werth des Objekts anzugeben, sofern davon (z. B. bei Pfändungen, Versteigerungen, Siegelungen) die Höhe der Gebühr abhängig ist. Wenn sich ausnahmsweise, wie z. B. bei Siegelungen und Entsiegelungen vorkommen kann, der Werth des Objekts nicht sogleich mit voller Sicherheit bestimmen lässt, muss eine ungefähre Ermittlung erfolgen und nöthigenfalls die Gebührenberechnung nach erfolgter Feststellung des Werths berichtigt werden. Dass die Werthangabe nur eine ungefähre sei, ist in Spalte 11 zu vermerken.

In den Spalten 7, 8, 9 sind die Gebühren und baaren Auslagen nach Anleitung des Registers einzutragen. Sie müssen sich in genauer Uebereinstimmung mit der Gebührenberechnung befinden, welche unter den Urschriften der aufgenommenen Acte aufgestellt ist. Bei der Eintragung der Gebühr wird diejenige für die Beglaubigung unter die Gebühr für den Act gesetzt. Der Gerichtsvollzieher kann kurz vor dem Jahresabschlusse zur Erleichterung desselben in Spalte 8 noch nicht eingegangene Gebühren eintragen, wenn der Eingang ihm gesichert erscheint. Die eingetragenen Gebühren gelten als eingegangen.

In Spalte 11 sind alle diejenigen Vermerke aufzunehmen, welche nach ausdrücklicher Vorschrift der Anweisung in diese Spalte gewiesen sind (z. B. Gebührenvorschuss, ungefähre Schätzung des Werthobjekts, Unbeitreibbarkeit einer Gebühr, Eingang von Gebühren nach dem Jahresabschlusse) oder zur Klarstellung des Sachverhalts oder aus besonderen Gründen zweckmässig erscheinen und in keine der anderen Spalten gehören (z. B. ausdrückliche Ermächtigung zur Vornahme der Zustellung ohne Benutzung der Post, wenn ein Mehreres als der Betrag der Gebühr bei Zustellung durch die Post berechnet wird, Armensachen u. s. w.).

Die Spalte 10 soll dazu dienen, um den Betrag der Gebühren und Auslagen, welche bei von Amtswegen angeordneten Geschäften wirklich erhoben sind, in ungetrennter Summe zu vermerken.

Es darf jedoch in dieser Beziehung Folgendes nicht unbeachtet bleiben.

Bei Zustellungen, welche von Amtswegen angeordnet werden, würde der Staat als Auftraggeber die Gebühren und Auslagen dem

Gerichtsvollzieher zu entrichten und von dem Betheiligten wieder einzuziehen haben. So wird jedoch nicht verfahren, weil der Gerichtsvollzieher einen festen Gehalt bezieht und die Gebühren in die Staatskasse fließen. Die Kosten der Zustellung werden daher in den gedachten Fällen von vornherein als gerichtliche Auslagen im Sportel- oder Conto-register berechnet. Der Gerichtsvollzieher hat deshalb bei Zustellungen, welche von Amtswegen angeordnet werden und mit dem Zeichen „V. A.“ zu bezeichnen sind, zwar die Gebühren und Auslagen, wie in allen übrigen Fällen, auf den Zustellungsurkunden zu vermerken, jedoch von Dritten nichts zu erheben, vielmehr erhält er die etwaigen baaren Auslagen aus der Staatskasse erstattet. Bei den erwähnten von Amtswegen erfolgenden Zustellungen kann demgemäss der Fall nicht vorkommen, dass Kosten zu erheben und in die Spalte 10 einzutragen wären.

Anders verhält sich die Sache bei Zwangsvollstreckungen, welche von Amtswegen angeordnet werden. Der Gerichtsvollzieher hat hierbei auch die Gebühren und Auslagen dieses Actes vom Schuldner einzuziehen und muss den wirklich erhobenen Betrag in die Spalte 10 eintragen.

§. 127.

Das Dienstregister wird nach Ablauf des Monats abgeschlossen und vom Gerichtsvollzieher eine Berechnung darüber aufgestellt, welchen Betrag an Gebühren er erhoben hat und welchen Betrag für Auslagen er aus der Staatskasse ersetzt haben will.

Dabei ist nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

- 1) Die noch nicht erledigten Aufträge hat der Gerichtsvollzieher in das Register des folgenden Monats mit neuer Nummer zu übertragen unter Hinweis auf die Nummer des früheren Registers. In diesem letzteren Register ist die betreffende Eintragung, jedoch so, dass sie leserlich bleibt, zu durchstreichen und daneben die Eintragung im neuen Monatsregister zu bemerken.
- 2) Was die erledigten Aufträge betrifft, so macht es für die Berechnungsweise einen erheblichen Unterschied, ob es sich um Parteaufträge handelt (§. 128) oder ob von Amtswegen angeordnete Geschäfte in Frage kommen (§. 129).

§. 128.

In Bezug auf die Parteaufträge kommt in Betracht, dass der Gerichtsvollzieher von dem Auftraggeber nicht nur Vorschuss zu fordern berechtigt ist, sondern auch die Zahlung fordern und durch Postvorschuss erheben kann, sobald der Auftrag erledigt ist.

Es kann daher nur ausnahmsweise vorkommen, dass die berechneten Gebühren und Auslagen (Spalte 7) mit den wirklich eingegangenen Gebühren und Auslagen (Spalte 8) nicht übereinstimmen.

Insoweit Uebereinstimmung vorhanden ist, versteht es sich von selbst, dass der Gerichtsvollzieher die eingegangenen Beträge für Schreibgebühr, Reisekosten und sonstige baare Auslagen behält, hingegen die Gebühren abzuliefern hat.

Die etwa vorkommenden Abweichungen können ihren Grund darin haben:

- a. dass die Partei das Armenrecht genießt;
- b. dass der Gerichtsvollzieher willkürlich Credit gewährt hat;
- c. dass derselbe von seinem Auftraggeber Zahlung nicht hat erlangen können.

In diesen Fällen ist

- zu a. eine Gebühr für jetzt nicht zu erheben, also auch behuf der Ablieferung nicht in Ansatz zu bringen.

Die Auslagen müssen dem Gerichtsvollzieher von dem Processgerichte, bei welchem die Armensache anhängig ist, erstattet und in dem gerichtlichen Sportel- und Contoregister berechnet werden, kommen also bei dem Monatsabschlusse nicht in Betracht.

- zu b. Der Gerichtsvollzieher ist der Staatskasse gegenüber nicht befugt, dem Zahlungspflichtigen Credit zu ertheilen.

Thut er dies dennoch, so ist die Gebühr als „eingegangen“ zu behandeln und es muss dem Gerichtsvollzieher überlassen bleiben, sich wegen der berechneten Gebühren und Auslagen an den Auftraggeber zu halten.

- zu c. Ist die Zahlung nicht zu erlangen gewesen, so werden dem Gerichtsvollzieher die baaren Auslagen sowie die Schreibgebühr, nicht aber etwaige Meilengelder, aus der Staatskasse erstattet, wogegen die weitere Geltendmachung des gesammten Anspruchs wegen der berechneten Gebühren und Auslagen dem Staate gebührt, so dass der Gerichtsvollzieher nichts weiter beanspruchen und erheben darf. Der Betrag wird daher in das Sportelregister aufgenommen und dem Zahlungspflichtigen wie bei anderen gerichtlichen Kosten von dem Amtsrichter Zahlungsaufgabe ertheilt.

Dem Gerichtsvollzieher steht jedoch frei, die Gebühren als „eingegangen“ zu berechnen. In diesem Falle bleibt es ihm, wie ad b, unbenommen, sich wegen der berechneten Gebühren und Auslagen an seinen Auftraggeber zu halten.

Auch kann der Amtsrichter gestatten, dass der Auftrag als ein noch nicht erledigter behandelt und der Posten unter entsprechender Anwendung der Bestimmungen in §. 127 No. 1 in das neue Monatsregister übertragen wird.

§. 129.

Bei den von Amtswegen angeordneten Geschäften ist

- I. für Zustellungen, wie im §. 126 ausgeführt wurde, von Dritten Seitens des Gerichtsvollziehers nichts zu erheben. Der Letztere erhält also die baaren Auslagen (z. B. Porto) und die Schreibgebühr, niemals aber etwaige Meilengelder aus der Staatskasse erstattet.
- II. Was die Zwangsvollstreckungen betrifft, so kommen
 - a. wenn die berechneten Gebühren und Auslagen vollständig eingegangen sind, die Gebühren behuf der Ablieferung an die Staatskasse in Anrechnung, wogegen die erhobenen Auslagen dem Gerichtsvollzieher verbleiben.

- b. Sind die berechneten Gebühren und Auslagen nach der Erklärung des Gerichtsvollziehers überall nicht oder nur zum Theil heizutreiben gewesen, so kommt es darauf an, ob die zuständige Stelle wegen des nicht eingegangenen Betrages die Niederschlagung verfügt hat oder nicht.

Ist eine solche Verfügung noch nicht erfolgt, so kann der Auftrag nicht als erledigt gelten, vielmehr ist der Posten nach Massgabe der Bestimmungen in §. 127 No. 1 in das neue Monatsregister zu übertragen.

Ist hingegen die Niederschlagung verfügt, so behält der Gerichtsvollzieher von der eingegangenen Summe, so weit diese ausreicht, den Betrag

der baaren Auslagen,

der Schreibgebühr,

der etwaigen Meilengelder

und bringt nur den alsdann etwa noch verbleibenden Ueberschuss auf die Gebühren behuf deren Ablieferung in Anrechnung.

Ist nichts oder doch kein für die baaren Auslagen und die Schreibgebühr ausreichender Betrag eingegangen, so erhält der Gerichtsvollzieher das Fehlende aus der Staatskasse ersetzt, wogegen für Meilengelder, soweit die eingegangenen Gelder nicht ausreichen, keine Vergütung geleistet wird.

§. 130.

Die nach den Vorschriften der §§. 128 und 129 aufzustellende Berechnung muss als Resultat einerseits den Betrag angeben, welchen der Gerichtsvollzieher an Gebühren abzuliefern hat, andererseits den Betrag, welcher ihm für Auslagen aus der Staatskasse zu vergüten ist.

Zur wirklichen Ablieferung an die Sportelkasse gelangt nur der Ueberschuss, der vom Gebührenbetrage nach Abzug des Auslagenbetrages übrig bleibt.

Der Amtsrichter wird dem Gerichtsvollzieher die etwa erforderliche Anleitung geben oder durch den Gerichtsschreiber geben lassen über die Art und Weise, in welcher die monatliche Berechnung aufzustellen ist.

Die Berechnung wird in das betreffende Monatsregister eingetragen und eine gleichlautende Abschrift dem Amtsrichter behuf der Revision (§§. 131 und 132) übergeben.

§. 131.

In der ersten Hälfte des folgenden Monats ist das allgemeine Register nebst der im §. 130 erwähnten Berechnung dem Amtsrichter für den vorhergehenden Monat zur Revision vorzulegen.

Der Amtsrichter kann zu dieser Vorlegung ein- für allemal Tag und Stunde bestimmen.

Bei der Revision wird die gehörige und rechtzeitige Erledigung der Aufträge, so wie die Richtigkeit der Gebührenberechnungen und der Angabe über die von Amtswegen erfolgte Anordnung eines Geschäfts, geeigneten Falls unter probeweiser Vergleichung mit den gerichtlichen oder den zu diesem Zwecke einzufordernden Acten des Gerichtsvollziehers, geprüft und die erfolgte Prüfung in dem Register vermerkt.

Dem Amtsrichter bleibt unbenommen, die wiederholte Vorlegung des Registers anzuordnen.

§. 132.

Ferner ist bei der Revision die aufgestellte Berechnung (§. 130) vom Amtsrichter zu prüfen und nach Massgabe der in den §§. 128 und 129 getroffenen Bestimmungen festzustellen, welchen Betrag der Gerichtsvollzieher für erhobene Gebühren an die Staatskasse zu entrichten hat und welcher Betrag ihm für Auslagen aus der Staatskasse zu erstatten ist.

Der sich ergebende Ueberschuss ist an die Sportelkasse abzuliefern und dem Rendanten dieser Kasse daher ungesäumt von dem Amtsrichter in Gemässheit des §. 13 der V. O. No 48 vom 16. August 1879, die Gerichtskassen betreffend, die erforderliche Mittheilung zu machen.

Die Feststellung des Amtsrichters hat der Gerichtsvollzieher unbedingt zu befolgen, doch bleibt ihm, wenn er sich dadurch verletzt erachtet, unbenommen, seine Beschwerde bei den vorgesetzten Aufsichtsbehörden geltend zu machen. Die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen von der einen oder anderen Seite auch der Rechtsweg betreten werden könne, bleibt hier unberührt.

§. 133.

Der Amtsrichter hat die von ihm getroffenen Feststellungen in dem betreffenden Monatsregister und auf der ihm mitgetheilten Abschrift der Berechnung zu vermerken. Diese Abschriften sammt den Vermerken sind aufzubewahren.

Am Schlusse des Jahres stellt der Amtsrichter die Beträge, welche der Gerichtsvollzieher im Laufe des Jahres an Gebühren abgeliefert hat, zusammen und übersendet diese Berechnung des Totalbetrages an den Landgerichtspräsidenten.

Der Letztere stellt die von den Amtsrichtern des Landgerichtsbezirks eingegangenen Rechnungen der Landesjustizverwaltung zu.

Die Landesjustizverwaltung wird sodann veranlassen, dass den Gerichtsvollziehern die ihnen bewilligten 10 bezw. 5 Proc. der von ihnen erhobenen und abgelieferten Gebühren ausgezahlt werden ¹⁾.

Als abgelieferte Gebühren gelten übrigens die sämmtlichen von dem Gerichtsvollzieher erhobenen Gebühren, auch wenn ein Theil derselben auf die dem Gerichtsvollzieher aus der Staatskasse zu erstattenden Auslagen in Absatz gebracht und nur der Ueberschuss an die Sportelkasse entrichtet ist. Der erwähnte Jahresbetrag wird daher nicht nach dem Betrage dieser Ueberschüsse, sondern nach dem Betrage der monatlich festgestellten Gebühren ermittelt.

Ob dem Gerichtsvollzieher schon im Laufe des Jahres Abschlagszahlungen geleistet werden können, wird bis zum etwaigen Erlass allgemeiner Anordnungen im einzelnen Falle von der Landesjustizverwaltung bestimmt.

§. 134.

Dem Gerichtsvollzieher kann zur Bestreitung der von ihm zu machenden Auslagen ein Vorschuss aus der Gerichtsverwaltungskasse vom Amts-

¹⁾ S. G. V. O. §. 5 Anm. 1.

richter bewilligt werden. Der Betrag darf jedoch den muthmasslichen Bedarf für einen Monat nicht übersteigen.

Der Ordnung wegen soll der Gerichtsschreiber ein besonderes Buch über diese Vorschüsse führen, in welches die geleisteten Vorschüsse und die erfolgenden Rückzahlungen eingetragen werden. Ueber die empfangenen Vorschüsse hat der Gerichtsvollzieher in dem Buche zu quittiren, daneben aber eine besondere Quittung auszustellen, deren der Gerichtsschreiber als Belag bedarf.

Der Gerichtsvollzieher hat ein Gegenbuch zu führen, in welchem der Gerichtsschreiber den Empfang der zurückgezahlten Vorschüsse bescheinigt.

§. 135.

Register für
Zwangs-
voll-
streckung
und frei-
willige Mo-
biliarver-
steigerun-
gen.

Das Register hat den Zweck, eine Uebersicht über die bei dem Gerichtsvollzieher anhängigen Zwangsvollstreckungen und freiwilligen Mobiliarversteigerungen, die rechtzeitige und gehörige Erledigung derselben, den Stand der einzelnen Sache von der Auftragserteilung bis zur Erledigung und die dieselbe betreffende Thätigkeit des Gerichtsvollziehers zu liefern.

Von den Zwangsvollstreckungen sind nur diejenigen in das Register einzutragen, welche im Auftrage von Parteien, mit oder ohne Vermittelung des Gerichtsschreibers, zu bewirken sind (§§. 46 bis 103, 109 d. Anw.). Die von den Gerichten und Staatsanwaltschaften aufgetragenen Vollstreckungen (§§. 104 bis 108, 110 d. Anw.) werden von diesen Behörden besonders controlirt und sind in das Register nicht einzutragen.

Das Register ist nach dem in der Anlage B. enthaltenen Formular in Bogenformat einzurichten und für jedes Geschäftsjahr besonders anzulegen. Dasselbe muss mit fortlaufenden Blattzahlen versehen und dauerhaft gebunden sein. Jede Seite ist für 10 Nummern zu bestimmen.

Vor der Ingebrauchnahme ist das Register dem Amtsrichter vorzulegen, welcher in demselben auf der letzten Seite die Zahl der Blätter unter seiner Unterschrift zu vermerken hat. Die Eintragung der Sachen in das Register erfolgt nach der Zeit des Eingangs in fortlaufender Reihenfolge bei dem Eintreffen und jedenfalls am Tage desselben gleichzeitig mit der Eintragung des Auftrags im allgemeinen Dienstregister.

In Spalte 3 sind die Nummern des allgemeinen Dienstregisters, welche sich auf den Auftrag beziehen, zu verzeichnen.

In Spalte 4 sind die Namen des Gläubigers und Schuldners, bei freiwilligen Versteigerungen der Name des Auftraggebers, anzugeben.

In Spalte 5 sind bei Zwangsvollstreckungen der Betrag der beizutreibenden Forderung, die beizutreibenden Gegenstände oder was sonst Gegenstand der Vollstreckung ist, bei freiwilligen Versteigerungen die Gegenstände im Allgemeinen (Möbel, Erntevorräthe) zu bezeichnen.

Spalte 6 ist nach dem Ergebnisse der Vollstreckung oder Versteigerung auszufüllen. Die Gebühren des Gerichtsvollziehers finden in Spalte 5 und 6 keine Berücksichtigung.

Spalte 7 hat die vollständige Uebersicht über den Stand und Verlauf der einzelnen Sache zu ergeben.

Jede einzelne bezügliche Dienstverrichtung des Gerichtsvollziehers ist unter Angabe des Tages der Verrichtung in der Reihenfolge der Aus-

führung hier einzutragen, ferner sind alle Vorkommnisse, welche für die Erledigung des Auftrags von Bedeutung sind (z. B. Anberaumung und Abhaltung des Versteigerungstermins unter Angabe des Ortes, Stunden, Einstellung oder Beschränkung des Verfahrens, Ablieferung des Geldes, Zurücknahme des Auftrags, Uebergang desselben auf einen andern Gerichtsvollzieher), unter Angabe des Tages mit kurzen Worten zu erwähnen.

Die Verbindung mehrerer Vollstreckungen wegen Geldforderungen im Wege der weiteren oder der gleichzeitigen Pfändung (§§. 84, 85 d. Anw.) ist in Spalte 7 bei den beteiligten Sachen zu vermerken, auch ist demnächst anzugeben, welche Beträge auf dieselben von den beigetriebenen Geldern entfallen sind. Erfolgt die Hinterlegung des Geldes zum Zwecke eines Vertheilungsverfahrens, so ist der ganze hinterlegte Betrag in Spalte 6 bei der ersten Nummer einzutragen.

In Spalte 8 sind alle diejenigen Vermerke aufzunehmen, welche zur Klarstellung des Sachverhalts oder aus sonstigen Gründen zweckmässig erscheinen und in keine der vorhergehenden Spalten gehören. Insbesondere gehört dahin die Angabe der Gründe für das Unterbleiben der Auszahlung der beigetriebenen Gelder innerhalb der im §. 87 d. Anw. bestimmten Frist, sowie der Vermerk, dass es sich um Vollziehung eines Arrestbefehls handelt.

Bei völliger Erledigung des Auftrags ist in Spalte 8 auf eine in die Augen fallende Weise das Wort „Erledigt“ einzutragen.

§. 136.

Das Register für Zwangsvollstreckungen und freiwillige Versteigerungen ist allmonatlich an den ein- für allemal hierzu bestimmten Tagen und Stunden dem Amtsrichter zur Revision vorzulegen. Dem Register sind die Acten über diejenigen Sachen, in welchen seit der letzten Revision Zahlungen erfolgt sind, beizufügen. Auch kann die gleichzeitige oder nachträgliche Vorlegung aller Vollstreckungsacten angeordnet und die Revision noch weiter, insbesondere auf die Kassenbestände, ausgedehnt werden.

Der Amtsrichter hat die erfolgte Revision in dem Register zu vermerken und bei den einzelnen Nummern die geschehene Belegung der Ablieferung der beigetriebenen Gelder in geeigneter Weise erkennbar zu machen.

Die Rückgabe des Registers und der unbeanstandeten Acten und Beläge erfolgt am Tage der Vorlegung.

2. A c t e n.

§. 137.

Die Gerichtsvollzieher haben mit ihren Dienstpapieren Generalacten, Spezialacten und Sammelacten anzulegen.

§. 138.

General-
acten.

Ueber die auf den Dienst des Gerichtsvollziehers bezüglichen Anordnungen der Aufsichtsbehörden sind Generalacten anzulegen. Dieselben sind nach folgenden Gegenständen zu sondern:

1. betreffend den Dienst der Gerichtsvollzieher im Allgemeinen.
Dahin gehören auch solche Verfügungen, welche sich nicht auf eine der unter No. 2 bis 7 bezeichneten Geschäftsgattungen beziehen;
2. betreffend Gebührenwesen;
3. betreffend Zustellungen und Behändigungen;
4. betreffend Zwangsvollstreckungen und Vollstreckungen;
5. betreffend Wechselproteste;
6. betreffend freiwillige Mobiliarversteigerungen;
7. betreffend Einziehung von Geldstrafen und Gerichtskosten.

Die Deckel der Generalacten sind mit Aufschrift und Nummer nach Massgabe des vorstehenden Absatzes zu versehen. Vor den Acten ist ein Inhaltsverzeichniss zu führen, welches das Datum und den kurzen Inhalt der Schriftstücke, sowie das betreffende Blatt der Acten anzugeben hat.

Die zu demselben Actenstücke gehörigen Schriften sind nach der Reihenfolge des Eingangs einzuheften und mit fortlaufenden Blattzahlen zu versehen. Bezieht sich eine Verfügung auf mehrere in gesonderten Generalacten behandelte Geschäftszweige, so ist entweder ein Auszug aus der Verfügung zu den betreffenden anderen Acten zu bringen, oder es ist wenigstens in dem Inhaltsverzeichnisse der letzteren der in Betracht kommende Inhalt der Verfügung unter Hinweis auf die Acten, bei denen sich dieselbe befindet, kurz anzugeben.

§. 139.

Spezial-
acten.

Ueber jede einzelne in das Register für Zwangsvollstreckungen und freiwillige Mobiliarversteigerungen einzutragende Sache sind Spezialacten anzulegen.

Zu den Spezialacten sind alle auf die betreffende Sache bezüglichen Schriften (Protokolle, Quittungen, Postscheine, Fristscheine, Correspondenzen u. s. w.) zu nehmen. Die zu den Acten gehörigen Schriftstücke sind beim Eingange mit der Nummer zu versehen, unter welcher die Sache im Register für Zwangsvollstreckungen und freiwillige Mobiliarversteigerungen eingetragen steht. Enthält ein Actenstück ausser der vollstreckbaren Ausfertigung mehr als einen Bogen, so ist dasselbe mit einem Umschlage zu versehen. Aus den Acten muss sich der Stand der Sache jederzeit vollständig ergeben.

Die Acten über laufende Zwangsvollstreckungen und Versteigerungen einerseits und die Acten über erledigte Sachen dieser Art andererseits sind gesondert von einander nach der Nummerfolge des Registers, letztere jahrgangsweise zu einem oder mehreren Packeten zusammengebunden, aufzubewahren.

§. 140.

Einzelne Schriftstücke, welche weder zu Generalacten noch zu Spezialacten gehören, sind bis zur Erledigung des Auftrags, auf welchen sie sich beziehen, in der Nummerfolge des allgemeinen Dienstregisters in einem oder nöthigenfalls mehreren Umschlägen aufzubewahren.

Sammelacten.

Nach Erledigung des Auftrags sind dieselben, soweit nicht die Aushändigung an die Partei erfolgt, in derselben Folge jahrgangsweise zu einem oder mehreren Packeten zusammenzubinden und gesondert von den Schriftstücken über laufende Sachen dieser Art aufzubewahren. Die Packete sind mit entsprechender Aufschrift (Sammelacten Jahr Band) zu versehen.

§. 141.

Die Gerichtsvollzieher sind verpflichtet, ihre Register und Acten übersichtlich zu ordnen und in einer jeden Missbrauch ausschliessenden Weise aufzubewahren. Die Aufbewahrung muss thunlichst in einem Actenschränke erfolgen, dessen Fächer mit entsprechender Aufschrift zu versehen sind. Den Aufsichtsbeamten sind die Acten und Register jederzeit auf Verlangen auch ausserhalb des Geschäftslokals zur Revision vorzulegen.

Aufbewahrung der Acten und Register.

Jeder Person, welche bei einer von dem Gerichtsvollzieher betriebenen Zwangsvollstreckung betheiligt ist, muss auf Begehren Einsicht der betreffenden Register und Acten gestattet und gegen die gesetzlichen Schreibgebühren Abschrift einzelner Schriftstücke oder des betreffenden Theils des Registers ertheilt werden (§. 680 D. C. P. O.). Personen, welche ein rechtliches Interesse an der Sache nicht haben, darf weder die Einsicht der Acten gestattet, noch Abschrift eines Schriftstückes ertheilt werden.

§. 142.

Nachdem der Auftrag erledigt, zurückgenommen oder auf andere Weise erloschen ist, hat der Gerichtsvollzieher die ihm übergebenen Schriftstücke, soweit nicht deren Aushändigung an die Gegenpartei erfolgen muss (§. 677 D. C. P. O.), dem Auftraggeber zurückzustellen.

Rückgabe von Schriftstücken.

Fünfter Abschnitt.

Gerichtsvollzieher kraft Auftrags und Hilfsgerichtsvollzieher.

§. 143.

Gerichtsvollzieher kraft Auftrags sowie Hilfsgerichtsvollzieher haben sich, vorbehaltlich der abweichenden Bestimmungen der G. V. O., nach den Vorschriften d. Anw. gleichfalls zu richten.

Rücksichtlich derjenigen aus der Zahl der Gerichtsdiener bestellten Hilfsgerichtsvollzieher, deren Auftrag auf einzelne Gattungen der von

Amtswegen angeordneten Geschäfte beschränkt ist, sind die Präsidenten der Landgerichte ermächtigt, zur Controle des Geschäftsbetriebes an Stelle des vierten Abschnitts dieser Anweisung anderweite Anordnungen zu treffen.

Braunschweig, den 12. September 1879.

Herzogliches Staats-Ministerium.

Departement der Justiz.

Trieps.

Allgemeines Dienstregister ¹⁾
des Gerichtsvollziehers
in
für
den Monat
18

¹⁾ Ausser den Formularen zu dem allgemeinen Dienstregister und zum Register für Zwangsvollstreckungen waren der Geschäftsanweisung noch beigefügt:

1. die über die Zuständigkeit der Gerichtsvollzieher erlassenen gesetzlichen Bestimmungen des D. G. V. G. §§. 155 u. 156 und des Ausführungsgesetzes zu demselben vom 1. April 1879 §§. 65 bis 69 (s. oben S. 22, 23),
2. die Ausführungsbestimmungen bezüglich der D. Gebührenordn. für Gerichtsvollzieher im Ges. No. 40 v. 11. Juli 1879 §§. 26 bis 33 (s. oben S. 363 bis 365),
3. die Bekanntm. No. 62 v. 12. Sept. 1879, betr. einfachere Formen für den Nachweis der Zustellungen in Strafsachen etc. (s. oben Anhang II hinter S. 34).

Ordnungs-Nummer	Tag des Ein- gangs	Bezeichnung des Auftrages	Tag der Dienst- verrich- tung	Art und Weise der Erledigung, dienstliche Ver- richtung	Object, sofern da- von die Höhe der Gebühr ab- hängt <i>N.</i>
1.	2.	3.	4.	5.	6.

[illegible]

R e g i s t e r
des Gerichtsvollziehers
in
für
Zwangsvollstreckungen
und
freiwillige Mobiliarversteigerungen
für
das Jahr 18

[illegible]

Z u s ä t z e.

1. Seite 7. §. 13 Abs. 2. *Nach dem Rescr. der Landesjustizverwaltung vom 8. Sept. 1879 No. 6666 soll bei den Collegialgerichten unter Zugrundelegung der §§. 63 u. 121 des D. G. V. G. mit der Wahl der beiden Depositenrichter verfahren werden.*
2. „ 8. §. 17. *Periodische Gerichtstage ausserhalb des Gerichtssitzes sind bis jetzt eingeführt in den Ortschaften Braunlage, Hessen und Bisperode. Vgl. die betreffenden Rescr. in Ztschr. f. Rechtspf. XXVII, S. 49 ff.*
3. „ 12. *Zu Anm. 1 vgl. die Bekanntm. No. 10 v. 5. April 1880, die Aufstellung der Urlisten für die Schöffen- und Schwurgerichte, sowie die Wahl und Ausloosung der Schöffen betreffend.*
4. „ 52. *Zu Zeile 23 v. u.: Dahin gehören auch die Bestimmungen des Ges. No. 62 v. 25. März 1873 §. 16 und der V. O. No. 64 v. 13. Nov. 1873 über Führung der Dissidentenregister.*
5. „ 118. *Zu Zeile 3. v. u. Mit Beziehung auf die Bekanntm. No. 52 v. 20. Aug. 1879, betr. die den Amtsrichtern übertragene Strafvollstreckung für die zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehörigen Sachen, und auf §. 164 D. G. V. G. ist es durch das Minist. Rescr. v. 26. Juni 1880 (abgedruckt in Ztschr. f. Rechtspf. XXVII, S. 114) für zulässig und im Interesse der Vereinfachung des Geschäftsverkehrs für wünschenswerth erklärt, wenn Requisitionen bezüglich der Strafvollstreckung in schöffengerichtlichen Sachen unmittelbar von Amtsgericht zu Amtsgericht ergehen.*

SACHREGISTER.

(Die Zahlen bezeichnen die Seite.)

A.

Abfindungen, deren Feststellung durch schiedsrichterliches Verfahren bei Ritter-, Schrift- Freisassengütern und bei Bauergütern fortan unzulässig 7. 48.

Abfindungskapitalien, im Grundbuch eingetragene, deren Aufgebot bei glaubhaft gemachter Tilgung der Abfindung 116. 134.

Abolition s. Niederschlagung der Untersuchung.

Abstimmung in nichtstreitigen Rechtssachen 25. — in den am 1. Octob. 1879 anhängigen Civil- und Strafsachen 291. 318.

Acten, deren Ablieferung an die neu errichteten Gerichte 33. Gebühr für Vorlegung von — 374. 375. — der Gerichtsvollzieher 629 ff.

Adcitation s. Beiladung.

Adjudikationsurtheil 169. 180. 233. dessen Wirkungen hinsichtlich des Uebergangs des Eigenthums 170. 234. 235.

Allgemeines Dienstregister der Gerichtsvollzieher 621 ff. dessen Revision durch den Amtsrichter 626. 627. Formular 635.

Altentheilskapitalien, im Grundbuch eingetragen, deren Aufgebot bei glaubhaft gemachter Tilgung des Altentheils 116. 134.

Amtsanwälte, deren Ernennung und Geschäftsverhältnisse 20. 73. 74.

Amtsgefängnisse, deren Verwaltung 411, die Kosten derselben auf die Gerichtsverwaltungskassen anzuweisen 437.

Amtsgerichte deren Zahl und Sitz 6. 46, deren Zuständigkeit in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit 9.

10. 52 ff., deren Beschwerderecht gegen Verfügungen der Landgerichte in nichtstreitigen Rechtssachen 18. 70. 71, wenn mit mehreren Richtern besetzt, Vertheilung der Geschäfte unter dieselben 8. 50. I bis VI (hinter 34), — an Stelle der bisherigen Stadt- und Amtsgerichte 279. 299, Beschäftigung der Referendare bei denselben im Vorbereitungsdiens 330.

Amtsrichter, dessen Verpflichtung zur Vertretung eines Mitgliedes des Oberlandesgerichts oder des zu seinem Bezirk gehörigen Land- oder Amtsgerichts 4. 42, dessen Vertretung durch Richter desselben oder eines benachbarten Amtsgerichts 8. 51, dessen Ausschlüssung in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit 10. 57. 58, führt die Aufsicht über das Amtsgericht 28. 84, bei mehreren Amtsrichtern der mit der allgemeinen Dienstaufsicht Betraute 28. 84, — darf, wenn er im Versteigerungstermine mitwirkt, nicht bieten 164. 224, — hat die Vertheilung der Geschäfte unter mehrere Kanzlisten vorzunehmen 553, seine Pflichten bei Erledigung der Dienststelle des Gerichtsvollziehers 562, hat bei Gefahr im Verzuge den Vertreter des Gerichtsvollziehers zu bestimmen 563.

Amtstracht der Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, und Gerichtsschreiber 24. 25. 81.

Amtsverschwiegenheit der Gerichtsvollzieher 568.

Anerbe, Feststellung des demselben zu gewährenden Präcipuums durch Schiedsmänner unzulässig 7. 48.

Anfechtung wegen heimlicher Fehler und Mängel und Verletzung über die Hälfte im Subhastationsverfahren im Zweifel ausgeschlossen 162. 221.

Anhängigkeit des Processes 295.

- Anmeldungen zum Handels- und Genossenschaftsregister etc. können vor dem Gerichtsschreiber erfolgen 21. 76.
- Antrag auf Beschlagnahme zum Zweck der Zwangsversteigerung, dessen Form und Inhalt 152. 206 ff., — auf Wiederholung der Zwangsversteigerung seitens eines nicht befriedigten Gläubigers 165. 227, — auf Zwangsversteigerung kann bis zur Zuschlagsertheilung zurückgenommen werden 166. 227. 228, — auf Zwangsverwaltung 181. 251.
- Anträge im Subhastationsverfahren, deren Form im Allgemeinen 149. 203.
- Arbeitshaus, bis auf Weiteres mit der Strafanstalt zu Wolfenbüttel verbunden 412. 416.
- Armenrecht in den vor dem 1. Oct. 1879 anhängigen Civilprocesssachen 277. 296, — dessen Erwähnung im Contoregister 448.
- Armenregister 448. 449. Formular 479.
- Armensachen, deren Besorgung durch die Gerichtsvollzieher 620.
- Armen- und Wegebesserungskassen, Abgaben an dieselben, Gesetz darüber 366 ff.
- Arrest auf eine hypothekarische Forderung 114. 126. 127, — auf ein Grundstück, dessen Eintragung in das Grundbuch 114. 127, dessen Löschung 114. 128, — begründet eine Dispositionsbeschränkung des Eigenthümers, kein Vorzugsrecht 127, Gebühr für Anlegung des — 357. 390.
- Arrestbefehl, dessen Vollziehung 610.
- Arrestgesuche in den vor dem 1. October 1879 anhängigen Civilprocesssachen 278. 279. 298.
- Asservaten-Manual 486. Formular 513.
- Auditoren, transitorische Bestimmungen über Anrechnung ihres Vorbereitungsdienstes 326. 327.
- Aufgebot, soweit es nicht von den Gerichten erlassen wird, ist bestehen geblieben 129, — ohne präclusivische Nachtheile unterliegt nicht den processualischen Bestimmungen 130, — gerichtliches, wenn vor dem 1. Oct. 1879 beantragt 285. 310.
- Aufgebotsverfahren in nichtstreitigen Rechtssachen gehört zur Zuständigkeit der Amtsgerichte 114. 130. 131, — einzelne Fälle desselben 114. 131 ff., — Vorschriften über das Verfahren 117. 137, — Gebühren dafür in nichtstreitigen Rechtssachen 359. 394.
- Aufsichtsrecht, auf welche Beamten sich dasselbe erstreckt 28. 84. 85, dessen Inhalt 28. 85, Instanzenzug dabei 29. 84, — über Gerichtsvollzieher 562.
- Ausfertigung der Verhandlung in nichtstreitigen Rechtssachen kann bis zum Nachweis der geschehenen Kostenzahlung zurückbehalten werden 448.
- Auslagen, zuviel gezahlte, deren Wiedereinziehung im Wege administrativer Zwangsvollstreckung 354. 385, — deren Ansatz 354. 385. 386, deren Berechnung in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit 356. 375. 381. 389, deren Verzeichnung durch den Gerichtsschreiber 434.
- Autorisation in Vormundschaftssachen, Gebühr für Ertheilung derselben 378. 379.

B.

- Bauhandwerker haben für ihre Forderungen kein Vorzugsrecht im Subhastationsverfahren 243 ff.
- Beamte, Klagen auf Entlassung oder qualificirte Suspension derselben 13. 61. 62.
- Bedingungen für die Zwangsversteigerung, Zeit der Uebergabe derselben 161. 221, deren Feststellung durch das Gericht 161. 221, deren nachträgliche Abänderung 162, deren nachträgliche Zulassung 162, Folgen der nichtgeschehenen Ueberreichung derselben 162. 163. 222, deren Verlesung im Versteigerungstermine 163, — können zwei Wochen vor dem Versteigerungstermin im Gericht eingesehen werden 160.
- Beglaubigung von Abschriften, Gebühr dafür 374. 407, — von Unterschriften 374, — der Gerichtsvollzieher 570.
- Begnädigungsgesuche, Berichterstattung darüber 83.
- Behandigung mit Beurkundung, Unterschied von Zustellung 297. 579, — regelmässig durch die Post, am Orte durch Gerichtsdienner zu bewirken 547.
- Beiladung eines bei dem Rechtsstreit Beteiligten, in den am 1. Oct. 1879 anhängigen Civilprocesssachen nicht mehr zulässig 278.
- Bekanntmachung, öffentliche, im Subhastationsverfahren 150. 203. 204, zum Zweck der Versteigerung des Grundstücks, deren nothwendiger

- Inhalt 160. 219. 220, zum Zweck nochmaliger Versteigerung 165. 168, zur Anmeldung der in den Vertheilungsplan aufzunehmenden Forderungen 172, zur Erklärung über den Theilungsplan etc. 176. 185.
- Berathung in den am 1. October 1879 anhängigen Civil- und Strafsachen 291. 318, in nichtstreitigen Rechtssachen 25.
- Bergbehörde, Benachrichtigung derselben von der geschehenen Beschlagnahme des Bergwerks 189. 259.
- Bergwerke, deren Subhastation 189. 258.
- Beschneigung, Ertheilung einer solchen an den Gläubiger bei Uebernahme einer Hypothek im Subhastationsverfahren 179. 249.
- Beschlagnahme zum Zwecke der Zwangsversteigerung 148. 206 ff. deren Wirkungen 149, deren Priorität vor anderen Zwangsvollstreckungsverfahren 152, weitere — 157. 215, deren Ausdehnung auf neue Grundstücke des Schuldners 158. 216, — zum Zwecke der Zwangsverwaltung 251. 252 (s. auch Antrag auf Beschlagnahme und Vermögensbeschlagnahme).
- Beschlagnahmebeschluss, dessen Eintragung im Grundbuch 148. 154. 199. 209, dessen Aufhebung bei Unausführbarkeit der Eintragung 155. 209, Ausfertigung desselben dem Schuldner zuzustellen 155. 209, Wirkung der Zustellung 155. 210.
- Beschwerde in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit 10. 57, weitere — 15. 17. 64. 69, — gegen Verfügungen der Aufsichtsbeamten 29. 85, — in den vor dem 1. Octob. 1879 anhängigen Strafsachen 286. 312 und in den vor diesem Zeitpunkt anhängigen nichtstreitigen Rechtssachen 290. 291. 317, Gebühren für die Entscheidung auf — in nichtstreitigen Rechtssachen 360. 394, desgleichen bei Subhastationen 370. 404.
- Beschwerdefrist 14. 15. 17. 65. 68, für die weitere Beschwerde 18. 69.
- Beschwerdegericht 15. 17. 64. 65. 68.
- Betheiligte Gläubiger bei der Zwangsversteigerung 157. 215, an dieselben erfolgt besondere Zustellung 172.
- Betheiligte Privatparteien im Competenzgerichtsverfahren sind zur mündlichen Verhandlung zu laden 95. 108, können vorher einen Schriftsatz überreichen 96. 108, sind im Termine durch Rechtsanwälte zu hören 97, von dem Urtheil des Competenzgerichtshofs in Kenntniss zu setzen 98. 109. — bei der Zwangsversteigerung 157. 215.
- Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtniss in den am 1. Octob. 1879 anhängigen Civilprocesssachen 278. 298.
- Bieter im Subhastationsverfahren, dessen Verpflichtung zur Stellung einer Sicherheit 163. 222, Benennung des Auftraggebers 163. 164. 223, ist bei erfolgtem Mehrgebot nicht mehr gebunden 164.
- Brandversicherungsbeiträge, Rückstände derselben beim Subhastationsverfahren im Vertheilungstermin anzumelden 172. 239.
- Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, vor dem 1. October 1879 anhängig gewordene, nach den bisherigen Vorschriften zu erledigen 277. 294 ff., auf Antrag beider Theile auch nach Massgabe der D. C. P. O. zu behandeln 285. 309. 310.
- Busse, deren Vollstreckung in Strafsachen 614.

C.

Caution s. Sicherheit und Sicherheitsleistung.

Cautionshypothek, Behandlung derselben im Subhastationsverfahren gegen den im Vertheilungstermine nicht erschienenen Gläubiger 248.

Cautionsleistung des Rechnungsführers der Gerichtssportelkasse 491.

Competenzconflict, positiver — negativer 101, welche Landesbehörden zur Erhebung desselben befugt sind 94. 103, nicht befugt die Reichsbehörden 102, Form der Erhebung des — 94, wann und wie lange — erhoben werden kann 95. 103 ff. die Behörde, welche ihn erhoben hat, ist vom Verhandlungstermin zu benachrichtigen 95.

Competenzstreitigkeiten, Gerichtshof zur Entscheidung derselben 7. 47. 93. 100 ff., dessen Zusammensetzung 93. 101. 102, Verfahren des Gerichtshofs 95 ff., 108. 109.

Concurseröffnung, Eintragung des Eröffnungsbeschlusses in das Grundbuch 119. 141, beim Concurser einer Handelsgesellschaft in das Handelsregister 142, Mittheilung davon an die Staatsanwaltschaft 142, im Fall der — ist die Subhastation gegen den Concurserverwalter zu beantragen 187.

Concursverwalter, wann gegen denselben das Subhastationsverfahren fortzusetzen ist 187. 255, Betreibung der Zwangsvollstreckung in ein Grundstück durch denselben 188. 256, — bedarf keines Antrags auf Beschlagnahme 188. 206. 257.

Contoregister 442, vom Gerichtsschreiber zu führen 443, Zeit der Eintragung der Gebühren, Auslagen und Vorschüsse in das — 444, Abschluss desselben 444 ff. Controle der Eintragung 447, Formular 475, — hinsichtlich der im bisherigen Verfahren zu erledigenden Prozesse 449. 450.

Curatel über einen Grossjährigen, Anträge auf Anordnung derselben, wenn am 1. October 1879 anhängig 280.

Curatelsachen s. Vormundschaftsachen.

D.

Deposition von Geldern und Werthpapieren, Gebühr in freiwilligen Rechtssachen 374, in Vormundschaftsachen 379.

Depositenverwaltung bei den Gerichten 7. 46.

Dienstkleidung der Gerichtsvollzieher 560. 588.

Dienstiegel der Gerichtsvollzieher 560. 568.

Dienststunden der Gerichtsschreiber 543.

Dinglich Berechtigte, Recht derselben auf Subhastation ohne vorgängige Mobiliarexecution 148. 198.

Dingliche Lasten, Wirkung der Subhastation darauf 170. 236.

Disciplinarbehörde, provisorische, für die Beamten der Gerichte und Staatsanwaltschaften und für die Notare 28. 29. 85.

Dispensation, landesherrliche, vom Erscheinen im Termin zur Verkündung des Reskripts wegen landesherrlicher Ehetrennung 264, — der Referendare bei Ueberschreitung des fünfjährigen Zeitraums seit der ersten Prüfung 324, — bei zweiter Wiederholung der juristischen Prüfung 324.

Dispositionsstellung der früheren Richter und Gerichtssecretaire während einer dreijährigen Uebergangsperiode 32. 33. 90.

Drittschuldner der hypothekarischen Forderung bei Pfändung derselben 125. 126.

Durchsuchungen in Strafsachen durch Gerichtsvollzieher 613.

E.

Ehetrennung aus landesherrlicher Machtvollkommenheit 263 ff. 267 ff., nur auf hiesige Staatsangehörige anwendbar 263. 272, Constatirung des übereinstimmenden Willens beider Ehegatten 264. 265. 273, wann dieselbe als eingetreten gilt 274, Gebühr 362. 396. 397.

Eid, Verfahren bei Abnahme desselben in den am 1. October 1879 anhängigen Civilprocessen 278. 298.

Eigenthum an dem bei der Subhastation erstandenen Grundstück geht mit der Zustellung des Adjudikationsurtheils über 170. 234, dessen Umschreibung auf den Namen des Erstehers von Amtswegen zu bewirken 171. 237.

Eigenthümer des zur Subhastation gezogenen Grundstücks darf nicht mitbieten 164. 223. 224.

Eingänge bei Gericht und deren Eröffnung 545.

Eingezogene Gegenstände, deren Wegnahme durch den Gerichtsvollzieher 615.

Einstweilige Verfügung auf eine hypothekarische Forderung 114. 126. 127, deren Löschung 114. 128, — in den vor dem 1. October 1879 anhängigen Civilprocessen 278. 298, — deren Vollziehung 611.

Eintragung einer gepfändeten Hypothekenforderung in das Grundbuch 113. 124 ff.

Empfänge für Dritte, deren Ablieferung durch den Sportelkassenrendanten 482.

Entscheidung über Anträge auf Beschlagnahme des Grundstücks, Gebühr 369. 403.

Entsiegelungen, deren Vornahme durch den Gerichtsschreiber 22. 77, durch den Gerichtsvollzieher 23. 78. 618, Gebühr desselben 364. 400.

Erbberechtigte, Recht derselben zum Aufgebot aller gleich oder näher Berechtigten 115.

Erbscheinigungen, deren Ausstellung zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörig 9. 53.

Erbschaft, deren Antrittung mit der Wohlthat des Inventars, Aufgebot aller Anspruchsberechtigten 115.

Erhebungslisten, wann und von wem sie aufgestellt und unterschrieben

ben werden 425. 440. 441, deren Inhalt 426, Formular 463 ff., — dienen als Einnahmebelege zu den Rechnungen des Sportelkassenrendanten 481.

Ersteher ist vor dem Antrag auf Wiederversteigerung zu hören 169, bleibt für den etwaigen Ausfall bei der Wiederversteigerung verhaftet 169, erwirbt das Eigenthum frei von Hypotheken 170.

F.

Familienstammgut, Zwangsvollstreckung in dasselbe 148. 197.

Fehler und Mängel, heimliche, Anfechtung wegen derselben im Subhastationsverfahren regelmässig ausgeschlossen 162. 221.

Ferienkammer bei den Landgerichten, deren Bildung 26. 81.

Feriensenat beim Oberlandesgericht, dessen Bildung 26. 81.

Fiscus, dessen Vertretung in Civilprocessen bei Angelegenheiten der Justizverwaltung 30. 87.

Forderungen betagte — bedingte, deren Behandlung im Vertheilungsverfahren bei der Subhastation 175. 245, nach erfolgter Concurseröffnung 188. 256. 257, — auf wiederkehrende Hebungen 175.

Formulare, deren Einführung Sache der Landesjustizverwaltung 82. 83.

Formularpapier für die Rechnungenführer der Gerichtskassen 492.

Forststrafsachen, Gebührensätze in Ergänzung des D. G. K. G. 356. 357. 389. 390.

Fortlaufende Einkünfte, deren Beschlagnahme oder Pfändung in den am 1. October 1879 anhängigen Sachen 284. 308.

Freiwillige Gerichtsbarkeit, Gebührentarif für Acte derselben 359. 371 ff. 393. 405 ff., Gebühren für die darin abzugebenden Entscheidungen 359. 360. 394.

Functionszulage der Staatsanwälte 20. 73.

G.

Gebot, Aufforderung zur Abgabe von Geboten 163, Mangel desselben 163. 226, berechtigt zum Antrag auf Zwangsverwaltung oder nochmalige Zwangsversteigerung 164. 165. 226.

Gebühren für die jurist. Prüfungen 325. 335. 338. 350, — gerichtliche,

für die Staatskasse zu berechnen 354. 385, deren Ansatz 354. 385. 386, — in nichtstreitigen Rechtssachen, deren Werthberechnung 357. 391, deren Fälligkeit 358. 392, — Tarif 371 ff. 405, allgemeine Grundsätze über Berechnung der — in freiwilligen Rechtssachen 375. 376, in Vormundschafts- und Curatelsachen 377 ff., deren Vermerkung in den Protokollen und Concepten der gerichtlichen Verfügungen 433, — für die Zwangsvollstreckung in Strafsachen gleichzeitig beizutreiben 550.

Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher, ausgedehnt auf nichtstreitige Rechtssachen 363. 364. 398. 400, — für Zeugen und Sachverständige dergleichen 365. 401, — für Rechtsanwälte bis auf Weiteres auf die von derselben nicht betroffenen Angelegenheiten analogisch anwendbar 402.

Gefundene Sachen, deren Aufgebot und Verkauf 117. 136, Pflicht der Ablieferung derselben an das Gericht besteht nicht 136.

Gehalt der Richter im Allgemeinen 5. 44, — der Amts- und Landrichter nach gleichen Grundsätzen zu bemessen 5. 45.

Gehaltsklasse, Bestimmung derselben bei einem in den hiesigen Justizdienst neu eintretenden Richter 5. 45.

Geldstrafen, welcher Betrag an die Kreiscommunkassen abzuliefern ist 119. 140. 141, — deren Einziehung auf Ersuchen auswärtiger Behörden 537 ff., deren Vollziehung durch die Gerichtsvollzieher in Strafsachen 613.

Gemeinden, städtische und ländliche, haben den Competenzconflict bei der Kreisdirection zu beantragen 94.

Gemeine Lasten, deren Vorzugsrecht im Subhastationsverfahren 174. 242. 243, Rückstände derselben im Vertheilungsverfahren anzumelden 172. 239.

Gemeinschuldner gilt nicht als Bethelligter bei der Zwangsversteigerung 188. 215. 257.

Genossenschaftsregister, deren Führung zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörig 9. 54.

Gerichte, deren Vorstände als Organe der Landesjustizverwaltung 27. 82, Bestimmungen über die Verwendung der bei den — vor dem 1. Oct. 1879 angestellten Beamten 32. 89. 90.

Gerichtsassessoren, deren Ernennung und dienstliche Verhältnisse 3. 4. 38 ff., deren Verwendung als

- Hülfssrichter oder Hülfbeamte der Staatsanwaltschaft 4. 39 ff., deren Anspruch auf Remuneration 4. 40.
- Gerichtsbeamte**, deren Tagegelder und Reisekosten 354. 385.
- Gerichtsdienner** darf von Amtswegen angeordnete Zustellungen durch die Post oder durch Aufgabe zur Post als Hülfgerichtsvollzieher besorgen 564.
- Gerichtsferien** in nichtstreitigen Rechtssachen 26. 81, in den am 1. Oct. 1879 anhängigen Civil- und Strafsachen 291. 318.
- Gerichtshof** zur Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten, s. Kompetenzstreitigkeiten.
- Gerichtskassenwesen**, dessen Einrichtung dem Verordnungswege überlassen 419, Instruction darüber 481 ff.
- Gerichtskosten**, deren Einziehung im Wege administrativer Zwangsvollstreckung 354. 355. 386. 387, in Strafsachen durch die Staatsanwaltschaft oder die Amtsgerichte 355. 387, — deren Stundung und Niederschlagung wegen Armuth 355. 356. 388, deren Einziehung auf Ersuchen auswärtiger Behörden 537 ff.
- Gerichtliches Verfahren**, Unterbrechung desselben durch Erhebung des Kompetenzconflicts 95. 103 ff., dessen Fortsetzung durch Wiederaufnahme des Verfahrens 98. 109. 110, dessen Einstellung, wenn der Rechtsweg für unzulässig erklärt ist 98. 110.
- Gerichtspersonen**, deren Ausschliessung und Ablehnung in den am 1. Octob. 1879 anhängigen Civilprocesssachen 277. 296.
- Gerichtsschreiber**, dessen Ernennung und Geschäftsverhältnisse 21. 22. 75 ff., dessen Ausschliessung und Vertretung in nichtstreitigen Rechtssachen 22, — darf, wenn er im Versteigerungstermin mitwirkt, nicht bieten 164. 224, hat den Gerichtsvollzieher mit der Zwangsvollstreckung aus den vor dem 1. Octob. 1879 ergangenen vollstreckbaren Schuldtiteln zu beauftragen 283. 306, — als Kassenführer der Gerichtsverwaltungskasse 424, dessen Dienstobliegenheiten im Allgemeinen 544, hat die bei ihm gestellten, zu seiner Competenz gehörigen Anträge selbstständig zu erledigen 546, dessen Geschäftsverkehr mit den Gerichtsvollziehern 550, hat bei den Amtsgerichten die Beauftragung des Gerichtsvollziehers mit der Einziehung der Geldstrafen und Gerichtskosten zu ver-
- mitteln 550, Vertheilung der Geschäfte unter mehrere — 551. 552, Vertretung derselben unter einander 554, Anzeige an den Landgerichtspräsidenten bei Behinderung des — 554.
- Gerichtsschreiberei**, Geschäftsordnung für dieselbe 543 ff.
- Gerichtssportelkasse**, deren Verbindung mit den Stempelsteuerrecepturen 423. 424, der Zoll- und Steuerdirection unterstellt 423, Bezeichnung der in dieselbe regelmässig fliessenden Einnahmen 425. 438, der zufälligen Einnahmen 428, Zahlungsverpflichtungen aus der — 428, wird vom Finanzcollegium controlirt 429.
- Gerichtssprache** in nichtstreitigen Rechtssachen 25, in den am 1. Oct. 1879 anhängigen Civil- und Strafsachen 291. 318.
- Gerichtstage**, ordentliche, bei Beginn des Geschäftsjahres von den Amtsgerichten festzusetzen und zu verkünden 113. 124, periodische ausserhalb des Gerichtssitzes durch die Landesjustizverwaltung zu bestimmen 8. 49. 50.
- Gerichtsverwaltungskasse**, dem Gerichtsvorsitzenden unterstellt 424, erhält die Vorschussleistungen aus der Gerichtssportelkasse 428, bestreitet die Verwaltungsausgaben des Gerichts und der Staatsanwaltschaft 429, wird vom Finanzcollegium controlirt 429.
- Gerichtsvollzieher**, deren Ernennung 22. 78, Garantirung eines Minmaleinkommens an dieselben 23. 79. 80, Aufsicht über dieselben 29. 86, werden mit Ausführung der Zwangsvollstreckung der vor dem 1. Octob. 1879 ergangenen vollstreckbaren Schuldtitel durch den Gerichtsschreiber beauftragt 283. 306, Feststellung der von denselben monatlich abzuliefernden Gelder 427, haben in Strafsachen die Kosten der Zwangsvollstreckung vom Zahlungspflichtigen zu erheben 442, deren örtliche Zuständigkeit 551. 565, deren sachlicher Geschäftskreis 559. 560. 565, Vertheilung der Geschäfte unter mehrere — 560, deren Geschäftslokal 560, Ablehnungsrecht der — 561. 565, deren rechtliche und tatsächliche Verhinderung 561. 565, deren Vertretung 562. 563. 631, — dürfen keine Gebühren über den Tarif fordern 561, in Civilprocessen nur für nahe Angehörige als Processbevollmächtigte u. Beistände fungiren 562, Form

- der Auftragserteilung an die — 566, deren Pflicht zur ungesäumten Dienstleistung 566, Besorgung von Mittheilungen, Erkundigung etc. durch — 580, Gebühren der — im Allgemeinen 619, für Zustellungen und Zwangsvollstreckungen in nichtstreitigen Rechtssachen 363. 398, für Aufnahme von Wechselprotesten 364. 399, für Inventuren, Siegelungen und Entsiegelungen 364, für freiwillige Mobilienversteigerungen 364. 399, bei Parteaufträgen 624, bei von Amts wegen angeordneten Geschäften 625.
- Gerichtsvollzieherordnung** 559 ff.
- Gerichtsvorsitzender** hat in eiligen Fällen den Vertreter des Staats- und Amtsanwalts zu bestellen 20. 74. 75.
- Geschäftsjahr**, dessen Dauer 30. 87.
- Geschworene**, die mit Bildung der Vorschlagsliste der — verbundenen Geschäfte liegen dem ersten Amtsrichter ob 11. 59, deren Reisekosten 16. 60.
- Gesetze**, Verzeichniß der Landesgesetze, welche aufgehoben sind auf Grund des D. G. V. G. 33. 34. der D. Processgesetze 120. 121. 142.
- Gesinde** streitigkeiten, proviso- rische Regulirung derselben durch die Polizeibehörde 143.
- Gesuche** in gerichtlichen nicht processualischen Sachen, deren Protokol- lirung durch den Gerichtsschreiber 22. 77. — zum Zweck der Ehetrennung aus landesherrlicher Machtvollkom- menheit 263, um einstweilige Ver- fügung in den vor dem 1. October 1879 anhängigen Civilprocesssachen 278. 298.
- Gläubiger** mit Anspruch auf Bil- dung besonderer Massen im Verthei- lungsverfahren 173, deren Rangord- nung im Vertheilungsverfahren bei der Zwangsversteigerung 173. 174, deren Verpflichtung zur Ueberrei- chung der Schuldurkunden im Ver- theilungstermine 178.
- Grossjährigkeitserklärung**, Ge- bühr dafür 379.
- Grundbuch**, neue Anlegung dessel- ben vom Landgerichtspräsidenten zu überwachen 82. 83, Eintragung einer gepfändeten Hypothekforderung in dasselbe 113. 124 ff. Eintragung der Eröffnung oder Aufhebung des Concursverfahrens in dasselbe 119. 141, Aufgebotsverfahren seitens des Besitzers eines im — nicht eingetrag- enen Grundstücks 114. 132, s. auch **Beschlagnahmebeschluss**.
- Grundbuchs** auszug ist dem Antrag auf Beschlagnahme beizufügen 153. 207, mit den Vollstreckungsacten zu verbinden 154. 209, kann zwei Wo- chen vor dem Versteigerungstermin eingesehen werden 160.
- Grundbuchwesen** gehört zur Zu- ständigkeit der Amtsgerichte 9. 53, Aufsicht darüber Sache der Land- gerichtspräsidenten 83.
- Grundsteuern**, Rückstände dersel- ben im Vertheilungstermin anzu- melden 172. 239, deren Vorzugsrecht im Subhastationsverfahren 173. 174. 242. 243.
- Gutachten** Sachverständiger, Ver- pflichtung zur Erstattung desselben in den am 1. Oct. 1879 anhängigen Civilprocessen 278. 298, Erzwingung desselben 278.

H.

- Haft**, wenn vor dem 1. Oct. 1879 ver- hängt 284. 308, deren Kosten 357. 391, deren Vollstreckung 608. 609, — gegen einen Zeugen, deren Voll- ziehung 610.
- Handelsregister**, dessen Führung zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörig 9. 54. 55, Anmeldung und Eintragung in dasselbe, Gebühren- tarif 361. 380. 381. 408.
- Handelsrichter**, deren Ernennung durch den Landesfürsten auf Vor- schlag der Handelskammer 5. 44.
- Handelssachen**, nichtstreitige, zur Zuständigkeit der Amtsgerichte ge- hörig 10. 55 ff., Gebühren für die darin abzugebenden Entscheidungen 362. 396.
- Hauptintervention** in den am 1. Octob. 1879 anhängigen Civilpro- cessen 278. 297.
- Hauptsteueramtskasse** verein- nahmt die von den Sportelkassen eingenommenen Beträge 429.
- Hausordnungen** der Straf- und Ge- fangenenanstalten 411.
- Herzogliches Haus**, Gebührenfrei- heit desselben in gerichtlichen An- gelegenheiten 353. 384.
- Hinterlegung** des Pfanderlöses 611.
- Hülfbeamte** der Staatsanwaltschaft 21, Aufsicht über dieselben 29. 86.
- Hülfsgesichtsvollzieher** 563. 564. 631.
- Hülfskammer** des Landgerichts Braunschweig 31. 88. 89, deren Com- petenz 279.
- Hülfssenat** des Oberlandesgerichts 31. 88. 89.

Hypotheken, Aufgebotsverfahren hinsichtlich derselben wegen Unkenntnisschaft des Gläubigers 115. 133, wegen glaubhaft gemachter Tilgung der unterliegenden Forderung bei den vor dem 1. Oct. 1878 eingetragenen — 116. 134, Wirkung der Subhastation auf — 170. 192 ff., 235, System der Wahrung der Rechte des ersten Hypothekgläubigers bei der Subhastation 192. 193, sind, soweit sie nicht vom Ersteher übernommen wurden, nach Ausfertigung des Adjudikationsurtheils von Amtswegen zu löschen 171. 237, Eintragung von — wegen rückständiger Gerichtskosten 355. 387.

Hypothekenbriefe sind im Versteigerungstermin zu überreichen 160, bei nicht erfolglicher Ueberreichung im Versteigerungstermin Deposition der Kaufgelder 178. 248, Cassirung der — 178. 249, deren Herausgabe an den Executionspfandgläubiger 125, deren Amortisirung im Aufgebotsverfahren 115. 132.

Hypothekforderungen, gepfändete, deren Eintragung in das Grundbuch 113. 124 ff., Bestimmung der Reihenfolge bei Zahlungen auf — im Subhastationsverfahren 174. 245.

Hypothekgläubiger, Recht derselben auf Subhastation ohne vorgängige Mobilarexecution 148. 198.

I.

Ideeller Theil eines Grundstücks als Gegenstand der Subhastation 196.

Instruction für die juristische Prüfungscommission 321. 332 ff. 343, für den Vorbereitungsdienst der Referendare 328 ff., für die Gerichtskassen 481 ff.

Inventar, Erbschaftsanretung mit der Rechtswohlthat desselben, Aufgebot der Anspruchsberechtigten 115.

Inventarisirung beweglicher Zubehörungen des Grundstücks zum Zwecke der Zwangsversteigerung 156. 211.

Inventuren, deren Vornahme durch den Gerichtsschreiber 22. 77, durch den Gerichtsvollzieher 23. 78. 618, Gebühr dafür 364. 399. 400.

Juristische Prüfungscommission, deren Zusammensetzung 321. 343.

Justizbeschwerde 30. 86.

K.

Kammer für Handelssachen, Bestimmung des Vorsitzenden derselben durch die Landesjustizverwaltung 16. 66. 67.

Kanzlist als Gehülfe des Gerichtsschreibers 554, Geschäftsvertheilung unter mehrere — 553. 554.

Kassabuch des Sportelkassenrendanten 481, Formular 493, Abschluss desselben 481. 482, — des Rechnungsführers der Gerichtsverwaltungskasse 487, Formular 517.

Kassenbestand der Gerichtssportelkasse 484.

Kassendefecte 482.

Kaufgelder, deren Vertheilung im Subhastationsverfahren bei vorhandener Correalhypothek 172. 173. 239, deren Deposition bei Nichterscheinen im Vertheilungstermin 178, Gebühr dafür 370. 404.

Kirchen, deren Gebührenfreiheit in gerichtlichen Angelegenheiten 353. 384.

Kirchenvorstände haben den Kompetenzconflict beim Consistorium zu beantragen 94. 103.

Kostenrechnung mit der Zahlungsaufgabe zu verbinden 435. 436. 445, muss den Betrag des Vorschusses und der Verrechnung desselben enthalten 444. 445.

Kranke brauchen auch nach erfolgter Einweisung des Verwalters im Subhastationsverfahren die Wohnung nicht zu räumen 182.

Kreisgerichte, deren Aufhebung 6. 46.

L.

Landesbrandversicherungsanstalt, deren Gebührenfreiheit in gerichtlichen Angelegenheiten 353. 384.

Landesfiscus, Ansprüche gegen denselben, in gewissen Fällen zur ausschliesslichen Zuständigkeit der Landgerichte gehörig 13. 60. 61.

Landesjustizverwaltung steht dem Justizdepartement des Staatsministeriums zu 27, hat die Richter behuf deren Ernennung durch den Landesfürsten vorzuschlagen 5, desgleichen den Oberstaatsanwalt 19, und die mit der Staatsanwaltschaft zu beauftragenden Richter 20, periodische Gerichtstage ausserhalb des Gerichts-

- sitzes anzuordnen 8. 49, die Geschäfte unter die mit mehreren Richtern besetzten Amtsgerichte zu vertheilen 8. 50, bei Uebertragung einer Vormundschaft auf ein nicht Braunschweigisches Gericht oder Uebnahme derselben von einem fremden Gerichte zuzustimmen 11. 59, — bestimmt die Zahl der Civil- und Strafkammern der Landgerichte 13, und der Civil- und Strafsenate des Oberlandesgerichts 16. 67, bestimmt den Vorsitzenden der Kammer für Handelssachen und dessen Vertreter 16. 66. 67, beruft die Vertreter für das Oberlandesgericht 16. 17. 68, ernennt die Anwälte und deren Vertreter 20. 74, schlägt die Gerichtsschreiber behuf deren Ernennung durch den Landesfürsten vor, ernennt deren Vertreter und Gehülften 21. 22. 75. 77. 78, bestimmt den das Sportelregister führenden Gerichtsschreiber 551, ernennt die Gerichtsvollzieher, ordnet deren Geschäftsverhältnisse 22. 78, beauftragt den Vertreter des Gerichtsvollziehers 563, bestellt Hilfserichtsvollzieher 564, darf einfachere Formen der Zustellung und deren Nachweis in nichtstreitigen Sachen bestimmen 23. 79, ernennt eventuell den Vorsitzenden der Ferienkammer (des Ferien senats) 26. 81, führt die Aufsicht über sämtliche Gerichte, Staatsanwaltschaften und Notare 27. 84, bestimmt die den Justizfiscus in Civilprocessen vertretende Behörde 30. 87, desgleichen über die Bildung von Hilfssenenaten und Hilfskammern 30. 88. 89, beschliesst über die Zulassung der in der ersten juristischen Prüfung Bestandenen zum Vorbereitungsdienst 322, bestimmt die Ueberweisung der Referendare zur Beschäftigung an die Behörden und Rechtsanwälte 323, desgleichen über Anrechnung der Zeit der Abwesenheit auf die Vorbereitungszeit 323, über Zulassung der Referendare bei Gericht oder Staatsanwaltschaft bis zur Vorladung zur zweiten Prüfung 323. 349, hat die Gebühren der Gerichtsvollzieher, soweit sie nicht durch Gesetz bestimmt sind, zu fixiren 365. 401.
- Landesverwaltungen**, deren Gebührenfreiheit in gerichtlichen Angelegenheiten 353. 384.
- Landgerichte**, deren Zahl und Bezirk 6. 46, deren Kammern 13. 67, treten an Stelle der bisherigen Kreisgerichte und des Handelsgerichts 279. 300, Beschäftigung der Referendare bei den — im Vorbereitungsdienst 323. 330. 331.
- Landgerichtspräsident** hat den Vertreter des behinderten Amtrichters, Eilfälle ausgenommen, zu berufen 8. 51. 52, amtliche Unterschriften zum Zweck der Legalisation zu beglaubigen 15. 65. 66, führt die Aufsicht über das Landgericht, die Amtsgerichte und Notare seines Bezirks 28. 84, hat die zum Vorbereitungsdienst zugelassenen Referendare eidlich zu verpflichten 322, ihre Beschäftigung beim Landgericht im Vorbereitungsdienst zu regeln und zu überwachen 331.
- Landrichter**, deren Verpflichtung zur Vertretung eines Mitgliedes des Oberlandesgerichts 4. 42, desgleichen zur Besorgung von Geschäften der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit bei einem Amtsgericht ihres Wohnsitzes 4. 43.
- Landschaft**, deren Gebührenfreiheit in gerichtlichen Angelegenheiten 353. 384.
- Legalisation** öffentlicher Urkunden zum Gebrauch im Auslande 15. 65. 66.
- Leibzucht** bei Bauergütern, deren Feststellung durch schiedsrichterliches Verfahren fortan unzulässig 7. 48.
- Leihhauskassen**, Einwendung der denselben aus der Subhastation zukommenden Gelder findet nicht statt 248.
- Leihhauspfandscheine**, auf den Inhaber lautende, deren Aufgebot 117. 137.
- Letztwillige Verfügung**, deren Annahme, Aufnahme und Eröffnung gehört zur Zuständigkeit der Amtsgerichte 9. 53.
- Liberatorium** des Rechnungsführers der Sportelkasse und Gerichtsverwaltungskasse 490.
- Löschung** des eingetragenen Arrestes auf ein Grundstück oder eine hypothekarische Forderung 114. 128.
- M.**
- Manual** zu der Rechnung des Sportelkassenrendanten 483 und des Rechnungsführers der Gerichtsverwaltungskasse 487, Formular 521.
- Massekosten** bei der Subhastation 173. 241.
- Massenbildung** im Subhastationsverfahren 173. 241.

Meistbietender, dessen Verpflichtung zur Unterzeichnung des Protokolls bei erhaltenem Zuschlag 164, wird bei Zulassung der nochmaligen Versteigerung frei 165.
 Miethe, deren Beendigung durch die Zwangsversteigerung 156. 211 ff.
 Miether, Einzahlung der Miethzinsen an den Verwalter oder das Vollstreckungsgericht 157. 183. 214, dessen Anspruch auf das Interesse bei früherer Aufhebung des Miethvertrages durch Zwangsverkauf 156. 214.
 Mobiliarexecution, Fruchtlosigkeit derselben als Voraussetzung für die Subhastation 148. 197.
 Mobiliarversteigerung, freiwillige, der Gerichtsvollzieher 617. 618.
 Monitorverhandlungen, über die Rechnungen der Sportelkasse und Gerichtsverwaltungskasse 490.
 Musterregister, deren Führung zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörig 9. 54.

N.

Nachlass, vacanter, Sorge dafür zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörig 9. 53.
 Nebenregister zum Contoregister 443. 446.
 Nichtigkeitsklagen gegen die nach früherem Verfahren ergangenen Urtheile 280. 301, wenn am 1. Oct. 1879 anhängig 281. 302.
 Niederschlagung der Untersuchung 17. 68.
 Notare, Aufsicht über dieselben 82, zwangsweise Einziehung ihrer Gebühren und Auslagen 358. 392. 393, deren Gebühren für Termine ausserhalb des dienstlichen Wohnsitzes 360. 394.

O.

Oberappellationsgericht für Schaumburg-Lippe, dessen Aufhebung 6. 46.
 Obergericht zu Wolfenbüttel, dessen Aufhebung 6.
 Oberlandesgericht, dessen Sitz 6. 46, kann in Vormundschafts- und Curatelsachen das zuständige Amtsgericht bestimmen 11. 58. 59, dessen Zuständigkeit für die Beschwerde gegen Entscheidungen der Landgerichte in Vormundschaftssachen 17. 68, für das Rechtsmittel der weite-

ren Beschwerde in nichtstreitigen Rechtssachen 17. 18. 69. 70, für Beschwerden der Amtsgerichte gegen Verfügungen der Landgerichte in nichtstreitigen Rechtssachen 18. 70. 71, Zulässigkeit der Einberufung eines Vertreters beim — 17. 68, Bildung der Aushülfsenate für Berufungssachen und für Revisions- und Cassationssachen an Stelle des früheren Obergerichts 280. 301.

Oberlandesgerichtspräsident führt die Dienstaufsicht über das Oberlandesgericht 27. 84.

Oberstaatsanwalt, dessen Ernennung 19, kein richterlicher Beamter 19. 72, dessen Dienstaufsichtsrecht über die Staatsanwaltschaft 28. 84, dessen Beaufsichtigung der Verwaltung der Gefangenenanstalten 411. 412. 415.

Oeffentlichkeit der Sitzungen in nichtstreitigen Rechtssachen 24. 80. 81, wenn dieselbe im Competenzgerichtsverfahren ausgeschlossen wird 97, in den am 1. Octob. anhängigen Civil- und Strafsachen 291. 318.

Opferereien, deren Gebührenfreiheit in gerichtlichen Angelegenheiten 353. 384.

Ordnungsstrafen, deren Erlass im Aufsichtswege 28. 85. 86, — in Handelssachen, Gebühren dafür 361. 395.

P.

Pacht, deren Beendigung durch die Zwangsversteigerung 156. 211 ff.

Pächter, Einzahlung der Pachtzinsen an den Verwalter oder das Vollstreckungsgericht 157. 183. 214, dessen Anspruch auf das Interesse bei früherer Aufhebung des Pachtvertrags durch Zwangsverkauf 156. 214.

Personalveränderungen der Rechnungsführer der Gerichtskassen 491.

Pfandrecht auf Grund einer vor dem 1. Oct. 1879 eingeleiteten Zwangsvollstreckung 284. 309.

Pfandstücke, deren Besitznahme und Unterbringung 589 ff., deren Veräusserung 593 ff. 599. 601.

Pfändung von Werthpapieren 596 ff., von Forderungen aus Wechsell 598, vom Boden nicht getrennter Früchte 599, bereits gepfändeter Sachen 600.

Pfändungsbeschluss, gerichtlicher, ersetzt die Verpfändungserklärung zum Zweck der Eintragung des Pfandrechts in das Grundbuch 125.

- Pfändungsprotokoll 592. 593. 599.
 Pfarren, deren Gebührenfreiheit in gerichtlichen Angelegenheiten 353. 384.
 Pfarrwittwenhümer, deren Gebührenfreiheit in gerichtlichen Angelegenheiten 353. 384.
 Plenarberathungen der Gerichte 67. 68.
 Portoliquidationen der Postbehörden 488.
 Privatanklagesachen, vor dem 1. Octob. 1879 anhängige, 286. 287. 312.
 Probearbeiten für die erste juristische Prüfung 336. 337, für die zweite juristische Prüfung 338 ff.
 Processkosten, deren Geltungsmachung, wenn der Rechtsweg im Kompetenzconflictsverfahren für unzulässig erklärt ist 98. 110.
 Protokoll über den Hergang im Versteigerungstermine 165. 166. 227, über den Gang der Verhandlung im Termine zur Verkündung des Rescripts wegen landesherrlicher Ehetrennung 265, von Generalversammlungen, Gebühr für Aufnahme desselben 373.
 Protokollarische Aufnahme schwieriger Rechtsacte, Gebühr 371. 405, einfacher Rechtsgeschäfte 372, von Darlehns- und Creditverträgen 372, von Bürgschafts- und Cautionsurkunden 372.
 Prüfung, juristische, allgemeine Vorschriften über dieselbe 3. 37. 333. 334, erste —, Bedingungen für die Zulassung zu derselben 322. 335 ff. 343. 344, deren Anforderungen 322. 336. 337. 345, zweite —, Bedingungen für die Zulassung zu derselben 324. 338, deren Anforderungen 324. 338 ff. 349, Zeit der Abhaltung der Prüfungen 333.
 Prüfungscommission, juristische, deren Zusammensetzung 321. 343, deren Geschäftsbetrieb 333.
 Rangordnung der Gläubiger im Vertheilungsverfahren bei der Zwangsversteigerung 173. 174. 242 ff.
 Räumungsbefehl, dessen Erlass an den Schuldner, Pächter oder Miether bei Zustellung des Adjudikationsurtheils 171. 237, dessen Vollstreckbarkeitserklärung 171. 180.
 Recherchen der Gerichtskassen-Rechnungsführer 491.
 Rechnungen der Sportelkassen, jährliche Aufstellung derselben 429. 483. 485, Formulare für die Rechnungen 497. 507, Unterschrift und Einsendung derselben 485, Strafverfügung wegen verspäteter Einsendung 485, — über Einnahmen und Ausgaben der Gerichtskasse während der Uebergangsperiode 430. 431, — der Gerichtsverwaltungskassen, jährliche Aufstellung derselben, deren Einsendung 429. 487. 488, Formular 525.
 Rechnungssachen, die darin gegen die Entscheidungen der Verwaltungsbehörde gegebene Revisionsinstanz ist aufgehoben 14. 62.
 Rechnungsstellung des Verwalters im Subhastationsverfahren 184, zwangsweise Verpflichtung desselben zur Rechnungslegung 184.
 Rechtsanwälte, Beschäftigung der Referendare bei denselben im Vorbereitungsdiens 323. 331.
 Rechtsanwaltszwang im Competenzgerichtsverfahren 96. 109.
 Rechtshülfe in nichtstreitigen Rechtsachen 24. 80, in den am 1. October 1879 anhängigen Civil- und Strafsachen 291. 318, Gebühr für Leistung der — an nicht Braunschweigische Gerichte 362. 363. 397. 398.
 Rechtsmittel in den am 1. Oct. 1879 anhängigen Strafsachen 286. 312.
 Rechtsweg im Verfahren bei Abnahme der Vormundschafts- und Curatelrechnungen 14. 63, gegen die Entscheidungen der Staatsbehörde in Rechnungssachen 62. 63.
 Referendare, Berechtigung zur Führung des Titels seitens der in der ersten juristischen Prüfung Bestandenen 322. 346, deren eidliche Verpflichtung durch den Landgerichtspräsidenten 322, deren Beschäftigung im Vorbereitungsdiens 322. 323. 328 ff. 346 ff., deren Beschäftigung nach Beendigung des Vorbereitungsdienstes bis zur Ladung zur zweiten Prüfung 323. 349, deren Zulassung zur zweiten juristischen Prüfung 324. Verlust des Rechts zur Führung des Titels 324. 346, Berechtigung derselben zur Vertretung des Gerichtsschreibers 329.
 Register der Gerichtsvollzieher 621 ff., — für Zwangsvollstreckungen und freiwillige Versteigerungen 628, dessen Revision durch den Amtsrichter 629, Formular 637, s. auch Allgemeines Dienstregister.

R.

- Restitutionsklage gegen die nach früherem Verfahren ergangenen Urtheile 280. 301.
- Restverzeichniss zur Sicherung der Gebühren in Sachen der nichtstreitigen Rechtspflege 447. 448, — über die Rückstände der Sportelkasse 484, Formular 511.
- Resubhastation, s. Wiederversteigerung.
- Retentionsrecht hinsichtlich der in nichtstreitigen Rechtssachen ergangenen Rechtsacte bis zur Kostenzahlung 358. 392. 448.
- Richter, deren Ernennung durch den Landesfürsten 5. 43, deren Gehalt und Gehaltszulagen 5. 44, dürfen für richterliche Geschäfte keine besondere Vergütung erhalten 5. 45.
- Rückstände der bei der Gerichtsportelkasse unerledigt gebliebenen Kosten 426. 427.
- Rückzahlungen aus der Sportelkasse 482.
- S.
- Sachuntersuchung bei Gesuchen um landesherrliche Ehetrennung 264.
- Sachverständige, deren Vernehmung und Beeidigung in den vor dem 1. Oct. 1879 anhängigen Civilprocesssachen 278. 298.
- Schöffen, deren Anspruch auf Reisekosten 12. 60, deren Zahl für jedes Amtsgericht 12.
- Schöffensliste, die mit deren Bildung verbundenen Geschäfte liegen dem ersten Amtsrichter ob 11. 59.
- Schreiber, deren Verwendung als Gehülfen des Gerichtsschreibers 22. 77. 78.
- Schuldner, wann derselbe bei der Zwangsverwaltung das Recht der Bewirthschaftung des Grundstücks verliert 181, — gilt als Betheiligter bei der Zwangsversteigerung 157. 215, dessen Wiedereinweisung in den Besitz des Grundstücks nach beendigter Zwangsverwaltung 186. 255, s. auch Eigenthümer.
- Schuldurkunde, deren Kraftloserklärung im Aufgebotsverfahren 115. 132.
- Schuldverschreibungen, deren In- und Aussercourserklärungen, Gebühr 374.
- Schulen, öffentliche, deren Gebührenfreiheit in gerichtlichen Angelegenheiten 353. 384.
- Schwurgericht, dessen regelmässige und ausserordentliche Sitzungen 15. 66, wann deren Beginn bekannt zu machen ist 16. 66.
- Schwurgerichtssachen, am 1. Oct. 1879 anhängige, deren Behandlung 288. 313.
- Sicherheit, Verpflichtung des Bieters im Subhastationstermine zur Stellung derselben 163. 165. 222. 223. 226.
- Sicherheitsleistung seitens des Verwalters bei der Zwangsverwaltung 183. 252.
- Siegelungen, deren Vornahme durch den Gerichtsschreiber 22. 77, durch den Gerichtsvollzieher 23. 78. 618, Gebühr der Gerichte und Notare für — 374, der Gerichtsvollzieher 364. 400.
- Sitzungspolizei in nichtstreitigen Rechtssachen 24. 80. 81, in den am 1. Oct. 1879 anhängigen Civil- und Strafsachen 291. 318.
- Sparkassenbücher, auf den Inhaber lautende, deren Aufgebot 117. 137.
- Specialcurator, Gebühr für Bestellung desselben 377. 378.
- Sportelkasse, s. Gerichtssportelkasse.
- Sportelkassenrendant, Vereinnahmung der in die Erhebungslisten nicht eingetragenen Kosten durch denselben 427.
- Sportelregister 439. 440, Formular 453 ff.
- Sporteltaxe, frühere, auf die nach dem 1. Oct. 1879 im bisherigen Verfahren zu behandelnden Civil- und Strafsachen anzuwenden 365. 401. 402.
- Sprechstunden bei der Gerichtsschreiberei 543.
- Staatsanwaltschaft, bei Behinderung eines Beamten derselben erfolgt die Ernennung des Vertreters in eiligen Fällen durch den Gerichtsvorsitzenden 20. 74. 75, bei den Landgerichten und dem Oberlandesgericht nur durch einen richterlichen Beamten 21. 75, Hilfsbeamte der — 21, Vorstände der — als Organe der Landesjustizverwaltung 27. 82, — hat sich auf Verlangen der Aufsichtsbehörden über Gesetzgebungs- und Justizverwaltungsfragen gutachtlich zu äussern 27, deren Berechtigung zur Klageerhebung in Fällen des öffentlichen Interesse 83. Bestimmungen über die Verwendung der bei der — vor dem 1. Octob. 1879 angestellten Beamten 32. 89. 90, Mitwirkung der — in den am 1. Oct. 1879 anhängigen Civilprocessen 279. 299, Beschäftigung der Referendare bei derselben im Vorbereitungsdienst 322. 330.
- Staatsanwälte fungiren als richter-

liche Beamte kraft dauernden wider-
rufflichen Auftrags 19. 20. 71. 72,
haben keinen Anspruch auf Unver-
setzbarkeit 20, deren Rang- und Ge-
haltsverhältnisse bei Ertheilung und
Rücknahme des Auftrags 20. 73,
Macht der Aufsicht des ersten Staats-
anwalts über die Staatsanwaltschaften
seines Bezirks 28. 84, — haben
Mängel in der Verwaltung der Straf-
anstalten zur Kenntniss des Ober-
staatsanwalts zu bringen 412. 416.

Staatsbeamte, deren Processe gegen
den Fiscus aus ihrem Dienstverhält-
niss zur ausschliesslichen Zuständig-
keit der Landgerichte gehörig 13.
60. 61.

Staatsministerium, auf dessen Gut-
achten erfolgt die Ernennung der
Richter 5. 43 und des Oberstaats-
anwalts 19.

Staatsverwaltungsbeamter als
Mitglied des Ausschusses zur Bildung
der Schöffen- und Geschworenenliste
12.

Stempel, deren nichtgehörige Ver-
wendung darf die richterliche Verfü-
gung nicht verzögern 7. 47, deren
Berechnung in nichtstreitigen Rechts-
sachen 356. 389, — als Theil der Aus-
lagen des Gerichtsvollziehers zu er-
setzen 365. 401.

Stempelcontrole der Notare durch
den Kreisgerichtsdirector aufgehoben
7. 47.

Straf- u. Gefangenenanstalten
zu Wolfenbüttel und Braunschweig,
deren Verwaltung 411. 415.

Strafbefehle, vor dem 1. Oct. 1879
erlassene, deren Behandlung 289. 314.

Strafgelder, an fremde Behörden
oder Privatpersonen abzuliefern 420,
freiwillig eingezahlte — in Forst-
strafsachen, durch besondere Erhe-
bungsliste dem Sportelkassenrendan-
ten abzuliefern 426.

Strafprocesssachen, am 1. Octob.
1879 anhängige, deren Uebergang auf
die neuen Landesgerichte 286 ff.
311 ff.

Strafverfahren, polizeiliches, wel-
chen Behörden dasselbe übertragen
ist 118. 138. 139.

Strafverfügung, polizeiliche, Bet-
rag derselben 118. 139, Beschwerde
dagegen an die höhere Verwaltungs-
behörde unzulässig 118. 139, deren
Zustellung 118. 140, deren Voll-
streckung 118. 140.

Strafvollstreckung, in Schöffen-
gerichtssachen, den Amtsgerichten
übertragen 118, — aus den vor dem

1. Oct. 1879 ergangenen Urtheilen
290. 316.

Sühnever such in Gesindestreitigkei-
ten nicht mehr obligatorisch 142. 143,
— bei Gesuchen um landesherrliche
Ehetrennung 263. 264. 273, wann der-
selbe nicht erforderlich ist 264.

Syndicatsklagen, vor dem 1. Oct.
1879 anhängige, 281. 303.

Synode hat den Competenzconflict beim
Consistorium zu beantragen 94. 103.

T.

Tagebuch 546, Bestimmung über die
Eintragung der Eingänge bei mehre-
ren Tagebüchern 552. 553.

Termin zur Verkündung des höchsten
Rescripts bei Gesuchen um landes-
herrliche Ehetrennung 264, Folgen
des Nichterscheinens in diesem Ter-
mine 265, Gang der Verhandlung im
Termine 265.

Testamente, gerichtliche, deren Eröff-
nung 134, deren Annahme, Aufnahme
und Eröffnung zur Zuständigkeit der
Amtsgerichte gehörig 9. 53, Gebühr
dafür 374.

Theilungsplan, s. Vertheilungsplan.

U.

Uebergangsbestimmungen zu den
D. Processordnungen 277 ff., 293 ff.,
hinsichtlich der Aufstellung der Ge-
richtsrechnungen 430. 431.

Ueberweisung einer gepfändeten For-
derung zur Einziehung oder an Zah-
lungs Statt 126.

Unbewegliches Vermögen, dessen
Begriff hinsichtlich der Zwangsvoll-
streckung 147. 196. 197.

Unterbrechung des gerichtlichen Ver-
fahrens durch Erhebung des Compe-
tenzconflicts, deren Wirkungen 95.
106 ff., wann dieselbe als beendet gilt
98.

Unterstützungen der Richter bei
ausserordentlichem Bedürfniss nicht
verboten 5. 45.

Untersuchungsgefangene unterlie-
gen den Verfügungen der Gerichte
411.

Urkunden, deren Aufgebot im Sub-
hastationsverfahren 179. 249, deren
Cassirung nach geschehener Verthei-
lung des Erlöses 178. 180. 249.

Urkundszeugen, deren Gebühren 375,
407.

Urtheil des Competenzgerichtshofs, dessen Verkündung und Ausfertigung 97. 98. 109, erfolgt gebühren- und stempelfrei 98. 110.

V.

Verhaftung durch Gerichtsvollzieher 612.

Verlassenschaften, erblose, Aufgebot hinsichtlich derselben 115.

Verletzung über die Hälfte, Anfechtung wegen derselben im Subhastationsverfahren regelmässig ausgeschlossen 162. 221.

Vermögensbeschlagnahme in Strafsachen, wenn vor dem 1. Oct. 1879 erkannt, 289. 315.

Verschollene, deren Todeserklärung zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörig 9. 53, Aufgebot derselben zum Zweck der Todeserklärung 116. 135.

Versteigerung, zwangsweise, von Früchten und beweglichen Zubehörungen im Subhastationsverfahren 156. 210. 211, Zeit und Ort der — des Grundstücks 159, deren Bekanntmachung 160, deren Bedingungen 161 ff., deren Ausführung 163, nochmalige — des Grundstücks 165, Gebühr dafür 370, freiwillige — von Mobilien, Früchten etc. durch den Gerichtsvollzieher 617. 618, Gebühr dafür 364. 399, durch Gerichte und Notare, Gebühr dafür 373. 406.

Versteigerungsart des Grundstücks, zwangsweise, ob im Ganzen oder nach einzelnen Parzellen 159. 218, beim Vorhandensein einer der Hypothek nachstehenden dinglichen Last 160. 219.

Versteigerungsort 159. 217. 218.

Versteigerungstermin, wann derselbe im Subhastationsverfahren zuerst angesetzt werden darf 159. 217, wann bei nochmaliger Versteigerung 165. 226, wann er geschlossen werden darf 163. 222.

Vertheilungsplan, dessen Anfertigung durch das Gericht im Subhastationsverfahren 172, derselbe muss eine Woche vor dem Vertheilungstermin zur Einsicht freiliegen 176, dessen Abschluss und Ausführung 177 ff. 247.

Vertheilungstermin, wann derselbe anzuberaumen ist 176. 246, Verfahren in demselben 176. 246, bei erfolgendem Widerspruch 176. 177, gegen den im Termin nicht erscheinenden Gläubiger 177. 247. 248.

Vertheilungsverfahren bei der Zwangsversteigerung des Grundstücks 171 ff. 238 ff., wann davon abzusehen ist 179. 250, Gebühr 370. 404, — bei der Zwangsverwaltung 185. 254, — in einer vor dem 1. Octob. 1879 anhängig gewesenenen Zwangsvollstreckung 284.

Verwalter, Aufforderung an denselben zur Ueberreichung seiner Rechnung und der Ueberschüsse 172, dessen Rechnung muss eine Woche vor dem Vertheilungstermin zur Einsicht freiliegen 176, dessen Ernennung bei der Zwangsverwaltung 182. 252, seine Rechte und Pflichten 183. 252. 253, wann derselbe die Genehmigung des Gerichts einholen muss 183. 253, dessen Rechnungsstellung 184. 186. 254, — im Fall der Zwangsvollstreckung in ein Bergwerk 189.

Verwaltung des beschlagnahmten Grundstücks 158. 217.

Verwaltungsbeamte als Mitglieder des Competenzgerichtshofs 93. 94.

Verwaltungsbehörde, Beschäftigung der Referendare bei derselben im Vorbereitungsdienst 322. 330.

Verwaltungsstrafverfahren 138.

Verträge, Gebühr für Aufnahme derselben 371. 372.

Vertrauensmänner des Ausschusses für Bildung der Jahresliste der Schöffen und der Vorschlagsliste der Geschworenen 12. 60, deren Anspruch auf Reisekosten 12. 60.

Verzicht auf die Substation 166. 227, wird vermuthet bei nicht geschehener Ueberreichung der Bedingungen 162. 222, bei nicht rechtzeitiger Beantragung der Zwangsverwaltung oder eines neuen Versteigerungstermins wegen Mangels an Geboten 165. 226.

Vollstreckungsbefehl, amtsgerichtlicher, als Grund der Zwangsvollstreckung aus den vor dem 1. Oct. 1879 ergangenen Urtheilen, Zahlungsbefehlen und errichteten öffentlichen Urkunden 282. 283. 305. 306, vertritt die Stelle der vollstreckbaren Ausfertigung des Schuldtitels 282, in den bisher commissarisch besorgten Executionssachen auf Anordnung des Landgerichts vom Amtsgerichte zu erlassen 282.

Vollstreckungsgericht, dessen Thätigkeit im Subhastationsverfahren 150.

Vorbereitungsdienst der Referendare 3. 37. 322. 323. 346 ff., Instruction darüber 328 ff., — der bisherigen Auditoren 326. 327.

Vormundschaft, Gebühr für Anordnung derselben 377, für deren Aufhebung 378.
 Vormundschaftsrechnung, Gebühr für Abnahme derselben 378.
 Vormundschaftssachen, zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörig 9. 53, die darin erforderliche Genehmigung bei Verfügungen über Grundstücke und Capitalien vom Landgerichte zu ertheilen 14. 63, Beschwerde dagegen an das Oberlandesgericht 17. 68, Gebührentarif 360. 377 ff. 407. 408, gebührenfreie — 361. 395.
 Vorschüsse, Vermerkung derselben auf den betr. Actenstücken 434, wann dieselben zu verrechnen, zurückzahlen oder als erledigt anzusehen sind 445. 446, Verzeichniss der monatlich eingegangenen — 484, — für Gerichtsvollzieher 620. 624. 627. 628.
 Voruntersuchungen in Strafsachen, wenn am 1. Oct. 1879 schwebend 287. 313.
 Vorzugsrecht als Wirkung der Beschlagnahme des Grundstücks 149. 199 ff., steht eingetragenen Hypotheken und dinglichen Rechten nach 149. 200, desgleichen dem Faustpfandähnlichen Recht der Pächter 201, dessen Priorität bei mehrfachen Beschlagnahmen 201.

W.

Wechselproteste, deren Aufnahme durch den Gerichtsschreiber 22. 76. 77, durch den Gerichtsvollzieher 23. 78. 615. 616, Gebühr der Gerichtsvollzieher für Aufnahme derselben 363. 364. 399, der Gerichte und Notare für deren Aufnahme 373. 406.
 Wechselprotestregister der Gerichtsvollzieher 616.
 Wegebesserungskassen, Abgaben an dieselben, Gesetz darüber 366 ff.
 Weitere Beschlagnahme zum Zweck der Zwangsversteigerung des Grundstücks 157. 158. 215. 216, zum Zweck der Zwangsverwaltung 184. 254.
 Werthdepositen, gerichtliche, Aufgebot bei Ungewissheit der Berechtigten 116. 134.
 Wiederaufnahme des Verfahrens in den vor dem 1. Octob. 1879 entschiedenen Strafsachen 289. 315.
 Wiederversteigerung des Grundstücks im Subhastationsverfahren 168. 232, von wem dieselbe beantragt wer-

den kann 168. 232, Termin zur Ansetzung derselben 169, deren Einstellung bei nachträglich gezahltem Kaufgelde 169.
 Wittwen- und Waisenkassen, deren Gebührenfreiheit in gerichtlichen Angelegenheiten 353. 384.
 Wöchnerinnen brauchen im Subhastationsverfahren auch nach erfolgter Einweisung des Verwalters die Wohnung nicht zu räumen 182.
 Wohlthätigkeitsanstalten, öffentliche, deren Gebührenfreiheit in gerichtlichen Angelegenheiten 353. 384.

Z.

Zahlungsaufgabe bezüglich der Gebühren, Vorschüsse und Auslagen, wann dieselbe zu erlassen ist 434. 435. 445, deren Inhalt, und von wem sie erlassen wird 436, durch die Post zu übersenden 437, Formular 451, — über Geld- und Ordnungsstrafen, Kosten der Strafvollstreckung im Amtsgefängnisse 437. 438, Aufhebung oder Abänderung der — im Sportelregister zu vermerken 440.
 Zahlungsbefehl, Anträge auf Erlass desselben, wenn vor dem 1. Oct. 1879 anhängig 281. 303.
 Zeichenregister, deren Führung zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörig 9. 54.
 Zeugen, Vernehmung und Beeidigung derselben in den am 1. Octob. 1879 anhängigen Civilprocessen 278.
 Zeugniß, Berechtigung zur Verweigerung desselben in den am 1. Oct. 1879 anhängigen Civilprocessen 278. 298, Erzwingung desselben in den bezeichneten Processsachen 278. 298, — der Rechtscandidaten nachbeendigter juristischer Prüfung 334.
 Zubehörungen, bewegliche, deren Verhältniss zu dem beschlagnahmten Grundstück in Ansehung der Zwangs vollstreckung 149. 155. 199, deren Inventarisirung 156.
 Zurücknahme des Antrags auf Beschlagnahme des Grundstücks 369. 404.
 Zuschlag, Ertheilung desselben im Versteigerungstermin an den Meistbietenden 164. 225, mit der Ertheilung desselben gilt der Vertrag als perfect 224. 225, — ist an die vorherige Befragung der beteiligten Gläubiger wegen nochmaliger Zwangsversteigerung gebunden 165, dessen

- Aufhebung aus Gründen der Nichtigkeit 166 ff. 228 ff., wer solche beantragen kann 168. 231. 232, Verfahren dabei 168, Gebühr für den Beschluss über Aufhebung des — 370. 404, der Tag der Ertheilung des — massgebend für den Umfang der Rechte an beweglichem Zubehör 170.
- Zuständigkeit, sächliche, der Amtsgerichte in streitigen Rechtssachen 48. 49, in nichtstreitigen Rechtssachen 9. 10. 52 ff., der Landgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ohne Rücksicht auf den Werth 13. 60. 61, in Vormundschafts- und Curatelsachen 14. 63, Bestimmung der — des Amtsgerichts durch das höhere Gericht 11. 58, in Vormundschaftssachen durch das Oberlandesgericht und die Landesjustizverwaltung 11. 58. 59.
- Zustellung in nichtstreitigen Sachen 23. 79. 576, vereinfachte — 23. 79. VII und VIII (hinter 34). 577, Arten der — 569, Vorbereitung der — 570, Ort der — 571, Personen, an welche die — zu erfolgen hat 571 ff., durch die Post 574, durch Aufgabe zur Post 575, von Anwalt zu Anwalt 576, an Gefangene in Strafsachen 577, in nichtgerichtlichen Angelegenheiten 578, — durch die Post vom Gerichtsschreiber unmittelbar nur bei Gefahr im Verzuge zu beantragen 547, — von Amtswegen als solche zu bezeichnen 548, — wenn durch Vermittelung des Gerichtsschreibers bewirkt 549, — im Substitutionsverfahren 150. 165. 203, des Adjudikationsurtheils 171, der Versteigerungsbekanntmachung 161, — an die beteiligten Gläubiger 161. 172. 220, — in den am 1. Oct. 1879 anhängigen Civilprocessen 278. 296. 297, öffentliche — in derartigen Sachen 278, Gebühr für die durch den Gerichtsschreiber bewirkte — durch die Post 358. 391, Gebühr für vereinfachte — 363. 398. 399, Gebühr für — von Amtswegen 547. 548.
- Zustellungsbevollmächtigter im Substitutionsverfahren 151. 205.
- Zustellungsurkunden der Gerichtsvollzieher 573. 574, Stempelfreiheit derselben 365. 401.
- Zwangsversteigerung des Grundstücks 147, deren Verhältniss zu anderen Zwangsvollstreckungen am Grundstück 152. 205, Gebühr 369. 403.
- Zwangsverwaltung 147. 181. 250 ff., Gebühr 370. 404.
- Zwangsvollstreckung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten durch die Gerichtsvollzieher 580. 581, durch das Gericht 581, Bedingungen und Voraussetzungen für die — 582 ff., Verhalten des Gerichtsvollziehers bei der — 585, Kosten der — 585, Einstellung oder Beschränkung der — 586, — in Forderungen, Mitwirkung des Gerichtsvollziehers dabei 601 ff., — zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen 605 ff., von Personen 607, zur Beseitigung des Widerstandes des Schuldners 608, — durch Haft 608. 609, — durch Nachverhaftung 609.
- in nichtstreitigen Rechtssachen 23. 79, in das bewegliche Vermögen auf Grund eines vor dem 1. Oct. 1879 ergangenen vollstreckbaren Schultitels 282. 303. 305, aus einem vor dem 1. October 1879 erlassenen aber nicht erledigten Vollstreckungs- und Arrestbefehl 283. 307, aus einem nach dem 1. Oct. 1879 in anhängigen Sachen ergangenen Erkenntnisse oder Zahlungsbefehle 283. 306, Kosten der — in Forststrafsachen wegen Werthersatz und Ersatzgeld von der zum Bezug dieser Gebühren berechtigten Partei zu tragen 550.
- Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen wegen Geldforderungen 147 ff. 191 ff., Erforderniss der vorausgehenden Mobilarexecution 148. 197, — nach eröffnetem Concursverfahren 187, Abwendung der — durch nachträgliche Hinterlegung der Summe der Schuld nebst Zinsen und Kosten 166. 228, Gebührentarif 357. 369. 370. 390. 403. 404.

